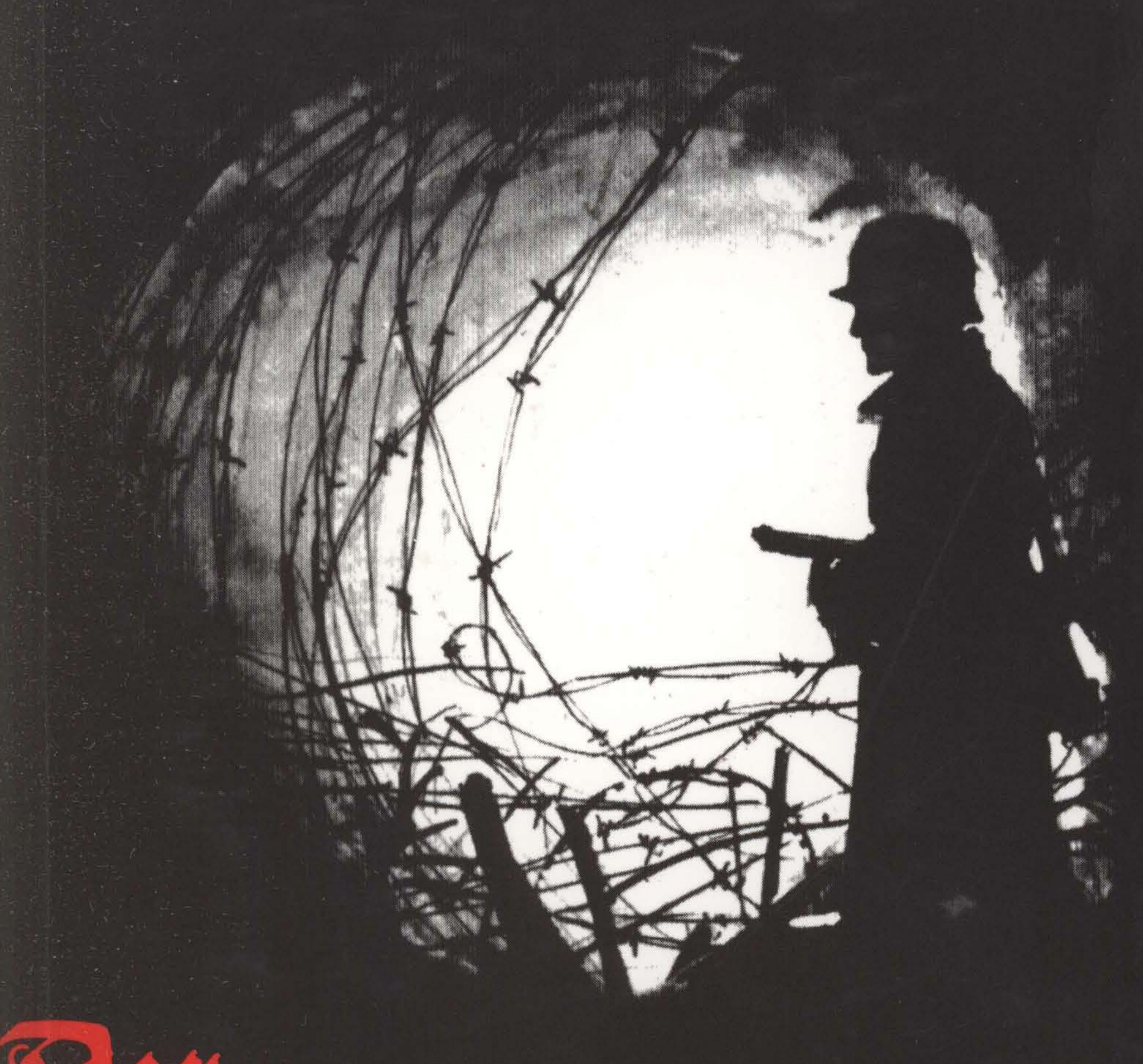
ARTHUR R. BUTZ



Der Jahrhundert-Betrug

Einige ausländische Pressestimmen mögen dieses Buch für den deutschen Leser einführen:

UPI (Nachrichtendienst)v.26.1.77:
"....Die in dem Buch "The Hoax of the 2o.Century" kundgemachten Äußerungen, daß es sich um faustdicke Lügen handele,zu behaupten, die Juden seien in Todeslagern vernichtet worden,...werden dem ordentlichen Prof. für Elektrizität in Evanston / Illinois / USA einige Schwierigkeiten bereiten..Die Direktion der Schule lobte Butz als einen 'verdammt guten elektrischen Ingenieur.'...."

New York Times 28.1.1977:
"Ein Buch von einem Professor der Nordwest Universität, das behauptet, die Nazi Vernichtung der europäischen Juden war nichts anderes als ein zionistisch-inspirierter Mythos, hat einen Sturm an öffentlichen Protesten hervorgerufen und die Universitätsverwaltung in Verlegenheit gebracht...."

South African Oberserver,Febr.77:
"Um so begründeter ist es,daß"The Hoax of the 2o.Century", ein Beispiel für Gelehrsamkeit,Forschung und Bildung, eine faire und offene Anhörung verdient, die eine sich liberal gebende Minderheitenkoalition entschlossen ist,tunlichst nicht zuzulassen. Als eine der größten Arbeiten der Gegenpropaganda, die jemals geschrieben worden ist, demonstriert sie klar , daß im Westen der Wille für Wahrheit, obgleich angefault, nicht tot ist. Es kostet Mut, mit einem Tabu zu brechen, das kein in Amt und Würden befindlicher Histori-

Der Jahrhundertbetrug

von

Arthur R. Butz

Originaltitel der englischen Ausgabe
„The Hoax of the Twentieth Century"

V.H.O.
Vrij Historisch Onderzoek
Antwerpen, Belgien

Der Autor

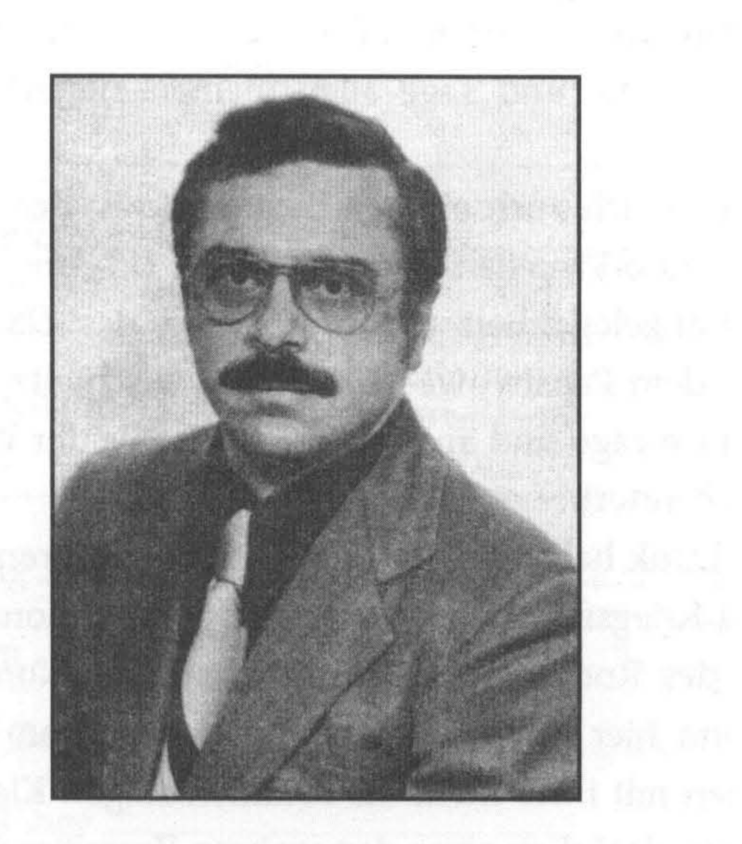
Arthur R. Butz kam in New York zur Welt und ist dort auch aufgewachsen. Den akademischen Grad als Bakkalaureus und später als „Magister der Wissenschaften" erwarb er sich auf dem Gebiet der Elektrotechnik in dem Institut für Technologie in Massachusetts. Seinen Dr. Phil. machte er 1965 mit seiner Arbeit über Regeltechnik an der Universität in Minnesota. Seit 1966 gehörte er dem Lehrkörper der Nordwest-Universität in Evanston, Illinois, an, wo er jetzt als außerordentlicher Professor für Elektrotechnik und Computerwissenschaft lehrt. Von Dr. Butz stammen verschiedene technische Artikel in Fachzeitschriften.

Übersetzung aus dem Englischen
Elsbeth Schade, Udo Walendy

Verantwortliche Gestaltung der deutschen Ausgabe
Udo Walendy, Dipl. Pol.

1977
Printed and published by
Historical Review Press, Richmond , Surrey
23 Ellerker Gardens TW 106 AA
England

Neudruck 1999
Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.)
Europäische Stiftung zur Förderung historischer Forschung
Postfach 60
B-2600 Berchem 2 / Antwerpen
Flandern / Belgien



Danksagung

Viele Persönlichkeiten haben mit wertvollen Hinweisen und Kritiken zu meiner Arbeit beigetragen, die sich auch im Text meines Buches niederschlagen. Die Verantwortung aber für irrtümliche Beschreibungen von Tatsachen oder deren Auslegung ruht ganz allein auf meinen Schultern, sofern derartige Fehler gefunden werden sollten. Alle Beschwernisse, die sich auf Grund dieser Arbeit und der Einstellung dazu ergeben sollten, übernehme ich einzig und allein. Ich nehme daher davon Abstand, Namen zu nennen, und sage allen meinen Helfern auf diese Weise Dank.

Zu danken habe ich auch einigen Instituten wie den U.S.-National Archiven, der Audio-Visuellen Dienststelle der *US-Army* und der Zentrale für Auslandsangelegenheit und -forschung des *US-State Department*, Washington, dem Panstwowe-Museum in Auschwitz, der Universitätsbibliothek in Chicago und auch der Zentralstelle der Wissenschaftlichen Büchereien ebendort.

Besonderen Dank habe ich auszusprechen den führenden Dienststellen des Imperial-Kriegsmuseums in London, dem nationalen Niederländischen Büro des Roten Kreuzes, Den Haag, der Nordwest-Universität Evanston (und hier besonders ihrer internationalen Verleihabteilung). Sie alle trugen mit ihrer mehr als routinemäßigen Kleinstarbeit zu diesem Werke bei, natürlich ohne den wahren Zweck meines Forschens zu kennen.

A.R. Butz

Die englische Ausgabe erschien im Jahre 1976
unter dem Titel
The Hoax of the Twentieth Century

INHALT

Verzeichnis der Abbildungen

Vorwort des Autors

Wie alle Amerikaner, die sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Meinung gebildet hatten, war auch ich im Grunde genommen bis vor kurzem ebenfalls der Ansicht, daß Deutschland während des Zweiten Weltkrieges den Menschen ein ganz besonders grauenvolles Schauspiel geboten habe. Diese Ansicht beherrschte den Westen seit 1945 und schon vorher. Ich mache keine Ausnahme dabei, das Schlimmste davon in mir aufgenommen zu haben.

Das Schlimmste ist dabei eine gewichtige Wertung für die Gesamtheit der Verbrechen, deren die Deutschen in diesem Kriege angeblich für schuldig befunden wurden. Aber es wird ganz schnell weniger, wenn man die Zeugnisse und Argumente in der leicht zugänglichen revisionistischen Literatur studiert. Eine gewissenhafte und kritische Prüfung offenbart, daß die meisten Verbrechen überhaupt nie begangen worden sind, wie etwa Lampenschirme aus Menschenhaut, denen zuliebe KZ-Insassen einfach umgebracht worden sein sollen. Und so etwas wurde sogar von Intellektuellen als unbedingt wahr hingenommen. Mit den Legenden über Mißhandlungen von amerikanischen und britischen Kriegsgefangenen verhält es sich nicht anders. Schlimmer noch, wenn man alles in allem abwägt, wie es die Revisionisten tun, liegt das Hauptproblem bei den im Verlauf der schrecklichen Kriegs- und Nachkriegszeit begangenen Verbrechen und Grausamkeiten, die die Alliierten begangen haben.

Derartige Untersuchungen werfen die Massenmord-Legende von den 6 Millionen hauptsächlich in Gaskammern umgekommenen Juden nicht um. Diese Zahl würde allein dadurch nicht aus der Welt geschafft sein. Selbst die revisionistischen Bücher, die einige der am meisten im Volk verwurzelten falschen Auffassungen widerlegen, scheinen aber die Gaskammern als unumstößliche Tatsache hinzunehmen. Selbst wenn man Geschichtsprofessoren, die sich hauptsächlich mit deutschen Problemen beschäftigen, befragt, so scheint es, daß sie diese Beschuldigung als ge-

nauso feststehend betrachten wie die große Pyramide. Obwohl die konservativen und liberalen Zeitungsherausgeber in bezug auf den Zweiten Weltkrieg oder den Eintritt Amerikas in diesen Krieg eine unterschiedliche Haltung einnehmen, und obwohl sie sich unter einander über alles Mögliche und Unmögliche kabbeln, so sind sie sich dennoch in puncto Massenvernichtung einig und betrachten sie als eine unumstößliche Tatsache.

Als mir klar geworden war, wozu diese Legende in der derzeitigen Politik ausgenutzt wurde - war doch die Verbindung mit der vollkommen unlogischen Hilfe der USA für Israel auffällig genug! - stiegen bei mir allmählich Zweifel darüber auf. Hinzu kam, daß anerkannte Persönlichkeiten als Beobachter auftraten, die sich ihre Ansichten nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet hatten und die sogar eine auch nur annähernde Wahrheit der Legende schärfstens bestritten. Sie taten dies trotz des ihnen damals nur in geringem Maße zur Verfügung stehenden Informationsmaterials. Ein anschauliches Beispiel dafür liefert der hervorragende Gelehrte John Beaty, der kurz vor Kriegseintritt der USA in den Generalstab des Kriegsministeriums berufen wurde. Bei Kriegsende war er Oberst. U.a. war er einer der zwei Verfasser des täglich erscheinenden geheimen „G-2 Berichts". Dieser wurde jeden Mittag hochgestellten Persönlichkeiten und somit auch an das Weiße Haus gegeben. Dabei handelt es sich um eine übersicht der allgemeinen Weltlage bis 4 Stunden vor der Ablieferung. In seinem Buch *„Der eiserne Vorhang"* aus dem Jahre 1951 macht er sich über die 6-Millionen-Legende mit einigen Seitenhieben lustig, die leider kurz und ohne Beweiskraft sind. Da sie aber von einem Manne stammen, der einer der Best-Informierten der Welt während des Krieges war, besitzen sie doch einiges Gewicht.

Die ersten einfachen Nachforschungen in dieser Angelegenheit, wie Historiker sie gewöhnlich nicht vornehmen, führten zu nichts. Die nur spärlich vorhandene englische Literatur, die der Legende die Glaubwürdigkeit abstreitet, war nicht nur nicht überzeugend, sie war vielmehr so unzuverlässig und oberflächlich in der Auswertung von Quellen - sofern überhaupt welche angegeben wurden -, daß ich in meinem Bemühen

um die weitere Erforschung dieser Zusammenhänge nicht zufriedengestellt wurde. So schien die Suche nach der Wahrheit diese Vernichtungsbehauptungen eher zu bestätigen; - ganz abgesehen von dem Problem der Zahl, ob es nun 6 oder nur 3 oder 1 Millionen waren. Da erfuhr ich, daß es entsprechende Literatur in französisch und in deutsch gab. Jedoch konnte ich die Texte in diesen Sprachen kaum lesen. Notfalls kam ich bei den belangvollen Gelegenheiten bzw. hauptsächlichen Fragenkomplexen zurecht, wenn ich in französischen oder deutschen Fachzeitungen nachschlagen mußte. So unterblieb die Anschaffung solcher Bücher. Außerdem sagte ich mir, wenn die deutsche Literatur über dieses Thema besser wäre als die englische, dann müßte sie doch schon längst ins Englische übersetzt worden sein.

Immer noch mit den nagenden Zweifeln behaftet, begann ich Anfang 1972 einiges von der Massenvernichtungs-Literatur zu studieren, und zwar systematischer als bisher, um endlich richtig zu erfassen, welche Behauptungen in diesem Zusammenhang aufgestellt wurden, welche Relevanz sie haben und welches Beweismaterial vorliegt. Zunächst wählte ich glücklicherweise das Buch von Raul Hilberg *„Die Ausrottung der europäischen Juden"*. Das Ergebnis war ein Schock und ein derbes Erwachen, denn Hilbergs Buch erreichte das, was die entgegengesetzte Literatur niemals hätte schaffen können: Ich wurde nicht nur davon beeindruckt, sondern sogar überzeugt, daß die Legende von der vergasten und mehrere Millionen zählenden Judenschaft Betrug sein müßte. Daraus entwickelte ich nun ein unbedingtes Gefühl für die bemerkenswerte, vielleicht mystisch zu verstehende Denkungsart, die der Lüge ihre kennzeichnende Formulierung gab. Wer wie ich das plötzliche Erwachen erleben will, der mache hier eine Pause und lese bei Hilberg die Seiten 567-571 nach.

Meine Forschungen begannen zunächst als Freizeitbeschäftigung, wobei ich es an der notwendigen Gründlichkeit natürlich nicht fehlen ließ. Der Leser mag nun annehmen, daß ich über recht viel freie Zeit verfüge. Dem ist zwar nicht so. Doch mehrere mich von Anfang an bestürzende Entdeckungen machten mir die Aufgabe zu einer unwiderstehlichen Ver-

standessache. Ich kaufte mir die dazu notwendige ausländische Literatur. Den gesamten Sommer 1972 verbrachte ich schließlich mit der Ausarbeitung einer Denkschrift gegen diesen Schwindel, denn allmählich hatte ich den ganzen erbärmlichen Schmutz durchschaut und in mir verarbeitet. Das Buch, das Sie hier vor sich haben, unterscheidet sich - und zwar sowohl in bezug auf den Umfang des Tatsachenmaterials als auch auf die übliche Denkungsart - erheblich von dem Bilde, wie ich es mir noch vor dem Sommer 1972 vorgestellt hatte. Der Inhalt der hier vorliegenden Arbeit steht in krassem Widerspruch zu den Lügen, die mir die Politiker und Publizisten des Ostens und Westens lieferten. Meine Aufmerksamkeit ließ ich mir durch keinerlei gute Ratschläge zur Vorsicht oder Rücksichtnahmen trüben. Da mir im Frühjahr 1972 bewußt geworden ist, daß derartige Nachforschungen über die bisher vorhandene Literatur hinauszugehen haben, empfand ich es als eine unausweichliche Verpflichtung, im notwendigen Interesse der Menschheit das möglichst weit zu verbreiten, was ich über diesen widerlichen Schwindel herausgefunden hatte. So gab ich mir auch verstandesgemäß den Befehl für diese Forschungsaufgabe. Ich wurde mir schnell klar darüber, daß dies nur durch Herausgabe eines Buches zu bewältigen war. Nach den Jahren dieser schmutzigen Propaganda konnte das Thema nicht in einer wissenschaftlichen Zeitschrift oder einem Flugblatt und erst recht nicht in Form eines Vortrages abgehandelt werden.

Der grundsätzliche Text wurde im Sommer 1972 festgehalten; in den nachfolgenden zwei Jahren wurde das Manuskript nach und nach erweitert und verbessert. Im Sommer 1973 kam mir eine Reise nach Europa ebenso zustatten wie ein Jahr später eine Reise nach Washington. Gegen Ende 1974 war dann das Buch im großen ganzen abgeschlossen.

Nun wird es Leute geben, die da sagen, ich sei fachlich nur unzureichend vorgebildet, um eine derartige Arbeit zu leisten. Außerdem wird es Leute geben, die mir das Recht abstreiten werden, derlei Darlegungen zu veröffentlichen. Sei dem, wie ihm wolle. Wenn ein Gelehrter feststellt, daß andere Gelehrte gleich welchen Spezialgebietes und ganz gleich aus welchem Grunde auch immer, sich mit einer ungeheueren

Lüge zufriedengeben, dann ist es die Pflicht eines jeden Forschers, die Lüge zu entlarven. Dabei spielt es keine Rolle, ob er dabei mit der gesamten Gelehrtenschaft zusammenprallt oder nicht. Hier trifft dies noch nicht einmal zu, denn eine kritische Prüfung der sogenannten Massenvernichtung ist - bei allem Respekt vor den akademischen Historikern, bisher unterblieben, - hingegen in diesem Buch nach jeder Richtung hin erfolgt. Während in Wirklichkeit alle Historiker auf Grund einer gewissen Rücksichtnahme zu dieser Lüge geschwiegen haben und weiterhin schweigen, obwohl sie schon hier und da in Büchern oder Zeitschriften auf diese und jene Widersprüche aufmerksam gemacht worden waren, so liegt nach wie vor von keiner akademischen Seite eine wissenschaftliche Arbeit vor, die behauptet oder gar klar beweist, daß oder ob die Legende von der Ausrottung der Wahrheit entspricht oder nicht. Wenn der Versuch zur Massenvernichtung aber tatsächlich vorgenommen worden sein sollte, dann müßte es doch möglich sein, ein Werk herauszugeben, das aufzeigt, wie sich dieses Furchtbare ereignet hat, wer es in die Wege geleitet hat, wo die Kette der Verantwortlichkeiten und auch Verantwortlichen bei den Tötungsabsichten wie -maßnahmen gelegen hat, was es an technischen Mitteln gab und wie diese technischen Mittel zu bewerten sind (Krematorien, Zyklon B, Duschanlagen usw. z.B.). Es müßte doch nachzuweisen sein, welche Techniker - oder wer auch immer - daran beteiligt waren, wie hoch die Anzahl der Opfer in den verschiedenen Ländern war, was für die Echtheit zweifelhafter Dokumente spricht, die bei illegalen Prozessen verwendet wurden. Kein Historiker hat sich auch nur annähernd mit etwas Ähnlichem von dem befaßt, was von einem solchen Werk erwartet werden muß. Nur Nicht-Historiker haben sich bemüht, Anteile hiervon zu erschließen. Mit diesem Vorwort lade ich den Leser ein, den Betrug des 20. Jahrhunderts zu studieren.

Evanston, Illinois, August 1975

I Prozesse, Juden und Nationalsozialisten

Die Kriegsverbrecher-Prozesse, wie sie die Sieger nach dem Zweiten Weltkrieg hauptsächlich gegen Deutsche und Japaner durchgeführt haben, waren ohne Beispiel. Sie sprengten jeglichen bisherigen Rahmen. Zu dem Verhalten der Siegermächte gehörte das offene Bekenntnis zu einer Art legalen Jurisdiktion im Hinblick auf Gesetze und Gebräuche, die nicht zu der Zeit bestanden, zu der sie angeblich von den Mächten der Achse gebrochen worden sein sollen. So starben unter Mißachtung des europäischen Ehrenkodex, der Jahrhunderte hindurch beachtet wurde, Zivil- und Militärgefangene, darunter viele höchster Dienstgrade im Gewahrsam der Alliierten eines gewaltsamen Todes - als Folge dieses außergewöhnlichen Vorgehens.

Den Prozessen von 1945-1949, die Deutschlands Kriegsgegner durchführten, ist nichts Vergleichbares gegenüberzustellen, und Derartiges hat es zuvor auch nie gegeben. Der Fall Jeanne d'Arc kommt einem in den Sinn. Aber in diesem Fall betraf es nur eine einzelne Person, nicht jedoch einen ganzen Staat. Letztlich war England für die Durchführung dieser Prozesse verantwortlich. Es tat daher alles, um den Sachverhalt als eine Art Ketzerei oder Hexerei darzustellen. Die Betreffenden seien bereits von vornherein grundsätzlich schuldig und verdammenswert, verurteilt gemäß vorhandener Regeln für Zeugeneinvernahmen und Verfahren durch eine unparteiische und universale Kirche.

In den USA, dem tatsächlichen Vorreiter für die Führung dieserart Prozesse, ist die Meinung über die Zweckmäßigkeit ihrer Durchführung schon immer geteilt gewesen. Die Gewichte haben sich aber verschoben. Sogleich nach dem Krieg empfand man alles das als richtig, wenn es auch damals schon beachtliche Gegenstimmen gab. Mitten im heißen Wahlkampf 1946, kurz bevor Göring, Ribbentrop und andere gehängt werden sollten, hielt Senator Robert A. Taft eine Rede, in der er sowohl

die Rechtmäßigkeit für das Verfahren als auch die ergangenen Urteile scharf kritisierte. Diese Rede scheint seiner Republikanischen Partei schwer geschadet zu haben.
Zehn Jahre später hatten sich die Ansichten augenscheinlich etwas gewandelt, zumal damals der aussichtsreiche Präsidentschaftskandidat John F. Kennedy ein Buch mit dem Titel *Menschen mit Mut* veröffentlicht hatte (ein überlick über verschiedene Leute, die Kennedy für mutig hielt), in dem er Taft wegen seiner Haltung lobend erwähnt hat. Er sagte weiter, *„daß Taft's Ansichten heute von einem beträchtlichen Teil der Amerikaner vertreten werden würde".* (1)
Mit der Eichmann-Entführung im Jahre 1960 und dem nachfolgenden Gerichtsverfahren in Israel sowie der diesbezüglichen Propaganda scheint die veröffentlichte Meinung den Prozessen wieder verstärkt zuzustimmen, wenn auch nur in organisierten Schwerpunktbereichen. Für diesen außergewöhnlichen Gesinnungswandel mag es mancherlei Gründe geben. Mir will es allerdings scheinen, daß der Grund dafür in dem Umstand zu suchen ist, daß mitten in Friedenszeiten, die für gewöhnlich keine hysterische Atmosphäre aufweisen, die Aufmerksamkeit der Welt bewußt auf eine Geschichte mit besonders makabrem Inhalt gelenkt werden sollte: Das Töten, hauptsächlich in Gaskammern, in denen Millionen von Juden (gewöhnlich spricht man von 6 Millionen) jeden Alters und Geschlechts während des Krieges ermordet worden sein sollen. Angeblich war das ein wesentlicher Teil eines Programmes zur sogenannten Endlösung, um Europa „judenfrei" zu machen. Gerald Reitlinger's Buch *Die Endlösung*, 2. Ausgabe 1968, wird dabei als das beweiskräftigste und genaueste angesehen. Raul Hilberg's *Die Ausrottung der europäischen Juden* (1961) erzählt im wesentlichen die gleiche Geschichte. Hilbergs Buch ist bislang nicht ins Deutsche übersetzt worden, hingegen erschien bereits die erste Ausgabe von Reitlinger's *Die Endlösung* im Jahre 1953 in deutscher Sprache. Weitere Abhandlungen der gleichen Art sind Nora Levin's *Die Massenvernichtung* (1968) und auch noch verschiedene Bücher von Leo Poliakov, nicht zuletzt das 1975 neu erschienene Werk von Luzi S. Dawidowicz *Der Krieg gegen die Juden 1933 bis 1945.*

Um zunächst auf die Frage zurückzukommen, ob die Kriegsverbrecherprozesse angemessen gewesen seien, so muß sich doch jeder sagen, daß sie - zumindest - auf sehr wackeligen Gesetzesgrundlagen standen. Trotzdem laufen noch immer etliche Menschen mit der Behauptung herum, daß diese Prozesse immerhin nützlich gewesen seien, zumal sie die in jedem Krieg allgemein vorkommenden Auswüchse ausgeklammert hätten. So sagen sie denn, außergewöhnliche Verbrechen wie die Ausrottung der europäischen Juden hätten eben außergewöhnliche Maßnahmen erfordert. Eine derartige Grausamkeit müsse nicht nur bestraft werden, sie müsse auch klar herausgestellt werden, so sagen sie.
Ich denke nicht daran, in diesem Buche die Frage aufzuwerfen, welcher Grad von Grausamkeit welche Maßnahmen von Gesetzeswidrigkeit rechtfertigt. Hier steht vielmehr eine außergewöhnlich schwergewichtige Frage zur Debatte: Tatsache ist doch, daß außer den Beweisen, die durch diese Prozesse erst gezeugt wurden, es keinerlei andere Anhaltspunkte dafür gibt, daß das Programm für die Ermordung von Juden überhaupt existierte. Man braucht nur die Quellen zu prüfen, die Hilberg und Reitlinger benutzt haben, um dies zu erkennen. Wenn diese Prozesse nicht stattgefunden hätten, dann würde keiner, der das Vorhandensein eines Judenvernichtungsprogrammes behaupten würde, bei Aufforderung irgendwelches Beweismaterial dafür erbringen können. Abgesehen von Hilberg's und Reitlinger's Büchern sind die wenigen anderen ebensowenig beweiskräftig. Die Frage, ob über die Vernichtung der Juden zu Gericht gesessen werden sollte oder nicht, war also nicht einfach die, ob über Massenmord geurteilt werden sollte oder nicht. Anders als bei gewöhnlichen Mordfällen bestanden berechtigte Zweifel, ob die Tat überhaupt begangen worden war.
Dies muß sicherlich den Leser überraschen, der das Märchen der befohlenen Judenausrottung für unumstößlich wahr hält. Es gibt viele Überlegungen, die diese Ansicht, daß es sich nur um ein Märchen handelt, erhärten, und manche sind so einfach, daß sie den Leser noch stärker überraschen werden. Der einfachste stichhaltige Grund, der Judenvernichtungsbehauptung gegenüber skeptisch zu sein, ist:

Nach Kriegsende waren sie noch da!

Dies läßt sich leicht nachweisen! Man frage einen Menschen, der mit dem Leben der Juden in Europa (osteuropäische Juden bleiben ausgeklammert) vor dem Kriege vertraut ist und der einen Überblick über die Judenschaft in West-Europa hat - sagen wir bis zum Jahre 1946. Er wird das Vorhandensein der italienischen, französischen, belgischen und dänischen Juden im großen und ganzen als kaum vermindert bestätigen. (Dieser Punkt wird in einem späteren Kapitel behandelt). Andererseits wird er feststellen, daß eine große Zahl Juden, möglicherweise sogar die Mehrzahl, aus Luxemburg, den Niederlanden und der Tschechoslowakei fehlen. (Die Tschechoslowakei war damals für den Westen zugänglich). Bei der österreichischen Judenheit blieb manches unklar, obwohl die meisten vor dem Krieg ausgewandert waren. Es blieb schwierig, die genauen Zahlen von jenen zu ermitteln, welche emigriert und wohin sie ausgewandert waren. In jedem Falle lebten viele von ihnen, die zurückgeblieben waren - wahrscheinlich waren es sogar durchaus die meisten -, nicht mehr in ihren früheren Wohnungen.

Die Zahl der fehlenden Juden wird jedoch durch die bekannte Tatsache ausgeglichen, daß die Ausländerlager in Deutschland voller Juden waren (die Zahl hierfür wird mit mehr als 250.000 angegeben(2), und daß viele europäische Juden seit Kriegsbeginn in die USA, nach Palästina und irgendwohin sonst ausgewandert waren. Für die westeuropäischen Beobachter widersprachen Ende 1946 die handgreiflichen Tatsachen sehr stark den von den Siegern behaupteten Ausrottungsmaßnahmen der Deutschen gegenüber den Juden. Dennoch haben die Siegermächte mittels Kriegspropaganda und Nürnberger Militärtribunalen diesen Vernichtungsbehauptungen weltweite Verbreitung verschafft.

Im Verlauf eines Vierteljahrhunderts hat sich trotz dieser oberflächlichen Schilderungen die dogmatische Verbreitung des Ausrottungsmärchens immer mehr verstärkt, und dies obwohl in all den Jahren nur ein einziger ernst zu nehmender Schriftsteller auftauchte: der verstorbene französische Geograf Paul Rassinier. Im Jahre 1948 erschien sein Buch *Passage de la Ligne*. Es enthielt seine Erfahrungen als linksgerichteter Politgefan-

gener in Buchenwald 1943-1945. Im allgemeinen ist das Buch mit Sympathie aufgenommen worden, nur vereinzelt wurde es von gewissen Leuten geschmäht oder mit Zähneknirschen kommentiert. Im Jahre 1950 veröffentlichte dann derselbe Autor seine *Le Mensonge d'Ulysse*, eine kritische Betrachtung der KZ-Literatur, wobei er Beweise für das Vorhandensein von Gaskammern forderte: *„(...) es ist jetzt noch viel zu früh, um über die Existenz von Gaskammern zu urteilen"*. Diese Ausführungen brachten ihm einen gehässigen Pressekrieg ein, der zu gerichtlichem Einschreiten führte, wobei jedoch Rassinier als auch der Verfasser des Vorwortes und auch der Herausgeber zunächst freigesprochen wurden, nach der staatsanwaltschaftlichen Berufung jedoch für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe, zu Schadensersatz und Gefängnis mit Bewährung verurteilt und nach Einspruch der Angeklagten aber dann freigesprochen wurden. Beide Bücher wurden 1955 in *Le Monsonge d'Ulysse* als 2. Auflage zusammengefaßt. Diese Ausgabe lieferte noch mehr kritisches Material über die angeblichen Gaskammern. 1961 kam die bekannteste, allerdings nicht sehr weit verbreitete 5. Auflage heraus. Auf diese berufe ich mich bei meiner Arbeit. Im gleichen Jahre veröffentlichte Rassinier noch einen kleineren Ergänzungsband: *Ulysse Trahi par les Siens*. Hier bezeugt er in drei kurzen Berichten, *„daß er fast fest davon überzeugt ist, daß es keine Gaskammern gegeben hat"*. Der letzte Bericht gibt eine Rede wieder, die er in verschiedenen deutschen und österreichischen Orten gehalten hat, und zwar im Frühling 1960 (kurz vor dem Eichmann-Prozeß). 1962 folgte dann seine Arbeit *Le Véritable Procès Eichmann*. (Es erschien 1963 in deutscher Übersetzung mit dem Titel *Zum Fall Eichmann: Was ist Wahrheit?*), eine Studie über den ganzen Umfang der angeblichen deutschen Kriegsverbrechen in ihrem historischen und politischen Zusammenhang. Zu dieser Zeit hatte er sich ein endgültiges Urteil über dieses Märchen der Judenausrottung gebildet: *„ (...) eine Geschichtsfälschung (...) der tragischste und makaberste Betrug aller Zeiten"* (3)

Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, benutzte Rassinier zwei Methoden: Das ihm damals vorliegende Material und die Bevölkerungsstatistiken. Unter der Materialverwendung verstehen wir die kritische Unter-

suchung (Analyse) der angeblichen Beweise über Massenvernichtung von Juden mittels Vergasung oder anderer eigentümlicher Methoden, die während dieses Zweiten Weltkrieges von den Deutschen angewendet worden sein sollen. Die Materialuntersuchung ergab eine fast identische Übereinstimmung mit den beweismitteln für die Kriegsverbrecherprozesse oder die Gerichtsunterlagen, wie sie von Reitlinger oder Hilberg interpretiert und von ihnen mit ähnlichen Unterlagen ergänzt wurden. In seinem Buch *Le véritable Procès Eichmann* untersucht Rassinier die Bevölkerungsstatistik nur oberflächlich. Aber in seinem letzten Hauptwerk über das Problem der Judenausrottung *Le Drame des Juifs Européens*, 1964, (1965 in deutscher Übersetzung betitelt: *Das Drama der Juden Europas*), legte er eine ausführliche Analyse dieser Frage an Hand der Bevölkerungsstatistik vor. 1965 veröffentlichte er *L'Opération Vicaire*, eine ansehnliche Kritik über Rolf Hochhuth's Theaterstück *Der Stellvertreter*. Dabei ist zu erwähnen, daß man bei Prüfung seiner Quellen doch der Sache auf den Grund gehen muß. Manches hält der Prüfung nicht stand, und schlimmer: Manchmal verwendet er unzuverlässige Quellen. Es gibt da einige ins Auge fallende, zwar relativ unwichtige Irrtümer, so z.B. wenn er Hanson Baldwin als „Sachverständiger für Fragen der jüdischen Bevölkerung bei der *New York Times*" vorstellt. Man muß sogar bezweifeln, daß die *Times* ein Redaktionsmitglied hatte, das man so bezeichnen könnte; oder wenn er versichert, daß die meisten amerikanischen Juden Anti-Zionisten seien und die Auffassungen des antizionistischen *Amerikanischen Rates für das Judentum* unterstützten. Dieser Rat war nie eine politisch ins Gewicht fallende Organisation. Immerhin war Rassinier ein mutiger Pionier auf einem wenig beachteten Gebiet, und kein gerecht denkender Mensch könnte ungeachtet der gelegentlichen Unzulänglichkeiten seiner Arbeiten diese lesen, ohne in Sachen Ausrottung zumindest skeptisch zu werden. Rassinier starb im Juli 1967. Seine Bücher erschienen auch in deutsch, italienisch und spanisch; englische übersetzungen aber gab es jahrelang nicht.

Auf die Bücher von Paul Rassinier folgten drei andere, die J.G. Burg veröffentlichte: *Schuld und Schicksal* (1962), dann 1967 *Sündenböcke* und

1968 *NS-Verbrechen. Prozesse des schlechten Gewissens*. Burgs Schriften waren nicht besonders gut fundiert, weil er hauptsächlich auf Zeitungswissen und persönliche Erfahrungen aufbaute, die er als Jude mit seiner Familie hatte sammeln können. Während des Krieges war die ganze Familie in die von Deutschen und Rumänen besetzten Ostgebiete verschickt worden. Nach 1945 ging die Familie nach Israel. Aber schließlich wurde er ein waschechter Anti-Zionist und kehrte nach Deutschland zurück.
Er war der Überzeugung, daß viele Juden als Folge des Zusammentreffens von NS-Politik und kriegsbedingten Umständen - z.B. Epidemien, Pogrome, Luftangriffe, Erschießungen, Partisanenkämpfe - umgekommen sind. Er leugnete einen deutschen Ausrottungsplan, hielt die Zahl von 6 Millionen für besonders verächtlich und schätzte die Zahl der Opfer auf höchstens 3 Millionen, wahrscheinlich jedoch sehr viel weniger.
Burg, ein schmächtiger Mann und nicht gerade jung, wurde, sozusagen als Belohnung für seine Bemühungen die Wahrheit zu ergründen, von jüdischen Schurken zusammengeschlagen, als er das Grab seiner Frau auf dem jüdischen Friedhof in München besuchte.
Ein unbekannter Verfasser gab 1969 in den USA eine kleine, unbedeutende Broschüre *Der Mythos der 6 Millionen* heraus. Anfangs durch Gerichtsverfahren verboten, wurde es 1973 erneut zum Kauf angeboten. Vom Inhalt her war es ein klarer Rückschritt im Vergleich zu Rassinier.
Der nächste Schritt war die Herausgabe einer Arbeit von Emil Aretz in Deutschland: *Hexen-Einmal-Eins einer Lüge*. 1973 kam die dritte Auflage heraus und scheint eine weite Verbreitung gefunden zu haben. Bei einem Vergleich mit Rassinier's Werk weist Aretz nur wenig Neues gegenüber der Ausrottungslüge auf. Hier ist Aretz sehr abhängig von Rassinier. Dennoch steuert er einiges bisher Unbekanntes bei. Wichtig ist vor allem: das Buch ist erfolgreich als kühne und ehrliche Verteidigung der deutschen Nation.
Die unvernünftige Fortsetzung der Kriegsverbrecherprozesse in Westdeutschland und das Fehlen jeder Begrenzung in Hinsicht auf die von Deutschen angeblich begangenen Verbrechen brachten eine kaum bemerkte Begleiterscheinung hervor: Leute, die „dort" waren, hatten sich

bislang gescheut, mit dem herauszurücken und zu berichten, was ihrem Wissen nach geschehen war. So wollten sie möglichst nicht die Aufmerksamkeit auf sich lenken, daß sie „dort" waren. Trotzdem war es unvermeidlich, daß einige mutige Männer dennoch an die Öffentlichkeit traten. Der wichtigste Mann auf diesem Gebiet war Thies Christophersen, Verfasser der kleinen Schrift *Die Auschwitzlüge*. Christophersen war von Januar bis Dezember 1944 in Auschwitz. 1973 gab er seine diesbezüglichen Erinnerungen heraus. Daraus geht ohne weiteres hervor, daß es dort niemals Vernichtungsmaßnahmen gegeben hat. Eine englische Übersetzung von dieser Broschüre mit etlichen interessanten Anzeigen kam 1974 heraus. Im Oktober 1973 schrieb der Hamburger Richter Wilhelm Stäglich in der Zeitschrift *Nation Europa*, daß er im Sommer 1944 zu einer Flak-Einheit in der Nähe von Auschwitz abkommandiert gewesen war. Das angebliche Vernichtungslager hat er bei verschiedenen Gelegenheiten aufgesucht.

Er ist davon überzeugt, daß es dort keine Hinrichtungen gegeben hat. Daraufhin wurde er von der Richterdienstkammer beim Landgericht Hamburg mit einer 10%igen Kürzung seines Gehaltes für die nächsten zwei Jahre bestraft. Aus Gesundheitsrücksichten trat Stäglich in den Ruhestand. Sein Fall wurde nun von der Berufungskammer des Hamburger Gerichts neu aufgerollt, das im Juli 1975 eine 20%ige Herabsetzung seiner Pension für die Dauer von fünf Jahren festsetzte! Einige Monate später, im Februar 1976, wurde der Herausgeber von Christophersen's Broschüre, Rechtsanwalt Manfred Roeder, schuldig gesprochen, *„weil er Rassenhaß predige und Völkerhetze betreibe"*. Roeder wurde zu einer Geldstrafe und zu Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Seine Herausforderung bestand darin, daß er durch seine jedem zugängliche Veröffentlichung erklärt hatte, daß die 6-Millionen-Legende eine *„gemeine Lüge sei, um das deutsche Volk zu erpressen"*. Solche Verfahren beleuchten schlagartig, warum es so lange gedauert hat, bis sich die Wahrheit herausschälen konnte. (4)

Ende 1973 brachte Austin J. App, ein emiritierter Professor in Maryland, eine treffliche kleine Broschüre heraus: *Der 6-Millionen-Schwindel.*

Wolf-Dieter-Rothe veröffentlichte Anfang 1974 den ersten Band einer Studie: *Die Endlösung der Judenfrage.* In England folgte dann Richard Harwood mit der englischen Broschüre: *Starben wirklich 6 Millionen?* Harwood's Broschüre ist von starker Überzeugungskraft, allerdings gibt es in ihr auch einige schwache Punkte, und der Leser wird für genauere Einzelheiten des Themas auf Rassinier verwiesen. Colin Wilson hat in seiner einflußreichen Monatsschrift *Books and Booksmen* (Ausgabe Nov. 1974) eine Besprechung veröffentlicht und die während eines Monats eingegangenen Leserbriefe darüber abgedruckt.

Anfang 1975 gab Harry Elmer Barnes die englische Übersetzung von Rassinier's Broschüre heraus: *Das Drama der europäischen Juden.* - Ein kleiner Verlag in den Vereinigten Staaten hatte es gewagt.

Bei dieser Gelegenheit werfen wir noch schnell einen Blick auf die Schwierigkeiten, die sich bei der Verwendung von Statistiken herausstellen. In späteren Kapiteln zeigen wir dann, wie diese demografischen Aufgaben in diesem Buch gelöst worden sind.

Die Probleme, die einer demografischen Studie anhaften, sind ungeheuer. Erstens sind alle Primärquellen der Nachkriegszeit den privaten jüdischen oder aber kommunistischen Angaben entnommen (hauptsächlich die letzteren über alle wichtige Probleme die Sowjetunion, Rumänien bzw. überhaupt Osteuropa betreffend). Zweitens scheint es, daß man aus ihnen jedes gewünschte Ergebnis herauslesen kann, wenn man die entsprechenden ausgewählten Vor- und Nachkriegsangaben heranzieht. Man betrachte einmal die Angaben über die jüdische Weltbevölkerung. Da ist z.B. der Professor für jüdische Soziologie an der hebräischen Universität in Jerusalem, Professor Arthur Ruppin. Für 1938 gibt er die Bevölkerungszahl der Juden in der Welt mit 16.717.000 an. (5)
Der 1943 verstorbene Ruppin galt auf Grund zahlreicher Veröffentlichungen, die er im Verlauf vieler Jahre der Vorkriegszeit geschrieben hatte, als der beste Fachmann auf diesem Gebiet. Die Schätzungen anderer Vorkriegsquellen stimmen im wesentlichen mit ihm überein. So schätzt 1940 der Welt-Almanach des *Amerikanischen Jüdischen Komitees* für 1933 die Zahl mit 15.315.359. Der *Welt-Almanach* für 1945 nennt 15.192.089

(S. 367). Eine Quelle hierfür wird zwar nicht angegeben, aber diese Zahl fußt offensichtlich auf einer Zählung der Religionszugehörigkeit. Der *Welt-Almanach* für 1946 verbessert die Zahl auf 15.753.638, eine Zahl, die in den Ausgaben für 1947 (S. 748), 1948 (S.572), 1949 (S.289) beibehalten wird. Der *Welt-Almanach* von 1948 (S.249) gibt die Schätzung des *Amerikanischen Jüdischen Komitees* für 1938 (kein Druckfehler!) fast gleich hoch mit 15.688.259 an, während der gleiche Almanach für 1949 (S.204) neue Zahlen des *Amerikanischen Jüdischen Komitees* nennt, die sich von 1947 auf 1948 so entwickeln: Für 1939 = 16.643.120, und für 1947 = 11.266.600. Der Militär-Experte der *New York Times*, Hanson Baldwin, schrieb nun 1949 einen Artikel, worin er sich mit dem damals drohenden israelisch-arabischen Krieg auseinandersetzte. Er benutzte als Unterlagen Informationen, die er von den Vereinten Nationen und anderen Stellen erhalten hatte. Für die jüdische Weltbevölkerung nannte er als Zahlen 15 bis 18 Millionen. In dem gleichen Almanach führt er die Zahlen für die Juden in Palästina, Juden in Mittelost, Araber in Palästina, Gesamtzahl der Araber, Moslims usw. und sonstige Angaben an. (6)

Diese Schilderung zeigt einige der Schwierigkeiten auf, die sich bei Hinzuziehung demografischer Daten für derartige Studien ergeben. Soll die Ausrottungsthese nach dem Krieg aufrechterhalten bleiben, so muß die Zahl von 11 bis 12 Millionen jüdischer Weltbevölkerung in Anspruch genommen werden. Sie ist aber in mehr als einer Hinsicht sehr anfechtbar, greift sie doch praktisch auf zwei Statistiken zurück: eine für die USA und eine für Osteuropa. Beide, besonders die letztere, sind Gegenstand unüberwindlicher Schwierigkeiten bzw. Unsicherheiten.

Zunächst die Zahlen nach der Volkszählung für die USA (7)

Jahr	*Bevölkerung*
1920	105.710.620
1930	122.775.046
1940	131.669.275
1950	150.697.361
1960	179.300.000

Demgegenüber lauten die Zahlen für die jüdische Bevölkerung in den Vereinigten Staaten nach dem *Statistischen Jüdischen Büro* des Direktors H.S. Linfield (Dieses Büro ist ein Tochterunternehmen entweder der *Amerikanischen Jüdischen Konferenz* oder der *Synagoge von Amerika*) (8)

Jahr	*Jüdische Bevölkerung*
1917	3.388.951
1927	4.228.029
1937	4.770.647
1949	5.000.000
1961	5.530.000

Wichtig ist dabei der Hinweis darauf, daß sämtliche Zahlenangaben über den Anteil der Juden an der US-Gesamtbevölkerung der gleichen Quelle (Linfield) entnommen sind.
Die jüdische Bevölkerung in den USA zeigt von 1917 bis 1937 einen Zuwachs von 40,8 %, die Zunahme der Gesamtbevölkerung der USA von 1920 bis 1940 hingegen nur 24,6%. Die Zahlen könnten sogar stimmen, bedenkt man, daß im Verlauf der in Betracht kommenden Zeit die jüdische Einwanderung in die USA recht beträchtlich war. Das *Amerikanische Jüdische Jahrbuch* gibt für die Jahre von 1938 bis 1940 und 1946 bis einschließlich 1949 eine jüdische Einwanderung von netto 232.191 an. (9)
Für 1944 und 1945 scheinen keine Zahlen vorzuliegen. Zufällig war gerade in diesen zwei Jahren die Zulassungsquote für einwandernde Juden in unbestimmter Höhe überschritten worden. Angeblich sollen nur 1.000 solcher Juden in einem Lager in der Nähe von Oswego/New York untergebracht gewesen sein, deren Einwanderung in die USA abgelehnt wurde. Ein verdächtiger Beitrag der USA zum Flüchtlingsproblem! (10)
Anstatt zu versuchen, die schwierige Frage über den Umfang der jüdischen Einwanderung zu lösen, versuche ich lieber der Sache anders näher zu kommen. Man billige der jüdischen Weltbevölkerung mindestens die gleiche Zuwachsrate für 1937-1957 zu wie dem jüdischen Bevölkerungsanteil in den USA während der Jahre 1917-1937, was zumin-

dest mit Rücksicht auf verschiedene Tatbestände angebracht erscheint. Man frage z.B., warum während des Zweiten Weltkrieges und danach 1,5 Millionen Juden nach Palästina verfrachtet wurden. Das könnte dann ebensogut die Einwanderung in die USA erklären wie den Umstand, daß keine nach Nationalität oder Rasse getrennten Einwanderungszahlen notiert und daher auch nicht auf Juden als solche anwendbar sind. Im Jahre 1957 müßten somit in den USA mindestens 6.678.000 Juden leben und nicht, wie angegeben, 5.300.000. Es fehlen mithin rund 1.400.000 Juden, gemessen an der Durchschnittszahl für 1957. Wir sehen dies auf Grund der vorgeführten Berechnungen als eine vorsichtige Schätzung an. Von 1937-1957 hatte die jüdische Bewegung einen bisher niemals erreichten Umfang.

Andererseits können wir die ebenso vorsichtige Schätzung anerkennen und vermuten, daß die 4.470.647 Juden von 1937 bis zum Jahre 1957 im gleichen Umfang zugenommen haben wie die US-Bevölkerung von dem Kriegsjahr 1940 bis 1960. Hiernach müßten 1957 6.500.000 Juden in den USA gelebt haben. Wenn man nun die wohl berechtigte Zahl von 300.000 als Folge der Zuwanderung hinzuzählt, so kommen wir für 1957 auf 6.800.000. Berechnet man nach beiden Methoden die für die Nachkriegszeit genannten Zahlen weiter, so fehlen mindestens rund 1,5 Millionen für 1957.

Der Hauptfehler bei den Zahlenangaben über die jüdische Bevölkerung in den USA liegt darin, daß eine unerklärlich geringe Zunahme behauptet wird für die Zeit von 1937-1949, und dies trotz einer gewaltigen Siedlungsbewegung der Juden und der sehr großzügigen Handhabung der US-Einwanderungspolitik.

Osteuropa bietet den Kern des demografischen Problems. Man muß sich zunächst darüber klar sein, daß es im Verlaufe des 20. Jahrhunderts im gesamten osteuropäischen Raum erhebliche Grenzverschiebungen gegeben hat. Dies verdeutlicht die beigefügte Landkarte (Tafel 1) Grenzverlauf am Vorabend des Ersten Weltkrieges 1914-1918. Tafel 2 zeigt den Stand vom Januar 1938, wie die Grenzen im großen und ganzen gemäß dem Versailler Vertrag verliefen, bevor Hitler Deutschland neue Gebiete

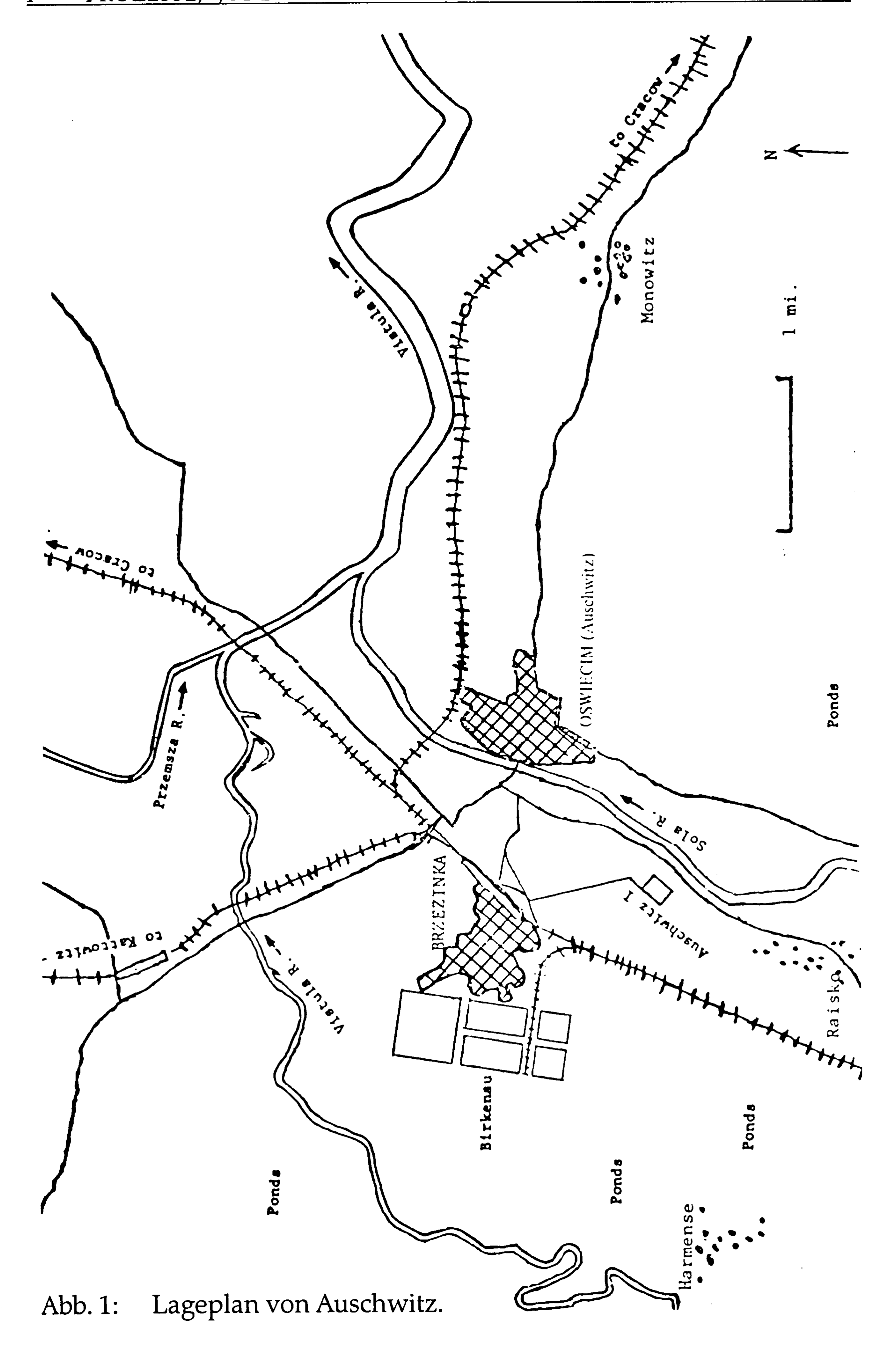


Abb. 1: Lageplan von Auschwitz.

einverleibte. Karte 4 zeigt das Nachkriegs-Europa im Jahre 1945. Die wichtigsten Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg sind die nach Westen vorgetriebenen sowjetischen Grenzen. Die drei baltischen Länder Litauen, Lettland und Estland wurden einverleibt, desgleichen beachtliche Teile von Rumänien, von Polen, der Tschechoslowakei und von Ostpreußen. Polen wurde mit den Resten von Ostpreußen und dem übrigen Ostdeutschland abgespeist. Die Wirkung war, daß auch Polen sich westwärts ganz erheblich ausdehnte.

Für 1938 gaben H.S. Linfield und das Jüdische Komitee eine Schätzung für die jüdische Bevölkerung in Osteuropa im Welt-Almanach für 1948 (S. 249) an, während für die Nachkriegszeit 1948 die Zahlen im Welt-Almanach für 1949 (S. 204) veröffentlicht wurden:

	1938	*1948*
Bulgarien	48.398	46.500
Ungarn	444.567	180.000
Polen	3.113.900	105.000
Rumänien	900.000	430.000
UdSSR	3.273.047	2.032.500
Gesamt	7.779.912	2.794.000

Die von den Juden behaupteten Verluste in Osteuropa betragen demzufolge 4,985.912. Bei den Zahlen für die UdSSR sind in beiden Fällen die drei baltischen Staaten und die Juden des asiatischen Rußland inbegriffen. Die Vorkriegszahlen liegen in allen Fällen dicht bei den von Ruppin kurz vor dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichten Zahlen. In dem Maße, wie die Ausrottungslegende auf Bevölkerungsstatistiken beruht, fußt sie genau auf diesen Statistiken oder auf sie zurückzuführenden Angaben. Der Haken ist nur, daß dieserart Angaben vollkommen bedeutungslos sind. Für westliche Beobachter besteht keine Möglichkeit, die Zuverlässigkeit dieser Zahlen zu überprüfen, zu schweigen von ihrer Genauigkeit. Er muß also bereit sein, entweder die jüdischen und die kommunistischen und dabei besonders die letzteren Angaben über die jüdischen Bevölkerungsanteile zu übernehmen, oder aber er muß jedes sta-

tistische Zahlenmaterial wegen mangelnder Zuverlässigkeit ablehnen. Es wäre mehr als gewagt zu behaupten, daß die polnischen Juden tatsächlich verschwunden wären, wenn es sich nicht größtenteils oder zumindest in annäherndem Maße so verhalten hätte. Diese Einschränkung ist m.E. begründet. Aber man muß sich daran erinnern, daß große Gebiete, die 1939 noch polnisches Staatsgebiet waren, 1945 sowjetisches Territorium geworden sind. Für die polnische Judenschaft bestand somit die Möglichkeit, während der sowjetischen Besatzung Ostpolens von 1939-1941 tatsächlich von der dortigen Bildfläche zu verschwinden. Die Sowjets hatten in den Jahren 1939-1941 viele Polen und Juden in die Sowjetunion verschleppt. Die nun von den Deutschen in den Jahren 1939-1944 hauptsächlich in den östlichen Gebieten zusammengefaßten Juden wurden bei dem erneuten Vormarsch der Roten Armee aufs neue von der UdSSR absorbiert, - zumindest was einen großen Teil der Juden betrifft. Jene, die dort nicht mehr leben wollten, konnten auswandern. Sie taten es und zwar zumeist nach Palästina und in die USA, aber auch viele nach Neu-Polen oder in andere Länder. So handelten auch tatsächlich viele Juden, die vor dem Krieg in Polen gelebt hatten.

Was immer über die Sowjetpolitik in bezug auf die Juden nach - sagen wir - 1950 gesagt sein mag: Sicher ist, daß sie früher nicht antijüdisch war. Die Sowjets haben vielmehr die Juden ermuntert, in der Sowjetbevölkerung aufzugehen. Es ist bekannt, daß viele polnische Juden während und nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion aufgenommen worden sind. Zahlen hierüber sind verständlicherweise nur schwer zu bekommen. Reitlinger weiß um dieses Problem und gibt ihre Zahl mit 700.000 an, ohne aber eine Begründung dafür anzuführen, warum die Zahl nicht bedeutend höher liegen sollte. Weiter fügt er hinzu, daß die Belege, die er für die Vernichtung der Juden in der Sowjetunion herangezogen hat, (als Beweismaterial stützte er sich dabei auf angebliche deutsche Dokumente), dartun, daß ungefähr die gleiche Zahl sowjetischer Juden vernichtet worden sei. Daraus folgert er richtig, daß die jüdische Bevölkerung in der UdSSR von 1939-1946 real zugenommen haben müßte. (11) Dieses wichtige Eingeständnis des *Die Endlösung*-Verfas-

sers beweist, daß unser Sträuben gegen die Anerkennung der kommunistischen Zahlenangaben nicht dahingehend ausgelegt werden kann, als geschähe solches nur, um unsere sog. These aufrechtzuerhalten. Derartige Zahlen sind nachgewiesenermaßen unglaubwürdig. So behaupten die Sowjets, daß ihr jüdischer Anteil an der Bevölkerung trotz des Gebietszuwachses um 38% zurückgegangen sei, obwohl dort auch viele Juden gelebt haben. Da die UdSSR eines derjenigen Länder ist, in denen die Juden als gesetzlich anerkannte Nationalität gelten, so müssen sie doch auch über genaue Zahlen verfügen. Sie haben es aber bisher vorgezogen, einen äußerst zwielichtigen jüdischen Bevölkerungsverlust von 38% anzugeben. (Reitlinger verweist auf diese sowjetischen Angaben für den Fall, daß der Leser seine Zahlenangaben nicht anerkennen will). Das gleiche gilt auch für die übrigen Zahlenangaben.

Die besten Nachforschungen hierüber scheinen die des Demografen Leszek A. Kosinski von der Universität in Alberta zu sein. (*Geographical Review*, Band 59, Ausg. 1969, S. 388-402 und *Canadian Slavonic Papers*, Band 11, Ausg. 1969, S. 357-373). Hier sind die Studien der Bevölkerungsveränderung in ganz Zentralosteuropa festgehalten (ausschließlich Deutschland und Rußland), und zwar für die Zeit von 1930-1960. Kosinski weist dabei auf die außergewöhnlichen Schwierigkeiten bei Verwendung von Basis-Statistiken hin.

> „Die bei der Forschung benutzten Kriterien sind von Land zu Land verschieden und nicht immer genau. Dabei werden insbesondere zwei Arten angewandt: objektive Kriterien wie Sprache, kulturelle Zugehörigkeit und Religion; und subjektive Kriterien: Angaben auf Grund persönlicher Aussage. Jede Art hat ihre Vor- und Nachteile. Die objektiven Kriterien bestimmen die Nationalität nur indirekt und sind in Grenzfällen schwer anwendbar, z. B. im Falle von Zweisprachigkeit. Die gleiche Vorsicht muß man sogar in noch erhöhtem Maß bei der subjektiven Art walten lassen. Hier beeinflussen äußerlicher Druck und Opportunismus das Ergebnis besonders dann, wenn das Nationalgefühl nicht voll entwickelt ist oder wenn eine aufrichtige Antwort unangenehme Folgen haben könnte. Amtliche Angaben sind nicht immer zuverlässig, selbst dann nicht, wenn sie nicht grundsätzlich gefälscht worden sind, was auch vorgekommen ist. Jedoch kann die Kritik an den offiziellen Angaben nicht in gleichem Maß auf alle Länder angewendet werden, da die Zuverlässigkeit auch eine Frage der nationalen Politik ist."

Die Juden sind nur eine der Gruppen, an denen Kosinski interessiert ist; er legt verschiedene Zahlen vor, die im allgemeinen vergleichbar mit den oben angeführten für die jüdische Bevölkerung vor dem Kriege sind. Seine Angaben für die Zeit nach dem Weltkrieg sind jedoch in jederlei Hinsicht so unzuverlässig, daß er noch nicht einmal den Versuch macht, besondere Zahlen für den jüdischen Bevölkerungsanteil in der Zeit nach dem Weltkrieg zu nennen, obgleich er solche für andere Bereiche und Gruppen (z.B. Zigeuner) anführt. Dabei gibt er Zahlen an, die statistisch weniger wichtig sind, als die für die Juden, die den Mythologisten der Ausrottungsbehauptung zufolge in Osteuropa überlebten. In Wirklichkeit übernimmt er die Ausrottungslegende voll und ganz. Auf seiner grafischen Darstellung zeichnet er durch eine dicke Linie eine katastrophale Abnahme der jüdischen Bevölkerungsanteile in Polen, Ungarn, in Rumänien und der Tschechoslowakei ein. Dazu vermerkt er, daß die Gesamtverluste im Kriege für die Jugoslawen, Juden, Polen und Ostdeutschen 12,5 bis 14 Millionen betragen, ohne diese Angaben im einzelnen aufzugliedern, und verweist seine Leser auf die statistische übersicht: *Bevölkerungsveränderung in Europa seit 1939*, die von Gregory (Grzegorz) Frumkin stammt. Dessen Angaben über die Judenschaft stammen aber von dem *Amerikanischen Jüdischen Kongreß*, der zionistischen Organisation in Amerika sowie dem *Centre de Documentation juive contemporaine* in Paris. Kosinski nennt keine Zahlen für die Juden, kann es sich wohl auch nicht leisten, sie zu nennen. Die Zahlen über die ethnische Bevölkerung des kommunistischen Ungarn fußen auf der Sprache, während jene von den kommunistischen Ländern (Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei) auf der Nationalität beruhen, was immer man auch darunter verstehen mag. Natürlich rechtfertigt er sich damit, daß er *„amtliche Statistiken, wie unvollkommen sie auch sein mögen"*, verwendet hat. Wir dürfen dabei aber auch nicht übersehen, daß es ebenfalls gewaltige Schwierigkeiten beim Umgang mit den Zahlen in den westlichen Ländern gibt. Hier fehlen alle gesetzlichen religiösen oder rassischen Unterlagen, um einen Juden zu bestimmen. Ein Beispiel: Nach den Reitlinger zur Verfügung stehenden Statistiken gibt er die Zahl der Juden in

Frankreich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges mit 300.000 an, inclusive jener, die aus Deutschland geflüchtet waren. (12) Die Nationalsozialisten dagegen gaben die Zahl von 865.000 an, und ich vermag keinerlei Grund dafür zu entdecken, warum sie diese Zahl absichtlich so hochgeschraubt haben sollten. Andere von den Nationalsozialisten verwendete Zahlen waren nicht wild aufgebauscht, verglichen mit den Zahlen anderer Quellen. (13)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, daß ich selbst z.B. absolut keine Ahnung habe, wie viele Juden es in den USA gibt. Ich kann den *Welt-Almanach* zu Rate ziehen, der mir mitteilt, daß es etwa 6 Millionen sind. Aber ich kann nicht nachprüfen, wie man zu dieser Zahl gekommen ist; und dabei habe ich wenig Vertrauen zu dieser Angabe. Soviel ich weiß, könnte die richtige Zahl genauso gut 9 Millionen lauten. Allein in New York City und Umgebung müssen mindestens 4 Millionen leben. Zusammengefaßt: Derartige Statistiken in die Hand zu bekommen, ist außerordentlich schwierig, selbst dann, wenn man von politischer Behinderung oder politischem Druck absieht. Weiterhin ist zu bemerken: In den demografischen Argumenten, die von einem Verlust von 5 oder 6 Millionen Juden sprechen, sind in den Quellen und amtlichen Veröffentlichungen jene Zahlen eingesetzt, die von Kommunisten und Juden stammen. Bei der Natur des Problems, das wir untersuchen, müssen somit diese Angaben als im wesentlichen unbrauchbar angesehen werden. Im übrigen sind Zahlen aus der Nachkriegszeit für die USA in bezug auf die Judenschaft nachweislich in beträchtlichem Umfang zu niedrig angegeben.

Nun möge man aus dem oben Gesagten nicht den Schluß ziehen, daß irgendwelche demografischen Ergebnisse, die als bereits ermittelt erscheinen, vom Leser anerkannt werden müßten. Es sollte lediglich gezeigt werden, in welchem Maße sich Schwierigkeiten auftürmen, wenn man versucht, sich allzu sehr an demografische Statistiken zu klammern. Auf solche Art kann man mit Sicherheit nichts herausfinden.

Bei der Endanalyse kommt man dann in die große Verlegenheit festzustellen, daß die zur Verfügung stehenden Zahlen zu nichts weiter führen,

als darzutun, daß solche Angaben über Millionen ermordeter Juden eben aus jüdischen und kommunistischen Quellen stammen. Eine solche Sachlage war zu erwarten, aber sie darf uns nicht davon abhalten, tiefer zu schürfen. Wir greifen dieses demografische Problem später erneut in diesem Buch auf und zwar dann, wenn unsere Untersuchung vernünftigerweise nützliche demografische Schlußfolgerungen ermöglicht, nachdem ermittelt ist, was im großen und ganzen den Juden geschehen ist.

Rassinier macht in seiner demografischen Studie tatsächlich nicht einmal den Versuch, dem Problem auf den Grund zu gehen; um es genau zu sagen: Sein grundlegender Versuch besteht darin, die Folgerungen aus den beiden unterschiedlichen Angaben zu analysieren, nämlich jene vom *Centre de Documentation juive contemporaine* und die von Hilberg, die beide aus ihren Daten 5 bis 6 Millionen NS-Opfer an Juden folgern. Rassinier hat nun errechnet, daß nach seinen Zahlen der erstere nur 1.485.292 Opfer nennen dürfte und der letztere nur 896.892 (14) Rassinier nimmt ungefähr 1 Million Juden als Opfer der NS-Politik an. Er verwirft dagegen die Behauptung einer geplanten Ausrottung der Juden. Es ist zum Beispiel gut bekannt, daß einige osteuropäischen Völker die der militärpolitische Lage ausnutzten, um die Juden zu verfolgen. Ebenso wahr ist, daß viele aus ihren Wohnungen geholte Juden zweifellos infolge der allgemeinen chaotischen Lage der letzten Kriegszeit umgekommen sind. Da ich glaube, daß eine Lösung so nicht möglich ist, will ich hier auch keine endgültige Zahl der Judenverluste anführen. Dennoch habe ich keinen gewichtigen Grund, mich über Rassinier's Schätzung zu beklagen.

Wie schon angekündigt, soll hier eine Materialanalyse ausgeweitet und diese mit einer zusätzlichen historisch-politischen Untersuchung verarbeitet werden. Es mutet geradezu fantastisch an, wenn wir sagen, daß zwei große Staaten in das Problem verwickelt sind und nicht nur einer! Da ist zunächst festzustellen, daß uns eine Geschichte über Judenausrottung vorliegt, und wir sollten Untersuchungen darüber anstellen, unter welchen Umständen sie zustandegekommen ist. Deutschland betrieb

eine anti-jüdische Politik, die in vielen Fällen Deportationen von Juden aus ihren Heimen und Heimatländern einschloß. Dies ist unbestritten. Während des Krieges war die politische Leitlinie von Washington, die Judenvernichtung propagandistisch wirksam herauszustellen, und die Nachkriegspolitik war darauf abgestellt, Prozesse durchzuführen, bei denen das einzige Beweismaterial hervorgebracht wurde, das wir z. Zt. darüber haben, daß diese Kriegszeitbehauptungen sachlich begründet gewesen seien. Dies ist auch sicher. Nun ist aber die Politik beider Seiten notwendigerweise von Interesse. Wenn diesem Buch, das eine vollkommen neue Ansicht über dieses Problem bringt, die nötige Achtung geschenkt wird, so liegt das sicherlich daran, daß es hartnäckig und unmißverständlich nachweist, daß Washington der emsige Hauptantreiber war, um diese Geschichte in die Welt zu setzen. Wir sind also nicht allein daran interessiert, was Hitler, Himmler, Göring, Goebbels und Heydrich in dieser Angelegenheit während des Krieges getan haben. Für uns ist ebenso bedeutsam, was in dieser Zeit Roosevelt, Hull, Morgenthau und die *New York Times*, aber auch andere einflußreiche Persönlichkeiten in den USA mit ihren verbündeten Massenmedien getan haben und was die verschiedenen von Washington kontrollierten und beherrschten Tribunale nach dem Krieg getan haben. Dies ist nicht nur ein faires Verlangen, sondern viel wichtiger: Es ist eine aufklärende historische Forschungsmethode.

Aus dem Gesagten folgt, daß Washington mit der Lüge von der Ausrottung der Juden ein abgekartetes Spiel getrieben hat. Wenn wir das erst einmal eingesehen haben, dann erst können wir die Natur der deutschen Politik gegenüber den Juden richtig einschätzen.

Bevor wir die Einzelheiten der Legende untersuchen, muß zunächst betont werden, daß es ausgezeichnete und bisher unbeachtete Gründe dafür gibt, ein abgekartetes Spiel zu unterstellen. Da ist z.B. das allgemein anerkannte Prinzip, daß eine politische Feindschaft, die bis zur kriegerischen Auseinandersetzung geführt hat, naturnotwendig eine Unparteilichkeit einer der beteiligten Mächte ausschließt. Für ein faires Gerichtsverfahren ist Neutralität aber eine unabdingbare Voraussetzung.

Da gibt es kein Wenn und Aber. Die Richter haben im Zusammenhang mit den innenpolitischen Verhältnissen ihrer Auftraggeberländer, die Deutschland gegenüber eine feindliche, haßerfüllte und kompromißlose Politik forderten, an ihre persönliche Karriere gedacht. Sie vermuteten, daß, wenn sie nicht alles von Ihnen Verlangte bei den Kriegsverbrecher-Prozessen getan hätten, es für sie höchst wahrscheinlich unmöglich gewesen wäre, auf ihre politische Karriere zurückgreifen zu können. Außerdem hatten sie in all den vergangenen Jahren nur den anti-deutschen Gesichtspunkt vernommen. Allein schon durch ihre Mitarbeit an den Militärtribunalen waren sie von vornherein politische Exponenten. Solche Überlegungen schließen grundsätzlich jede auch nur annähernde Unparteilichkeit aus.

Darüber hinaus gibt es aber auch noch sehr viel mehr besondere Gründe, um ein abgekartetes Spiel zu unterstellen. Dafür braucht man nur die leicht verfügbaren Tatsachen zu betrachten, wie sie die hieran beteiligten Tribunale geschaffen haben.

Als erstes gab es den „Großen Prozeß" des *Internationalen Militärtribunals* (IMT) in Nürnberg unmittelbar nach dem Krieg. Hierbei handelt es sich um das Verfahren gegen die Spitzenkräfte der Nationalsozialisten Göring, Heß, v.Ribbentrop und andere, das von November 1945 bis Oktober 1946 dauerte. Richter und Staatsanwälte waren die Amerikaner, Briten, Franzosen und Russen. Wie bei allen Militär-Gerichten gab es keine Geschworenen. Ihre Urteile: Drei Freisprüche, siebenmal Gefängnisstrafen und elf Todesstrafen. Die Todesstrafen wurden nahezu unmittelbar im Anschluß an die Urteile vollstreckt. Nur Göring entging der Schlinge durch Verschlucken einer Zyankali-Kapsel kurz vor dem Erhängtwerden. Woher Göring das Gift hatte und wie er es fertiggebracht hatte, es solange zu verstecken, konnte nie restlos geklärt werden. Die einzige Folge dieses Vorfalles war, daß der erste Nürnberger Gefängnispsychiater Dr. Douglas M. Kelley, eine führende Persönlichkeit für die Behandlung psychiatrischer Krankheiten mit Drogen, kurz darauf ein Buch über seine Erfahrungen in Nürnberg veröffentlichte. Darin läßt er Göring und seinem letzten Handeln großes Lob widerfahren:

> „Er ertrug seine lange Gefangenschaft mit Gleichmut im starken Glauben, daß er das alliierte Gericht niederzwingen könnte, indem er die Anklagevertreter mit ihren eigenen Worten schlug. Sein Freitod war ein geschickter, sogar brillianter Schliff, mit dem er das Gefüge vollendete, das die Deutschen in der kommenden Zeit bewundern werden (...) Die Geschichte wird bezeugen, daß Göring letztlich doch Sieger blieb, wenn er auch von einem hohen Gericht der alliierten Mächte verurteilt worden ist."

Zehn Jahre später folgte Dr. Kelley Göring in den Tod, indem er mehrere Kalzium-Zyanid Kapseln schluckte, die er angeblich als Andenken von Görings Leiche mitgenommen hatte. (15)

Dem IMT-Prozeß wurde eine außergewöhnliche Beachtung entgegengebracht. Er war in der Hinsicht wichtig, als sich die Alliierten selbst auf eine ganz bestimmte Version der Ausrottungsbehauptung festgelegt haben. Doch haben sie für diese Behauptung kaum Beweise grundlegender Art beigebracht, die sich auf die Judenausrottung bezogen. Sie beriefen sich dabei fast ausschließlich auf mündliche Zeugenaussagen und eidesstattliche Erklärungen, die für die Siegermächte unter den gegebenen Umständen nur allzu leicht zu beschaffen waren. Nicht zu vergessen: Sie beriefen sich außerdem auf *„die allgemein bekannten Tatbestände"*, die sie selbst kurzerhand ganz aus eigener Machtvollkommenheit in die Welt setzten und dann mit Hilfe des *Londoner Protokolls* vom 8.8.1945 den von ihnen eingesetzten, weisungsgebundenen Militärtribunalen als nicht nachzuprüfende, sondern *„von Amts wegen zur Kenntnis zu nehmende Tatsachen"* unterschoben.

Die in 42 Bänden zusammengefaßten Protokolle und Dokumentensammlungen des Nürnberger IMT-Prozesses, die mit vollständigem Sach- und Personenverzeichnis der Öffentlichkeit in den Bibliotheken vorliegen, erweisen sich als möglicherweise einziges Verdienst des IMT. Die Amerikaner haben zwischen 1946 und 1949 12 offenbar weniger wichtige Prozesse als NMT (*Nürnberger Militär Tribunale*) durchgeführt, auf welche verschiedentlich verwiesen wird, entweder unter der Nummer des Falles, Nennung des Hauptangeklagten oder einem näher beschriebenen Titel.

Fall Nr.	*US-Bände*	*Inhalt*	*Nr.d.Bde*
1	Brandt	deutsche Ärzte	1,2
2	Milch	Feldmarschall Milch	2
3	Alstoetter	Rechtsprechung	3
4	Pohl	Konzentrationslager	5,6
5	Flick	Unternehmer	6
6	Krauch	IG-Farben	7,8
7	List	Geiselnahmen	9
8	Greifelt	RuSHA (Rasse- und Siedlungshauptamt)	4,5
9	Ohlendorf	Einsatzgruppen	4
10	Krupp	Fall Krupp	9
11	Weizsäcker	Wilhelmstraßenprozeß	12-14
12	von Leeb	Oberkommando der Wehrmacht	10-11

Das NMT sprach mehrere Todesurteile aus, doch die überwiegende Mehrheit der Angeklagten erhielt Gefängnisstrafen, in vielen Fällen ziemlich lang. Jedoch kamen nahezu alle zu Gefängnis Verurteilten Anfang der fünfziger Jahre frei.

Die einzigen uns hier interessierenden Fälle betrafen

Fall 1 einen Prozeß gegen medizinisches Personal, das mit Euthanasie und medizinischen Versuchen zu tun hatte

Fall 4 ein Prozeß gegen die Konzentrationslagerverwaltung

Fall 6 und Fall 10, die sich von selbst erklären

Fall 8 der sich mit der deutschen Umsiedlungspolitik befaßte

Fall 9 gegen die Einsatzgruppen, die zur Sicherung des Hinterlandes in Rußland eingesetzt gewesen waren, und

Fall 11 ein Prozeß gegen Beamte verschiedener Ministerien.

Die US-Regierung veröffentlichte über alle diese Gerichtsverfahren ein 15 Bände umfassendes Werk, das ich in diesem Buch stets als *NMT-Werk* bezeichnen werde. Hier findet man die Zusammenfassung der einzelnen Fälle mit einer sehr begrenzten Auswahl der Dokumente, die als Beweise vorgelegt worden waren.

Die Nummern der einzelnen Bände über die verschiedenen Fälle sind in der obigen Liste aufgeführt.
An dieser Stelle stößt der Student auf eine bedeutende Schwierigkeit, da (wie dies auch bei Hilberg und Reitlinger deutlich ersichtlich ist) jegliche Beweisführung für die Vernichtungsbehauptung von den NMT und nicht vom IMT entwickelt worden ist. Dieses bedeutet somit: für die Geschichtsschreibung über das nationalsozialistische Deutschland sind die wichtigsten Dokumente die der NG-, Ni- und NO-Serien, und diese Dokumente wurden den NMT-Gerichtsverhandlungen zugrunde gelegt; ganz gleich, ob sie sich nun zum Vor- oder Nachteil auswirkten. Der dokumentarische Beweis, besonders mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen gesetzlichen und politischen Umstände, wie sie damals vorlagen, ist unermeßlich gewichtiger als Zeugenaussagen, was naheliegt. Das einschlägige, von den NMT herausgegebene dokumentarische Beweismaterial besteht aus gewissen Arten von solchen Unterlagen, die augenscheinlich Ausrottungsbehauptungen unterstützen, Dokumente, die die Verwaltung der Konzentrationslager betreffen, den Bau von Krematorien, Deportationen, gewisse Vorgänge bei IG-Farben und Krupp im Zusammenhang mit zur Arbeit eingesetzten Gefangenen, die allgemeine Judenpolitik der deutschen Regierung usw. Natürlich gibt es keinerlei unmittelbares dokumentarisches Beweismaterial für ein Ausrottungsprogramm. Wie z. B. Dr. Kubovy vom *Zentrum für Jüdische Dokumentation* in Tel Aviv in Jahre 1960 zugab, *„spricht und (...) das Wort ‚Vernichtung' steht auch nicht in dem Brief Görings an Heydrich die Endlösung der Judenfrage betreffend"*. (16)
Für die Allgemeinheit der Bürger besteht die Schwierigkeit darin, daß nur wenige Bruchstücke der NMT-Zeugenaussagen und -Dokumente weithin zugänglich sind und zwar in englischer Übersetzung (in einem 15 Bände umfassenden Werk der NMT). Hinzu kommt, daß diese Übersetzungen nicht immer zuverlässig sind, wie wir noch sehen werden. Zudem sind die Auszüge auch nach noch unbekannten Merkmalen ausgesucht. Und zu guter Letzt: das 15 Bände umfassende Werk des NMT ist nur in verhältnismäßig großen Städten vorhanden.

Die Situation sieht besser aus, wenn man in einer großen Stadt ansässig ist, da meist nur dort verhältnismäßig vollständige Dokumentensammlungen zusammen mit Mikrofilmen von den Prozeßprotokollen (fast ausschließlich in deutscher Sprache) vorhanden sind. Der Normalbürger muß aber auch dann noch mit Schwierigkeiten rechnen, wenn er bestimmte Bände anfordert und prüfen möchte. Zuweilen wird selbst das einfache Durchschmökern durch den Universitätslehrkörper nicht gern gesehen. Hinzu kommt, es gibt keine Sach- und Personenverzeichnisse über die NMT-Gerichtsverfahren (lediglich Register über Aussagen von Zeugen erscheinen mit vielen Irrtümern in den NMT-Bänden).

Von Bedeutung für uns hier sind fast ausschließlich diese IMT- und NMT-Prozesse. Von allgemeiner Bedeutung ist auch eine Reihe von britischen Gerichtsverfahren, hier vor allem die Fälle Belsen und Zyklon B. Polen, Russen, Franzosen, Holländer und Italiener haben sämtlich Prozesse ohne jegliche Bedeutung durchgeführt mit Ausnahme für die Opfer. Die Bonner Regierung ist mit einigen Prozessen von geringerer Wichtigkeit vertreten, z.B. mit dem Auschwitz-Prozeß, 1963-1965, über den Langbein, Laternser und Naumann berichtet haben.

Wie das IMT und die NMT zustande kamen, muß für unser Vorhaben ausführlich dargestellt werden. Seit Herbst 1943 existiert eine Kriegsverbrecherkommission der Vereinten Nationen mit Sitz in London. Jedoch hat diese Kommission niemals wirklich etwas getan mit Ausnahme der einzigen Verlautbarung, daß wenn überhaupt etwas unternommen werden soll, dies von den einzelnen alliierten Regierungen auszugehen habe.

Die ersten ernsthaften Schritte unternahmen die USA. Im August 1944 faßten die vereinigten Stabschefs ein Programm ins Auge, das sich mit Kriegsverbrechen beschäftigte. Der Entwurf wurde von dem Generalstaatsanwalt der *US-Army* gutgeheißen. Am 1. Oktober 1944 billigten die vereinigten Chefs diesen Plan, und um die gleiche Zeit und in übereinstimmung mit den Leitlinien des Kriegsministeriums wurde die Kriegsverbrechensabteilung (*War Crimes Branch)* im Geschäftsbereich des Generalstaatsanwaltes gebildet. Geführt von Brigadegeneral John M.

Weir und Oberst Melvin Purvis als dem Stellvertreter, war sie für die Durchführung jeglicher Angelegenheiten hinsichtlich Kriegsverbrechen verantwortlich.

Der von den vereinigten Stabschefs gebilligte Entwurf bestand nicht sehr lange. Er war nämlich ziemlich traditionsgebunden; daher hatte er hauptsächlich Gerichtsverfahren nur gegen Personen ins Auge gefaßt, die im Felde gegen die anerkannten Kriegsgesetze verstoßen hatten. Vergehen vor dem Kriege oder Handlungen der feindlichen Dienststellen gegenüber ihren eigenen Volksgenossen wurden als der alliierten Rechtsprechung nicht unterworfen angesehen. So wurden z.B. alle Maßnahmen gegen deutsche Juden als außerhalb der Zuständigkeit der so früh schon geplanten Kriegsverbrecherprozesse betrachtet. Die Auffassung über Kriegsverbrechen hielt sich streng an den Grundsatz, der nie infrage gestellt worden war: daß ein kriegführender Staat feindliche Soldaten nur für Vergehen zur Rechenschaft ziehen darf in dem Maße, wie er die eigenen Soldaten in der gleichen Lage zur Rechenschaft ziehen würde.

Kriegsminister Stimson hatte am 21. November 1944 eine Unterredung mit Präsident Roosevelt, bei der der amerikanische Präsident klar zum Ausdruck brachte, daß er sich für Kriegsverbrechen durchaus eine breitere Auslegung gedacht habe, und daß der von den vereinigten Stabschefs gutgeheißene Entwurf völlig ungenügend sei. Dementsprechend bestellte er im Januar 1945 den Richter Samuel Rosenman zu seinem persönlichen Vertreter in Sachen Kriegsverbrechen. Am 18. Januar traten daraufhin Stimson, Rosenman, Oberstaatsanwalt Francis Biddle und andere zusammen und kamen überein, die zu untersuchenden Kriegsverbrechen in einen viel breiteren Rahmen zu fassen. (17)

Biddle gehörte später zum Richterstab des IMT, obwohl er im Januar 1945 Roosevelt in Jalta eine Ausarbeitung vorgelegt hatte, darin es hieß, *„daß die höchsten deutschen Führer sehr wohl bekannt seien und der Nachweis ihrer Schuld keine großen Schwierigkeiten machen würde"*. Der sowjetische IMT-Richter Nikitschenko war ein wenig direkter, indem er vor dem Prozess bereits offen erklärte, *„wir beschäftigen uns hier mit den Hauptkriegsverbrechern, die schon längst verurteilt sind"*. (18)

Anfang Mai stimmte Truman den überarbeiteten Vorschlägen zu und ernannte Robert H. Jackson, Richter am Obersten Gerichtshof, für das bevorstehende Gerichtsverfahren zum Hauptankläger der USA und zum Vertreter der USA bei Verhandlungen mit ausländischen Regierungen, soweit sie mit dem zu bildenden Gericht befaßt waren. Am 6. Juni 1945 gab Jackson dem Prädidenten einen Zwischenbericht und Ende Juni richtete er mit seinem Stab eine Hauptgeschäftsstelle in London ein, in der viel Vorarbeit für das IMT geleistet wurde.
Eine Schlüsselfigur in Jackson's Londoner Stab war Oberst Murray C. Bernay, welcher bereits frühzeitig zu jenen gehörte, die mit Kriegsverbrechensfragen befaßt wurden. Nachdem er 1915 in Harvard den akademischen Grad erworben hatte, begründete er eine Rechtsanwaltspraxis in New York. Im Jahre 1942 erhielt er sein Offizierspatent und im Oktober 1943 wurde er zum Chef der Sonder-Projekt-Abteilung des Personalamtes und des Generalstabes ernannt. Seine Hauptaufgabe in dieser Stellung bestand nur darin, Pläne für die Prozesse gegen die deutschen Kriegsverbrecher vorzubereiten. Nach jeder weiterführenden Verhandlung mit dem Weißen Haus und anderen revidierte er die Pläne entsprechend, so daß man annehmen konnte - wenn man seinen Worten Glauben schenkt -, er wäre der Autor des Planes, der gegebenenfalls durchgeführt werden sollte. Jedenfalls wurde Bernay kurz nach der Ernennung Jackson's mit dem Militär-Verdienstorden *Legion of Merit* ausgezeichnet. Hier ein Auszug aus der Urkunde:

> „Indem er frühzeitig die Notwendigkeit erkannte, für die Probleme der Kriegsverbrecher und Kriegsverbrechen eine gesunde Grundlage zu schaffen, formulierte er das grundlegende Konzept für eine solche Politik und setzte zeitig und angemessen eine Aktion in Bewegung, die ihre Übernahme als Fundament einer nationalen Politik sicherstellte."

Im November 1945 ging Bernay in die USA zurück und trat anschließend sofort aus der Armee aus. Da damals beträchtliche Meinungsverschiedenheiten auf der höchsten Ebene über die Verfahrensweise bei diesen Kriegsverbrecherprozessen ausgetragen worden waren, ist es zweifelhaft, ob man Bernay's Behauptungen Wert beimessen kann. Dennoch

hat er zweifellos einen großen Anteil bei den Entwürfen für die Prozesse. Immerhin hatte man mit ihm sicherlich die richtige Wahl getroffen, denn es handelte sich um etwas völlig Neues: Um die Formulierung eines gesetzlichen Unterbaues für die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher, zumal auch seine Ansichten über Gerechtigkeit etwas vollkommen Neues waren. Nach seiner Rückkehr in die USA hatte er eine Aussprache mit einigen Verlegern, die ihn als den Mann hinter dem Steuer bezeichneten, wobei er auf ihre Fragen, wie denn nun die *„Jagd auf das Kroppzeug weitergeführt werden sollte"*, antwortete: (19)

„Es gibt natürlich eine große Zahl nationalsozialistischer Verbrecher, die davonkommen, wenn die Razzien nicht wirksam durchgeführt werden. Aber wenn wir erst einmal verfügt haben, daß die SS eine kriminelle Organisation und eine Mitgliedschaft in ihr von vornherein kriminell ist, so werden die Allierten mit einem Schlage bedeutend mehr von den Verbrechern geschnappt haben. Sie wissen doch selbst, daß es bei uns eine Menge Leute gibt, die noch immer nicht begriffen haben, daß wir in der amerikanischen Zone Deutschlands die Regierung sind und es daher dort kein Rechtssystem geben kann, dem wir nicht zustimmen. Wir sind das Gesetz. Wenn wir Z.B. wollten, so könnten wir Deutsche vor Gericht ziehen für Verbrechen, die zwanzig-, dreißig- oder vierzig Jahre zurückliegen. Aber wir werden mit der allgemeinen Ausbeute der Kriegsverbrecher zu sehr beschäftigt sein, als daß wir noch viel Zeit fänden, nach früheren Untaten zu suchen."

In London verhandelte Jackson mit den Alliierten über die Prozesse, und sein Zwischenbericht vom 6. Juni wurde zur Grundlage des *Londoner Abkommens* vom 8. August 1945, unterzeichnet von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion und Frankreich. Gegen 24 Personen und sechs Organisationen (SS, Generalstab usw.) wurde am 18. Oktober 1945 eine Anklageschrift ausgearbeitet und das Verfahren am 20. November 1945 in Nürnberg eröffnet. Drei der Angeklagten standen nicht vor Gericht. Martin Bormann wurde nie gefunden, Robert Ley beging vor der Gerichtsverhandlung Selbstmord und Gustav Krupp war zu krank und zu alt, um vorgeführt zu werden. Daher versuchte die Anklagebehörde als Ersatz den Sohn Krupp als Angeklagten heranzuziehen, aber das war sogar diesem Gericht zu viel. So wurde das Verfahren gegen Alfred Krupp bis zu den Verhandlungen der NMT aufgeschoben.

So im Vorbeigehen lohnt es sich festzuhalten, daß Oberrichter Jackson nicht nur der amerikanische Hauptankläger bei diesem Gerichtshof war, er war außerdem formal gesehen auch die leitende Persönlichkeit bei den Londoner Verhandlungen gewesen, bei denen die sogenannten gesetzlichen Grundlagen für diese Gerichtshöfe zusammengebraut worden sind, nach denen er sich dann bei dem Prozeß zu richten hatte. Eine seltene Gelegenheit für einen Staatsanwalt, wahrscheinlich etwas noch nie Dagewesenes im Hinblick auf Verfahrensweisen, die zivilisierten Völkern ernsthaft als Gerichtsverfahren zugemutet wurden. Ebenso einmalig waren die Grundsätze des IMT-Status, denenzufolge seine Rechtsprechung nicht darauf beschränkt ist, im Krieg begangene Verbrechen zu ahnden, sondern sie vielmehr auf die gesamte Zeit seit Bestehen der NS-Bewegung auszudehnen. Ferner wurde in dem Statut festgelegt, daß die Berufung auf höheren Befehl nicht zulässig sei und daß die Angeklagten zur Zeugenaussage gezwungen werden könnten.

Die Kriegsverbrechensabteilung (*War Crimes Branch*), die 1944 geschaffen worden war, arbeitete noch weiter, da Jackson beim IMT *„die Zusammenarbeit und Teilnahme der Kriegsverbrechensabteilung des Departments und der Militärjustiz"* mit eingebaut hatte. Ja, in den ersten Monaten des IMT-Prozesses (und vielleicht auch noch später) standen sämtliche Mitarbeiter der Anklagebehörde mit Ausnahme von Jackson auf der Gehaltsliste des Chefs des Militärjustizwesens. (20)

Bei den gegebenen Umständen war die wichtige Rolle, die das Department des Chefs des Militärjustizwesens (*Judge Advocate General's Department, JAG*) spielte, ganz natürlich, zumal das JAG-Department das legale Organ der Armee war und die grundlegende US-amerikanische Verwaltungsapparatur in Deutschland unmittelbar nach dem Krieg eben die US-Armee war. Die traditionalle Aufgabe des JAG-Department war die Verwaltung der Militärgerichtsbarkeit: Kriegsgerichte und die dazu gehörigen Angelegenheiten. Während des Zweiten Weltkrieges hatte sich jedoch die Tätigkeit des JAG-Department auf alle Gebiete der militärischen Aktivitäten ausgedehnt, bei denen strittige Rechtsfragen entstanden waren. Sie wurde sogar in Rechtsstreitigkeiten bei Kriegsproduk-

tionsverträgen eingespannt. Der Kriegsgerichtsrat, Generalmajor Myron C. Cramer, hielt im Mai 1945 eine Rede, in der er erklärte, daß die Verfolgung und Vernehmung von „Nazis" die Kriegsverbrechensabteilung bis zur äußersten Möglichkeit in Anspruch nehme und zur Haupttätigkeit des JAG würde, wofür er Jackson eine feste Zusage erteilt habe. Man kann daher sicher sein, daß es sich hierbei nicht um ein leeres Versprechen gehandelt hat, zumal Cramer's Organisation über mehr Möglichkeiten als Jackson's verfügte. Obwohl nicht genau geklärt ist, was die Kriegsverbrechensabteilung in Verbindung mit dem IMT geleistet hat, so ist es doch höchstwahrscheinlich, daß sie wirksam die amerikanische (hier die wichtigste!) Rolle in der Überprüfung und Auswahl des Personals für die Anklage und Verteidigung, in der Auswahl anderer Fachgruppen wie Übersetzer und Vernehmer beaufsichtigt hat. Natürlich hatte Jackson formell viel von dieser Autorität inne, aber es ist ziemlich sicher, daß diese Verantwortlichkeiten in der Tat von der Kriegsverbrechensabteilung ausgingen.

Die Verstrickung der Kriegsverbrechensabteilung in diese Gerichtsverfahren reichte jedoch noch tiefer. Während die IMT- und NMT-Prozesse durchgeführt wurden, fanden verschiedene andere kleinere Prozesse statt. Zu diesen gehörten die Prozesse im Lager Dachau (außerhalb Münchens und somit nicht weit von Nürnberg) gegen die Führungskräfte von einigen Konzentrationslagern (Buchenwald, Flossenbürg, Dachau), die von den Amerikanern gefangen genommen worden waren. Außerdem gegen die Deutschen, die während der Ardennenoffensive 83 Amerikaner, die sich bei Malmédy ergeben hatten, ermordet haben sollen. Diese Prozesse wurden ebenfalls von der Kriegsverbrechensabteilung überwacht. (22) Hierbei handelt es sich um die beschämendsten Episoden in der Geschichte der USA.

Die ganze Skala von Dritte-Grad-Methoden wurde in Dachau angewandt: Schläge, brutale Fußtritte, und diese bis zu dem Maße, daß in 137 Fällen die Hoden zerquetscht wurden; ferner Zähneausschlagen, Hunger, Einzelhaft, Quälen, indem den Gefangenen brennende Späne unter die Fingernägel getrieben wurden; Auftreten von Scheinpriestern, um

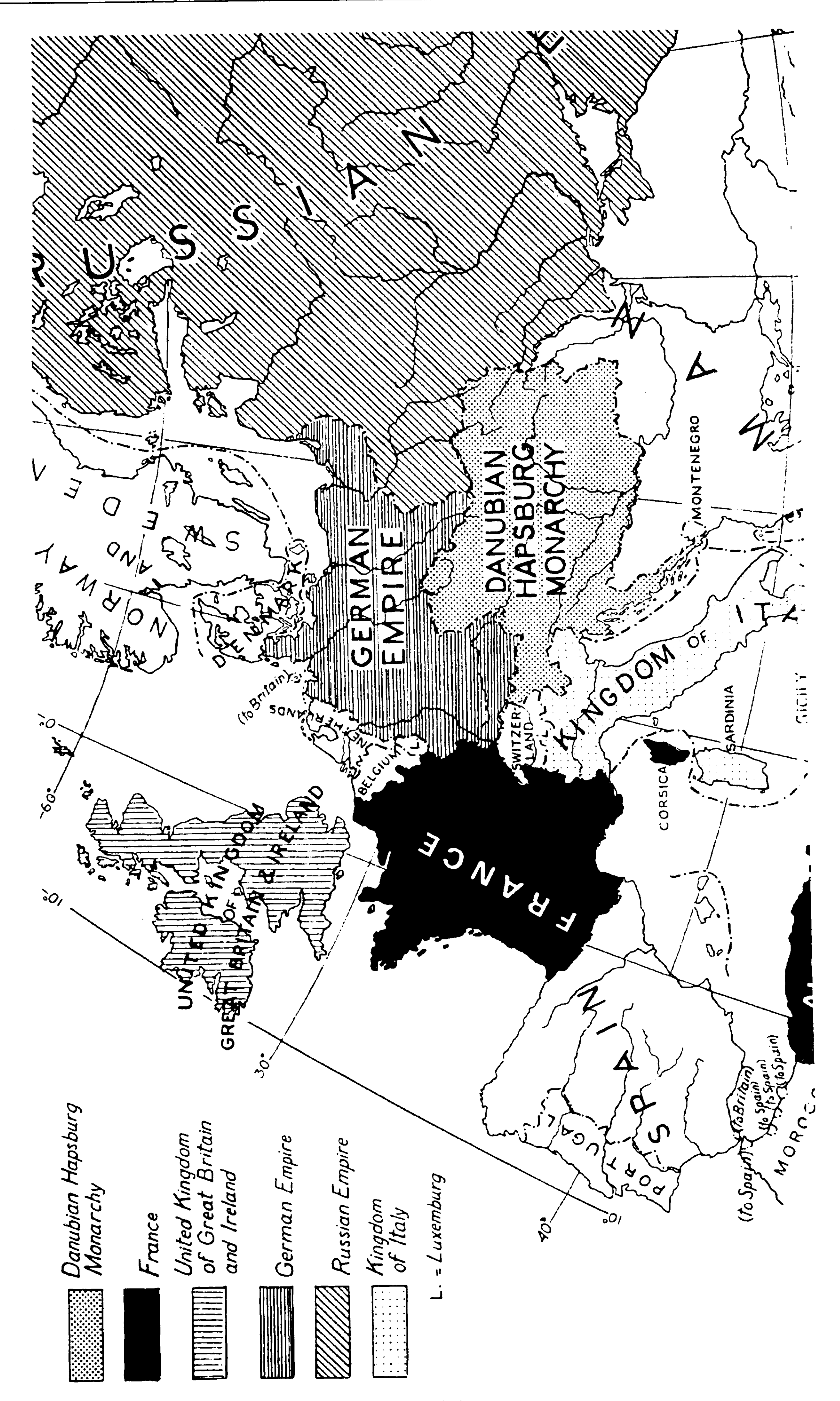


Abb. 2: Europa vor dem Ersten Weltkrieg.

den Gefangenen die Beichte abzunehmen. Gefangenen niederer Dienstgrade wurde versichert, daß man nur auf Verurteilungen höherrangiger Offiziere aus sei und daß sie absolut nichts zu fürchten hätten, wenn sie mit den Vernehmern zusammenarbeiten und die gewünschten Aussagen machen würden. Im nachhinein wurden dann ihre eigenen Aussagen als Beweismaterial gegen sie verwendet, als sie neben ihren früheren Offizieren auf der Anklagebank saßen. Andererseits hatte man den Offizieren zugesagt, daß sie bei Geständnissen die Gesamtverantwortung auf sich nähmen und auf diese Weise ihre Männer vor Gerichtsverfahren bewahren würden. Dann gab es einen weiteren Trick, wenn ein Gefangener die Mitarbeit verweigerte: Man veranstaltete ein Scheingerichtsverfahren. Dazu brachte man die Gefangenen in einen Raum, in dem Zivilisten, in amerikanische Uniformen gesteckt, an einem schwarz überzogenen Tisch saßen, in dessen Mitte ein Kruzifix und zwei Kerzen als einzige Beleuchtung standen. Dieses Gericht setzte dann ein Scheinverfahren in Gang, das mit einem Scheintodesurteil endete. Später versprach man dem Verurteilten, daß er begnadigt werden würde, wenn er mit den Anklägern zusammenarbeiten und das nötige Beweismaterial liefern würde. Manchmal drohten die Vernehmer, die Gefangenen den Sowjets auszuliefern. In vielen Fällen drohte man mit Entzug der Lebensmittelkarten für die Familie, oder auch mit anderen Erschwernissen für sie, wenn anders keine Mitarbeit erreicht werden konnte.

Die amtlichen (im Unterschied zu den Schein-) Gerichtsverfahren waren ebenfalls bewußter Hohn auf jede rechtmäßige Prozeßführung. Die Farce nahm ihren Anfang mit der Anklageschrift, die nur allgemeine Hinweise und weit auslegbare Begriffe von Verbrechen aufzeigte, die angeblich in den Jahren 1942 bis 1945 von dem KZ-Lagerpersonal begangen worden sein sollen, und ging dann dazu über, eine lange Namensliste von Angeklagten vorzulegen, die man beschuldigte, den aufgestellten extremen Allgemeinplätzen gemäß kriminell zu sein. Bestimmte Verbrechen von bestimmten Personen zu bestimmten Zeiten waren nicht Gegenstand der Anklage (z.B. Dokument 3590 PS).

In einigen Fällen war der Rechtsberater ein Amerikaner ohne jegliche Jura-Ausbildung, der zudem noch nicht einmal deutsch sprechen konnte. Sachkundige Dolmetscher waren zu den Prozessen nicht zugelassen. Den Anklägern mangelte es ebenfalls an juristischer Vorbildung, und bei dem Gericht, das aus zehn amerikanischen Heeresoffizieren bestand, war es nicht anders. Ein einziger ausgebildeter Jurist war dabei, dessen Entscheidung über die Zulassung des Beweismaterials endgültig war. Es gab Gerichtsverfahren gegen 1.672 Mann; von diesen wurden 1.416 verurteilt, davon 420 zum Tode.

Während die Anklagebehörde durch ganz Europa nach Zeugen jagen konnte, und Deutsche - wenn nötig - durch Torturen oder auf andere Weise gezwungen wurden, Beweismaterial zu liefern, waren indessen die Angeklagten von der Außenwelt abgeschnitten, ohne Geldmittel und nicht in der Lage, irgendjemanden zu ihrer Verteidigung heranzuziehen. Hinzu kommt, daß die VVN (*Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes)* in einem Propagandafeldzug ehemaligen Insassen von KZ-Lagern verboten hatte, als Entlastungszeugen aufzutreten.

Der amerikanische Rechtsanwalt George A. Mc. Donough verfügte über ganz besondere Erfahrungen, war er doch sowohl als Ankläger als auch in der Position eines Verteidigers, später sogar als Mitglied des Berufungsgerichts und Unparteiischer im Ausschuß für Gnadengesuche bei den Kriegsverbrecherprozessen tätig gewesen. 1948 schrieb er in *New York Times* Artikel, worin er sich darüber beklagte, daß für diese Gerichte jede gesetzliche Grundlage gefehlt habe. Weiterhin schrieb er, daß *„in neun von zehn Fällen weder frühere Gerichtsentscheidungen noch eine Auskunft zu den anstehenden Rechtsfragen gegeben hätten"*, die regelmäßig und konsequent auf jeden zukamen, der mit juristischer Praxis befaßt war. Für Mc. Donough war das Hauptproblem, ob in den Kriegsverbrecherprozessen die Berufung auf höheren Befehl als Entlastung anerkannt werden sollte oder nicht. Über das Dachauer Verfahren erklärte er:

> „Wenn ein Angeklagter vor dem Dachauer Gericht behauptete, daß er selbst erschossen worden wäre, wenn er den Befehlen seiner Vorgesetzten nicht gehorcht und so aus Unkenntnis etwas getan hätte in der Annahme, daß es sich

um einen gesetzlich zulässigen Befehl gehandelt habe, oder selbst wenn ihm das Ungesetzliche als solches bekannt gewesen wäre, all das wurde von den Gerichten als Delikt angesehen. Die Erfolgschance solcher Verteidigung schien vom Alter und dem Dienstgrad des Angeklagten sowie dem Stand der Schlacht zur Tatzeit abhängig gewesen zu sein. Und doch muß es als Anmaßung erscheinen, zu unterstellen, daß ein zum Wehrdienst einberufener Mann von vornherein hätte gewußt haben müssen, daß dieser oder jener besondere Tatbestand ungesetzlich gewesen sei, während sich die internationalen Autoritäten selbst nicht über die Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit einer bestimmten Handlung im klaren waren - oder dies überhaupt noch nie definiert haben (...)
Zeugenaussagen auf Grund von Hörensagen wurden unterschiedlos zugelassen und von Zeugen beschworene Angaben unbesehen anerkannt, gar gleich, ob irgendjemand die betreffende Person kannte, die die Angaben machte, oder die Person, auf die sich die Behauptung bezog. Wenn ein Ankläger die Aussage eines Zeugen für seine Zwecke als „mündliche Vernehmung vor Gericht" gewertet wissen wollte, so gab er dem Zeugenden Rat, heimzugehen. Die Aussage nahm er dann als Beweismaterial, und ein Einspruch der Verteidigung wurde glatt zurückgewiesen."

Ein bemerkenswerter Vorfall ereignete sich, als der Vernehmer Joseph Kirschbaum einen gewissen Einstein vor Gericht erscheinen ließ, der bezeugen sollte, daß der Angeklagte Menzel den Bruder Einstein's ermordet hätte. Als der Beschuldigte beweisen konnte, daß dieser Bruder lebe und wohlauf sei und sogar im Gerichtssaal sitze, geriet Kirschbaum in Wut und sagte schimpfend zu dem armen Einstein: *„Wie können wir dieses Schwein an den Galgen bringen, wenn Sie so blöd sind und ihren Bruder mit ins Gericht bringen?"*
Die diensttuenden US-Behörden erlebten derartiges des öfteren. Der Chef der Dachauer Verwaltungsabteilung für Kriegsverbrechen, ein Oberst A.H. Rosenfeld, quittierte im Jahr 1948 seinen Dienst. Bei dieser Gelegenheit wurde er von Journalisten gefragt, ob an den Gerüchten über die Scheingerichte etwas Wahres sei, und ob tatsächlich Scheintodesurteile ausgesprochen worden seien. Er antwortete: *„Natürlich doch! Wie anders hätten wir diese Vögel zum Singen bringen können! Es war ein Trick und hat Wunder gewirkt."*
Die in Malmédy Angeklagten hatten einen sachverständigen Verteidiger bei Gericht, den Oberstleutnant Willis M. Everett junior. Unter anderem

waren es auch seine wiederholten Proteste an das Oberste Gericht von US-Amerika, aber auch die Proteste anderer - wie z.B. vieler deutscher Kirchenmänner, außerdem verschiedenartige detaillierte Presseberichte über Vernehmungen, die den US-Oberrbefehlshaber in Deutschland, General Lucius D. Clay, dazu veranlaßt haben, eine Untersuchung der Dachauer Methoden zu fordern. Am 29. Juli 1948 ernannte der Kriegsminister eine Kommission, die aus zwei amerikanischen Richtern bestand, Gordon Simpson aus Texas und Edward van Roden aus Pennsylvania, beide Oberst der Reserve des JAG-Departments. Beigeordnet war ihnen der Oberstleutnant des JAG-Departments Charles Lawrence junior. Im Oktober 1948 überreichte die Kommission ihren Bericht an den Kriegsminister. Einige ausgesuchte Kapitel wurden im Januar 1949 veröffentlicht. Anschließende öffentliche Bemerkungen durch van Roden und in gewissem Maße auch von Simpson, zudem eine unabhängige Nachforschung durch eine Revisionsabteilung, eingesetzt von Lucius Clay, führten schließlich dazu, die ganze Angelegenheit öffentlich klarzustellen - bis auf einen Punkt, bei dem sich die Verteidiger nur noch um die Zahl der deutschen Gefangenen zu streiten brauchten, die diesen Brutalitäten ausgesetzt waren. Die Revisionsabteilung bestätigte alles, was van Roden behauptet hatte, mit einer einzigen Ausnahme, die sich auf die Häufigkeit der Brutalitäten bezog. (24) In seinem Buch *Entscheidung in Deutschland* streitet Clay merkwürdigerweise diese Vorkommnisse ab, doch straft ihn seine von ihm selbst eingesetzte Revisionsabteilung Lügen.

Diese Geschehnisse und besonders der Fall Malmédy zogen das ganze Jahr 1949 die Aufmerksamkeit auf sich. Ein Unterausschuß unter Führung von Senator Baldwin stellte Nachforschungen an. Ein Zeuge, früherer Gerichtsreporter während der Dachauer Prozesse, bestätigte, daß die damaligen Vorkommnisse ihn derart angewidert hätten, daß er seinen Dienst quittiert habe. Leutnant Perl, Frank Steiner und Harry W. Thon sind nach seinen Angaben die brutalsten Burschen gewesen. Er erklärte, daß Perl und seine Frau in Konzentrationslagern der Nationalsozialisten gewesen wären und daß die Nationalsozialisten Steiners Mutter

ermordet hätten. Anders als van Roden, der - wenn auch verkrampft - versucht, den ans Tageslicht gezogenen traurigen Tatsachen die bestmögliche Auslegung zu geben, gab Richter Gorden gegenüber Simpson zu, daß es vielleicht eine *„Klägliche Kumpanei"* gewesen sei, und versucht sie damit zu entschuldigen, daß es eben nur wenige deutschsprechende amerikanische Anwälte und keine sachkundigen Dolmetscher gegeben habe. Das hätte nun mal die Army gezwungen, *„einige der deutschen Flüchtlinge heranzuziehen"*. Steiner, Kirschbaum und Thon (später Chef des Auswertungsreferates bei der Zivilverwaltungsabteilung der US-Militärregierung) kreuzten später in den USA auf und bestritten alles, aber sie wurden durch die Zeugenaussage vom Vernehmer Bruno Jakob überführt, der etliche Vorkommnisse zugab. Der Vernehmer Dwight Fantom und Morris Elowitz leugneten vor der Presse ebenfalls alles ab. Oberst Rosenfeld bestritt fast alles. Er beschuldigte Oberstleutnant Harold D. McGown, Kommandeur der bei Malmédy umgekommenen amerikanischen Soldaten, daß er sich mit dem SS-Oberst Joachim Peiper, dem deutschen Kommandeur, verbrüdert habe, was auch erkläre, warum McGown als Entlastungszeuge in Dachau für Peiper aufgetreten sei. Er habe auch zugegeben, daß er sich mit Peiper unterhalten hätte und dieser es gewesen sei, dem die Rettung zahlreicher amerikanischer Soldaten zu danken sei. Als Beweis für dieVerbrüderung bezeichnete Rosenfeld die Tatsache, daß McGown und Peiper *„allzu freundlich während der Nächte, die sie im Gespräch verbracht hätten, mit einander wären, und daß McGown mit Peipers Leuten gegangen sei, als es diesen gelang, einer Falle der Amerikaner zu entwischen". Nichts selbstverständlicher als das: McGown war Peipers Gefangener.* (25)

Es mag natürlich argumentiert werden, daß diese gespenstischen Dachauer Gerichtspraktiken doch wenig mit unserem Thema zu tun hätten, weil die in den Nürnberger Prozessen gesetzten Maßstäbe nicht damit vergleichbar wären und weil die Verbreiter der Ausrottungslegende keinerlei Beweismaterial zitieren, das bei diesen Verfahren zur Sprache gekommen wäre. Diese Streitfrage enthält eine Teilwahrheit: bei den maßgebenden Nürnberger Gerichtsverfahren gab es keine Brutalitäten

und Zwänge, die den Dachauer Vorkommnissen auch nur in etwa nahekämen, und von Massenvernichtungen wurde in den Dachauer Prozessen nicht gesprochen (obwohl bei den Zeugenaussagen auch gelegentlich von Gaskammern die Rede war). Trotz alldem kann das Dachauer Geschehen nicht einfach beiseitegeschoben werden, weil die Verwaltungsstelle, die Kriegsverbrechensabteilung, auch eng mit den Nürnberger Verfahren verquickt war. Wir haben das bereits vermerkt, aber wir wollen es dennoch mit einem auffallenden Vorkommnis erneut festhalten. Auch in Nürnberg wurden Druckmittel angewendet, um Beweismaterial zu bekommen, doch darüber sprechen wir in einem späteren Kapitel.

Keine der vier Mächte war über das Arrangement des IMT glücklich, und nach dem großen Prozeß zerstritten sie sich und führten nur solche Prozesse durch, an denen sie jeweils interessiert waren. Die britischen Prozesse befaßten sich hauptsächlich mit Sachverhalten, die hier von verhältnismäßig geringer Bedeutung sind. Die Franzosen zogen nur ein einziges größeres Verfahren auf, das sich mit dem saarländischen Großindustriellen Hermann Röchling beschäftigte, den sie auch schon nach dem Ersten Weltkrieg in Abwesenheit verurteilt hatten. Die Pläne für die amerikanischen NMT-Prozesse waren eigentlich erst 1945 in Angriff genommen worden. Im März 1946 wurde eine Abteilung in Jackson's Amtsstelle mit dieser Zwecksetzung eingerichtet. Vorsitzender wurde Telford Taylor.

Bemerkenswert ist, daß diese Verfahren gegen die Nationalsozialisten vom IMT über den Fall Eichmann 1961 (bei dem keine Entlastungszeugen zugelassen wurden) bis zum Auschwitzprozeß 1963-1965 (bei dem auf Anweisung der Bonner Regierung Rassinier nicht als Beobachter zugelassen, ja grundsätzlich seine Einreise in die Bundesrepublik verweigert wurde) dadurch gekennzeichnet sind, daß den Strafverteidigern keine Mitarbeiter von geschulten Quellenforschern zur Verfügung standen, die die Dokumente hätten durchforschen können. Erschwerend kam zudem hinzu: alle ihnen zugänglichen Unterlagen wurden von den Verfolgungsbehörden zuvor kontrolliert. (26) Weltpresse und Einfluß der

führenden politischen Kräfte haben die Angeklagten schon vorher faktisch verurteilt; Zeugenaussagen selbst zweifelhafter Art wurden zu Tatbeständen aufgewertet, zumindest ihnen Glaubwürdigkeit zugebilligt. Aber mit das Wesentliche: Die Gesetze, nach denen die Richter zu urteilen hatten, waren bereits vorweg auf einseitige Be- und Verurteilung konstruiert worden! Wie immer die juristische Bewertung einer solchen Situation ausfallen mag: wenn man nicht skeptisch an die Sache herangeht, kann dies ein völlig entstelltes historisches Bild ergeben. Die Militärtribunale der Siegermächte unterlagen sämtlich einem durchgreifenden Zwang:

> „Die Entscheidung des Internationalen Militärgerichtshofes über die Feststellung ob Invasionen, Aggressionsakte, Angriffskriege, Verbrechen, Brutalitäten oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit geplant oder begangen worden seien, sollen für alle Tribunale dieser Art verbindlich sein und nicht mehr in Frage gestellt werden, ausgenommen insofern es dieTeilnahme daran oder die Kenntnis davon in bezug auf irgendeine bestimmte Person berührt ist. Die Verlautbarungen des Internationalen Gerichshofes in den Urteilen (...) gelten als Beweis für behauptete Tatsachen, sofern nicht grundlegendes Material vorliegt, das das Gegenteil beweist".

Zwei unterschiedliche Verwaltungsorganisationen traten bei den NMT in Erscheinung. Eine bezog sich auf die Zusammenfassung der Militärtribunale und der Richter, die verwaltungsmäßig von einem Sekretariat mit einem Generalsekretär als Vorsitzendem eingesetzt wurden. Das Department der Army in den USA suchte die Richter aus. Es gab drei oder mehr Richter für jeden einzelnen Prozeß.

Die zweite Organisation war das *Büro - Chef des Rates für Kriegsverbrechen* (Telford Taylor) , das am 24. Oktober 1946 ins Leben gerufen wurde, sogleich nachdem Ribbentrop u.a. gemordet waren. Am darauffolgenden Tage reichte sie die erste Anklageschrift ein. Wenn es auch unbedeutende Unterschiede bei ihren Titeln gab, so war doch Taylor, bislang Beisitzer des Untersuchungsausschusses beim IMT, der Nachfolger von Jackson in den Prozessen, die im Gerichtsgebäude von Nürnberg weiterhin in Szene gesetzt wurden. (27)

In diesem Buche werden wir noch öfter auf die NMT-Gerichtsverfahren

zurückkommen. Immerhin kann der Leser viel von dem Geist dieser Verfahren erhaschen und besonders von den Bemerkungen, die einige amerikanische Richter gemacht haben, die von der *US-Army* ausgesucht waren, um in Nürnberg ihren Dienst zu versehen. Verständlicherweise waren diese Leute gewöhnlich sehr zurückhaltend mit öffentlichen Aussprüchen über das, was sie beobachtet hatten. Zum Beispiel die Bemerkung eines Richters im IG-Farben-Prozeß, daß *„es unter den Anklägern zu viele Juden gegeben habe"*. Das war ein privat ausgedrückter Wink, gerichtet an die Anklagebehörde, aber ganz gewiß nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Der Vorsitzende Richter im Fall V (Verfahren gegen deutsche Generale wegen angeblich massenhafter Ermordung von Geiseln), Charles F. Wennerstrum, sprach dennoch öffentlich und energisch unmittelbar nach der Urteilsverkündung aus: (28)

„Wenn ich vor 7 Monaten das gewußt hätte, was ich heute weiß, ich wäre niemals hierher gekommen.
Es liegt auf der Hand, daß der Sieger eines Krieges nicht der geeignete Richter über die Schuld von Kriegsverbrechen ist. So viel Mühe man sich auch geben mag, es ist einfach unmöglich, der angeklagten Partei, den Verteidigern oder ihrem Volke klarzumachen, daß der Gerichtshof sich bemühe, die gesamte Menschheit zu vertreten und nicht etwa das Land, das seine Mitglieder berufen hat.
Was ich über den nationalistischen Charakter des Gerichtshofes gesagt habe, bezieht sich auf die Anklage. Die angekündigten Hohen Ideale als Begründung für die Erstellung dieser Tribunale waren nicht gerade überzeugend.
Die Anklage hat es nicht fertiggebracht, Objektivität fern von Rachsucht zu wahren, fern allen persönlichen Eifers, Verurteilungen durchzusetzen. Sie hat versagt, Präzedenzfälle zu schaffen, die geeignet wären, der Welt zukünftige Kriege zu ersparen. Die ganze Atmosphäre hier ist ungesund. Sprachwissenschaftler wären nötig. Amerikaner sind bekanntermaßen schlechte Sprachsachverständige. Gesetzgeber, Anwälte, Dolmetscher und Vernehmer wurden eingesetzt, die erst wenige Jahre zuvor amerikanische Staatsbürger geworden waren und deren Grundsatzanschauungen in der Haßmentalität und den Vorurteilen Europas eingebettet waren. Die Tribunale hatten die Aufgabe, das deutsche Volk von der Schuld seiner Führer zu überzeugen. Sie überzeugten die Deutschen jedoch nur davon, daß ihre Führer den Krieg gegenüber rücksichtslosen Eroberern verloren haben.
Das hauptsächliche Beweismaterial in den Prozessen bestand aus Dokumenten, ausgesucht aus einer Unmenge erbeuteter Akten. Die Auswahl traf

der Ankläger. Der Verteidigung standen nur solche Dokumente zur Verfügung, die der Ankläger für den einzelnen derartigen Fall als geeignet ansah. Unser Tribunal verfügte eine Verfahrensvorschrift, derzufolge das gesamte Dokument, aus dem der Ankläger Auszüge angeführt hatte, der Verteidigung als Beweismaterial vorzulegen sei. Die Anklagebehörde widersprach heftig. General Taylor versuchte das Gericht anzugreifen, rief eine Zusammenkunft der Vorsitzenden Richter ein und forderte, diese Anordnung wieder rückgängig zu machen. Dies war gewiß nicht die Einstellung eines gewissenhaften Gerichtsoffiziers, der nach voller Gerechtigkeit strebt. Für den amerikanischen Gerechtigkeitssin ist es ebenso abstoßend, wenn die Anklagebehörde auf Selbstbeschuldigungen fußt, die die Angeklagten nach mehr als 2 1/2 Jahren Untersuchungshaft, dazu nacht wiederholten Verhören ohne Anwesenheit eines Anwaltes gemacht haben. 2 1/2 Jahre Haft stellen schon eine Nötigung in sich dar.

Das Fehlen einer Berufungsmöglichkeit hinterläßt bei mir das Gefühl, dass hier von Gerichtigkeit grundsätzlich keine Rede sein kann.

(...) Sie sollten nach Nürnberg gehen! Dort können Sie einen Justizpalast sehen, in dem 90% der Anwesenden nur an Strafverfolgung interessiert sind!

(...) Das deutsche Volk sollte mehr Informationen über diese Gerichtsverfahren erhalten, und die deutschen Angeklagten müßten das Recht haben, Berufung bei den Vereinten Nationen einzulegen."

Wie berechtigt Wennerstrum's Angriff auf das niedrige Maß oder das gänzliche Nichtvorhandensein von Integrität bei der Nürnberger Anklagebehörde war, wird ironischerweise durch die Art und Weise bestätigt, in der Telford Taylor auf Wennerstrum's Feststellungen reagierte. Seine Äußerungen in Nürnberg erfolgten wahrscheinlich vertraulich mit dem Hintergedanken, sie in der *Chicago Tribune* zu veröffentlichen. Der Tribune-Berichterstatter Hal Foust schickte den Bericht nach Berlin, damit er auf drahtlosem Wege in die USA übermittelt werde. Vermutlich hielt er diesen Weg gegenüber Schnüfflern für sicher. Dennoch bekam es aber die Strafverfolgungsbehörde, offensichtlich durch eine Hinterlist, fertig, eine Abschrift des Berichtes zu erhalten. Taylor's Presseoffizier Ernest C. Deane rief Foust sofort an, um zu versuchen, ihm *„die Absendung der story auszureden"*. Der Bericht war aber schon abgegangen, und Foust antwortete, daß *„Taylor eigentlich vor der Veröffentlichung keine Kenntnis davon hätte haben können"*. Daraufhin fertigte Taylor eine Antwort auf Wennerstrums Stellungnahme an, die dann auch tatsächlich veröffentlicht wurde, be-

vor die *Tribune* den Angriff Wennerstrums abgedruckt hatte. Taylor beschuldigte unter anderem den Richter, Erklärungen abzugeben, *„die für die Interessen und die Politik der USA staatsgefährdend seien"*. Als Wennerstrum kurz nach Veröffentlichung der Taylor-Antwort und des Tribune-Berichtes in die USA zurückgekehrt war, blieb er bei seinen Behauptungen und kritisierte Taylor erneut.

Dieser Zwischenfall war einer der bemerkenswerten Fälle von Regierungs-Spionage des Jahres 1948. Daraufhin erließ die *Army* einen Befehl zur Verhütung derartiger Schnüffelei, und viele hielten es durchaus für möglich, daß Taylor von einem Kriegsgericht zur Rechenschaft gezogen würde. Als Taylor von Reportern gefragt wurde, ob sein Verhalten nach seiner Ansicht legal gewesen sei, entwickelte sich folgender Wortwechsel:

> „Ich weiß nicht, ob es legal war oder nicht" antwortete er. „Waren Sie nicht zwei Jahre allgemeiner Berater der Bundesnachrichtenkommission, bevor Sie zur Army überstellt wurden?" „Ja, aber was hat das damit zu tun?"

Taylor weigerte sich beharrlich, eine Ansicht über die Rechtmäßigkeit seines Handelns zu äußern, aber

> „abgesehen von dem angesprochenen Bericht war er mit sich selbst als einem Frontoffizier zufrieden (...) was er nie gewesen war, der soeben einen Vorteil gegenüber dem Feinde durch eine List außerhalb der Kriegsgesetze, wie sie die Genfer Konvention von 1907 festgelegt hat, davongetragen hat."

Das Zitat stammt aus Hal Foust's Darstellung über eine Pressekonferenz Taylor's. Foust erklärte, daß dies das zweite Beispiel einer Einmischung der *Army* in Berichte an seine Zeitung sei. Beim ersten Mal sei er von Heeresagenten festgenommen und verhört worden, nachdem er einen Bericht abgeschickt hatte.

Bei unserer Untersuchung der Nürnberger Gerichtsverfahren sind wir natürlich interessiert zu erfahren, wer die NMT-Vorgänge überwacht hat. Pro forma überwachte Taylor fast alles und jedes, ausgenommen die Berufung der Richter, da die formellen Verantwortlichkeiten des Chefs des Rates nicht nur auf die Strafverfolgung einzelner konkreter Fälle beschränkt war. Sein Amt hatte außerdem den Auftrag zu bestimmen, wer

angeklagt werden sollte und wer nicht, (es gab kein gesondertes Vorgehen, um Anklagen zu formulieren wie etwa bei Geschworenengerichten), wessen ein Angeklagter zu beschuldigen und warum ein anderer freizustellen ist. Das Büro übernahm auch die Arbeiten des Nürnberger Personals, und daher kann man wohl vermuten, daß das Büro zumindest rein formell den (erweiterten) Nürnberger Stab selbst übernommen hatte. Somit war das Amt verantwortlich für: Vernehmungen, Arbeitseinsatz, Dokumentenprüfung, Gerichtsprotokolle, Übersetzung und Auslegung. (29)

Wir haben die Gründe angeführt, warum zu unterstellen ist, daß dieses Nürnberger Personal von der *War Crimes Branch* streng überwacht wurde. Wir werden später sehen, daß der tatsächliche Einsatz dieses Stabes gleichgültig wie Taylors Machtstellung auch formell gewesen sein mag - nicht darauf schließen läßt, daß er den Nürnberger Stab im ganzen übernommen hat. Obwohl die Kriegsverbrechensabteilung im fernen Washington saß, blieb sie auch weiterhin an den Nürnberger Verfahren beteiligt.

Am 12. Juni 1948 meldete die amerikanische Presse, daß ein US-Oberst David „Mickey" Marcus gefallen sei. Markus war Absolvent der Militär-Akademie West Point, der seinen Dienst früher unter dem Namen „Mickey Stone" versehen hatte. Er war im Jerusalemer Kontrollabschnitt als Oberkommandierender während des jüdisch-arabischen Krieges gefallen. (In Wahrheit ist Marcus irrtümlich von einem eigenen Posten erschossen worden). Die *New York Times* schilderte kurz seine Laufbahn: vor dem Kriege 1939-1945 tat er Dienst als Direktor des Gefängnissystems in New York; danach war er dann als Heeresoffizier am Entwurf der Bedingungen für die Übergabe Deutschlands und Italiens beteiligt. Auf der Potsdamer Konferenz war er Rechtsberater (Sommer 1945). Wenn man seinen weiteren Lebenslauf nur nach dem wohlwollenden Nachruf-Artikel der *New York Times* her beurteilt, scheint seine Laufbahn, damit beendet gewesen zu sein, denn uns wurde nichts mehr von Marcus weiteren Unternehmungen berichtet. In Wirklichkeit kreuzte er im Januar 1948 bei der Haganah in Palästina (der stärksten jü-

dischen Militärmacht) wieder auf und besuchte im April 1948 die USA, wo er bei einer Feier in der Washingtoner Britischen Botschaft eine Medaille in Empfang nahm (sicherlich war dies eine Tarnung für detaillierte Verhandlungen über die endgültige britische Kapitulation). Drei Wochen später kehrte er nach Palästina zurück, um sein Amt in Jerusalem zu übernehmen. Der einzige zugängliche Hinweis über irgendwelche Tätigkeiten in der Zeit von August 1945 bis Januar 1948 ist ein Bericht vom 24. Juni auf S. 15 des *Londoner Telegraph*, in dem es heißt:

> „er war zur Zeit seines Todes aktiver Oberst im Büro des Chefs des Militärjustizwesens für die organisierten Reserveoffiziere. Obwohl er nicht mehr der (amerikanischen) Militärdisziplin unterstand, willigte er ein, daß er einer Rückrufung folgen werde."

In Wirklichkeit war Marcus ein Nachfolger Weirs als der Chef der *War Crimes Branch*. Unmittelbar nach dem Kriege war er *„Nummer Drei unter den Leuten, die die amerikanische Politik im besetzten Deutschland bestimmten"*. Anfang 1946 wurde er aber hier abkommandiert, um dort den Kriegsverbrechens-Job zu übernehmen. Seine Ernennung war ab 18. Februar 1946 wirksam, aber nachdem er Deutschland verlassen hatte, hielt er sich einige Monate in Japan auf und übersiedelte im Juni in das Büro der Washingtoner Kriegsverbrechensabteilung. Bis April 1947 blieb er Chef dieses Amtes. Dann trat er aus der Army aus und übernahm eine private Praxis als Anwalt. (30)
Unsere früheren Beobachtungen lassen tatsächlich den Schluß zu, daß es in Wirklichkeit die *War Crimes Branch* war, die hinsichtlich der NMT die entscheidenden Funktionen ausübte. Und es war auch tatsächlich so, was eindeutig aus Taylor's amtlichem Schlußbericht über die NMT hervorgeht, sofern man sorgfältig durchliest, obwohl diese Tatsache dort nicht besonders betont wird. (31)

Bestätigt wird diese Tatsache durch das bemerkenswerte Buch von Josiah E. DuBois, der bei der Strafverfolgung der NMT gegen die IG-Farben den Vorsitz führte, wie auch durch Berkmann's Buch über Mar-

cus, das einige skizzenhafte Schilderungen über Marcus diesbezügliche Karriere bietet. (32)

Marcus war in erster Linie zum Chef der *War Crimes Branch* berufen worden, *„um die Riesenaufgabe zu bewältigen, Hunderte von Vernehmern, Anwälten und Richtern"* für die NMT und die Fernost-Verfahren (Tokio) auszusuchen. Im Dezember 1946 wurde DuBois ins Washingtoner Amt von Marcus gerufen, um die Möglichkeit durchzusprechen, ob DuBois die Anklage gegen höhere Angestellte des großen deutschen Chemie-Konzerns IG-Farben übernehmen wolle. Du Bois zeigte sich unschlüssig und konferierte daher mit Marcus ausführlich über die dabei anfallenden Probleme. Eines der Probleme war, ob genügend Beweismaterial vorhanden wäre oder nicht, um die IG-Farben einer Verschwörung zur Vorbereitung eines Angriffskrieges anzuklagen, und wenn ja, welche politischen Rückwirkungen sich daraus ergeben. Sie besprachen die allgemeinen Vorteile, die eine Anklage gegen die IG-Farben mit sich bringen würde. Einen Punkt hob Marcus hervor: eine Anklage könnte klären, wie die IG-Farben es fertigbekommen haben, bestimmte Waffen in vollkommener Geheimhaltung herzustellen. Ein anderes Problem war: Wenn die IG-Farbenwirtschaftsführer freigesprochen werden würden, ob sie dann womöglich anfingen, für die Russen zu arbeiten. Dabei stellte sich heraus, daß Marcus über den IG-Farben-Konzern sehr detaillierte Kenntnisse hatte. Auf einmal wies er darauf hin, daß im nahen Alexandria/Virginia eine Riesenmenge IG-Farben-Berichte lagerte, was DuBois vergessen hatte, bis ihn weitere Ereignisse zwangen, sich im Verlaufe der Prozeßermittlungen daran zu erinnern.

Sie sprachen auch über die benötigte Zeit für die Prozeßvorbereitungen. Marcus sagte: *„Von mir aus können Sie hinübergehen, so kurz oder so lange Sie wollen"*. DuBois meinte, daß er etwa wohl vier Monate benötigen werde; Marcus antwortete: *„Ich habe keinerlei Einwendungen dagegen. Innerhalb weniger Tage werden Sie ein Telegramm von Telford Taylor erhalten, in dem er seine Einwilligung gibt."*

Natürlich war Taylor in seiner Eigenschaft als Chef der Anklagevertretung in Europa. DuBois erwähnt Taylors Bemühungen um das

IG-Farben-Verfahren. Auf den Vorschlag eines Mitgliedes seines Stabes, DuBois mit der Prozeßführung gegen die IG-Farben zu beauftragen, antwortete Taylor zustimmend (der betr. Stabsangehörige hatte während des Krieges unter DuBois im Schatzamt gearbeitet). Er gab die Empfehlung nach Washington weiter. Nachdem DuBois den Job angenommen hatte, wollte er gern Taylor sprechen, um dessen Zustimmung zu erhalten, daß er einen von DuBois ausgesuchten weiteren Mann in seinen Stab der Strafverfolgung aufnehmen könne. Die Zustimmung wurde erteilt. Taylor ging nach Paris, um vom französischen Kabinett die Auslieferung eines Spitzenfachmannes der IG-Farben zu erbitten. Taylor hielt die Eröffnungsrede im IG-Farben-Prozeß und kümmerte sich dann weiter nicht mehr um den Fortgang. Taylor hatte nichts mit den Voruntersuchungen zu tun, auch nicht mit der Formulierung der einzelnen Anklagepunkte, die von der Anklagevertretung ausgearbeitet wurden.
Somit ist man wohl berechtigt anzunehmen, daß Taylor's Rolle die Öffentlichkeitsarbeit war und er nicht allzu viel mit Einzelheiten beim Ablauf der Verfahren zu tun hatte, wofür er jedoch formell verantwortlich war. Irgendein anderer oder andere müssen in Wirklichkeit dafür die Verantwortung getragen haben. Eine derartige Handhabung ist bei größeren Planungen nicht ungewöhnlich.
Tatsache ist, daß die wirklichen Organisatoren der NMT-Prozesse in der Öffentlichkeit nicht so stark hervorgetreten waren wie die Person Taylor. In Wirklichkeit - und möglicherweise auch mit Absicht - war Taylor nur ein vorgeschobener Mann. Als Haupt der Kriegsverbrechensabteilung übte Marcus zweifellos die tatsächliche Kontrolle über den Nürnberger Stab und viele Bereiche seiner Tätigkeit aus. Er suchte die Richter und Anwälte für die Durchführung aus - abgesehen von einer Handvoll Ausnahmen. Das Buch von DuBois beweist, daß Taylor nichts mit der Tagesarbeit der Prozesse zu tun hatte, was zu der unausweichlichen Schlußfolgerung führt, daß die wirkliche Macht von Taylor's Büro praktisch entweder von der *War Crimes Branch* oder von Taylor unterstellten Personen ausging. Wenn man die maßgebenden Männer der letztgenannten Gruppe untersucht, stößt man auf Robert M.W. Kempner, über

den wir im Kap.V. berichten werden.
Marcus scheint, gemessen an seiner wirklichen Bedeutung, einen ganz unangemessenen Dienstgrad als Oberst innegehabt zu haben, denn wir sind darüber unterrichtet, daß er während des Krieges einen *„günstigen Eindruck auf F.D. Roosevelt gemacht habe (...) Er war einer der ungenannten Handvoll von Männern, die die US-Amerikanische Politik im Hintergrund plante"*. Ein Mann, dessen Karriere in bemerkenswerter Weise mit der des Marcus eng verwoben war, war General J.H. Hilldring. Dieser war Chef der Abteilung für Zivilangelegenheiten in der *Army*, der Marcus im Jahre 1943 zugeteilt worden war (*Army Civil Affairs Division* - CAD). Diese Einrichtung wurde 1943 innerhalb des Generalstabes der *Army* ins Leben gerufen in der Voraussicht, daß es notwendig sein würde, eine Gruppe von Leuten zur Hand zu haben, die sich auf die in eroberten Gebieten zu befolgende Politik vorbereite. Man hatte geglaubt, daß Fiorello La Guardia die Zivilabteilung des Heeres übernehmen würde, aber der Job ging an Hilldring. Marcus wurde Mitglied und später Chef des Planungsstabes der Zivilabteilung *(Planning Branch of the CAD*). Marcus drückte der CAD durch seine Tätigkeit den Stempel auf. Seine Überstellung zur Militärregierung in Deutschland war eine direkte Folge seiner Verantwortlichkeiten in der Zivilabteilung (CAD). Ausgerechnet Hilldring entfernte ihn einige Monate später aus seiner Stellung bei der Militärregierung und machte ihn zum Chef der *War Crimes Branch*, die am 4. März 1946 von dem JAG-Büro (*Office of the Judge Advocate General's Department* - Büro des Generalstaatsanwaltes) in die CAD-Abteilung (*Army Civil Affairs Division)* überführt wurde. Unmittelbar darauf ging Hilldring als Unterstaatssekretär zum Auswärtigen Amt, und zwar für Probleme in den besetzten Gebieten. In dieser Eigenschaft war er der erste Mann eines Sekretariats, das die Politik der *Army, Navy* und des *State Department* (Außenministeriums) koordinierte. Im September 1947 schied er beim Auswärtigen Amt aus und wurde Berater der US-Delegation bei den Vereinten Nationen, wo gerade der diplomatische Kampf zwischen Zionisten und Arabern ausgetragen wurde. Hilldring war *„ein Fels in der Brandung von Anfang an (...) Als Verbindungsmann für Informationen ver-*

kehrte er viel mit den zionistischen Strategen". In der gleichen Zeit, als Marcus zum Oberkommandierenden in Jerusalem ernannt wurde, erhielt Hilldring seine Rückversetzung in das *State Department* als Unterstaatssekretär für Palästina. In der Folgezeit haben sich die Zionisten damit gebrüstet, daß sowohl die Ernennungen für die UNO wie auch die für das *State Department* ein direktes Ergebnis der zionistischen Lobby gewesen sei. (33) Ein Herz und eine Seele, das waren Marcus und Hilldring.
Die Besetzung der Kriegsverbrechensabteilung mit einem fanatischen Zionisten, dem *„ersten Soldaten in der israelischen Armee im Range eines Generals seit biblischen Zeiten"*, ist rundheraus gesagt nicht nur bezeichnend dafür, was die Zionisten in einer solchen Stellung anrichten, sondern ebenso bezeichnend, um anschaulich zu enthüllen, welche globalen politischen Kräfte bei den Prozessen wirksam waren. Das ist der springende Punkt! Es ist einfach nicht möglich, sich eine personelle Besetzung vorzustellen, die diese Gerichtsverfahren noch mehr in Mißkredit hätte bringen können.
Unter diesen politischen Bedingungen wäre es unsinnig, etwas anderes als ein abgekartetes Spiel bei diesen Prozessen zu erwarten. Die sich daraus ergebende Ausrottungslegende wird auf diesen Seiten noch ihre vollkommene Klärung finden.
Dieses Buch ist für Leute geschrieben, die die europäische Entwicklung zum Zweiten Weltkrieg und der ihm unmittelbar vorausgehenden Jahre kennen. Wir haben nicht die Absicht, die Art und Weise des nationalsozialistischen Staates zu untersuchen, weder die Rolle von Göring, Himmler noch von Goebbels usw., auch nicht die antijüdischen Maßnahmen, die vor dem Kriege ergriffen worden waren, es sei denn ausnahmsweise als notwendige Erläuterung der gegebenen Tatsachen hier und da. Es wird vorausgesetzt, daß der Leser über die wichtigeren Ereignisse und die beiläufigen Begleitumstände des Krieges im Bilde ist.
Als Europa von den Deutschen beherrscht wurde, war es nicht mehr nach den Vorstellungen des Versailler Vertrages organisiert. Die Karte in der Abbildung 4 zeigt die europäischen Grenzen im Herbst 1942 auf dem Höhepunkt von Hitlers Macht. Deutschland hatte sich Österreich,

Elsaß-Lothringen, einen Teil der Tschechoslowakei und einen großen Teil Polens (in der Hauptsache die Gebiete, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg abgenommen worden waren) einverleibt. Der Rest von Polen wurde Generalgouvernement genannt und hatte den Status einer von Deutschland regierten und unterworfenen Provinz, genau wie die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland. Den gleichen Status hatten Weißrußland, die Ukraine, Böhmen-Mähren (die frühere West-Tschechoslowakei) und das Banat (lange Zeit ein Teil Ungarns mit überwiegend deutscher Bevölkerung). Der östliche Teil der Tschechoslowakei wurde der unabhängige Staat Slowakei, und Jugoslawien war in Serbien und Kroatien aufgeteilt, was den zwei überwiegenden Teilen der fünf Nationalitäten entsprach, die Jugoslawien gebildet hatten. Italien war ebenfalls an diesen Gebieten interessiert; es kontrollierte Albanien und teilte seinen Einfluß in den angrenzenden Gebieten mit seinem deutschen Verbündeten. Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland waren ebenfalls Deutschlands Verbündete, und die Waffen-SS, eine reguläre militärische Einheit innerhalb der SS, machte in ganz Europa Truppenwerbung, besonders jedoch in den baltischen Staaten, in der Ukraine, in Skandinavien, den Niederlanden und Belgien.

Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und der größte Teil Frankreichs (später ganz Frankreich) waren von den Deutschen besetzt. Schweden, die Schweiz, Spanien und Portugal blieben während des ganzen Krieges neutral.

Bei dieser Gelegenheit dürfte es angebracht sein, einige die SS betreffende Bemerkungen einzuschalten: die fremde Bürokratie, die verantwortlich war für zahlreiche unwahrscheinliche Aufgabenverbindungen. Nur drei dieser Aufgabengebiete sind hier in dieser Arbeit für uns von Bedeutung: Ihre Verantwortung für die Staatssicherheit, Konzentrationslager und für die Umsiedlungspolitik. Die am meisten bekannte SS-Behörde war das Reichssicherheitshauptamt (RSHA). In ihm waren zusammengefaßt: die Gestapo (Geheime Staatspolizei), geführt von SS-Gruppenführer Müller; der SD (Sicherheitsdienst), geführt von SS-Grüppenführer Schellenberg, und die Kripo (Kriminalpolizei), geführt zunächst

von SS-Gruppenführer Nebe, und später Panzinger. Der erste Chef des RSHA war SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich.
Für die SS gab es durchaus genugend Gründe für eine Rivalität mit der Wehrmachtführung. Der deutsche militärische Geheimdienst war die „Abwehr", die dem militärischen Oberkommando unterstellt war und seit 1935 von Admiral Canaris geführt wurde. Zum andern gab es den SD, den politischen Geheimdienst, der Himmler und Heydrich unterstand. Da die Tätigkeit der beiden Geheimdienste sich nicht immer scharf abgrenzen ließ, wurden Canaris und Himmler unvermeidlich Rivalen. Heydrich scheint versucht zu haben, zumindest anfänglich, mit Canaris zusammenzuarbeiten. Es lag vielleicht an Heydrichs eigenem Werdegang als früherer Offizier des Marine-Geheimdienstes, in dem er in den zwanziger Jahren unter Canaris gedient hatte und von ihm ausgebildet worden war. Heydrich hatte ihn des öfteren auch in seinem Heim besucht.
Bemerkenswerter ist: Canaris war ein Verräter. Er war eines der erschreckenden Rätsel des Zweiten Weltkrieges. Während des Krieges und sogar davor schon - seit 1938 hatte er Kontakt mit Churchill - verriet Canaris Deutschland bei jeder Gelegenheit. Ein britischer Regierungsbeamter deutete die Rolle dieses Herrn kurz und klar: *„Admiral Canaris war unser Mann"*! Die Beweggründe dieses Mannes bleiben ebenso rätselhaft wie seine Persönlichkeit und seine Herkunft. Ian Colvin, einer der Experten für die Unternehmungen der Geheimdienste im Zweiten Weltkrieg, verfaßte ein dickes Buch über Canaris und konnte ihn dennoch nicht deuten:

> „Die Leser müssen schon selbst entscheiden, ob sie den Admiral Canaris für einen deutschen Patrioten oder einen britischen Spion halten, für einen Europäischen Staatsmann oder einen kosmopolitischen Schwärmer, einen Doppelagenten oder Opportunisten oder gar für einen Seher. Es wird den Lesern nicht leichtfallen, hier ihre Entscheidung zu treffen!'

Es mag dabei nicht gerade nebensächlich sein, wenn Colvin in seinem 1951 erschienenen Buch Otto John als einen von *„Canaris' Busenfreunden"* bezeichnet. John war der Abwehrmann in der so überaus wichtigen neu-

tralen Hauptstadt Lissabon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Krieg wurde er der Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz der Bonner Regierung, wurde jedoch 1956 als Sowjet- Agent entlarvt. (34)
Zu ungefähr der Zeit, als Heydrich zum Stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren ernannt wurde, scheint er das Spiel von Canaris durchschaut zu haben. Alle neueren Untersuchungen laufen darauf hinaus, daß auch Canaris dies offenbar gespürt - und London hiervon informiert haben dürfte. Denn es ist auffällig, daß die Engländer gerade zu diesem Zeitpunkt seiner Karriere - angeblich zufällig - ihn beseitigen ließen, indem sie zwei Meuchelmörder mit Fallschirmen in Böhmen-Mähren absetzten. In Übereinstimmung mit dem allzu gewöhnlichen Drehbuch für politische Meuchelmorde (z.B. Abraham Lincoln und John F. Kennedy) sollen die angeblichen Mörder beseitigt worden sein, bevor sie eine Gelegenheit bekommen haben würden, auszupacken.
Zum allgemeinen Erstaunen wurde Anfang 1943 der verhältnismäßig wenig bekannte und weniger ehrgeizige Dr. Ernst Kaltenbrunner als Nachfolger Heydrich's eingesetzt. Offensichtlich von dem Wunsch beseelt, die Wiederholung einer solchen Situation, wie sie sich mit R. Heydrich entwickelt hatte, zu vermeiden, behielt sich Himmler eine verstärkte persönliche Kontrolle über die Gestapo und den SD vor, und er übte sie nun stärker aus als bisher. Trotzdem blieben beide Einrichtungen formell dem Chef des RSHA unterstellt, der jetzt eben Kaltenbrunner hieß. Außerdem wurde Kaltenbrunner noch eine besondere Aufgabe von Himmler zugeteilt: einen Geheimdienst des SD aufzubauen. Es war eine besonders günstige Zeit für Himmler's Entscheidung insofern, als Canaris im Februar 1944 seines Amtes enthoben worden war, ohne daß seine Verräterei voll enttarnt war. Auf einen besonderen Erlaß Hitler's wurden jetzt alle militärischen und politischen Geheimdienste dem RSHA unterstellt. Damit wurden alle geheimdienstlichen Aktivitäten unter dem SD-Chef Schellenberg zusammengefaßt. Canaris wurde nach dem 20. Juli-Attentat verhaftet und kurz vor Kriegsende hingerichtet.
Die Verwaltung der Konzentrationslager unterstand dem WVHA

(Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt), dessen Chef SS Obergruppenführer Oswald Pohl war. Wie seine Bezeichnung bereits aussagt, befaßte sich das WVHA mit wirtschaftlichen Aufgaben der SS und war in erster Linie mit der Bereitstellung von Lagerinsassen als Arbeitskräfte befaßt. Die Lagerkommandanten gaben ihre Meldungen an das Inspektorat der Konzentrationslager, das dem SS Oberführer Glücks unterstand, der seine Berichte an Pohl weitergab. Pohl berichtete dann an Himmler und war dienstrangmäßig mit Kaltenbrunner gleichgestellt.
Vor dem Kriege hatte die deutsche Regierung alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Auswanderung der Juden aus Deutschland voranzutreiben, und die meisten Juden haben Deutschland auch tatsächlich vor Ausbruch des Krieges verlassen. Für dieses Auswanderungsprogramm gab es ständig zwei Probleme:

1) Die durch den Auszug sich ergebende Verschiebung des Wirtschaftsgefüges und
2) die Schwierigkeit, andere Staaten zu bewegen, die Juden aufzunehmen.

Als im Sommer 1941 der Rußlandfeldzug begann, befand sich der größere Teil der europäischen Judenheit in der deutschen Einflußsphäre. Vor allem zu Beginn dieses Feldzuges hatten sich die Deutschen weite neue Gebiete erschlossen, und so begannen sie im Herbst 1941 mit der Umsiedlung und dem Arbeitseinsatz der Juden in den Osten, ein Vorhaben, das im weiteren Verlauf des Krieges ausgeweitet wurde.
Mit Rücksicht auf gewisse politische Probleme und auf die Erfordernisse des Krieges wurde das Umsiedlungsprogramm nur teilweise durchgeführt, - natürlich waren auch nicht annähernd 6 Millionen Juden davon betroffen. Bei Ausklammerung der polnischen und rumänischen Juden wurden vielleicht 750.000 umgesiedelt, hauptsächlich in die Ukraine, nach Weißruthenien und Lettland. Nicht alle polnischen Juden kamen in den deutschen Machtbereich. Abgesehen von den Juden, die vor oder nach der deutschen Besetzung vor den Deutschen flüchten konnten, wurden mehrere hunderttausend oder gar eine Million Juden von den Russen aus Polen deportiert und auf die Sowjetunion verteilt. Die meis-

ten polnischen Juden, die in deutsche Hände fielen, wurden in Ghettos in Ostpolen (nach den Grenzen von 1939) zusammengepfercht.
Was mit all diesen Menschen geschah, kann nur in groben Umrissen aufgezeigt werden, denn das gesamte Gebiet, das die Juden bewohnt hatten, wurde nach dem Krieg sowjetisch. Zudem waren die Siegermächte eifrig bemüht, möglichst alle Angaben hierüber zu unterdrücken. Dennoch gibt es genügend Hinweise, die uns erlauben, in etwa zu überschauen, was sich dort abgespielt hat. Obwohl es sehr wahrscheinlich ist, daß infolge des Durcheinanders und der chaotischen Zustände, die die deutschen Rückzüge kennzeichneten, eine beträchtliche Anzahl von Juden umgekommen ist, steht dennoch fest, daß viele Juden, vor dem Kriege hauptsächlich polnischer Staatsangehörigkeit, von der Sowjetunion absorbiert worden sind. Der verbliebene Rest der entwurzelten Juden übersiedelte nach Palästina, in die USA, nach Europa oder sonstwohin.
Hauptsächlich das RSHA war für die Art der Durchführung der Judenpolitik verantwortlich. War im Amt IV die Gestapo organisiert (RSHA: Amt I : Personal; Amt II : Organisation und Gesetz; Amt III : SD-Inland; Amt IV : Gestapo; Amt V : Kripo; Amt VI : SD Ausland; Amt VII : Ideologie), so war IV-B zuständig für Sekten und IV- B-4 für Auswanderung und Juden. Referent war Obersturmbannführer Karl Adolf Eichmann. (35) Eichmann erledigte die Routinearbeit, die mit der jüdischen Auswanderungs- und Umsiedlungspolitik der deutschen Regierung zusammenhing. Seine meiste Zeit verbrachte er damit, mit verschiedenen Judenräten die Transportlisten für Judentransporte zusammenzustellen und Transporte für die zu Deportierenden zu organisieren. Es gibt keinen Beweis dafür, daß Eichmann an Ausarbeitungen über politische Richtlinien beteiligt war. Zumal er auch nichts mit der Verwaltung von Konzentrationslagern zu tun hatte, konnte er auch nicht mit Vorkommnissen in diesen Lagern in Verbindung gebracht werden. In seiner Jerusalemer Aussage legte Eichmann nach Hinzuziehung von Poliakov und Reitlinger 17 mehrfarbige Organisationsschemata vor, die wenig zum besseren Verständnis der unübersichtlichen Bürokratie des Dritten Reiches beitru-

gen. (36)

Andere Gliederungen der SS, die mit der Umsiedlung zu tun hatten, waren das RKFDV (Reichskommissariat für die Festigung des Deutschtums. Leiter war SS-Gruppenführer Ulrich Greifelt); das RuSHA (Rasse-und Siedlungshauptamt, Leiter war zunächst SS-Obergruppenführer Otto Hofmann und später SS-Obergruppenführer Richard Hildebrandt). Schließlich die VOMI (Volksdeutsche Mittelstelle für deutsche Volksgruppen) unter SS-Obergruppenführer Werner Lorenz. Die hauptsächliche Aufgabe für diese Gliederungen lag in der Neuansiedlung von Volksdeutschen in den besetzten Gebieten. Hierbei war Greifelt die Hauptperson. Aber diese Männer wurden bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich in das Programm der Judenumsiedlung mit hineingezogen.

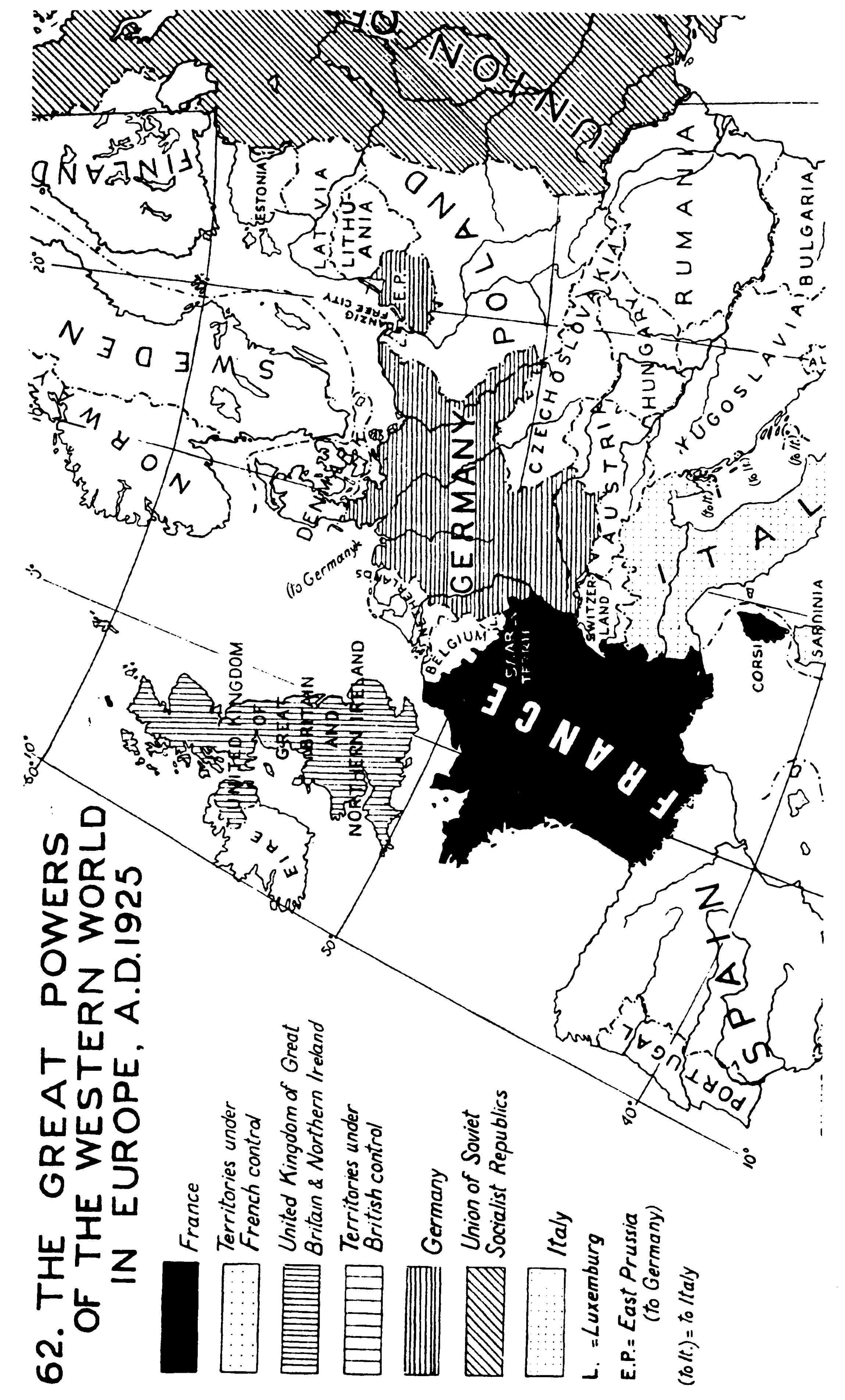


Abb. 3: Europa zwischen den beiden Weltkriegen.

II Lager

Als Deutschland im Frühjahr 1945 zusammenbrach, geschah dies nach einer langwierigen Propagandakampagne der Alliierten, die in stets wiederholender Form die Behauptungen in die Welt setzte, in deutschen Lagern seien Menschen, hauptsächlich Juden, systematisch getötet worden. Als die Briten das Lager Bergen-Belsen in Norddeutschland eroberten, da fanden sie eine große Anzahl nicht vergrabener Leichen, die um das Lager herum lagen. Fotografien wie z. B. Abb. Nr. 10 und Bilder vom Wachpersonal mit unvorteilhaften Gesichtsausdrücken - wie in Abb. 12 - werden so entsprechend überall in der Welt reproduziert.
Es ist, wie ich glaube, Belsen gewesen, das von der Massenpropaganda als „Beweis" für Vernichtungen dieser Art erstmals angeführt worden ist, und sogar noch heute werden solche Szenen gelegentlich als Beweis vorgehalten.
In der Tat hatten diese Szenen, die in verschiedenen Variationen bei anderen deutschen Lagern wiederkehren - wie z.B. Dachau und Buchenwald -, sehr viel weniger mit Vernichtungsaktionen zu tun, als jene Vorgänge bei Dresden anläßlich der britisch-amerikanischen Angriffe im Februar 1945, als lange Zeit viele Leichen herumliegend gefunden wurden. (1) Die Toten von Belsen waren das Ergebnis des totalen Verlustes der Kontrolle, nicht hingegen eine vorsätzliche Politik. Gleichartige Verhältnisse wären sehr leicht in jedem anderen Land anzutreffen, das von allen Seiten durch feindliche Armeen bestürmt würde und bereits durch mächtige Strategische Bomberverbände, die alle Arten von Mangelerscheinungen und chaotischen Bedingungen verursacht haben, zum Krüppel geschlagen worden wäre.
Der überwiegende Grund der Toten von Belsen war eine Typhus-Epidemie. Jedermann stimmt zu, daß Typhus in allen deutschen Lagern sowie in den östlichen militärischen Operationsgebieten eine ständige Gefahr

war. Aus diesem Grund bestand eine große Furcht davor, daß der Typhus auf Deutschland übergreifen könnte. Daher wurden umfassende Gegenmaßnahmen angewendet. (2) Das Typhusproblem spielt bei der Untersuchung unseres Sachgegenstandes eine außerordentlich wichtige Rolle, zumal es nicht nur gegen Ende des Krieges in Erscheinung trat. Die Szenen zur Zeit der deutschen Kapitulation waren auf den totalen Zusammenbruch aller Maßnahmen gegen jene Krankheiten zurückzuführen, die die deutschen Konzentrationslager seit Beginn des Krieges in Mitleidenschaft gezogen hatten. Der Typhus wurde von der Körperlaus übertragen. Die einzig erfolgversprechende Abwehr bestand im konsequenten Töten der Laus, deren weite und rasche Verbreitung auf den ständigen Eisenbahnverkehr mit dem Osten zurückzuführen war. Daher ist sich die gesamte Überlebenden-Literatur, ganz gleich ob es sich hierbei um sachgerechte oder erfundene Schilderungen handelt, welcher Lagertyp auch immer der Einzeldarstellung zugrundeliegt, darin einig: Beim Betreten eines deutschen Lagers mußten sich die Häftlinge ausziehen, Haare rasieren, duschen, neue Kleidung empfangen oder die alten Anziehsachen nach der Desinfektion wieder übernehmen. (3)

In Belsen begann der Ärger im Oktober 1944 mit dem Zusammenbruch dieser Maßnahmen. In dem Bericht eines politischen Gefangenen von dort heißt es:

„Gegen Ende Februar 1945 änderte sich meine Situation vollständig. Zu jener Zeit wurde Typhus eine ernste Gefahr für das gesamte Lager. Es war die Art von Typhus, der durch Läuse übertragen wurde. Es gab Zeiten, da alle in Belsen ankommenden Transporte zuerst durch eine ‚menschliche Waschanstalt' hindurchmußten; diese Desinfektion schien wirksam genug, um das Lager bis zum Herbst 1944 von Läusen freizuhalten.

Ende Oktober wurde erstmals ein großer Transport in den Lagerbereich hineingelassen, ohne desinfiziert zu werden, da ein Maschinenschaden in den Duschbädern vorlag. Unglücklicherweise waren die Leute dieses Transportes Läuseträger, und von diesem Tage an breiteten sich die Läuse über das ganze Lager aus (...)

Im Lager 1 brach Ende Januar 1945 der Typhus aus. Zunächst gab es nur einige *wenige Fälle, aber einen Monat später bereits ein Dutzend, und schließlich* wurde es unmöglich, die Epidemie einzudämmen (...)

Eine andere ernste Komplikation bestand darin, daß Belsen in den letzten Monaten des Krieges als Krankenlager angesehen wurde, so daß viele in das Lager eingewiesene Leute bereits krank waren. (5) Die Briten konnten diese Lage nicht sofort erfassen, so daß mehr als ein Viertel von jenen, die sie bei Übernahme des Lagers noch lebend angetroffen hatten, in den ersten vier Wochen danach verstarben. (6) Ungeachtet der sehr wirksamen Propaganda bezüglich der Verhältnisse in Belsen, behauptet niemand, der mit den leicht zugänglichen Fakten von Belsen vertraut ist, daß es dort vorsätzliche Vernichtungen gegeben habe. So hat auch das britische Militärgericht, das den Lagerkommandanten Hauptsturmführer Josef Kramer verurteilte, ihn niemals angeklagt, ein "Vernichtungsslager in Belsen" befehligt zu haben. (7) Heutzutage werden in der Tat Vernichtungsbehauptungen in bezug auf Konzentrationslager in Deutschland von niemandem mehr aufgestellt, der ernst genommen werden will. Belsen, Buchenwald, Dachau usw. waren keine Vernichtungslager. Die mutmaßlichen Vernichtungslager sollen sich sämtlich im kommunistisch beherrschten Polen befunden haben: Auschwitz, Belzec, Kulmhof (Chelmno), Lublin (Maidanek), Sobibor und Treblinka. (8) Außerdem wird unterstellt, daß Juden in der Sowjetunion durch Einsatzgruppen vernichtet worden seien, wobei es sich um Massenerschießungen oder LKW-Vergasungswagen gehandelt haben soll. Die Lager in Polen, so wird ebenfalls behauptet, sollen Gaskammern verwendet haben, aber - mit Ausnahme von Chelmno - stationäre und keine mobilen.

Es wird weiter unterstellt, daß die Vernichtungsaktionen an Orten stattgefunden hätten, die vor Einnahme durch die Rote Armee geraumt worden waren, und nicht in Lagern, die noch - wenn auch unter chaotischen Verhältnissen - vorhanden waren, wie z.B. jene, die von den westlichen Truppen erobert wurden.

Obgleich behauptet wird, daß es sechs Vernichtungslager gegeben habe, so ist doch eines davon, Auschwitz, der Schlüssel für die ganze Geschichte. Es bezieht sich auf Auschwitz, wenn Mengen von sogar dokumentarischen Beweismitteln angeboten werden; wenig dagegen gibt es von den anderen. Es war Auschwitz, wie noch zu sehen sein wird, das

die besondere Aufmerksamkeit von Washington lange vor Kriegsende auf sich gezogen hatte. So bezieht sich notwendigerweise viel in dieser Arbeit auf die Behauptung, daß Juden während des Zweiten Weltkrieges in Auschwitz vernichtet worden seien.

Der Gegenstand dieses Buches ist die Frage, ob nun die Deutschen versucht haben, die Juden Europas zu vernichten oder nicht. Wir sind also nicht damit befaßt, jedes Detail der allgemeinen Fragestellung zu behaupteten Nazi-Brutalitäten zu untersuchen oder ein vollständiges Bild der Funktionsweise der deutschen Lager aufzuzeichnen. Jedoch hat es sich herausgestellt, daß viele Leute eine so verzerrte Auffassung von diesen Lagern haben, daß, da Auschwitz aus mehreren Lagern bestand, es schwierig ist, Auschwitz isoliert von anderen Lagern zu beurteilen. So scheinen einige allgemeine Worte zu den Lagern angebracht; das Bild Nr. 23 stellt eine Karte (in den Grenzen vom Januar 1938) von einigen wenigen Orten der am meisten zitierten Lager zusammen mit der Lage einiger großer Städte dar.

Es gab viele Typen deutscher Lager, und nur ein Bruchteil davon wurde Konzentrationslager genannt. Es gab 13 deutsche Konzentrationslager, von denen jedes in Wirklichkeit eine Zusammenfassung von benachbarten Lagern darstellte. Nur zwei von den sechs sogenannten Vernichtungslagern (Auschwitz und Lublin) waren Konzentrationslager. Eine Aufstellung mehrerer Arten deutscher Lager, die viele normale Gefängnisse einschlossen, ist von Aronéanu auf S. 203-251 publiziert worden, wobei er ungefähr 1.400 Lager unter Zufügung des Ortes und des Charakters aufgeführt hat. Obgleich diese Tabelle einige Vorstellung von dem Umfang und der Verschiedenartigkeit des deutschen Gefängnis- und Lager-Systems vermittelt, so enthält es doch offensichtlich auch größere Irrtümer, wie z.B. im Fall Birkenau, das als Lager für medizinische Experimente ausgegeben wurde.

Die Hauptbedeutung von Oranienburg, in der Nähe von Berlin, bestand darin, daß dort das Inspektorat für Konzentrationslager einquartiert war und daher in direkter Verbindung mit allen Konzentrationslagern stand.

Der typische Insasse eines deutschen Konzentrationslagers war eine Person, die aus Straf- oder Sicherheitsgründen inhaftiert war. Es gab da fünf Hauptkategorien. Sie wurden durch gefärbte Abzeichen unterscheidbar gemacht, die auf der Häftlingskleidung angebracht waren : (9)

Grün	:	Kriminelle
Rot	:	Politische Gefangenen (hauptsächlich Kommunisten)
Rosa	:	Homosexuelle
Schwarz	:	Asoziale (Vagabunden, Trunkenbolde usw.)
Purpurrot	:	auf Grund ihrer religiösen Ansichten als illoyal angesehene Personen (hauptsächlich Jehovahs Zeugen)

In Auschwitz und einigen anderen Lagern wurde an die Häftlingskleidung ein Dreieck in der betreffenden Farbe angenäht. War der Häftling ein Jude, so wurde über dem Dreieck ein gelber Davidstern angeheftet. So verweist man auf das Auschwitzer Stern-System.
Mögen die wirtschaftlichen Bedingungen gewesen sein wie sie wollen, die deutsche Regierung hat jede Anstrengung unternommen, die Konzentrationslagerinsassen zur Arbeit heranzuziehen. Kriegsgefangene wurden in jener Art und Weise eingesetzt, wie ihre Verwendung in Einklang mit den entsprechenden Konventionen stand, jedenfalls in dem Sinne, wie die Deutschen ihre Verpflichtungen ihnen gegenüber interpretierten. So wurden die russischen Kriegsgefangenen ohne jede Bindungen eingesetzt, da die Sowjetunion die Konventionen nicht anerkannt hatte. Der Arbeitseinsatz westlicher Kriegsgefangener war auf Fälle begrenzt, wo gewisse legale Umwandlungen in Zivilarbeiter möglich waren, wie bei vielen französischen Kriegsgefangenen (10), oder auf Fälle, wo die Arbeit als nicht von den Konventionen geregelt betrachtet wurde, wie bei einigen britischen Kriegsgefangenen, die in noch zu schildernden Arbeitsbereichen eingesetzt waren.
Die Anzahl der Insassen in dem gesamten deutschen Konzentrationslagersystem betrug im August 1943 rund 224.000 und ein Jahr später etwa 524.000 (11). Diese Zahlen schließen nur Lager ein, die von den Deutschen als Konzentrationslager bezeichnet wurden, und schließen

keinerlei Transitlager oder Lager ein, die unter anderen Termini geführt wurden, wie das Theresienstadt-Ghetto oder irgendwelche anderen Einrichtungen, die für Familienquartiere beabsichtigt waren.
Es ist allgemein korrekt zu sagen, daß es kein für Juden abgestelltes Konzentrationslager als solches gab, doch muß dieser Hinweis geklärt werden; es gab drei verschiedene Kategorien von Juden, die in diesem Zusammenhang betrachtet werden müssen.
Zunächst gab es unter den aus Straf- und Sicherheitsgründen einsitzenden Häftlingen auch einen Bruchteil Juden, und unter dem nationalsozialistischen System war es natürlich, diese innerhalb der Lager von den „arischen" Insassen zu trennen. Auf diese Weise konnten bestimmte Lagerabteilungen als „für Juden bestimmt" angesehen werden.
Zweitens bestand eine spezifische Gesetzgebung für den Arbeitsdienst für Juden, und so fanden viele zur Arbeit einberufene Juden ihren Weg in Konzentrationslager auf dieser Grundlage.
Die dritte Kategorie bestand aus jüdischen Familien, doch den engsten Kontakt, den sie mit Konzentrationslagern hatten, waren gewisse Durchgangslager, welche in einigen Fällen unabhängige Lager waren wie z. B. Westerbork in den Niederlanden und anderen (die namhaft zu machen wären). Auch gab es in einigen Fällen abgeteilte Bereiche in einigen Konzentrationslagern, u.a. in Belsen und möglicherweise in Dachau [13] und anderen (die ebenfalls namhaft zu machen wären). Das Transitlager war, wie sein Name sagt, nur für einen zeitweiligen Aufenthalt von Transporten mit anderer Zielrichtung gedacht.
In Ergänzung zu den Transitlagern gab es Lager für einige jüdische Familien, so wie Theresienstadt in Böhmen-Mähren und anderen im Osten, aber der abwertendste Begriff, der für diese Fälle anwendbar wäre, war Ghetto und nicht Konzentrationslager. Außerdem, wie noch zu zeigen sein wird, haben die Deutschen gegen Ende des Krieges als sich die Russen an der Ostfront immer mehr annäherten, viele der ehemals freien Juden aus Sicherheitsgründen in Ghettos verbracht.
Die umfassende Geschichte hinsichtlich der Lage der Juden in bezug auf die deutsch-kontrollierten Lager aller Typen ist sicher noch in kompli-

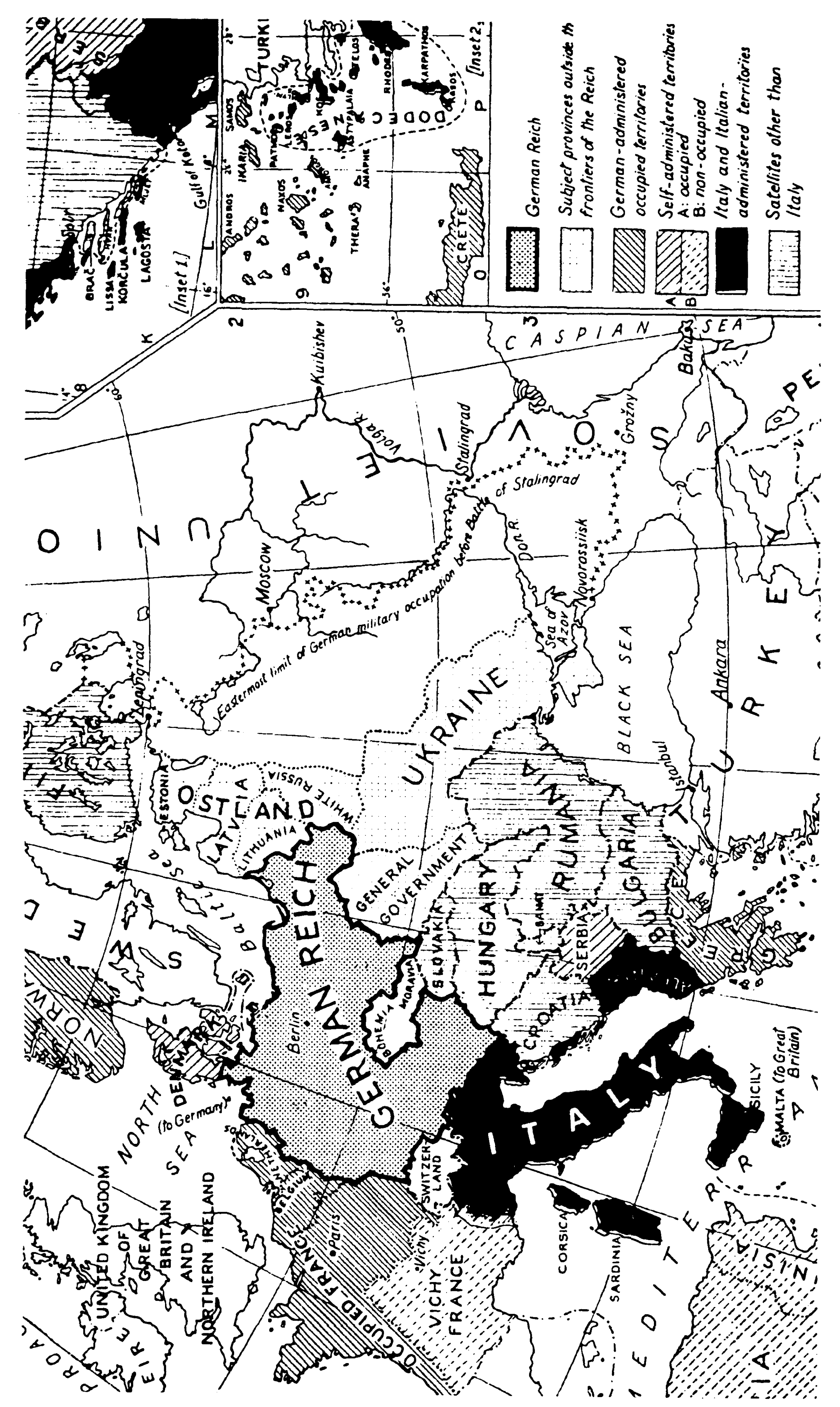


Abb. 4: Europa im Einflußbereich des nationalsozialistischen Deutschland.

zierten Details zu schildern. Daher stellt diese Analyse eher einen Versuch dar, um aufzuzeigen, wie die allgemeine Lage war, und weniger eine umfassende und exakte Wiedergabe aller historischen Einzelheiten. Wir werden jedoch an vielen Punkten das Wesentliche berühren, und der Leser wird in die Lage versetzt sein, sich einen vernünftigen Gesamteindruck zu verschaffen.
Es ist nicht beabsichtigt, das gesamte deutsche Lagersystem zur Diskussion zu stellen. Für unsere Zwecke erscheint es ausreichend, die drei Lager zu untersuchen, auf die meistens (mit Ausnahme von Auschwitz) verwiesen wird: Belsen, Buchenwald und Dachau (Insassen im August 1943 jeweils: 3.000; 17.600; 17.300). (14) Danach werden wir zu den Anklagen gegenüber dem „Vernichtungslager Auschwitz" übergehen.

Belsen hat nur eine sehr kurze Geschichte. Es war ursprünglich ein Wehrmachtlager für verwundete Kriegsgefangene. Im Sommer 1943 übernahm die SS die Hälfte des Lagers, um es in ein Austauschlager umzuwandeln, ein Transitlager für Ausländer und Juden, die die Deutschen für den Austausch im Ausland festgehaltener Deutscher vorgesehen hatten. Einige neue Bodenflächen und Gebäude wurden dem Lager ebenfalls zugefügt. Juden aus Saloniki, Griechen mit spanischen Pässen waren die ersten Ankömmlinge (man hoffte sie nach Spanien schicken zu können). Aber schließlich dominierten holländische Juden (ungefähr 5.000). Ein Bruchteil der holländischen Juden befand sich dort auf einer gewissermaßen längerfristigen Basis. Hierbei handelte es sich um viele talentierte Handwerker der bedeutenden Amsterdamer Diamantenschleifindustrie. Auf diese Weise wurde ihre Tätigkeit lediglich von Amsterdam nach Belsen verlagert. Der Teil für Juden in Belsen wurde das Stern-Lager genannt, das streng vom Rest des Lagers abgesondert war und auch im wesentlichen von der Typhus-Epidemie der letzten Kriegsmonate verschont geblieben ist. (15)
Die holländischen Juden waren besonders hart von den Deportationen betroffen; die Gründe hierfür werden später aufgezeigt. Es war in Belsen im März 1945, als Anne Frank umgekommen ist. Da in Belsen viele hol-

ländische Juden waren, kann dies sicher wahr sein, aber es ist schwierig - um das mindeste zu sagen -, den Grund ihres Todes in einem solchen Fall zu erraten. Es gab dort keine Vernichtungen, und die jüdischen Familien waren dort isoliert von der Typhus-Epidemie. Die Frage der Authentität des Tagebuches ist nicht wichtig genug, so daß wir auf eine Untersuchung hier verzichten. Lediglich sei vermerkt, daß ich es durchgesehen habe und seine Echtheit nicht glaube. Z.B. liest man schon auf S.2 einen Aufsatz darüber, warum ein 13-jähriges Mädchen mit dem Schreiben eines Tagebuches beginnt, auf S.3 liest man eine kurze Geschichte der Frank-Familie, und dann erhält man schnell einen Überblick über genaue anti-jüdische Massnahmen, die der deutschen Besetzung Hollands im Jahr 1940 folgten. Der Rest des Buches ist vom gleichen Geist der historischen Interpretation getragen. (16)
Der übrige Teil des Konzentrationslagers Belsen setzte sich aus den gewöhnlichen Arten von Häftlingen zusammen, und das Schicksal des Lagers haben wir gesehen. Bergen-Belsen hatte niemals einen bedeutenden ökonomischen oder industriellen Aspekt, mit Ausnahme der Diamantenschleiferei.

Die Hauptbedeutung von *Buchenwald* bestand in der dortigen Industrie. Seine Satellitenlager bei Beuchow, Dora, Ellrich, Elsing, Gandersheim und Halberstadt existierten hauptsächlich auf Grund der unterirdischen Luftwaffenfabrik, die sowohl das gewöhnliche Konzentrationslager, als auch Fremdarbeiter zusätzlich zu normalen deutschen Arbeitskräften beschäftigte. (17) Da gab es jedoch auch noch zwei andere Aspekte, die medizinischen Experimente, die im Hauptlager Buchenwald durchgeführt worden sein sollen, und die Aktivitäten des Kommandanten Koch. Diese Sachverhalte bieten eine gute Illustration dafür, wie die Bedeutung von Fakten entstellt worden ist, wenn man auf diese Lager zu sprechen kommt. Glücklicherweise besitzen wir ein Buch von Christopher Bumey, einem früheren Insassen. Dieses Buch schwelgt nicht nur hin und wieder in diesen entstellenden Darlegungen, sondern bietet auch einige Fakten oder Hinweise, die es uns ermöglichen, hinter diese Entstellun-

gen zu schauen. Burneys Buch sollte jedem Leser die Notwendigkeit vor Augen führen, wenn er persönliche Erfahrungs-Literatur dieser Art liest, scharf und konsequent zu unterscheiden zwischen den Vorgängen, von denen der Autor behauptet, sie erlebt und gesehen zu haben, und jenen, von denen er behauptet, sie gelesen oder gehört zu haben. Dies auf der einen Seite. Und dann die Schlußfolgerungen, die er gezogen hat oder vorgab, gezogen zu haben, auf der anderen Seite. Die Unterschiede sind meist äußerst gravierend. Kommandant Koch beschrieb er so: (18)

> „ Keine Grausamkeit war ihm Fremd. Nicht eine einzige Zelle in seinem Gehirn gab es, die nicht zu der einen oder anderen Zeit beigetragen hat, neue Raffinessen von Pein und Tod für die Ratten in seiner Falle auszuhecken."

Burney setzte seine Darlegungen fort, um zu erklären, daß, da Koch homosexuell gewesen wäre, Frau Koch sich mit Gefangenen eingelassen hätte, *„die dann anschließend in das Krematorium geschickt worden wären"*, mit Ausnahme der hochwertig tätowierten Haut, die für Lampenschirme sichergestellt worden sei. An diesem Punkt erweist sich, daß die Lage für Burney augenscheinlich wirklich schlecht aussah, besonders wenn er Tätowierungen gehabt und Frau Koch ihn gefunden hätte, - doch glücklicherweise geschah alles dies, bevor er im Frühjahr 1944 im Lager ankam. Koch wurde 1943 wegen Unterschlagung eingesperrt. Sein Nachfolger war Pister, der *„einer der mildesten Konzentrationslagerführer in der Geschichte"* war, so daß

> „ein zufälliger Beobachter, der zum Lager im letzten Jahr seiner Existenz kam und einen allgemeinen Blick durch das Lager warf, ohne die letzten Ecken auszuleuchten, kein oder nur sehr wenig Schlagen gesehen haben würde, dafür aber eine große Anzahl von Leuten, die keiner Arbeit nachgingen, und eine noch viel größere Anzahl von Leuten, die ihre Arbeit mit einer von den Russen gelehrten Lethargie verrichteten (...) lebensvolle Blocks, die sauber waren, Küchen mit großen, schrecklich modernen Suppenkochgeräten und einem Hospital, das jeden Appell glänzend durchgestanden hätte".

Die Inhaftierung vom Lagerkommandanten Koch führte in der Tat zum Aufbrechen eines Korruptionsringes, der sich über das deutsche Konzentrationslager-System gelegt hatte. Hiermit im Zusammenhang

stand auch die Ermordung einiger Gefangener, die zuviel gewußt hatten. Dies wurde durch die Bemühungen des SS-Richters Morgen herausgefunden. Koch wurde durch die SS hingerichtet. (19)
Die tätowierte Haut war zweifellos auf die medizinische Experimentenrolle von Buchenwald zurückzuführen. Wie Burney vermerkt, untersuchten die Lagerärzte die Körper verstorbener Buchenwald-Häftlinge, und wenn sie etwas Interessantes fanden, stellten sie es sicher. (20) Sicherlich ist anzunehmen, daß die auf diese Weise zusammengestellte Sammlung medizinischer Muster die Quelle für die tätowierte Haut und den menschlichen Kopf war, der vom IMT als Beweisstück ausgegeben wurde für in Buchenwald ermordete Menschen. Was wahrscheinlich den größeren Teil der Sammlung ausmacht, ist im Bild 32 wiedergegeben. Der Kopf ist normalerweise ohne jegliche Erklärung abgebildet und zwar im Zusammenhang mit Seife (Bild 24), von der behauptet wird, daß sie von menschlichen Körpern gewonnen worden sei. Von den Russen wurde auch diese Seife als Beweisstück vorgelegt, die, als sie erfuhren, daß ein Prozeß stattfinden würde, schnell ein Greuelpropagandastück aus dem Ersten Weltkrieg aufgriffen. (21) Zur Zeit, als der IMT-Prozeß ablief, wurde die Geschichte von der in Buchenwald gefundenen Menschenhaut entwickelt. Hierüber haben wir einen offiziellen Vorgang: (22)

> „Im Jahre 1939 wurde allen Gefangenen mit Tätowierungen befohlen, hiervon dem Revier Bericht zu erstatten. Niemand wußte, warum dies geschah. Doch nachdem die tätowierten Gefangenen untersucht waren, wurden diejenigen mit den besten und kunstvollsten Mustern im Revier zurückbehalten und dann mittels Injektionen getötet (...) Die gewünschten Stücke der tätowierten Haut wurden von den Körpern abgetrennt und bearbeitet. Die fertigen Produkte wurden Frau Koch übergeben, die sie in Lampenschirmformen und andere dekorative Haushaltartikel einfassen ließ. Ich selbst sah solche tätowierten Häute mit verschiedenen Darstellungen, wie z.B. Hänsel und Gretel, welche ein Gefangener auf seinem Knie hatte, und Abbildungen von Schiffen, die auf der Brust von Gefangenen eintätowiert waren."

Frau Koch wurde solcher Verbrechen wegen bei ihrem Prozeß vor dem US-Militärgericht verurteilt, doch im Jahre 1948 griff der amerikanische Militärgouverneur, General Lucius Clay, ihren Fall wieder auf und bestimmte, daß ungeachtet dieser Zeugenaussage, die ihrem Prozeß zu-

grundegelegen hatte, Frau Koch nicht in Zusammenhang mit Lampenschirmen und anderen Gegenständen gebracht werden könne, die man im Kommandantenwohnsitz von Buchenwald bei der Eroberung des Lagers „entdeckt" hatte (oder hineingeschwindelt hatte). Zunächst: Seit der Verhaftung ihres Mannes und ihrer eigenen Verhaftung im Jahre 1943 hatte sie dort nicht mehr gelebt. Auch ihr Familien-Journal, von dem behauptet wurde, es sei in Menschenhaut eingebunden worden, und das als eine der Hauptanklagen gegen sie verwendet wurde, wurde niemals gefunden und hat offensichtlich nie existiert. So hat Clay ihr Urteil auf lebenslängliche Haft in eine vierjährige Gefängnisstrafe umgewandelt - wegen mittelmäßiger Arten von Grausamkeiten.
Was sich nach der Umwandlung des Urteils ereignete, stattet eine der vielen Episoden aus, die zusammen mit den Enthüllungen der Jahre 1948-1949 über das zutage traten, was sich bei den Dachau-Prozessen zugetragen hat. Es enthüllte mit aller Deutlichkeit die Gesetzes- und Rechtlosigkeit, die bei den Kriegsverbrecherprozessen vorherrschten. Rabbi Wise und andere einflußreiche Personen protestierten gegen die Umwandlung des Urteils so intensiv, daß der Senat eine Untersuchung dieses Sachverhaltes durchführte, die mit dem Ergebnis abschloß:

> „Die militärischen Behörden sagen, daß sie nicht in der Lage waren, einen Beweis zu erbringen von irgendeinem anderen Verbrechen der Ilse Koch, auf Grund dessen sie verurteilt werden könnte ohne daß die Grundsätze verletzt würden, denenzufoige niemand zweimal vor Gericht gestellt werden dürfe für ein und dieselbe Straftat. Jedoch (...) da der von unserem besonderen Militärregierungsgericht durchgeführte Prozeß auf Vorwürfen begründet war, daß die verschiedenen Angeklagten ‚nicht-deutsche Staatsangehörige' mißhandelt hätten, so mögen doch die deutschen Gerichte versuchen, unter Zugrundelegung ihrer Gesetze Ilse Koch zur Rechenschaft zu ziehen für Verbrechen gegen deutsche Staatsangehörige (...) Sollten deutsche Leute Ilse Koch mit solchen Vorhaltungen vor Gericht bringen, so ist das Unterkomitee überzeugt, daß es dann die Pflicht unserer Militärbehörden ist, den deutschen Behörden eine uneingeschränkte Zusammenarbeit zu gewährleisten."

Diese Unterscheidung zwischen Verbrechen gegen Deutsche und Verbrechen gegen Nicht-Deutsche war doch lediglich Sophisterei, die man nach außen hin vorgeführt hat. Die US-Kriegsverbrechergerichte haben

stets die Gerichtsbarkeit bei Fällen von behaupteten Verbrechen gegen deutsche Juden für sich beansprucht, und nicht nur hierfür. Aber die Differenzierung war grundsätzlich abwegig, denn Clay's Umwandlung des Urteils war auf die Schlußfolgerung begründet, daß sie nicht schuldig war in bezug auf die gegen sie erhobenen Vorwürfe, die mit Lampenschirmen, Tötungen und ähnlichem zu tun hatten, und zwar unabhängig von der Nationalität der Opfer. Clay hat seine Haltung durch die lange Zeit der Öffentlichen Dispute hindurch, die auf das Bemühen ausgerichtet waren, Frau Koch ein zweites Mal mit den gleichen Vorwürfen vor Gericht zu ziehen, nicht geändert. Der *New York Times* zufolge hat diese von der Presse und anderen Gruppen getragene Kontroverse *„die Vereinigten Staaten und Europa erschüttert".* Clay blieb fest bei seiner Entscheidung im Ilse Koch Fall und erklärte:

> „Die Prüfung des Berichts, die wiederum. auf Berichten aufgebaut ist, die ich von den Richtern erhalten habe, wies nach, daß die schwerwiegendsten Vorwürfe auf Hörensagen gestützt waren, nicht jedoch auf wirkliche Beweise. Aus diesem Grund wurde das Urteil abgeändert. Ich habe keine Sympathie für Ilse Koch. Sie war eine Frau von verkommenem Charakter und schlechtem Ruf. Sie hat zweifellos auch nach deutschem Gesetz viele tadelnswerte und strafbare Handlungen vollbracht. Wir haben sie nicht für diese Sachen bestraft. Wir haben sie vor Gericht gezogen als eine Kriegsverbrecherin auf Grund konkreter Vorwürfe."

Trotz dieser mit Nachdruck versehenen Aussage des amerikanischen Militärgouverneurs veranlaßten einflußreiche Kräfte in den USA die Behörden in der Bundesrepublik Deutschland, erneut gegen Frau Ilse Koch vorzugehen, als sie im Oktober 1949 aus der amerikanischen Haft entlassen worden war. Sie wurde erneut wegen der inzwischen sattsam bekannten Lampenschirm-Vorwürfe vor Gericht gezerrt. Obgleich die Verteidigung in der Lage war, nachzuweisen, daß die Aussagen der zwei Zeugen der Anklagevertretung widersprüchliche Erklärungen enthalten gegenüber früheren Angaben, und auf diese Weise das deutsche Gericht zwangen, diese Zeugenaussagen zu streichen, wurde Ilse Koch dennoch für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt. Sie erhängte sich in ihrer Zelle im Jahre 1967. (23)

Burney berichtet von Buchenwald einige Belsen-ähnliche Fälle, so jedoch hauptsächlich Vorgänge in bezug auf eintreffende Häftlinge, die von mehr östlich gelegenen Plätzen während der letzten chaotischen Wochen hereinkamen. (24) - So viel über Buchenwald.

Dachau war eines der ältesten NS-Konzentrationslager, bei dem das Schwergewicht auf österreichischen politischen Gefangenen, römisch-katholischen Pfarrern (die aus Gründen gefangengehalten wurden, die hier nicht untersucht werden müssen) und alten sowie nur halb-arbeitsfähigen Leuten aller Kategorien lag. Auch hatte das Lager eine Gruppe gewöhnlicher Krimineller. Gearbeitet wurde hauptsächlich in außerhalb des Lagers gelegenen Fabriken, doch wurde eine Kräuterplantage innerhalb des Lagers angelegt, und einige Gefangene arbeiteten an der Entwässerung von Sümpfen. (25)

Es ist nützlich, hier einige Einzelheiten darüber anzugeben, wie es möglich war, daß Dachau gegen Ende des Krieges und unmittelbar nach dem Krieg fälschlicherweise als ein Vernichtungslager mit Gaskammern ausgegeben wurde. Indem wir aufzeigen, daß solche Geschehnisse in Dachau niemals stattgefunden haben, widerspricht die vorliegende Darstellung natürlich nicht den von den Trägern der Vernichtungslegende vorgetragenen Mythen. Denn diese nahmen Dachau in diesem Zusammenhang aus und bauen ihre Geschichte rund um die Lager in Polen, wobei Auschwitz in dieser Beziehung den Mittelpunkt einnimmt. Der Grund für die Erforschung dieser Details bezüglich Dachau besteht darin, daß hierbei die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Besatzung zerstört wird. Die US-Propaganda hat Vernichtungsmaßnahmen in deutschen Lagern behauptet, und Dachau war das Hauptlager, das von den Amerikanern übernommen worden ist. (Buchenwald wurde später den Russen übergeben). So wurden alle Anstrengungen gemacht, alles das, was im Dachauer Konzentrationslager geschehen war, zu entstellen und hierüber falsche Berichte in die Welt zu setzen. Ein Erkennen der beachtlichen Rücksichtslosigkeit und Ungeschicklichkeit in diesem Bemühen, und die lächerliche Art der vorgebrachten Beweise werden

den Leser erst in angemessener Weise scharf machen für unsere Analyse des zentralen Teiles des Schwindels, der Auschwitz-Lüge. Die Bedingungen in den Lagern hatten die deutsche Regierung im März 1945 gezwungen, in Abänderung ihrer früheren Politik der absoluten Ausschließung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) von den Konzentrationslagern (die bestehenden Konventionen deckten zwar Kriegsgefangene, aber keine zivilen Konzentrationslagerinsassen) einen abschließenden Schritt zu unternehmen. Am 29. März 1945 authorisierte SS-Gruppenführer Kaltenbrunner das IKRK, einen Delegierten in jedes Lager zu entsenden, um Hilfsgüter zu verteilen, unter der Bedingung, daß der Delegierte bis zum Ende des Krieges an dem jeweiligen Platz verbleibe. (26) Das IKRK organisierte Straßentransporte für Hilfslieferungen (die Benutzung der Eisenbahn stand außer Frage), jedoch war seine Wirksamkeit zu einem gewissen Grade von der persönlichen Haltung der Konzentrationslager-Kommandanten abhängig. Z.B. war die Aufnahme in Mauthausen am 23.-30. April zunächst negativ. SS-Standartenführer Ziereis erklärte, daß er den Kaltenbrunner-Befehl nicht kenne. (27)

In Dachau hat das IKRK am 27. April einen relativ warmen Empfang erhalten (nach einigen kühlen Vorgesprächen am 26. April), und einem Delegierten wurde gestattet, sich im Lager niederzulassen. Am Sonntag den 29. April stellte es sich heraus, daß die meisten der deutschen Offiziere, Wachmannschaften und Angestellten geflohen waren und das Kommando des Lagers auf einen gewissen Untersturmführer Wickert übergegangen war, der sich mit ähnlichen Absichten trug, die Flucht der verbliebenen Wachmannschaften anzuführen. Da dieses viele Gefahren mit sich brachte, mögliche Gewalttaten durch Gefangene gegenüber deutschen Zivilisten der Umgebung sowie die Ausbreitung von Epidemien, redete der Delegierte dem Wickert dies aus. Sie trafen eine Vereinbarung hinsichtlich der Übergabe des Lagers, und der IKRK-Delegierte tat sein bestes, diese Vereinbarung einzuhalten. Als erstes würden die Wachen in den Türmen verbleiben, um den Ausbruch von Gefangenen zu verhindern. Zweitens würden die Soldaten, die nicht Wache stehen,

sich unbewaffnet in einem der Lagerplätze versammeln. Drittens würde der Garnison zugestanden, sich auf ihre eigenen Frontlinien zurückzuziehen, nachdem das Lager an die Amerikaner übergeben sei.
Dann hißte der IKRK-Delegierte ein weißes Handtuch an einen Besenstiel, nahm einen deutschen Offizier mit sich, verließ das Lager, um einige Amerikaner aufzufischen. Nach einer Weile begegneten sie einer amerikanischen motorisierten Einheit, und der Delegierte stellte sich dem amerikanischen General vor (der Name ist in dem Bericht des Delegierten nicht genannt), der, nachdem er sich von der Identität seiner neuen Gäste überzeugt hatte, unverzüglich den Delegierten und den ihn begleitenden deutschen Offizier aufforderte, ihm zu folgen, um sich den Pressefotografen beim Lager zu stellen und insbesondere bei einem gewissen Güterzug, der angehäuft mit Leichen wäre. Obgleich sich der Delegierte des Roten Kreuzes bereits zwei Tage im Lager aufgehalten hatte, war ihm offenbar dieser Zug, der sich am Lager befunden haben soll, nicht aufgefallen. Er erfuhr davon erst von dem General.
Indem er seine Mission so beschrieb, war sein Bericht über das Lager beendet. Mittlerweile war der Delegierte in der Lage, einen Major Every zu bitten, dem General die Vereinbarung über die Übergabe des Lagers mitzuteilen; doch offensichtlich war dieser Versuch, sich erneut mit dem General in Verbindung zu setzen, nicht erfolgieich.
Bei der Ankunft im Lager fanden sie, daß einige Amerikaner bereits eingetroffen, die deutschen Wachen aus den Türmen zurückgezogen waren und alle Deutschen sich ergeben hatten. Die Insassen befanden sich in einem großen Durcheinander, und einige waren bewaffnet. Schüsse wurden auf SS-Wachen gefeuert, was dazu führte, daß es auf beiden Seiten einige Tote gab. Der Delegierte vermochte schließlich die Aufmerksamkeit des Generals für den Plan zur Übergabe des Lagers zu erlangen. Der General stimmte dem Plan zu, doch wurde es den deutschen Gefangenen nicht erlaubt, ihren Einsatzort zu verlassen, und viele von ihnen sahen sich den Gewalttaten von rachsüchtigen Insassen ausgesetzt. Obwohl so viel wie möglich Insassen entwaffnet wurden, beendete dies nicht das allgemeine Durcheinander. Einige Insassen umarmten die

amerikanischen Soldaten, während andere die Stacheldrahtzäune niederrissen und flüchteten. Die Amerikaner feuerten einige Schüsse über die Köpfe der Insassen, und eine ungewöhnliche Ruhe wurde schließlich durch 10 Maschinenpistolen hergestellt. Es gab jedoch im Verlauf der darauffolgenden Nacht noch gelegentliche Schüsse. Am darauffolgenden Tag, dem 30. April, war es möglich, ausreichende Nahrungsmittel auszugeben, und am Dienstag dem 1. Mai trafen einige Mitglieder der IKRK-Delegation ein und besichtigten - nach Aussagen des Delegierten - nicht nur Stapel von Leichen, sondern *„gleichzeitig die Exekutionskammer, die Gaskammer, die Krematoriumsöfen"* (28)

Das Vorangehende ist die Zusammenfassung eines Berichtes vom Delegierten des Roten Kreuzes. Er enthält keinerlei Auslassungen darüber, wie dies später bei anderen Behauptungen deutlich wird, die unabhängig von früheren Insassen aufgestellt wurden, wie z.B. von Friedrich Lenz und Nerin G. Gun. Die beiden Genannten stellen nämlich fest, daß die Amerikaner bei ihrer Ankunft alle in ihrer Sicht befindlichen SS-Wachmannschaften getötet haben (zweifellos zumindest eine Übertreibung). Gun behauptet, daß diese Politik sogar auf die Hunde in den Hundehütten ausgedehnt worden sei, während Lenz behauptet, daß der General eine zweistündige Beschießung der verteidigungsunfähigen Stadt von Dachau befohlen habe in Vergeltung für die herumliegend vorgefundenen Leichen (ihm wurde schließlich hiervon abgeraten). (29) Wenn diese Behauptungen wahr sind, dann hat der IKRK-Delegierte in seinem Bericht Bedeutsames weggelassen.

Es ist sehr wichtig zu erkennen, daß der Delegierte des IKRK in seinem Bericht auf eine Gaskammer verweist. Der Ton im Bericht des Delegierten ist verschiedentlich ironisch und geringschätzig, denn er wurde in Abwehr all des Unsinns geschrieben, der durch die Presse eine Massenverbreitung erhielt. So bemerkt er im Zusammenhang mit dem im Güterzug bei Dachau gefundenen Leichen, daß *„viele dieser Männer getötet worden seien, während die anderen wahrscheinlich an Hunger gestorben seien."* Auch ist merkwürdig, daß der Delegierte geradezu eifrig die Namen l. lieutenant Wickert und l. major Every und andere aufführt, er sich

jedoch weigerte, den Namen des amerikanischen Kommandeurs zu nennen, den er lediglich als *„le général"* bezeichnete (anscheinend mögen es Linden oder Patek gewesen sein).
Da gab es zwei Arten von Räumen, die die US-Propaganda nach Eroberung des Lagers als Gaskammern bezeichnete. Und Gun veröffentlichte die entsprechenden Fotografien. Hier geben wir sie in Abbildung 16 und 21 wieder. Das erste Bild zeigt ein gewöhnliches Duschbad. Die US-Propagandisten hatten die Kühnheit, dies als eine in ein Brausebad verkleidete Gaskammer umzufunktionieren. Abbildung 18 zeigt den Eingang in dieses Brausebad.
Der zweite Raum, der als Gaskammer ausgegeben wurde, war in der Tat eine Gaskammer, deren Tür auf Abbildung 22 gezeigt ist. Diese Tür scheint sicherlich echt und nicht für die Propaganda zurechtgemacht zu sein. Um aber zu sehen, welchem Zweck sie gedient hat, prüfe man die Abbildung 13. Auf der linken Seite kann man genau die gleiche Tür sehen und neben der Tür einen Haufen dreckiger Häftlingskleidung. Diese „Gaskammer" war offensichtlich eine Desinfektionskammer für Kleidung. Eine solche Ausrüstung war notwendig und existierte überall in den deutschen Konzentrationslagern. Das Innere des Desinfektionsraumes ist auf Abbildung 6 zu sehen.
Das Haus auf Abb. 13 enthielt Desinfektionskammern, Duschraum (Abb. 16) und Krematorium (Abb. 17). Das Gebäude ist erhalten geblieben und wird regelmäßig von den Touristen besichtigt. Es liegt verhältnismäßig isoliert und abseits vom Hauptteil des Lagers. Es war absolut logisch, sowohl die Desinfektionskammer als auch den Duschraum und das Krematorium in einer solchen Weise anzulegen, damit die Insassen hiermit nicht in unnötigen Kontakt kamen. Der Duschraum war offensichtlich notwendig, um die in diesem Gebäude arbeitenden Personen sauber zu halten, bevor sie in den anderen Teil des Lagers zurückkehrten. Ich weiß nicht, ob dieser Duschraum auch für Neuankömmlinge im Lager verwendet worden ist oder ob es für sie noch einen anderen Duschraum gab. Dem vorgelegten Bildmaterial sowie der Literatur zufolge war es meist der Duschraum - weniger die Desinfektionskammer -, die die Propaganda als

Gaskammer vorstellte. [30] Die letztere jedoch wurde wahrscheinlich als zu klein angesehen, um als eine Gaskammer glaubhaft gemacht werden zu können, sprach man doch von unglaublich vielen Opfern.
Natürlich produzierten die Kriegsverbrecherprozesse Zeugen genug, die von Vergasungsanlagen in Dachau sprachen (u.a. war es der IMT-Zeuge Franz Blaha, der ebenfalls Aussagen über die Präparierung tätowierter Haut in Buchenwald machte). [31] Natürlich wurden alle Personen, deren Leichen bei Eroberung des Lagers (auch jene in dem Zug) gefunden wurden, als ermordet ausgegeben.
Die Anzahl der Leichen in dem Zug bei Dachau war annähernd 500. Das Auffinden von Toten in Zügen in Deutschland gegen Ende des Krieges, sogar in normalen Personenzügen, war nicht ungewöhnlich. Im Januar 1945 wurden 800 erfrorene Deutsche in einem Zug gefunden, der Berlin erreichte. [32] Das deutsche Eisenbahnsystem befand sich in einem Chaos, und die Bedingungen im April 1945 kann man sich schwerlich vorstellen; man sollte aber wenigstens den Versuch machen, diese Züge mit Leichen in einem solchen Zusammenhang zu sehen. Man sollte sich auch über die Bedingungen der Leute Gedanken machen, als sie ihre Reise auf diesen Zügen antreten mußten. Es ist durchaus möglich, daß der typische auf sich selbst gestellte Konzentrationslager-Kommandant, konfrontiert mit einem von ihm als unnormal angesehenen Befehl, Häftlinge in das Lager X zu überführen, erwog, Halbtote auf den Weg zu schicken, was für ihn bedeutete, daß er die Anzahl von Toten in seinem Lager reduzieren konnte und sie im übrigen außerhalb seines Verantwortungsbereiches gestorben waren. Solche Probleme sind hier jedoch nicht die entscheidenden. Es dauerte nicht lange, bis die Wahrheit über Dachau herauskam, doch sie erhielt auch dann keine große Publizität. Die Ursachen für die bei der Eroberung des Lagers aufgefundenen Leichen wurden 1948 in einer Publikation der *American Association for the Advancement of Science* (Amerikanische Vereinigung für den Fortschritt der Wissenschaft) beschrieben. Als die *US-Army* in Deutschland vorrückte, traf sie die Bedingungen an, die ihre Sanitätsdienste vorausgesehen und für die sie Vorsorgemaßnahmen getroffen hatten: [33]

„Deutschland bot in den Monaten des Frühjahres, April und Mai einen höchst erstaunlichen Anblick, ein Gemisch von Menschlichkeit, die die eine Richtung entlangzog, und dann die Heimatlosen, oft Hungrigen und Typhuskranken auf der anderen Seite. Je größer das eroberte, aber noch nicht erschlossene Territorium wurde, desto größer wurde die Anzahl der bekanntgewordenen Typhusfälle. Denn Westdeutschland war im Bereich des Vormarsches der amerikanischen Truppen nahezu durchgängig typhusgefährdet. Ganze Gemeinden waren sogar davon betroffen und andere zum Teil in Mitleidenschaft gezogen. Eine große Häufung solcher Fälle gab es in Konzentrations- und Gefangenenlagern sowie in kleinen Gemeinden der dortigen Umgebung. Eine geschätzte Anzahl von 35.000 bis 40.000 Gefangenen wurde in Dachau gefunden, unter Verhältnissen lebend, die sogar für deutsche Konzentrationslager dieser Art schlecht waren und schlechter als alle anderen, die in amerikanische Hände fielen. Extremer Schmutz, Läuse-Infektionen und Oberbelegung dominierten allerorten in den Lagergebäuden. Verschiedene Wagenladungen von Leichen wurden - gestapelt in Kastenwagen - im Rangierbahnhof, der an das Lager angrenzte, aufgefunden. Offensichtlich handelte es sich um die Spuren eines Gefangenentransportes aus Lagern weiter nördlich, die in den letzten Tagen des Krieges nach Dachau überstellt wurden, um den heranrückenden amerikanischen Truppen zu entgehen.
Die Anzahl der Typhuskranken zur Zeit der Eroberung des Lagers wird niemals bekannt werden. Bevor eine Zählung der Patienten durchgeführt werden konnte, waren die wesentlichen Verhältnisse geändert. Mehrere hundert wurden in dem Gefangenen-Hospital gefunden, doch war ihre Zahl gering im Vergleich zu den Patienten, die mit ihren Kameraden in den Lagerbaracken lebten, bettlägerig und ohne Betreuung, auf Pritschen jeweils vier übereinander und dicht neben zwei, manchmal auch drei Leuten auf einem Regal-ähnlichen Bett liegend. Die Kranken ebenso wie die Gesunden; zusammengepfercht jenseits aller Beschreibung; stinkend nach Unrat und Vernachlässigung, und überall der Geruch von Tod."

Es ist nicht überraschend, daß Dachau katastrophenartige Zustände ähnlich denen von Belsen durchgemacht hat. Seit Beginn des Jahres 1945 hat es dort schätzungsweise 15.000 Typhustote unter den Gefangenen gegeben, von denen die meisten in den letzten zwei Monaten verstorben waren. (34)

Die Amerikaner brachten das Lager unter ihre Kontrolle. Seitdem diente es als amerikanisches Lager und als Zentrum von Kriegsverbrecherprozessen. Ein amerikanischer Richter, Stephen S. Pinter, der dort stationiert war und offensichtlich das, was dort im Namen der Vereinigten Staaten durchgeführt wurde, mißbilligte, schrieb: (35)

„Ich war nach dem Krieg für 17 Monate als Rechtsanwalt des amerikanischen Kriegsministeriums in Dachau und kann bezeugen, daß es in Dachau keine Gaskammern gegeben hat. Was den Besuchern und Touristen dort gezeigt und irrtümlich als „Gaskammer" beschrieben wurde, war ein Krematorium. Es gab auch keinerlei Gaskammer in irgendeinem anderen Konzentrationslager in Deutschland. Uns wurde erzählt, in Auschwitz habe es eine Gaskammer gegeben, doch da sich dieses in der russischen Besatzungszone befand, wurde uns eine Untersuchung nicht gestattet, weil die Russen dies nicht zuließen.
(...) Der alte Propagandamythos bleibt in Umlauf, daß Millionen Juden von den Nationalsozialisten getötet worden seien. Was ich während meiner 6 Nachkriegsjahre in Deutschland und Österreich in der Lage war festzustellen, war dies: eine Anzahl Juden ist getötet worden, aber die Zahl von einer Million ist sicherlich niemals erreicht worden. Ich habe tausende von Juden befragt, frühere Insassen von Konzentrationslagern in Deutschland und Österreich und betrachte mich in dieser Angelegenheit so gut qualifiziert wie irgendein anderer."

Im Jahre 1960 erklärte das *Institut für Zeitgeschichte* in München, (36)

„Die Gaskammer in Dachau wurde nie ganz fertiggestellt und in Betrieb genommen (...) Die Massenvernichtung der Juden durch Vergasung begann 1941/1942 und fand ausschließlich an einigen wenigen hierfür ausgewählten und mit Hilfe entsprechender technischer Einrichtungen versehenen Stellen, vor allem im besetzten polnischen Gebiet (aber nirgends im Altreich) statt (...)„

So stellt sich zur Zeit im wesentlichen der Dachau-Mythos dar. Im Sommer 1973 wurde den besuchenden Touristen in Dachau der Desinfektionsraum korrekt als solcher bezeichnet, ohne daß man versuchte ihn als Gaskammer zur Vernichtung von Menschen auszugeben. Hinsichtlich des Duschraumes erklärte der Prospekt:

„Diese Gaskammer, als Duschraum getarnt, war nicht in Gebrauch. Die Gefangenen, die zur Vergasung selektiert wurden, wurden von Dachau zum Hartheim Schloß, in der Nähe von Linz (Österreich) oder in andere Lager verbracht."

Soviel über Dachau, eine knappe Untersuchung, die aber notwendig war, um die allgemeine Glaubwürdigkeit der USA-Propaganda richtig einschätzen zu können.

Die Haftbereiche in *Auschwitz* waren natürlich Teil desselben Konzentra-

tionslagersystems wie das soeben skizzierte Lager. Jedoch die Aktionen, auf die mit dem Begriff „Auschwitz" verwiesen wird, waren wirklich in vielerlei Hinsicht eine Art für sich. Dies ist so sehr wahr, daß es, um die Funktion von Auschwitz klar zu erfassen, unerläßlich ist, beträchtlich in der Zeit zurückzugehen. Es ist außerdem unglücklicherweise notwendig, sich bis zu einem gewissen Grad in eine Diskussion einzulassen, die zunächst ausgesprochen technisch zu sein scheint.

Der Hauptgrund der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1918 waren die Mangelerscheinungen, die hauptsächlich durch die britische Blockade hervorgerufen worden waren. Der Mangel an Rohstoffen wie z.B. Öl und Gummi hat die Armee bewegungsunfähig, die Hungerbedingungen in Deutschland haben zudem die innere Lage unvorhersehbar und unstabil gemacht. Deutschland kapitulierte als Opfer - unter anderem natürlich - der ersten Energiekrise des zwanzigsten Jahrhunderts. Die extreme Verwundbarkeit Deutschlands in bezug auf Rohstoffe ist natürlich von der deutschen chemischen Industrie während des Krieges zeitig registriert worden. Und nach dem Krieg beruhte die Popularität des Rufes nach Autarkie, Unabhängigkeit von Importen oder ausländischer Hilfe zum Teil auf dieser Einsicht. Die einzigen Rohstoffe, die uns hier interessieren, sind Öl und Gummi, von denen es so gut wie nichts in Deutschland gab. Von Europa hatte nur Rumänien bedeutende Ölquellen, aber es gab nirgendwo in Europa natürlichen Gummi. Jedoch gab es große Kohlevorräte in Deutschland, aber auch anderswo in Europa.

Der bedeutende deutsche Industrie-Konzern IG-Farben bestand im Jahre 1918 aus einer Ansammlung von sechs kleineren Gesellschaften, die sich später im Jahre 1925 zu „IG-Farben" verbunden haben. Die maßgebende Gründungsgesellschaft *Badische Anilin und Soda Fabrik* von Ludwigshafen am Rhein hatte, beginnend im Anfangsstadium des Ersten Weltkrieges, an Herstellungsverfahren gearbeitet, um Öl und Gummi auf synthetischem Wege aus Kohle zu erzeugen. Diese Forschungen wurden nach der Vereinigung zur „IG-Farben-Industrie" sowie nach der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 fortgesetzt. Die nationalsozialistische Regierung unterstützte alsbald diese der Autarkie dienenden Entwicklun-

gen.(37) Auf Grund dieser Ermutigung durch die Regierung, des echten Bedarfs an synthetischen Produkten und der allgemeinen wissenschaftlich-technischen Überlegenheit Deutschlands in der damaligen Zeit, besonders auf dem Gebiet der Chemie und Chemotechnik, gelangte Deutschland grundsätzlich an die Weltspitze in diesen Bereichen.

Synthetisches Öl war bei weitem das leichtere dieser zwei Probleme. Kohle besteht zum großen Teil aus Kohlenstoff. Das Hauptprinzip beruht darauf, daß sich Kohle, die bei hohem Druck und hoher Temperatur mit Wasserstoffgas behandelt wird (Hydrierung), in Öl verwandelt. Von diesem Öl konnte die gewöhnliche Kette chemischer Produkte erzeugt werden: Farben, Explosivstoffe, Drogen usw. Eine andere Hydrierungsstufe ergab Benzin. Die Idee war grundsätzlich einfach, obgleich der damit verbundene Herstellungsprozeß aufwendig war und der größte Teil der Forschung im Herausfinden des wirksamsten Katalysators bestand. Während des Zweiten Weltkrieges gab es in und um Deutschland herum viele synthetische Ölwerke. Sie produzierten ungefähr 75% des für Deutschland erreichbaren Öls. Der Rest kam hauptsächlich aus Rumänien. (38)

Synthetischer Gummi war eine andere Sache. Die technischen Probleme, einen ausreichend ökonomischen Gummi zu erzeugen, der für Autoreifen verwendbar ist, waren in höchstem Maße schwierig und bis ungefähr zum Beginn des Krieges noch nicht wirklich gelöst.

Die grundlegenden Schritte, um Gummi herzustellen, bestehen darin, lange Molekülketten in einer Art Polymerisation zu erzeugen, diese dann zu veranlassen, sich in einer Art Kreuzstich zu verbinden, was eine wechselseitige Vereinigung an verschiedenen Punkten bedeutet: Vulkanisation. Man benötigte ein Molekül, das für Polymerisation und Vulkanisation geeignet ist, und es wurde herausgefunden, daß Butadien besonders gut verwendbar war. Ende der zwanziger Jahre war herausgefunden worden, daß Natrium ein ausgezeichneter Katalysator zur Polymerisation des Butadien war. Konsequenterweise wurde der synthetische Gummi, der aus Butadien in Verbindung mit Natrium (Na) als Katalysator gewonnen worden war, Buna-Gummi genannt. Im Jahr 1935 wurde das Natrium fallengelassen, doch die Bezeichnung „Buna" blieb. Indem man nun 25% des Butadien durch Styrol Buna-S Gummi austauschte, war der Typ gefunden, der für Autoreifen, dem wichtigsten Bedarfsartikel, besonders geeignet war. (39)

Die erste ernstzunehmende deutsche Buna-S Produktionsstätte - und die größte - war das Werk in Zschopau, dessen Errichtung im Jahre 1937 begonnen wurde und das 1939 vollendet war. Es hatte eine Leistungsfähigkeit von 6.000 Tonnen im Monat. Ein zweites Werk wurde 1938 in Hüls begonnen und war im August 1940 betriebsbereit; seine Monatsproduktion erreichte 4.000 Tonnen. Eine dritte Anlage wurde im Januar 1941 bei Ludwigshafen errichtet, am Sitz des Forschungszentrums der IG Farben; ihre Buna-Herstellung begann im März 1943 mit einem monatlichen Ausstoß von 2.500 Tonnen. Die vierte, bei Auschwitz, wurde 1941 in Gang gebracht und war für eine Kapazität von 3.000 Tonnen im Monat vorgesehen.

Während des Baues aller dieser Werke ging die Forschung nach neuen Verfahren unverdrossen weiter, was aus der Verschiedenartigkeit der Herstellungsmethoden, die in den vier Werken verwendet wurden, klar ersichtlich ist. Der Grundstoff bei allen Verfahren war Kohle, aber in Zschopau wurde Butadien auf dem Weg über das klassische Kalzium-Karbid-Azetylen mit Butadien als Endprodukt hergestellt. In Hüls wurde die Karbidstufe durch ein potenzierendes Kohlewasserstoffgas ersetzt. Ludwigshafen nahm die schon klassisch gewordene Folge wieder auf, jedoch wurde für die Azetylen-Butadien-Stufe der überlegene Reppe-Prozeß eingeführt. Das Buna-Werk in Auschwitz arbeitete nach dem Modell der klassischen Folge. (40)

Wenn in diesem Zusammenhang der Name Auschwitz auftaucht, so liegt das ganz einfach daran, daß Auschwitz ein großes Industrieunternehmen war.

Als Deutschland 1939 einen großen Teil Polens nach der Teilung zwischen Deutschland und der Sowjetunion annektiert hatte, kam es in den Besitz der großen Kohlenfelder in dem polnischen Oberschlesien. Es war natürlich, diese auszubeuten. So wurden die Möglichkeiten für den Bau eines Buna-Werkes untersucht. Man fand, daß hierfür die kleine Stadt Auschwitz, (polnisch: Oswiecim) mit ihren 13.000 Einwohnern geradezu ideale Voraussetzungen bot, weil die dort zusammenfließenden drei Flüsse die erforderlichen Wassermengen liefern könnten, und gleichzei-

tig ein nahegelegener vierter Fluß die Abwässer fortschwemmen würde. (Auschwitz war vor dem ersten Weltkrieg im Habsburger Reich ein Herzogtum gewesen). Zudem lag Auschwitz auch noch an der Südgrenze der schlesischen Kohlenfelder, der Kattowitzer Bergwerksregion Polens. (41)

Anfang 1941 hatte man sich für den Bau eines Hydrier- und eines Buna-Werkes in Auschwitz entschieden. Hier sollten dann sowohl freie Arbeitskräfte, aber auch Zwangsarbeiter beschäftigt werden. Rein zufällig war in der Nähe der Stadt schon ein Gefangenenlager für Partisanen, das rund 7.000 Insassen zählte (dieses war ein ehemaliges Barackenlager der polnischen Artillerie gewesen). Bei der weiteren Ausdehnung bildete dieses Lager den Kern der ganzen Anlage, auch nach dem Ausbau weiterer Lager. Es wurde schnell für politische Gefangenenarbeiter umgewandelt und blieb solches bis zuletzt. Gewöhnlich wird es als Auschwitz I bezeichnet. Der Terminus „Hauptlager" oder „Stammlager" wird gelegentlich auch verwendet. (42)

Irgendwann im Jahre 1941 wurde dann der Bau eines zweiten Lagers, Auschwitz II, begonnen, gewöhnlich bezeichnet als Birkenau. Es lag zwei bis zweieinhalb Kilometer nordwestlich von Auschwitz I und war anfangs als Kriegsgefangenenlager gedacht. Gegen Ende April 1942 war ein Teil davon fertiggestellt. Zum Bau des Lagers hatte man russische Kriegsgefangene verwendet. Seine Aufgaben werden später noch ausführlich behandelt.

Etwas mehr als 4.000 Juden wurden aus der Stadt in eine andere Stadt gebracht um Platz für freie Arbeitskräfte zu schaffen, die in der dortigen Industrie beschäftigt werden sollten. Am 16. November 1941 wurde der Bau eines dritten Lagers beschlossen: es wurde normalerweise „Monowitz" genannt. Es lag fünf Kilometer östlich der Stadt und in der Nähe der IG-Farben-Werke, um Arbeiter am und im Werk beschäftigen zu können. Wiederum wurden russische Kriegsgefangene für den Bau eingesetzt. (43) Einen diesbezüglichen Lageplan finden Sie auf Abb. 1. (44)

In den Außenbezirken gab es noch viele kleinere Lager, die meisten von ihnen in einem Umkreis von 40 Kilometer. Diese Außenlager, von denen

Raisko und Harmense zwei relativ nahegelegene Beispiele waren, unterstanden alle der Auschwitzer Lagerverwaltung. Ihre Zahl wird unterschiedlich mit 13 bis 39 angegeben, je nachdem, was man als selbständiges Lager ansah. Die kleineren, auswärts gelegenen Lager waren hauptsächlich für die Arbeiter gedacht, die an den fünf Hochöfen und in den fünf Kohlebergwerken schaffen sollten. Monowitz und sämtliche Außenlager werden gelegentlich auch als Auschwitz III bezeichnet. „Auschwitz" galt gemeinhin als Sammelname für alle Lager wie Auschwitz I, Birkenau (Auschwitz II) und Auschwitz III und umfaßt auch die Werke, die die Häftlinge beschäftigten. (45)

Die Belegung von Auschwitz III mit Gefangenen war gegenüber den anderen nicht ungewöhnlich, mit der Ausnahme, daß es dort eine beträchtliche Anzahl britischer Kriegsgefangener gab (46). Das NMT-Urteil lautete dahingehend, daß die Beschäftigung britischer Kriegsgefangener dort nicht gegen die Genfer Konvention verstoßen habe, da die Buna-Herstellung letztlich friedlichen Zwecke diene. (47) Offensichtlich war das Rote Kreuz derselben Auffassung, denn obwohl es sich der besonderen Situation bewußt war, erwähnt es die Beschäftigung britischer Kriegsgefangener nicht in seinem späteren Bericht über die Probleme, die ihr während des Krieges im Hinblick auf die Verwendung von Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte für kriegsbezogene Produktion begegnet sind. (48)

Die typische Lagerstärke von Auschwitz I war 20.000, von Birkenau 35.000 (darunter 30-60% Frauen) und von Auschwitz III 15.000. Durch seine weite Ausdehnung war Auschwitz bei weitem die größte Ansammlung von Konzentrationslagern im deutschen System. Das zweitgrößte war Sachsenhausen bei einer Aufnahmefähigkeit von 26.500. (49) Daneben gab es viele freie Arbeiter, die in dem erweiterten Gebiet wohnten. Um ein Beispiel anzuführen: Bei den IG-Farben arbeiteten weniger als 30% Gefangene, mehr als die Hälfte bestand aus Fremdarbeitern, die sich freiwillig verpflichtet hatten, und die übrigen etwa 20% waren deutsche Kräfte. (50)

Auschwitz I war die Verwaltungsstelle für sämtliche SS-Aufgaben in Auschwitz. Diese waren: Bewachung, Verpflegung, Kleidung, Unterkunft,

Freizeitgestaltung, Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Gefangenen, aber auch die ärztliche Versorgung. In Auschwitz betrug die Arbeitszeit gemäß dem Standard der übrigen deutschen Konzentrationslager 11 Stunden täglich an 6 Tagen in der Woche mit Sonderarbeit am Sonntagmorgen im Notfall. (51) Bei der starken Belegung von Auschwitz gab es eine genügende Auswahl an Fähigkeiten, um verschiedene Aktivitäten zu entwickeln, die der Erholung dienten: Theatervorstellungen, Konzerte, Kabarett, Kino und Athletikwettkämpfe. Auch ein Bordell gab es für die männlichen Insassen, ausgestattet mit professionellen Prostituierten. (52) Auf die ärztliche Betreuung komme ich später zu sprechen. Die Versorgung mit so weitgefächerten Dienstleistungen erforderte natürlich erhebliche Geldmittel, die die Arbeitskräfte beschäftigenden Firmen der SS durch entsprechende Zahlungen liefern mußten. Der übliche Satz je Arbeitskraft und Tag scheint 4-6 RM und höher gewesen zu sein. (53) So wurden die Häftlinge nach den Grundsätzen von Himmlers bürokratischen und ökonomischen Richtlinien behandelt, und demgemäß wurde diese Quelle zusammen mit den dazugehörigen Maßnahmen wie Verpflegung, Bekleidung usw. eifersüchtig bewacht. Die IG-Farben waren trotz allem groß genug, um für ihre Monowitz-Belegschaft eine Sonderstellung herauszuholen: Den IG-Farben war die Betreuung der Gefangenen voll zugestanden und dementsprechend war die Zahlung an die SS herabgesetzt. Das führte zu vorauszusehenden Mißhelligkeiten zwischen der SS und den IG-Farben. Die SS beschwerte sich darüber, daß die Gefangenen geschlagen oder anderweitig mißhandelt würden, außerdem über unhygienische Zustände im Monowitzer Hospital. Daraufhin wurde 1/5 der im dortigen Hospital erfaßten Leute entlassen und nach Birkenau überstellt. Als Antwort zahlten die IG-Farben nicht mehr die bisherigen Geldzuwendungen an die SS für Betreuung usw. Für diese Personen übernahm die SS wieder die Verantwortung. Die SS fühlte sich schon verletzt, weil man ihr nicht, wie sonst üblich, die Beurteilung der Arbeitsfähigkeit von Häftlingen eingeräumt hatte. Als sie dann auch noch nur die Arbeitsunfähigen von Monowitz zurückbekam, wurde der Unmut weiter angeheizt. Die SS verlangt deshalb die Erweiterung des

Monowitzer Hospitals, das nur 300 Betten hatte. Aber die Antwort darauf war natürlich, daß *„Leute, die nicht kräftig genug für die Arbeit wären, eben auch nicht aufs Fabrikgelände gehörten"*. (54)

Birkenau war genau wie Auschwitz I für die Versorgung der IG-Farben und ihre Subunternehmen mit Arbeitskräften verantwortlich. Auch für andere Betriebe hatte es zu sorgen, wie z. B. für die Krupp-Zünderwerke und das Siemens-Elektro-Werk. Ausserdem arbeiteten seine Insassen an der Wiederherstellung zerstörter Gebäude, bei der Drainage versumpfter Gebiete, im Strassenbau usw. Ferner stellte Birkenau Personal für die Kultivierung besonderer Pflanzenzüchtung (Raisko) und für die Errichtung und Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Musterbetriebes, für Kleidungsfabrikation usw. (55) Birkenau hatte noch weitere Aufgaben, wie wir später sehen werden. Die Behauptung, daß in Birkenau ein Programm der Massenvernichtung von Juden in Gaskammern durchgeführt worden sei, bedarf einer gesonderten Untersuchung. Ebenso die Behauptung, daß die Juden zu diesem Zweck nach Auschwitz verbracht worden wären. (56)

Die oben angeführten groben Zahlen für die Auffüllung der Lager sollen nur der Veranschaulichung dienen. In Wirklichkeit war die Belegung von Birkenau recht unterschiedlich, und ausserdem war der Ausbau von Birkenau nie vollendet worden. Birkenau schien für ein Fassungsvermögen von 200.000 Menschen geplant gewesen zu sein, während Auschwitz I 30.000 Personen aufgenommen hat, eine Anzahl, die dann beibehalten wurde. (57)

Seinem Alter nach und bei der Berücksichtigung, daß Auschwitz der Sitz der SS-Hauptverwaltung war, blieb Auschwitz I tatsächlich das Hauptlager. Birkenau hingegen, zugeschnitten auf die besonderen Bedürfnisse der Auschwitzer Industrieunternehmen, war eindeutig als das wichtigste Lager gedacht, wenn man von den Arbeitsaufgaben der Insassen ausgeht.

Während das Auschwitz-Kattowitz-Gebiet vom technischen Standpunkt aus ideal war, so war es vom menschlichen Aspekt her erbärmlich. Der Grund und Boden war ausserordentlich flach und machte es an vielen

Stellen unmöglich, das Wasser abzuleiten. Die ganze Ebene war von Tümpeln mit stagnierendem Wasser übersät, was die Luft vergiftete und die Ursache dafür war, daß das Gebiet ständig verschlammt war. Malaria und Typhus waren an der Tagesordnung; in dieser Gegend war nicht der Krieg an sich Schuld an den aufkommenden Gefahren. Die durch den Krieg bedingten Umstände erschwerten allenfalls die Verhältnisse. Es wird behauptet, daß *„die Kraftfahrzeuge, die Gefangene oder ihre Kleidung befördert hatten, nach jeder Fahrt dezinfiziert werden mußten"*. [58]
Nach 1942 erzeugte Auschwitz Öl und Benzin in seinem Hydrierwerk, dazu auch andere Chemikalien, aber bis zu der Zeit, als es im Januar 1945 evakuiert wurde, hatte es noch keinerlei Buna produziert; es war nur erst in der Lage, Azetaldehyd aus Azetylen herzustellen. [59] Dieses verhältnismäßig nur langsame Fortschreiten der Arbeit lag ohne Zweifel an dem anfangs so jungfräulichen Gebiet, dem Einsatz von Zwangsarbeitern und dem schlechten Gesundheitszustand vieler Gefangener. Hinzu kommen noch weitere natürliche Gegebenheiten, die später gesondert behandelt werden sollen.
Ich weiß nicht, ob das Auschwitzer Buna-Werk im wesentlichen ein gleiches Werk wie in Ludwigshafen sein sollte, eine verbesserte Ausgabe des letzteren oder aber eine vollkommen neue Entwicklung für die Buna-Herstellung. Auf jeden Fall aber hätte es in der Welt kein so hoch entwickeltes Buna-Werk gegeben, wenn es zu der Zeit fertig gewesen wäre.

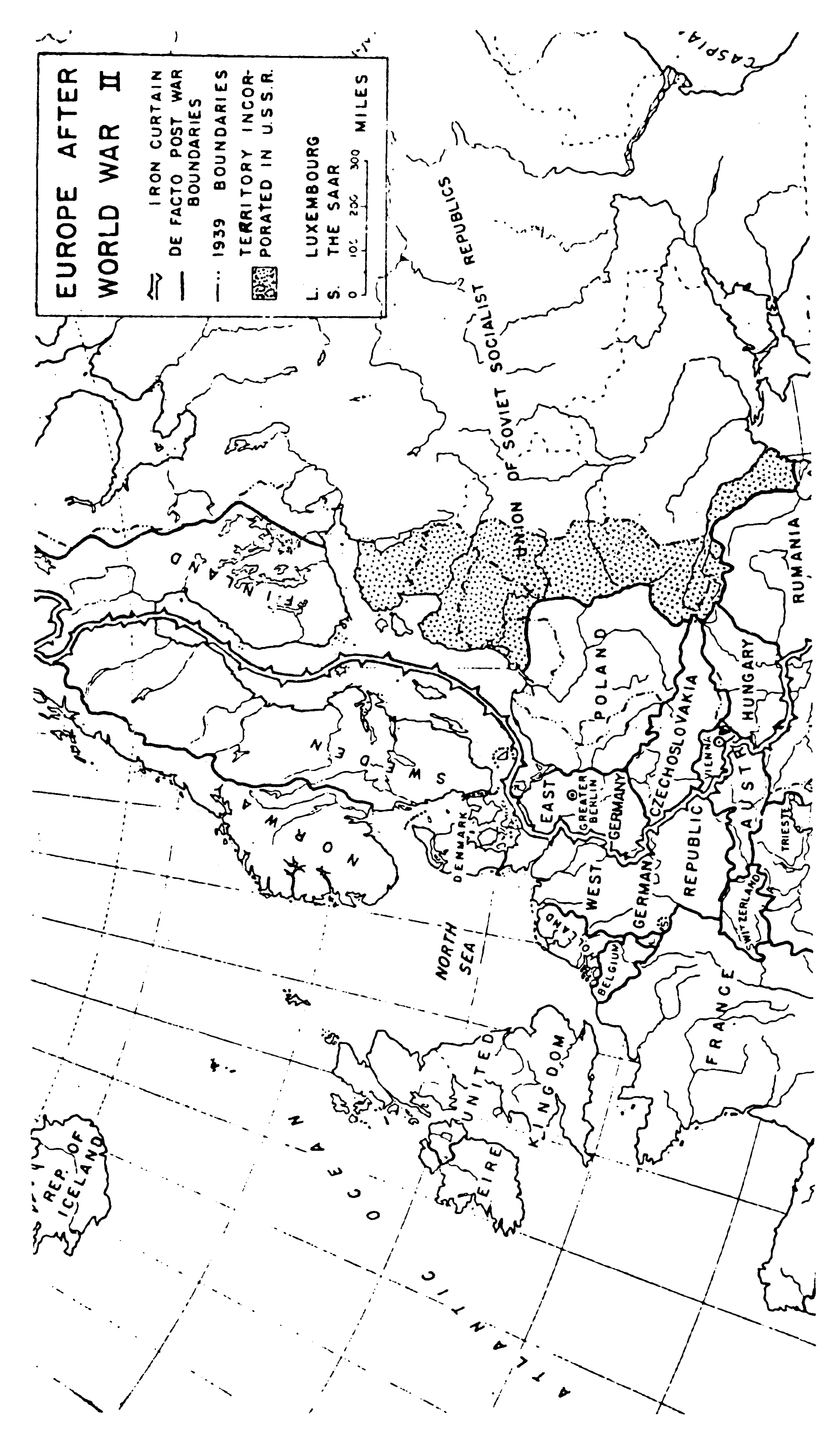


Abb. 5: Europa nacht dem Zweiten Weltkrieg.

III Washington und New York

Oberflächlich betrachtet war die Lage der Alliierten im Jahre 1942 verzweifelt. Nach dem Winter 1941/1942 setzten die deutschen Armeen ihren Vormarsch durch Rußland weiter fort. Die Vernichtung des größten Teiles der amerikanischen Pazifikflotte in Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 hatte in Wirklichkeit den Pazifik zu einem japanischen Meer gemacht. Die Vereinigten Staaten standen plötzlich einem Problem gegenüber, das für dieses Land fremdartig war: Mangel an wichtigen Rohstoffen - ohne die jede Kriegsanstrengung unmöglich schien. Japan kontrollierte Malaya und Ostindien, die die Lieferanten von 90% des amerikanischen Gummibedarfes waren. Die Lieferanten der anderen 10% (Zentral- und Süd-Amerika) waren hoffnungslos unzureichend. (1)
Die Art und Weise, wie sich die USA selbst aus dieser mißlichen Lage befreiten, wird dereinst als die große Ironie des Schicksals in die Geschichte eingehen. Man hätte allen Grund zu der Annahme gehabt, daß Amerika dieses Problem nie lösen würde, denn dort hatte kein Mensch in Begriffen wie Autarkie gedacht.

Die Standard Oil in New Jersey kannte die wichtigsten Daten für die Herstellung von Buna bei den IG-Farben. Dies war auf eine Reihe von Abkommen zwischen diesen beiden Gesellschaften zurückzuführen, deren Beziehungen bis auf das Jahr 1927 zurückgingen. Dabei handelte es sich um technische Zusammenarbeit und gegenseitige Lizenzgewährung. Standard Oil war stark an der Herstellung von Bunagummi interessiert, da derselbe auch mit Öl als Ausgangsprodukt - und damit noch leichter - produziert werden konnte. Mit dem Einverständnis der deutschen Regierung wurde die Zusammenarbeit beibehalten, unmittelbar bis zum Kriegsausbruch und bis zu einem gewissen Grade sogar darüber hinaus. Für die Vereinigten Staaten waren diese Abmachungen von gewaltigem Nutzen, die Deutschen jedoch hatten davon keinerlei Vorteil.(2)

Der Kriegsausbruch 1939 zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits brachten die Abmachungen zwischen Standard Oil und IG-Farben ziemlich durcheinander, was hier aber nicht weiter untersucht werden muß. Die IG-Farben hätten nun gern wieder Ordnung in diese Angelegenheit gebracht, und so wurde ein Treffen in Den Haag zum 22. September 1939 vereinbart, wo dann gewisse rechtskräftige Abmachungen getroffen wurden. Der Standard Oil Beauftragte Frank A. Howard war darüber ganz verdattert. (3)

> „Ich konnte jedoch die Überzeugung nicht los werden, daß die Deutschen die einzigen waren, die vom militärischen Standpunkt aus betrachtet Nutzen daraus ziehen konnten, wenn sie nämlich die Beziehungen zwischen Standard Oil und IG-Farben so beibehalten, wie sie bei Kriegsbeginn waren."

Die in Den Haag geschlossenen Vereinbarungen erwiesen sich alsbald als unzureichend. Daher beschloß man im Frühjahr 1940 eine erneute Besprechung. Howard hatte noch eine besondere Begründung für ein solches zusätzliches Treffen:

> „wir hatten dabei auch die Absicht, sie um Einzelheiten ihrer Pläne in bezug auf die Werksausrüstung und Techniken bei der Buna-Herstellung zu bitten. Wir hofften daß die IG-Farben von ihrer Regierung die Erlaubnis bekommen würden, uns die Pläne für die Werke zur Buna-Polymerisation zu verkaufen. Sie hatten solche nämlich im Rahmen des Regierungsprogramms in Deutschland errichtet."

Diese Hoffnungen zerschlugen sich aber auf der Konferenz zwischen IG-Farben und Standard Oil, die schließlich Mitte April 1940 in Basel in der Schweiz stattfand. Zur gleichen Zeit besetzten die Deutschen Norwegen, was das Ende des „Sitzkrieges" signalisierte. Die neuen politischen Bedingungen schufen bei den Deutschen die Erkenntnis, daß die politische Lage sehr ernst war, was auf der Konferenz den endgültigen Abbruch der Beziehungen zwischen den IG-Farben und Standard Oil verursachte. Natürlich trug sich Standard Oil auch weiterhin mit dem Gedanken, solche Werkspläne zu kaufen. Howard erklärte hierzu jedoch:

„Etwas anderes war für uns noch äußerst wichtig. Wenn irgend möglich wollten wir erfahren, ob die Deutschen seit Ausbruch des Krieges in Europa nicht doch irgendwelche grundsätzliche Änderungen in ihren Buna-Werken an der Technik oder an den chemischen Formeln vorgenommen hätten. Direkte Fragen waren natürlich nicht möglich, da die Männer von IG-Farben ja nicht mit uns über den Stand der deutschen Kriegsanstrengungen diskutieren konnten. Aber während der Festsetzung der Patentübertragung und der Diskussionen über die Lizenzbestimmungen, die wegen der Durchführung der Haager Abkommen notwendig waren, bekamen wir genügend Daten, um uns sicher zu fühlen, daß sich bei der Herstellung von Buna nichts Wesentliches geändert hatte. Diese Schlußfolgerung wurde später in vollem Umfang bestätigt."

Dies war *„die letzte direkte Fühlungnahme, die Standard Oil mit den Deutschen über Buna-Gummi hatte"*. (4)
Sämtliche amerikanischen Kenntnisse über die Vorgänge bei der Buna-Gewinnung, die die US-amerikanischen Kriegsanstrengungen überhaupt erst ermöglicht haben, stammen aus diesen Beziehungen zu den IG-Farben. Dies ist ein anerkannter Sachverhalt bei der Gummi-Industrie. (5) Trotzdem wurde späterhin Standard Oil ziemlich bissig kritisiert. Man versuchte sogar, sie gerichtlich zu belangen. (6)
Daß man 1942 plötzlich keine Bezugsquellen mehr für Gummi hatte, löste in den USA eine größere politische Krise aus. Ein Buna-Programm gab es schon seit Mitte 1940, als man die „Vereinigung zur Schaffung einer Gummi-Reserve" innerhalb der „Gesellschaft für Finanzreform" gebildet hatte. Das Unternehmen wurde von Jesse H. Jones geführt. Es überwachte die Einlagerung von Rohgummi und zeichnete auch für den Bau von Buna-Werken verantwortlich, mit denen man 1941 begonnen hatte. Aber bei den Behörden hatte niemand den vollkommenen Verlust von Fernost-Gummi in Rechnung gestellt. Daher hielt sich das Programm für synthetischen Gummi in engen Grenzen. Die Folge war, daß es im Jahr 1942 keinerlei praktische Erfahrung gab, wie man die IG-Farben Produktion im großen Rahmen anwenden könnte.
Die Not begann unmittelbar nach dem Angriff auf Pearl Harbor. Deshalb verbot die US-amerikanische Regierung auch drei Tage später den Verkauf von Autoreifen an die Zivilbevölkerung. Die allgemeine Rationierung für Gummi folgte dann auf dem Fuße. Anfang 1942 wurde es klar,

wenn es irgend welcher amerikanischer Kriegsanstrengungen bedurfte, daß alsdann in Rekordzeit eine gigantische Industrie zur Herstellung von synthetischem Gummi aufgebaut werden mußte. Die offensichtlich bedrückenden Aussichten, dies auch wirklich zu schaffen, verursachten panikartige Zustände, und natürlich suchte man nach Sündenböcken. Jesse Jones wurde zur beliebten Zielscheibe. Seine Behauptung, daß 1943 300.000 Tonnen synthetischer Gummi produziert würden und 1944 dann 600.000 Tonnen, wurde verlacht (der Gummi-Verbrauch in den USA betrug 1940 648.500 Tonnen). Die Standard Oil geriet nun auch noch in den nicht berechtigten Verdacht, daß es sich bei den Abmachungen zwischen den IG-Farben und Standard Oil um eine Verschwörung gehandelt habe, um in den USA die Entwicklung zur Herstellung von synthetischem Gummi zu verzögern. Harry S. Truman, Vorsitzender eines Senatsausschusses, der die Probleme der Kriegsproduktion zu untersuchen hatte, wurde erstmals weithin öffentlich bekannt in Verbindung mit der Gummikrise von 1942.

Die Krise brachte auch innenpolitische Konflikte mit sich. Die großen Öl-Gesellschaften hatten lange Zeit die Führung bei der Buna-Produktion, doch im Kongreß überwog der Landwirtschaftsblock. Nun ja, Buna kann nicht nur aus Kohle und Öl hergestellt werden, man kann als Grundstoff auch Alkohol verwenden, also ein landwirtschaftliches Produkt. In weiser Voraussicht auf das Entstehen einer neuen größeren Industrie starteten die landwirtschaftlichen Interessenten einen Feldzug, in dem sie sich dafür einsetzten, die Buna-Herstellung auf Alkoholbasis zu bewerkstelligen (die aufwendigste Methode). Dabei führten sie an, daß die Russen, die sich auch schon lange mit der Fabrikation von synthetischem Gummi beschäftigten, vom Alkohol ausgegangen waren. Auch präsentierten sie einen polnischen Flüchtling, von dem sie behaupteten, er habe etliche revolutionäre Erfindungen im Zusammenhang mit der Buna-Herstellung auf Alkoholbasis gemacht.

Es gab aber auch noch einen anderen politischen Block, der süd-amerikanische Interessen vertrat und vorschlug, die Gummi-Pflanzungen zu unterstützen. Und dann war da noch ein kleinerer Landwirtschafts-

block, der auf eine starke Erweiterung der Guayule-Plantagen im Südwesten drängte. Das Ergebnis dieser innenpolitischen Kämpfe schuf ein massives Durcheinander und eine Verzögerung des vorgelegten Buna-Programms.

Die Gummikrise füllte im Jahr 1942 die Spalten der Presse und war in der Tat die Hauptkrise, die die USA im Zusammenhang mit dem Krieg erlebt hat. Unentwegt wurde lämentiert, daß Deutschland den Amerikanern weit voraus sei und daß es den USA an der lebenswichtigen Erfahrung mit den Vorgängen fehle, wie sie die Deutschen eben besäßen. Die in Deutschland angewendeten Verfahren wurden angeführt und mit den Aussichten für das amerikanische Programm verglichen. (7)

Der Kampf des Farmer-Blocks gegen die, wie sie sie nannten, „öligen Interessen" errang im Juli 1942 vorübergehend einen größeren Erfolg, als der Kongreß die sonderbare *„Gummi-Versorgungsakte 1942"* verabschiedet hatte. Der Gesetzesakt hätte zunächst eine Behörde für die Gummi-Produktion unter Oberaufsicht des Kongresses und außerhalb der Domäne des Büros der Kriegsproduktion, aber auch der Armee, der Flotte oder irgendeiner anderen der Regierung unterstehenden Verwaltung geschaffen. Natürlich wurde darin der Getreidealkohol als Ausgangsbasis festgelegt. Am 6. August legte Präsident Roosevelt sein Veto gegen diese Gesetzesvorlage ein und kündigte die Ernennung eines Komitees an, das das Gummi-Problem studieren und Vorschläge machen sollte, wie man das US-amerikanische Programm zur Herstellung von synthetischem Gummi verwirklichen könnte: *„wahrscheinlich die am meisten mit Beifall bedachte Aktion an der Heimatfront in der Geschichte des Kriegsprogramms"*. Dem Komitee gehörten als Mitglieder an: Dr. James D. Conant, Harvard-Präsident; Dr. Karl T. Comton, Präsident des M.I.T. *(Massachusetts Institute of Technology)*; der Bankier und Politiker Bernard Baruch, der als Vorsitzender fungierte. Meistens wurde es Baruch-Komitee genannt. (8)

Diese drei Männer wurden zum Teil deshalb gewählt, weil man sie in diesem Konflikt als nicht vorbelastet ansah und weil man glaubte, daß sie keine Sonderinteressen vertreten würden, dann aber auch wegen

ihrer Sachkenntnis. Die Ernennung Baruch's zum Vorsitzenden einer so technisch orientierten Gruppe mag auf den ersten Blick sonderbar erscheinen, doch dies ist nicht der Fall. Abgesehen davon, daß er ein Mann mit verschiedenen Talenten und ein wichtiger Finanzmann mit industriellen und politischen Beziehungen war, hatte er doch schon im Ersten Weltkrieg den Vorsitz im Ausschuß für die Kriegsindustrie innegehabt. Ja, mehr noch. seit mehr als 30 Jahren war er an Industrieunternehmen interessiert, die sich mit Gummi-Verarbeitung beschäftigten, und er hatte schon im Frühjahr 1941 von sich aus für den Fall eines Krieges amerikanische Gummi-Vorräte angelegt. Die Folge davon war, daß er mit verschiedenen Leuten in Streit geriet, hauptsächlich mit Jesse H. Jones. Zudem setzte Baruch - anders als der durchschnittlich begabte Vorsitzende des Washingtoner Zweckkomitees - seine ganze Kraft für die Arbeit seiner Behörde ein. Auf Anweisung des Komitees wurde sein Assistent Sam Lubell hinzugezogen. Selbst nach Abgabe des Schlußberichtes hielt das Interesse Baruch's an; denn Howard berichtet, daß Baruch später noch den Wunsch ausgesprochen habe, mit den Leuten von Standard Oil Rücksprache zu nehmen, und so wurde denn auch eine Tagung abgehalten, auf der die technischen und wirtschaftlichen Probleme erörtert wurden. (9)

Die Arbeit des Baruch-Komitees wurde mit beachtenswerter Eile abgeschlossen, und der Schlußbericht wurde am 10. September 1942 abgegeben; die beste Erklärung für diese Schnelligkeit liegt offensichtlich in Baruch's früherer selbständiger Einarbeitung in diese Materie.

Wir müssen versuchen, das Problem so zu sehen, wie es das Komitee 1942 hatte sehen müssen. In erster Linie war es ein politisches Problem insofern, als man die gegenseitigen Interessen mit einander ausgleichen mußte, die bei dem synthetischen Gummi mit dem geschäftlichen Teil zusammenhingen. Deshalb wurde im Schlußbericht des Komitees empfohlen, jährlich die Voraussetzung zur Produktion von zusätzlich 100.000.000 Gallonen (1 amerikanische Gallone = 3,78 Liter) Getreidealkohol zu ermöglichen. Ein zweites Problem in Amerika war das Fehlen praktischer Erfahrungen mit den Vorgängen bei der Produktion von

Buna. Technische Einzelheiten standen zwar zur Verfügung, aber trotzdem tauchten viele Fragen über Details und Alternativmöglichkeiten der Produktionsprozesse auf. Um nun das amerikanische Programm für den synthetischen Gummi zu beschleunigen, erkannte das Komitee die Notwendigkeit, soviel wie möglich aus den Erfahrungen anderer zu lernen. Somit wurde eine besondere Empfehlung dahingehend ausgearbeitet, alle Anstrengungen sofort darauf zu richten, die Erfahrungen der Russen bei der Herstellung von synthetischem Gummi zu erkunden, um diese dann bei der amerikanischen Produktion zur Anwendung zu bringen (Jesse Jones wurde damit beauftragt, hierüber Näheres zu sondieren). Der Versuch wurde unternommen, doch brachte er keine nennenswerten Ergebnisse. (10)

Bei dieser Sachlage muß man annehmen, daß irgendjemand in US-Amerika sich hätte bemühen müssen, hinter die Entwicklung in Deutschland zu kommen, soweit das eben in der damaligen Zeit möglich war. Und die neue deutsche Entwicklung in der Gummi-Produktion des Jahres 1942 vollzog sich in Auschwitz, dem Platz mit der am weitesten fortgeschrittenen Forschung in der Herstellung von Buna. Bei Behandlung der US-amerikanischen Gummikrise von 1942 ist der springende Punkt der, daß der amerikanische Geheimdienst gewußt haben muß, was sich 1942 in Auschwitz abgespielt hat. Es wäre natürlich wunderschön, wenn wir genau wüßten, was der US-Geheimdienst über die Vorgänge in und um Deutschland herum während des Krieges herausgefunden hatte. Bekanntlich sind Geheimdienste bei der Preisgabe solcher Informationen sehr zurückhaltend, sogar noch viele Jahre nach den zur Debatte stehenden Ereignissen. Von den Geheimdienst-Unternehmungen während des Zweiten Weltkrieges kennen wir zwar einige Episoden, aber im ganzen gesehen wurde der Inhalt der alliierten Geheimerkundungen nicht preisgegeben. Und was Auschwitz anbetrifft, so wird es wohl noch sehr, sehr lange dauern, bis wir etwas über die damaligen Erkenntnisse des Geheimdienstes erfahren, wenn derartiges überhaupt jemals veröffentlicht werden sollte.

Aus diesem Grund ist man bei dem Versuch, in Erfahrung zu bringen,

wie weit das Wissen der alliierten Geheimdienste damals reichte, fast ausschließlich auf seinen gesunden Menschenverstand angewiesen. Die Schwierigkeit besteht nun darin, daß mein gesunder Menschenverstand von dem anderen Menschen sehr verschieden sein mag. Solche Auffassungsgegensätze durch Diskussionen in Übereinstimmung zu bringen, dürfte daher sehr schwierig sein. Nun, mein gesunder Menschenverstand sagt mir, daß die alliierten Geheimdienste, ganz abgesehen von der Gummifrage, seit Mitte 1942 gewußt haben müssen, was sich im größten deutschen Konzentrationslager getan hat. Wenn zudem, wie jede Schilderung der Ausrottungslegende versichert, sich im Sommer 1942 so etwas Verbrecherisches wie eine geplante systematische Ausrottung von Juden in Auschwitz zugetragen hätte, dann - so sagt mir mein gesunder Menschenverstand - ist es auch absolut sicher, daß der US-Geheimdienst davon gewußt haben mußte.

Wenn der gesunde Menschenverstand anderer Leute nicht zu diesem gleichen Schluß kommt, dann ist es mehr als zweifelhaft, ob eine solche unterschiedliche Beurteilung durch eine Diskussion bereinigt werden könnte. Bei Auschwitz haben wir jedenfalls die Tatsache vor uns, daß es nicht nur als großes Konzentrationslager (auch dann, wenn die Ausrottungslegende wahr und es ein Vernichtungslager gewesen wäre) von besonderem Interesse war. sondern auch als Sitz der am weitesten fortgeschrittenen Produktionsstätte für synthetischen Gummi. Im Jahre 1942 gab es im Deutschen Reich keine Stelle von größerer Wichtigkeit und kein Industrieunternehmen von größerer strategischer Bedeutung. Wenn also jemand die Behauptung aufstellt, daß der US-Geheimdienst und ebenso die ihm verbundenen alliierten Dienste nicht gewußt haben, was in Auschwitz im Sommer 1942 geschah, so tut es mir leid, erklären zu müssen, daß diese Geheimdienste total unwissend und unfähig gewesen sein müssen.

Auschwitz war für die USA im Sommer 1942 von allergrößtem Interesse auf Grund seiner enormen technischen Bedeutung. Howards großes Interesse im Jahre 1940 an jeglicher Information über mögliche neue Entwicklungen, die direkt erlangt oder indirekt abgeleitet werden könnten,

wurde bereits aufgezeigt. Im Jahre 1942 mußten sich Amerikaner mehr denn je veranlaßt gesehen haben, sich solche Spezialinformationen zu beschaffen. Es ist sicher, daß der Geheimdienst die grundlegenden Fakten über die Industrie in Auschwitz herausgefunden hatte: eine Anlage für Hydrierung und andere chemische Prozesse mit dem Ziel der Benzin- und Gummigewinnung. Es wurde bereits festgestellt, daß jede der deutschen Buna-Gummi Produktionsstätten mit Verarbeitungsmethoden operierte, die sich in wichtigen Details von anderen unterschieden, und daß die Produktionsmethoden von Auschwitz auf den Spitzenergebnissen aufbauten, die man aus den Erfahrungen der verschiedenen anderen Herstellungsverfahren gewonnen hatte. Wir sind daher berechtigt zu vermuten, daß der Geheimdienst unter Berücksichtigung der besonderen Dringlichkeit des Gummi-Problems und der besonderen Position von Auschwitz hinsichtlich dieser Dringlichkeit, sich mehr als sonst Mühe gemacht hat, um alle Einzelheiten über Auschwitz in Erfahrung zu bringen. Wahrscheinlich hat er sogar mittels Luftaufklärung jeden Quadratmeter auf fotografischen Platten festgehalten und die kompletten Informationen verschiedenen Personen in den USA zugänglich gemacht. Wahrscheinlich hatte man auf diese Weise auch viele Einzelheiten ermittelt, die für das Gummi-Problem von geringerer Bedeutung waren, wie z.B. die Beschäftigung von Häftlingen und Kriegsgefangenen in Auschwitz.

Obgleich Verschwiegenheit im Bereich der militärischen Geheimdienste zur Dienstvorschrift gehört, so müssen wir dennoch vermuten, daß die Methoden der Nachrichtenbeschaffung über Auschwitz mehr oder weniger konventionell aufgebaut waren: Auswertung von Kontakten mit Wirtschaftsführern der IG-Farben, die in neutralen Ländern stationiert waren (Portugal, Spanien, Türkei, Schweden, Schweiz), Luftaufklärung (Flugzeuge, die für einen solchen Zweck Verwendung fanden, hatten eine viel größere Reichweite als Bomber, da sie ohne das Gewicht der Bewaffnung flogen), allgemeine Kenntnis der deutschen industriellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, Spione und Informanten in der deutschen Industrie und Regierung (u.a. Admiral Canaris) und Informanten

günstig situierter neutraler Organisationen (wie z. B. das Schweizer und Schwedische diplomatische Korps und auch Firmen, die mit Deutschland in Geschäftsverbindung standen). Obgleich alle diese Arten zweifellos eine Rolle spielten, so blieb die Luftaufklärung wahrscheinlich mit Abstand vorrangig. Im Jahre 1942 hatte die Technik der Luftaufklärung bereits ein beachtlich hohes Niveau erreicht, so daß der Effekt, „selbst dort zu sein" auf vergrößerten Luftaufnahmen selbst bei Positionsbildern erzielt werden konnte, die unter schwerem Flakbeschuß aufgenommen worden waren. Da gab es auch noch andere Kanäle für den Informationsaustausch, deren Natur und Existenz von besonderer Bedeutung sind.

Da wir nicht genügend mit den technischen Problemen hinsichtlich Buna vertraut sind, wie sie zur damaligen Zeit maßgebend waren, haben wir keine Ahnung, welche Informationen die Amerikaner erlangt haben und was sie von den Geheimdienstermittlungen ableiten konnten. Auch fehlt dafür der Sachverstand, um richtig beurteilen zu können, welche Fragen bei dem Basler Treffen die Standard Oil Leute im Sinn hatten und welche Teilantworten sich aus dem offiziell feierlichen Rahmen dieses Treffens ergeben haben. Wir können jedoch eine mögliche Antwort mit einem Beispiel anbieten, ohne damit den Anspruch zu erheben, daß sich alles um diesen besonderen Fall ranke.

Wir haben gesehen, daß die erste deutsche Buna-Produktionsstätte bei Zschopau einen Herstellungsprozeß auf der Basis von Karbid-Acetylen-Butadien verwendete, während die Anlage in Hüls auf der Basis von Hydrokarbon-Azetylen-Butadien arbeitete. Die neue Anlage in Ludwigshafen, die unmittelbar vor der Fertigstellung stand als das Baruch-Komitee zusammentrat, war auf die Herstellung von Azetylen durch Karbid umgestellt worden und konnte das Azetylen bis zur Butadien-Höhe anreichern. Da sowohl ein Karbid als auch ein Hydro-Karbon-Prozeß für ein Herstellungsverfahren in den USA anwendbar war (was von Öl oder Getreide-Alkohol als Ausgangsbasis begonnen werden konnte), war es zweifellos wissenswert, ob Auschwitz den Karbid-Prozeß anwendete (was der Fall war) - dies würde die Preisgabe

der Erfahrungen von Hüls mit der Hydrokarbon-Version bedeutet haben-, oder ob es die Produktion nach dem Hydrokarbon-Prinzip oder anderen Herstellungsverfahren betrieb. Diese Karbid-Hydrokarbon-Frage konnte durch die der Luftaufklärung zur Verfügung stehenden Mittel wahrscheinlich beantwortet werden.
Worin bestand für das krisenbedrohte Amerika letztlich der Wert einer Detailinformation über die damalige deutsche Buna-Entwicklung, die, wie wir meinen, im Sommer 1942 annähernd exakt in Erfahrung gebracht worden ist? Vielleicht war das Ermittlungsergebnis unergiebig, wie das häufig bei derartigen Informationen der Fall ist; dies aber hieße, daß den USA hinsichtlich der schwierigen Gummi-Situation im Jahre 1942 das Wesentliche entgangen sei.
Die Betrachtung technischer Angelegenheiten hat sich hier durchaus als notwendig erwiesen, da es ein technischer Zusammenhang war, der Auschwitz in Washington erstmals namhaft gemacht hat. Jedoch haben nicht diese Grundlagen unsere Aufmerksamkeit auf sich gezogen, sondern es war der Tatbestand, daß Auschwitz im Sommer 1942 für die US-Insider geradezu exponiert war. Es bleibt aufzuzeigen, daß das Geschehen zu jener Zeit in Auschwitz solcher Art war, jenen Personen in den amerikanischen Führungskreisen, die sich bemühten, ihre Greuelgeschichten auf halbwahre Grundlagen zu stützen, die Behauptung von einer „Vernichtungsfabrik" nahezulegen.
Der unheimlichste Anblick, welcher Auschwitz darbot, während das Baruch-Komitee Sitzungen hielt, war der einer Geisterfabrik; um den l. August 1942 herum wurde die Buna-Anlage geschlossen. Es war keinerlei Aktivität zu beobachten, mögliche Ausnahme ein gelegentlicher Wachmann. Dies muß ein großes Erstaunen hervorgerufen haben, und zweifellos wurden besondere Schritte unternommen, um herauszufinden, was da los war.
Typhus grassierte in Auschwitz; eine Epidemie hatte die Buna-Anlage für nicht weniger als zwei Monate geschlossen, so daß die Arbeit nicht vor Ende September wieder aufgenommen werden konnte. Zu dieser Zeit muß die Zahl der Toten einige Tausend erreicht haben, wenn auch hierü-

ber große Ungewißheit herrscht. Es war deutsche Regel, die Körper der verstorbenen Häftlinge zu verbrennen, doch stellte die Epidemie die Auschwitz-Behörden vor unzureichende Krematorienverhältnisse. Es gab dort ein kleines Krematorium in Auschwitz I, hingegen ausgedehnte Anlagen in Birkenau. Die hierfür vorgesehenen Pläne datieren vom Januar 1942. Die Anlagen befanden sich 1942 im Bau, und die erste vollständige Verbrennungseinheit, die aus 15 konventionellen Krematorien-Öfen bestand, war nicht vor Januar 1943 fertiggestellt. Es scheint, daß viele der Epidemie-Opfer unverzüglich in Gruben verbrannt worden sind, aber es ist ebenso möglich, daß viele vergraben worden sind, zumindest zeitweilig. Daß die Deutschen im Herbst 1942 Krematorien in Birkenau bauten, war wahrscheinlich den ständig im Einsatz befindlichen Luftaufklärern der Alliierten bekannt (so vermuten wir jedenfalls). Die Gebäude, in denen die Birkenau-Öfen installiert wurden, hatten gewisse Hallen, Räume oder Keller, von denen die Ankläger sagen, es wären Gaskammern gewesen.

Verschiedene Bücher bieten die Versionen der Abbildung 7 an, von der behauptet wird, eine Fotografie von Vergasungsopfern, die in Gruben verbrannt werden sollten, zu sein und von einem Auschwitz-Häftling im Jahre 1944 stammen solle. (11) Wir haben keine Möglichkeit, in Erfahrung zu bringen, wann, wo oder durch wen sie aufgenommen worden sein soll, selbst wenn einmal David Szmulewski, Angehöriger der illegalen Widerstandsorganisation, und ein andermal David Grek genannt werden. Udo Walendy hat in seinem Buch *Bild ‚dokumente' für die Geschichtsschreibung?* unter den 52 Fälschungsnachweisen gegenüber in wissenschaftlichen Nachkriegsbüchern publizierten Fotodokumenten auch dieses Bild aufgeführt. In der Vergrößerung und in Anatomievergleichen sowie bei Beachtung der Licht- und Schattenreflexe ist eindeutig erkennbar, daß es sich bei diesem Bild um fotografierte Malerei handelt. Ein Beweis mehr, daß „Der Schwindel des 20. Jahrhunderts" auch mit einer Vielzahl von Bildfälschungen untermauert wurde; dies offensichtlich deshalb, weil die alliierten Weltmächte echtes Fotomaterial über Massenvernichtung aus erbeuteten deutschen Quellen nirgendwo erschließen

konnten. Bild Nr. 7 ist von einem Druck reproduziert worden, den das von der polnischen kommunistischen Regierung unterhaltene Auschwitz-Museum zur Verfügung gestellt hatte. Dort werden einem weitere geheimnisvolle Sachen in genügender Anzahl sowieso noch aufgetischt. Doch ganz gleich, wie immer man aus dieser Quelle stammende Unterlagen zu bewerten hat, solche Szenen mag es sicherlich in Auschwitz gegeben haben, als das Lager beim alliierten Geheimdienst ins Rampenlicht geraten war.

In jedem Fall war Birkenau im wahren Sinn des Wortes ein Todeslager. Tote, Sterbende und Kranke wurden dorthin geschafft, und nachdem das Krematorium errichtet war, wurden die Toten in diesem Gebäude aufbewahrt. Wenn jemand nun von einem Vernichtungslager spricht, obwohl das nicht stimmt, warum dann nicht lieber den Ausdruck Todeslager verwenden?

Die Behauptungen über Massenvernichtungen von Juden wurzeln nicht bei den alliierten Geheimdiensten, sondern in den Operationen des Jüdischen Weltkongresses, dessen Führer anfangs entweder davon nicht berührt waren oder aber zumindest über das, was in Auschwitz vor sich ging, nicht informiert waren.

In diesem Zusammenhang müssen zwei womöglich irreführende Erwartungen zurückgewiesen werden. Die erste ist, daß die Propaganda der Alliierten bemüht gewesen wäre, eine Auschwitz-Propaganda anzuheizen, zumal bekannt geworden war, welche ausgezeichneten Wirkungen die Propagandamöglichkeiten zeitigten. Die zweite ist, daß die in der Propaganda der Alliierten bezüglich Auschwitz aufgestellten Behauptungen nahezu jeder realen Tatsachen entbehrt hätten.

Wenn es, wie hier behauptet wird, kein deutsches Vernichtungsprogramm gegeben hat, aber gewisse Propagandisten in den USA die Anerkennung einer solchen These, daß dies doch vorgelegen habe, fordern, so wäre es ein in höchstem Maße gravierender Fehler gewesen, hätten die Propagandisten zeitig Auschwitz oder irgendeinen anderen konkreten Platz als Vernichtungslager herausgestellt, denn dies würde den Deutschen ebenso zeitig ermöglicht haben, konkret zu antworten.

Wenn hochgestellte Beamte der Vereinigten Staaten, so wie z.B. Roosevelt oder seine Kabinettsmitglieder spezifizierte Hinweise auf Vernichtungen abgegeben, Ortsnamen genannt hätten, wo diese Vernichtungen angeblich stattfinden würden, wenn sie dies bekundet hätten, vor einem weltweiten Forum, wo ihre Feststellungen ein weltweites Echo entsprechend dem Rang ihrer Stellung gefunden hätten, so wären sowohl die Deutschen als auch die Alliierten in die Lage versetzt worden, der Sache auf den Grund zu gehen. Auf diese Weise hätte es nicht lange gebraucht, um die Wahrheit herauszufinden. Doch ganz im Gegenteil erschien Auschwitz unter Hinweis auf ein Vernichtungslager und dann noch unter außerordentlich seltsamen Umständen, unmittelbar nach dem „D-Day" (dem 6. Juni 1944 zu Beginn der alliierten Invasion in Nordfrankreich), als niemand solchen Geschichten irgendeine Aufmerksamkeit schenkte. Später im Sommer 1944 verlagerte sich das Schwergewicht der alliierten Propaganda auf das Lager Lublin (Majdanek), welches die Russen gerade erobert hatten. Der erste Hinweis, der von einer US-Regierungsquelle ausging, die hoch genug war, um nicht ignoriert werden zu können, und der Vernichtungen in Auschwitz zum Inhalt hatte, erfolgte Ende November 1944, nachdem unterstellt werden konnte, daß die Vernichtungsaktionen abgeschlossen seien. (13) Auf der anderen Seite sprachen Leute wie Roosevelt und Churchill und ihre Minister nur in sehr allgemeinen moralisierenden Vokabeln über Vernichtungen. Dabei dürfte es einmalig sein, daß - wenn man wirklich an die Massenvernichtung in Auschwitz glaubte - diese Herren nicht den Wunsch hatten, solche durch irgendwelche Maßnahmen zu unterbinden.

Warum haben denn diese Herren nicht eine speziell auf Auschwitz ausgerichtete Anklage erhoben, auf die zu antworten die Deutschen dann verpflichtet gewesen wären? Eine derartige Herausforderung ist nie erfolgt! Ungeachtet der Tatsache, daß in allen Versionen der Vernichtungslegende diese Art Behauptungen bezüglich Auschwitz sicherlich im späten Sommer 1942 ihren Anfang nahm, und ungeachtet der Tatsache, daß der militärische Geheimdienst der USA gewußt haben muß, was sich auch immer in Auschwitz damals ereignet haben mag, - hat es bis sehr

viel später keinerlei Vernichtungsvorwürfe von irgendeiner hochgestellten Persönlichkeit gegeben.
Die zweite irreführende Erwartung ist, daß die amerikanische Propaganda bezüglich Auschwitz bar jeder Fakten gewesen sei. Wir haben bereits angedeutet, daß dies nicht zutrifft. Washington hatte ausgezeichnete und konkrete Informationen über Auschwitz, wie es überhaupt über alle wichtigen Phasen der deutschen Industrietätigkeit unterrichtet war, und es wurde bereits vermerkt, daß die realen Fakten in Birkenau geeignet schienen, zu einer entstellenden Interpretation einzuladen.
Die ersten „*Insider*"-Ereignisse in bezug auf die Vernichtungspropaganda erfolgten im Zusammenhang mit einem Konflikt, in den sowohl das *State Department* (Außenministerium der USA) als auch das Schatzministerium sowie der Jüdische Weltkongreß und der *American Jewish Congress*, geführt von Rabbi Stephen S. Wise, verwickelt waren. Die herausragenden Charaktere in dieser Geschichte sind Finanzminister Morgenthau, später der nominelle Verfasser des berüchtigten Morgenthau-Planes zur Ausplünderung Deutschlands, Außenminister Cordell Hull und Unterstaatssekretär Sumner Welles, die sich nur unter leichtem Zögern von der Propaganda mitziehen lassen wollten; dann Staatssekretär für Auswärtiges, J. Breckenridge Long, der sehr gegen diese Propaganda war. Beteiligt waren auch die Vertreter des Weltjudenkongresses in der Schweiz, Gerhard Riegner und Professor Paul Guggenheim, die Berichte angeblich europäischen Ursprungs an Wise oder andere Persönlichkeiten in den USA übermittelt haben vor allem an das US-Außenministerium, und zwar über den US-Botschafter in der Schweiz, Leland Harrison, oder den US-Konsul in Genf, Paul C. Squire. Die Hauptarbeit, in der die Vorgänge um die Entstehung der Vernichtungslegende festgehalten werden, ist das Buch von Arthur D. Morse „*While Six Million Died*" (Während sechs Millionen starben), das bis zu einem gewissen Grad durch Henry L. Feingold „*The Politics of Rescue*" (Politik der Rettung) ergänzt wird. Weiteres Material findet sich in Nachkriegsdarstellungen bei Morgenthau, den Historikern J.M. Blum und Anthony Kubek (sie interpretierten die Morgenthau-Papiere; der letztere stellte die US-Senats-

veröffentlichung *„Morgenthau-Tagebuch"* zusammen), dem Historiker F.L. Israel (er hat die Papiere von J. Breckenridge Long zusammengefaßt), schließlich DuBois, der zunächst führender Rechtsberater des Schatzamtes für die Kontrolle ausländischer Fonds war. J.DuBois beteiligte sich im Zusammenhang mit Bemühungen, den Flüchtlingen zu helfen, an diesen Vorgängen. (14)

Die erste Vernichtungsbehauptung ist anscheinend im Londoner Büro des Weltjudenkongresses im Juni 1942 aufgestellt worden. Man formulierte die story dergestalt, daß eine Million Juden in einem nicht näher bezeichneten *„riesigen Schlachthaus für Juden"* getötet worden seien, das in Osteuropa eingerichtet worden wäre. Der einzige Versuch, Beweise für diese Behauptung zu erbringen, war eine Bemerkung, wonach die polnische Exilregierung in London bestätigende Nachrichten erhalten hätte. Die *New York Times* brachte die Behauptung in einem Bericht, auf den weiter unten eingegangen wird.

Der Nachweis für diese Meldung aus London war offensichtlich zu dürftig, um als wirksame Propaganda dienen zu können. Am 8. August 1942 suchten Riegner und Guggenheim das US-Konsulat in Genf auf, das dem Weltjudenkongreß so weit entgegengekommen war, ihm sogar die diplomatischen Kanäle zur Nachrichtenübermittlung dienstbar zu machen. Sie warteten mit einer Meldung auf, wonach ein anonymer deutscher Industrieller sie davon unterrichtet hätte, von einem Beschluß erfahren zu haben, alle nicht-sowjetischen Juden unter deutscher Herrschaft zu töten. Es würden Gespräche, die der Industrielle mitgehört habe, im Führerhauptquartier über die dabei anzuwendenden Methoden geführt. Eine erörterte Methode wäre das Vergasen mit Blausäure (Hydrogen-Cyanid-Gas) nach Zusammenfassung der Juden in osteuropäischen Lagern. Diese Geschichte fand über das US-Konsulat in Genf mittels amerikanischer Diplomaten seinen Weg nach Washington, und durch britische Diplomatenkanäle auch nach London. Der Industrielle ist bis zum heutigen Tag anonym geblieben.

Als das US-Außenministerium diese Nachricht erhielt, wertete es sie aus und entschied, daß

„es nicht ratsam erscheint, angesichts (...) der reichlich fantasievollen Art der Behauptungen und der Unmöglichkeit unsererseits Hilfe leisten zu können, wenn solche Handlungen wirklich vorgenommen würden, die Information, wie vorgeschlagen, an Dr. Wise weiterzuleiten"

Dementsprechend wurde der Bericht unterdrückt, doch Wise erfuhr von seinem Inhalt sowieso. Man sagt, er habe es von London erfahren, es ist aber auch möglich, daß er den Bericht selbst verfaßt hat und ihn dann über seine verschiedenen Verbindungen weitergeleitet und später von seinem Totschweigen Kenntnis erhalten hat.

Um gegen diese Behandlung des Vorganges durch das *State Department* zu protestieren, wandte sich Wise sofort an Welles, der die Entscheidung zum Verschweigen genehmigt hatte. Welles entgegnete ihm, die „Information" sei etwas zu gehaltlos, um ernstgenommen zu werden, und man müße so etwas wie eine Bestätigung haben, bevor man sie öffentlich bekanntgeben könne. Welles wies sodann den US-Vertreter beim Vatikan an, den Versuch zu unternehmen, die Behauptungen mit Hilfe der Quellen des Vatikans zu überprüfen. In Washington war damals nahezu niemand bereit, diese Meldungen ernstzunehmen, und selbst Präsident Roosevelt hat dem Bundesrichter, Felix Frankfurter versichert, die nach dem Osten deportierten Juden würden lediglich dafür eingesetzt, beim Bau von Befestigungen mitzuhelfen.

Im September tauchten zwei anonyme Personen in Genf auf, die angaben, aus deutschbeherrschten Gebieten entkommen zu sein. Sie meldeten die Vernichtung polnischer Juden und die Verwendung jüdischer Leichen zur Herstellung von Dünger. Dieses wurde über diplomatisohe Kanäle nach Washington weitergegeben und es wurde erneut versucht, vom Vatikan eine Bestätigung zu erhalten (dieser hatte bis dahin die erste Bitte um Bestätigung ignoriert). Ungefähr um die gleiche Zeit hatte Wise eine Meldung von einem maßgebenden Mann des Weltjudenkongresses in Europa erhalten, aus der die „Herstellung von Seife und Kunstdünger" aus jüdischen Leichen hervorging.

Gegen Ende September 1942 kam Riegner mit zwei neuen Dokumenten an. Das erste sei, so sagte er, von einem (natürlich anonymen!) - dem

deutschen Oberkommando angehörenden! - Offizier erstellt und habe Riegner über verschiedene Mittelsmänner erreicht. Der anonyme Offizier habe erklärt, es wären mindestens zwei Fabriken in Betrieb, die aus jüdischen Leichen Seife, Leim und Schmierfette herstellten. Außerdem wäre festgelegt worden, daß jede jüdische Leiche 50 Reichsmark wert sei. Das zweite Dokument bestand aus zwei chiffrierten Briefen, die, so hieß es, ein Schweizer, in Warschau lebender Jude geschrieben habe. Der anonyme Jude berichtete von Massenvernichtungen Warschauer Juden, die nach dem Osten deportiert worden seien. Alle diese Berichte erhielt Washington zugestellt, wo man sie dann in den Akten abheftete.

Wir kommen nicht umhin, die Ähnlichkeit solcher Behauptungen mit der Propaganda aus dem Ersten Weltkrieg und den erschreckenden Mangel an Originalität und Einfällen auf Seiten des Weltjudenkongresses festzustellen. Es bedarf kaum der Erwähnung am Rande, daß die Seifen- und Leimfabriken nur ein sehr vorübergehendes Propagandaphänomen waren und daß die Russen als einzige die Stirn hatten, ähnliche Anschuldigungen in Nürnberg vorzubringen. Diese Beschuldigungen sind selbst damals weitgehend übergangen worden, und m.W. hat seither niemand die örtlichkeiten dieser Fabriken, die Identität der Personen, die sie betrieben, oder ähnliche Einzelheiten spezifiziert. Reitlinger behauptet das Vorhandensein solcher Fabriken nicht; auch Hilberg glaubt nicht, daß es sie gegeben hat (Seite 624.)

Am 10. Oktober 1942 unterrichtete der Vatikan schließlich den US-Repräsentanten, daß man nicht in der Lage sei, die vielen Berichte zu bestätigen, die man über scharfe Maßnahmen gegen die Juden gehört habe.

Am 22. Oktober 1942 traf Riegner mit Botschafter Harrison zusammen und legte ihm weitere Beweise der gleichen Sorte vor, diesmal mit Informationen sowohl von einem noch anderen anonymen deutschen Informanten (dessen Namen Harrison jedoch in einem versiegelten Umschlag übergeben und vor jedermann außer dem OSS geheimgehalten haben soll), als auch von einem anonymen Beamten des Internationalen Roten Kreuzes. Harrison sandte dieses Material nach Washington; er schrieb aber auch zwei persönliche Briefe Ende Oktober an Welles,

worin er angab, daß er den Namen des deutschen Industriellen kenne, und gleichfalls, daß der anonyme Beamte des Roten Kreuzes Karl Jacob Burckhardt sei, der namhafte Kenner Voltaires und Goethes; er zählte während des Krieges zu den Prominenten des Internationalen Roten Kreuzes. Harrison legte eine Eidesstattliche Erklärung von Guggenheim bei, die dieser dem *Squire* am 29. Oktober vorgelegt hatte und in der von Meldungen eines anonymen deutschen Informanten die Rede war, die Riegner's Behauptungen bestätigten. Der anonyme deutsche Informant berief sich bei seinen Angaben auf einen anonymen Beamten des deutschen Auswärtigen Amtes sowie einen weiteren anonymen Beamten aus dem deutschen Kriegsministerium. Doch nicht genug hiermit: ein anonymer Informant aus der Schweiz, der in Belgrad lebte, habe ebenfalls bestätigende Nachrichten hierüber an Guggenheim übermittelt.
Um die Behauptungen zu erhärten, verabredete *Squire* ein Interview mit Burckhardt, das am 7. November 1942 in Genf stattfand. In seinem Memorandum über das Interview, das Harrison am 9. November in Händen hatte, berichtete Squire unter Bezugnahme auf Burckhardts Informationen von einem Befehl Hitlers, Deutschland Ende 1942 judenfrei zu machen. Squire stellte das Interview so dar : (15)

> „Ich fragte ihn sodann, ob das Wort ‚Vernichtung' oder etwas Gleichbedeutendes verwendet worden sei, worauf hin er antwortete, daß die Worte „muß judenfrei sein" benutzt worden wären. Dann machte er klar, daß, da es keinen Platz gäbe, wohin die Juden verbracht werden könnten und das Gebiet von dieser Rasse geräumt werden müsse, das Endergebnis offenkundig wäre."

Welch solide Grundlage für eine solch schwerwiegende Anschuldigung! Da gibt ein unzureichend unterrichteter schweizer Bürger eine doppeldeutige Bemerkung wieder, die er von einem Mittelsmann habe, der dem Weltjudenkongreß wohlgesinnt und außerdem bestrebt war, bösartige Auslegungen von Hörensagen-Informationen auszutüfteln! M.W. hat sich Burckhardt weder während des Krieges noch nach 1945 über diese Zusammenhänge jemals öffentlich ausgesprochen. Er hat einige schriftliche Fragen beantwortet, die ihm durch Kaltenbrunner's Verteidiger während des IMT-Prozesses gestellt worden waren. Jedoch diese

Fragen hatten sich lediglich auf Kaltenbrunner's Bemühungen gegen Ende des Krieges, dem Internationalen Roten Kreuz Zugang zu deutschen Lagern zu verschaffen, bezogen. Niemand hat Burckhardt nach Vernichtungen gefragt. (16)

Ende November 1942 gingen beim US-Außenministerium Informationen von einer anonymen Vatikan-Quelle in französischer Sprache ein, die aus einer dreiseitigen Schilderung von angeblich in Polen bekanntgewordenen Vorgängen bestanden. Das Dokument ist ohne Unterschrift, und die einzige Spur einer Bezeichnung ist eine handschriftliche Notiz *„von Mr. F. in der Vatikan-Stadt"* von unbekannter Hand auf der ersten Seite. Das Dokument besagt u.a.: (17)

> „Es werden Bauernhöfe zur Aufzucht von Menschen organisiert, wohin Frauen und Mädchen gebracht werden zum Zweck, sie zu Müttern von Kindern zu machen, die man ihnen dann fortnimmt, um sie in Nazi-Einrichtunqen aufzuziehen (...) Massenexekutionen von Juden gehen weiter (...) Sie werden durch Giftgas in besonders dafür hergerichteten Kammern (oft in Eisenbahnwagen) und mit Maschinengewehren getötet, wonach die Toten und auch die Sterbenden mit Erde bedeckt werden (...) Berichte befinden sich in Umlauf, wonach die Deutschen ihre Leichen in Fabriken verwerten, in denen chemische Erzeugnisse hergestellt werden (Seifenfabriken)."

Im Sommer und Herbst 1942 hatte Wise sich rührig dafür eingesetzt, damit die alliierten Regierungen öffentlich gegen die angeblichen Vernichtungen von Juden in Europa Stellung nehmen. Am 8. Dezember 1942 war Wise Anführer einer Delegation im Weißen Haus, wo er Präsident Roosevelt ein 20-seitiges Dokument mit dem Titel *„Vernichtungs-Schema"* vorlegte, dem die artgleichen Informationen zugrundelagen, die wir behandelt haben. Entsprechender jüdischer Druck führte hinsichtlich der mystischen Vernichtungen zu einer Kapitulation vor Wise, und am 17. Dezember 1942 gaben die Alliierten unter Federführung von Washington eine die Vernichtungsaktionen verurteilende Erklärung heraus. Eine zwei Tage später herausgegebene zusätzliche Erklärung behauptete Vernichtungen in Belczek und in Chelmno, - doch Auschwitz wurde nicht erwähnt.

Trotz dieser öffentlichen Entladung widersetzte sich die von J. Brecken-

ridge Long angeführte Gruppe dieser Propaganda weiterhin. Riegner informierte Harrison am 19. Januar 1943 dahingehend, daß *„an einem Ort in Polen täglich 6.000 Juden getötet würden"*. Am 21. Januar leitete Botschafter Harriman dieses Material an das US-Außenministerium sowie an nicht näher bezeichnete *„private jüdische Organisationen"* weiter, womit offenbar Wise gemeint war. Die Mitteilung wurde lediglich abgeheftet, und das Ministerium veröffentlichte nichts. Eine Zeitlang schwiegen hierüber auch die privaten jüdischen Organisationen. Am 10. Februar 1943 unternahm Long's Gruppe einen weiteren Schritt zur Unterdrückung derartiger Propaganda. Sie erteilte Harrison in einem von Welles unterzeichneten Brief (der die Mitteilung angeblich nicht gelesen hat) unter besonderem Hinweis auf Harrimans Telegramm vom 21. Januar die Weisung,

> „In Zukunft dürfen von Ihnen zur Weiterleitung an Privatpersonen in den Vereinigten Staaten bestimmte Berichte nicht mehr angenommen werden, es sei denn, daß außergewöhnliche Umstände dies ratsam erscheinen lassen. Durch Versenden solcher privaten Berichte, die die Zensur neutraler Länder umgehen, riskieren wir die Möglichkeit, daß neutrale Länder es für notwendig erachten könnten, Schritte zu unternehmen, die unsere offiziellen geheimen Wege der Nachrichtenübermittlung einschränken oder sperren könnten."

Am 14. Februar 1943 schließlich veröffentlichte die *New York Times* die Geschichte. Wie erklärt sich die Verzögerung von 4 Wochen bei der Veröffentlichung des Vorganges, obgleich diese Mitteilung bei privaten jüdischen Organisationen bereits am 21. Januar 1943 eingegangen war? Denn es entsprach doch der offenkundigen Politik dieser Agenturen, derart unbewiesene Behauptungen jederzeit sofort zu veröffentlichen! Nun, es steht zu vermuten, daß gewisse unbekannte Personen hofften, das US-Außenministerium würde, gemäß dem Präzedenzfall der Erklärung vom 17. Dezember 1942 die „Information" selbst herausgeben; hätte dies doch der Geschichte eine größere Glaubwürdigkeit gegeben, als ihr nunmehr beschieden sein mußte: eine Behauptung, authorisiert durch nichts anderes, als die üblichen Greuelmeldungen. Das Finanz-

ministerium, das auf Grund von Morgenthau's langem Kreuzzug gegen Deutschland sich wiederholt mindestens seit 1936 (18) in die Führung der Außenpolitik eingemischt hatte, sollte wegen dieser Unterdrückung bzw. dem Verweigern eines amtlichen Forums für die diesbezüglichen Anschuldigungen mit dem Außenministerium bald in Streit geraten. Im Februar 1943 führte ein zweiter und sogar noch triftigerer Grund zum Zusammenstoß zwischen den beiden Ministerien. Es wurde bekannt, daß die rumänische Regierung bereit war, 70.000 Juden auf rumänischen Dampfern unter der Flagge des Vatikans nach Palästina zu verschiffen (es ist unwahrscheinlich, daß die Rumänen sich wirklich Gedanken darüber gemacht haben sollten, wohin die Juden geschickt würden, und so nehme ich an, daß das Fahrtziel Palästina irgendwie von den an der Formulierung der Vorschläge beteiligten Zionisten näher bezeichnet worden ist). Eine wichtige Bedingung wurde von *„Beamten, denen die Vertretung jüdischer Interessen in Rumänien oblag"*, genau angegeben. Ein Kostenbeitrag von 250 Pfund Sterling (etwa 1.200 Dollar, damals RM 4.800) pro Kopf wurde gefordert. Es bestanden weitere Schwierigkeiten. Die britische Politik vermied damals, sich die Araber zu Gegnern zu machen, insbesondere im Hinblick auf die katastrophalen Folgen eines arabischen Aufstandes während des Krieges. So weigerten sich die Briten zunächst, so viele Juden in Palästina aufzunehmen. Die Briten vertraten den Standpunkt, daß, wenn solche Juden aus Europa hinaus sollten, die USA in Nordafrika Lager für sie einzurichten hätten. Das britische *Foreign Office* wie auch das *US State Department* waren zudem der Ansicht, daß sich in einer so großen Gruppe von Menschen unvermeidlich Spione befinden würden, die logistischen Probleme bezüglich Transport und Unterbringung ungeheuer groß seien und daß schließlich das geforderte Geld in die Hände des Feindes fallen könnte (der für alliierte Währung verschiedenartigen Bedarf hatte). Das US-Finanzministerium war bestrebt, sich in die Hilfe für jüdische Flüchtlinge einzuschalten, und versuchte demzufolge, diese Einwände zu überwinden. Im Juli 1943 hieß es, es würden für die rumänischen Juden Bestechungsgelder in Höhe von 170.000 Dollar gefordert, und Finanzministerium wie Weltjudenkongreß

schlugen vor, rumänisch-jüdische Geschäftsleute könnten das Bestechungsgeld aufbringen, wenn man es ihnen nach dem Krieg mit in der Schweiz deponierten Geldern zurückerstatten würde. Jedoch die britischen Einwände gegen die Zulassung von Juden in Palästina standen fest. Die Bemühungen, die Juden in andere Bestimmungsländer zu leiten, scheiterten an der Gegnerschaft der dafür in Frage kommenden Länder und auch an den Einwanderungsbestimmungen der USA.
Das US-Außenministerium, insbesondere J. Breckenridge Long und seine Mitarbeiter, hielten all das Gerede über Vernichtungen für nichts anderes als Erfindungen der Kriegspropaganda, dem gleichen Geiste erwachsen wie im Ersten Weltkrieg. Sie erwogen hingegen fortwährend Vorschläge, „die vernichteten Menschen" aus Europa hinauszubringen. Erst im Januar 1944 unternahm das Außenministerium Schritte, die Juden zu ermutigen, Polen zu verlassen und nach Ungarn zu gehen. Long schrieb, bei seiner Unterstützung der Vorschläge von Wise bestünde die Gefahr, daß

> „Hitlers Anschuldigungen berechtigt erscheinen könnten, wir kämpften diesen Krieg wegen und auf Betreiben und Weisung unserer jüdischen Bürger."

Das *State Department* hielt das alles für sinnlos und für unvereinbar mit den Erfordernissen einer optimalen Kriegsanstrengung. Long schrieb:

> „Wise setzt immer eine so scheinheilige Miene auf und plädiert dann für die intellektuellen und tapferen Geister, Flüchtlinge vor den Folterungen der Diktatoren' oder mit ähnlich auf Wirkung abgestimmten Worten. Natürlich gehörte nur ein unendlich kleiner Bruchteil der Einwanderer zu jener Kategorie - und einige davon sind sicher deutsche Agenten (...) Ich habe nicht auf die ‚Navemar' angespielt, ein Frachtschiff auf der Fahrt von Lissabon nach Havanna und New York, das mit Passagierkabinen nur für 15 Personen ausgestattet, aber mit 1200 armen Juden an Bord auf und unter Deck mit keinerlei sanitären Einrichtungen, ohne Bedienung, ohne Küchen, zu 700 bis 1.500 Dollar pro Nase, vier schon tot, bevor Bermuda erreicht wurde, sechs dort ins Krankenhaus verbracht, wovon einer starb, Opfer der Gier ihrer Mitmenschen, -nicht Opfer der Politik Deutschlands oder der Vereinigten Staaten. Das Schiff ist eine Gefahr für die Gesundheit in jedem Hafen, wo es anlegt und eine Schande für die menschliche Gier, die das ermöglicht. Aber darauf habe ich in meiner Antwort an Rabbi Wise nicht angespielt. Jeder dieser Männer haßt mich. Ich bin für sie die Verkörperung einer Nemesis. Sie alle meinen, daß

> jede Person, ganz gleich woher, ein Recht darauf hat, in die Vereinigten Staaten zu kommen. Ich bin der Ansicht, daß niemand irgendwo ein Recht hat, die Vereinigten Staaten zu betreten, wenn es die USA nicht wünschen."

Das *State Department* verschleppte die Sache entweder, oder aber sabotierte das vorgeschlagene Projekt tatkräftig. Gegen Ende des Sommers 1943 wurde bekannt, daß 6000 jüdische Kinder aus Frankreich herausgebracht werden können, und diese Möglichkeit spielte in das Problem hinein. Die Leute vom Finanzministerium und dem Weltjudenkongreß blieben bei ihrem Drängen auf Durchführung der vorgeschlagenen Pläne und behaupteten fortwährend allen Ernstes, die einzige Alternative sei der Tod der in Frage kommenden Menschen in der Hand Hitlers. Ganz offen wurde sogar die Klage erhoben, das Fehlen der Zustimmung zu diesen Plänen sei gleichbedeutend mit dem *„Dulden des Mordes an den Juden durch diese Regierung"*. Verschiedene Personen übten auch Druck auf die Briten aus. Long war so in der Öffentlichkeit und in Regierungskreisen zum Prügelknaben geworden. Erbittert schrieb er, daß *„die jüdische Agitation darauf beruht, einen persönlich anzugreifen. Sonst würde sie keine öffentliche Beachtung finden. So bin ich vorläufig die Zielscheibe"*.

Als Ergebnis dieser Kampagne erzielten Wise und Morgenthau im Dezember 1943 einen Durchbruch, als schließlich Anstalten zur Evakuierung rumänischer Juden getroffen und Geld auf ein Schweizer Konto überwiesen wurden, das Riegner und das US-Finanzministerium kontrollierten. Rumänien streckte zudem im Dezember Friedensfühler aus und erhielt die Zusicherung, wenn es seine Juden gut behandele, dann würde es selbst auch gut behandelt. Unverzüglich beschloß Rumänien, Juden zu repatriieren, die es ans Asow'sche Meer in Rußland umgesiedelt hatte.

Diesen Sieg hatte Morgenthau am 20. Dezember bei einer Konferenz mit Hull, Long, Morgenthau und John Pehle, dem Kontrollchef für ausländische Fonds im Finanzministerium errungen. Morgenthau hatte sich offensichtlich in dieser Angelegehnheit zu einer Kraftprobe mit dem Außenministerium entschlossen, denn bei der Konferenz erbat er sich beiläufig eine Kopie des vollständigen Textes der Botschaft Welles' an

Harrison vom 10. Februar 1944 (die *„Unterdrückungsweisung").* Das Außenministerium schickte sich drein, strich aber den Hinweis auf Harrison's Nachricht vom 21. Januar heraus, wodurch die Botschaft vom 10. Februar somit den Anschein eines ausgesprochenen Routinevorgangs erhielt. Beim Herausgeben dieser Botschaft hatte das Außenministerium offensichtlich keine Ahnung, daß der vollständige Inhalt dieser Korrespondenz bis zu DuBois im Finanzministerium durchgesickert war, und zwar durch Indiskretion von Donald Hiss vom State Department (Bruder von Alger Hiss und später von Whittaker Chambers/Elizabeth Bentley als Kommunist identifiziert, obgleich er es bestritt). Donald Hiss war an die Kopien der Schreiben nur mit erheblichen Schwierigkeiten gelangt und hatte DuBois trotz Eingehen auf seine Bitte gewarnt, daß die Schreiben *„das Finanzministerium nichts angingen"* und er, Hiss, seine Stellung wegen dieser Indiskretion verlieren könne. (19)

Als Morgenthau die herausgerückte Mitteilung erhalten hatte, wußte er, daß er damit eine weitere Waffe gegen Long und seine Mitarbeiter besaß, dementsprechend führte er einen Zusammenstoß herbei, indem er sich über die Abfassung des Schreibens beschwerte und verlangte, die unredigierten Akten zu sehen, die etwas später herausgesucht wurden und so den plumpen Vertuschungsversuch des Außenministeriums bloßstellten. Die Herren vom *State Department* sahen sich nunmehr erheblich in der Defensive. Eine weitere Prüfung der Akten des Außenministeriums (worauf das Finanzministerium jetzt bestehen konnte) ergab, daß Welles in Beantwortung einer Bitte von Wise Harrison gekabelt hatte - und zwar im April - mit Riegner zusammenzutreffen und neue Informationen zu übermitteln, die Riegner angeblich erhalten haben sollte. Der verwirrte Harrison tat, wie ihm geheißen (Riegner's Informationen drehten sich um Vorschläge, jüdischen Flüchtlingen in Frankreich und Rumänien zu helfen). Auch äußerte er zu Welles, daß solches Material nicht der durch das Schreiben vom 10. Februar auferlegten Einschränkung unterliegen dürfe.

Morgenthau blieb bei dem Zusammenstoß zwischen dem Außenministerium und Finanzministerium siegreich. Roosevelt, der in die Angelegen-

heit mit hineingezogen wurde, stellte sich auf seine Seite, indem er im Januar 1944 das sogenannte „Kriegsflüchtlingsamt" *(War Refugee Board* - WRB) gründete, das von Morgenthau, Hull und Kriegsminister Stimson geleitet wurde. Maßgebender Kritiker war jedoch *„Morgenthaus blondhaariger Junge"*, John Pehle. Josiah DuBois wurde Rechtsberater. Dementsprechend war es Morgenthaus Amt. Das WRB erhielt natürlich jene Amtsgewalten der drei Ministerien, die sich mit den vorgeschlagenen Plänen zur Herausführung der Juden aus Europa befaßten. So wurde das Außenministerium darauf festgelegt, auf Empfehlung des WRB Sonderattachees mit diplomatischem Status zu berufen (die UNRRA - *United Nations Relief and Rehabilitation Administration,* eingesetzt bereits im vorhergehenden November, sollte eine ähnliche Funktion erhalten, allerdings erst nach Kriegsende). (20)

Damit der Leser die Art dieser Entwicklung auch in ihrer Bedeutung richtig erfaßt, sollten wir über den eigentlichen Tatbestand hinaus zur Kenntnis nehmen, daß das WRB in erheblichem Ausmaß schlichtweg als Werkzeug des Weltjudenkongresses und anderer zionistischer Organisationen dienen sollte. Der kommunistische Apparat war ebenfalls durch einen der Direktoren vertreten, denn die Person, der Morgenthau alle Vollmachten in den Zuständigkeitsbereichen des Kriegsflüchtlingsamtes übertragen hatte, war Harry Dexter White, der sich später als Sowjet-Agent entpuppte. White wurde im Frühjahr 1938 Mitglied des engsten Kreises um Morgenthau. Eine Woche nach dem überfall auf Pearl Harbor gab Morgenthau bekannt, daß *„an und nach diesem Tag Mr. Harry D. White, Staatssekretär des Ministers, die volle Verantwortung für alle Angelegenheiten übernehmen wird, mit denen das Finanz-ministerium im Zusammenhang mit außenpolitischen Beziehungen befaßt ist* (...)."

Die außerordentlich allgemein gefaßte Formulierung dieser Weisung, so insbesondere jener Satz *„im Zusammenhang mit ... befaßt ist"* sollten White in den nachfolgenden Jahren glänzende Möglichkeiten eröffnen. Anfang 1943 erweiterte Morgenthau White's Amtsbefugnisse :

„Mit Wirkung dieses Tages bitte ich Sie, die Überwachung und volle Verantwortung bezüglich aller wirtschaftlichen und finanziellen Vorgänge zu über-

nehmen, soweit sie das Finanzministerium betreffen (...) im Zusammenhang mit den Operationen der Armee und Marine und den zivilen Angelegenheiten in den ausländischen Regionen, in denen unsere Streitkräfte operieren oder möglicherweise operieren werden. Dazu gehört selbstverständlich der Kontakt mit den Ministerien für Auswärtiges, des Heeres und der Marine sowie anderen Ressorts oder Behörden und Vertretern ausländischer Regierungen hinsichtlich dieser Vorgänge." White, der Anfang 1945 Staatssekretär im Finanzministerium wurde, nutzte diese Befügnisse weitestgehend aus, insbesondere im Zusammenhang mit der Besatzungspolitik in Deutschland. Da das WRB überwiegend ein Arm des Finanzministeriums war, fiel sein Wirken in den Kompetenzbereich von White. Bemerkenswert ist überdies, daß der Rechtsberater des *War Refugee Board*, DuBois, in enger Beziehung zu dem kommunistischen Agenten Williarn L. Ullmann stand und auch das Testament von White beurkundet hat. (21)

Long hegte gemischte und, wie sich herausstellte, ahnungsvolle Gefühle über die Folgen dieser Vorgänge:

> „Es wird nur noch wenige Tage dauern, bevor ich die Zuständigkeit im Zusammenhang mit Flüchtlingen aufgebe und einem anderen das Vergnügen daran überlasse. Und es war eine schwere Verantwortung, innerhalb und außerhalb unserer Grenzen, weil es 5 Millionen Juden im Land gibt, wovon 4 Millionen in und um New York herum konzentriert sind. Und wir haben keine arabische oder mohammedanische Bevölkerung, dagegen aber in wachsendem Maße wirtschaftliche Interessen in den moslemischen Ländern, vor allem am Öl. Überdies hat unser Verbündeter England kaum jüdische Bürger, aber ein sehr großes politisches Interesse am Nahen Osten. Somit gründet sich unsere Politik zunehmend (...) auf eine innere Situation, während die britische sich gänzlich auf eine außenpolitische Grundlage stützt und die beiden sind schwer mit einander zu vereinen (...) Es ist eine gute Nachricht für mich (...) Dieses gewährleistet mir, daß ich mich da heraushalte. Was sie tun können von dem, was ich nicht getan habe, kann ich mir nicht vorstellen."

Long hat sich in dem letzten Punkt zweifellos verrechnet, denn das WRB erzielte schließlich doch Erhebliches bei Umsiedlungsmaßnahmen von Juden, und seine Aktionen zugunsten von Flüchtlingen finden in diesem Buch ihren Niederschlag. Unter Einschaltung des Roten Kreuzes half es

in den letzten Kriegswochen auch ehemaligen KZ-Insassen. (22) Als Werkzeug von Wise und anderen Zionisten betrieb es überdies in erheblichem Ausmaß Propaganda (23), und seine am deutlichsten zielgerichtete Propagandaleistung war ein Heft *„German Extermination Camps: Auschwitz and Birkenau"* (Deutsche Vernichtungslager: Auschwitz und Birkenau), Exekutivbüro des Präsidenten, Washington, November 1944. Das Heft wird im folgenden als *„WRB - Bericht"* bezeichnet.
Der WRB-Bericht bewirkte die formelle Entstehung der offiziellen These der Vernichtungen mittels Gaskammern in Auschwitz. Alle wesentlichen Bestandteile und viele der späteren Einzelheiten des Auschwitz- Schwindels sind darin zu finden. Die Nürnberger Anklagen fußen auf dem WRB-Bericht. Markante Reaktionen auf den WRB-Bericht zur Zeit seines Erscheinens sind nirgendwo sichtbar geworden. Jedoch ein amerikanischer Journalist, Oswald F. Schuette, schrieb daraufhin einen kritischen Brief an Stimson (einen der Unterzeichner des Berichts), erhielt aber keine befriedigende Antwort. (24)
Freilich vermochte der WRB-Bericht nicht, die Ansichten des US-Außenministeriums zu ändern, das von Anfang an über die Vernichtungspropaganda gespottet hatte. In Privatgesprächen mit DuBois äußerten sich diese Männer unverhohlen über den WRB-Bericht:

> „Solch ein Zeug wie dieses ist schon seit 1942 aus Bern gekommen. (...) Vergessen Sie nicht, dieses ist ein Jude, der über die Juden redet (...) Dieses ist nichts weiter als eine Kampagne jenes Juden Morgenthau und seiner jüdischen Helfershelfer!'

Vom WRB-Bericht sagte man, er sei aus Bern nach Washington übermittelt worden. Wir werden ihn gründlich untersuchen, nachdem wir uns einen Schlüsselabschnitt der Kriegspropaganda in seiner Wirkung auf die Öffentlichkeit angesehen haben. Zunächst müssen wir jedoch darauf hinweisen, daß einige sonst recht scharfe Beobachter die Rolle von Auschwitz in der Vernichtungsliteratur falsch interpretieren. Der namhafte amerikanische Publizist und Historiker, Elmer Barnes, schrieb 1967, daß die

„Lager in Deutschland zunächst als Vernichtungslager präsentiert worden sind, wie Dachau, Belsen, Buchenwald, Sachsenhausen und Dora, doch wurde es nachgewiesen, daß es in jenen Lagern keine systematische Vernichtung gegeben hat. Darauf hin wurde die Aufmerksamkeit auf Auschwitz, Treblinka, Belczek, Chelmno, Jonowska, Tarnow, Ravensbrück, Mauthausen, Brezeznia und Birkenau gerichtet, welche die Liste nicht erschöpfen, die anscheinend nach Bedarf erweitert wurde!'

Die Grundlage für Barnes' Mißverständnis ist natürlich, daß die Massenmedien sich bei Kriegsende aus Sensationsgier in der Tat auf die in den deutschen Lagern vorgefundenen Zustände als Beweis für Vernichtungen gestürzt haben, und es trifft gleichfalls zu, daß diese Szenen als Massenpropaganda-"beweis" für Vernichtungen gedient haben. Doch unsere Analyse zeigt, daß Auschwitz erst im Jahre 1944 mit Bedacht als Kern des Vernichtungs-Schwindels ausgewählt worden ist. Dieses Argument wird noch durch kritisch betrachtetes Material erhärtet werden.

Durch die Veröffentlichung des WRB-Berichts im November 1944 hat sich Washington auf eine spezifische Form des Schwindels festgelegt. An diese Form hat man sich in den Nürnberger Prozessen gehalten, und noch heute unterscheidet sich die Form des Schwindels in keinem wesentlichen Anhaltspunkt vom WRB-Bericht.

Nach seinem Sieg mit dem WRB-Bericht beschäftigte sich Morgenthau mit anderen Dingen, insbesondere mit den beabsichtigten politischen Maßnahmen im besetzten Deutschland. Nach seinem Empfinden beachteten die bestehenden Pläne durchaus die Haager und Genfer Konventionen, zu deren Unterzeichnern die USA gehörten, und verhinderten solches Vorgehen wie Beschlagnahme privaten Eigentums ohne militärische Bedeutung, das Festhalten von Kriegsgefangenen lange nach dem Ende der Feindseligkeiten und die unnötige Auferlegung von Hungerrationen. Er setzte sich daher für härtere Maßnahmen ein, die später als Morgenthau-Plan bekannt geworden und von denen viele übernommen und tatsächlich praktiziert worden sind. David Marcus förderte von der CAD *(Civil Affairs Division* - Abteilung für Zivilverwaltung) aus Morgenthau's Ziele und hielt ihn über seine Gegner unterrichtet. Oberst Bernard Bernstein, seit langem mit Morgenthau eng liiert, übte eine ähnliche

Funktion im SHAEF-Hauptquartier in London (*Supreme Headquarter of the Allied European Forces*) aus. Auch Baruch half mit.

Der ungeheuere Umfang der Aufgabe und dazu die „strittige" Art des Themas haben anscheinend den Mut zu einem gründlichen Studium der den Schwindel mit verursachenden Propaganda gelähmt. Es gibt Studien über besondere Aspekte. John F. Flynn hat sich in seinem *„While You Slept"* (Während Du schliefst) mit der Propaganda im Hinblick auf kommunistische und antikommunistische Einflüsse, vor allem in Asien, befaßt. James. J. Martin schrieb eine Studie darüber, wie die amerikanischen Medien die Sowjetunion, die Friedensfrage und die alliierten Terrorluftangriffe im Krieg abgehandelt habe. Es geht weit über die Kräfte eines Einzelnen hinaus, einen Überblick über die gesamte Greuel- und Vernichtungspropaganda im europäischen Bereich des Zweiten Weltkrieges zu vermitteln. Wir wollen uns hier bei dem Umfang des vorzunehmenden Überblicks darauf beschränken, festzustellen, daß wir nur an der jüdischen Vernichtungsfrage interessiert sind und daran, was Leute von Gewicht getan haben. Wir erklären daher, daß eine Untersuchung der Berichte über angebliche Judenvernichtung, wie sie in der *New York Times* vom Frühjahr 1942 bis hindurch ins Jahr 1943 erschienen sind, sowie eine Zusammenfassung der Propaganda von 1944 alles ist, was gebraucht wird, um sich über die anstehenden Sachverhalte Klarheit zu verschaffen.

Schon 1942 sprachen angeblich aus Europa stammende Berichte von Massentötungen. Man sollte in Erinnerung behalten: die Herkunft solcher Berichte, die Örtlichkeit der angeblichen Tötungen und die angebliche Methode des Tötens. Denn nach dem Krieg gibt die Vernichtungslegende nur drei Varianten bei Massentötungen an: Vergasungen an sechs Orten in Polen, Gaswagen in Rußland sowie Massenerschießungen in Rußland. - Im Kontrast hierzu die *New York Times* der Kriegszeit:

6. April 1942, S. 2
Berichte über Nazi-Blutbad unter Juden
Kuibyschew, Rußland, 5. April (AP) - Der antifaschistische Judenausschuß berichtete heute, daß die Deutschen in und um Minsk 86.000 Juden getötet ha-

ben, 25.000 bei Odessa und Zehntausende in Litauen, Lettland und Estland. In Estland, so lautet der Bericht, ist die gesamte jüdische Bevölkerung, insgesamt 4.500, ausgelöscht worden.

13. Juni 1942, S. 7 - Nazis beschuldigen Juden heftiger Bombenangriffe
Berlin, 12.Juni (von United Press in New York aufgezeichnete deutsche Rundfunksendung)
Propagandaminister Joseph Goebbels sagte heute abend: Deutschland würde eine Massenvernichtung von Juden als Vergeltung für alliierte Luftangriffe auf deutsche Städte durchführen. Er gab zu, daß diese Angriffe einen schweren Schaden angerichtet hätten. Dr.Goebbels stellte in einem Artikel in der Zeitschrift ‚Das Reich' fest, daß die Juden in ganz Europa, und vielleicht sogar über Europa hinaus als Vergeltung für die schweren Luftüberfälle ausgerottet werden würden.

Goebbels' Äußerung richtete sich gegen die jüdisch-kontrollierte Presse, die er weitgehend für die Propaganda-Atmosphäre verantwortlich machte, wodurch die Terrorangriffe ermöglicht worden seien. Seine Äußerung in *Das Reich* lautete: *„Die Juden treiben in diesem Krieg ihr frevelhaftes Spiel, und sie werden das mit der Ausrottung ihrer Rasse in Europa und vielleicht weit darüber hinaus zu bezahlen haben. Sie sind in dieser Auseinandersetzung nicht ernst zu nehmen, da sie weder britische noch amerikanische, sondern ausschließlich jüdische Interessen vertreten."*

Nun ist dies tatsächlich eine Vernichtungsdrohung. Ebenfalls völlig öffentlich! Die primäre Bedeutung des Wortes Ausrottung ist Vernichtung (das englische *uprooting*, mit der Wurzel herausreißen, dem das Wort verwandt ist, ist nur sekundär bedeutsam). Ähnliche, völlig öffentliche Äußerungen hat Hitler gelegentlich auch gemacht. Beispiel dafür ist : (27)

„(...) das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung des Judentums sein wird, und (...) es werden nicht die arischen Völker ausgerottet werden, sondern das Judentum".

Hierzu muß man bemerken, daß
(a) extreme Äußerungen ein durchgehender Zug der NS-Rede- und Sprechtechnik waren;
(b) die Vernichtungsmythologen es als notwendig erachten, zu behaupten, daß die Vernichtungen unter äußerster Geheimhaltung durchge-

führt worden seien, wodurch es einigermaßen unhaltbar gemacht wird, derartige gelegentliche Anspielungen in den öffentlichen Erklärungen der NS-Führer als Beweise für Vernichtungen hinzustellen;
(c) es notwendig ist, die besonderen Umstände der Goebbels'schen Äußerung voll zu erfassen, das heißt, sie war eine Reaktion auf die alliierten Terrorangriffe;
(d) man in der Kriegszeit hitzige Dinge sagen kann, und blutrünstige Äußerungen sind von verantwortlichen Personen im Kriege auf beiden Seiten gefallen;
(e) es häufig der Fall ist, daß ein vollständiges Erfassen des Zusammenhanges notwendig ist, wenn man die spezifische Bedeutung einer Anspielung auf Ausrottung oder Vernichtung auslegt.

Darüber hinaus ist das deutsche Wort „Judentum" dem Sinne nach doppeldeutig, es kann auch das jüdische Volk bedeuten. Laßt uns jeden dieser fünf Punkte der Reihe nach untersuchen.
(a) Es ist durchaus bekannt, daß die NS-Redetechnik anstrebte, provokativ und zündend zu sein, was auf jene Tage zurückgeht, als die Nationalsozialisten eine Minderheit in Weimar-Deutschland bildeten. Es hat den Anschein, daß dieses ein Ergebnis einer bewußten und einstudierten Methode war, denn Hitler hat 1931 die Gründe dafür in einem Privat-interview erklärt: (28)

> „Was irgendein wildgewordener Redakteur in meiner eigenen Presse schreibt, interessiert mich nicht (...) Wir können mit Fanatismus etwas machen. Wenn dieser Fanatismus das Bürgertum erschreckt, um so besser. Allein dieser Fanatismus, der jedem Kompromiß aus dem Wege geht, schafft uns Kontakt mit den Massen."

Oft hat er festgestellt, daß er mit Kraftausdrücken Aufmerksamkeit erregen konnte. Natürlich verfuhren alle NS-Führer, insbesondere Goebbels, bis zu einem gewissen Grad ähnlich. Wahr ist aber auch, daß, nachdem die Nationalsozialisten zur Macht gelangt waren und die Herrschaft über Deutschland angetreten hatten, ihre öffentlichen Erklärungen im Ton sehr viel gemäßigter wurden. Dennoch verließ sie die Neigung als

solche niemals gänzlich, und der Krieg sowie das Bemühen, das öffentliche Gehör in den alliierten Ländern zu finden, ließ diesen Zug wieder etwas aufleben. Unter diesen Umständen ist es genau genommen bemerkenswert, daß Hitler und Goebbels nur selten solche Erklärungen abgaben.

(b) Die Vernichtungsmythologen sind zu dem Standpunkt gezwungen, daß die Nationalsozialisten das äußerste getan hätten, ihr *„Tötungsprogramm von kontinentalem Ausmaß"* geheimzuhalten und dies auch in höchst bemerkenswertem Umfang erreichten. Entgegen den Behauptungen einzelner Verfasser und der unbezweifelbaren Tatsache, daß alle möglichen Gerüchte umliefen, wird unterstellt, daß den Juden ein Vernichtungsprogramm nicht bewußt war. Wenn ihnen gesagt wurde, für den Abtransport zu packen, dann taten sie justament das und gingen ohne Widerstand. Die Theresienstädter Juden haben sich noch im August 1944 freiwillig für den Transport nach Auschwitz gemeldet. Auch sie hatten nicht die mindeste Ahnung von einem Vernichtungsplan in Auschwitz oder anderswo. Auf der anderen Seite waren die Nationalsozialisten angeblich nicht gewillt, irgendetwas in vertraulichen Dokumenten festzuhalten, da, so erzählt man uns, *„das Abfassen von umsichtigen Protokollen zu den großen Fertigkeiten in Hitlers Reich gehört habe"*. Wenn dies so ist, wie es die Vernichtungsmythologen vorbringen, dann müßten solcherart Bemerkungen ihre „Beweisführung" erhärten; es bleibt dennoch ihr Problem, daß sie konkrete Vorfälle erklären müssen.

(c) Die Äußerung von Dr. Goebbels muß so gesehen werden, wie sie ist: Die Reaktion eines professionellen Propagandisten auf die alliierten Bomberangriffe, wovon die deutsche Politik seit Mai 1940 auf verschiedene Weise betroffen war. Da die diesbezüglichen Tatsachen zwar feststehen, doch nicht allzu bekannt sind, folgen sie hier in kurzer Zusammenfassung. Der an einer ausführlicheren Darstellung interessierte Leser sei auf Veale und Colby verwiesen.

Beim Ausbruch des Krieges im Jahre 1939 sah die deutsche Luftwaffe den Bomber als eine Form der Artillerie zur Unterstützung militärischer Operationen zu Lande an. In diesem Verständnis waren die Luftangriffe

auf Warschau im September 1939 und auf Rotterdam im Mai 1940, die beide große Publizität erhielten, erst dann durchgeführt worden, nachdem diese Städte echte Kriegsschauplätze geworden und die Gesetze der Belagerung zur Anwendung gekommen waren. Flächenbombar-dierungen spielten in deutschen Kampfhandlungen keine Rolle (obwohl sie von den deutschen militärischen Planern natürlich Gegenstand von Überlegungen waren).
In England war das jedoch nicht der Fall, denn zu der Zeit, als die Deutschen ihre Bomber als Artillerie in den Niederlanden einsetzten, faßten die Briten den glänzenden Entschluß, deutsche Zivilziele zu bombardieren, wobei sie sehr wohl wußten, daß Hitler weder die Absicht noch den Wunsch hatte, sich auf einen Kampf dieser Art einzulassen (Hitler wollte in der Tat überhaupt keinen Krieg mit England). Im Sommer 1940 (ab 20. Juni) setzten in mäßigem Umfang deutsche Bombenangriffe auf Ziele in England ein, wobei lediglich ausgesprochen militärische Ziele angegriffen wurden, selbst als solche Städte wie Hamburg und Bremen schon allgemein Angriffen ausgesetzt waren. Erst drei Monate danach sah sich Hitler, wenn auch unter größtem Zögern, gezwungen, in gleicher Weise zurückzuschlagen. Auf diese Weise wurde der nachhaltig aufgebauschte Blitz-Schwindel begründet. Das britische Volk durfte nicht herausfinden, daß seine Regierung einfach durch Einstellen der Angriffe auf Deutschland die deutschen Luftangriffe hätte beenden können.
Die britischen Luftangriffe waren 1940 zwar ohne militärische Bedeutung, hatten aber nach Meinung des Volkes die deutsche Reichsregierung herausgefordert, etwas dagegen zu tun. Und dieses war der einzige Grund, daß die Deutschen als letztmöglichen Ausweg zu Vergeltungsangriffen übergegangen waren. Bei Verkündung dieser Maßnahme erklärte Hitler in seiner Sportpalast-Rede am 4. September 1940: (29)

> „Und wenn die britische Luftwaffe zwei- oder drei- oder viertausend Kilogramm Bomben wirft, dann werfen wir jetzt in einer Nacht 150.000, 180.000, 230.000, 300.000, 400.000 und mehr Kilo."

Dies war eine handfeste Übertreibung seiner Möglichkeiten im Vergleich

zu den Briten; obwohl Hitlers Bomber zahlenmäßig den Briten damals überlegen waren, so waren sie doch zur Unterstützung der Truppen gedacht und keineswegs für Flächenbombardierungen, wofür die britischen Bomber eingerichtet waren. Nichtsdestoweniger sind heftige Worte billig und im Hinblick auf die Luftwaffe waren heftige Worte (manchmal mit Versprechungen auf geheime neue Waffen gekoppelt) so ungefähr alles, was Hitler und Goebbels 1940 oder in der folgenden Zeit als Gegenwehr gegen die britischen Bombenangriffe vorbringen konnten. In diesem Zusammenhang müssen Goebbels'Worte gesehen und aufgefaßt werden.

(d) Blutrünstige Äußerungen sind im Krieg auf beiden Seiten gefallen. In den USA gab es viele Beispiele für ernsthaft vorgetragene, wilde Ansichten von seiten anscheinend zivilisierter Menschen, die von gleichermaßen respektablen Menschen mit offenbar bedachtsamen Äußerungen der Billigung hingenommen wurden. Da es so viele solcher Menschen gab, genügt es, nur Clifton Fadiman anzuführen, den bekannten Autor und Kritiker, der damals Literaturrezensent der Wochenzeitschrift *New-Yorker* war. Fadiman war die große Leuchte des *Writers War Board* (Kriegsausschuß für Schriftsteller), einer halboffiziellen Regierungsbehörde, die im Zusammenhang mit dem Krieg freiwillig für Staatsämter schrieb. Rex Stout rührte den Vorsitz in dem Ausschuß. Nach dem Leitsatz, den Fadiman und Stout 1942 allen Schriftstellern gemeinsam vorschrieben, sollten sie in ihren Arbeiten über den Krieg bestrebt sein, *„einen aktiven Haß gegen alle Deutschen hervorzurufen und nicht nur gegen Nazi-Führer"*. Dieses führte zu einer hitzigen Kontroverse, und Schriftsteller und Beobachter ergriffen Partei in einer Debatte, die für Fadiman heiß genug wurde, um zu erklären, daß er *„nur einen Weg kenne, um einem Deutschen etwas klar zu machen, und der ist, ihn zu töten, und selbst dann, meine ich, begreifen sie es nicht"*.

Dieses waren keine einzelnen Ausbrüche, denn in seiner Spalte im *New Yorker* begrüßte Fadiman die Gelegenheit, seine Ansichten über die Deutschen in einem geordneteren Zusammenhang darzulegen. Im April 1942 hatte er die jugendliche Konzeption, die er brauchte, in einem Buch von

de Sales gefunden, *„The Making of Tomorrow"* (Die Gestaltung von morgen). Das Einverständnis des Lesers voraussetzend, wonach die Nazis zumindest die schlimmste Geißel für Jahrhunderte seien schrieb er, daß de Sales'

> „Argument ganz einfach das ist, daß der gegenwärtige Nazi-Angriff nicht im mindesten das üble Handwerk einer Gruppe von Gangstern, sondern vielmehr der letztendliche und vollkom-mene Ausdruck der tiefinnersten Instinkte des deutschen Volkes ist. Hitler ist die Verkörperung von Kräften, die größer sind als er. Die Ketzerei, die er predigt, ist 2.000 Jahre alt. Welches ist die Ketzerei? Sie ist nicht mehr und nicht weniger als eine Rebellion gegen die westliche Zivilisation. Mister de Sales ist fünf solchen deutschen Rebellionen nachgegangen, die mit Armin, dem Cherusker begannen. Zunächst ist man geneigt, der gewaltigen Anklage des Verfassers Skepsis entgegenzubringen sein Antigermanismus mag denkbarerweise von seinen französischen Vorfahren herrühren. Doch wenn man seinem Argument folgt, so wird es immer zwingender, und die echten Proportionen treten mit großer Klarheit hervor."

Seine Besprechungen von Kriegsbüchern spiegelt die historische Situation wider, die er in de Sales' Unsinn entdeckt hatte. Hatte Howard K. Smith erklärt,

> „wenn wir (den Deutschen) eine echte Alternative auf Vernichtung bieten können, so wird das Volk in unsere Hände fallen, obgleich dies nicht auf eigene Revolution zurückzuführen sein wird",

so schrieb Fadiman höhnisch, daß

> „die Welt die Deutschen immer wieder beschwichtigt hat, seit ihre menschlichen Wolfsrudel zur Zeit Armins aus ihren Waldlagern hervorgebrochen sind. Das Ergebnis ist ein Europa, das sich am Rande des Selbstmordes befindet".

Diesem folgte eine offene Zustimmung zu Hemmingway's

> „außergewöhlichem ... Vorschlag, daß die einzige letzte Regelung mit den Nazis die sei, sie zu sterilisieren. Genau das meint er, im chirurgischen Sinne".

Natürlich sah Fadiman auch keinen Unterschied zwischen Nationalsozialisten und anderen Deutschen und machte Dorothy Thompson's *„leidenschaftliches Argument"* für eine solche Unterscheidung lächerlich, ebenso ihre überzeugung, *„daß unsere Nachkriegsbemühungen auf den Zusammenschluß einer europäischen Staatenföderation gerichtet sein müssen, in*

der Deutschland unter einer demokratischen Führung eine führende Stellung zuzugestehen ist." Wenngleich Fadiman niemals das Töten aller oder der meisten Deutschen befürwortet hat, zumindest nicht mit so vielen Worten, so war dies doch der klare Sinn seiner Erklärungen. Immerhin, was kann man anderes tun mit *„Wolfsrudeln, die aus ihren Waldlagern hervorgebrochen sind und jetzt versuchen, den Rest der Welt zu versklaven (...) die nur begreifen, wenn man sie tötet"*, und die *„keine echte Alternative zum Getötet werden erhalten dürfen"?* (30)

Clifton Fadiman war nur ein sehr prominentes und halboffizielles Beispiel einer Geistessehule, die unter den Meinungsbildnern der USA im Krieg bestand. James J. Martin und Benjamin Colby haben umfassendere Arbeiten über die sich auf den Haß gegen die Deutschen gründende Alliierten-Propaganda veröffentlicht, wobei der letztere eine besonders gründliche Studie über den Kriegsausschuß der Schriftsteller vorlegt.
Das Klima der Kriegszeitstimmung in England war selbstverständlich in etwa das gleiche und herrschte angesichts des früheren Kriegseintritts Englands schon länger vor. Als Reaktion auf Hitlers Rede im Berliner Sportpalast über den Beginn der deutschen Luftangriffe auf britische Städte, weidete sich der Londoner *Daily Herald* daran, daß Hitler *„eine rasende Anstrengung unternommen hat, sein bombengequältes Volk zu beruhigen, das sich in äußerster nervlicher Anspannung befindet und auch dann wach bleibt, wenn kein Alarm ist"*. In der gleichen Ausgabe des *Daily Herald* finden wir die Empfehlungen des Reverend C.W. Whipp, Vikar von St. Augustin in Leicester:

> „Die Befehle müßten lauten ‚Fegt sie hinweg' und auf dieses Ziel würde ich unsere gesamte Wissenschaft konzentrieren, um einen neuen und weitaus schrecklicheren Sprengstoff zu entdecken. Diese deutschen Teufel (es ist das einzige Wort, das man verwenden kann) kommen über unsere Städte und richten ihre Maschinengewehre auf Frauen und Kinder. -
> Nun, alles, was ich erhoffe, ist, daß die RAF immer stärker wird und hinübergeht und Deutschland in Stücke schlägt. Ein Diener des Evangeliums sollte sich vielleicht nicht solchen Gefühlen hingeben. Ich gehe aber noch weiter und sage ganz offen, daß, wenn ich könnte, ich Deutschland von der Karte wischen würde. - Sie sind eine üble Rasse und sind seit Jahrhunderten ein

> Fluch für Europa gewesen. Frieden kann erst sein, wenn Hitler und all jene, die an ihn glauben, zur Hölle geschickt werden, welche der Ort ihrer Herkunft und ihrer letzten Heimstatt ist."

Der *Daily Herald* vermerkt dazu, daß *„Whipp eine erhebliche lokale Kontroverse hervorgerufen hat"*, womit offenkundig wird, daß es in England wie auch in den USA viele Menschen gab, die trotz der Typen wie Fadiman ihren klaren Kopf bewahrten.

Reginald Hargreaves schlug in einem Artikel in der Juni-Ausgabe 1941 der angesehenen britischen Zeitschrift *National* (nicht zu verwechseln mit der *National Review,* die 1955 in den USA gegründet wurde) als Kriegsziel vor -im Unterschied zu einer unvermeidlichen Folge des Krieges-, daß

> „mindestens drei Millionen Nazi-Soldaten für immer ausgeschaltet werden müssen, wobei es eine absolut unerläßliche Voraussetzung für die Waffenniederlegung ist, daß eine ausreichende Zahl der korrumpierten, brutalisierten und wahnsinnigen jungen Derwische des Nazismus tot auf dem Feld gelassen werden muß".

„Die Notwendigkeit" dafür ergab sich aus der überlegung, daß

> „Deutschland sich durch seine ganze Geschichte als ausgesprochen unzivilisiert und ausschließlich der Verachtung und des Ekels wert erwiesen hat. Von Anfang an hat das Verhalten der teutonischen Völker sie für die Rolle der Parias bestimmt - der ausgestoßene tollwütige Hund von Europa (...)
> Unser wirkliches Kriegsziel muß sein, nicht nur der militärische Triumpf im Felde, sondern auch die Verminderung des deutschen Volkes zu einem derart zusammengeschrumpften und begrenzten Zustand, daß es niemalswieder in der Lage ist, etwas zum Schaden der noch kommenden Generationen anzufangen. Unser Konflikt ist, trotz rührseliger gegenteiliger Versicherungen, ein Konflikt mit dem deutschen Volk; einer Rasse, so barbarisch, räuberisch, so gewissenlos und ausgesprochen unkultiviert, daß seine Beseitigung als Großmacht die einzige Hoffnung tur eine Welt ist, die keine andere Wahl hat, als des Chirurgen Skalpell zu ergreifen und dieses Krebsgewächs aus ihrer Staatenorganisation herauszuschneiden, gründlich, gnadenlos, ein für allemal."

Derartige Äußerungen erscheinen um so ungewöhnlicher, wenn man bedenkt, daß sie aus einem Volk kommen, das für seine Tiefstapelei bekannt ist.

(e) Der Sinn dieser Erörterung ist nicht nachzuweisen, daß in England

und den USA eine Übereinstimmung in diesen so gearteten Ansichten entstandan war, wonach alle Deutschen von Natur aus Ungeheuer seien und getötet oder zumindest sterilisiert werden müßten. Es wird jeder zustimmen, daß kein solches gemeinsames Denken existierte (und selbst die Vernichtungsmythologen würden meines Erachtens zustimmen, daß es auch in Deutschland keinen Konsens darüber gab, die Juden zu vernichten). Darüber hinaus lagen die von vielen Meinungsmachern in den USA und England befürworteten oder angedeuteten Völkermordmaßnahmen in ihrer wörtlichen Bedeutung gar nicht im Bereich des Möglichen; das amerikanische und britische Volk hätten solche in ihren Namen begangene Taten gar nicht zugelassen. Das Ausschlaggebende ist, daß in der Hitze des Kriegsgeschehens die außergewöhnlichsten Dinge gesagt worden sind. Größtenteils sind solche Irrsinnsanwandlungen gar nicht verwirklicht worden, sie wurden aber dennoch zum Ausdrück gebracht. Leider kann man nur sagen „größtenteils", denn ein beachtlicher Teil ist durchgeführt worden mittels der Kriegführung an sich, des zivilen Bombenterrors, der Vertreibung, der Nachkriegsverbrechen, - mit Millionen Toten!

Mörderische Worte sind auf beiden Seiten gefallen. Nach meiner Ansicht und schwachen Erinnerung an die damaligen Zeiten scheint mir die Redeweise in den USA (insbesondere im Hinblick auf die Japaner) heftiger gewesen zu sein als alles, was in Deutschland während der Kriegszeit im Umlauf gewesen zu sein scheint. Zugegebenerweise ist ein solcher Vergleich schwierig und dürfte mit Rücksicht auf das Ausmaß nicht unternommen werden. Haben doch einmal die öffentliche Meinung und zum anderen die politischen Führer mit ihren Äußerungen in den beiden jeweiligen Systemen unterschiedliche Rollen gespielt.

Auf der Achsenseite muß man vermerken, daß das faschistische Italien verschiedene anti-jüdische Gesetze hatte, die jedoch sehr müde zur Anwendung kamen und gewiß niemals bis zum Mord reichten. Selbst die Kriegsgegner jedenfalls haben dies dem faschistischen Regime Mussolinis niemals angelastet. Dennoch war die anti-jüdische Ausdrucksweise in der faschistischen Presse mindestens ebenso heftig wie alles das, was

dieserart in Deutschland hervorgebracht worden war. Sollte die *New York Times* korrekt berichtet haben (22. Okt. 1941), so hatte die italienische Regierung sogar befürwortet, *„alle italienischen Juden als Gefahr für die innere Front zu vernichten, da dieses der Augenblick sei, mit halben Maßnahmen aufzuhören"*.

Ein letzter Punkt ist, daß man beim richtigen Auslegen von Äußerungen zur Ausrottung und Vernichtung Vernunft und Gespür für den Zusammenhang haben muß. Im amerikanischen Bürgerkrieg forderten viele von Lincoln, den Süden „zu vernichten", und es ist kein falsches Englisch zu sagen, daß Lincoln genau das getan hat, aber man hat es so aufgefaßt, damals wie jetzt, daß das Töten aller im amerikanischen Süden Lebenden nicht in Betracht gezogen war.

Ähnliches gilt für die Erklärungen der NS-Führer. Häufig verwendeten sie den Begriff Jude für Judentum oder auch Jude-sein, was im Englischen *jewry* lautet. Dementsprechend kann Hitlers Audruck *„Die Vernichtung des Judentums"*, zumal er meist aus dem Sinn- und Satzzusammenhang gerissen zitiert wird, rein buchstäblich Tötung bedeuten, aber er kann auch dahingehend ausgelegt werden, daß auf die Vernichtung des jüdischen Einflusses verwiesen wird, was der Politiker Hitler in Wirklichkeit gemeint hat, wenngleich es schon wahr ist, daß er seine Worte sorgfältiger hätte wählen können.

In gleicher Weise hat Alfred Rosenberg in seiner IMT-Aussage argumentiert, daß „die Ausrottung des Judentums", eine Formulierung, die er gelegentlich benutzt hat, keine Absicht zur Tötung der einzelnen Juden bedeutet hatte, sondern im politischen Zusammenhang die Ausschaltung des jüdischen Einflusses in Politik und Wirtschaft, und dies auch nur im Herrschaftsbereich der Achsenmächte.

Nach dieser längeren Abschweifung, die durch Goebbels' Ausdruck „Ausrottung" notwendig geworden ist, wenden wir uns einer Reihe von Berichten in der *New York Times* für die Zeit von 1942-1943 zu.

14. Juni 1942, S. 1
258 Juden lt. Bericht in Berlin erschlagen wegen Bombenanschlag auf anti-rote Ausstellung. Tel. Bericht an die „New York Times" von George Axelsson.

Stockholm/Schweden, 13. Juni
In der Kaserne Groß-Lichterfelde in den westlichen Vororten Berlins sind am 28. Mai 258 Juden von der SS getötet und ihre Familien deportiert worden als Vergeltung für einen angeblichen jüdischen Anschlag, die antibolschewistische Ausstellung „Sowjet-paradies" im Lustgarten in die Luft zu sprengen (...) Wenn dort Bomben waren, sind sie offenkundig entdeckt worden, bevor sie explodieren konnten (...) Die SS wollte die Exekutionen veröffentlichen (...) statt dessen (...) sind die Führer der jüdischen Kolonie zusammengerufen worden (...)

30. Juni 1942, S.7 - lt. Bericht 1.000.000 Juden von Nazis getötet. - London, 29. Juni (U.P.) (...) klagten heute Sprecher für den jüdischen Weltkongreß.
Es hieß, Nazis hätten ein „riesiges Schlachthaus für Juden" in Osteuropa eingerichtet (...)
In einem Bericht an den Kongreß hieß es, daß Juden in Massen von Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei und den Niederlanden ins Innere Polens deportiert und von Erschiessungskommandos zu je tausend pro Tag erschossen würden. Eine bei der polnischen Regierung in London eingegangene Mitteilung bestätigte, daß die Nazis „mehrere hunderttausend" Juden in Polen erschossen hätten.

Heute ist von keinem solchen „Schlachthaus", wo Exekutionen von Erschießungskommandos vorgenommen wurden, mehr die Rede. Doch so begann die Vernichtungspropagandakampagne des jüdischen Weltkongresses. Es ist durchaus möglich, daß diese erste Mär ihren geistigen Ursprung in der seinerzeitigen Ausrottungs-Bemerkung von Goebbels gehabt hat

22. Juli 1942, S. 1 - Nazi-Bestrafung von Roosevelt vorgesehen
(...) Präsident Roosevelt erklärte gestern abend in einer vor 20.000 Personen verlesenen Botschaft im Madison Square Garden. (...)
Botschaft des Präsidenten, Weißes Haus, Washington, 17. Juli 1942
Lieber Herr Wise:
Bürger teilen den Schmerz unserer jüdischen Mitbürger über das Wüten der Nazis gegen ihre hilflosen Opfer. Es wird den Nazis genauso wenig gelingen, ihre Opfer zu vernichten, wie es ihnen gelingen wird, die Menschheit zu versklaven. Das amerikanische Volk wird die Urheber dieser Verbrechen an einem Tag der Abrechnung, der ganz sicher kommen wird, unerbittlich zur Rechenschaft ziehen (...)

Text der Churchill-Botschaft
(...) Sie werden sich erinnern, daß Präsident Roosevelt und ich am vergangenen 25. Oktober unser Entsetzen zum Ausdruck gebracht haben über die

> Nazi-Schlächtereien und den Terror und unsere Entschlossenheit, eine Vergeltung für diese Verbrechen unter die wesentlichen Ziele dieses Krieges einzureihen (...)

Solche unklaren Äußerungen der obersten Kriegsherren, obwohl sie deutlich umrissener Anklagen ermangelten, hatten in der Öffentlichkeit erheblich mehr Gewicht als jeder der einzelnen Vorgänge, hinter die sich die Regierungschefs dem Anschein nach durch ihre Äußerungen gestellt haben mögen. Wir werden sehen, daß die einzelnen Behauptungen der damaligen Zeit den Behauptungen bei den späteren Prozessen sehr wenig ähneln. Dennoch schien es Roosevelt und Churchill opportun, diese Propaganda zu fördern.

> 3. September 1942, S.5 - 50.000 Juden sterben in Nazi-Festung -London, 2. Sept. (U.P.) Fünfzigtausend Juden aus Deutschland und der Tschechoslowakei sind in die Festung Therienstadt geworfen worden und einige tausend, die krank sind oder unter Anklage verbrecherischer Handlungen stehen, befinden sich in unterirdischen Verließen, wo sie ‚wie die Fliegen sterben', sagte ein Sprecher der tschechischen Regierung heute abend. ‚Alle Hoffnung für sie ist aufgegeben worden' sagte der Sprecher. Der Sprecher sagte, die Deutschen hätten einen Feldzug zur Vernichtung der Juden aus dem Protektorat eingeleitet und von 40.000 ehemals in Prag lebenden Juden seien nur noch 15.000 da. Pilsen und Brünn seien von Juden geräumt worden, sagte er, wobei viele von ihnen nach Theresienstadt verbracht würden, dem größten Konzentrationslager im Nazi-beherrschten Europa.
> Ein europäischer Beobachter sagte, die Deutschen planten, nicht nur die Juden Europas zu vernichten, sondern die auf der ganzen Welt. Er erklärte, die Nazis hätten in den vergangenen drei Jahren 2.000.000 Juden getötet (...)

Das einzig Zutreffende an diesem Bericht ist die Tatsache, daß die Sterberate der Juden entsprechend der deutschen Maßnahme, alle Reichsjuden über 65 Jahre dorthin zu verbringen, in Theresienstadt ziemlich hoch war. Eine weitere Kategorie in Theresienstadt stellten die privilegierten Juden dar, die Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges, vor allem jene mit hohen Auszeichnungen. Es waren auch noch andere Juden dort, von denen viele schließlich wegzogen; aber wenn sie gelitten haben, so war das nicht in Theresienstadt. Der Ort ist 1944 vom Roten Kreuz besichtigt worden, und der darüber gefertigte günstige Bericht ärgerte den Jüdischen Weltkongreß. (31)

Wenn Theresienstadt auch nicht das *„größte Konzentrationslager im Nazibeherrschten Europa"* war, spielt es hier dennoch eine bedeutende Rolle.

5. Sept. 1942, S.3
U.S. tadeln Vichy wegen Judendeportationen - Washington, 4. Sept.
Das State Department hat durch die amerikanische Botschaft in Vichy bei der französischen Regierung die massivsten Vorstellungen wegen Massendeportationen von Juden aus dem unbesetzten Frankreich erhoben, so wurde es heute vom Amerikanischen Judenausschuß bekanntgegeben. Der Protest folgte dem Vorstelligwerden von vier jüdischen Organisationen. Der Vorgang selbst wurde ihnen durch ein Schreiben des Unterstaatssekretärs Sumner Welles mitgeteilt.
(...) Herr Welles schrieb: „Ich habe Ihre Mitteilung vom 27. August 1942 mit dem beiliegenden Schreiben erhalten (...) in bezug auf die Massendeportation jüdischer Flüchtlinge aus dem unbesetzten Frankreich. Ich stimme mit den dazu gemachten Feststellungen, diese tragische Situation betreffend, völlig überein, die der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt erneut einen Schock zufügen. Es ist zutiefst bedauerlich, daß diese Maßnahmen in einem Land getroffen werden müssen, das traditionell bekannt ist für sein Achten der Grundsätze der Freiheit, Geleichheit und der Toleranz. Die amerikanische Botschaft in Vichy (...) ist bei den höchsten Stellen in Vichy in schärfstmöglicher Form vorstellig geworden (...) Das Schreiben der vier Organisationen an den Außenminister folgt:
„Im Namen der von uns vertretenen Organisationen (...) ersuchen die Unterzeichnenden unsere Regierung mit allem Respekt, der Regierung von Frankreich einen feierlichen Protest zu übermitteln gegen die kürzlich von jener Regierung vollzogene Handlung, tausende von Flüchtlingen den Vertretern der Nazi-Regierung zur Deportation nach Polen und anderen nazibesetzten Gebieten in Osteuropa auszuliefern. Es erreichen uns Berichte (...) aus denen hervorgeht, daß die Regierung von Frankreich (...) die Deportation von jüdischen Flüchtlingen durch die Nazis zuläßt, die in einer Reihe von Lagern im Süden Frankreichs interniert gewesen waren. Diese Aktion begann etwa am 8. August, als eine Gesamtzahl von 3.600 Männen, Frauen und Kindern zusammengetrieben, in Züge verladen und losgeschickt wurden, - ohne ein Wort über ihr Fahrtziel. Die Berichte stimmen darin überein, daß diese 3.600 das erste Kontingent einer Gesamtzahl von 10.000 jüdischen Flüchtlingen bildete, welche nach östlichen Gebieten zu deportieren die französische Regierung zugestimmt hat (...)
Die Massenverschickung von Juden aus Deutschland und aus Gebieten unter deutscher Besatzung ist seit der Eroberung Polens vor sich gegangen. Entsprechend der von den Nazis verkündeten Politik, die Juden Europas zu vernichten, sind Hunderttausende dieser unschuldigen Männer, Frauen und Kinder durch brutale Massenmorde getötet worden. Der Rest wird unter unbeschrei-

blich erbärmlichen Bedingungen in Ghettos in Osteuropa zusammengetrieben, wobei Zehntausende Hunger und Seuchen erlegen sind."

An dieser Stelle bleibt nur zu vermerken, daß selbst die 4 jüdischen Organisationen sich bei ihren Vernichtungsbehauptungen nicht völlig sicher sind, da sie sich durch den Hinweis auf jene „in Ghettos Zusammengetriebenen" einen „Rest" offenlassen. Welles Antwort, wenn auch „in völliger übereinstimmung" mit dem Schreiben, vermeidet es, sich direkt hinter die Vernichtungsbehauptungen zu stellen.

24. Nov. 1942, S. 10 - Hebräische Zeitungen trauern. Jerusalem, 23. Nov. (U.P.) Die hebräische Presse erschien heute mit schwarzumrandeten Berichten über Massenmorde an Juden in Polen. Die bei der jüdischen Presseagentur eingegangenen Berichte meldeten, daß eine systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung von einer deutschen Sonder-Vernichtungskommission durchgeführt würde (...) an der ehemaligen Grenze zwischen dem deutschen und russischen Polen. Tausende würden in den Bug geworfen und ertränkt

13. Dezember 1942, S. 21 - Verspäteter Kriegsbericht stützt Glaubwürdigkeit. Rabbi Israel Goldstein erklärte: „Authentische Berichte weisen auf 2 Millionen Juden hin, die bereits auf jede Weise teuflischer Barbarei abgeschlachtet worden sind, und auf Pläne für die völlige Vernichtung aller Juden, die den Nazis in die Hände fallen. Das Abschlachten eines Drittels der jüdischen Bevölkerung in Hitlers Herrschaftsbereich und das angedrohte Abschlachten aller ist ein Massenmord ohne Parallele!

18. Dezember 1942, SA - 11 Alliierte verurteilen Nazikrieg gegen Juden - Sonderbericht an die New York Times.
Washington, 17. Dez. - Eine gemeinsame Erklärung von Mitgliedern der Vereinten Nationen wurde heute herausgegeben, in der Deutschlands „bestialische Politik der kaltblütigen Vernichtung von Juden (...) " verurteilt wird.
Die Erklärung wurde gleichzeitig durch das Außenministerium in London und hier herausgegeben. Text der Erklärung: „Aus all den besetzten Ländern werden Juden unter schreckenerregenden und brutalen Begleitumständen nach Osteuropa verbracht. In Polen, das zum Hauptschlachthaus der Nazis gemacht wurde, werden die von dem deutschen Eindringling eingerichteten Ghettos systematisch von allen Juden geräumt mit Ausnahme weniger hochqualifizierter Arbeiter, die in der Kriegsindustrie benötigt werden. Von keinem der Fortgeführten hat man je wieder gehört. Die Kräftigen läßt man langsam in Arbeitslagern sich zu Tode arbeiten. Die Schwachen läßt man an Erfrieren oder Hunger sterben, oder sie werden absichtlich bei Massenerschießungen umgebracht. Die Zahl der Opfer dieser blutigen Greuel wird auf viele Hunderttausende völlig unschuldiger Männer, Frauen und Kinder beziffert!"

Hiermit begann das Außenministerium, sich in die Vernichtungslegende einzuschalten. Und da derartige Äußerungen aus einer anscheinend so offiziellen Quelle kamen, wurden sie zur Grundlage eines Sonderkommentares der *New York Times* des gleichen Tages:

18. Dez. 1942, S. 26 - Hitlers Terror
Trotz allem, was über die Naziverfolgung der Juden geschrieben worden ist, werden die in der gemeinsamen, gestern im Namen der Vereinten Nationen in Washington, London und Moskau veröffentlichten Erklärung aufgeführten Tatsachen wie ein Schlag über alle zivilisierten Menschen kommen, die sich noch eine Spur von menschlichem Anstand bewahrt haben. Denn diese Erklärung ist kein Aufschrei der Opfer selbst, vor dem die Ohren zu verschließen viele für möglich hielten, weil es vielleicht ein besonderes, etwas zweifelhaftes Anliegen sein könnte. Es ist (aber) die offizielle Erklärung der eigenen, dahinterstehenden Regierungen, die auf amtlich festgestellten Tatsachen beruht (...)

Es ist klar, man glaubte, daß Greuelbehauptungen, die anscheinend aus dem Aussenministerium kamen, glaubwürdiger waren als solche, die von Gruppen wie dem Weltjudenkongreß stammten, und dies bezieht sich zweifellos auf das, was mit dem *„Aufschrei der Opfer selbst"* gemeint ist. Doch haben wir gesehen, daß hinter der „gemeinsamen Erklärung" ebenfalls Mr. Wise stand.
Mit der Erklärung vom 17. Dezember 1942 zeichnete sich der Beginn der Komplizenschaft seitens der amerikanischen und britischen Regierungen bezüglich der Vernichtungslegende ab. Die deutsche Reichsregierung hat den Vorgang nicht als schwerwiegend angesehen, und von Stumm aus der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes hat vor der neutralen Presse recht leichtfertig erklärt, die alliierte Verlautbarung diene dem Zweck, den jüdischen Warenhäusern in New York und London eine größeren Weihnachtsverkauf zu ermöglichen. (32)

20. Dez. 1942, S. 23 - Alliierte schildern Greuel an Juden
Was mit den 5.000.000 (Millionen) Juden im deutschbesetzten Europa geschieht, die sich alle der Vernichtung ausgesetzt sehen, wird in einer gestern vom Informationsbüro der Vereinten Nationen veröffentlichten Erklärung geschildert (...)
Im Haupttext des Berichtes werden neue Methoden der Massentötung durch Erschießen und tödliches Gas genannt; ferner wird erklärt, daß diese Ver-

nichtung der Juden nicht als"'Einzelfall in einem Land" vor sich geht, sondern über den ganzen Kontinent. Anfang Dezember 1942 gab das US-Außenministerium einige Zahlen bekannt, aus denen hervorgeht, daß die Zahl der seit 1939 deportierten und umgekommenen Opfer im von der Achse beherrschten Europa bis jetzt die erschreckende Höhe von 2 Millionen erreicht hat, und daß 5 Millionen der Vernichtungsgefahr ausgesetzt sind (...) Das Dokument schließt: „Gegenüber jenen, die die Morde und Schießereien in den Straßen überleben, werden bei der Deportation aus den Ghettos Maßnahmen angewendet, die jede Vorstellungskraft übersteigen. Vor allem werden Kinder, alte Menschen und jene, die zum Arbeiten zu schwach sind, ermordet. Tatsachengerechte Angaben über das Schicksal der Deportierten sind nicht zur Hand, doch liegt die Meldung vor - eine unwiderlegbare Meldung -, daß man Hinrichtungsstätten in Chelmno und Belczek organisiert hat, wo jene, die die Erschießungen überlebt haben, in Massen durch Starkstrom und tödliches Gas ermordet werden."

Die angeblichen Tötungen mittels Starkstrom in Belczek tauchten in der Propaganda wiederholt auf und werden in Kapital V behandelt. Diese Vernichtungsversion gehörte zu jenen, die nach dem Krieg rasch vergessen waren. Dennoch erkennen wir hier die klare Tendenz der Propaganda, sich den Behauptungen anzugleichen, die schließlich zum festen Bestandteil der Legende geworden sind: die Gaskammern und die rund 6 Millionen während des Krieges Getöteten.

28. Dez. 1942, S. 21 - Forderung Juden zu retten. Albany, 27. Dez. (AP)
Dr. Wise, Präsident des amerikanischen Judenkongresses und des Weltjudenkongresses (...) (forderte) die Aufstellung eines alliierten Plans den Nazischlächtereien an Zivilisten ein Ende zu machen.

8. Jan. 1943, S. 8 - 93 - Wählten Freitod statt Nazi-Schande
Dreiundneunzig jüdische Mädchen und junge jüdische Frauen, Schüler und Lehrer einer Beth Jacob Schule in Warschau/Polen, wählten den Massenselbstmord, um dem Zwang der Prostitution mit deutschen Soldaten zu entgehen, wie es in einem Schreiben des Lehrers heißt, das gestern von Rabbi Seth Jung vom jüdischen Zentrum New Yorks veröffentlicht wurde.

7. Febr. 1943, VI, S. 1 6 - Im Tal des Todes (Beitrag von Sholem Asch)
Gaskammern und Blutvergiftungsstationen in abseits gelegenen Landgebieten eingerichtet sind, wo Dampfbagger Gemeinschaftsgräber für die Opfer schaufeln.

14. Febr. 1943, S. 37 - Tyrannei der Nazis gezeigt
Warschau ist vorgesehen für eine bewußte Nazi-Methode für Tod, Seuchen,

Verhungern, Sklavenarbeit in der Wirtschaft und Massenbeseitigung der Bevölkerung, erklärt das Büro für Kriegsinformationen (OWI) in einer 24-seitigen Broschüre „Erzählung aus einer Stad", die heute erschienen ist. Es wird erklärt, daß Warschau der Erprobungsort für Nazipläne zur Welteroberung ist (...) Es gibt zu dieser Zeit keine Möglichkeit, genau anzugeben, wie viele Polen von den Nazis in Warschau ermordet worden sind. Der Hinrichtungsort ist jetzt Palmiry nahe Warschau, wo die Massenerschießungen entweder in der Dämmerung und während der Nacht vor sich gehen.

14. Febr. 1943, S.37 – „Beschleunigte" Hinrichtung gesehen
Über Massenhinrichtungen an Juden in Polen in beschleunigtem Tempo wurde von europäischen Vertretern des Weltjudenkongresses in einer von Rabbi Stephen S. Wise, Präsident des amerikanischen Judenkongresses, veröffentlichten Meldung berichtet. An einem Ort in Polen werden täglich 6.000 Juden getötet, wie es in dem Bericht vom 19. Jan. heißt. Die in Polen verbliebenen Juden werden jetzt in fünfundfünfzig Ghettos festgehalten, einige in den großen Städten und einige in den kleineren Städten, die als Ghettos neu eingerichtet wurden.

Dieses war die Propagandamär, um die es sich in dem Streit zwischen Außenministerium und Schatzamt handelte. Wie schon im Zusammenhang mit den Bemerkungen über den Leitartikel der N.Y. Times vom 18. Dezember dargelegt wurde, hätte man ihr offenbar mehr Glauben geschenkt, wenn diese Mär es geschafft hätte, aus dem US-Außenministerium hervorzugehen. Für die Erfinder dieser seinerzeitigen Propaganda war es mißlich, daß sie sich mit Rabbi Wise als Strohmann-Quelle begnügen mußten.

16. Febr. 1943, S.7 - Nazis siedeln 30.000 Juden um - Genf/Schweiz, 15. Febr. (ONA) - Alle die Alten und Schwachen (aus Czestachowa, Polen) wurden von den Nazis nach Rawa-Russka in Galizien zur Hinrichtung verbracht, besagen Quellen aus dem Inneren Polens.

23. Febr. 1943, S.23 - Gegen Grausamkeiten protestiert
Dreitausendfünfhundert Kinder (...) versammelten sich zur Trauer und zum Protest gegen Nazi-Greuel im Mecca Tempel, 133 West 55. Straße (...) sechs Flüchtlingskinder berichteten von ihren Erlebnissen in den Händen der Nazis.

2. März 1943, S. 1 u. 4 - Massenversammlung fordert: Rettet Juden vor dem Verderben
Sofortiges Einschreiten der Vereinten Nationen, um so viele vor den mit Vernichtung bedrohten fünf Millionen Juden wie möglich zu retten (...), wurde auf einer Massendemonstration in Madison Square Garden gestern abend ge-

fordert (...) Rabbi Hertz sagte: „erschreckend ist die Tatsache, daß jene, die die Vier Freiheiten verkünden, bisher sehr wenig getan haben, um auch das Lebensrecht für 6.000.000 ihrer jüdischen Mitmenschen zu sichern durch die Bereitschaft, jene zu retten, die noch der Folterung und dem Abschlachten durch die Nazis entgehen könnten" (...). Wendell Willkie sagte: „Zwei Millionen Menschen, nur weil sie Juden sind, wurden bereits auf jede feindselige Weise, die sich Hitler ausdenken konnte, ermordet. Millionen anderen Juden (...) stehen unmittelbar vor ihrer Vernichtung (...)". Chaim Weizmann sagte: „Zwei Millionen Juden sind bereits vernichtet worden (...). Die Demokratien sehen sich vor einer klaren Aufgabe (...) Man lasse sie mit Deutschland via neutrale Länder über die mögliche Freilassung der Juden in den besetzten Ländern verhandeln (...) Man lasse die Tore von Palästina für alle öffnen, die die Küsten der jüdischen Heimat erreichen können (...)".

7. März 1943, S.30 - 600 Juden nach Schlesien geschickt - Stockholm/Schweden, 6. März.- Fast 600 norwegische Juden (...) haben, wie jetzt bekannt wurde, das polnische Oberschlesien erreicht. Die meisten Männer wurden zur Arbeit in die Gruben bei Kattowitz geschickt.

10. März 1943, S. 12 - 40.000 hier sehen Vorstellung zum Gedenken an Juden. Vierzigtausend Personen sahen und hörten gestern abend zwei Vorstellungen von „Wir werden niemals sterben", eine dramatische Massenaufführung zum Gedenken an die 2 Millionen in Europa getöteten Juden. Der Sprecher sagte: „Es werden in Europa keine Juden mehr da sein als Vertretung, wenn der Frieden kommt. Die vier Millionen noch verbleibender Juden werden entsprechend dem Plan getötet".

1. April 1943, S.2 - Französische Juden von Nazis in die Vergessenheit geschickt. Drahtbericht an die New York Times. London, 31. März.
Ein System von Todes-Konvois, wonach französische Juden zusammengetrieben und dann abtransportiert werden an verschiedene Orte in Osteuropa, wonach man nichts mehr von ihnen hört, so wurde es heute hier von der britischen Sektion des Weltjudenkongresses geschildert, die Anklage erhob, daß die volle Kraft des Nazi- und antijüdischen Terrors sich jetzt in Frankreich konzentriere (...) Gestützt auf Berichte aus erster Hand, die von einem prominenten französischen Juden stammten, der in ein neutrales Land entkommen war, erklärte der Kongreß, der letzte „Konvoi" habe Frankreich am 20. Febr. verlassen. Er umfaßte 3.000 Juden aller Schichten und Altersgruppen, und alles, was darüber bekannt geworden ist, war, daß das schließliche Fahrtziel irgendwo im Osten liegt.
Mitte Februar, so setzt der Kongreß hinzu, habe die Gestapo eine Haussuchung im Hauptquartier der General-Union Französischer Juden in Lyon vorgenommen, das gesamte Personal verhaftet, es in das Konzentrationslager Drancy überführt und es seither ebenfalls in irgendein „Vernichtungslager" der anderen Seite Europas abtransportiert.

Reitlinger erzählt uns (S. 327), daß zwar weniger als ein Zehntel der aus Frankreich deportierten Juden die französische Staatsangehörigkeit besaß. Mit seinen Zahlen, d.h. vielleicht 5.000 der 240.000 französischen Juden deutet er an, daß die 5.000 sich vielleicht freiwillig zur Arbeit gemeldet haben oder genau genommen „Politische" oder Partisanen waren. (32)

12. April 1943, S.5 - Nazis merzen Ghettos in zwei polnischen Städten aus. London, 11.April(AP) Die polnische Telegraphen-Agentur sagte heute abend, die Deutschen hätten das Ghetto in Krakau in einem dreitägigen Massaker, das am 13. März begann, ausgemerzt, auch hätten sie das Ghetto in Litzmannstadt liquidiert. Das Schicksal der Juden im letzteren Ghetto sei unbekannt, doch die Agentur sagte, man glaube, sie seien auch getötet worden.

20. April 1943, S. 11 - 2.000.000 Juden ermordet. London, 19. April (Reuter)
2 Millionen Juden sind vernichtet worden, seit die Nazis ihren Marsch durch Europa 1939 begonnen haben und 5 weiteren Millionen droht die Gefahr der Hinrichtung. Diese Zahlen sind in dem sechsten vom Interalliierten Informationsausschuß herausgegebenen Bericht über die Zustände in den besetzten Gebieten enthüllt worden. In dem Bericht heißt es, tödliches Gas und Erschießungen gehörten zu den zur Vernichtung der Juden angewandten Methoden.

20. April 1943, S. 11 - Auf Rettung der Juden gedrängt
Die Jewish Agency (Jüdische Agentur) für Palästina drängte in einem an die Flüchtlingskonferenz auf Bermuda gestern gerichteten Memorandum darauf, es müßten sofortige Rettungsmaßnahmen für die 4.000.000 Juden eingeleitet werden, die man als noch lebend in den nazi -besetzten Ländern einschätzt. Die Agentur, geleitet von Dr. Chaim Weizmann, wird im Mandat für Palästina als Körperschaft anerkannt, um die Regierung von Palästina zu beraten und mit ihr im Hinblick auf die Einrichtung der jüdischen Nationalheimstatt zusammenzuarbeiten.
In dem Memorandum wird erklärt, daß, sollte die bekanntgegebene Politik des Feindes weiterhin unkontrolliert bleiben, es nicht unmöglich sei, daß zu dem Zeitpunkt, an dem der Krieg gewonnen sein werde, der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Europas vernichtet sein wird.

25. April, S. 19 - Schwache Hoffnung für die Opfer der Achse gesehen. Extra Kabel an die New York Times. Hamilton/Bermuda, 24. April.
Unter Kriegszeitbedingungen ist eine Umsiedlung von Flüchtlingen im großen Stil unmöglich, und weder die Vereinigten Staaten noch Großbritannien - allein oder gemeinsam - können beginnen, das Flüchtlingsproblem zu lösen. Die beiden konkreten Eindrücke haben sich nach fast einer Woche der Erörterungen des Flüchtlingsproblems durch die amerikanischen und britischen Delegationen hier herausgeschält.

Da fast alle Juden außerhalb des europäischen Kontinents, vor allem jene in den USA, die Vernichtungsbehauptungen glaubten, übten sie politischen Druck aus, der zur Konferenz auf Bermuda führte. Man glaubte zu Recht, daß die „Nazis“ die Auswanderung der Juden (unter angemessenen Bedingungen) aus Europa wünschten, und dies versetzte die britische und amerikanische Regierung angesichts der Propagandagrundlage in eine unangehme Lage, die dazu zwang, ständig doppelzüngig herumzureden. (34) Wir haben den Streit zwischen dem Aussenministerium und dem Schatzamt in dieser Hinsicht geschildert. Die Briten hatten zu diesem Zeitpunkt nicht die Absicht, Palästina zu öffnen, und die Briten wie Amerikaner gedachten nicht, mitten im Krieg die Hilfsmittel für massive Operationen bereitzustellen, die aus Gründen unternommen wurden, die nur insoweit gültig gewesen wären, wie ihre Propaganda ernstgenommen wurde. Kein normal denkender Staatsmann glaubt seine eigene Propaganda. Dieses ist das Dilemma, vor das sich J. Breckenridge Long und andere Beamte des *State Department* gestellt sahen.
Ein anderer Punkt, der hier festgehalten werden muß, ist der, daß die 6 Millionen-Zahl ihren Ursprung offenbar in der Propaganda von 1942-1943 hat. Eine Prüfung der Frage zum Entstehen der 6 Millionenzahl könnte leicht zu dem Schluß führen, daß sie im IMT entstanden sei, als die Anklageschrift eine Zahl (aufgestellt vom Weltjudenkongreß) von 5.721.800 „vermißter“ Juden erwähnte und Wilhelm Hoettl vom SD eine eidesstattliche Erklärung (2738-PS) unterzeichnete und damit behauptete, er habe die Zahl 6 Millionen von Eichmann. Hoettl zufolge hatte Eichmann sein Budapester Büro in niedergedrückter Stimmung aufgesucht, weil er überzeugt war, daß der Krieg verloren sei, und befürchtet, daß die Alliierten ihn als einen Hauptkriegsverbrecher bestrafen würden. Dann habe er erklärt, ohne Anwesenheit anderer Zeugen, daß 4 Millionen in Vernichtungslagern getötet worden seien und daß 2 Millionen den Tod auf verschiedene andere Weise gefunden hätten, hauptsächlich durch Erschießen von seiten der Einsatzgruppen in Rußland.
Die 6 Millionenzahl scheint erstmals in Rabbi Goldstein's Erklärung vom 13. Dezember 1942 aufzutauchen, der dann die Darstellung vom 20. De-

zember in gleicher Richtung folgte, in der eine Zahl von 7 Millionen herausgestellt wurde, die in Gefahr seien, vernichtet zu werden und nicht die in der Goldstein-Erklärung angedeuteten 6 Millionen.

Doch das Aufscheinen der Vernichtungsbehauptung „Zwei Millionen getötet - 4 (oder 5) noch zu töten" in den Berichten über öffentliche Ereignisse vom 2. und 10. März 1943 muß ernster genommen werden. Weitere Informationen über die letztere Affaire kann einer Anzeige entnommen werden, die am 10. März (*N.Y. Times,* S. 10) vom „Ausschuß für eine Jüdische Armee von staatenlosen und palästinensischen Juden" unter dem Vorsitz von Senator Johnson von Colorado erschien. In der Anzeige wird die gleiche Vernichtungsbehauptung aufgestellt (2 Millionen getötet, 4 Millionen werden noch getötet). Zu Förderern dieser Organisation gehörten zahlreiche Kongreßmitglieder und andere Prominente. Eine weitere ganzseitige Anzeige derselben Organisation am 16. Febr. 1943 (S.11) führt 2 Millionen Getötete und 4 weitere Millionen noch zu Tötender auf (dort wird auch behauptet, daß jene Araber, die sich der jüdischen Masseneinwanderung nach Palästina widersetzten, Nazi-Agenten seien). Die beiden Berichte vom 20. April deuten einen ziemlich weitverbreiteten Gebrauch der Vernichtungsbehauptung in Form von den 2 Millionen Getöteten und den 4 (oder 5) noch zu Tötenden Anfang 1943 an.

Wir sehen also einen sehr weitläufigen Gebrauch der 6 (oder 7) Millionenzahl, lange vor Kriegsende, bei dem politischen *Establishment,* das die Anklagen in Nürnberg formulierte. So glaube ich, können wir die Propaganda von Ende 1942/Anfang 1943 als den Ursprung der 6 Millionenzahl annehmen. Das völlige Losgelöstsein jener Zahl von allen wie immer wahren Tatsachen spiegelt sich wider in Reitlinger's ausgefeilten Entschuldigungen für seine Ansicht, daß er sich nur auf 4,2 bis 4,6 Millionen Juden festlegt, fast alle aus Osteuropa, die im Zweiten Weltkrieg umgekommen seien, wovon ein Drittel an *„Überarbeitung, Seuchen, Hunger und Elend"* gestorben sei. (35). Doch sind Reitlinger's Zahlen gleichermaßen fast losgelöst von allen wirklichen Fakten.

Keineswegs ist erstaunlich, daß sich jemand nach dem Krieg gefunden hat, um in Nürnberg zu erklären, daß die Propagandazahl zutreffend

sei. Hoettl war in der Tat eine angemessene Wahl, da er einer von jenen stereotypen Diensttuenden war, an denen die Welt des Nachrichtendienstes krankt. Geboren 1915 trat er 1938 in den SD ein und erwarb sich bald einen Ruf, amtliche mit persönlichen Geschäften zu verbinden. Er tat sich mit einer befreundeten polnischen Gräfin zu Geschäften im polnischen Landbesitz zusammen, was 1942 zu einer SS-Untersuchung geführt hat. Der Untersuchungsbericht bezeichnete ihn als *„unredlich, ränkeschmiedend, kriecherisch (...) ein wahrer Schwindler"* und schloß damit, daß er sich nicht einmal für die Mitgliedschaft in der SS eigne, ganz zu schweigen von einer so empfindlichen Organisation wie dem SD. Dementsprechend wurde er zum Mannschaftsgrad degradiert. Doch die dann Anfang 1943 folgende Berufung seines österreichischen Landsmannes und Wiener Bekannten Kaltenbrunner zum Leiter des Reichssicherheitshauptamtes scheint sein Geschick gewendet zu haben. Er stieg bis zum Kriegsende in den Rang eines Obersturmbannführers auf und spielte in der Auslandabwehr eine verantwortliche Rolle. Nach dem Krieg arbeitete er bis 1949 für den US-Abwehrdienst, indem er Ex-SS-Leute als Informanten aufstellte. Es heißt, er habe es geschafft, diese Aufgabe ziemlich lukrativ zu gestalten. Nach 1949 tauchte er in dem Schlangenpfuhl der Wiener Politik des Kalten Krieges unter und unterhielt Verbindungen mit Neo-Nazis, Sowjetagenten und nahezu jedem anderen. Eine besonders enge Beziehung hatte er mit einem Sowjetagenten Kurt Ponger, einem naturalisierten US-Bürger, den er kennengelernt hatte, als Ponger noch Übersetzer beim IMT war (Kurt Ponger, die gleiche Person wahrscheinlich, war außerdem Anwalt der Anklage in Fall 4 - NMT). Hoettl geriet beim Verber-Ponger Spionage-Fall von 1953 in Verdacht und wurde von US-Dienststellen im März in Wien verhaftet, aber wenige Wochen später wieder entlassen. Mitte der fünfziger Jahre veröffentlichte er zwei Bücher über seine Kriegserlebnisse (unter dem Pseudonym Walter Hagen). Im Jahre 1961 unterschrieb er der Anklagevertretung für den Eichmann-Prozeß eine eidesstattliche Erklärung (im wesentlichen die gleiche wie seine IMT-Erklärung). (36)

Verfasser meiner Richtung haben geschrieben, daß Hoettl im Krieg ein

Agent der Alliierten gewesen sei. Das trifft nicht zu. Das einzig Zutreffende an dieser Behauptung ist, daß Hoettl gegen Ende des Krieges in Kontakt mit Allen Dulles vom OSS (*Office of Strategic Service*, einem amerikanischen Auslandsnachrichtendienst) in der Schweiz gestanden hatte. Dies aber war ein Teil seiner Aufgabe; das Reichssicherheitshauptamt war mit dem Versuch befaßt, eine günstige Beendigung der Feindseligkeiten zu erreichen, und Hoettl ist einer jener gewesen, der mit den westlichen Alliierten in geheimer Verbindung stand. Ohne Zweifel haben viele dieser Abwehroffiziere während der letzten Kriegswochen zu handeln begonnen, wobei sie ihr persönliches Interesse im Auge hatten. Auch wäre Hoettl zu diesem Zeitpunkt des Krieges hocherfreut gewesen, als Agent der Alliierten eingereiht zu werden, und hätte dafür Dulles vielleicht freiwillig einige Gefälligkeiten erwiesen. Jedoch bieten diese Kontakte nicht mehr Beweise dafür, daß Hoettl Agent der Alliierten gewesen ist, als dafür, daß Dulles Agent der Achse war (von Dulles sagt man sogar, daß er seine Gespräche mit antisemitischen Bemerkungen gewürzt habe, wenn er versuchte, das Vertrauen einiger deutscher Kontaktleute zu gewinnen. (37) Wenn Hoettl Agent der Alliierten gewesen wäre, dann hätte er sich damit in einem seiner Bücher sicherlich gebrüstet („*Die geheime Front*" und „*Hitlers Papierwaffe*"), aber eine solche Behauptung hat er nicht aufgestellt. Die Einleitung zu *Die geheime Front* schrieb im übrigen Ian Colvin, der genausoviel wie andere darüber weiß; zu diesem Sachverhalt äußert er sich nicht.

27. April 1943, New York Times, S.10 - Norwegische Deportierte sterben. Stockholm/Schweden, 26. April (ONA)
Laut heutigen Berichten aus Oslo sind die meisten norwegischen jüdischen Frauen und Kinder, die aus dem Land deportiert worden sind an Hunger gestorben. Deportierten-Transporte, die Oslo im November und Februar verlassen haben, wurden zu ihrem letzten Bestimmungsort im schlesischen Kohlenrevier um Kattowitz verbracht (...)

3 Mai 1943, S. 12 - England macht sich an Juden schuldig
Ein Publikum von 1.500 Personen hörte Pierre van Paassen erklären, daß Palästina die einzige Lösung für das Flüchtlingsproblem darstelle. (...) Mr. van Paassen sagte, Großbritannien habe ein ‚hohles Gespött' aus der Flüchtlingskonferenz auf Bermuda gemacht, weil es die Erörterung Palästinas von den

möglichen Lösungen ausgeschlossen habe. England ist der Ansicht, daß die Modernisierung Palästinas durch die Juden die Säulen seines Empire gefährde (...) Dies ist der wahre Grund, daß viele Juden dem Tod entgegensehen, weil England die Tore Palästinas vor ihnen verschlossen halten will.

20. Mai 1943, S. 12 - Eden knüpft Sieg an die Hoffnungen der Flüchtlinge. London, 19. Mai
Eden betonte, es sei nicht fair, die britische Regierung zu bezichtigen, die Lage zu ignorieren (...) Er gab bekannt, daß das Kriegskabinett den Bermuda-Konferenzbericht gebilligt habe (...)
London, 19. Mai (Reuter) Der Weltjudenkongreß gab seiner tiefen Enttäuschung über die Ergebnisse der Bermudakonferenz Ausdruck. Die Note wies darauf hin, daß der Weg nach Palästina jetzt frei sei.

22. Mai 1943, S. 4 - Im letzten Standort der Juden fielen 1.000 Nazis. Drahtloser Bericht an die New York Times. London, 21. Mai.
Fast 1.000 Deutsche wurden in der Schlacht im Warschauer Ghetto während der letzten zwei Wochen getötet oder verwundet, als die Nazis die endgültige Auflösung des Ghettos vornahmen (...) Weitere Meldungen von der antijüdischen Kampagne wurden heute vom SWIT, dem polnischen Geheimsender, aufgefangen. Er gab durch, die Nazis hätten begonnen, das Ghetto von Krakau und Stanislawow aufzulösen (...) Dabei wurde auf die Juden geschossen, wo immer man sie fand, oder sie wurden in Gaskammern getötet (...)

7. Juni 1943, S. 15 - „Zusammenkunft der Hoffnung" abgehalten
6.000 Kinder nahmen gestern an einer „Zusammenkunft der Hoffnung" teil (...) Jüdische Kinder und ihre Eltern werden von einem barbarischen Feind gefoltert und getötet (...)

9. Ju n i 1943, S. 3 - London, 8. Juni (Reuter).
Nicht weniger als 3.500 Juden sind kürzlich aus Saloniki, Griechenland, nach Polen deportiert worden, so wurde gestern hier bekannt. Männer, Frauen und Kinder wurden unterschiedlos in Viehwagen zusammengedrängt, die dann versiegelt wurden (...)

13. Juni 1943, S. 8 - Nazi-Vergasungen von Flüchtlingen gemeldet. Tel. Bericht an die New York Times. Stockholm/Schweden, 12. Juni.
Über 10.000 Juden sind seit dem letzten Oktober im Distrikt Brest-Litowsk getötet worden, laut dem schwedischsprachigen in Stockholm erscheinenden Jewish Chronicle. Tausende sind in hermetisch versiegelten Schuppen zu Tode vergast worden und andere wurden in Gruppen zu je 60 in angrenzenden Wäldern erschossen, meldet die Zeitung (...)
Als Dr. Robert Ley, Chef der Deutschen Arbeitsfront, kürzlich in Königsberg, Bialystok und Grodno gesprochen hat, sagte er: „Die Juden sind das auserwählte Volk, in Ordnung - aber nur zu Vernichtungszwecken.

15. Juni, S. 8 - Nazis deportierten 52.000 Belgier. London, 14. Juni (AP).
Die belgische Exilregierung stellte heute fest, daß die Deutschen fast alle 52.000 belgischen Juden in Konzentrationslager in Deutschland, Polen und im besetzten Rußland verbracht hätten.

Reitlinger berichtet für Belgien die gleichen Verhältnisse wie für Frankreich. Unter den aus Belgien deportierten Juden waren praktisch keine belgischen Juden. Erwähnenswert ist, daß im wesentlichen das gleiche für Italien und Dänemark galt. (38)

21. Juni 1943, S. 2 - Bermuda - Gespräche gescholten
Eine Resolution, die die ,Tatenlosigkeit' der Bermuda-Konferenz verurteilt und einen weiteren Anruf an Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill beschließt, Palästina für Flüchtlinge zu öffnen, wurde gestern von dem Orden der ,Söhne Zions' einstimmig gefaßt im Hotel Pennsylvania.

21. Juni 1943, S. 3 - Rumänen des Mordes an 5.000 beschuldigt. Bern/Schweiz, 20. Juni (UP) Schweizer Zeitungen meldeten heute abend, daß 5.000 von den Achsenpropagandisten als bei Odessa begraben gemeldeten Leichen jene von rumänischen Juden gewesen sind, die von der rumänischen Geheimpolizei ermordet worden sind. Die rumänische Presse gab die Entdeckung des Massengrabes am 22. April bekannt und behauptete, es handele sich um die Leichen von Rumänen, die von den Russen nach deren Besetzung Beßarabiens und der Bukowina 1940 ermordet worden seien.

23. Juni 1943, S. 8 - Hollands Juden von den Nazis hinausgesetzt. London, 22. Juni (UP)
Alle Juden in Amsterdam sind von den Deutschen nach Polen deportiert worden, womit die Aussiedlung der gesamten jüdischen Bevölkerung der Niederlande abgeschlossen ist, berichtete die Aneta Nachrichtenagentur heute.

Diese Geschichte ist nicht wahr. Dennoch ist die Mehrzahl der holländischen Juden deportiert worden. Die Gründe für die großen Unterschiede der Politik in Holland (und Luxemburg) einerseits und in Belgien und Frankreich und anderen Ländern andererseits werden in einem späteren Kapitel behandelt. Von den 140.000 holländischen Juden sind etwa einhunderttausend, und zwar höchstwahrscheinlich nicht nach Polen, deportiert worden. (39)

28. Juni 1943, S. 8 - London 27. Juni (Reuter).
Eine deutsche Rundfunksendung führte heute den ungarischen Premier Nicholas von Kallay an, der geäußert habe, daß alles noch verbliebene Eigentum

von Juden in Ungarn am Ende dieses Jahres in ‚arische' Hände übergehen werde. Dieses Eigentum soll an jene verteilt werden, die sich im Krieg ausgezeichnet haben, und an Familien mit vielen Kindern, heißt es.

29. Juni 1943, S.6 - Nazis richten 150 Juden hin. London, 28. Juni (Niederländische Nachrichten-Agentur).
Die Deutschen haben mit Massenerschießungen unter Hollands nach Polen deportierten Juden begonnen, so wurde heute abend gemeldet (...) Im Dorf Turck sind 150 Juden mit Maschinengewehren niedergemäht worden (...) Bei Socky sind 340 holländische Juden mit dem MG erschossen worden und 100 Frauen und Kinder wurden in der Nähe von Potok niedergemacht. Sie gehörten zu den Tausenden von Juden, die von Holland in das berüchtigte Lager von Treblinka transportiert worden waren.

Es erscheint seltsam, Leute aus einem Vernichtungslager abzutransportieren und sie erst danach zu töten. Wer immer diese Mär erdacht hat, war offenkundig nicht nur nicht darüber unterrichtet, welchen Zwecken Treblinka dienen sollte, sondern auch nicht über die Höhe der Zahlen, die es üppig herumzuschleudern galt.

21. Juli 1943, S.13 Rasche Hilfe für Europas Juden gefordert
Sofortiges Handeln, um die Juden aus den nazi-beherrschten Ländern zu retten, wurde gestern abend von den Sprechern auf der Eröffnungssitzung der ‚Notkonferenz zur Rettung der Juden Europas' gefordert, die im Hotel Commodore stattfand. Vertreter Rogers wies darauf hin, daß etwa 3 Millionen von Europas 7 Millionen Juden bereits umgekommen seien, und hob hervor, daß „dieses eine Frage ist, die nicht mit Stimmbandübungen und Routineprotesten gelöst werden kann" (...) „Sicherlich gibt es genügend leeren Boden und unbevölkerte Gebiete, um 4 Millionen gequälte Menschen unterzubringen", sagte er. „Palästina ist der logische Ort. Es liegt näher und ist sogar über Land zu erreichen, nicht nur über das Meer." (...) Graf Sforza gab der Hoffnung Ausdruck, daß Juden und Araber in Zukunft bei der Errichtung einer großen Nahost-Föderation mit Palästina als Mitglied zusammenarbeiten könnten.

2. August 1943, S. 10 - 16 Millionen von der Achse zu Flüchtlingen gemacht. Washington, 1. Aug.
Eine Übersicht über das europäische Problem der Flüchtlinge, die heute von der Außenpolitischen Gesellschaft veröffentlicht wurde, stellt fest, daß nur eine gemeinsame Anstrengung seitens der Großmächte oder einer internationalen Organisation in der Lage sei, die Situation, die dem Ende des Krieges folge, zu bewältigen (...)
Auf der Grundlage von Berichten der Exilregierungen und anderer Informanten, so besagte der Bericht, wurde geschätzt, daß von den Juden, die 1939 in

europäischen Ländern lebten, die jetzt von der Achse besetzt seien, 2 Millionen bereits deportiert worden oder an verschiedenen Arten der Mißhandlung oder absichtlichen Tötung umgekommen seien (...)

Die Außenpolitische Gesellschaft scheint sich in ihren Vernichtungsbehauptungen nicht mehr sicher zu sein, denn sie vermittelt den Eindruck, daß die meisten Juden deportiert worden seien, obwohl die Propagandisten zu diesem Zeitpunkt bereits von 3 Millionen toten Juden reden.

8. Aug. 1943, S. 11 - Anklage: 2 Millionen Morde durch Nazis. London, 7. Aug. „Polish Labor Fights" (Die polnische Arbeiterschaft kämpft), eine heute hier erschienene Publikation, gab eine Darstellung über ein von den Deutschen betriebenes Haus in Treblinka (Polen), das der Vernichtung von Juden dient. Allein an diesem Ort, so hieß es, haben die Deutschen 2 Millionen Personen ermordet (...) Sobald die Zellen gefüllt sind, würden sie geschlossen und verriegelt. Durch Öffnungen würde Dampf hindurchgetrieben, und das Ersticken der Opfer begänne. Zunächst könne man Schreie hören, aber diese ließen allmählich nach, und nach 15 Minuten wäre alles still. Die Exekution ist vorüber (...) Oft ist ein Totengräber zu schwach, um, wie befohlen, zwei Leichen zu tragen, und so bindet er Arme oder Beine zusammen und läuft, die Leichen hinter sich herzerrend, zum Gräbergrund.

Nach dem Krieg hieß die Geschichte natürlich, daß die Leichen verbrannt worden seien, nicht vergraben. Denn es gab diese Millionen vergrabener Judenleichen einfach nicht.

27. Aug. 1943, S. 7 - Bericht deckt Schicksal von 8,3 Millionen Juden auf.
Eine 300-seitige Aufstellung gestern von dem amerikanischen Judenkongreß sowie dem Weltjudenkongreß der Öffentlichkeit übergeben.
Über 3 Millionen Juden sind durch geplantes Verhungern, Zwangsarbeit, Deportierung, Pogrome und methodisches Morden seit dem Ausbruch des Krieges 1939 in von Deutschen betriebenen Vernichtungszentren in Osteuropa umgekommen, wie es in dem Bericht genannt ist. Während 1,8 Millionen Juden durch Wegzug ins Innere der Sowjetunion gerettet worden sind, ist es 180.000 gelungen, in andere Länder auszuwanderen.

In der Aufstellung wird erklärt, daß 1,7 Millionen Juden Opfer von organisierten Massakern und Pogromen geworden seien (...) daß 750.000 Juden durch Hunger und dessen Folgen umgekommen und 350.000 während der Deportation gestorben seien.

Eine Tabelle, die aufzeigt, wie die Vernichtung durchgeführt wurde, (...) folgt:

Deutschland	110.000	Belgien	30.000
Polen	1.600.000	Holland	45.000
UdSSR	650.000	Frankreich	56.000
Litauen	105.000	Tschechoslowakei	64.500
Lettland	65.000	Danzig	250
Österreich	19.500	Estland	3.000
Rumänien	227.500	Norwegen	800
Jugoslawien	35.000		
Griechenland	18.500	Insgesamt	3.030.050

27. Aug. 1943, S.7 - Geplante Nazi Mordpolitik von amtlicher alliierter Behörde offengelegt
London, 26. Aug. (UP) - Der interalliierte Informationsausschuß hat heute abend Deutschland, Italien und beider Satelliten eines geplanten Programms für Diebstahl in großem Ausmaß, Mord, Folterung und Barbarei ohne Beispiel in der Weltgeschichte beschuldigt (...)
Polen. - Erschöpfung, Folterung, Krankheit und Erschießungen haben von dem Zeitpunkt an, an dem eine Person in ein Konzentrationslager verbracht wurde, eine Lebenserwartung von nur 9 Monaten entstehen lassen. Die Zustände sind besonders schlimm im Lager Auschwitz, wo 58.000 Personen umgekommen sein sollen. Mindestens 1 Million Juden sind in Polen während der vergangenen 3 Jahre umgebracht worden, verhungert oder totgeschlagen. In Warschau gestatten die Essensrationen nur 23,4% der zum Leben notwendigen Kalorien.

Dieses war einer der sehr wenigen genauen Hinweise vor 1944 auf das KZ Auschwitz (obwohl die Meldungen vom 7. März und 27. April versteckte Hinweise enthielten). Das Interessante bei diesem Hinweis auf Auschwitz ist daß er im wesentlichen zutrifft, wenn man auch der Zahl 58.000 nicht vertrauen kann und „Folterungen" und „Erschießungen" nicht als Ursachen für die hohe Sterberate eingeschlossen werden dürfen. Immerhin weist diese Meldung uneingeschränkt die Nachkriegsbehauptungen über die Vernichtung zurück, denenzufolge in Auschwitz fast täglich Tausende getötet worden seien, was spätestens im Sommer 1942 begonnen und bis Herbst 1944 fortgesetzt worden sein soll.

8. Okt, 1943, S.5 - Gesamtsäuberung Europas von Juden. Stockholm/Schweden, 7. Okt. Hiesige gutunterrichtete Kreise erklärten heute, daß ein in Berlin erlassenes Dekret die Entfernung aller Juden aus Europa vor dem Ende des Krieges anordnet. In der Quelle heißt es, daß der Befehl von Hitler selbst er-

teilt worden sei. (...) Die treibende Kraft hinter der Verfolgung dänischer Juden ist der sogenannte ,Judendiktator', Sturmmann Eighmann, der in Palästina als Kind deutscher Emigranten geboren wurde und dort aufwuchs und bekannt ist für seinen sadistischen Haß gegen die Juden. Er hat die gesamte Vernichtungsaktion gegen die Juden in Deutschland und den besetzten Gebieten geleitet (...)

Dieses scheint Eichmann's Debut in der Propaganda zu sein und wahrscheinlich die Quelle des Mythos, daß er in Palästina aufgewachsen sei (er wurde in Solingen/Deutschland geboren und wuchs in Linz, Osterreich auf).

3. Nov. 1943, S. 4 - Frau Mikolajczyk, Geisel der Deutschen
Die 43-jährige Frau des polnischen Premiers Stanislaw Mikolajczyk wird von den Deutschen als Geisel im KZ Auschwitz festgehalten und steht vielleicht vor der unmittelbaren Exekution, so berichtete gestern die polnische Telegraphenagentur aus London. (...) Auschwitz ist das berüchtigste deutsche Gefängnis in Polen, wo Tausende hilfloser Opfer zu Tode gefoltert worden sind. Die Namen der für das Massaker an polnischen Juden hauptverantwortlichen Deutschen wurden in einer polnischen Erklärung in London angegeben. Es gibt 10 davon, angeführt von Ludwig Fischer, dem Nazigouverneur des Warschauer Bezirks (...) Ein Mitglied des polnischen Nationalrates sagte, daß die meisten Juden in Polen bereits ausgetilgt seien.

29. Nov. 1943, S. 3 - 50.000 Kiewer Juden als getötet gemeldet. Kiew, 22. Okt. (verspätet)
Maßgebliche Stellen in Kiew erklärten heute, daß die Deutschen zwischen 50.000 und 80.000 Kiewer jüdischer Männer, Frauen und Kinder Ende September 1941 mit Maschinengewehren erschossen hätten, und zwei Jahre später, als die Wiedereroberung Kiews durch die Rote Armee unmittelbar bevorzustehen schien, russische Kriegsgefangene gezwungen hätten, alle Leichen zu verbrennen, wobei alle Beweise für das Verbrechen beseitigt worden seien (...) Auf Grund dessen, was wir gesehen haben, ist es diesem Berichterstatter unmöglich, die Wahrheit oder Unrichtigkeit des uns Berichteten zu beurteilen.

6. Dez. 1943, S. 10 - Gefangenentötungen den Deutschen angelastet. London, 5 Dez. (UP). Beweise, daß russische Kriegsgefangene in deutschen Konzentrationslagern erschossen und verbrannt worden seien, sind der tschechischen Emigrantenregierung von einem tschechischen Offizier angeboten worden, der mehrere Jahre in einem deutschen Gefangenenlager verbracht hat, bevor er nach England entkommen ist (...) Die Zähne des Offiziers waren herausgefallen, nachdem er auf den Mund geschlagen worden war; auf einem Ohr war er taub infolge eines Hiebes auf den Kopf, und auf seinem Körper befand sich

> die Narbe eines Hakenkreuzes, die, wie er sagte, ihm von den Deutschen eingeschnitten worden wäre, zu denen er wegen der Behandlung einer Infektion gegangen war (...) Juden wären willkürlich aus den Gefangenen im Lager ausgesucht und erschossen worden, sagte er.

Dieses beendet die Aufzählung entsprechender Meldungen der *New York Times* für die Zeitspanne Frühjahr 1942 bis zum Jahre 1943. Eine Auswahl meinerseits war natürlich notwendig, aber ich glaube, daß damit ein angemessenes Bild von der Art Meldungen geboten worden ist, die in angeblichen Intelligenzkreisen umliefen. Was nicht wieder eingefangen werden kann, ist die hysterische Atmosphäre jener Zeit. Der kritische Leser wird die verhältnismäßig hohe Seitenzahl vieler der angeführten Meldungen bemerkt haben, besonders jener, die genaue Beispielbehauptungen von Massentötungen enthalten. In der praktischen Politik zählt jedoch nur die erste (Titel-)Seite! Wenn Roosevelt etwas gesagt hatte, so wurde das normalerweise auf der Titelseite gebracht, aber nur, weil er es gesagt hatte, nicht weil es irgendetwas Interessantes oder Markantes war. Die behaupteten Vernichtungen von Juden scheinen während des Krieges kein großes Gewicht für die öffentlichkeit bzw. Veröffentlicher gehabt zu haben, wenn man dies vom Mangel jeder Hervorhebung solcher Meldungen her beurteilt. Um es anders auszudrücken: Wenn man einige Zeit damit verbringt, die Zeitungen von damals durchzusehen, so wird ein hohes Maß von Feindseligkeit gegen die Nationalsozialisten offenkundig, wenn auch der genaue Grund hierfür schwerlich auszumachen ist. Infolgedessen fehlt so etwas wie ein emotioneller Zug in unserer Aufstellung, aber das ist unvermeidlich.

Zwei wesentliche Bemerkungen im Hinblick auf die Vernichtungspropaganda:

1) Die Legende hat ihren Ursprung unter den Zionisten und
2) Auschwitz ist erst sehr spät im Kriege als Vernichtungslager hingestellt worden.

Wir haben gesehen, daß sich die ersten Vernichtungsbehauptungen nicht einmal auf einen Fetzen von Nachrichtenangaben stützen. Zionisten, hauptsächlich der Weltjudenkongreß, haben ihren Nonsens ledig-

lich den alliierten Regierungen vorgelegt, insbesondere der US-Regierung, und verlangt, daß diese sich hinter ihren Unsinn stellen. Die ersten Reaktionen in Washington waren die, über die Behauptungen zu spotten. Doch mittels unterschiedlicher politischer Druckausübung - und nur auf Grund jenes Druckes und nicht, weil unterstützende Informationen vom militärischen Nachrichtendienst vorlagen! - unterstützte Washington schließlich die Vernichtungspropaganda. Auf diese Weise gaben hohe Beamte nichtssagende öffentliche Erklärungen zu ihrer Untermauerung und ließen Propagandabüros spezifischere Angaben obskurer Art anfertigen. Die anfängliche Propaganda hatte Züge, die sich bis heute in der Legende erhalten haben, wie die 6-Millionenzahl, und auch solche, die rasch in Vergessenheit gerieten wie die Seifenfabriken z.B., obwohl die Urheberschaft für beide Angaben bei den gleichen Zionistenkreisen liegt.

Der Ausdruck „Zionisten" wird hier nicht als Deckname für „jüdisch" verwendet. Wenn der Schwindel, wie das Beweismaterial zeigt, ein jüdischer Schwindel ist und zwar in dem Sinne, daß er von Juden erfunden wurde, so ist er doch auch ein zionistischer Schwindel in dem Sinne, daß er von Juden, die Zionisten waren, zugunsten zionistischer Ziele erfunden wurde. Der zionistische Charakter der Propaganda ist recht klar. Man merke sich die Personen, die auf Maßnahmen drängten, Juden aus Europa auszusiedeln (unter den Umständen ein verständlicher Vorschlag), gekoppelt mit solchen Vorschlägen und Forderungen, solche Juden in Palästina anzusiedeln, was beweist, daß die zionistischen Propagandisten sehr viel mehr im Sinn hatten, als lediglich Hilfe für Flüchtlinge und Opfer der Verfolgung. *

Auch haben wir bereits vermerkt, daß Auschwitz in der Vernichtungspropaganda der Jahre 1942 und 1943 fehlte, obschon, hätte es Vernich-

* In seiner Sammlung „Morgenthau Era Letters" - Leserbriefe aus der Morgenthau-Ära beklagt der Deutsch-Amerikaner Prof. Austin J. App in seinem Schreiben an die Zeitschrift „Progressive" (Madison/Wisconsin) am 4.1.1974 das Bühnenspiel des Zionisten Ben Hecht „Let's rob-lie-kill-to-get Palästine" - „Laßt uns rauben, lügen, morden, um Palästina zu bekommen". - Anm.d.Ü.

tungen an einem so markanten Ort gegeben, militärische Nachrichtendienste und auch andere mit Sicherheit davon erfahren hätten. Gewiß, der Lagerbereich Auschwitz tauchte wohl in der Propaganda auf, doch die kennzeichnenden Behauptungen (allerdings im Umfang überhöht), die sich auf eine hohe Sterberate mehr oder weniger normaler Ursachen bezogen, trafen im wesentlichen zu. Immerhin gab es keine Behauptungen von Gaskammern oder Vernichtungen. Natürlich mache ich den Vorbehalt, daß ich nach einem vertretbar gründlichen Studium den Namen Auschwitz in der Vernichtungspropaganda von 1942 -1943 nicht gesehen habe. Treblinka, Belczek und Chelmno kamen in den Zeitungsmeldungen über Verbrechen vor, nicht aber Auschwitz.

Diese Erkenntnis wird von den Zeitschriften und Büchern der Zeitspanne bestätigt, die ich geprüft habe. Drei Zeitschriften ragen besonders hervor. *Commonwealth* brachte am 4. Juni 1943 einen Artikel von Jacques Maritain, worin zusammengefaßt wurde, was er offensichtlich auf Grund einiger Untersuchungen für die Hauptkennzeichen des Vernichtungsprogramnis hält. Auschwitz wird nicht erwähnt, obschon Vernichtungen mittels „Giftgas, Starkstrom, Massenzusammendrängung in geschlossenen Räumen, wobei nach und nach Erstickung die Folge ist, Erstickung (...) in versiegelten Güterwagen" erwähnt sind. Besonders auf Chelmno wurde hingewiesen.

Die *New Republic* vom 30.8.1943 war eine Sondernummer zu der Lage der Juden in Europa, der keinerlei Hinweis auf Auschwitz zu entnehmen war. Eine doppelseitige Anzeige, eingerückt vom *Jüdischen Arbeiterausschuß* (New York), erwähnt nur Treblinka, Belczek und „hermetisch versiegelte Wagen, in denen und wo Juden vergiftet werden."

Survey Graphic vom April 1943 bringt einen zweiseitigen Artikel von William L. Shirer. Das Thema bildet eine lange Aufzählung deutscher Greueltaten. Shirer erwähnt Auschwitz, aber lediglich in Verbindung mit einer angeblich hohen Sterberate von 250 Polen pro Tag, verursacht durch „Erschießungen, unmenschliche Behandlung, Hunger und Epidemien". Shirer behauptet Vernichtungen in Belczek.

Der Shirer-Artikel führt einen Bericht der polnischen Regierung in Lon-

don vom 7. März 1943 als Quelle für die Angaben über Auschwitz an. Dieses ist der früheste Hinweis auf Auschwitz in der Propaganda, den ich kenne. Der einzige Anwärter auf eine noch früher aufgestellte Behauptung, von dem ich weiß, tritt in *The Black Book of Polish Jewry* (Das Schwarzbuch der polnischen Judenheit) von J. Apenszlak, Hrsg. 1943, auf. Auf den Seiten 56 und 59 werden Berichte im *East London Observer* Anfang 1942 erwähnt, wonach die Asche von Juden, die nach Auschwitz verbracht worden waren, an ihre Verwandten zurückgesandt wurde (im Widerspruch zur Nachkriegspropaganda). Doch soweit ich feststellen konnte, hat es den *East London Observer* gar nicht gegeben! *The Black Book* - man bedenke! - behauptet ebenfalls keine Vernichtungen in Auschwitz, spricht hingegen von Vernichtungen durch Gasmobile in Chelmno durch Starkstrom in Bädern in Belczek, gefolgt von Vergrabungen durch tagelanges Verbleiben in Güterwagen nahe Belczek, wo anschließend die Leichen verbrannt wurden. Schließlich erwähnt es auch Dampfbäder in Treblinka mit nachfolgendem Vergraben der Leichen, dazu der Dieselmotor, dessen Abgase in späteren Versionen der Mär zum Töten verwendet wurden, wird hier im *The Black Book* zum Ausheben der Gräber benutzt.

Eine einzige Quelle bleibt, die den Eindruck vermittelt, daß Auschwitz in der Vernichtungspropaganda Anfang 1943 oder noch früher erscheint. Dies geschieht in dem Buch *The Devil's Chemists* (Des Teufels Chemiker) von Josiah DuBois, dem wir als Beamten des Finanzministeriums im Krieg begegnet sind. Im NMT nach 1945 war DuBois Hauptankläger beim IG-Farben Prozeß, und sein Buch ist eine Darstellung des Prozesses und anderer solcher Vorgänge, die er als dazugehörig betrachtet. Seinen Ausführungen zufolge gelangte eine Meldung über Auschwitz im November 1942 auf seinen Schreibtisch. Die Meldung übermittelte den Inhalt einer Aufzeichnung, ein „verknülltes Testament der Verzweiflung", angeblich von einem Arbeitshäftling in Auschwitz geschrieben und dann im Untergrund von Hand zu Hand nach Bern weitergereicht:

> „Wir arbeiteten in der riesigen Buna-Fabrik (...) Dort stand eine Kette von Wachposten, und wer den Bereich überschritt, wurde ohne Warnung beim

> Fluchtversuch erschossen. Dennoch wurden solche Versuche jeden Tag unternommen, sogar von einigen, die versuchten, an den Wachen vorbeizukriechen, weil sie nicht mehr laufen konnten."

Die Aufzeichnung widmete sich auch den Ter Meer's (von IG-Farben) *„stereotypen Sinnverknüpfungen von Hakenkreuz, Reitpeitsche und handfestem Spott"* (was zu keiner Zeit in Ter Meer's Leben charakteristisch war). Die angebliche Herkunft und Geschichte der Aufzeichnung lassen die ganze Sache ziemlich albern erscheinen, aber man muß das starke tatsachenentsprechende Element in der Aufzeichnung zur Kenntnis nehmen; ungefähr zu dieser Zeit waren viele Arbeiter in Auschwitz tatsächlich in einer Verfassung, die es ihnen nicht erlaubte zu arbeiten oder auch nur zu gehen. Folglich war diese Botschaft keine echte Vernichtungspropaganda und wir können nicht sicher sein, daß sie wirklich existierte. Wenn aber doch, so deutete sie lediglich an, daß die Propagandisten Ende 1942 sehr wohl wußten, was in Auschwitz vor sich ging.
DuBois schickt sich sodann an, den Leser falsch zu unterrichten, daß die beiden Botschaften vom Januar und April 1943, die Harrison an das *State Department* geschickt hatte und die weiter oben erörtert wurden, auf Auschwitz verweisen würden; d.h. es wäre Auschwitz, wo jeden Tag 6.000 getötet worden seien. Damit gibt DuBois ganz einfach Falschangaben weiter. Sein Motiv scheint zu sein, daß er als Ankläger im IG-Farben Prozeß versucht hat, die Bedeutung von Auschwitz in jeder Beziehung so groß wie möglich herauszustellen. Somit hat er in die Vorgänge etwas hineingelesen, was dort einfach nicht steht. (40)
Was haben nun aber die Deutschen über die alliierten Propagandageschichten gesagt? Von Stumm von der Auslandspresseabteilung des Auswärtigen Amtes hat die Vernichtungsbehauptungen lächerlich gemacht, als sie zuerst von den alliierten Regierungen aufgestellt worden waren. Das war seitens der Deutschen Reichsregierung ein seltener Fall, auf ein spezifisches Propagandamachwerk der Alliierten einzugehen. Die Wochenzeitschrift *Das Reich*, herausgegeben vom Goebbels-Ministerium, und der *Völkische Beobachter*, die Tageszeitung der NS-Partei, kommentierten zur Greuelpropaganda viel, aber allgemeiner Art, doch man

ging sehr wenig auf einzelne Propagandabehauptungen ein. Die gewöhnliche Situation war die des ‚Kein Kommentar zu jüdischen Vernichtungsbehauptungen', ebensowenig wie zu anderen spezifischen Propagandabehauptungen, z.B. Aushungern und Foltern amerikanischer und britischer Kriegsgefangener und die verschiedenen Schauergeschichten Hollywoods wie die Blutentnahme bei Kindern in besetzten Ländern zur Verwendung in der Wehrmacht.

Der Grund für diese relative Schweigsamkeit zu spezifischen Propagandabehauptungen war zweifellos der, daß es vom deutschen Standpunkt nicht nötig war, sich mit ihrem Inhalt zu befassen. Man hatte das alles schon einmal im Ersten Weltkrieg gesehen. Dementsprechend lag die Pressebehandlung der Greuelpropaganda auf einer höheren Ebene; und anstatt sich um den spezifischen Inhalt der Meldungen zu kümmern, behandelte man Fragen von politischem Interesse, denen die Propaganda diente und mit dem Grad und Weg des jüdischen Einflusses in der alliierten Presse. (s. dazu z.B. *Das Reich* vom 20. Dezember 1942).

Das offizielle Festlegen in Washington auf die Behauptung, daß Auschwitz ein Vernichtungslager sei, erfolgte im November 1944 nach der angeblichen Beendigung des Tötungsprogrammes und zwar in Form des Berichts vom Kriegsflüchtlingsamt (*War Refugee Board*).

Die Behauptung ist viele Male in der Propaganda Anfang 1944 aufgetaucht; diese Meldungen werden in einem späteren Kapitel behandelt. Die Freigabe des Berichts wurde von der *New York Times* am 26. November 1944 (S.1) gemeldet, und es wurden einige Auszüge gebracht.

Der WRB-Bericht ist als aus zwei Berichten bestehend beschrieben, wovon einer von zwei jungen slowakischen Juden und der andere von einem polnischen Major geschrieben sei, die alle drei vom Frühjahr 1942 bis zum Frühjahr 1944 Häftlinge in Auschwitz gewesen waren, wo sie dann entkamen (die beiden Juden am 7. April). Eine kurze Ergänzung soll von zwei anderen jungen Juden geschrieben worden sein, die am 27. Mai 1944 geflohen und in die Slowakei gelangt waren (bis 1945 unter deutscher Herrschaft), um ihren Bericht zu verfassen, der angeblich am 6. August 1944 in der Schweiz angekommen sein soll. Die Verfasser sind

völlig anonym, was damit gebührend entschuldigt wird, daß *„deren Namen vorläufig im Interesse ihrer eigenen Sicherheit nicht bekanntgegeben werden können"*. Doch sie blieben bis heute anonym, was bezeichnend genug ist.

Die Abschnitte 1, 2 und 3 bilden den ersten und größeren Teil des Berichts (Abschnitt 4 stellt den 2. Teil dar). Jener erste Teil soll von einem slowakischen Juden geschrieben worden sein, der in Auschwitz am 13. April 1942 ankam, wo er (auf seine linke Brustseite tätowiert) eine Registriernummer um 29.000 herum erhielt. Er wurde schließlich Registrator im Krankenbau von Birkenau. Der erste Abschnitt bietet im wesentlichen eine ausführliche Aufstellung für die in Auschwitz eintreffenden Züge mit den für die Zeit von April 1942 bis April 1944 ausgegebenen Registriernummern. Ungefähr 55 Gruppen von Transporten (manchmal gehörte mehr als ein Transport zu einer Gruppe) sind aufgeführt mit den zugegebenermaßen ungefähren) für jede Gruppe ausgegebenen Personal-Registrier Nummern. In dem fortlaufenden Nummerierungssystem, in dem keine Zahl zweimal aufgeführt ist, beginnen sie bei 27.400 und gehen bis 189.000. Für jede Gruppe sind die vertretenen Nationalitäten sowie andere Informationen enthalten (z.B. jüdisch oder arisch, politische Gefangene oder andere, gelegentliche Namen von Einzelpersonen, Zahlen für „Vergaste„ anstatt „Registrierte" usw.)

Der WRB-Bericht, wenn er annähernd korrekt in diesen Dingen ist (wobei ihm zu entnehmen ist, daß die als „vergast" bezeichneten Personen entweder nie existiert haben oder an einen anderen Ort verbracht worden sind), ist eine der beiden bekannten Quellen für eine beträchtliche Anzahl solcher Informationen (die andere ist die herangezogene Reihe von Berichten des holländischen Roten Kreuzes, die das Thema von Anhang C bildet).

Fast alle diese Informationen stammen von dem Verfasser des ersten Abschnitts vom WRB-Bericht. Doch nachdem dieser aus dem Lager Auschwitz entwichen war, machten die WRB-Verfasser weitere Aufzeichnungen für die Zeitspanne vom 7. April bis 27. Mai 1944 und fügten sie dem Bericht hinzu.

Der 2. Abschnitt des Berichts soll von einem slowakischen Juden geschrieben worden sein, der im Lager Lublin um den 4. Juni 1942 herum eintraf, aber um den 30. Juni 1942 herum nach Auschwitz verlegt worden sein will. Gemäß dem 1. Abschnitt des Berichts hätte er eine Registriernummer um 44.000 herum erhalten müssen, die auf seinem linken Unterarm eintätowiert worden wäre (das Tätowierungssystem hatte sich geändert). Die zwei Verfasser der ersten beiden Abschnitte des Berichts sind zwei junge slowakische Juden, die zusammen am 7. April 1944 geflohen waren. Der 3. Abschnitt des Berichts ist eine kurze Ergänzung und der 4. Abschnitt ist der Beitrag des mysteriösen polnischen Majors.
Die Anonymität der Verfasser des Berichts ist zweifellos einer der wunden Punkte, doch die noch größere Unwahrscheinlichkeit bildet der Inhalt des WRB-Berichts. Eine Prüfung zeigt, daß die in dem Bericht, der höchstwahrscheinlich auf Halbwahrheiten aufbaut, gemachten Angaben derart sind, daß sie aus Informationen der Nachrichtendienste zusammengebastelt erscheinen und nicht von zwei jungen slowakischen Juden und einem polnischen Major, die entkommen sind, stammen. Deutschlands Gegner hatten bestimmte Mittel zum Sammeln von Informationen über deutsche Lager und über Vorgänge in Europa. Zweifellos benutzten sie auch solche Informationen unter Beimengung beträchtlicher Zutaten, um u.a. einen WRB-Bericht zusammenzustellen. Es ist einfach unglaubwürdig, daß sie ausgerechnet in bezug auf das Indus-triezentrum Auschwitz in einer so mißlichen Position gewesen sein sollen, um gezwungen zu sein, sich auf Informationen von anonymen, jungen, „über alles unterrichteten" Häftlingen zu verlassen. Natürlich schließt dies nicht die mögliche Verwendung von Berichten ehemaliger Angestellter oder Lagerinsassen, entwichener oder sonstiger Personen als ergänzende Angaben aus.

Der WRB-Bericht bietet die folgenden Informationen (oder auch Schätzungen, Vermutungen, Behauptungen, Erfindungen):

1. Die Anzahl der Häftlinge in Auschwitz I im April 1942, die dort vorherrschenden Nationalitäten sowie die Hauptgründe für die Haft. Be-

schreibung des Systems der Registrierung und das „Stern-System" der Häftlingszeichen. Eine Liste verschiedener Fabriken in dem Gebiet (Teil 1,1-2).

2. Eine genaue Karte des Bereichs, vergleichbar mit unserer Abbildung 1. (Teil 1, 4)

3. Ausmaße in bezug auf die Ausdehnung des Lagers Auschwitz I, seine Zäune und Wachtürme. Gleiches für Birkenau. Beschreibung der Baracken. (Teil 1, 5-7)

4. Im Fall des natürlichen Todes eines Häftlings wurde ein Sterbeschein ausgestellt und zur zentralen Lagerverwaltung in Oranienburg gesandt. War ein Häftling vergast worden, so wurde sein Name in ein besonderes Register eingetragen und S.B. (Sonderbehandlung) gekennzeichnet. (Teil 1, 9)

5. Vier Gebäude, als Krematorien I, II, III und IV ausgewiesen, waren im Frühjahr 1944 in Birkenau in Betrieb. Mindestens eines dieser Krematorien war seit Februar 1.943 funktionsfähig. Jedes Gebäude enthielt: (A) 1 Heizraum mit Öfen; (B) 1 große Halle; (C) 1 Gaskammer. In den ersten beiden Gebäuden waren 36 Öfen und in den anderen zwei je 18. Drei Leichen kamen gleichzeitig in einen Ofen, und das Verbrennen dauerte anderthalb Stunden. So konnte man 6.000 Leichen pro Tag beiseiteschaffen. Dies galt gegenüber dem Verbrennen in Gruben als eine Verbesserung (also gegenüber der vorher angewandten Methode). (Teil 1, 14-15).

6. Das spezifische Mittel zur Erzeugung von Gas für die Gaskammer war ein Pulver mit der Bezeichnung „Cyklon", hergestellt von einem Hamburger Konzern. Wenn es der Luft ausgesetzt war, gab es Cyanidgas frei, und binnen 3 Minuten tötete es einen jeden innerhalb der Gaskammer. Die Behälter für das Cyklon waren beschriftet mit: „Zum Gebrauch gegen Ungeziefer" (1, 16).

7. Prominente Persönlichkeiten aus Berlin wohnten der Inbetriebnahme des ersten Krematoriums in März 1943 bei. Das „Programm" bestand im Vergasen und Verbrennen von 8.000 Krakauer Juden. Die Gäste (Namen waren nicht genannt) schienen höchst befriedigt von den Ergebnissen (Teil 1, 16).

8. Eine genaue Aufstellung der Nummern und Einstufungen der Insassen in Birkenau im April 1944 (Teil 1, 23-24).
9. Jeder Block hat einen Blockältesten, *„der Gewalt über Leben und Tod hat"*. Bis zum Februar 1944 waren fast 50% der Blockältesten Juden, doch wurde dies auf Befehl aus Berlin abgestellt. Dem Blockältesten untersteht der Blockschreiber. Wenn der Blockschreiber irrtümlich einen Tod eingetragen hat, was häufig vorkommt, dann wird der Buchungsfehler durch Töten des entsprechenden Nummernträgers ausgeglichen. Berichtigungen sind nicht zugelassen (Teil 1, 25).
10. Eine Passage, dem *„verknüllten Testament der Verzweiflung"* auffallend ähnlich: *„Wir arbeiteten in der riesigen Buna-Fabrik, zu der wir jeden Morgen früh um 3 Uhr getrieben wurden (...) Da unser Arbeitsplatz außerhalb der langen Kette von Wachposten lag, wurde er in kleine Abschnitte von 10 x 10 m aufgeteilt, jeder von einem SS-Mann bewacht. Wer während der Arbeitszeit über diese Quadrate hinaustrat, wurde ohne Warnung sofort wegen „Fluchtversuch" erschossen ... Sehr wenige nur konnten die Belastung ertragen, und obwohl eine Flucht aussichtslos schien, wurde sie jeden Tag versucht".* (Teil 1, 30).
11. Eine „vorsichtige Schätzung der Zahlen vergaster Juden in Birkenau zwischen April 1942 und April 1944", zusammengefaßt in Tabellenform. Die Zahlen erscheinen in den veröffentlichten Akten des IMT-Prozesses und werden hier als Abbildung 25 wiedergegeben (Teil 1, 33).
12. Große Aufregung als Folge der Flucht der beiden jungen slowakischen Juden (dieses ist wahrscheinlich von den Verfassern des Zusatzabschnitts 3 geschrieben). Die Freunde und Vorgesetzten der beiden Entkommenen wurden eingehend verhört. Da die beiden Blockschreiber waren, wurden alle Juden, die solche Funktionen ausübten, zur Strafe und als Vorbeugungsmaßnahme abgesetzt. Dieses widerspricht natürlich der Einlassung im Vorwort des WRB-Berichts, daß die Deutschen die Identität oder auch die Registriernummern der beiden Geflohenen nicht kannten, was die Herausgeber bewogen hatte, die Namen der Geflohenen „im Interesse ihrer eigenen Sicherheit" nicht bekanntzugeben. (Teil 1, 34).

13. Mit dem 15. Mai 1944 begannen die ungarischen Juden, und zwar ungefähr 15.000 pro Tag in Birkenau einzutreffen. 90% wurden sofort getötet, und, da dies die Kapazität der Öfen überstieg, erneut in Gruben verbrannt, wie früher schon einmal. Die 10%, die in Birkenau weder getötet noch registriert wurden, schob man schließlich in Lager nach Deutschland ab: so nach Buchenwald, Mauthausen, Groß-Rosen, Gusen, Flossenbürg, Sachsenhausen ect. (Teil 1, 36-37).

14. Ein neues Nummerierungsystem für Häftlinge trat Mitte Mai 1944 ebenfalls in Kraft. Zur gleichen Zeit berichteten die schlesischen Zeitungen von einem Besuch Himmlers im nahegelegenen Krakau. Diese Presseberichte unterließen es offenbar zu erwähnen, daß Himmler auf dieser Reise auch Birkenau aufgesucht und seine Begleitung speziell eine Besichtigung des Krematoriums I vorgenommen hatte (Teil 1, 37-38).

15. Im Spätsommer 1943 hatte eine Gruppe von 4 würdigen holländischen Juden Auschwitz aufgesucht, um die Lebensverhältnisse der holländischen Juden zu inspizieren (die dann von den Deutschen besonders aufgebessert wurden durch neue Kleidung, gutes Essen, ect.) Die Gruppe sah nur einen Teil der nach Auschwitz verbrachten holländischen Juden, man erklärte ihr jedoch, daß die übrigen in ähnlichen Lagern seien. Die Gruppe gab sich damit zufrieden und unterzeichnete eine Erklärung, daß in Auschwitz alles in guter Ordnung. vorgefunden worden war. Nach dem Unterschreiben *„drückten die 4 Juden einen Wunsch aus, das Lager Birkenau sehen zu wollen und insbesondere die Krematorien, über die sie einige Geschichten gehört hatten (...) Die Gruppe wurde dann nach Birkenau gebracht (...) und sofort zum Krematorium Nr. I. Hier wurden sie rücklings erschossen. Angeblich wurde ein Telegramm nach Holland gesandt, das von einem unglücklichen Autounfall kündete, dem die 4 Herren nach Verlassen des Auschwitzer Lagers zum Opfer gefallen seien."* (Teil 1, 38).

16. Das Gebiet um Auschwitz innerhalb eines Radius von 100 km war evakuiert worden, und die vom Lager nicht übernommenen Gebäude mußten abgerissen werden. (Teil 2, 6).

17. Beschreibung des Krankenbaues von Auschwitz I und die Vorgänge darin. Im Herbst 1942 war die Sterberate im Krankenbau so hoch, daß

Berlin eine Erklärung anforderte. Bei der Prüfung stellte sich heraus, daß der Lagerarzt Schwachen und Kranken und bestimmten zum Tode verurteilten Insassen, auch einigen als Waisen betrachteten Jugendlichen tödliche Injektionen verabreicht hatte. Zur Bestrafung wurde der Lagerarzt für die gleiche Aufgabe zur Buna-Fabrik geschickt (womit wahrscheinlich Monowitz gemeint ist; die SS stellte auch weiterhin einige Dienstleistungen für das von IG-Farben verwaltete Gelände zur Verfügung) (Teil 2, 8-10).

18. Als Folge der schlechten Behandlung konnte ein Jude ungeachtet seiner physischen Kondition nicht länger als 2 Wochen durchhalten (Teil 2, 12).

19. Im Sommer 1942 wurden die Juden im Birkenwald (wo Birkenau gelegen war) in besonders verschlußdichten Gebäuden, die so aussahen wie Duschbäder, vergast. Da die Krematorien nicht fertig waren, wurden die Leichen in Massengräbern verscharrt, was zur Verwesung führte. Im Herbst 1942 waren die 4 Krematorien fertiggestellt, und viele Leichen wurden wieder ausgegraben und verbrannt (das ist die Darstellung des polnischen Majors, die jener der beiden jungen slowakischen Juden widerspricht, welche geschrieben haben, daß ein Teil der neuen Krematorien im Februar 1943 in Betrieb genommen worden sei, daß die Leichen vor diesem Datum in Gräben verbrannt wurden) (Teil 2, 16-17).

20. Einzelheiten darüber, wann genau entschieden wurde, unter welchen Umständen ein bereits zum Tode Verurteilter hinzurichten wäre. (Teil 2, 16-17).

Das Vorhergehende ist wirklich anschaulich für den Inhalt des WRB-Berichts. Es ist eine Mischung von Wahrheit, Vermutung und Erfindung, dessen tatsachengerechter Teil zusammengesetzt sein könnte (und dies offenkundig auch war) auf der Grundlage interner 1944 zugänglicher Informationen.

Der Widerspruch in den beiden Darstellungen von Vernichtungen bewirkt es, die Glaubhaftigkeit der Behauptung zu erhöhen, daß es sich um unaufgeforderte Berichte entkommener Häftlinge handelt, aber es ist

nicht klar, daß solche gesteigerte Glaubwürdigkeit das Motiv dafür gewesen ist, ihn so zusammenzustellen. Die erste Version, daß große Krematorien Anfang 1943 in Birkenau in Betrieb gewesen seien und daß vor jener Zeit Massenverbrennungen in Gräben vorgenommen worden seien, ist die eine. Die dann später vorgebrachte Version (und die zutreffende im Hinblick auf den Zeitpunkt der Verfügbarkeit der Krematorien) über Massengräber könnte auch einige Wahrheiten enthalten, da im Sommer eine Typhusepidemie geherrscht hatte, zu einer Zeit, in der nur unzulängliche Krematoriumsmöglichkeiten bestanden.
Reitlinger benutzt den WRB-Bericht als Quelle. Dies ist nicht völlig gerechtfertigt, aber auch nicht ganz ohne Berechtigung. Man muß annehmen, daß vieles von dem Material wahr ist. Die Kompetenz der Verfasser steht außer Frage. Dennoch muß man in dieser Hinsicht vorsichtig sein und darf nur das akzeptieren, was durch Vernunft oder unabhängiges Beweismaterial erhärtet wird. Sieht man die subjektive und propagandistische Rolle des Berichts als gegeben an, denkt jedoch daran, daß ein gut organisierter Schwindel notwendigerweise viele gültige Tatsachen enthält, so ist dieses durchaus vertretbar.
Man kann recht genau die Wege beschreiben, über die Informationen aus dem Lager flossen. In Fällen, da es bedeutende industrielle Aktivität gab, kamen die Lagerinsassen unvermeidlich mit vielen Menschen in Kontakt, die keine Häftlinge waren (Firmenangestellte, Eisenbahner ect.), und diese Beziehungen bildeten die Grundlage für ein ausgedehntes System heimlicher Mitteilungskanäle. Auschwitz bot natürlich zahlreiche und ausgezeichnete Gelegenheiten für solche Verbindungen, und durch die kommunistische Organisation bestanden viele sehr gangbare Kanäle zu den Untergrundzentren, besonders im nahegelegenen Krakau. Informationen über das Lager, zu denen auch, wie behauptet wird, Durchschläge von aus Berlin oder Oranienburg kommenden Befehlen gehörten, gingen ständig aus Auschwitz hinaus. Diese Kanäle wurden gleichermaßen benutzt, um Dinge wie Geld, Medikamente und gefälschte Papiere in das Lager zu senden. Überdies waren die Kommunisten für verbotenes Rundfunkhören in allen Lagern weitgehend organisiert.

Wenn sie Empfänger besaßen, so hatten sie auch Sender. Zeugen haben ausgesagt, daß Lagerinsassen Rundfunksender besaßen, und Reitlinger glaubt, daß die Auschwitz-Häftlinge Sender hatten. (41)

Um in die Informations- und Propagandakanäle hineinzuleuchten, muß man das *War Refugee Board* (Kriegsflüchtlingsamt in den USA) und das OSS (*Office of Strategic Services*, ein geheimer US-Nachrichtendienst) beachten. Das WRB unterhielt ständige Verbindung mit den Vorgängen in Ungarn, selbst noch nach der deutschen Besetzung im März 1944. Es hatte z.B. einen Agenten Raoul Wallenberg im diplomatischen Korps Schwedens, und es bestanden auch noch weitere Kontakte durch jüdische Organisationen. Jüdische Führer in Budapest waren ständig in Fühlung mit jenen in der Slowakei, diese wiederum mit dem polnischen Judentum, insbesondere u.a. in Krakau. (42)

Vielleicht noch bedeutender als das WRB, wenn seine Rolle in dem Schwindel auch nicht annähernd so offenkundig ist, war das *Office of Strategic Services* (Amt für strategische Dienste), der Vorgänger des CIA (*Central Intelligence Agency*, Zentrale Nachrichtenagentur). Das OSS ist zu Beginn des Zweiten Weltkrieges unter Leitung des Generals William Donovan errichtet worden. Seine Aufgaben waren Nachrichten politischer Natur (z.B. Sabotage, Propaganda, Guerilla- bzw. Partisanenkampf) im Unterschied zu konventionelleren Formen der militärischen Nachrichtendienste, deren Tätigkeit in etwa den Aktivitäten des deutschen SD ähneln könnten, oder auch der Abwehr, obwohl hochgestellte Persönlichkeiten in Washington darüber klagten, daß der sich unbegrenzter Gelder erfreue und keine Grenzen seiner Vollmacht kenne.

Mit nur wenigen Ausnahmen bestand das OSS nicht aus militärischem Personal, sondern aus Personen, die aus dem Privatsektor angeworben waren. Dementsprechend gehörten ihm auch viele politische Typen an, von Kommunisten bis zu emigrierten Monarchisten. Angesichts ihrer Organisation stellten die Kommunisten natürlich eine bedeutende Streitmacht im OSS, ungeachtet ihrer Zahl.

Das OSS war intensiv mit Propaganda befaßt. Das OWI (*Office of War Information*, Amt für Kriegsnachrichten), das prominenteste US-

Propagandaorgan im Krieg, war 1942 vom OSS abgespalten worden. Es war die Propaganda-Division des *Office of the Coordinator of Information* (Koordinierungsamt für Nachrichten) (Donovan) gewesen, als es sich abspaltete, und der Rest der Donovan-Organisation erhielt den Namen OSS. Trotz dieser Trennung blieb das OSS weiterhin mit Propaganda befaßt. Und als das anglo-amerikanische PWB (*Psychologieal Warfare Branch*, Amt für psychologische Kriegführung) in Eisenhower's Hauptquartier gebildet wurde, bezog es sein amerikanisches Personal vom OWI sowie vom OSS.

Eine weitere Propaganda-Aktion des OSS, für die eine große Anzahl von progressiven Schriftstellern engagiert wurde, war die MO (*Moral Operations Branch,* Amt für Kampfgeiststärkung). Die Aufgabe der MO war schwarze Lügenpropaganda, bzw. schwarze Propaganda. D.h. MO spezialisierte sich auf die Herstellung von Propaganda, die so ausgerichtet war, als käme sie aus den Reihen des Feindes. MO verteilte auf diese Art gefälschte Zeitungen und militärische Befehle unter dem feindlichen Personal, betrieb heimliche Sender, die vortäuschten, aus dem Bereich des Feindes zu senden, und brachte Gerüchte in der Achse und den achsenbesetzten Ländern auf. Zu seinen Mitgliedern gehörten gleichermaßen Liberale und Kommunisten, die sich alle der idealistischen Auslegung des Kampfes gegen den Faschismus verschrieben hatten.

Ein belangvoller Aspekt der OSS-Tätigkeit war, daß es sich die *Jewish Agency* in Palästina zur Mitarbeit herangeholt hatte (die in Wirklichkeit die inoffizielle israelische Regierung jener Zeit war). Die *Jewish Agency* war auf Grund ihrer ausgedehnten und lückenlosen Kontakte zu Juden in Europa, besonders im Balkan, in der Lage, viele wichtige Aufgaben für das OSS zu übernehmen. Daher waren auch die Kanäle zu Juden in Ungarn, der Slowakei und anderen Ländern gangbar.

Schließlich verdient hervorgehoben zu werden, daß das OSS eine bedeutsame Rolle im Anklägerstab beim IMT-Prozeß, vor allem in den Anfängen, gespielt hat. (43)

Um was es in dieser Erörterung des WRB-Berichts geht, ist bestimmt nicht, daß dieser im OSS oder dem WRB erfunden worden ist. Ich kenne

die Verfasser nicht und glaube auch nicht, daß diese Frage von erheblicher Bedeutung ist. Der Hauptpunkt ist der, daß zwei Internationale, die Kommunisten und Zionisten, wichtige Funktionen im Nachrichtendienst, in der Propaganda und im Flüchtlingshilfsprogramm der USA gespielt haben. Das WRB, das tatsächlich seine Befehle von Harry Dexter White, Henry Morgenthau jr. und dem Weltjudenkongreß und anderen Zionisten erhielt, sowie das OSS mit seinem Mitarbeiterstab von Kommunisten sowie seinen Verbündeten der *Jewish Agency*, zeigen, daß die Situation in jedem Sinne bestens geeignet war zum Ausbrüten einer Propagandalüge von der jüdischen Vernichtung, zusammengebraut über Auschwitz, die zur Vorsicht genügend wahre Tatsachen enthielt, um dem Gedankenlosen einzureden, daß die Behauptungen wahr seien.

Das Innere des Lagers Auschwitz war (bei aller Anstrengung der Fantasie) nicht von den Alliierten isoliert. Die tüchtigste Nachrichten-Organisation der Welt, die kommunistische Partei, konnte jede gewünschte Information an jeden denkbaren Bestimmungsort übermitteln. Auch die allgegenwärtige Zionistische Internationale befand sich in einer Position, alles zu fabrizieren und zu vermitteln, was immer für die jeweilige Gelegenheit angemessen schien. Selbst wenn der Inhalt des WRB-Berichts zutreffen würde, so wäre eine Flucht von Häftlingen überhaupt nicht notwendig gewesen, um die Fakten in die Hände der Alliierten gelangen zu lassen. Man beachte, daß man uns erzählt hat, daß der gesamte Inhalt des WRB-Berichts von 3 von einander unabhängigen Fluchtunternehmen sowie bemerkenswert gut unterrichteten Lagerinsassen stamme. Angesichts dessen, was wir über die Nachrichtenkanäle wissen, die seinerzeit bestanden, ist dies im höchsten Grade albern.

Die Verfasser des WRB-Berichts blieben für eine ganze Zeit länger als *„vorläufig"* anonym. Der Bericht wurde ein Dokument der Anklage in Nürnberg unter der Nummer 022-L. Das beschreibende Begleitmaterial zu dem Dokument datiert vom 7. August 1945 (die „Mitarbeiter-Analyse des Beweismaterials" scheint über die Anonymität der Verfasser besorgt zu sein). Es wird von einem gewissen Dr. Joseph Elias berichtet, *„protestantischer Pfarrer jüdischer Herkunft, Organisator des jüdischen Widerstands*

in Ungarn, Leiter von Jo Pasztor Bizottsag, der die ersten zwei slowakischen Juden nach ihrer Flucht befragt hatte". Dann wird von *„Dr. G. Soos - Sekretär der ungarischen Widerstandsbewegung MFM, der den ersten Bericht* (der ersten beiden slowakischen Juden) *nach Italien gebracht hat",* gesprochen. Die Organisation „Jo Pasztor" war echt, aber von Aktivitäten eines Elias oder Soos in Verbindung mit diesen Vorgängen ist, so scheint es, nichts bekannt. Über die Herkunft der Berichtsteile, die den drei anderen Leuten zugeschrieben werden, erfahren wir nichts. Es heißt, R.D. McClelland, der Berner Repräsentant des WRB habe den Bericht Anfang Juli 1944 nach Washington gesandt (der zusätzliche Teil war darin vermutlich nicht enthalten).

Der WRB-Bericht wurde zum Beweis beim IMT als Dokument 022-L am 14. Dezember 1945 von Major Walsh vorgelegt. (44) Die Verteidigung erhob im IMT keine Einwände gegen die Aufnahme des Berichts in das Beweismaterial. Beim IG-Farben-Prozeß legte die Anklage den Bericht (Dokumenten-Buch 89) als Beweismaterial vor, aber die Verteidigung erhob Einspruch, und dieser Einwand *„in bezug auf die Zuständigkeit und Erheblichkeit für das jeweilige einzelne Dokument in dem Buch"* wurde von jenem Gericht aufrechterhalten. Das Ergebnis der dann folgenden rechtlichen Argumentationen war, daß das Gericht zustimmte, eine gewisse, sehr doppeldeutige juristische Notiz von den Dokumenten zu nehmen. (45)

Die Anonymität wurde für einige weitere Jahre gewahrt, da die erste Ausgabe (1953) von Reitlingers *Endlösung* die Verfasser als anonym ansieht. Bei der Behandlung des Vergasungs-Beginns verweist er auf *„den sehr glaubwürdigen Bericht des Birkenau-Blockschreibers, welcher im April 1944 nach Ungarn entkam"* (S. 120). In einem anderen Zusammenhang erwähnt er, daß wir Informationen über Theresienstädter Juden, die nach Auschwitz verbracht wurden, einem jüdischen Arzt aus der Slowakei verdanken, der im April 1944 nach Ungarn entkam. Dieser Mann habe die Aufzeichnungen in der Krankenabteilung von Birkenau angefertigt (S. 190).

Bei der Erörterung des WRB-Berichts sagt uns Reitlinger schließlich, *„das*

wichtigste dieser Dokumente ist der Bericht des anonymen jüdischen Doktors aus der Slowakei, der im April 1944 nach Ungarn flüchtete" (S. 622). In allen drei Fällen bezieht sich Reitlinger auf den Verfasser des ersten Abschnitts des WRB-Berichts, der, wie es heißt, dieser slowakische Jude war, der am 13. April 1942 im Lager eintraf und eine Registriernummer um 29.000 herum erhielt. Reitlinger bezeichnete ihn als Arzt, aber der Bericht verdeutlicht es in Wirklichkeit nicht, was er war; er war vermutlich ein Intellektueller oder ein Büroangestellter.

Das nächste Stadium scheint die Veröffentlichung des Buches *Im Schatten des Todes* von J. Oskar Neumann 1956 in Israel gewesen zu sein. Neumann war einer der Anführer der verschiedenen Judenräte und der Widerstandsbewegungen in der Slowakei gewesen. In seiner Darstellung war Rabbi Michael Dov Ber Weissmandel (oder Weissmandl) ursprünglich ein ungarischer Jude, der in einem Teil Ungarns lebte, der nach dem Ersten Weltkrieg von der Tschechoslowakei annektiert worden war, der Anführer des jüdischen Widerstands in der Slowakei. In Neumanns Geschichte erscheinen die beiden jungen slowakischen Juden wie nach Plan in der Slowakei, so auch der polnische Major (in Wirklichkeit besagt der WRB-Bericht nicht, wohin der polnische Major entkommen ist). Neumann vermittelt den Eindruck, als hätte er diese Leute wirklich kennengelernt: *„Doch hier sitzen Augenzeugen, die die volle Wahrheit gesagt haben"*. Seine Schilderung erwähnt die zwei Verfasser des dritten zusätzlichen Abschnitts in dem WRB-Bericht nicht, er teilt uns auch nicht die Namen oder tätowierten Registriernummern der Entkommenen mit. Da sie in großer Gefahr waren, von der Gestapo entdeckt zu werden, die nach ihnen fahndete, wurden sie in eine abgelegene Gebirgsgegend auf Erholung gesandt. Rabbi Weissmandel übermittelte den Bericht nach Budapest, in die Schweiz und in andere Orte, um andere Juden zu warnen und Hilfe herbeizubringen. (46)

Weissmandel emigrierte nach dem Krieg in die USA und begründete ein orthodoxes Talmud-Seminar im Staat New York. Er verstarb im November 1957. Doch seine Kriegserinnerungen erschienen posthum 1960, leider in Hebräisch, das ich nicht lesen kann. Der WRB-Bericht ist eines der

Hauptthemen seines Buches. Ich habe angenommen, daß seine Darstellung im wesentlichen der Neumanns ähnlich ist, weil beide Verfasser in ähnlicher Lage waren und die gleichen Verbindungen hatten. Jedoch, ich kann mich irren. (47)

Es scheint, daß sich das nächste Ereignis um Reitlinger dreht. Die Anonymität der beiden Verfasser des WRB-Berichts ist ein auffallender und störender Zug in der ersten Ausgabe des Reitlinger'schen Buches; ich bin sicher, daß ihm das bewußt ist. Dies hat ihn zweifellos sehr bekümmert, denn es sieht so aus, daß er sich aufmachte, die Verfasser des Berichtes ausfindig zu machen; er schreibt in seiner zweiten Ausgabe, 1968 erschienen, daß Rudolf Vrba, Verfasser des wichtigsten Teils des WRB-Berichts, d.h. des ersten Abschnitts, sich 1960 in Cardiff in der Krankenhaus-Praxis befand. Reitlingers Verbindungsaufnahme mit Vrba im Jahr 1960 scheint dementsprechend das erste Auftreten eines angeblichen Verfassers dieses Berichts in irgendeiner Art historischer Aufzeichnung zu sein. Vrba wurde offenbar als Folge der Nachforschungen Reitlingers präsentiert. Die Stadt Cardiff in Süd-Wales ist übrigens nur etwa 200 km von Reitlingers Haus in Sussex entfernt.

Reitlinger erwähnt keinen der anderen Verfassernamen. Er befaßt sich mit einem hektographierten Buch von Silberschein, dem Kollegen Riegners im Weltjudenkongreß in der Schweiz, das die „vollständige Version" des Berichts enthielte. (48)

Beide Verfasser der ersten beiden Abschnitte dieses WRB-Berichts (die zwei jungen slowakischen Juden) erhielten ihre Identität im großen Eichmann-Prozeß 1961. Zwei Zeugen sagten zum Bericht aus, und er wurde offenbar mit der Erklärung angeboten, daß die ersten zwei jungen slowakischen Juden Alfred Wetzler (oder Wecler) und Rudolf Vrba (früher Rosenberg oder Rosenthal), damals in England wohnhaft gewesen seien. Das Dokument wurde mit der Begründung abgelehnt, daß gewisse Widersprüche in den vorgelegten Zahlen weiterer Erklärung bedürften. Daher legte die Anklage gegen Ende des Prozesses eine eidesstattliche Erklärung dieses Vrba vor. Die eidesstattliche Erklärung sagt aus, wie Vrba zu solchen beeindruckend ausführlichen Zahlen bezüglich

der Transporte nach Auschwitz gelangt sei, die einen Hauptzug des WRB-Berichts bilden. Seine Erklärung vermittelt den Eindruck, daß, während er Unterstützung von verschiedenen Leuten erhielt, er für die Aufstellung der Zahlen allein verantwortlich war, und er gibt weder den Namen preis noch erwähnt er auch nur den Gefährten, der angeblich mit ihm im April 1944 geflohen sei. Er erwähnt einen Philipp Müller, der ihm etwas bei den Zahlen geholfen habe, weil Müller *„offenkundig der gegenwärtig einzig noch am Leben befindliche ist".* Vrbas eidesstattliche Erklärung wurde vom Gericht abgelehnt, weil es keinen Grund für die Anklage gab, ihn nicht zur Aussage nach Jerusalem zu bringen. (49)

Vrba trat 1964 erneut im Auschwitz-Prozeß in Frankfurt auf. Sein Buch *I cannot forgive* (Ich kann nicht vergeben), Mitverfasser Alan Bestie, kam gleichfalls 1964 heraus, kurz vor seinem Auftreten in Frankfurt. Vrbas Gefährte seiner angeblichen Flucht erschien ebenfalls. Alfred Wetzler soll der andere junge slowakische Jude gewesen sein. Wetzler war (1964, 46 Jahre) ein Angestellter in der Tschechoslowakei, der am 13.4.1942 in Auschwitz eintraf und die Häftlingsnummer 29162 erhielt. Er war Blockschreiber in Birkenau gewesen. Vrba wurde als ein 40 Jahre alter Biochemiker identifiziert, der in England lebte, der am 30.6.1942 in Auschwitz angekommen war und die Häftlingsnummer 44070 erhalten hatte. Auch er war Blockschreiber. in Birkenau gewesen. Sie waren, wie sie aussagten, am 7.4.1944 geflüchtet und hatten ihren Weg nach Preßburg/Tschechoslowakei gefunden, wo sie ihren Bericht für die jüdischen Älteren und auch den päpstlichen Nuntius gefertigt hätten. Der Bericht wurde von Rabbi Weissmandel nach Budapest geschmuggelt. (50)

Die Geschichte von 1964 unterscheidet sich daher von dem, was den Verfassern der IMT-Beweisanalyse 1945 berichtet worden ist. Der gewichtigste offenbare Widerspruch liegt jedoch in der Bewertung der Zahlenangaben in Beziehung zu den Transporten nach Auschwitz. In seiner eidesstattlichen Erklärung von 1961 (in der Wetzler nicht erwähnt wird) und auch in seiner Zeugenaussage in Frankfurt gibt sich Vrba als in erster Linie verantwortlich für die Zahlen an. Der WRB-Bericht bringt andererseits, während er die Zahlen den beiden Männern zuschreibt, die Zahlen

im ersten Abschnitt des Berichts, dessen alleiniger Verfasser Wetzler gewesen sein soll.
Vrba erklärt in seinem Buch von 1964 nicht, warum er 16 Jahre gewartet hat, um sich über seine Flucht aus Auschwitz und die Übergabe seiner Statistiken zu äußern, die erst dann anschließend in Washington veröffentlicht wurden. Sein Buch folgt ungefähr den Darstellungen im WRB Bericht, mit einigen Widersprüchen von verschiedenem Gewicht. Vrba beschreibt z.B. in seinem Buch (S.128), daß die Mädchen, die im Gelände „Canada" arbeiteten, bei guter Gesundheit gewesen seien. Hingegen im WRB-Bericht (Teil 1, S.31) sind diese Frauen *„geschlagen und roh behandelt worden und ihre Sterblichkeit ist sehr viel höher gewesen als unter den Männern"*. Eine andere Merkwürdigkeit in seinem Buch ist seine Behauptung, beim Bau der Krematorien mitgeholfen zu haben (S.16, im WRB-Bericht nicht erwähnt), dann seine Schilderung eines alliierten Luftangriffes am 9. April 1944, worüber es keine amtlichen Angaben gibt (S.233, er schreibt, daß er und Wetzler sich nach ihrer Flucht am 7. April drei Tage in einem Holzhaufen in Auschwitz versteckt gehalten hätten). Wetzler schaffte es, nur ganz knapp in Vrbas Buch erwähnt zu werden. Vrba sagt nichts über den polnischen Major oder die zwei Juden aus, die, wie andernorts behauptet, später geflohen seien und die Zahlen der Auschwitz-Transporte ergänzt hätten. In dem Buch verweisen die anderen Gefangenen auf ihn unter dem Namen „Rudi", obgleich sein Originalname und der Name, unter dem er in Auschwitz bekannt ist, vermutlich Walter Rosenberg lautet (siehe u.a. Garlinski und/oder Suhl). Vrba sagt nichts von Ausruhen in einem Zufluchtsort in den Bergen nach der Flucht. (Den Angaben des Internationalen Suchdienstes in Arolsen/Westdeutschland zufolge, flohen am 7. April 1944 zwei Juden namens Wetzler und Rosenberg aus dem Lager Auschwitz.)
Ebenso schlüssig wie unsere Bewertung der Geschichte Vrba's sowie der verschiedenen Widersprüche zwischen dem WRB-Bericht und bekannten Tatsachen ist der allgemeine Tonfall des Buches und seine Schilderung, wie sich verschiedene Personen im Lager verhalten hätten. Dafür, daß das Buch ausgesprochen unglaubwürdiges Material in diesem Zu-

sammenhang bringt - und zwar von Anfang bis Ende -, ist das beste Beispiel die Darstellung Vrba's von einem angeblichen Besuch Himmlers am 17. Juli 1942 (S.9-15, im WRB-Bericht nicht erwähnt). Die Gefangenen, so heißt es dort, mußten für eine Inspektion Aufstellung nehmen, und das Orchester stand zum Aufspielen bereit als Himmler eintraf. Während sie warteten, stand der Kapellmeister

> „mit erhobenem Taktstock bewegungslos, um die Musik für den geehrten Gast zu dirigieren.
> Und dann geschah es, die Katastrophe, die jeder Darsteller befürchtet. Der Anblick des Schreckens, wie er nur für große Augenblicke verzeichnet ist; die Krise, die jedem Augenblick der Wahrheit unablässig folgt. In der zehnten Reihe außerhalb unseres Blockes entdeckte der Blockälteste an Yankel Meisels Kittel Lücken in seiner Knopfreihe. Es bedurfte einiger Sekunden, die Ungeheuerlichkeit des Vergehens voll zu erfassen. Dann fällte er ihn mit einem Hieb. Unserer Sicht entzogen (...) prügelten und traten sie ihn aus dem Leben (...)
> Himmlers Gefolge war etwa 15 m entfernt. Der Taktstock ging in Bewegung (...) und das Orchester folgte ihm mit Auszügen aus Aida (...) Es war der „Triumpfmarsch" (...) Er ließ uns ausrichten und schnappte: „Ich bin der Reichsführer. Wir wollen mal sehen, wie Ihr Euch vor mir benehmt".
> Langsam schritt er unsere Reihen ab, ein kleiner Mörder, der einen großen nachäffte, jeden von uns anstarrend. Wenn er schwarze Fingernägel fand oder die Holzschuhe nicht ordentlich gewichst, dann brüllte er den Übeltäter mit Schimpfworten an und stieß ihn mit seinem dicken Bambusstock. Wie im Kindergarten inspizierte er uns sogar hinter den Ohren und schlenderte dann durch die Baracken, wo er nach Decken suchte, die nicht akkurat zusammengelegt waren."

Vbra erwähnt einen zweiten Besuch Himmlers im Januar 1943 (S.15-19); dieser scheint jenem vom März 1943 mit Würdenträgern aus Berlin zu entsprechen, war jedoch diesmal der Anlaß, um der Vergasung von 3.000 polnischen Juden zuzusehen. Der Vorgang war für 9 Uhr vormittags angesetzt, aber Himmler brauchte bis 11 Uhr, um fertig zu frühstücken, und so mußten die 3.000 Juden zwei Stunden in der Gaskammer warten. Himmler sah schließlich dem Vergasen in heiterer und gelockerter Stimmung zu, unterhielt sich mit dem Kommandanten und anderen und warf gelegentlich einen Blick durch das Guckloch, um zu beobachten, wie die Juden vergast wurden.

Das Buch bleibt bei diesem ausgesprochen unglaublichen Tonfall bis zum Ende. Mag es der, der es ertragen kann, lesen.

Reitlinger zitiert in der zweiten Ausgabe seines Buches Vrbas Buch mit keinem Wort. Zwar bezeichnet er Vrba als den Verfasser des ersten wichtigsten Abschnittes, doch ist den Angaben zu entnehmen, daß diese Rolle dem Wetzler zugeschrieben werden muß. Für G. Reitlinger erscheint weder bedeutsam noch belangvoll, daß Vrba erst 18 Jahre alt war, als er seinen Aussagen zufolge begann, die Zahlen und andere Angaben über die Transporte nach Auschwitz zu sammeln mit der Absicht, diese Informationen der Außenwelt zugänglich zu machen.

Soweit ich weiß, ist die Anonymität des polnischen Majors bisher nicht gelüftet worden. Namen wurden für die beiden Autoren des ergänzenden Abschnitts präsentiert (Czezlaw Mordowicz, der seinen Namen geändert hat in Petr Podulka, und Arnost Rosin, der seinen Namen geändert hat in Jan Rohac), doch weiß ich nicht, ob diese Namen überhaupt mit irgendeiner authentischen Person in Verbindung zu bringen sind. (51)

Darüber hinaus sind weder Elias noch Soos noch Wetzler noch Vrba (oder alias Rosenberg oder Rosenthal) noch Weissmandel trotz der zeitweilig umstrittenen Rolle, die das Dokument 022-L in diesen Prozessen gespielt hat, als Zeugen vor den Nürnberger Tribunalen aufgetreten.

In *Hefte von Auschwitz,* 1964, Nr. 7 veröffentlichte die kommunistische Regierung Polens ein *„Kalendarium"*, in dem festgehalten ist, daß zwei Juden namens Mordowicz und Rosin am 27. Mai 1944 aus dem Lager Auschwitz entflohen sind. Seitdem gab es viele erfolgreiche Ausbrüche aus jenem Lager (viel, viel mehr, als sich Vrba träumen ließ - vergl. S. 217 von Vrba mit S. 312 von Garlinski). Obgleich das Datum dieser polnischen Quelle korrekt sein mag, so beweist sie damit immer noch nicht die Autorenschaft der anonymen Flüchtlinge des WRB-Berichtes, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die vier geflohenen Juden aus Gründen der Geheimhaltung andere Namen angenommen haben und daß drei von diesen vier ihren Tarnnamen nach dem Krieg beibehalten haben sollen.

Einzelheiten über die Hintergründe bei der Abfassung des WRB-Berichts

werden wahrscheinlich nie völlig aufgedeckt werden. Aber es ist durchaus möglich, daß seine Urheber zu weit damit gegangen sind, einen Bericht vorzutäuschen, der auf mysteriöse Weise in die Slowakei und dann in die Schweiz geschmuggelt worden sei. Sollte er in der Slowakei geschrieben worden sein, dann ist zu unterstellen, daß Rabbi Weissmandel - zumindest! - zu den Mitverfassern gehört hat. Es ist auch möglich, daß, wie behauptet, der Bericht dem päpstlichen Geschäftsträger in der Slowakei, Guiseppe Burzio, übergeben wurde und dieser ihn nach Rom weitergeleitet hat. Burzio ist - soweit besteht Klarheit - von jüdischen Propagandisten angegangen worden und hat mindestens einige dieser Angaben Rom zugeleitet. Beispiele, die Burzio dem Vatikan übermittelt hat, waren Behauptungen vom März 1942, daß die Deutschen junge jüdische Frauen aus ihren Familien geholt hätten, um sie zu Prostituierten für deutschen Soldaten an der Ostfront zu machen (komplette Fantasien!), sowie ein Brief aus dem Frühjahr 1943 von einem Preßburger Priester, der behauptete, daß er sowohl aus jüdischen als auch deutschen Quellen wisse, daß deutsche Seifenfabriken von Juden, die ihrerseits mit Maschinengewehren oder Gaskammern vernichtet worden wären, Seife herstellen würden. Die gegenwärtige Stellungnahme des Vatikans ist, daß er genauso wenig wie die jüdischen Organisationen wußte, daß die Deportationen Teil einer allgemeinen Massenvernichtungsaktion gewesen sind. (Vergleiche auch Anhang E).(52)

Auf jeden Fall ist es offenkundig, daß der WRB-Bericht unecht ist. Die dortigen Angaben sind nicht solcherart Informationen, welche Flüchtlinge ausführen würden. Die Behauptung, daß zwei weitere Juden später entkommen seien, um diese Angaben zu ergänzen, ist mehr als doppelt lächerlich. Anstatt unmittelbar nach dem Krieg mit scheinbaren Verfassern des Berichts hervorzukommen, um die Lügen stärker abzustützen, sieht es so aus, als wenn angenommen wurde, daß die ganze Sache belanglos wäre, bis aus irgendeinem Grund (vielleicht war es Reitlingers Neugierde?) sechzehn Jahre später ein Verfasser präsentiert wurde. Die Geschichte dieser Person ist nicht glaubwürdig. – So würde die Auschwitzlüge geboren!

IV Auschwitz

Wir betrachten jetzt die besondere Auschwitz-Vernichtungslegende, die man uns bietet. Die Gerichtsverfahren, die die Zeugnisse erbrachten, auf denen die Ausrottungsbehauptungen fußen, fanden in einem erschöpften, hungernden Deutschland statt, dessen Bevölkerung nichts anderes tun konnte, als sich den Anordnungen der Besatzungsmächte zu fügen. Dies war die politische Wirklichkeit. Wie ausgeführt wurde, war es die Zionistische Internationale, die die spezifischen Aussagen, welche über die Vernichtungen aufgestellt wurden, vorbereitete. Hochgestellte und erfahrene Beamte Washingtons schenkten ihnen keinen Glauben. Die führende Persönlichkeit bei der Gestaltung der Rechtsgrundlagen für die Kriegsverbrecherprozesse war niemand anders als der amerikanische Anklagevertreter im IMT-Prozeß. In diesem Prozeß hatten sich die Richter voreilig auf die augenscheinliche Schuld der Angeklagten festgelegt. Ihre Erkenntnisse waren für die nachfolgenden Gerichtsverfahren formalrechtlich bindend. Die wichtigsten Nachfolgeprozesse waren die, die der Erzzionist Marcus organisierte, der spätere Held von Israel und damalige Leiter der *U.S. War Crimes Branch*, einer Behörde, die im Zusammenhang mit bestimmten gerichtlichen Untersuchungen in Folterungen von Zeugen verwickelt war. Die Ehre der Staaten, die die Gerichtsverfahren durchführten, wurde der These von der außergewöhnlichen Nazi-Brutalität geopfert. Es ist schwer einzusehen, wie man unter solchen Bedingungen etwas anderes als einen Schauprozeß erwarten konnte. Diese und die folgenden Kapitel zeigen, daß die sich auf Auschwitz beziehenden Beschuldigungen das sind, was man erwarten sollte.

Zunächst muß die Frage gestellt werden, was das wesentliche Kennzeichen, die Handelsmarke eines Betruges von diesen Ausmaßen ist. Kein vernünftiger Verfasser einer solchen Geschichte würde eine Darstellung anbieten, die in allen oder den meisten Einzelheiten unwahr ist.

99% wirklicher Fakten können in einer Geschichte enthalten sein, deren Hauptaussage in keinerlei Wahrheitszusammenhang hiervon steht. Diese Erkenntnis führt den Urheber des Betruges auf den sichersten Weg an sein Vorhaben heran: den Sinn der gültigen Tatsachen zu entstellen.

Dies ist die Grundstruktur der Auschwitz-Vernichtungslegende. Es wird hier nachgewiesen, daß jede in dieser Legende enthaltene wirkliche Tatsache jeweils eine routinemäßige Bedeutung hatte (nicht haben könnte, sondern hatte), die nichts mit der Vernichtung von Menschen zu tun hat. So müssen jene, die von Vernichtung reden, ihre Zuflucht zu einer These nehmen, die eine abartige Interpretation von Tatsachen zulässt.

Kommandant von Auschwitz war in der Zeit von Mai 1940 bis Ende 1943 der SS-Sturmbannführer Rudolf Höß. Während des IMT-Prozesses hatte er für die Anklagebehörde einige Affidavits unterzeichnet, deren bekanntestes das Datum vom 5. April 1946 trägt. (1) In Übereinstimmung mit einer allgemeinen IMT- und NMT-Praxis wurde er danach vom Verteidiger Kaltenbrunners am 15. April 1946 in den Zeugenstand gerufen. (2) Der Hauptinhalt seiner Aussagen im Kreuzverhör bestand in einer Bestätigung des Affidavits vom 5. April; daneben machte er noch zu bestimmten Punkten ergänzende Aussagen.

Höß wird allgemein als der Starzeuge der Anklagebehörde betrachtet, und ungeachtet der Entstehungsgeschichte des Auschwitz-Betruges, wie sie im WRB-Bericht enthalten ist, stellt für die Vernichtungs-Mythologen im wesentlichen das Höß-Affidavit die Geschichte der Judenvernichtung in Auschwitz dar oder, genauer gesagt, den Rahmen für diese Geschichte. Alle Fürsprecher der Auschwitz-Legende legen eine auf das Höß-Affidavit zurückgehende Geschichte vor, die lediglich Abweichungen bei den Zahlenangaben enthält, wie sie durch IMT, NMT und ähnliche Quellen ergänzt wurden. Keiner der maßgebenden Vernichtungs-Mythologen stellt den WRB-Bericht besonders heraus. Allein Reitlinger scheint in Verbindung damit ein Problem von einiger Bedeutung zu spüren.

Daher mag es angebracht sein, das Höß-Affidavit hier vollständig wiederzugeben. Danach werden seine Einzelpunkte einer Prüfung hinsicht-

lich des ihnen beigemessenen Beweiswertes unterzogen. Die verhängnisvolle Doppeldeutigkeit von Belegen wird dabei als charakteristisches Merkmal hervortreten. Es werden Widersprüche, Ungereimtheiten, blödsinnige Unglaubwürdigkeiten und Lügen aufscheinen. Ferner wird die Analyse einiges über den psychologischen Hintergrund der Gerichtsverfahren offenbaren.
Auch dem Quellennachweis wird die erforderliche Beachtung zuteil werden, einschließlich solcher Fälle, wo es zweckmäßig erscheint, lieber auf Hilberg oder Reitlinger zu Verweisen als auf ein Originaldokument, zu dem der Leser wahrscheinlich keinen leichten Zugang findet.

Das Höss-Affidavit

„Ich, Rudolf, Franz, Ferdinand Hoess, nach entsprechender Vereidigung, bezeuge und sage wie folgt aus:

1. Ich bin 46 Jahre alt und bin seit 1922 Mitglied der NSDAP; Mitglied in der SS seit 1934, Angehöriger der Waffen-SS seit 1939. Seit dem 1. Dezember 1934 gehörte ich der SS-Wacheinheit an, dem sogenannten Totenkopfverband.

2. Seit 1934 hatte ich unausgesetzt mit der Verwaltung von Konzentrationslagern zu tun und war in Dachau im Dienst bis 1938; dann als Adjutant in Sachsenhausen von 1938 bis zum 1. Mai 1940, zu welcher Zeit ich zum Kommandanten von Auschwitz ernannt wurde. Ich befehligte Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943 und schätze, daß mindestens 2.500.000 Opfer dort durch Vergasung und Verbrennen hingerichtet und ausgerottet wurden; mindestens eine weitere halbe Million starb durch Hunger und Krankheit, was eine Gesamtzahl von ungefähr 3.000.000 Toten ausmacht. Diese Zahl stellt ungefähr 70 oder 80 Prozent aller Personen dar, die als Gefangene nach Auschwitz geschickt wurden, die übrigen wurden ausgesucht und für Sklavenarbeit in den Industrien der Konzentrationslager verwendet. Unter den hingerichteten und verbrannten Personen befanden sich ungefähr 20.000 russische Kriegsgefangene (die früher von der Gestapo aus Kriegsgefangenenlagern ausgesondert waren); diese wurden in Auschwitz in Wehrmachttransporten,

die von regulären Offizieren und Mannschaften befehligt wurden, eingeliefert. Der Rest der Gesamtzahl der Opfer umfaßte ungefähr 100.000 deutsche Juden und eine große Anzahl meist jüdischer Einwohner aus Holland, Frankreich, Belgien, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Griechenland oder anderen Ländern. Ungefähr 400.000 ungarische Juden wurden allein in Auschwitz im Sommer 1944 von uns hingerichtet.

3. Das WVHA (Wirtschafts- und Verwaltungs-Hauptamt), geführt von Obergruppenführer Oswald Pohl, war für die gesamten Verwaltungsaufgaben verantwortlich wie die Quartierbeschaffung, Ernährung und ärztliche Versorgung in den Konzentrationslagern. Vor Errichtung des RSHA waren das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapo) und das Reichskriminalpolizeiamt für die Verhaftungen, Verschickungen in Konzentrationslager und für die dort vollzogenen Bestrafungen und Hinrichtungen verantwortlich. Nach Bildung des RSHA wurden alle diese Funktionen wie bisher ausgeübt, aber gemäß den Befehlen, die von Heydrich als Chef des RSHA unterzeichnet waren. Während Kaltenbrunner Chef des RSHA war, wurden die Befehle betreffend Schutzhaft, Verschickungen, Bestrafung und Sonderhinrichtungen von Kaltenbrunner oder von Müller, dem Leiter der Gestapo, als Kaltenbrunners Vertreter, unterzeichnet.

4. Massenhinrichtungen durch Vergasung begannen im Laufe des Sommers 1941 und wurden bis zum Herbst 1944 fortgesetzt. Bis zum 1. Dezember 1943 beaufsichtigte ich persönlich die Hinrichtungen in Auschwitz und weiss auf Grund meines laufenden Dienstes in der Inspektion der Konzentrationslager im WVHA, daß diese Massenhinrichtungen wie oben erwähnt fortgeführt wurden. Alle Massenhinrichtungen durch Vergasung fanden unter dem direkten Befehl, unter der Aufsicht und Verantwortlichkeit des RSHA statt. Ich erhielt unmittelbar vom RSHA alle Befehle zur Ausführung dieser Massenhinrichtungen.

5. Am 1. Dezember 1943 wurde ich Chef des Amtes I im Amt Gruppe D des WVHA, und in diesem Amt war ich verantwortlich für die Koordination aller Angelegenheiten, die sich zwischen dem RSHA und den unter der Verwaltung des WVHA stehenden Konzentrationslagern ergaben. Ich blieb in dieser Stellung bis zum Ende des Krieges. Pohl, als Chef des

WVHA, und Kaltenbrunner, als Chef des RSHA, hielten oft gemeinsame Beratungen ab und traten mündlich und schriftlich häufig in Angelegenheiten, die Konzentrationslager betrafen, miteinander in Verbindung. Am 5. Oktober 1944 brachte ich Kaltenbrunner an seinem Amtssitz im Berliner RSHA einen ausführlichen Bericht über das Konzentrationslager Mauthausen. Kaltenbrunner bat mich um einen kurzen mündlichen Bericht über den Inhalt und sagte, er würde jede Entscheidung solange zurückhalten bis er Gelegenheit habe, ihn in allen Einzelheiten zu studieren. Dieser Bericht befaßte sich mit Arbeitszuweisungen an einige hundert Gefangene, die zum Tode verurteilt waren sog. namenlose Gefangene.

6. Die Endlösung der jüdischen Frage bedeutete die vollständige Ausrottung aller Juden in Europa. Ich hatte im Juni 1941 den Befehl erhalten, in Auschwitz Vernichtungsmöglichkeiten einzurichten. Zu jener Zeit gab es im Generalgouvernement schon drei weitere Vernichtungslager: Belczek, Treblinka und Wolzek. Diese Lager unterstanden dem Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD. Ich besuchte Treblinka, um festzustellen, wie die Vernichtungen ausgeführt wurden. Der Lagerkommandant von Treblinka sagte mir, daß er 80.000 im Laufe eines halben Jahres liquidiert hätte. Seine Aufgabe war hauptsächlich die Liquidierung aller Juden aus dem Warschauer Ghetto. Er hat Monoxydgas verwendet, und ich hielt seine Methoden für nicht sehr wirksam. Als ich daher das Vernichtungsgebäude in Auschwitz errichtete, nahm ich Zyklon B in Verwendung, eine kristallisierte Blausäure, die wir in die Todeskammer durch eine kleine Öffnung einwarfen. Es dauerte je nach den klimatischen Verhältnissen 3 bis 15 Minuten, um die Menschen in der Todeskammer zu töten. Wir wußten, wann die Menschen tot waren, weil ihr Schreien aufhörte. Wir warteten gewöhnlich ungefähr eine halbe Stunde, bevor wir die Türen öffneten und die Leichen entfernten. Nachdem man die Körper herausgeschleppt hatte, nahmen unsere Sonderkommandos den Leichen die Ringe ab und zogen das Gold aus den Zähnen dieser Leichname.

7. Eine andere Verbesserung gegenüber Treblinka war, daß wir Gas-

kammern bauten, die 2.000 Menschen auf einmal fassen konnten, während die 10 Gaskammern in Treblinka nur je 200 Menschen aufnahmen. Die Art und Weise, in der wir unsere Opfer auswählten, war folgende: 2 SS-Ärzte waren in Auschwitz tätig, um die einlaufenden Gefangenentransporte zu untersuchen. Die Gefangenen mußten an einem der Ärzte vorbeigehen, der bei ihrem Vorbeimarsch sofort die Entscheidung fällte. Die Arbeitsfähigen wurden ins Lager geschickt. Andere wurden sofort in die Vernichtungsanlagen geschickt. Kinder in sehr jungen Jahren wurden stets vernichtet, da sie auf Grund ihrer Jugend unfähig waren, zu arbeiten. Noch eine andere Verbesserung gegenüber Treblinka war, daß in Treblinka die Opfer fast immer wußten, daß sie vernichtet werden sollten, während wir uns in Auschwitz bemühten, die Opfer zum Narren zu halten und sie im Glauben zu lassen, sie hätten ein Entlausungsverfahren durchzumachen. Natürlich erkannten sie auch häufig unsere wahren Absichten, und wir hatten aus diesem Grunde manchmal Aufruhr und Schwierigkeiten. Sehr häufig wollten Frauen ihre Kinder unter den Kleidern verbergen, aber wenn wir sie fanden, wurden die Kinder natürlich zur Vernichtung geschickt. Wir sollten diese Vernichtungen im geheimen ausführen, aber der faule und Übelkeit erregende Gestank, der von der ununterbrochenen Körperverbrennung ausging, durchdrang die ganze Gegend, und alle Leute, die in den umliegenden Gemeinden lebten, wußten, daß in Auschwitz Vernichtungen im Gange waren.

8. Von Zeit zu Zeit erhielten wir besondere Gefangene von der lokalen Gestapo-Behörde. Die SS-Doktoren töteten solche Gefangene durch Benzin-Injektionen. Die Ärzte hatten Befehl, ordentliche Todesbescheinigungen auszustellen und konnten irgendeinen beliebigen Grund als Todesursache angeben.

9. Von Zeit zu Zeit führten wir an weiblichen Insassen medizinische Versuche durch. Auch Sterilisation und Versuche im Zusammenhang mit Krebs. Die meisten Personen, die bei diesen Experimenten zu Tode kamen, waren ohnehin von der Gestapo zum Tode verurteilt worden.

10. Rudolf Mildner war ungefähr von März 1941 bis September 1943 Chef der Gestapo in Kattowitz. In dieser Eigenschaft sandte er häufig

Gefangene nach Auschwitz zur Einkerkerung oder Hinrichtung. Er besuchte Auschwitz bei verschiedenen Gelegenheiten. Der Gestapo-Gerichtshof, das SS-Standgericht, das Personen verhörte, die verschiedener Verbrechen beschuldigt wurden, wie Kriegsgefangene, die geflüchtet waren et cetera, trat häufig in Auschwitz zusammen, und Mildner wohnte den Verhandlungen gegen solche Personen oft bei, die gewöhnlich nach dem Urteilsspruch in Auschwitz hingerichtet wurden. Ich führte Mildner durch die gesamte Vernichtungsanlage in Auschwitz, an der er sehr interessiert war, da er Juden aus seinem Gebiet zur Hinrichtung nach Auschwitz senden mußte.
Ich verstehe englisch, in welcher Sprache obenstenhender Text niedergelegt ist. Die obigen Angaben sind wahr; diese Erklärung gab ich freiwillig und ohne Zwang ab. Nach Durchlesen der Angaben habe ich dieselben unterzeichnet und vollzogen in Nürnberg, Deutschland, am 5. Tage des April 1946.

Rudolf Hoess"

Was nicht im Affidavit aufscheint, ist, daß Höß in den zwanziger Jahren für einen politischen Mord 5 Jahre im Gefängnis saß (3), und - vor allem im Krieg - ungewöhnlich schnell bis zum Standartenführer aufgestiegen ist. (4) Abb. 29 ist ein Lagerplan von Birkenau. (5)

Wir untersuchen nunmehr die bedeutenden Punkte des Affidavits:
Ziffer 2 : Es wäre nützlich und wichtig gewesen, wenn Höß angedeutet haben würde, welcher Art die Konzentrationslager-Industrien von Auschwitz waren und welche große Bedeutung diese Industrien für die Deutschen hatten. In den umfangreichen Niederschriften der IMT-Zeugnisse scheint es nur einen genauen Hinweis auf die Beschaffenheit der Auschwitz-Industrien zu geben. Er findet sich in der Zeugenaussage der politischen Gefangenen Vaillant-Couturier, die beiläufig etwas über eine Munitionsfabrik bemerkt hat (zweifellos die Krupp'sche Zünderfabrik) und über eine *„große Buna-fabrik, aber da (sie) dort nicht arbeitete, wußte sie nicht, was dort hergestellt wurde"*. (6) Es mag noch andere Hinweise insbe-

sondere in Dokumenten geben, doch wenn es sie gibt, dann sind sie ziemlich tief vergraben.

Nicht einmal Höß klammerte sich an die Zahl von 2,5 Millionen vergaster Opfer. Im privaten Gespräch zur Zeit seiner Zeugenaussage und ebenso während seines eigenen Gerichtsverfahrens 1947 in Polen (er wurde gehängt) nannte er die Zahl 1.135.000. Die niedrigste Angabe jener, die behaupten, dort hätten Vergasungen stattgefunden, nennt 750.000 Opfer. (7) Die Russen sprachen von 4 Millionen Opfern, einschließlich solcher, die durch Injektionen, Mißhandlungen usw. getötet worden seien. Ihre höchste Zahlenangabe scheint sich allerdings auf 7 Millionen zu belaufen. (8)

Besonders merkwürdig ist, daß die Erwähnung von 400.000 Opfern aus Ungarn mit der Legende von den ungarischen Juden übereinstimmt. Diese Eigentümlichkeit bestand sogar schon vor der Höss-Erklärung und besteht bis auf den heutigen Tag fort. Es war am 5. Mai 1944, da Eichmann vermutlich den westlichen Alliierten über den Mittelsmann Joel Brand ein Tauschgeschäft „Lastwagen gegen Juden" vorgeschlagen hatte. (9) Die anhaltende Hervorhebung der ungarischen Juden scheint sich daraus zu ergeben, daß sich die besondere Aufmerksamkeit seit 1960 auf die Aktivitäten von Adolf Eichmann richtete. Für den Ursprung dieses Eifers kann ich nur die Erklärung anbieten, daß die Probleme der ungarischen Juden mit der deutschen Besetzung Ungarns im März 1944 begannen, gerade zu der Zeit, da auch die amerikanische Kriegsflüchtlingsbehörde *War Refugee Board,* die im Januar 1944 eingerichtet worden war, ihre Tätigkeit aufzunehmen begann. Ein beachtlicher Teil der Aufmerksamkeit des WRB war daher auf Ungarn ausgerichtet. (10)

Ziffer 4 : Höss legt den Beginn der Vergasungen in den Sommer 1941. Er wurde im Dezember 1943 zur Inspektion der Konzentrationslager in Oranienburg versetzt, weiß aber *„auf Grund* (seiner) *weiterbestehenden Pflichten",* daß *„diese Massenexekutionen fortgesetzt wurden"* Ein Wissen über wichtige Ereignisse in Auschwitz für die Zeit seiner Zugehörigkeit zur Inspektion der Konzentrationslager zu behaupten, erscheint ein-

leuchtend. Bei einer Vernehmung als Zeuge bekundete Höß jedoch, er sei im Sommer 1941 direkt zu Himmler befohlen worden und habe bei der damaligen Unterredung als KZ-Kommandant vom Reichsführer-SS unmittelbar den Befehl zur Vernichtung der Juden erhalten - mit der Auflage, er solle hierüber unbedingt strengstes Stillschweigen bewahren und nicht einmal seinen unmittelbaren Vorgesetzten Glücks herausfinden lassen, was er tue. Glücks - um es geradeheraus zu sagen - war zu jener Zeit der Inspekteur der Konzentrationslager und unterstand unmittelbar dem Reichsführer SS. (11)

Ziffer 6 : Höss behauptet, *„ihm sei im Juni 1941 befohlen worden, in Auschwitz Einrichtungen für Vernichtungsmöglichkeiten zu schaffen"*. Damit wiederholte er das bereits unter Ziffer 4 mitgeteilte Datum, und in seiner Zeugenaussage zur Unterstützung seines Affidavits griff er erneut auf dieses Datum zurück. Es scheint also kein Zweifel daran möglich, daß Höß wissentlich und wohlüberlegt den Sommer 1941 als Beginn der Judenvernichtung angab und daß sich ein Fehler hier nicht eingeschlichen haben kann. Ebenso bezeugt Höß, daß zur Zeit des Himmler-Befehls die KZ-Inspektion (Glücks) Himmler unmittelbar unterstellt war. Dies könnte nur vor März 1942 gewesen sein, denn dann übernahm Oswald Pohl, Chef des WHVA (Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt, Ziffer 3), die KZ-Inspektion, und Glücks wurde Pohl unterstellt, der seinerseits Himmler unterstand. Vor dem Monat März 1942 scheint die KZ-Inspektion eine selbständige Organisation gewesen zu sein und wird unmittelbar Himmler unterstanden haben, obgleich sie Verbindungen sowohl zu Heydrich als auch zu Jüttners Führungshauptamt hatte. Höß war natürlich mit dieser verwaltungsmäßigen Gliederung vertraut, da Pohl Ende April 1942 eine Zusammenarbeit aller KZ-Kommandanten und Führungskräfte der KZ-Inspektion zu deren Unterrichtung veranlaßt hatte. (12)

Dessen ungeachtet besteht Reitlinger aus bestimmten, später noch erkennbar werdenden Gründen darauf, daß Höß den Sommer 1942 und nicht 1941, gemeint habe. Zunächst setzt die Höß-Erklärung voraus, daß

der Treblinka-Besuch nach den großen Deportationen der Warschauer Juden in dieses Lager stattfand. Höß versicherte das ausdrücklich in einer anderen eidesstattlichen Erklärung. Damit ist der Treblinka-Besuch auf das Jahr 1942 festgelegt. Weiter erfolgte der erste große Judentransport (2.000 Menschen) nach Birkenau den bei Reitlinger angegebenen Quellen zufolge im März 1942, als *„die kleine Vergasungseinrichtung im Birkenwald gerade zu arbeiten begonnen hatte"*. (13) Allerdings vermehren solche Argumente die Verwirrung nur noch, wenn man uns daneben erzählt, daß Höß den Vernichtungsbefehl im Sommer 1942 erhalten habe (Reitlinger).

Dieses sind ganz einfach jene Arten von Widersprüchen, die man in einem Wust von Lügen erwarten sollte. Wie dem aber auch sei, für unsere Untersuchung sollten wir davon ausgehen, daß Höß wirklich den Sommer 1942 gemeint habe. In jedem Fall behauptet Höß aber, daß es zur Zeit des Himmlerbefehls drei andere Vernichtungslager gegeben habe, daß er Treblinka besichtigt habe und daß in diesem Lager bereits ein halbes Jahr hindurch Vernichtungen stattgefunden hatten. Damit wird der Beginn der Gaskammermorde auf Anfang 1942 festgesetzt, wenn wir Reitlingers Standpunkt akzeptieren.

Man muß zugeben, daß Vergasen mit Kohlenmonoxyd unzweckmäßig ist. Kohlenmonoxyd soll in Belczek durch die Abgase eines Dieselmotors und im Lager Treblinka durch die Abgase erbeuteter russischer Panzer und Lastwagen gewonnen worden sein. (14)

Man muß ebenso zugeben, daß Zyklon B wesentlich wirksamer war, da es aus Kristallen bestand, die in Verbindung mit Luft Blausäuregas (Hydrogen-Cyanid-Gas) entwickelten. Es gab kein tödlicheres Gas, und das Zyklon war in der Tat ein gut bekanntes und weit verbreitetes Ungeziefervernichtungsmittel, das die deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (DEGESCH) entwickelt hatte. Vor dem Krieg war es weltweit als Ungeziefervernichtungsmittel auf dem Markt (15), wobei das Wort „Zyklon" Wirbelsturm bedeutet, d.h. das Produkt war ein Wirbelsturm gegen die Ungezieferplage. Während des Krieges wurde es überall in der Wehrmacht und in den Konzentrationslagern, und daher

auch in Auschwitz als Ungeziefervernichtungsmittel verwendet. Besteller und Empfänger des Zyklons in Auschwitz war das sog. Referat für Schädlingsbekämpfung. (16)
Auf die durch Läuse verursachte ständige Typhusgefahr wurde bereits hingewiesen, auch haben wir die furchtbaren Folgen gesehen, die sich aus einem völligen Zusammenbruch der Desinfektionsmaßnahmen in Belsen ergeben haben. Im Hinblick auf die besondere Anfälligkeit des Auschwitz-Kattowitz-Gebietes gegenüber der Typhus tragenden Laus, im Hinblick auf die Epidemien in Auschwitz, die Werksschließungen erzwungen haben, schließlich im Hinblick auf die außerordentliche Wichtigkeit der Auschwitz-Industrie für die deutschen Kriegsanstrengungen ist es nicht überraschend, daß das Zyklon in Auschwitz und seiner Umgebung für den vorgesehenen Zweck in reichlichen Mengen benötigt wurde. Dieses chemische Erzeugnis wurde im WRB-Bericht, aber auch schon früher, und wird bis auf den heutigen Tag als Quelle jenes Gases bezeichnet, das für die Vernichtung von Juden in Auschwitz verwendet worden sei.
Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, die Rolle des Zyklon als Ungeziefervernichtungsmittel sei verheimlicht worden. Der WRB-Bericht erwähnt die antiparasitäre Rolle des Zyklons, und eine zweifache Bestimmung des Zyklons in Auschwitz wird in den IMT-Protokollen ausdrücklich, angesprochen. (17) Gerade dieses Zyklon B hat sich als Hauptmerkmal eines Betruges erwiesen, weil es eine doppelte bzw. falsche Interpretation erfahren hat, ohne daß dies in der Endlösungsliteratur erörtert, ja vielfach nicht einmal angedeutet wird. Nur Hilberg macht die unmaßgebliche Bemerkung, daß *„sehr wenig für die Entseuchung gebraucht wurde"*, und zitiert dann nicht überzeugende Quellen. Reitlinger macht es nicht besser.
Die hauptsächliche Verwendung des Zyklons erfolgte in Desinfektionsräumen und Kasernen. Alles wurde versiegelt und dann die nötige Menge Zyklon, das in grünen Blechdosen geliefert wurde, in die Räume eingelassen. Nach angemessener Zeit, als die Läuse und sonstigen Insekten und Seuchenträger tot waren, wurden die Räume entlüftet. Das Zy-

klon konnte für die Desinfektion von Kleidung auch in sog. Entwesungskammern verwendet werden, wie sie die deutsche Entwesungsindustrie auf den Markt gebracht hatte, obgleich zu jener Zeit für die Desinfektion von Bekleidung auch Dampfbäder in Gebrauch waren, besonders als ortsfeste Anlagen. Die Entwesungskammern haben sich als mobile Anlagen für häufigen Standortwechsel bewährt und wurden deshalb vorgezogen.
Die *US-Army,* die während des Krieges ebenfalls mit Ungeziefer zu tun hatte, besaß ähnliche Einrichtungen und hatte eine sog. Feldkanmmer entwickelt. Da die Vereinigten Staaten erst im Dezember 1941 in den Krieg eintraten, hatten sie Zeit, das neu entwickelte DDT für jene Zwecke zu übernehmen, für die die Deutschen das Zyklon verwandten.(19) Natürlich brachten die Amerikaner das DDT in ihren Lagern, und zwar den Konzentrationslagern als auch anderen zur Anwendung. Das DDT war als weiterentwickeltes Ungeziefervertilgungsmittel vielseitiger, z.B. auch nicht annähernd so tödlich für menschliche Wesen wie Zyklon. Daher enthielt es auch keinen Warnstoff, ein Reizmittel dem Zyklon beigegeben, der sich vor dem Cyanidgas des Zyklon bemerkbar machte. Nun gab es jedoch auch Zyklon ohne diesen Reizstoff. Doch auch dies ist nicht sonderbar, da es allgemein üblich war, bei der Fertigung von Produkten für militärische Zwecke kostenspielige Zusätze wegzulassen. So fehlte in der Tat dieses Reizmittel bei dem in den Konzentrationslagern verwendeten Zyklon.
Die Doppelrolle des Zyklon wurde vor dem IMT am 28.1.1946 in der Aussage eines Zeugen des französischen Anklägers DuBost hervorgehoben. Dann legte DuBost am 30.1.1946 das Dokument 1553-PS als Beweismittel vor. Es bestand aus einer Anzahl von an den SS-Sturmführer Kurt Gerstein adressierten Rechnungen über verschiedene Mengen Zyklon, die nach Oranienburg und Auschwitz gesandt worden waren, sowie einer weitschweifigen Darlegung, die Gerstein zugeschrieben wurde. Nach einiger Unschlüssigkeit wegen gewisser rechtlicher Formalien nahm das Gericht beide Teile des Dokuments als Beweismittel an. Die Behauptungen von Rassinier und Reitlinger, die Gerstein-Erklärung sei

vom Gericht zurückgewiesen worden, stehen dem nicht entgegen. (20) Zwei Rechnungen sind in den IMT- Protokollbänden und ein Teil der Erklärung in den NMT-Protokollbänden abgedruckt. (21) Die beiden in den IMT-Protokollbänden wiedergegebenen Rechnungsabdrucke zeigen eine Rechnung über 195 kg Zyklon für Oranienburg und eine Rechnung über die gleiche Menge für Auschwitz. Wahrscheinlich war das Oranienburger Zyklon für andere Lager bestimmt, während das nach Auschwitz gelieferte Zyklon auf die kleineren Lager und möglicherweise auf die Kohlengruben aufgeteilt werden sollte.
Der Fall Gerstein zeigt, daß selbst intelligente Menschen grenzenlos für Absurditäten empfänglich sind, wenn sie erst eine Lüge als Wahrheit erkannt haben. Es ist dies derselbe Gerstein, der in Hochhuths Schauspiel *Der Stellvertreter* als Hauptfigur auftritt.
Gersteins Amtsbezeichnung in der SS lautete „Chefdesinfektionsoffizier im Hauptgesundheitsamt der Waffen-SS" (22) Als solcher war er für die Überwachung der Ausgabe des Desinfektionsbedarfs an alle von der SS verwalteten Lager verantwortlich. über das, was ihm am Ende des Krieges zugestoßen war, gibt es zwei Versionen. Nach der einen traf er zufällig mit amerikanischen Vernehmungsoffizieren in einem Hotel in Rottweil, Schwarzwald, zusammen und berichtete, daß er eine verantwortliche Stellung in der Nazi-Partei innegehabt habe und dabei als Geheimagent für den Anti-Nazi-Pastor Niemöller gearbeitet habe, daß er bei der Einrichtung der Gaskammern beteiligt gewesen sei und daß er darauf vorbereitet sei, als Zeuge vor jedem Gericht aufzutreten. Er händigte ihnen dann ein 7-seitiges Dokument in französischer Sprache sowie eine Notiz in englischer Sprache und einige Zyklon-Rechnungen aus; danach verschwand er. (23) Der anderen Version zufolge fand er sich irgendwie im Pariser Militärgefängnis Cherche-Midi ein, verfaßte mit eigener Hand ein Dokument in französischer Sprache, fügte diesem die Zyklon-Rechnungen bei und erhängte sich dann im Juli 1945 selbst. (24) In keinem der beiden Fälle wurde weder er noch seine Leiche gefunden. Er verschwand angeblich spurlos, lediglich eine Erklärung und einige Zyklon-Rechnungen hinterlassend, die zum Dokument 1553-PS wurden.

Die erste Version ist diejenige, die im Begleitschreiben zum Dokument wiedergegeben wird.

Selbst wenn man uns nicht eine so offensichtlich faule Geschichte über Gerstein vorsetzen würde, hätten wir Zweifel an der Echtheit der Erklärung allein seines Inhalts wegen. Denn die darin enthaltene Darstellung ist lächerlich, z.B. daß Gerstein seine Stellung innerhalb der SS mit der Absicht übernahm, den Versuch einer Sabotage der Massenvernichtungen zu unternehmen (*„ein Mann, der in die Hölle eingedrungen war, mit der einzigen Absicht, vor der Welt Zeugnis abzulegen und den Opfern zu helfen")* [25]. Der Text der 4. Erklärung einschließlich des durch das NMT publizierten Teils ist hier als Anhang A beigefügt. Das *statement* ist bei unserer Untersuchung zwar bedeutungslos, doch sollte der Leser sich dies einmal ansehen. Es ist absolut unsinnig und daher auch nicht verwunderlich, wenn selbst Leute, die dieser Geschichte Ernsthaftigkeit beimessen, eine *„Zweideutigkeit des Guten"* und *„ein gewisses Unbehagen, eine Unfähigkeit fühlen, Gerstein als Person vollständig zu erklären"*. Das Schauspiel *Der Stellvertreter* beginnt mit Gerstein, wie er sich einen Zugang zum Empfangsraum der päpstlichen Gesandtschaft in der Berliner Rauchstraße erzwingt, um dort dem päpstlichen Nuntius atemlos die Geschichte seiner Erklärung zu berichten!

Vollkommen unverzeihlich ist, daß Hilberg und Reitlinger ein so offensichtlich unechtes *statement* als Quelle benutzen, noch dazu ohne jede Rechtfertigung. Immerhin verweist Reitlinger darauf, daß Hitler niemals Lublin besichtigt habe, wie die Erklärung versichert. [27]

DEGESCH war nicht die einzige Firma, die mit dem Entwesungsgeschäft befaßt war. Auch die Firma Tesch und Stabenow versorgte Kunden mit Zyklon und mit Ausrüstung für Entwesungskammern, die gewöhnlich eine Größe bis zu 10 Kubikmeter hatten. In Kapitel II sahen wir, daß anscheinend in Dachau eine solche Gaskammer existierte, die natürlich während der frühen Phasen der Propaganda als Mordkammer vorgeführt wurde, obgleich heute nicht einmal mehr versucht wird zu behaupten, sie sei etwas anderes als ein Desinfektionsraum gewesen.

Tesch und Weinbacher, Angestellte der Firma Tesch und Stabenow, die

einige Ausrüstung für Entwesungskammern an das Lager Groß-Rosen verkauft hatten, wurden für ihre Tätigkeit im Entwesungsgeschäft aufgehängt. Ihre Einrede, sie hätten nicht gewußt, daß ihre Waren anders als zu Desinfektionszwecken benutzt worden seien, und ihre Hilfseinrede, sie hätten einen Auftrag der SS nicht zurückweisen können, wurden durch das britische Militärgericht verworfen. (28)

Ziffer 7 : Nach den Affidavits von Höß und Entreß aus dem Jahre 1947(29) waren die ersten, im Sommer 1942 in Gang gesetzten Gaskammern behelfsmäßige Einrichtungen (Widerspruch zum Affidavit aus 1946). Es handelte sich hierbei um zwei alte, luftdicht hergerichtete Bauernhäuser mit versiegelten Fenstern. Im Auschwitz-Prozeß 1963-1965 wurde davon ausgegangen, daß der Bunker in Bild 29 eine dieser frühen Gaskammern gewesen sei. (30)
Die Beschaffenheit der späteren Gaskammern wird noch untersucht werden.
An dieser Stelle bietet es sich an, Einwände hinsichtlich der Reihenfolge der Verantwortlichkeiten und Befügnisse für diese Maßnahmen zu erheben. Höß sagte, er habe seinen Befehl unmittelbar von Himmler während des Sommers 1942 erhalten. Dies bedeutet, daß Himmler nicht Glücks allein, sondern auch Pohl überging, als er dem Lagerkommandanten einen derart gewichtigen Befehl erteilt habe. Hierbei bestand er ausdrücklich darauf, daß Glücks nicht wissen sollte, was vor sich ging. Himmler begab sich somit drei Zuständigkeitsebenen abwärts, um einen konspirativen Befehl zu geben, und ordnete noch besonders an, daß Höß etwas geheim halten sollte, was niemals geheim bleiben konnte. Dieser Sachverhalt ist ganz außergewöhnlich.
Doch das ist noch nicht alles. Nach der Geschichte, die uns Höß in seinem Affidavit und in seiner Zeugenaussage bietet, die aber auch durch noch andere Quellen ergänzt wird, überließ die deutsche Regierung die Mittel der Tötung und das dazu erforderliche Material der Urteilskraft und der Eingebung eines örtlichen Lagerkommandanten. Höß entschied den Umbau zweier alter Bauernhäuser. Höß fand das Zyklon im Lager

verfügbar und entschied, daß es eine wirksamere Methode zur Lösung des Judenproblems gewährleistete als die, die man in Treblinka anwandte, wo man einige eroberte russische Panzer und Lastkraftwagen für die Vernichtungen benutzte. All dies ist idiotisch. Und Reitlinger ist das Problem der Verantwortlichkeit für den Zyklon-Einsatz offensichtlich unbequem, doch er kommt über diese Schwierigkeit nirgends hinweg, ja er vergrößert sie noch durch die Andeutung, Hitler (!) habe sich letztlich *„nicht mit Begeisterung für das Zyklon entschieden"*. (31)

Man erzählt uns, daß die nicht arbeitsfähigen Juden sofort nach ihrer Ankunft vergast worden seien (und deshalb zum größten Teil in keiner schriftlichen Aufzeichnung erscheinen), aber ein dieser Behauptung widersprechender Bericht ist sogar im *WRB-Report* enthalten. Diesem *Report* zufolge erreichte ein Familientransport von 4 oder 5.000 Juden aus Theresienstadt Birkenau im September 1943. Die Ankommenden behielten ihr Gepäck und wurden als Familien in jenem Lagerteil untergebracht, der in Bild 29 bezeichnet ist. Man erlaubte ihnen, frei zu korrespondieren; für die Kinder wurde eine Schule eingerichtet und die Männer waren nicht zur Arbeit verpflichtet. Sie wurden als für 6 Monate in Quarantäne befindlich betrachtet. Es wird behauptet, daß sie am 7. März 1944 vergast worden seien und daß *„die jungen Leute singend in den Tod gegangen seien"*. Die Verwandten dieser Juden erhielten vom 23. oder 25. März datierte Postsendungen, doch es wird behauptet, diese Post sei bereits am 1. März von den Absendern geschrieben und in Befolgung deutscher Anordnungen nachdatiert worden.

Dieser Vorgang wurde mit einer anderen Gruppe jüdischer Familien wiederholt. Es handelte sich um 5.000 Menschen, die im Dezember 1943 aus Theresienstadt ankamen und deren Quarantäne im Juni 1944 beendet werden sollte. Einige Männer wurden zur Arbeit herangezogen. Nach Berichten angeblich überlebender standen im Mai 1944: 2.000 auf der Beschäftigungsliste, 1452 waren noch in Quarantäne und 1575 wurden als in Vorbereitung zum Transport angesehen, was nach Reitlinger „Warten auf die Gaskammern" bedeutete. Dies wurde noch einmal mit einer Gruppe Theresienstädter Familien wiederholt, die im Mai 1944 an-

kam. (32) Da alle diese Menschen unter Quarantäne gestellt wurden, sind ihre Quartiere mit Sicherheit bevor sie hineingeführt wurden und vielleicht auch, während sie dort lebten, mit Zyklon desinfiziert worden. Heute wird uns zugemutet zu glauben, daß die Deutschen ihre spätere Tötung mit demselben Produkt planten!

Im wesentlichen die gleiche Geschichte wurde bei der Beweisaufnahme vor dem IMT wiederholt. (33) Das Vorhandensein solchen Materials im WRB-Bericht ist kein Geheimnis. Was auch immer den Theresienstädter Juden in den Jahren 1943 bis 1944 widerfuhr, war in Europa ziemlich gut bekannt. Als im Oktober 1943 aus Dänemark 360 Juden abtransportiert wurden, brachte man sie nach Theresienstadt, *„damit man dem dänischen König mit mehr Anspruch auf Glaubwürdigkeit versichern könne, daß ihnen nichts geschehen würde"*. (34) Wir wiesen bereits im vorangehenden Kapitel auf die im Juni 1944 erfolgte Kontrolle durch das Rote Kreuz hin, die Beziehungen des Roten Kreuzes zu Theresienstadt werden im folgenden Kapitel weiterbehandelt werden. Auf Grund eines Besuchs von Theresienstadt 1945 berichtete das Rote Kreuz von Verlegungen nach Auschwitz, ohne damit argwöhnische Andeutungen zu verbinden.
Es war durchaus logisch, davon zu sprechen, daß die Theresienstädter Juden sich in Vorbereitung zum Transport befunden hätten, als ihre Quarantäne vor der Beendigung stand, da bekannt ist, daß viele Juden aus Theresienstadt nach dem Osten deportiert wurden. Eine durch die israelische Regierung verbürgte Quelle, die in Theresienstadt ihren Ursprung hat, ergibt, daß die Deutschen von 1941 bis 1944 Juden aus Theresienstadt nach Minsk in Rußland und Riga in Lettland verbracht hätten. Man mußte schon einige Vernichtungslager passieren, um von Theresienstadt in diese Städte zu gelangen. Die erwähnte Quelle berichtet weiter, daß junge Theresienstädter Juden sich noch im August 1944 eifrig für Transporte nach Auschwitz gemeldet hätten. (35) Rabbi Leo Baeck erklärte, daß jemand im August 1943 aus Auschwitz geflohen und nach Theresienstadt zurückgekehrt sei und dort Baeck von Vergasungen erzählt habe. Baeck hat angegeben, warum er zu dieser Zeit niemandem

hiervon erzählte, was - wie uns zweifellos damit gesagt werden soll - erklärt, wie es möglich gewesen ist, daß alle diese Leute in ihrer Unwissenheit eifrig bemüht waren, nach Auschwitz zu kommen. (36)
Wie dem auch sei, der die Theresienstädter Juden betreffende Abschnitt der Auschwitzlegende ist offensichtlich Unsinn, sogar ohne den Beweis des Gegenteils. Daß die Deutschen drei verschiedene Gruppen von Menschen einer Kategorie, für die in Birkenau ein Vernichtungsprogramm existierte, dort für 6 Monate beherbergen wollten, ist nicht glaubhaft.
Wenn wir noch eine andere Quelle prüfen, bei der es sich um statistisches Zahlenmaterial über Transporte nach Auschwitz handeln soll, treffen wir auf die gleiche Lage. Die Angaben des Niederländischen Roten Kreuzes sind von größerer Zuverlässigkeit als die des WRB-Berichtes, obgleich sie weitgehend begrenzt sind. Wie aus Anhang C ersichtlich, zeigen diese Angaben, daß im großen und ganzen alle männlichen Juden, welche im Juli und August 1942 aus den Niederlanden nach Auschwitz deportiert wurden, nach Birkenau gekommen sind und Registrationsnummern erhalten haben. Es ist auch bekannt, daß diese holländischen Juden Briefe an Bekannte in den Niederlanden geschrieben haben, in denen sie die Arbeit in Auschwitz als hart aber erträglich, die Verpflegung als angemessen, die Schlafgelegenheit als gut, die hygienischen Bedingungen als zufriedenstellend und die allgemeine Behandlung als korrekt bezeichneten (dies berichtete der Judenrat in Amsterdam mit dem Zusatz, er wisse von 52 solchen Briefen). Für Reitlinger sind dies Rätsel, denn, so sagt er, *„zu gewissen Zeiten wurden ganze Transporte in das Lager aufgenommen."* (37)
Der Begriff „sofortige Entscheidungen" *(spot decisions)* ist, soviel wir wissen, nach dem Höß-Affidavit nicht mehr gebraucht worden. Allgemein wird von Selektionen gesprochen; man erzählt, daß Selektionen bei den ankommenden Transporten auf der Grundlage der Arbeitseignung erfolgten. Dies wird im wesentlichen wahr sein; bei der Ausdehnung und Verschiedenartigkeit des industriellen Tätigkeitsbereichs in Auschwitz waren Selektionen zur Feststellung der Arbeitsfähigkeit sowie der Eig-

nung für leichte oder schwere Arbeit erforderlich. Auch war zu berücksichtigen, ob ein Transport aus Gefangenen, freiwilligen Arbeitern, umgesiedelten Juden (wie die Theresienstädter Juden) oder anders zusammengesetzt war. Auch wurden die Transporte zweifellos auf Mangelberufe hin durchkämmt, wie etwa auf medizinisches Personal, Ingenieure, Fachhandwerker usw. Die Vernichtungslegende behauptet demgegenüber, daß bei dieser sorgfältigen Aussonderung und Auswahl nur eine Personengruppe gesucht wurde: die nicht arbeitsfähigen und damit zur Vernichtung bestimmten Juden. Diese Behauptung ist schon durch die Beweisführung ernstlich in Frage gestellt.

Und dann soll ausgerechnet diese Gruppe in die Millionen gegangen sein!

Unter „Selektion ankommender Transporte" ist nicht jene behauptete einzige Art von Selektionen für die Gaskammer zu verstehen. Ein holländischer Jude, Dr. Elie A. Cohen, wurde im Jahre 1943 inhaftiert, weil er versucht hatte, die Niederlande ohne Genehmigung zu verlassen. Im September wurde er mit seiner Familie nach Auschwitz verbracht, wo er von ihr getrennt wurde; er sah sie niemals wieder. Später schrieb er über seine Erfahrungen als Mitglied der Krankenhausverwaltung in Auschwitz I ein Buch *Menschliches Verhalten in den Konzentrationslagern.* Cohen stellt gewisse Gaskammer-Selektionen im Häftlingskrankenhaus dar: (38)

> „Nachdem die H.K.B. (Häftlingskrankenbau)-Verwaltungsstelle Nachricht gegeben hatte, daß der Lagerarzt dabei war, eine Selektion durchzuführen, wurde der ganze Block tätig wie ein Bienenschwarm, denn alles hatte schmuck und sauber zu sein (...) während jedermann in Achtungstellung stand, trat er mit seinem Gefolge ein: S.D.G. (Sanitätsdienstgrad), Blockälteste und Blockschreiber. Die kranken Juden standen schon in einer Reihe, nackt selbstverständlich. Gleichzeitig mit Vorlage der Karteikarte mit den persönlichen Aufzeichnungen über jeden Gefangenen stellte der Blockarzt, in dessen Ohr der Krankenhausarzt die Diagnose flüsterte, dem Lagerarzt den Patienten zur Untersuchung vor (...) in 90% aller Fälle wurde die Karte dem S.D.G. ausgehändigt, was für den Patient der Tod durch Vergasung bedeutete, außer wenn die politische Abteilung das Gegenteil anordnete, was bei Schutzhafthäftlingen (gewöhnlichen Kriminellen) häufig vorkam.
>
> Nicht nur abgezehrte Gefangene, sondern ebenso einige, die gut genährt aussahen, wurden zeitweise für die Gaskammer bestimmt; gelegentlich hatten

sogar Angehörige der Häftlingsverwaltung, die offiziell davon ausgenommen waren, ein gleiches Schicksal zu erleiden. Es wurde daher, insbesondere im Hinblick auf den medizinischen Stil des Lagerarztes allgemein vermutet, daß nicht nur Arbeitsunfähige zur Tötung ausgewählt wurden, sondern daß der entscheidende Faktor dabei sein mußte, daß jeweils eine bestimmte Zahl von Personen zu vergasen war.
Offiziell kannte niemand das letzte Ziel dieser Prozedur wirklich, nicht einmal das Personal der Verwaltungsstelle, denn hinter die Namen der Vergasten wurden die Buchstaben S.B., die Kurzbezeichnung für Sonderbehandlung, gesetzt."

Cohen berichtet nicht, daß er irgendwelche Gaskammern gesehen, erlebt habe. Der einzige Beweis, den er dafür heranzieht, solche Szenen als Vergasung auszudeuten (eine solche Ausdeutung ist von den schlichten Tatsachen her sicher nicht angezeigt), besteht in den Nachkriegsbehauptungen über Judenvernichtungen in Auschwitz sowie in der Tatsache, daß es innerhalb des Lagers Gerüchte über Judenvernichtungen irgendwo bei Auschwitz gegeben habe. Sicher zirkulierten solche Gerüchte über Judenvernichtungen, hat doch eine Delegation des Internationalen Roten Kreuzes von derartigen Gerüchten unter britischen Kriegsgefangenen in Auschwitz III im September 1944 berichtet. (39) Jedoch läßt sich aus den Gerüchten so gut wie nichts schließen, zumal ihr systematisches Ausstreuen zur psychologischen Kriegführung der Gegner Deutschlands gehörte. Wir haben gesehen, daß das OSS und natürlich die Kommunisten sich intensiv mit der Verbreitung von Gerüchten und Greuelpropaganda beschäftigten. Eingeweihte hohe Beamte der US-Regierung - und natürlich auch das britische Informationsministerium - haben das Verbreiten solcher Informationen bewußt gefördert. Während des IG-Farben Prozesses stellte der Anklagevertreter Minskoff dem Zeugen der Verteidigung Münch die folgende Frage: (40)

„Herr Zeuge, ist es nicht eine Tatsache, daß während der Zeit, als Sie in Auschwitz waren, alliierte Flugzeuge Flugblätter über Kattowitz und Auschwitz abwarfen, mit denen die Bevölkerung über die Vorgänge in Birkenau unterrichtet wurde?

Münch wußte das nicht. Doch Minskoff wußte hier Bescheid, da er wäh-

rend des Krieges ein über die Auslandstätigkeit orientierter Rechtsanwalt im Finanzministerium gewesen und vermutlich gut über die WRB-Vorgänge informiert war. Das WRB hatte mit dem Kriegsinformationsamt verschiedentlich bei Flugblattaktionen zusammengearbeitet. Leiter der Anklagebehörde im IG-Farben Prozeß war DuBois, der vorher Hauptberater des WRB gewesen war; er schrieb, daß er in seinem Amt im Jahre 1944 gewußt habe, was in Auschwitz vor sich ging. In seinem Buch erwähnte er zustimmend den die Minskoff-Frage enthaltenen Teil der Zeugenaussage. (41) Dies ist ein guter Beweis für eine amerikanische Flugblattaktion über Auschwitz, obgleich das Verfahren ziemlich unvollkommen gewesen sein dürfte. Meiner Meinung nach erfolgte eine solche Flugblattaktion, wenn sie wirklich durchgeführt worden ist, bei Nacht und unter Verwendung einer geringen Stückzahl.

Indessen waren Flugblätter gar nicht nötig, um die Lager mit Gerüchten zu versorgen, da die gut organisierten Kommunisten sehr aktiv auf diesem Gebiet waren. Ihre überlegene Organisation, die sich auch mit dem unerlaubten Abhören von Rundfunksendungen befaßte, hatte die anderen Häftlinge von ihren Neuigkeiten regelrecht abhängig gemacht. (42) So konnten Geschichten über die Lager auf den verschiedensten Wegen mit und ohne Feindsender in diese hinein- oder aus diesen hinausgelangen.

Die oben erwähnte Delegation des Roten Kreuzes hatte versucht, die Auschwitzlager zu besichtigen, kam aber anscheinend nicht weiter als bis in den Verwaltungskomplex von Auschwitz I und in die Unterkünfte der britischen Kriegsgefangenen. Die letzteren durfte sie auf Grund der bestehenden internationalen Abkommen aufsuchen; hinsichtlich der anderen Bereiche waren die deutschen Offiziere *„liebenswürdig und zurückhaltend"*. Die Delegation berichtete ohne Kommentar, daß die britischen Kriegsgefangenen von Lagerinsassen keine Bestätigung der Gerüchte erhalten hätten. Als später die Sowjets die britischen Kriegsgefangenen im Anschluß an die Besetzung des Lagers verhörten, stellte sich heraus, daß sie auch dann trotz dieser Gerüchte von *„Verbrechen überhaupt nichts wußten"* (43)

Spätere Ereignisse haben dann in vielen Fällen die Gerüchte in Wissen umgewandelt. Ankommende Juden hatten sicherlich keinerlei Verdacht auf Vergasungen. (44)

Mit den Selektionen werden wir einer weiteren Tatsache gegenübergestellt, die eine doppelte Auslegung zuläßt. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die umfassenden industriellen und sonstigen Beschäftigungsmöglichkeiten eine Auswahl der Menschen für verschiedene herkömmliche Zweckbestimmungen erforderte. Von uns aber verlangt man, dieser Tätigkeit eine Vernichtungsabsicht beizumessen.

Bevor wir uns von Cohen abwenden, sollten wir noch bemerken, daß es im Krankenbau von Auschwitz I sowohl kranke, ausgemergelte als auch andere Juden gab. (45)

> „Der H.K.B. war in fünf guten, aus Stein gebauten Häuserblocks untergebracht. Es gab einen Block für Chirurgie, einen für Infektionskrankheiten, einen für innere Krankheiten, einen für Schonung (weniger schwere Fälle) und Block 28 (Bestrahlung, medizinische Experimente, Spezialistenräume, Aufnahmen). Die Kranken lagen in dreistöckigen Betten auf Strohsäcken unter zwei baumwollenen Decken und einem Bettlaken, bekleidet mit einem Hemd (später zusätzlich noch mit einer Unterhose). Jede Woche wurden die Patienten gebadet, alle zwei Wochen erhielten sie saubere Unterkleidung und ein sauberes Bettlaken. Es gab wenig Fliegen, keine Läuse. Jede Schlafstelle war selten mit mehr als zwei Personen belegt. Aber (...) selbst Patienten mit hohem Fieber mußten ihre Betten verlassen, um zur Toilette zu gehen oder sich in dem kalten Waschraum morgens zu waschen. Mit Hilfe der SS konnte man immer Medikamente organisieren, wenn auch nicht in ausreichenden Mengen, sogar Sulfonamide eingeschlossen; diese waren durch große Judentransporte aus allen europäischen Ländern hereingebracht worden."

Cohen fügt hinzu, daß die Zustände in den Krankenabteilungen anderer Lager, über die er nur gelesen hat, viel schlechter gewesen seien. Der Krankenbau von Auschwitz I war offensichtlich keine Luxuseinrichtung, doch zeigte er auf Seiten der Deutschen das ernstliche Bemühen um gesundheitliche Wiederherstellung der erkrankten Häftlinge, inclusive der Juden. Diese Beobachtung steht ebenfalls der Behauptung entgegen, daß die Arbeitsunfähigen getötet worden seien. Cohen berichtet von gewissen Selektionen, deren Gründe unbekannt blieben. Möglich, daß die als nicht mehr arbeitsfähig angesehenen Häftlinge nach Birkenau geschickt

worden sind. Dies wäre durchaus verständlich, zumal sich herausgestellt hat, daß die Nichtarbeitsfähigen aus dem Monowitzer Krankenhaus ebenfalls nach Birkenau verlegt worden waren.
Der Ausdruck „Sonderbehandlung" wird als eines der Tarnworte für Vergasung ausgegeben. Wenn gesagt wird, daß soundsoviele Juden in einem Transport nach Auschwitz irgendeinem deutschen Bericht oder Dokument zufolge vergast worden seien, so beruht das darauf, daß dem Wort „Sonderbehandlung" die Bedeutung „Vergasung" unterschoben wird. Von den in Frage stehenden Dokumenten gibt es zwei an der Zahl; sie sind abgedruckt (nicht im Original wiedergegeben) in einer Publikation der polnischen Regierung aus dem Jahre 1946. Beide Dokumente sollen von einem SS-Sturmführer Schwarz unterzeichnet sein. Sie sagen aus, daß aus verschiedenen jüdischen Transporten von Breslau und Berlin nach Auschwitz im März 1943 eine bestimmte Anzahl von Juden zur Arbeit ausgesondert und der Rest sonderbehandelt worden sei. Soviel ich weiß, handelt es sich hierbei nicht um Nürnberger Dokumente; die Originale, wenn es sie gibt (was ich nicht in Abrede stellen will), befinden sich in polnischen Archiven. (46)
Es gibt ein offenbar echtes Dokument der Gestapo in Düsseldorf, das im einzelnen die Art und Weise angibt, in der die Hinrichtungen von Fremdarbeitern für gewisse Vergehen durchzuführen waren, und das den Ausdruck „Sonderbehandlung" im Sinne von Exekution gebraucht. Weiterhin gibt es ein Dokument, das als Beweismittel in den Eichmann-Prozeß eingeführt wurde und das die Exekution von drei Juden als „Sonderbehandlung" bezeichnet. (47)
So scheint es richtig zu sein, daß der Begriff in dem bestimmten Zusammenhang Exekution bedeutete, aber zumindest ebenso sicher ist, daß er innerhalb der SS eine gleichermaßen unbestimmte Bedeutung hatte wie in englischsprachigen Ländern die Worte „besondere Behandlung" (*special treatment);* es gibt ausreichende Beweise hierfür. Während des IMT-Prozesses brachte der Ankläger Amen im Kreuzverhör Kaltenbrunner dazu, zuzugeben, daß der Begriff „Exekution" bedeutet haben könnte, sofern es von Himmler angeordnet war. Bei dem Versuch, Kalten-

brunner persönlich mit der Sonderbehandlung in Verbindung zubringen, legte Amen sodann triumphie-rend ein Dokument vor, demzufolge Kaltenbrunner für bestimmte Leute Sonderbehandlung angeordnet hatte. Amen forderte dann Kaltenbrunner auf, zu dem Dokument Stellung zu nehmen, ohne es zu lesen. Es gab eine erbitterte Auseinandersetzung, aber Kaltenbrunner wurde schließlich erlaubt, das Dokument zu lesen. Er führte dann lebhaft aus, daß die in dem Dokument erwähnte Sonderbehandlung für Leute in der „Winzerstube" und im „Walzertraum" gedacht war, daß diese beiden Einrichtungen elegante Hotels gewesen seien, in denen angesehene Personen interniert waren, und daß Sonderbehandlung in ihrem Fall bedeutete, daß sie frei korrespondieren sowie Pakete empfangen und eine Flasche Champagner pro Tag erhalten konnten und anderes mehr. (48)

Poliakov gibt einige Dokumente wieder, die zeigen, daß Sonderbehandlung innerhalb der SS noch eine andere Bedeutung hatte. Die Dokumente behandeln Maßnahmen, die im Fall von Schwangerschaften ergriffen werden sollten, die durch unerlaubten Geschlechtsverkehr von polnischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen verursacht wurden. Eine Prüfung nach rassischen Gesichtspunkten sollte darüber befinden, ob das Kind abgetrieben oder germanisiert (durch eine deutsche Familie adoptiert) werden sollte. Der Ausdruck Sonderbehandlung war in diesem Fall eine Verweisung entweder auf Germanisierung oder Abtreibung.

Im Eichmannprozeß wurden einige Dokumente in das Beweisverfahren eingeführt, die sich mit der Behandlung von 91 Kindern aus Lidice in Böhmen-Mähren befaßten. Diese Kinder waren auf Grund von Repressalien verwaist, die in Lidice nach Heydrichs Ermordung durchgeführt worden waren. Eine bestimmte Anzahl wurde für die Germanisierung herausgesucht und der Rest zur Sammelstelle für verdrängte Personen in (Litzmannstadt) Lodz geschickt, die das Reichssicherheitshauptamt verwaltete. Der Leiter der Sammelstelle, Krumey, betrachtete diese Kinder als einen Sonderfall innerhalb der Sammelstelle, denen während ihres dortigen Aufenthaltes Sonderbehandlung zu gewähren war. Dieser

oder der gleichbedeutende Ausdruck „gesonderte Behandlung" wurde im Auswärtigen Amt auch in Verbindung mit gesonderten Kategorien von Kriegsgefangenen, z. B. bei Priestern, gebraucht. (49)
Himmler ließ sich etwas unklar über den Begriff „Sonderbehandlung" aus, als er den Korherr-Bericht prüfte (Dokumente NO-5193 bis 5198). Korherr war Chef-Statistiker der SS und bereitete Ende 1942/Anfang 1943 einen Bericht über die Lage der europäischen Juden für Himmler vor. Im März 1943 berichtete er, daß insgesamt 1.873.594 Juden verschiedener Nationalität durch ein Programm der Evakuierung erfaßt worden waren, mit der beiläufigen Bemerkung „einschließlich Theresienstadt und einschließlich Sonderbehandlung". Der Bericht teilte auch die Anzahl der Juden in den Ghettos Theresienstadt, Lodz und dem Generalgouvernement sowie in den Konzentrationslagern und deutschen Städten mit. Außerdem war darin vermerkt, daß von 1933 bis zum 31. Dezember 1942 in deutschen Konzentrationslagern 27.347 Juden verstorben waren.
Nachdem Himmler den Bericht geprüft hatte, wies er Korherr durch Brandt an, den Ausdruck „Sonderbehandlung" im Bericht nicht zu benutzen und den Transport in den Osten näher zu spezifizieren. Ungeachtet dessen enthält das uns vorliegende Dokument den Begriff in der dargelegten Form. Das Dokument gibt, keinen Hinweis, wie der Begriff auszulegen ist; da er jedoch in Verbindung mit Theresienstadt auftaucht, erscheint es angebracht, ihn in einem günstigen Sinn auszulegen, nämlich als Hinweis auf eine Art bevorzugte Behandlung.
Kurz danach schrieb Himmler in einem angeblich von ihm unterzeichneten Dokument, daß er den Bericht *„als allenfallsiges Material für spätere Zeiten und zwar zu Tarnungszwecken"* betrachte. Was zu tarnen gewesen sei, wird in dem Dokument nicht angegeben. Doch bezeugte Eichmann in seinem Prozeß, daß die deutsche Regierung nach der Stalingrad-Katastrophe im Januar 1943 den Gang der Deportationen aus Tarnungsgründen beschleunigt habe, *„um das deutsche Volk darüber zu beruhigen, daß draußen alles in Ordnung wäre"*. Himmler wies besonders darauf hin, daß der Korherr-Bericht *„im Augenblick"* nicht veröffentlicht werden dürfe, aber seine Bemerkung über eine Tarnung könnte dennoch in dem von

Eichmann angedeuteten Sinn aufgefaßt werden (Eichmanns Feststellung stand nicht in Zusammenhang mit dem Korherr-Bericht). (50)
Weitere Dokumente sind 003-L, ein Brief des SS-Generals Katzmann, in dem von 434.329 ausgesiedelten Juden aus Süd-Polen als „sonderbehandelt" gesprochen wird, und NO-246, ein Brief von Arthur Greiser an Himmler mit dem Datum 1. Mai 1942, worin um Genehmigung einer Sonderbehandlung gebeten wird, die in bezug auf etwa 100.000 Juden im Warthegau (Teil des annektierten Polen) dahingehend spezifiziert wird, diese von der Außenwelt abgeschlossen zu halten. Greiser wurde durch einen polnischen Gerichtshof trotz einer Intervention des Papstes zu seinen Gunsten am 20. Juli 1946 zum Tode verurteilt. Zu alledem gibt es noch einen Brief von Lohse, der in Kapitel VI besprochen werden wird. (51)
Zusammenfassend läßt sich im Hinblick auf die von einer Sonderbehandlung sprechenden Dokumente sagen, daß selbst dann, wenn man alle wichtigen Dokumente - auch die hinsichtlich ihrer Authentität fragwürdigen - für echt hält, jene Dokumente, die sich auf Auschwitz beziehen, keine Interpretation des Begriffs im Sinne von Vernichtung bedingen. Daß der Begriff „Sonderbehandlung" mehr als eine Bedeutung in einer deutschen Behörde hatte, ist nichts Besonderes. Zum Beispiel verstehe ich, daß beim Zentral-Nachrichten-Dienst (*Central Intelligence Agency*) *termination* Hinrichtung oder Mord bedeuten kann. Gleichwohl könnte der Begriff gewiß auch auf die Entlassung einer Maschinenschreiberin wegen Fehlens im Dienst angewandt werden.
Die Ausführungen in Ziffer 7 des Höß-Affidavits über das Bemühen *„in den Opfern die Vorstellung zu erwecken, sie hätten sich einem Entlausungsprozeß zu unterziehen"*, sind selbstverständlich folgerichtig, da jedermann beim Betreten eines deutschen Lagers einen Entlausungsprozeß der von Höß in seinem Affidavit und seiner Zeugenaussage beschriebenen Art durchzumachen hatte: Entkleiden, Rasieren, Duschen. (52) Wieder stehen wir einer Tatsache gegenüber, die für eine zweifache Interpretation geeignet ist.
Der letzte Gegenstand in Ziffer 7 bezieht sich auf Verbrennungen. Nach

Höß und allen anderen Berichten über Massenvernichtungen fanden die Verbrennungen der Leichen in Gräben oder Gruben statt, bevor es dort die modernen Krematorien gab. (53) Die neuen Krematorien sollen für die Vernichtung der Juden bestimmt gewesen sein, aber wir deuteten bereits im vorhergehenden Kapitel eine herkömmlichere Zweckbestimmung an. Wir wollen uns ihre Geschichte ansehen.

Die vorbereitenden Stadien der Planung und Auftragserteilung für ihre Errichtung reichen wohl in den Beginn des Jahres 1942 zurück und diese Tatsache an sich macht es zumindest schwer, zu glauben, daß sie in Beziehung zu irgendeinem Vernichtungsprogramm standen, das Himmler im Sommer 1942 befohlen hätte. Die Konstruktionspläne für vier Krematorienbauten tragen das Datum vom 28. Januar 1942. (54) Am 27. Februar 1942 besichtigte der Leiter der Bauabteilung des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der SS, Brigadeführer Dr. Ing. Hans Kammler, ein Ingenieur, der auch die Einrichtung der deutschen V-Waffen-Basen und der unterirdischen Flugzeugfabriken leitete, Auschwitz und hielt dort eine Besprechung ab, bei der beschlossen wurde, lieber fünf statt (wie zuvor geplant zwei Krematoriumsfeuerungen, eine jede mit drei Öfen oder Türen, einzurichten. (55) Diese Sache wurde also nicht der Eingebungskraft von Höß überlassen. In der Vernichtungslegende erhielt Höß, wie auch immer, entscheidenden Einfluß auf die Verwendung von Zyklon. Die vorgesehenen 15 Öfen für ein Bauwerk oder Gebäude wurden am 3. August 1942 bei der Firma Topf & Söhne/Erfurt, in Auftrag gegeben. (56) Die Öfen entsprachen dem Standardtyp, den die Firma Topf & Söhne (1962 noch in Wiesbaden geschäftlich tätig) verkaufte. Bild 26 soll eine Fotographie eines der Krematorien von Auschwitz sein. Jeder Ofen war dazu bestimmt, wie alle Standardkrematoriumsöfen, jeweils eine Leiche zur Zeit aufzunehmen. Es gibt keinen Beweis für den Einbau irgendeines nicht standardgemäßen Ofens, der irgendwie geeignet war, mehr als eine Leiche zur Zeit aufzunehmen. Die Firma Topf hatte auch Öfen für Lager geliefert, die nicht als Vernichtungslager ausgegeben werden, wie z.B. Buchenwald. (57)

Die Pläne für die vier zur Aufnahme der Krematorien bestimmten Bau-

werke, die mit II, III, IV und V numeriert waren (Krematorium I scheint das schließlich stillgelegte Krematorium I in Auschwitz I gewesen zu sein, das vier Öfen enthielt), (58) zeigen, daß es in jedem Bauwerk einen großen Saal oder Raum gab. Bei Nummer II und III lag er unter der Erdoberfläche und wurde als Leichenkeller bezeichnet; seine Ausmaße betrugen 2,4 m Höhe und 210 m^2 Grundfläche bzw. 2,3 m Höhe und 400 m2 Grundfläche. Die Säle in den Gebäuden, die die Krematorien IV und V beherbergten, befanden sich über der Erdoberfläche und wurden als Badeanstalten bezeichnet; jede von ihnen hatte eine Höhe von 2,3 m und eine Grundfläche von 580 m^2. Den Feststellungen im Auschwitz-Prozeß von 1963-1965 zufolge war die Lage der Gebäude so, wie es auf Bild 29 dargestellt ist.
Die Bauabteilung von Auschwitz wurde bei der Errichtung der Krematorien nicht nur durch die Firma Topf & Söhne, sondern auch durch die SS-Gesellschaft DAW (Deutsche Ausrüstungswerke) unterstützt, die mit mannigfaltigen Erzeugnissen behilflich war. Die ersten Öfen wurden im Krematorium II installiert; es waren, wie wir bereits erwähnten, 15 an der Zahl: fünf Drei-Ofen-Einheiten. Die Einrichtung nahm beachtliche Zeit in Anspruch, obwohl sie wie die Dokumente zeigen, mit planmäßiger Eile vor sich ging. Die NMT-Protokoll-bände enthalten das folgende Dokument NO-4473 in englischer Übersetzung; wenn der Leser meint, daß einiges in dem Dokument meiner These widerspricht, sollte er sich mit seinem Urteil noch zurückhalten: (59)

Betr. Krematorium II, 29. Januar 1943
Bauzustand.

An den Chef der Amtsgruppe C, SS-Brigadeführer
und Generalmajor der Waffen-SS, Dr. Ing. Kammler

Das Krematorium II wurde unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte trotz unsagbarer Schwierigkeiten und Frost bei Tag- und Nachtbetrieb bis auf bauliche Kleinigkeiten fertiggestellt. Die Öfen wurden im Beisein des Herrn Oberingenieurs Prüfer der ausführenden Firma, Firma Topf & Söhne, Erfurt, angefeuert und funktionieren tadellos. Die Eisenbetondecke des Leichenkellers konnte infolge Frosteinwirkung noch nicht ausgeschalt werden. Dies ist jedoch unbedeutend, da der Vergasungskeller (*gaschamber*) hierfür benutzt werden kann. Die Firma Topf & Söhne konnte infolge Waggonsperre die Be- und Entlüftungsanlage nicht wie von der Zentralbauleitung gefordert rechtzeitig anlie-

fern. Nach Eintreffen der Be- und Entlüftungsanlage wird jedoch mit dem Einbau sofort begonnen, so daß voraussichtlich am 20.2.1943 die Anlage vollständig betriebsfertig ist.
Wir fügen einen Bericht (Anm. des Verfassers: dem Dokument nicht beiliegend) des Prüfingenieurs der Firma Topf und Söhne, Erfurt bei.

Der Leiter der Zentralbauleitung der Waffen SS und Polizei Auschwitz,
Verteiler SS-Hauptsturmführer
1 SS-Ustuf. Janisch und Kirschneck
1 Registratur (Akte Krematorium)
F. d. R. D. A.
gez. (Unterschrift unleserlich)
SS-Ustuf. (F)

Ich lege dieses Dokument dahin aus, daß die Öfen, obwohl das Krematorium II noch nicht vollständig fertiggestellt war, im Januar 1943 für Verbrennungen benutzt werden konnte, trotz der Unmöglichkeit, den Leichenkeller in Gebrauch zu nehmen. Die Übersetzung des Dokumentes in den NMT-Protokollen verwendet für „Vergasungskeller" den Begriff *gas chamber*.
Am 12. Februar 1943 schrieb die Firma Topf nach Auschwitz und bestätigte einen Auftrag über fünf dreiteilige Verbrennungsöfen für das Krematorium III, die vollständige Herrichtung war für den 10. April vorgesehen. Ich habe keinerlei Dokumentation gesehen, mit der die Installation irgendwelcher Öfen in den Krematorien IV und V bestätigt wird, wenn nicht ein Brief eines SS-Untersturmführers in Auschwitz so ausgelegt werden sollte, in dem ein Vorschlag der Firma Topf zur Einrichtung von zwei dreiteiligen Verbrennungsöfen in der Nähe der Bäder für besondere Zwecke erwähnt wird. (60) An den Krematorien IV und V wurden jedoch Zimmermannsarbeiten ausgeführt. (61)
Das führt uns an das Problem der Ofenzahl in Birkenau heran; es ist ein Problem, weil die Deutschen die Krematorien zerstört haben sollen, bevor sie Auschwitz verließen. (62) Es standen offenbar - so müssen wir annehmen - wenigstens 30 Öfen einige Zeit im Jahre 1943 zur Verfügung, und zwar je 15 in den Krematorien II und III. Der Beweis dafür, daß Öfen in den Krematorien IV und V installiert worden seien, ist bescheiden. Er besteht hauptsächlich im Erscheinen eines Arbeitskomman-

dos, das dem angeblichen Dienstplan für Birkenau vom 11. Mai 1944 und irgendeiner Zeugenaussage zufolge diesen Krematorien zugewiesen wurde (es ist dasselbe Dokument, in dem von den Theresienstädter Juden die Rede ist). Russen und Polen behaupten, daß jedes dieser Krematorien 8 und die anderen beiden je 15 Öfen hatten; also insgesamt 46 Öfen. Im WRB-Bericht wurden für die Krematorien II und III je 36 und in IV und V je 18 Öfen erwähnt, insgesamt also 108 Öfen. (63)

Reitlinger spricht in der Annahme, daß jedes Krematorium 15 Öfen hatte, von 60 Öfen. Seine einzige Quelle hierfür sind die Aufzeichnungen eines gewissen Miklos Nyiszli, dem wir nichts abnehmen sollten, am allerwenigsten eine Zahl. Die Nyisli Niederschrift macht den Eindruck, als handele es sich um einen Bericht über die persönlichen Erlebnisse eines ungarisch-jüdischen Arztes, der im Mai 1944 nach Auschwitz deportiert wurde. Sie erschien 1951 in französischer Sprache in den März-April Ausgaben der Zeitschrift *Les Temps Modernes* mit einem Vorwort des Übersetzers, T. Kremer. Rassinier hat über seine unermüdlichen späteren Bemühungen berichtet, mit Nyiszli Kontakt aufzunehmen und herauszufinden, ob er wirklich existierte; die einzige Person, die es fraglos zu geben schien, war indessen der Übersetzer Kremer. (64)

Eine englische Übersetzung von Richard Seaver, herausgegeben von Bruno Bettelheim, wurde im Jahre 1960 in New York unter dem Titel *Auschwitz* veröffentlicht. Nyiszli war damals offenbar tot, verschollen, da laut besonderer Angabe das Copyright bei N. Margareta Nyiszli lag. Wie bei verstorbenen Autoren mit Doktorgrad üblich, wird in der New Yorker Ausgabe von 1960 die Titelseite einer Dissertation von Nicolaus Nyiszli, Breslau 1930, wiedergegeben. Von dem Buch erschienen im Jahre 1961 auch Ausgaben in französischer und deutscher Sprache.

Rassinier zufolge ist es schwierig genug die in den verschiedenen Ausgaben angegebenen Zahlen miteinander in Einklang zu bringen, doch ist es nicht einmal möglich, innere Übereinstimmung in einer einzigen Ausgabe zu finden. In der Ausgabe von 1960 lesen wir (Seite 55), daß die 60 Öfen *„mehrere tausend"* Leichen pro Tag einäschern konnten. Weiter unten (Seite 87) wird uns erzählt, daß der *„tägliche Ausstoß zwischen*

5.000-6.000 Toten schwankte, wenn die beiden (Verbrennungsgruben) gleichzeitig benutzt wurden, eine etwas bessere Leistung als die der Krematorien"; doch später (Seite 92) erfahren wir, daß die Krematorien II und III allein mindestens 10.500 Leichen täglich beseitigen konnten. Das ist ein völliges Durcheinander.

Die Nyiszli zugeschriebenen Aufzeichnungen beinhalten auch, was ich als Grund für eine Zeugenablehnung ansehe; in ihnen wird behauptet, die SS habe anfänglich gesunde Häftlinge grundlos regelmäßig geschlagen (z.B. Seiten 25, 27, 44, 57). Es ist bekannt, daß es das nicht gab. Abgesehen von möglichen humanitären Einwänden gegen solche Schläge, waren die Häftlinge eine Einnahmequelle für die SS. Zahlreich waren die Klagen von Seiten der SS gegen verschiedene Formen der Mißhandlung, die angeblich in den IG-Farben-Werken vorkamen. Andererseits verbot die SS aus Sicherheitsgründen aber auch eine Verbrüderung zwischen dem Wachpersonal und den Häftlingen. Die SS-Wachen hatten Befehl, von den Häftlingen Abstand zu halten; sie durften nicht einmal mit ihnen sprechen, sofern es nicht unumgänglich war. Diese Regelung war natürlich schwer durchzusetzen und ihre regelmäßige und recht häufige Verletzung hatte Ermahnungen Pohls an die Lagerkommandanten zur Folge, mit denen eine angemessene und systematische Belehrung des Wachpersonals gefordert wurde. (65)

Trotz einer gewissen Erwähnung von Brutalitäten der SS-Wachen durch Autoren anderer Bücher erwähnt Cohen solche Erfahrungen Auschwitz betreffend nicht und bemerkt sogar, daß die *„Aufnahme-Zeremonie"* bei seinem Transport *„ohne Gewalttätigkeit verlief"*. Jedoch berichtete er von einem besonders konstruierten hölzernen Tisch, der benutzt wurde, um Häftlinge auf das Hinterteil zu schlagen. Das war eine förmlich geregelte Art der Bestrafung von Häftlingen für verschiedene Vergehen in den Lagern. Als „verschärfte Prügelstrafe" wurde das Schlagen auf den nackten Hinterteil bezeichnet. (66) Wenn ein Auschwitz-Zeuge von regelmäßigen und grundlosen Schlägen zu sprechen beginnt, so mag er wohl in einigen Dingen die Wahrheit sagen, doch muß seine allgemeine Glaubwürdigkeit verneint werden.

Auf Grund der verfügbaren Beweise ist die Annahme gerechtfertigt, daß es im Frühjahr 1943 in Birkenau 30 Öfen gab und ein Jahr später 46 Öfen. Bevor wir die Behandlung der Zahl der Krematoriumsöfen abschließen, sollten wir noch bemerken, daß es gewisse Zweideutigkeiten in den Dokumenten über die Krematorien gibt. Am augenfälligsten ist die Tatsache, daß der WRB-Bericht anscheinend nicht die einzige Quelle ist, welche die Birkenauer Krematorien lieber mit den Nummern I bis IV als mit II bis V bezeichnet. Die Deutschen taten dies manchmal selbst, oder es scheint so, z.B. nach dem Dokument NO-4466. [67]

Die zahlenmäßige Grenze, bis zu der Menschen durch ein Programm der angedeuteten Art vernichtet werden konnten, wird nicht durch die Geschwindigkeit bestimmt, mit der Menschen vergast und die Gaskammern entlüftet werden konnten, sondern durch die Zeit, in der Leichen verbrannt werden konnten. Bei Abschätzung der Kapazität der Krematorien ist es rein rechnerisch möglich, einige eindrucksvolle Zahlen vorzulegen. Eine Stunde konnte damals als eine sehr gute Zeit für die Verbrennung einer Leiche gelten; die abgezehrten Leichen würden dabei kaum einen Unterschied ergeben haben. [68] Wenn wir eine Stunde für Reinigungsarbeiten und andere Maßnahmen in Rechnung stellen, konnte ein Ofen vielleicht 23 Leichen täglich, 30 Öfen konnten also 690 und 46 Öfen 1.058 Leichen täglich verbrennen. Damit konnte jährlich die beachtliche Zahl von 240.000 bis 360.000 Leichen erreicht werden, doch ist dabei selbstverständlich zu berücksichtigen, daß Auschwitz 46 Öfen für nicht mehr als ein Jahr zur Verfügung gehabt haben konnte, da man annimmt, daß die Vernichtungen im Herbst 1944 eingestellt worden sind.

Gleichwohl ist die folgerichtige Ableitung der vorstehenden Zahlen Unsinn; die Dinge verlaufen nicht in dieser Weise. Menschen (insbesondere die Konzentrationslager-Häftlinge, die die Krematorien zu bedienen hatten) arbeiten nicht so ausdauernd, solche Anlagen können nicht fortlaufend benutzt werden und die benötigten Hilfsmittel treffen nicht mit mathematischer Regelmäßigkeit ein. Wenn wir mit mehr Realismus ein Nachlassen der Wirkungen zugestehen, wenn wir einen Zeitverlust für regelmäßige und unregelmäßige Unterhaltungsarbeiten in Rechnung

stellen und wenn wir die einer übermäßigen Aufnahmefähigkeit gesetzten technischen Grenzen berücksichtigen, erhalten wir Zahlen, die im allgemeinen auf der Linie vorausbedachter Epidemien liegen. Auch ist es möglich, daß, wie der WRB-Bericht versichert, noch ein Rückstand von vorläufig erdbestatteten Leichen einzukalkulieren war.

Es ist klar, daß ein solches Unternehmen wie Auschwitz im Falle einer Anordnung, tote Häftlinge zu verbrennen, entsprechende Möglichkeiten zur Einäscherung vorsehen würde. So haben wir wieder eine doppeldeutige Tatsache vor uns, wenn wir der Vernichtungslegende glauben sollen. Zusätzlich zu der üblichen Darstellung über die Zweckbestimmung der Krematoriumsöfen wird uns nahegelegt, eine zweite Deutung der Einäscherung anzuerkennen. Weiter unten werden wir unter Beweis stellen, daß die Anzahl der Krematoriumsöfen durchaus mit der normalen Todesrate vereinbar war.

Das ist indessen nicht die letzte, einer unterschiedlichen Interpretation fähigen Tatsache, der wir in Verbindung mit den Einäscherungen begegnen. Höß erzählt uns nämlich, *„alle Menschen in den umliegenden Gemeinden hätten wegen des widerwärtigen und ekelerregenden Gestankes der ununterbrochenen Leichenverbrennungen gewußt, daß die Vernichtungen weitergingen"*. Wenn ich in der Vernichtungsgeschichte genau zwei Punkte auswählen müßte, um sie als klaren Beweis dafür festzuhalten, daß diese ganze Sache ein Betrug ist, so würde es dieser Punkt und dazu die angebliche Rolle des Zyklon sein.

Die Kohlehydrierung und andere chemische Herstellungsverfahren, die es in der Gegend von Auschwitz gab, sind bekannt für die Erzeugung von üblen Gerüchen. Man besuche nur den nördlichen Teil des Raffineriegeländes der Standard Oil (N.J.) bei New Jersey oder andere Raffinerien, und man wird das sehen oder riechen. Der einzige Unterschied von Bedeutung, den Auschwitz hinsichtlich der Bedingungen für eine Geruchsbelästigung bot, war, daß die von den Deutschen als Ausgangsprodukt verarbeitete Kohle eine erheblich schmutzigere Geruchsquelle war als Rohöl. Wenn man uns erzählen will, daß die Verbrennung von 30 bis 46 Leichen in einem modernen Krematorium mit diesem Gestank indus-

triellen Ursprungs konkurrieren, ja ihn sogar übertreffen könnte, so wissen wir, daß das, was uns hier vermittelt werden soll, keine einer unterschiedlichen Interpretation fähige Tatsache, sondern eine offensichtliche Lüge ist. Gegenwärtig hat sich die Leichenverbrennung wegen der lautstarken Einwände verschiedener Fanatiker im 19. und frühen 20. Jahrhundert zu einem weitestgehend sauberen Prozeß entwickelt. (69) Höß kann nicht geglaubt werden.

Unsere Untersuchung hat ein vorher nicht vermutetes, aber fast unausweichliches Merkmal des großen Betruges enthüllt: die Übertreibung. Bei Verfolgung des Grundsatzes, daß seine Geschichte hauptsächlich oder fast nur beweiskräftige Tatsachen enthalten sollte, verfällt der Urheber des Betruges leicht in den Irrtum, so viele Tatsachen wie möglich in die Geschichte aufzunehmen; er begeht dabei den Fehler, den wir soeben gesehen haben. Seine Geschichte wäre ohne jene „Tatsache" besser gewesen. Es liegt nur am Ablauf der Zeit, daß dies ein schwerer Fehler geworden ist. Einstmals war sie durchaus wirksam wegen einer allgemeinen hysterischen und leicht erregbaren Gemütsstimmung, die heute unmöglich nachzuvollziehen ist. DuBois schrieb im Jahre 1952: (70)

> „Im Zeugenstand hatte Schneider ausgesagt, er habe niemals etwas von irgendwelchen Vernichtungen gehört, obgleich er sich erinnerte, eines Tages entlang der Hauptstraße an einem unbenutzten Krematorium vorübergegangen zu sein. Zu jener Zeit wurden in diesem unbenutzten Krematorium bis zu 1.000 Leichen täglich verbrannt. Die Flammen schossen 15 Meter hoch in die Luft; der Gestank durchzog die Gegend 40 Meilen nach Norden hin, bis er sich mit dem Gestank des Warschauer Krematoriums vereinigte; die Gerüche würden die Nase eines jeden innerhalb einer halben Meile gereizt haben, und Schneider, ein Naturwissenschaftler mit einem besondersguten Geruchssinn, war in einer Entfernung von 100 Metern an der Stelle vorübergegangen."

Es erscheint unmöglich, daß DuBois am Ende eines Buches, welches (außerhalb der Fachliteratur) die zutreffendste Beschreibung der chemischen Industrie von Auschwitz enthält, so etwas schreiben konnte, jedoch es ist so. Gemessen mit den Maßstäben eines normalen Irrtums bei der Beurteilung eines Sachverhaltes, ist dies nicht erklärlich, hingegen im Bereich hysterischer Anfälle wohl.

Man möchte meinen, daß irgendjemand Höß an dieser Stelle der Verhandlung mit Einwänden hätte konfrontieren müssen. Es gab zwar einen Widerspruch, doch er war nur schwach und unklar. Der folgende Wortwechsel fand gegen Ende der Zeugenvernehmung von Höß statt (Kaufman war der Verteidiger von Kaltenbrunner) (71)

> „Präsident: Der letzte Satz von Ziffer 7 bezieht sich auf den widerwärtigen und ekelerregenden Gestank. Wie lautet Ihre Frage hierzu?
> Dr. Kaufman: Ob die Bevölkerung hieraus schließen konnte, daß eine Vernichtung von Juden stattfand.
> Präsident: Das ist wirklich eine zu offenkundige Frage, nicht wahr? Sie konnten unmöglich wissen, wer dort gerade vernichtet wurde.
> Dr. Kaufman: Das genügt mir. Ich habe keine weiteren Fragen."

Es ist möglich, daß zur Zeit dieses Wortwechsels eine Verständigungsschwierigkeit bestand, daß ein Mißverständnis vorlag und Kaufman in seiner Frage tatsächlich eher „Menschen" als „Juden" meinte. In jedem Fall zeigt diese Episode die äußerst unwirkliche Atmosphäre, die den IMT-Prozeß beherrscht haben muß; Höß wurde bei einer plumpen und durchsichtigen Lüge nicht erwischt. Für uns ist es unmöglich, den Geist des Verfahrens zu begreifen; wir können es nur als eine Art von Hysterie ansehen. Speer war zugegen, er könnte diese Lüge leicht durchschaut haben. Schlief er, resignierte er angesichts der Unzulänglichkeit des Widerstandes? Wollten er oder sein Verteidiger sorgsam vermeiden, in die Frage der Judenvernichtung hineingezogen zu werden? Nur er kann es uns sagen, wir wissen es nicht. Sicher ist nur, daß der Geist des Gerichtsverfahrens so beschaffen war, daß nicht einmal eine so einfache Wahrheit durchdringen konnte, nämlich die, woher die wirkliche Quelle des Gestanks kam. Sie hätte sehr schnell gezeigt, daß der Zeuge log und die eigentliche Grundlage für die Beschuldigungen gar nicht erst hätte herangezogen werden dürfen.

Der Gestank war die Grundlage für eine ganze Reihe von Zeugenaussagen über die Vernichtungen (72) und ihre Verwendung in einem besonderen Zeitpunkt des IG-Farben-Prozesses, die noch in einem späteren Kapitel zu besprechen sein wird, war nicht nur ziemlich erheiternd, sondern zeigt und erläutert zugleich einen wichtigen Gesichtspunkt, an den

man denken sollte, wenn man die Akten dieses Gerichtsverfahrens liest. Christophersen stellt in seiner Broschüre Überlegungen an zu den Hinweisen auf den durchdringenden Gestank in der Gegend von Auschwitz. Das einzige, an das er sich erinnert, war eine Schmiedewerkstatt im Lager Auschwitz I. Wenn Pferden die Hufe beschlagen wurden, entstand ein Gestank, der in der unmittelbaren Nachbarschaft wahrgenommen werden konnte. Dies jedoch konnte Christophersen zufolge einen Gestank von dem Ausmaß, wie er in Verbindung mit den Leichenverbrennungen behauptet wird, nicht erklären.

Im Hinblick auf die Möglichkeit, daß Christophersen den Gestank industriellen Ursprungs vergessen haben könnte, bat ich ihn, daraufhin sein Gedächtnis zu überprüfen, ob irgendein Geruch dem Gestank brennenden Fleisches nahegekommen sein könnte. Christophersen erinnerte sich an keinen Geruch industriellen Ursprungs. Ich trat ebenfalls mit Stäglich in Verbindung, der sich mit Bestimmtheit nur an saubere und frische Luft in der Nähe von Auschwitz erinnerte.

Die Erinnerungen von Christophersen und Stäglich sind durchaus mit der Theorie vereinbar, daß es sich bei dem Gestank der Betrugslegende um nichts anderes handelte als um den Gestank der IG-Farben-Betriebe.

In der Karte des Auschwitzgeländes (Bild Nr. 1) lag die Unterkunft Christophersens während seines Auschwitz-Jahres bei Raisko, er hatte nur gelegentlich in Auschwitz I und Birkenau zu tun. Stäglich war in dem Dorf Osiek untergebracht, das ungefähr 6 Meilen (etwa 9 km) südlich der Stadt Oswiciem (Auschwitz) liegt; er erwähnt, daß er das KZ-Lager Auschwitz (vermutlich ist Auschwitz I gemeint) drei oder vier Mal besucht habe. Das „Monowitz" genannte Lager war entweder innerhalb oder in unmittelbarer Nähe des Ortes Monowitz und entweder unmittelbar östlich oder westlich der IG-Farben-Betriebe (Eisenbahnlinien, Flüsse und Straßen machen dies deutlich) gelegen. Stäglich und Christophersen befanden sich somit 6 bis 8 km von Auschwitz I entfernt. Weder sie noch die Menschen in jenem Lager, in Birkenau und erst recht in Raisko und Osiek dürften daher die Dünste der chemischen Industrie (die verglichen mit einer typisch amerikanischen Raffinerieanlage doch recht bescheiden

war) nicht nachhaltig gerochen haben. Auf der anderen Seite waren mit dem IG-Farben-Prozeß, bei dem der durchdringende Gestank ein beständiges Merkmal der Zeugenaussagen war, Personen betroffen, die in der Nähe der IG-Farben-Betriebe gelebt oder gearbeitet haben. So bemerkten sie in der Tat einen Gestank, ihre Zeugenaussage war insoweit richtig, nur knüpften sie eine irreführende Erklärung daran.

Der letzte in Ziffer 7 behandelte Gegenstand sind die Gaskammern, die, abgesehen von den anfänglich von Höß erwähnten Bauernhäusern, in die Krematorien eingebaut gewesen sein sollen. Reitlinger und Hilberg gehen bei dieser Behauptung verschiedene Wege. Reitlinger bezeichnet das Dokument NO-4473, dessen in den NMT-Protokollen enthaltene Übersetzung oben wiedergegeben wurde, als Beweis für eine Gaskammer im Krematorium II. Das beruht auf einer Falschübersetzung.

Die Krematoriumsöfen in Auschwitz werden häufig als *„Gasöfen"* bezeichnet, was aber kaum der Klarstellung dient, da alle modernen Krematoriumsöfen (mit Ausnahme elektrischer Öfen, die sich während der dreißiger Jahre eines kurzen Daseins erfreuten) Gasöfen sind: ein Brennstoff-Luftgemisch, das man als Gas ansehen kann, wird in die Öfen eingeführt, um die Verbrennung zu beginnen, in Gang zu halten und zu beenden. Der benutzte Brennstoff kann Gas sein: Stadtgas oder irgendeine Art von Flüssiggas ist populär. Solch ein Krematoriumsofen wird gasbefeuert *(gas fired)* genannt wegen der Verwendung von Gas als Brennstoff. Andere Ausführungen sind ölbefeuert *(oil fired)* oder Kohle- oder sogar Koks-befeuert. Immer aber handelt es sich um Gasöfen, da in allen drei Fällen den Öfen ein Brennstoff-Luftgemisch unter Druck zugeführt wird. (73)

Das übliche deutsche Wort für den hier in Frage stehenden Begriff ist „Gaskammer". Aber das im Dokument NO-4473 gebrauchte Wort, das mit *„gas chamber"* (Gaskammer) übersetzt wurde, ist „Vergasungskeller", was Reitlinger ebenso falsch mit *„gassing cellar"* (Gaskeller) übersetzte. (74)

Nun hat das Wort Vergasung zweierlei Bedeutungen. Die Hauptbedeutung (und die einzige in einem technischen Zusammenhang) ist Vergasung mittels eines Vergasers, Flüssiggas umsetzen in einen Gaszustand,

bzw. in ein Gasgemisch, d.h. irgendetwas in ein Gas verwandeln, nicht dagegen ein Gas auf irgendeinen Gegenstand zur Anwendung bringen. Ein Vergaser dient zur Erzeugung eines Gas-Luftgemisches, während „Vergasung" in einem technischen Zusammenhang stets *„gasification"* (Gasanreicherung) bedeutet, womit gewöhnlich in einem solchen Zusammenhang „Gasbildung" gemeint ist.

Vergasung hat aber noch eine zweite Bedeutung, die im Ersten Weltkrieg in den militärischen Sprachgebrauch eingeführt wurde: einen Feind mit Gas angreifen. Warum das Wort „Vergasung" in diesem Sinne gebraucht wurde, ist unklar; vielleicht weil die in jenem Krieg verwendeten Gase tatsächlich in Staubform auftraten und durch Entladung gewisser Chemikalien in die Luft erzeugt wurden: Vergasung.

Die Übersetzung *„gassing-cellar"* (Vergasungskeller) ist also nicht absolut ungenau; sie ist eben nur voreingenommen und voreilig. Ein Gasofen erfordert eine Art von Gasanreicherung, ein Gas-Luft Gemisch. Im Fall der gasbefeuerten Öfen von Utting und Rogers im Jahre 1932 bedeutete das:(75)

> „Die in Scheitel und Sohle des Feuerraumes eingesetzten Brenner werden durch ein Mischung von Luft und Gas unter Druck gespeist; die Mischung wird durch Ventilatoren reguliert, die sich in einem besonderen Raum befinden. Die gesonderte Kontrolle von Luft und Gas gewährleistet eine bessere Regulierung der Temperatur des Feuerungsraumes."

Der „besondere Raum" ist in Wirklichkeit ein großer Vergaser. Ölbefeuerte Krematoriumsöfen sind ähnlich in der Ausführung, so daß die meisten gasbefeuerten Öfen leicht auf die Verwendung von Öl umgestellt werden können.

Die Öfen von Birkenau scheinen koks- oder kohlebefeuerte Öfen gewesen zu sein. (76) Bei dieser Verbrennungsart ist mit Rücksicht auf den anfänglich festen Zustand des Brennstoffs ein besonderer Feuerungsvorgang notwendig. Die beiden zumeist üblichen Methoden der Erzeugung von Brenngasen aus Kohle und Koks sind

1) die Erzeugung von Koksofengas mittels Luft, die durch eine brennende Kokslage hindurchgeleitet wird, und

2) die Erzeugung von Wassergas mittels Dampf, der durch den Koks hindurch geleitet wird. (77)

Die ersten Koksverbrennungsöfen waren zur Erzeugung von Koksofengas ausgerüstet. (78) Die Verfahren zur Erzeugung solcher Gase und die Verfahren ihrer Vermischung mit Luft werden in Deutschland „Vergasung" genannt. Die kohlebefeuerten Krematoriumsöfen, die W.H. Lawrence im Lager Lublin nach dessen Eroberung durch die Russen sah, enthielten eine Ausrüstung, einschließlich Ventilatoren, die der im obigen Zitat dargelegten sehr ähnlich war. Lawrence nannte gelegentlich „Gaskammer", was augenscheinlich ein Dampfbad war. (79)

Auf jeden Fall ist es offensichtlich, daß die Krematorien in Auschwitz eine Einrichtung zur Vergasung, d.h. zur Zuführung eines Brennstoff-Luftgemisches in die Öfen, erforderten und daß die Übersetzung des Dokumentes NO-4473 zu berichtigen sein wird, vielleicht in „Generator-Gas-Keller". Ich habe diese Erklärung des Wortes Vergasungskeller durch technisch maßgebende deutsche Quellen bestätigt gefunden. Die Gründe für die Installation einer solchen Ausrüstung in besonderen Spezialräumen oder sogar -gebäuden sind höchstwahrscheinlich der beachtliche Lärm, der durch die Ventilatoren und, in kohlebefeuerten Öfen, durch die Hitze der brennenden Kohle verursacht worden sein muß.

Für das Dokument NO-4473 gilt notwendigerweise die Hauptbedeutung des Wortes „Vergasung", ist es doch in einem technischen Zusammenhang verfaßt. Es handelt sich um einen Brief des Leiters der Bauabteilung Auschwitz an den Chef des SS-Ingenieurwesens und verweist auf einen Vorgang (die Vergasung) der bei allen Krematorien gang und gäbe ist. Die Ausdrucksweise des Briefes läßt darauf schließen, daß es seltsam wäre, Leichen im Vergasungskeller vorzufinden, da sie normalerweise in jenem Raum gelagert werden, der zutreffend mit *„cellar used as a mortuary"* (Leichenkeller) übersetzt ist.

Das Dokument NO-4473 führt tatsächlich, wie so viele Anklage-Dokumente, zu einer Zurückweisung der Behauptungen der Anklage, wenn es richtig verstanden wird. Wir sehen, daß es im Krematorium II wenig-

stens zwei Keller gab, einen Leichenkeller und einen Vergasungskeller, und daß keiner von beiden eine Gaskammer war.
Nun ist das Dokument NO-4473 in den NMT-Akten bei einer Auswahl von Beweisdokumenten der Anklagebehörde zu finden, die sich auf Fall 4 (Verfahren gegen die Konzentrationslagerverwaltung) beziehen. Es ist anzunehmen, daß die Anklagebehörde ihre Auswahl sorgfältig getroffen hat. Dennoch ist es (so begrenzt es in seiner Aussage auch ist) Dokumentarbeweis dafür, daß in den Krematorien von Birkenau Gaskammern existierten. Die drei *„gasdichten Türme"*, die laut Dokument NO-4465 (80) bei den DAW in Auftrag gegeben worden sind, gehören offensichtlich nicht zur Sache.
Hilberg geht anders, sogar noch fragwürdiger an die Untersuchung heran. Er behandelt unerklärlicherweise das mit dem Dokument NO-4473 aufgeworfene Problem überhaupt nicht; darüber hinaus zitiert er aus dem Dokument, ohne den Satzteil anzuführen, in dem das Wort „Vergasungskeller" enthalten ist. Er erklärt einfach, daß die Leichenkeller in den Krematorien II und III und die Badeanstalten in den Krematoriumsgebäuden IV und V in Wirklichkeit Gaskammern gewesen seien. Keinerlei Beweis wird hierfür angeboten; die von Hilberg zu diesem Punkt zitierten Dokumente sprechen nicht von Gaskammern. (81) Der einzige Beweis dafür, daß die Leichenkeller und Badeanstalten in dieser Weise zu interpretieren seien, findet sich in den Affidavits und der Zeugenaussage (27. und 28. Juni 1947) des Zeugen (nicht Angeklagten) im Fall 4 Wolfgang Grosch, eines Ingenieurs und Sturmbarinführers der Waffen-SS, der diese Einrichtungen Gaskammern taufte, wobei das Vorhandensein von Zyklon in Auschwitz die augenfällige Rechtfertigung für solche Taufe abgab. (82) Gräsch war jedoch ein sehr unsicherer Zeuge, da er in seinen Affidavits vom 20. Februar und 5. März 1947 von der Existenz der Gaskammern zu wissen behauptete, dann aber am 26. Juni 1947, am Vortage seiner Zeugenaussage, alle diese Feststellungen während seiner Vernehmung zurückzog und jede Kenntnis von Gaskammern in Abrede stellte. (83) Keine von Groschs Aussagen ist in den NMT-Aktenbänden enthalten, und Hilberg zitiert seine Aussagen oder Affidavits nicht.

Es besteht keinerlei Grund, die Behauptungen über die Leichenkeller und die Badeanstalten anzuerkennen, hingegen alle Ursache, sie zurückzuweisen. Was den Leichenkeller anbetrifft, so haben wir bemerkt, daß die in Auschwitz befindlichen Erleichterungen zur Leichenbeseitigung nichts Besonderes waren und daß sogar das Dokument NO-4473 erkennen läßt, daß der Leichenkeller im Krematorium II als Aufbewahrungsort für die Leichen dienen sollte. Was die Badeanstalten anbetrifft, so haben wir darauf hingewiesen, daß das Reinigen unter der Brause in allen deutschen Lagern eine regelmäßige Maßnahme bei allen ankommenden Häftlingen war; es muß daher in Birkenau Brausebäder gegeben haben. Nun befinden sich nach dem Lagerplan (Fig. 29) die *„baths"* oder Badeanstalten, die mit den Krematorien IV und V verbunden waren, in der Nähe der Kläranlagen *(filtration plants)* und ebenso in der Nähe von *Kanada,* wo die Kleidung der ankommenden Häftlinge aufbewahrt wurde.(84) Das *steam bath* (Dampfbad) diente zweifellos der Desinfektion der Bekleidung, die entweder vor ihrer Lagerung erfolgte oder, nachdem die Kleidung den Häftlingen zeitweilig weggenommen war (85). Wenn es eine Sauna für ankommende Häftlinge war, so würden die Häftlinge nach deren Benutzung auf jeden Fall ein kaltes Brausebad benötigt haben. Die Leute legten ihre Kleidung in der Nähe von *Kanada* ab und gingen dann baden. Was könnte einfacher sein?

Keine verstandesmäßigen Überlegungen können bewirken, daß diese Gaskammern Wirklichkeit waren. Die Behauptung, daß die Brausebäder, die sich in denselben Gebäuden wie einige der Krematoriumsöfen befunden haben sollen, in Wahrheit Gaskammern gewesen seien, ist genau so unbegründet wie die gleiche Behauptung über das Dachauer Brausebad, das sich in dem Krematoriumsgebäude jenes Lagers befand.

Gelegentlich kommen unbedeutende Zweifel darüber auf, ob die Brausebäder sich wirklich in denselben Gebäuden wie die Krematorien IV und V befanden, weil der Lagerplan im WRB-Bericht die Bäder in einem besonderen Gebäude verzeichnet. Doch ist das unwichtig.

Damit ist die Analyse der in Ziffer 7 des Höß-Affidavits angesprochenen Punkte abgeschlossen.

Letzte Ziffer : Dies ist ein unbedeutender Punkt. Es erscheint seltsam, daß das Höß-Affidavit in englischer Sprache verfaßt ist. Wir haben keinen Anhaltspunkt dafür, daß Höß die englische Sprache verstand, doch könnte er, wie viele Deutsche, einiges davon verstanden haben.
Wie dem auch immer sei, ein verständiger Deutscher, der ein Dokument von dieser Wichtigkeit freiwillig und ohne Zwang zu unterzeichnen hätte, würde sich dabei nicht mit gewöhnlichen Fremdsprachenkenntnissen begnügen; entweder würde er sich selbst als Fachmann für die englische Sprache betrachtet oder darauf bestanden haben, eine deutsche Übersetzung zu unterzeichnen (ein Verlangen, dem man hätte Beachtung schenken müssen). Höß war augenscheinlich nicht in der Verfassung, auf irgendetwas zu bestehen.
Es gibt keinen Zweifel daran, daß Höß durch eine Zusammenarbeit mit der Anklagebehörde sein Leben zu erkaufen hoffte, und wahrscheinlich hat man ihm auch ein bestimmtes Angebot gemacht. Doch die Belohnung für Höß' Aussagewilligkeit bestand darin, daß er 1 Monat nach seiner Zeugenvernehmung vor dem IMT an Polen ausgeliefert wurde. In Polen verfaßte er pflichtschuldigst eine Autobiografie für seine Kerkermeister, in der er u. a. erklärte, bei den Vernichtungen nur auf Befehl gehandelt zu haben. Er wurde verurteilt und im April 1947 ermordet. Die Autobiografie wurde Jahre nach seinem Tod 1951 in polnischer Übersetzung und 1959 in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.

Die Rolle von Birkenau

Birkenau erfüllte die normalen Funktionen eines deutschen Konzentrationslagers. Wenn wir auf die Rolle von Birkenau aufmerksam machen, so verweisen wir darauf, daß Birkenau der Schauplatz grauenhafter, schauerlicher Funktionen gewesen sei.
Meiner Kenntnis nach war Birkenau dazu bestimmt, jene Häftlinge aufzunehmen, die zur Kategorie der Nichtarbeitsfähigen gehörten, aber, aus welchen Gründen auch immer, unter der Aufsicht der SS-Verwaltung von Auschwitz standen. So war Birkenau ausersehen, die chronisch oder zeitweilig Kranken, die Sterbenden, die Toten, die Unmündigen, die

Alten, diejenigen, für die zeitweise keine Beschäftigung vorhanden war, und jene, für die Auschwitz als Transitlager diente, aufzunehmen. Alle diese Gruppen konnten entweder aus anderen Lagern (einschließlich der vielen kleinen Lager des Gebiets von Kattowitz) oder aus ankommenden Transporten stammen. Diese Theorie beruht auf folgenden Überlegungen.

Erstens war Birkenau, wie erwähnt, deutlich das Hauptlager, soweit es darum ging, den Häftlingen Tätigkeiten zuzuweisen. Auschwitz I war das Stammlager im verwaltungsmäßigen Sinn. Es bestand nur aus umgestalteten und erweiterten Kasernenbauten, während Birkenau von Anbeginn als viel größeres Lager geplant und auf die besonderen Erfordernisse der SS-Tätigkeiten in diesem Gebiet ausgerichtet war.

Zweitens wurde bereits vermerkt, daß die aus dem Krankenhaus von Monowitz als arbeitsunfähig Entlassenen nach Birkenau geschickt wurden.

Drittens gab es Familienlager in Birkenau (das Zigeunerlager und das Theresienstädter Lager, siehe Bild 29). Wir hatten gesehen, daß deren Insassen während ihres vorbestimmten begrenzten Aufenthalt als „in Vorbereitung zum Transport" befindlich bezeichnet wurden, so daß diese Familienlager eindeutig als Transitlager anzusprechen sind, jenen vergleichbar, die es in Belsen und Westerbork gab. Die Bestimmung solcher Transporte wurde angedeutet und wird in einem späteren Kapitel noch weiter behandelt werden.

Viertens waren nur in Birkenau jene ungewöhnlich großen Einrichtungen zur Verbrennung der Toten hergestellt worden.

Fünftens war es für einen sehr hohen Prozentsatz der Insassen von Birkenau ganz normal, nicht beschäftigt zu sein. In den zwei Jahren vom Sommer 1942 bis zum Sommer 1944 (so bemerkt Reitlinger) *„war nur ein Bruchteil der halbverhungerten und an den verschiedensten Krankheiten leidenden Insassen von Birkenau beschäftigt gewesen"*. Am 5. April 1944 wurden 15.0000 der 36.000 Insassen von Birkenau als arbeitsunfähig angesehen, während von den 31.000 anderen Gefangenen des Auschwitzgebietes nur ungefähr 3.000 in diese Kategorie fielen. Einen Monat

später wurden zwei Drittel der 18.000 Insassen des Birkenauer Männerlagers als transportunfähig, arbeitsunfähig und „nicht zugewiesen" eingeteilt und in Kranken- und Quarantäneblocks eingewiesen. (86)
Das macht es natürlich unmöglich, die oft verkündete Annahme anzuerkennen, daß Krankheit, Arbeitsunfähigkeit oder die Verschickung nach Birkenau Tötung bedeutete. Diese Annahme ist besonders in Verbindung mit kranken Leuten geäußert worden, die von Monowitz nach Birkenau verlegt wurden; bestärkt wurde sie durch die Tatsache, daß die Kleidung solcher Lagerinsassen nach Monowitz zurückkam. Die Rückgabe der Bekleidung war natürlich der Tatsache zuzuschreiben, daß die Leute vom Haushalt der IG-Farben in den Haushalt der SS übernommen wurden. (87)
Sechstens gab es eine ungewöhnlich hohe Todesrate in Birkenau, wenn auch die Zahlen - ausgenommen für besondere Zeiten - einigermaßen schwer zu schätzen sind. Das erste insoweit bedeutende Ereignis ist die Typhusepidemie des Sommers 1942, die um den 1. August herum zur Schließung der Buna-Fabrik für die Dauer von zwei Monaten geführt hat. Der Hauptbeweis hierfür ist der WRB-Bericht (88); es gibt aber noch zusätzliche Beweise:
1) Typhusepidemien in der Gegend von Auschwitz stehen außer Frage. (89)
2) Die durch das holländische Rote Kreuz vorgelegten Unterlagen (Anhang C) belegen, daß die durchschnittliche Todesrate im Birkenauer Männerlager in der Zeit vom 16. Juli bis 19. August 1942 bei etwa 186 Toten pro Tag lag, wobei die Zahlen gegen Ende dieser Periode bemerkenswert höher waren als zu Beginn.
3) In Amsterdam gibt es einen Einzelband des Birkenauer Totenbuchs (es ist auch im Bericht des niederländischen Roten Kreuzes erwähnt). Dieser Band enthält Todesbescheinigungen für die fünf Tage vom 28. September bis 2. Oktober 1942. Die Zahl der Toten beträgt 1.500 und die angegebenen Todesursachen entsprechen den typischen Bedingungen einer Typhusepidemie, wenn Reitlinger auch die registrierten Todesursachen wie „Herzmuskelschwäche" und andere anscheinend als *„erfundene* (...)

fantasievolle Diagnosen der Häftlingsärzte, die ihre Patienten vor der Transportliste oder der Phenolspritze zu retten suchten," ansieht. (90) Tatsächlich sind solche Todesursachen typisch für Typhuserkran-kungen.Unter dem Stichwort *Typhus Fever* lesen wir in der *Encyclopedia Britannica* (11. Auflage) folgendes:

> „Typhusfieber kann in jedem Stadium der Erkrankung und zu Beginn der Genesung zum Tode führen, und zwar entweder, ein besonders häufig auftretender Umstand, durch plötzliches Aussetzen der Herztätigkeit infolge Hinzutretens einiger nervlich bedingter Erscheinungen, wie Hirnhautentzündung oder gesteigerte Schlafsucht, oder durch einige andere Komplikationen, wie etwa Bronchitis. Ferner tritt der Tod mitunter vor der Krise wegen völliger Erschöpfung ein, besonders in jenen Fällen, in denen die körperliche oder seelische Widerstandskraft infolge schwerer Arbeit, unzureichender Ernährung und zu wenig Schlaf oder durch unmäßigen Lebenswandel herabgesetzt ist."

Im Hinblick auf die Gepflogenheit, kranke Häftlinge nach Birkenau zu schicken, hat es den Anschein, daß die Opfer der Typhusepidemie ohne Rücksicht auf den Ort ihrer Beschäftigung als Todesfälle von Birkenau registriert wurden. Dem WRB-Bericht zufolge gab es während der 2 oder 3 Monate der Epidemie 15 000 bis 20.000 Todesfälle in Auschwitz. (91) Ungeachtet der Unzuverlässigkeit dieser Quelle scheint diese Behauptung wenigstens hinsichtlich der Größenordnung mit anderen Informationen übereinzustimmen, die wir für Auschwitz in bezug auf diesen Zeitraum haben, wenn sie auch etwas übertrieben scheint. Der Sommer 1942 war auch bei weitem der schlechteste in Auschwitz.

Die Phenolspritzen, die Reitlinger erwähnt, treten im übrigen an so vielen Stellen der Literatur auf, daß es sie wirklich gegeben zu haben scheint. Demzufolge werden todkranke Konzentrationslagerhäftlinge - zuweilen - durch Phenolinjektionen ins Herz (92) getötet worden sein.

Die tatsächlich sehr hohe Todesrate in Auschwitz während des Sommers 1942 gibt natürlich im besten Fall nur mittelbar Stoff für irgendein Vernichtungs-Problem, da es sich um registrierte Todesfälle infolge üblicher Todesursachen handelt, nicht dagegen um Tötungen, deren Durchführung man geheimzuhalten suchte. Sie haben auch nichts mit den Juden als solchen zu tun, obgleich einige der Opfer Juden waren.

Reitlinger untersucht die hohe Todesrate in Auschwitz und gibt eine geschätzte Zahl von 160 bis 179 Toten täglich als normale Todesrate an. Doch beziehen sich die von ihm zugrundegelegten Zahlen im wesentlichen auf den Sommer 1942, der eine besonders katastrophale Zeit war. Im Zusammenhang mit den hohen Todesraten sollten wir die Tatsache beachten, daß die Vertreter der Vernichtungslegende Reitlinger und Hilberg solche Ereignisse in Auschwitz stark herausstellen, obwohl sie den Unterschied zwischen hohen Todesraten und Vernichtungen anerkennen. Daher ist fast unglaublich, daß sie die Möglichkeit einer Existenz der Krematorien wegen dieser hohen Todesraten überhaupt nicht in Betracht ziehen. Im Gegenteil gehen beide davon aus, daß die Krematorien ursprünglich dazu vorgesehen waren, das Vernichtungsprogramm durchzuführen.

Für Industriebetriebe und sonstige Arbeitsvorhaben waren diese hohen Todesraten selbstverständlich untragbar. Ende 1942 wurden daher besondere Maßnahmen in Gang gesetzt, um die Todesraten der Konzentrationslager zu vermindern. Und Himmler befahl am 28. Dezember 1942 *„die Zahl der Todesfälle in den Konzentrationslagern um jeden Preis herabzusetzen".* (94) Am 20. Januar 1943 ordnete Glücks in einem Rundschreiben an alle KZ-Kommandanten an, *„mit allen Mitteln zu versuchen, die Sterblichkeitsziffer im Lager herunterzudrücken".* Am 15. März 1943 schrieb Pohl am Himmler: (94)

> „daß der Gesundheitszustand der durch die Justizverwaltung überstellten Häftlinge katastrophal ist. In allen Lagern ist mit einem Verlust von wenigstens 25-30% zu rechnen (...) bis jetzt waren es 10.191 Gefangene (...) von denen 7.587 Mauthausen-Gusen zugewiesen wurden. Insgesamt starben hiervon 3.853; von diesen starben 3.306 in Mauthausen-Gusen. Die Ursache ist wahrscheinlich die, daß die zahlreichen Gefangenen, die Jahre hindurch in Haft waren, infolge der Überführung in ein anderes Milieu körperlich geschwächt sind (...) eine große Zahl von Tuberkulosekranken wurde ebenfalls eingeliefert."

Am 10. April erbat Pohl Himmlers Zustimmung zum Entwurf eines Briefes an den Reichsminister der Justiz. In diesem von Himmler gebilligten und vermutlich auch abgesandten Brief wird ausgeführt, daß von 12.658

an die Konzentrationslager überstellten Häftlingen bis zum 1. April 5.935 verstorben waren. Pohl beklagte sich in diesem Brief darüber, daß diese

„erschreckend hohe Sterblichkeitsziffer darauf zurückzuführen ist, daß die Haftanstalten buchstäblich nur solche Insassen abgegeben haben, die in schlechtester körperlicher Verfassung sind (und) daß trotz aller ärztlichen Bemühungen der Tod der Gefangenen nicht aufgehalten werden kann (...) Ich wünsche nicht, in den Konzentrationslagern eine Quarantänestation zu unterhalten (...) „

Was hier hineinzuspielen scheint, sind Ressortrivalitäten oder zumindest ein Interessenkonflikt. Die deutschen Gefängnisverwaltungen hatten zweifellos ihre eigenen wirtschaftlichen Vorstellungen und zögerten nicht nur, sich von ihren gesunden Gefangenen zu trennen, sondern waren auch bestrebt, vor allem die kranken Häftlinge abzugeben.
Wir wissen nicht, ob Pohl mit den Gefängnisverwaltungen eine bessere Zusammenarbeit erreichte. Am 30. September 1943 war er jedoch in der Lage, über Fortschritte zu berichten, die hauptsächlich hygienischen, ernährungsmäßigen und verfahrensmäßigen Maßnahmen zuzuschreiben waren; er legte dem Reichsführer SS die folgenden zwei Übersichten mit der Versicherung vor, daß die erreichten Erfolge in Anbetracht des Einsetzens der kühlen Witterung von Dauer sein würden: (95)

Todesfälle in Konzentrationslagern, Juli 1942 bis Juni 1943

Monat	Zahl der Insassen	Tote	Prozent
Juli 1942	98.000	8.329	8,50
August	115.000	12.217	10,62
September	110.000	11.206	10,19
Oktober	85.800	8.856	10,32
November	83.500	8.095	9,69
Dezember	88.000	8.800	10,00
Januar 1943	123.000	9.839	8,00
Februar 1943	143.100	11.650	8,14
März	154.200	12.112	7,85
April	171.000	8.358	4,71
Mai	203.000	5.700	2,80
Juni	199.500	5.650	2,83

Todesfälle für den Monat August 1943

Konz. Lager	Zahl der Insassen	Tote	Prozentsatz (August)	Prozentsatz (Juli)	Änderung des Prozentsatzes
Dachau	17.300	40	0,23	0,32	- 0,09
Sachsenhausen	26.500	194	0,73	0,78	- 0.05
Buchenwald	17.600	118	0,67	1,22	- 0,55
Mauthausen	21.100	290	1,37	1,61	- 0,24
Flossenbürg	4.800	155	3,23	3,27	- 0,04
Neuengamme	9.800	150	1,53	2,14	- 0,61
Auschwitz (M)	48.000	1.442	3,00	2,96	+ 0,04
Auschwitz (F)	26.000	938	3,61	5,15	- 1,54
Groß-Rosen	5.000	76	1,52	2,69	- 1,17
Natzweiler	2.200	41	1,87	1,63	+ 0,24
Bergen-Belsen	3.300	4	0,12	0,39	- 0,27
Stutthof (Männer)	3.800	131	3,45	5,69	- 2,24
Stutthof (Frauen)	500	1	0,20	0,00	+ 0,20
Lublin (Männer)	11.500	882	7,67	4,62	+ 3,05
Lublin (Frauen)	3.900	172	4,41	2,01	+ 2,40
Ravensbrück (M)	3.100	26	0,84	0,76	+ 0,08
Ravensbrück (F)	14.100	38	0,27	0,24	+ 0,03
Riga Herzogenb.	3.000	1	0,03	0,33	- 0,30
Insgesamt:	224.000	4.699	2,09	2,23	- 0,14

So hatte Auschwitz nach mehr als halbjährigen Bemühungen, die Todesrate in den Lagern zu senken, immer noch etwa 80 Todesfälle täglich im Durchschnitt. Da sich, wie wir gesehen haben, beinahe alle Arbeitsunfähigen in Birkenau befanden, ereigneten sich fast alle diese Todesfälle dort. Auschwitz scheint außerdem ziemlich anfällige Häftlinge anderer Konzentrationslager zugewiesen bekommen zu haben. (96)

Der Bericht des Niederländischen Roten Kreuzes (Band 2) enthält auch einige Angaben über die Sterblichkeit in Auschwitz während der Jahre 1942/43. Für die Zeit vom 30. Oktober 1942 bis 25. Februar 1943 werden die Todesfälle auf durchschnittlich 360 pro Woche beziffert, für die Zeit vom 26. Februar bis 1. Juli 1943 auf ungefähr 185 pro Woche. Außerdem sollen von den holländischen Juden, die im Juli-August 1942 in Birkenau eintrafen (vgl. Seite 142), in der Zeit vom 30. Oktober 1942 bis 1. Juli 1943 insgesamt 124 gestorben sein. Doch erscheint diese Gesamttodeszahl ziemlich niedrig und schwer zu vereinbaren mit den oben angeführten

Zahlen, so daß hier irgendein Irrtum oder ein Mißverständnis vorliegen könnte.
Es ist offensichtlich, daß diese Todesfälle (so beklagenswert sie auch sind und wo und bei wem die Verantwortung hierfür auch immer liegen mag) nichts mit Völkerrnord oder mit den Juden als solchen zu tun hatten. Vom Standpunkt der höheren SS-Verwaltung aus waren sie katastrophal und man gab sich Mühe, sie unter Kontrolle zu bringen. Angesichts solcher Totenzahlen ist es in keiner Weise auffallend, daß es in Auschwitz Möglichkeiten zur Lagerung und Verbrennung von Leichen gab, die schlimmste Zeiten mit Hunderten von Toten täglich im voraus berücksichtigten.
Die Sterblichkeit in Auschwitz besserte sich während des Kriegsverlaufs nur unbedeutend. Als während des Jahres 1944 die Belegung des Lagers auf 100.000 Häftlinge oder mehr angewachsen war (wahrscheinlich in Anbetracht der Gebietsverluste im Osten, die die Evakuierung von Arbeitslagern erforderlich machten), betrug die Sterblichkeitsquote in Birkenau 350 bis 500 Menschen wöchentlich (was, wie wir gesehen haben, sich auf fast die gesamte Todesquote von Auschwitz bezog). (97)
Es ist tragisch, daß sogar in der Neuzeit im Kriege eingerichtete Lager für viele ihrer Insassen zu Todesfallen geworden sind. Die Gründe hierfür gleichen einander: ungeordnet zusammengewürfelte Menschen in übereilt aufgebauten Lagern treffen auf unzulängliche sanitäre Verhältnisse und eine unsichere Ernährungs- und Versorgungslage. So hatten während des amerikanischen Bürgerkriegs die Gefangenenlager im Norden, wie z. B. Rock Island und Camp Douglas, Todesquoten von zwei bis vier Prozent im Monat. Diese Zahlen wurden sogar noch übertroffen in Lagern des Südens, wie z. B. Florence, wo Diarrhee und Skorbut bei einer Gefangenenzahl von etwa 12.000 Menschen 20 bis 50 Todesfälle täglich zur Folge hatten. Die Bedingungen in Andersonville waren noch furchtbarer; dort kamen 13.000 der insgesamt 50.000 Kriegsgefangenen der Union um. (98) Während des Burenkrieges in Südafrika in den Jahren 1899 bis 1902 wurden in britischen Konzentrationslagern ungefähr 120.000 Nichtkombattanten der weißen burischen Bevölkerung und

75.000 schwarze Afrikaner festgehalten. Die Sterblichkeitsquote der Buren reichte von 120 bis zu 340 Toten jährlich, bezogen auf je 1000 Häftlinge (1,1% bis 3,4% monatlich), während die Sterblichkeit der burischen Kinder (vor allem aufgrund von epidemisch auftretenden Masern) im Jahr bei 600 Todesfällen pro Tausend lag (7,35% monatlich). Ungefähr 20.000 burische Frauen und Kinder starben in diesen Lagern. (99) Während des Ersten Weltkrieges legten die Deutschen russische Kriegsgefangene mit anderen Nationalitäten zusammen, was Typhusepidemien in ihren Gefangenenlagern zur Folge hatte. Die Verhältnisse waren denjenigen auffallend ähnlich, die sich in den Konzentrationslagern des Zweiten Weltkrieges ergaben. (100) Wir haben gesehen, daß die Russen in den Konzentrationslagern - besonders in Auschwitz- als Arbeitskräfte eingesetzt wurden; sie waren daher zweifellos eine der Hauptursachen für die Typhuserkrankungen. Da sie nicht als gewöhnliche Konzentrationslagerhäftlinge angesehen wurden, ist ungewiß, ob sie in den oben aufgeführten Todeszahlen der Lager enthalten sind. Doch hatten sie sicherlich ihren Anteil an der allgemeinen Sterblichkeitsziffer in den Lagern und ihre Leichen wurden in denselben Krematorien verbrannt, nur sind Zahlen nicht verfügbar.

Band 5 der NMT-Protokolle, behandelt den Fall 4 (USA gegen Pohl).

Teil B präsentiert „Das Konzentrationslager-System" aus dem hervorgeht, daß die Konzentrationslager bemerkenswert hohe Sterblichkeitsziffern hatten. Im Anschluß daran wird in Teil E „Das Vernichtungsprogramm" mit Dokumenten bekannt gemacht, die zeigen, daß die Deutschen die Krematorien in diesen Lagern gerade zur Zeit des Auftretens der hohen Sterblichkeitsziffern gebaut haben. Durch diesen Zusammenhang wird zwar versucht, glaubhaft zu machen, daß damit ein Vernichtungsprogramm bewiesen würde, doch ist diese Schlußfolgerung falsch. Ziehen wir die unterschiedlichen Sterblichkeitsziffern in den verschiedenen Lagern in Betracht, so erweist sich, daß die Zahl der Krematoriumsöfen in Auschwitz mit jener der anderen Lager, in denen Vernichtungen nicht stattgefunden haben, durchaus vergleichbar war. Im Jahre 1942 wurden in Dachau und Sachsenhausen Krematorien gebaut; jedes

von ihnen enthielt 4 Öfen. In Dachau hatte ein Krematorium mit 2 Öfen bereits vor dem Jahre 1942 bestanden; dieses ältere Krematorium wurde nach dem Jahre 1942 weiter benutzt. Es ist höchst wahrscheinlich, daß es sich mit einem früheren Krematorium in Sachsenhausen genau so verhielt. Für Buchenwald gab es vor dem Krieg Einäscherungsmöglichkeiten in den nahegelegenen Städten Weimar und Jena. Nach Kriegsbeginn wurden Krematoriumsöfen im Lager gebaut und gegen Ende des Jahres 1941 hatte Buchenwald ein Krematorium mit 6 Öfen. Es hat den Anschein, daß das Krematorium in Weimar bis zum Kriegsende weiter benutzt wurde. (101) Es ist auch möglich, daß die Öfen in den Konzentrationslagern von Auschwitz, Dachau usw. zur Einäscherung von Leichen solcher Menschen herangezogen wurden, die mit den Lagern nichts zu tun gehabt hatten (z. B. russische Kriegsgefangene).

Dies also ist unsere Ansicht über die Erscheinung der „Todeslager" unter den NS-Konzentrationslagern. Sie stimmt nicht mit der von Christophersen und Stäglich überein, die keine hohen Todeszahlen bemerkten und nicht davon überzeugt sind, daß es umfangreiche Einrichtungen zur Einäscherung in Auschwitz gegeben habe. Unsere Ansicht gründet sich auf die erheblichen Dokumente der Anklagebehörden und vergleichbares Beweismaterial. Ihre Meinung beruht auf ihren Beobachtungen in Auschwitz im Jahre 1944. Es mag scheinen, daß ihren Beobachtungen mehr zu trauen ist als dem dokumentarischen Material, doch glaube ich, daß eine sorgfältige Betrachtung der Dinge für unsere Theorie spricht, wobei ich ihre Beobachtungen nicht in Abrede stellen will.

Sehr einfache Überlegungen erklären die Beobachtungen von Stäglich und Christophersen. Zunächst sind Todesfälle keine Angelegenheit, die die Lagerverwaltung von Auschwitz ausposaunt haben würde. Die Todesfälle und die damit verbundenen Einäscherungen wären natürlich so weit wie möglich verheimlicht worden. So beschwerte sich Pohl Mitte 1943 den Lagerkommandanten gegenüber darüber, daß die Krematoriumsgebäude allzu öffentlich an ausgesprochen bekannten Stellen lägen, wo sie *„von allen möglichen Leuten begafft werden können"*. Als Antwort auf Pohls Klage hatte Höß um die Krematorien II und III einen Grün-

gürtel pflanzen lassen. Darüber hinaus war es üblich, Leichen nur abends zum Krematorium zu bringen. (102) Daß Christophersen und Stäglich, die nur löse Berührung mit Birkenau hatten, keine Kenntnis von der hohen Todesrate und den großen Krematorien hatten, ist mithin vollkommen verständlich.

Möglicherweise sind zahlreiche Dokumente gefälscht worden. In der Tat gab es in Nürnberg eine ausgedehnte Praxis der Dokumentenfälschung. Doch gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß die Dokumente über die Todesfälle in den Lagern und den Bau der Krematorien gefälscht worden sind, und zwar aus dem einfachen Grund, weil darin nichts über Vernichtung enthalten ist, wovon der Leser sich bei einer Überprüfung der Auswahl an Dokumenten im NMT-Protokollband 5 überzeugen kann. Sie sprechen von einer zu bestimmten Zeiten sehr hohen Sterblichkeit in Strafinstitutionen (Konzentrationslagern), die ein verhältnismäßig kleines Land, das gegen eine überwältigende Übermacht um seine Existenz kämpfte, für Arbeitsleistungen auszunutzen suchte. Daß die hohe Sterbblichkeitsziffer eine Folge davon gewesen sein kann, ist durchaus einleuchtend.

Wenngleich die von uns betrachteten Dokumente nichts über Vernichtungen aussagen, bleiben sie insofern irgendwie unbefriedigend, als man daraus kein vollständiges Bild über die Ursachen der Sterblichkeit und über die Opfer erhält. Die vom Justizministerium überstellten kranken Häftlinge erklären nicht alles. Das Bild muß durch Mutmaßungen und Schlußfolgerungen vervollständigt werden. Wir wollen hierzu unsere Eindrücke wiedergeben.

Die deutschen Konzentrationslager der dreißiger Jahre hatten ausschließlich Straf- und Sicherungsfunktionen, dagegen keine wirtschaftlichen zu erfüllen. Nach Beginn des Rußlandkrieges erfuhren die Lager eine rasche Ausdehnung und erhielten außerdem ihre wirtschaftlichen Aufgaben. Auf diese Weise ereignete sich im Jahre 1942 in den Konzentrationslagern dreierlei:

a) Die rasche Ausdehnung wurde von einem allgemeinen Chaos, unerwarteten Problemen und organisatorischen Schwierigkeiten begleitet,

wie sie üblich sind, wenn neue Unternehmungen ins Werk gesetzt werden. Das trifft besonders auf Auschwitz zu, das ein neues Lager und im Begriff war, sich rasch zum größten aller Lager zu entwickeln.
b) Die fortgesetzten deutschen Siege und Eroberungen in Rußland hatten Massen von russischen Kriegsgefangenen zur Folge, von denen ein Teil in die Konzentrationslager aufgenommen wurde.
c) Den Lagern wurden durch das Justizministerium kranke Häftlinge zugewiesen. Es gab wahrscheinlich weitere Probleme, doch scheinen mir diese drei Faktoren eine hohe Sterblichkeit während der letzten Monate des Jahres 1942 bis zum Frühjahr 1943 ausreichend zu erklären.
Wenn auch die Sterblichkeit gegen Ende des Jahres 1943 immer noch beklagenswert hoch war, so stand sie doch im Vergleich zu der des Vorjahres einigermaßen unter Kontrolle und blieb es auch bis zum Zusammenbruch am Ende des Krieges. Die Aussage des Kommandanten von Birkenau (vgl. Anhang D) zeigt, daß die Todesfälle in Auschwitz während des Jahres 1944 hauptsächlich unter den gewöhnlichen Strafgefangenen auftraten, die aus den Haftanstalten überstellt worden waren. Ich habe keine Dokumente entdeckt, die den bereits untersuchten vergleichbar wären, aus denen sich für das Jahresende 1943 oder einen nachfolgenden Zeitraum hohe Sterblichkeitsziffern ergeben.
Die Rolle, die Birkenau in der betrügerischen Legende spielt, ist höchst einfach. Wie jedes große Industriewerk war Auschwitz zwecks größter Leistungsfähigkeit planmäßig organisiert. Die unbeschäftigten Gefangenen waren in Birkenau untergebracht. Daher waren auch die Transitlager in Birkenau. Dies erklärt die Einrichtung der dortigen Zigeuner- und Judenlager. Auch die Kranken, Schwerkranken, Sterbenden und möglicherweise auch die Toten wurden nach Birkenau gebracht. Eine solche Konzentration des Elends gibt Birkenau natürlich die Bedeutung eines mit Leichenräumen und Krematorien versehenen „Todeslagers“, falls jemand es vorzieht, die Dinge so zu umschreiben. Tatsächlich ereignete sich die Hälfte aller Todesfälle im gesamten deutschen Konzentrationslagerbereich während der Jahre 1942 bis 1944 in Birkenau. Wenn auch die ganze Angelegenheit recht unsinnig wirkt, sobald man sie näher unter-

sucht, so haben die Propagandisten doch mit ihrer Entscheidung, Birkenau zum Vernichtungslager zu erklären, erkennbar eine sehr überlegte Wahl getroffen. Die Sterblichkeitsquote im Konzentrationslagerbereich war sehr hoch; nahezu am höchsten war sie in Auschwitz, das das größte KZ war, und die dortigen Todesfälle konzentrierten sich auf Birkenau.

Zusammenfassung

In der Einführung zu diesem Kapitel wurde versprochen, es werde sich zeigen, daß die Auschwitz-Legende mit dem grundlegenden Kennzeichen der großen Lüge behaftet sei: einer andersartigen Ausdeutung tatsächlicher Geschehnisse.

Dies ist wirklich in jeder wesentlichen Beziehung erkennbar:

1. Das Zyklon wurde zur Desinfektion und angeblich ebenso zur Vernichtung von Menschen verwendet.
2. Die Selektionen waren mit Rücksicht auf die Beschäftigungsart in Auschwitz und angeblich ebenso zur Vernichtung von Menschen erforderlich.
3. Es wäre nicht ungenau (wenn auch vielleicht etwas irreführend), Birkenau als Todeslager zu bezeichnen, insbesondere während bestimmter Zeiträume (vor allem z.Zt. des Baruch-Komitees und sogleich danach); es diente angeblich ebenso der Vernichtung.
4. Entkleiden und Baden ging den Entlausungen voraus und angeblich auch der Vernichtung von Menschen.
5. Herkömmliche Krematorien gab es sowohl im Hinblick auf die Rolle Birkenaus als „Todeslager" wie auch im Hinblick auf seine Rolle als „Vernichtungslager".
6. Einige Leichenkeller waren Räume zur Aufbewahrung von Leichen, doch wird gleichzeitig behauptet, andere seien in Wirklichkeit Gaskammern gewesen. Die beiden Arten von Leichenkellem befanden sich nahe beieinander in Birkenau.
7. Einige Badeanstalten waren Einrichtungen zum Baden, gleichzeitig aber wird behauptet, andere seien in Wirklichkeit Gaskammern gewe-

sen. Die beiden Arten von Badeanstalten befanden sich dicht an dicht in Birkenau.

8. Der Gestank, den die Bevölkerung jenes Gebietes wahrnahm, hatte seinen Ursprung nicht nur in der Kohlehydrierung und anderen chemischen Prozessen, sondern angeblich ebenso - zumeist sogar ausschließlich! - in den Leichen-verbrennungen.

Angesichts der in dieser Untersuchung dargelegten Gesichtspunkte ist es wirklich nur Nachsicht, bezüglich dieser neun Feststellungen, von der Möglichkeit einer zweifachen Ausdeutung der tatsächlichen Geschehnisse zu sprechen. Bei den auf eine Menschenvernichtung hinauslaufenden Deutungen handelt es sich offensichtlich um Lügen. Und die letzte, sich auf den Gestank beziehende Lüge ist ein Zuviel an Tatsachen. Die Urheber der betrügerischen Legende hätten niemals die Tatsache des Gestanks mit in ihre Geschichte aufnehmen dürfen.
Die Sachverhalte, die im Widerspruch zu den Behauptungen stehen, die Ungereimtheiten und Unglaubwürdigkeiten sind herausgestellt worden. Himmler gibt seine Befehle unmittelbar an Höß und überläßt allein ihm die Mittel und Wege zu ihrer Durchführung. Die Befehlsgebung fand (wie ausdrücklich betont wird) im Sommer 1941 statt; andererseits hätte sie im Sommer 1942 stattgefunden haben müssen, denn Hoeß begann ein halbes Jahr nach Aufstellen der Pläne für die 4 Krematorien, die für die „Menschenvernichtung" gebraucht wurden, zu improvisieren. In Wirklichkeit bleiben die Krematorien jedoch nicht der Eingebungskraft von Hoeß überlassen. Auch anderes nicht. Jüdische Familien mit Kindern wohnen monatelang in Birkenau, ihre Unterkünfte sind vorher mit ebendemselben chemischen Produkt desinfiziert worden, mit dem sie schon bei ihrer Ankunft getötet worden sein sollen. Doch dann sollen sie später damit getötet werden. Doch dieses und ähnliches konnte Höß mit Sicherheit nicht selbst entscheiden.
Die Untersuchung der Auschwitzfrage ist damit nicht abgeschlossen. Sie war bislang auf die Ereignisse innerhalb von Auschwitz gerichtet und hat noch nicht das Schicksal irgendeiner besonderen jüdischen Bevölke-

rungs- oder Volksgruppe in Auschwitz einer Betrachtung unterzogen. Der Vollständigkeit halber ist dies noch nachzuholen, und wir können uns insoweit kein besseres Beispiel denken als das, welches die Verbreiter der Auschwitzlegende selbst ausgewählt haben: die ungarischen Juden, deren Schicksal - oder wie immer man es sonst nennen sollte - unter besonderer Berücksichtigung der Aussagen über Auschwitz jetzt im nächsten Kapitel untersucht werden wird.

V Die Ungarischen Juden

Seit der Zeit, als die Deutschen und ihre Verbündeten dem Roten Kreuz (und zwar sowohl dem Internationalen Komitee (IKRK) als auch den verschiedenen nationalen Sektionen) eine nicht unbeträchtliche Freiheit eingeräumt haben, in dem von den Achsenmächten beherrschten Europa tätig zu sein, ergab es sich, daß das IKRK in der Lage war, über einen großen Teil des Geschehens, die europäischen Juden betreffend, zu berichten. Die Berichte einer solchen neutral plazierten Organisation sind natürlich im Zusammenhang mit unseren Problemen von großer Bedeutung.

Wir sagen „neutral plazierten", besser als „neutralen" Organisation, da es keine absolute politische Neutralität gibt. Jede Organisation ist politischen Zwangslagen ausgesetzt. Alles bleibt eine Frage der Abstufung.

Zwei IKRK-Veröffentlichungen sind für uns von größerem Interesse. Das erste sind die *Documents sur l'activité du CICR en faveur des civils détenus dans les camps de concentration en Allemagne (1939-1945),* Genf 1947. Dies ist eine Sammlung von Dokumentenwiedergaben von Korrespondenzen zwischen dem IKRK und den verschiedenen Regierungen und Rote-Kreuz-Gesellschaften sowie Berichte von IKRK-Delegierten an das IKRK. Kommentare, die nur ausreichen, um die Dokumente zu interpretieren, sind vom Roten Kreuz erstellt. Die Dokumentation ist unschätzbar und wird in diesem Buch wiederholt erwähnt. Eine andere Publikation des Jahres 1947 war *Inter Arma Caritas,* doch dies war hauptsächlich ein Bemühen um Öffentlichkeitswirkung.

Die zweite wichtige Publikation ist der dreibändige Bericht des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes über seine Aktivitäten während des Zweiten Weltkrieges, Genf 1948. Dieser hat historischen Dokumentationswert. Dokumente selbst erscheinen hier nur gelegentlich. Im gegenwärtigen Kapitel wird ein Auszug vom ersten Band des Berichtes im

vollständigen Text zitiert, und zwar die Seiten 641-657. Ich glaube, daß in diesem Auszug aus dem Bericht ein gewisser politischer Druck offensichtlich ist, aber es wird für den Leser nicht notwendig sein, meine Empfindungen im Hinblick auf besondere Bekundungen dieses Drucks in dem Auszug zu teilen, um die Hauptfolgerung anzuerkennen, die ich aus diesem Auszug ziehe. Jedoch werden einige augenscheinlich dringliche Fragen während des ersten Lesens auftauchen. Und alles, was hier schon gesagt sein kann, ist, daß zwei Punkte im Gedächtnis behalten werden sollten:

1. Dieser Bericht wurde im Jahre 1948 veröffentlicht, zu einer Zeit, da die Autoren nicht fehlgehen konnten, vor allem im Hinblick auf die politisch empfindliche Natur der beschriebenen Materie, völlig mit den Alliierten-Behauptungen vertraut zu sein, die ihrerseits erschöpfend sowohl in den Kriegsverbrecherprozessen als auch in der Presse bezüglich des Schicksals der europäischen Juden zum Ausdruck gebracht worden waren. Wir erwarten hier keine sorglosen Bemerkungen.

2. Wir fragen das IKRK nicht als eine besondere Autorität um Rat; d.h. wir sind lediglich an den Berichten interessiert, welche in den Kompetenzbereich des IKRK fallen. Es gab Delegationen in verschiedenen europäischen Ländern, die stark mit jüdischen Affären befaßt waren, und was wir zu wissen wünschen, ist, was diesen Juden geschehen ist, soweit das IKRK befähigt war, dies zu beobachten. Unser Nachdruck liegt in der Tat auf den Juden der Slowakei (östliche Tschechoslowakei), in Kroatien (Nord-Jugoslawien) und Ungarn. Wir sind an Ungarn interessiert, doch die Probleme der anderen Länder gehen ineinander über, und in dem Ausmaß, in dem die Deutschen die Dinge kontrollierten, gab es keinen Grund für größere Unterschiede in der Judenpolitik.

Von einem Zahlengesichtspunkt her mag es scheinen, daß Polen in diesem Problem als das Schlüsselland hätte ausgewählt werden sollen. Jedoch bleibt die Tatsache, daß Ungarn der Schlüssel ist, weil die Schöpfer der Legende vorgezogen haben, Ungarn und nicht Polen auszuwählen, um die Zeugnisse für ihre Behauptungen anzubieten. Sie bieten keinen Beweis für Vernichtungen von polnischen Juden, abgesehen

von Zeugenaussagen und den allgemeinen Vernichtungslager-Behauptungen, die unsere Analyse bereits *ad absurdum* geführt hat. Durch einen glücklichen Umstand ist es möglich, sich durch die Berichte des IKRK darüber zu informieren, was in Ungarn geschah, doch dies ist nicht so im Fall Polen. Der Grund dafür ist der, daß die Deutschen dem IKRK nicht gestatteten, sich mit jüdischen Affären in Ländern zu befassen, in denen sie sich als der Souverän betrachteten. Jedoch die Verbündeten der Deutschen, die als unabhängige Staaten angesehen wurden, ließen es zu, daß sich das IKRK mit den jüdischen Angelegenheiten befaßte. So entsteht die zentrale Bedeutung Ungarns in der Untersuchung der Legende.

Da gibt es einen zweiten Gesichtspunkt, für den der Auszug des Berichtes von größter Wichtigkeit in unseren Studien ist, er wird im folgenden Kapitel deutlicher herausgestellt.

Der Auszug aus dem Bericht wird hiervollständig wiedergegeben, weil er in einer Form geschrieben ist, daß es schwierig ist, ihn an bestimmten Stellen zu zitieren, ohne sich der Möglichkeit auszusetzen, wegen Entstellung der Behauptung angegriffen zu werden. Dies wird nach dem Lesen klar werden.

VI. Spezial-Kategorien von Zivilisten

(A) Juden

„Unter dem Nationalsozialismus wurden die Juden in der Tat Ausgestoßene, durch eine harte Rassengesetzgebung dazu verurteilt, Tyrannei, Verfolgung und systematische Vernichtung zu erdulden. Keine Art von Schutz wurde ihnen gewährt; da sie weder Kriegsgefangene noch Zivilinternierte waren, bildeten sie eine eigene Kategorie, ohne in den Genuß irgendeiner Konvention zu geraten. Die Oberaufsicht, zu der das Internationale Rote Kreuz zugunsten von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten ermächtigt war, war ihnen gegenüber nicht anzuwenden. In den meisten Fällen waren sie Staatsangehörige jenes Staates, der sie in der Gewalt hatte und der, sich auf seine oberste Autorität berufend, keinerlei Intervention zu ihren Gunsten duldete. Diese unglücklichen Bürger teilten das gleiche Schicksal wie politische Deportierte, sie waren ihrer zivilen Rechte beraubt, ihnen wurde eine schlechtere Behandlung zuteil als den nationalen Feinden, die schließlich die Vorteile einer Konvention genossen. Sie wurden in Konzentrationslager und Ghettos gepfercht, zur Zwangsarbeit verpflichtet, groben Brutalitäten ausgesetzt und in Todeslager geschickt, ohne daß irgendjeman-

dem erlaubt wurde, sich in diese Angelegenheiten einzumischen, die Deutschland und seine Verbündeten zum ausschließlichen Kompetenzbereich ihrer Innenpolitik gehörig betrachteten.
Es sollte jedoch ins Gedächtnis zurückgerufen werden, daß die in Italien gegen die Juden ergriffenen Maßnahmen unvergleichlich weniger hart waren, und daß in den Ländern unter dem direkten Einflluß von Deutschland ihre Lage allgemein weniger tragisch war als in Deutschland selbst. Das Komitee konnte sich nicht selbst von diesen Opfern lossagen, zu deren Gunsten es die meisten dringlichen Appelle erhielt, für die jedoch der Spielraum für Hilfsmaßnahmen besonders eingeschränkt war, zumal seine Aktivitäten angesichts des Fehlens jeglicher gesetzlichen Basis zum großen Ausmaß vom guten Willen der kriegführenden Staaten abhing.
Das Komitee hat in der Tat durch Einschaltung des Deutschen Roten Kreuzes um Informationen hinsichtlich der Zivildeportierten ohne Unterschied von Rasse und Religion ersucht, was jedoch kurzerhand mit folgenden Formulierungen verweigert wurde: ‚Die verantwortlichen Behörden lehnen Informationen über die nicht-arischen Deportierten ab.' So führten Nachfragen, die sich hauptsächlich mit Juden befaßten, zu keinem Ergebnis, und wiederholte Proteste würden von den betreffenden Behörden übel vermerkt worden sein und sich vollständig entgegengesetzt ausgewirkt haben, sowohl für die Juden als auch für den Gesamtbereich der Aufgaben des Komitees. Obwohl das Komitee nutzlose Proteste vermied, tat es doch in der gezogenen Konsequenz das äußerste, um den Juden mit praktischen Maßnahmen zu helfen, und seine Delegierten draußen über diese Richtlinien zu unterrichten. Die Richtigkeit dieser Politik bestätigte sich durch die erzielten Ergebnisse.

Deutschland
Sogar zu der Zeit, als die deutsche Wehrmacht ihre Siege errang, stieß das Bemühen des Komitees hinsichtlich der Juden auf fast unüberwindbare Hindernisse. Gegen Ende des Jahres 1943 jedoch gestatteten die deutschen Behörden dem Komitee, Hilfspakete an Konzentrationslagerinsassen zu senden, deren Namen und Adressen ihm bekannt war und von denen viele Juden waren. Das Komitee war in der Lage, ein paar Dutzend Namen zu sammeln. Mit diesen dürftigen Maßnahmen wurde dann ein System von zunächst individueller und dann kollektiver Hilfe für politische Häftlinge begonnen, dessen Ausmaß in diesem Bericht an anderer Stelle notiert ist. Jeder Empfänger schickte verschiedene Namen zurück, und diese wurden der Adressenliste zugefügt: auf diese Weise gaben die Empfänger oft die ersten Nachrichten über vermißte Personen. Gegen Ende des Krieges enthielt die Registratur des Komitees für politische Gefangene (jüdische und nicht-jüdische) über 105.000 Namen.
Während des letzten Kriegsjahres waren die Delegierten des Komitees in der Lage, das Lager Theresienstadt zu besichtigen, das ausschließlich Juden vorbehalten war und unter Sonderbedingungen verwaltet wurde. Entsprechend den vom Komitee in Erfahrung gebrachten Nachrichten wurde dieses Lager von ge-

wissen Führern des Reiches als ein Experiment eingerichtet, die den Juden gegenüber augenscheinlich weniger feindselig gegenüberstanden, als jene, die für die Rassenpolitik der deutschen Regierung verantwortlich waren. Das Bestreben dieser Männer war, den Juden die Möglichkeit für ein kommunales Leben in einer Stadt unter ihrer eigenen Verwaltung und nahezu vollständigen Autonomie zu geben. Bei vielen Gelegenheiten wurde den Delegierten des Komitees freigestellt, Theresienstadt zu besichtigen, doch weil die Lokalbehörden Schwierigkeiten machten, fand der erste Besuch erst im Juni 1944 statt. Der jüdische Ältestenrat informierte die Delegation in Gegenwart eines Vertreters der deutschen Behörden, daß 35.000 Juden in der Stadt ansässig wären und daß die Lebensverhältnisse erträglich wären. Auf Grund des von den Führern verschiedener jüdischer Organisationen ausgedrückten Zweifels hinsichtlich der Zuverlässigkeit dieses Berichts, bat das Komitee die deutsche Regierung, seinen Delegierten einen zweiten Besuch zu genehmigen. Nach mühsamen Verhandlungen, die von der deutschen Seite reichlich verzögert wurden, waren zwei Delegierte in der Lage, das Lager am 6. April 1945 zu besuchen. Sie bestätigten den günstigen Eindruck, den man beim ersten Besuch erhalten hatte, aber ermittelten, daß die Lagerstärke sich zusammensetzte aus: nur 30.000 Internierten, einschließlich 1.100 Ungarn, 11.050 Slowaken, 800 Holländer, 290 Dänen, 8.000 Deutschen, 8.000 Tschechen und 760 staatenlosen Personen. Sie befürchteten daher, daß Theresienstadt ein Durchgangslager wäre und erkundigten sich nach dem letzten Transport von Personen nach dem Osten. Der Führer der Sicherheitspolizei des Protektorates erklärte, daß die letzten Transporte nach Auschwitz 6 Monate vorher abgegangen wären und 10.000 Juden erfaßt hätten, die zur Arbeit in der Verwaltung und für die Ausweitung des Lagers eingesetzt werden sollten. Dieser hochgestellte Beamte versicherte den Delegierten, daß keine Juden künftig mehr deportiert würden.

Wenngleich andere Lager, die ausschließlich Juden vorbehalten waren, für Inspektionen zugunsten humanitärer Zwecke bis zum Kriegsende nicht freigegeben wurden, war das Komitee schließlich doch in verschiedenen Konzentrationslagern, in denen Juden in der Minderheit waren, aktiv und wirksam. Während der Endmonate übernahm das Komite in dringenden Fällen eine Aufgabe von größter Bedeutung, indem es diese Internierten besuchte und ihnen Hilfe gab, sie mit Nahrung versorgte, Evakuierungen so gut wie Massenexekutionen in letzter Minute verhinderte und sogar die Leitung in den kritischen Stunden, manchmal Tagen übernahm, die zwischen dem Rückzug der deutschen Truppen und der Ankunft der Alliierten Streitkräfte vom Westen oder Osten lagen.

Ein mehr ins einzelne gehender Bericht von diesen verschiedenen Aktivitäten ist in den Kapiteln über die politischen Häftlinge sowohl in diesem Band als auch in Band II niedergelegt, aber auch in einer besonderen Publikation mit dem Titel *„Documents sur l'activité du CICR en faveur des civils détenus dans les camps de concentration en Allemagne, 1939-1945."*

Wenig ist bekannt über die Rolle, die das Komitee in Ländern spielte, deren Regierungen mehr oder weniger dem deutschen Einfluß ausgesetzt waren und in

denen besondere Gesetze hinsichtlich der Juden, ähnlich jenen der deutschen Gesetzgebung angenommen waren.
Durch seine Delegierten, besonders in Budapest, Bukarest, Preßburg, Zagreb und Belgrad war das Komitee in der Lage, den best möglichen Gebrauch von seiner moralischen Autorität zu machen. Zugute kam seinen Delegierten die gewogene Einstellung einiger nicht-deutscher Behörden, die mehr oder weniger freie Hand hatten und nicht auf einer rücksichtslosen Durchführung einer Rassenpolitik analog der deutschen Regierung bestanden. In seiner Eigenschaft als neutraler Vermittler war das Komitee in der Lage, Hilfslieferungen im Wert von über zwanzig Millionen Schweizer Franken zu überbringen und zu verteilen, die weltweit von jüdischen Wohlfahrtorganisationen, besonders vom *American Joint Distribution Committee of New York* gesammelt worden waren. Ohne die Hilfe des IKRK wäre diese konzentrierte Anstrengung einer umfassenden Gemeinschaft zweifellos vergeblich gewesen, da keiner jüdischen Organisation in Ländern unter deutscher Kontrolle tätig zu sein gestattet war. Ein detaillierter Bericht dieses bedeutenden Hilfswerkes befindet sich im Band III.
Die Bemühungen des Komitees waren nicht auf die oben beschriebenen Aktivitäten beschränkt. Mit der Zeit wurde es in der Tat eine Schutzmacht für die Juden, die bei den Regierungen zu ihren Gunsten intervenierte und in einigen Fällen ein wirkliches Schutzrecht ausübte, indem es den Vorzug der Exterritorialität für Krankenhäuser, Ambulanzen und Hilfsorganisationen zugestanden erhielt und auch als Vermittler von Streitigkeiten anerkannt wurde. Dies war seine Aufgabe besonders in Rumänien und Ungarn für mehr als ein Jahr während der letzten Phase des Krieges in den Jahren 1944 und 1945. In den Ländern, in denen die Bemühungen des Komitees weniger beträchtlich waren waren sie nichtsdestoweniger für die Juden von großem Vorteil. Dies mag in einem kurzen Zusammenfassung beschrieben sein, bevor die Tätigkeiten des Komitees in Ungarn und Rumänien aufgezeigt werden.

Frankreich
Im November 1940 erhielt das Komitee von den Behörden die Erlaubnis für eines seiner Mitglieder, Lager im Süden zu besuchen, wo sich unter den Zivilinternierten eine Anzahl Juden befand, Besonders das Lager bei Gurs enthielt 6.000 Juden aus der bayerischen Oberpfalz. Der Besuch ergab einen deutlichen Überblick über die Situation innerhalb des Lagers sowie über die dringende Notwendigkeit einer Hilfe. Angemessene Schritte zugunsten der Internierten wurden unternommen.

Die Juden aus Polen, die sich in Frankreich aufgehalten und Genehmigungen zur Einreise in die Vereinigten Staaten besessen hatten, wurden von den deutschen Besatzungsbehörden als Staatsbürger der USA betrachtet. Anerkannt haben sie gleichermaßen die Gültigkeit von ungefähr 3.000 Ausweisen, die von den Konsulaten südamerikanischer Staaten an Juden ausgegeben worden waren. Diese betreffenden Personen wurden in den für Amerikaner vorbehaltenen Lagern bei Vittel zusammengefaßt. Als im Jahre 1942 die südamerikanischen

Staaten mit Deutschland über den Austausch von Internierten verhandelten, ergab es sich, daß die Mehrheit der bei Vittel Internierten Behelfsausweise hatte und folglich in Gefahr waren, deportiert zu werden. Das IKRK intervenierte zu ihren Gunsten über die Berliner Delegation und erreichte für sie ein Verbleiben bei Vittel; nur einige wenige wurden deportiert.

Griechenland
Unmittelbar nach der deutschen Besetzung wurde das Komitee gerufen, sich in den Fall von 55.000 Juden in Saloniki einzuschalten, die Opfer der Rassengesetzgebung geworden waren. Im Juli 1942 wurden alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren registriert, und die Mehrheit von ihnen wurde in Arbeitsbataillone einberufen. Die Delegation versorgte sie mit medizinischen und sanitären Gebrauchsgegenständen. Im Mai 1943 wurden diese Arbeiter nach Deutschland geschickt, und die Delegation in diesem Land bestand auf ihrem Recht, ihnen Lebensmittelpakete zu geben. Dieses Verhalten führte zu Schwierigkeiten mit den deutschen Behörden, die in ihrer Verstimmung die Abberufung eines Delegierten forderten.

Slowakei
Viele tausend Juden wurden gezwungen, das Land zu verlassen und sich in den sogenannten Arbeitsdienst einzureihen, der aber in der Tat die größere Anzahl in die Vernichtungslager überführt zu haben scheint. Zur annähernd gleichen Zeit hatte eine große Anzahl der jüdischen Minderheit die Erlaubnis im Lande zu bleiben, und zu gewissen Zeiten wurde die Slowakei geradezu als Zufluchtsort für Juden angesehen, hauptsächlich für jene, die aus Polen kamen. Jene, die in der Slowakei verblieben waren, schienen bis gegen Ende August 1944 in ziemlicher Sicherheit zu sein, bis dann ein Aufstand gegen die deutschen Truppen ausbrach. Es ist wahr, daß das Gesetz vom 15. Mai 1942 einige tausend Juden in die Internierung brachte, doch waren die Lagerbedingungen, was Nahrung und Unterbringung anbetraf, erträglich; auch wurde den Internierten zu nahezu gleichen Bedingungen wie auf dem freien Arbeitsmarkt Geld bezahlt. Im Jahre 1944 hatte die jüdische Gemeinde erreicht, eine nahezu vollständige Einstellung der erzwungenen Einwanderung in die von den Deutschen kontrollierten Länder sicherzustellen.
Während der Zeit des Aufstandes flüchteten die internierten Juden aus den Lagern; einige kehrten nach Hause zurück und andere verbargen sich im Gebirge. Die nachfolgenden Unterdrückungsmaßnahmen erfaßten die jüdische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit. Die deutschen Militärbehörden forderten die slowakische Regierung auf, umfassende Festnahmen mit dem Ziel eine Deportation der Juden nach Deutschland vorzunehmen. Der am 16. Nov. 1944 erlassene Befehl sah vor, daß alle Juden im Lager Sered zu mustern seien und daß alle Juden, die in der Hauptstadt leben, schon vorher am 20. Nov. in der Stadthalle von Preßburg mit diesem Ziel zu versammeln seien. An demselben Tag ging der Delegierte in die Stadthalle und notierte, daß nur 50 Juden dem Aufruf gefolgt waren. Der Rest

hatte sich verborgen, wie die slowakischen Behörden es vorhergesehen hatten, entweder durch Flucht in das Land oder durch Verbergen innerhalb der Stadt in den sog. Bunkern. Die Schlußfolgerung aus dieser Situation ziehend, schrieb der Präsidentdes IKRK dem Chef der slowakischen Regierung und bat ihn um Beendigung der Deportationen. Monsignor Tiso erhielt diesen Brief am 2. Jan. 1945 und antwortete am 10. Jan. langatmig. Er rief die Tatsache in Erinnerung zurück, daß bis zu jenem Zeitpunkt die Juden nicht behelligt worden wären, fügte jedoch hinzu, daß seine Regierung unter dem Eindruck des Aufstandes gezwungen sei, dem Druck nachzugeben, der ihr nunmehr auferlegt sei. Er beendete seine Ausführungen mit den Worten: „Um es zusammenzufassen: Es bleibt völlig wahr, daß wir uns bei der Lösung der jüdischen Frage bemüht haben, den Prinzipien der Menschlichkeit im vollen Ausmaß unserer Macht treu zu bleiben". Offizielle Hilfe für die Flüchtlinge in den ‚Bunkern' stand außer Frage. Die Delegation in Preßburg erreichte jedoch mit Unterstützung des slowakischen Roten Kreuzes und in den Provinzen der katholischen Kirche, sie mit Vorräten zu versorgen, die ihren Sprechern übergeben wurden und die gewährleisteten, sie während der letzten Monate des Krieges am Leben zu erhalten.
Der Vertreter des Komitees war nicht in der Lage, die Erlaubnis zum Besuch des Lagers von Sered zu erhalten. Ihm wurde jedoch gestattet, das Lager von Marienka zu betreten, wo Juden fremder Nationalität interniert waren.

Kroatien

Vom Mai 1943 bis Ende 1945 gab die Delegation der jüdischen Gemeinde von Zagreb Hilfe und zwar in Form einer monatlich ungefähren Summe von 20.000 Schweizer Franken, die zu ihren Gunsten vom *Joint Committee of New York* gespendet worden war. Außerdem machte die Delegation ihr beträchtliche Mengen von Nahrungsvorräten, Kleidung und Medikamenten zugänglich. Im Oktober 1944 sperrten die deutschen Behörden auf den Grundlagen von Maßnahmen in den benachbarten Ländern die Juden von Zagreb ein und nahmen ihre Lebensmittelvorräte an sich. Die Delegation wurde sofort bei der kroatischen Regierung vorstellig und sorgte für die Rückgabe der Vorräte.

Ungarn

Wie in der Slowakei wurden die Juden relativ geschont, insofern als die Lokalregierung gewisse Handlungsfreiheiten hatte. Aber als der deutsche Druck vom März 1944 an geltend gemacht wurde, wurde die Lage der Juden kritisch. Die Beseitigung der Regierung Horthy im Oktober 1944 zugunsten einer an Deutschland gebundenen Regierung provozierte eine gefährliche Krise: Exekutionen, Plünderungen, Deportationen, Zwangsarbeit, Verhaftungen, - dies war das Los der jüdischen Bevölkerung, die grausam litt und viele an Toten verlor, vor allem in den Provinzen. Es war an diesem Punkt, als das Komitee, um diese Leiden zu mildern, mit Elan und Autorität in Aktion trat. Zur selben Zeit wurde die vom König von Schweden veranlaßte Hilfe mit beträchlichem Mut und Erfolg von der schwedischen Gesandtschaft in Budapest, unterstützt von einigen

Mitgliedern des schwedischen Roten Kreuzes, den Betroffenen zugänglich gemacht.
Bis zum März 1944 stand es den Juden, die das Privileg eines Visums für Palästina hatten, frei, Ungarn zu verlassen. Am 18. März 1944 forderte Hitler den ungarischen Reichsverweser Admiral Horthy auf, ihn in seinem Hauptquartier aufzusuchen. Er drückte seinen Unwillen dahingehend aus, daß ‚in Ungarn nahezu eine Million Juden in der Lage wären, in Freiheit und ohne Einschränkungen zu leben'. Noch bevor der Reichsverweser nach Budapest zurückgekehrt war, hatten deutsche Truppen mit der Besetzung Ungarns begonnen, um Ungarn daran zu hindern, aus dem Bündnis mit Deutschland auszuscheren. Diese Besetzung legte dem ungarischen Staatsoberhaupt eine neue Regierung auf, die sehr viel mehr von der deutschen Autorität abhängig war, als die vorangegangene. Die Auswanderungsmöglichkeit für Juden wurde rundheraus aufgehoben, und die Verfolgung begann. Dies war eine Angelegenheit, die das IKRK in schärfster Weise anging. Der Präsident appellierte an den Reichsverweser Admiral Horthy: ‚Die uns zur Kenntnis gelangten Angelegenheiten scheinen uns', so schrieb er am 5. Juli 1944, ‚so sehr im Gegensatz zu den ritterlichen Traditionen des ungarischen Volkes zu stehen, daß es für uns schwierig ist, auch nur einen Hauch jener Informationen, die wir erhalten haben, zu glauben. Im Namen des IKRK erlaube ich mir, Eure Hoheit zu bitten, uns Instruktionen zu geben, die es uns ermöglichen, diesen Gerüchten und Anklagen entgegenzutreten'. Der Reichsverweser antwortete am 12. August: ‚Es steht unglücklicherweise nicht in meiner Macht, unmenschliche Akte zu verhindern, die niemand aufrichtiger verachtet als mein Volk, dessen Gedanken und Gefühle ritterlich sind. Ich habe die ungarische Regierung aufgefordert, die Lösung der jüdischen Frage in Budapest durchzuführen. Es bleibt zu hoffen, daß diese Erklärung keine ernsthaften Komplikationen auslöst.
Im Geist dieser Antwort gestatteten die ungarischen Behörden der Delegation in Budapest, Schilder in Lager und Internierungsgebäuden für Juden anzubringen, die auf ihren Schutz durch das Rote Kreuz hinwiesen. Wenn die Verwendung dieser Schilder (schwer vereinbar darüber hinaus mit den genauen Bedingungen der Genfer Konvention) nicht ausgedehnter war, so war dies dem Umstand zuzuschreiben, daß der Jüdische Senat in Budapest der Meinung war, daß diese Maßnahme zweifellos an Wirksamkeit verlieren würde, wenn sie generell angewendet würde. Die ungarische Regierung zeigt sich darüber hinaus willens, eine Wiederaufnahme der jüdischen Auswanderung zu begünstigen. Das Komitee nahm mit den Regierungen Großbritanniens und der USA Fühlung auf und erhielt während des August als äußerst dringende Angelegenheit eine gemeinsame Erklärung von diesen beiden Regierungen, die ihren Wunsch zum Ausdruck brachten, die Emigration von Juden aus Ungarn mit allen erdenklichen Mitteln zu unterstützen.
Um dieses Ziel zu erreichen, wurde das Komitee ersucht, Budapest seitens der Regierung der USA folgende Botschaft zu übermitteln: ‚Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wurde vom IKRK davon in Kenntnis gesetzt, daß die

ungarische Regierung bereit ist, gewisse Kategorien von Flüchtlingen aus Ungarn auswandern zu lassen (...) Die Regierung der USA, indem sie die humanitären Gesichtspunkte im Hinblick auf die Juden in Ungarn berücksichtigt, wiederholt jetzt spezifiziert ihre Versicherung, daß sie Vorkehrungen zur Betreuung aller Juden treffen wird, um Sorge zu tragen für alle Juden, denen unter den gegenwärtigen Umständen gestattet wird, Ungarn zu verlassen, und die das Territorium der Vereinten Nationen oder neutraler Länder erreichen, und daß sie für solche Leute Behelfsunterkünfte als Flüchtlinge finden werde, wo sie in Sicherheit leben mögen. Die Regierungen der neutralen Länder sind von diesen Versicherungen in Kenntnis gesetzt worden, und sie wurden ersucht, Juden aus Ungarn, die ihre Grenzen erreichen, die Einreise in ihr Land zu gestatten.'

Am 8. Oktober verkündeten die ungarischen Behörden in Übereinstimmung mit den dem Komitee übermittelten Zusagen die endgültige Beendigung der Deportationen und gaben zur Kenntnis, daß das Lager Kistarsca für jüdische Intellektuelle, Doktoren und Ingenieure aufgelöst worden sei und die Insassen entlassen worden seien.

Die durch diese Erklärung genährte Hoffnung war kurzlebig. Wenige Tage später setzte die volle Welle der großen Leiden der ungarischen Juden ein. Unter dem Eindruck des Rückzuges der deutschen Wehrmacht hatte Admiral Horthy entschieden, die Verbindung seines Landes mit Deutschland aufzulösen. Am 15. Oktober bat er die Alliierten Mächte um einen Waffenstillstand mit Ungarn. Diese Proklamation hatte unter den Juden eine gewaltige Wirkung, die in ihren Demonstrationen gegen die Besatzungsmacht begeistert waren. Obgleich die deutsche Armee sowohl in Ost- wie in West-Europa auf dem Rückzug war, hatte sie in Ungarn doch noch einen festen Halt. Der Reichsverweser scheiterte mit seinem Plan und wurde eingesperrt. Ungarische Unterstützer der Deutschen ergriffen die Macht und leiteten eine Unterdrückung ein, die an Heftigkeit zunahm, je näher die Front rückte und bereiteten Budapest für den Belagerungszustand vor. Es wird behauptet, daß von jüdischen Häusern aus auf deutsche Truppen geschossen worden sei. Wie auch immer sich dies verhalten haben mag, jedenfalls richtete sich die Unterdrückung vor allem gegen die Juden. Unverzüglich wurde entschieden, sie aus Budapest herauszubringen und ihr Eigentum zu konfiszieren. 60.000 Juden, die zur Arbeit fähig waren, sollten nach Deutschland geschickt werden, zu Fuß, in Gruppen zu je tausend, via Wien. Darüber hinaus wurden von den Arbeitsfähigen Männer zwischen sechzehn und sechzig und Frauen zwischen vierzehn und vierzig zur Zwangsarbeit bei ungarischen Befestigungsanlagen kommandiert. Der Rest der jüdischen Bevölkerung, einschließlich der Arbeitsunfähigen und Kranken, wurde in vier oder fünf Ghettos in der Nähe von Budapest zusammengefaßt. Die einzigen Juden, die der Evakuierung entrinnen konnten, waren jene, die im Besitz von Ausweisen mit Visa für Palästina, Schweden, Schweiz, Portugal oder Spanien waren.

Diese Maßnahmen wurden zu Beginn mit Grausamkeiten und Diebstählen begleitet, gegen die die Delegation unverzüglich protestierte. Das Innenministerium, das diesem Vorgehen Beachtung schenkte, gab einen Erlaß heraus, demzu-

folge Plünderungen vom 20. Oktober ab verboten waren. In der Zwischenzeit gewährte die Delegation Mitgliedern des Jüdischen Senats von Budapest Unterschlupf. Da ihre Lage offensichtlich bedrohlich war, erneuerte die Delegation ihre Appelle an die deutschen Behörden als auch an die ungarische Regierung, und am 29. Oktober verkündete der Rundfunk, daß den IKRK-Gebäuden die Exterritorialität gewährt worden sei, ähnlich wie dies bei den Gesandtschaften der Fall war.

Seine Position war gestärkt worden, der Delegierte widmete sich selbst mit um so größerer Zuversicht der Hilfsarbeit, die er in bezug auf die Juden bereits mutig durchgeführt hatte. ‚Es ist hart,' schrieb er, ‚einen Begriff von den Schwierigkeiten zu erlangen, die ich zu bewältigen hatte, um gegen eine Bande auszuhalten, in deren Händen die Macht liegt, und dann in einer Zeit des Durcheinanders, da Mord und Aggression an der Tagesordnung waren, sich zu zwingen, eine gewisse Zurückhaltung zu zeigen und dem Rote-Kreuz-Emblern den Respekt zu bewahren (...)'

Das Schicksal der Kinder, deren Eltern in Arbeitslager deportiert worden waren, war besonders tragisch. Der Delegierte erreichte mit Unterstützung der ‚Jo Pasztor'-Organisation, ungefähr zwanzig Heime einzurichten, in denen diese Kinder, zuweilen begleitet von ihren Müttern, untergebracht werden konnten. Das Krankenhauspersonal bestand aus erfahrenen Schwestern und aus Juden, deren Tätigkeit in diesen Heimen ihnen ein Schutzzertifikat gewährleistete, ähnlich jenen, die der Delegierte seinen Mitarbeitern ausstellte.

Die Repräsentanten des Komitees eröffneten auch Suppenküchen, von denen jede in der Lage war, täglich ungefähr hundert heiße Mahlzeiten auszugeben. Empfangs- und Versorgungszentren wurden errichtet, ebenso auch Krankenhäuser mit Kinder- und Mutterschaftsabteilungen, sowie eine Erste Hilfe-Station, geöffnet für die Öffentlichkeit, ohne Unterschied der Rasse und des Glaubens'. Darüber hinaus gab der Delegierte dreißigtausend Schutzbriefe aus, die, obgleich sie keine legale Basis hatten, von den Behörden respektiert wurden und ihre Inhaber von der Zwangsarbeit freistellten.

Im November strömten hunderttausend Juden aus den Provinzen nach Budapest hinein. Die Regierung beschloß, sie in einem Ghetto zusammenzufassen, einschließlich jener Juden, die in Budapest verblieben waren und im besonderen auch für Kinder, die in Rot-Kreuz-Heimen untergebracht waren. Der Delegierte schrieb: ‚Ich sah es als meine Hauptaufgabe an, das Ghetto-Leben so tragbar wie eben möglich zu gestalten. Ich hatte unglaubliche Schwierigkeiten zu überwinden, um bei täglichem Aushandeln mit den ungarischen Nazis Bedingungen und Konzessionen zu erhalten, die zu einem gewissen Grade die Voraussetzungen zum Leben für jene innerhalb des Ghettos schufen. Ununterbrochen wurden Verhandlungen mit dem Jüdischen Senat auf der einen Seite und der Stadtverwaltung auf der anderen Seite geführt, um zumindest ein Minimum an Lebensmittelvorräten für das Ghetto sicherzustellen zu einer Zeit, da der gesamte Verkehr auf Grund der ständigen Bombardierung lahmgelegt und die Versorgung immer schwieriger geworden war. Der Delegierte stellte sicher, daß die Rationen

für Juden auf 920 Kalorien festgelegt wurden, d.h. zwei Drittel des Minimums der ungarischen Gefängnisration. Später war es möglich, eine leichte Anhebung dieser Zahl zu erreichen, und zwar dank der Ausgabe von Hilfslieferungen.
Trotz der Bemühungen des Delegierten wurden die in das Ghetto verbrachten Kinder zu 60 in einen Raum gesteckt, den es weder möglich war zu säubern noch zu desinfizieren. Indem er auf die Gefahr von Epidemien hinwies, erreichte er, daß die Kinder von einer Inspektion begutachtet wurden, die 500 der 800 untersuchten Kindern erlaubte, in ihre Heime, aus denen sie gekommen waren, zurückgeschickt zu werden, und die die übrigen 300 Kinder in Krankenhäuser einwies. Die anderen Kinder verließen das Ghetto nicht, doch sorgten sich Verwandte oder Freunde um sie. Darüber hinaus sandte die Delegation mit Erlaubnis der Regierung fünf Personen in das Ghetto mit dem Auftrag, offizielle und detaillierte Berichte über den Bedarf an Nahrung und Kleidung für jedes Kind zu erstellen. Schließlich wurden auf Initiative des Delegierten eintausend Waisenkinder ‚ohne Unterschied der Rasse oder Religion' ausgesucht und in der Abtei von Panonatma, einem Benedektinerkloster, das dem Delegierten vom Bischof von Gyor zur Verfügung gestellt worden war, untergebracht. Dieses Refugium unter dem Schutz des Roten Kreuzes wurde von den deutschen und ungarischen Truppen während ihres Rückzuges respektiert und auch von der Sowjetarmee. Die Hingabe und Großzügigkeit des Bischofs von Gyor war für den Delegierten eine fruchtbare Hilfe in seinem von ihm durchgeführten Wohlfahrtswerk. Seine Aufgabe war es, die Ernährungs- und Unterbringungslage zu verbessern und die Konvois von Juden, die in Arbeitslager nach Deutschland deportiert wurden und die gezwungen waren, an einem Tag Strecken von fünfundzwanzig bis dreißig Kilometer zurückzulegen, zu betreuen. Der Bischof organisierte entlang der Strecke ein Hilfszentrum, das er finanzierte und das von Repräsentanten des Komitees verwaltet wurde. Er gab Unterkunft vor schlechtem Wetter, zumindest für einige Stunden, für tausende von Juden während dieses schrecklichen Exodus. Die ‚Transportgruppen' der Delegation gaben ihnen an der Straße Nahrungsmittel, bezahlten die Bauern, um die schwächsten - fünfzehn oder zwanzig gleichzeitig - in ihren Karren zu fahren, kümmerten sich um den physischen Zustand und versorgten die Kranken mit Medikamenten.
Am 12. November hing über den mit dem Zeichen des Roten Kreuzes geschützten Krankenhäusern eine erneute Drohung, versuchte doch die Polizei mit einem Haftbefehl die Juden herauszuholen. Der Delegierte, gestützt auf die ihm gewährte Autorität, protestierte bei der Regierung. Als Ergebnis wurden die Polizeikräfte angewiesen, ihre Vertreibungsmaßnahmen aus den Hospitälern einzustellen.
Es muß ins Auge springen, welche Schwierigkeiten und Gefahren bei jeder wechselnden Gegebenheit in einer Stadt, die heftigsten Bombardierungen ausgesetzt war, von den Repräsentanten des Komitees zu überwinden waren. Sie wurden in ihrem mutigen Werk von dem unermüdlichen Pflichteifer der Mitglieder des Jüdischen Senats unterstützt, sowie von der gleichermaßen hochherzigen Aktivität der Repräsentanten der beiden Hauptschutzmächte, der Schweiz und Schwedens.

Sobald Budapest befreit war, errichtete der Delegierte zusammen mit den jüdischen Organisationen mit den Mitteln des *New Yorker Joint Committees* Vorratsstellen für Lebensmittel und die wichtigsten Medikamente. Die russischen Militärbehörden haben angeordnet, daß alle Ausländer Budapest zu verlassen hätten. Als unser Delegierter gehen mußte, zollte ihm ein ungarischer Minister Anerkennung, indem er erklärte, daß er in einer Zeit der historischen Krise erfolgreich dahingehend gewirkt habe, daß er die Hauptstadt in ein ‚Protektorat von Genf' verwandelt habe.

Rumänien.
Die Aufgabe des Delegierten war eine sehr wichtige gemäß den Gegebenheiten, die in diesem Lande für den Aufkauf von Nahrungsmitteln vorlagen. Finanzhilfe und Hilfe in Form von Sachgütern konnte von Bukarest nach Polen und benachbarte Länder geschickt werden. Das Komitee traf mit dem dortigen nationalen Roten Kreuz eine Vereinbarung hinsichtlich der Hilfeleistung in Rumänien, wobei unser Delegierter Gelder für den Kauf von Gütern weiterleitete. Es sollte hervorgehoben werden, daß wohlhabende rumänische Juden ihre in Not geratenen Glaubensgefährten in großem Maße unterstützt haben. Von 1943 an wurde die Arbeit des Komitees in Rumänien durch die Tatsache erleichtert, daß der Delegierte das Vertrauen der rumänischen Regierung gefunden hatte.
Während des September 1940, als die ‚Eiserne Garde' mit Unterstützung der Gestapo und der deutschen SS, die Macht ergriffen hatte, waren die Juden Verfolgungen und Deportationen in Todeslager ausgesetzt. Später, unter der Diktatur von Marschall Antonescu, wurden sie weniger streng behandelt. Besonderes Verständnis zeigte der Vizepräsident des Rates, Mr. Mihai Antonescu, der mit der Lösung der jüdischen Frage betraut war. ‚Die rumänische Regierung', so schrieb er dem Delegierten in Bukarest, ‚widerruft jede materielle Lösung, die im Gegensatz zu den zivilisierten Sitten und in Mißachtung des christlichen Geistes steht, der im Bewußtsein des rumänischen Volkes dominiert.'
Im Dezember 1943 hatte Mr. Mihai Antonescu ein Gespräch mit diesem Delegierten, das die Aktivitäten des Komitees hinsichtlich der Juden erleichterte. Dieses Gespräch führte hauptsächlich zur Erleichterung des Falles der jenseits des Dnjestr in die Ukraine deportierten Juden, die Eingeborene von Bessarabien und der Bukowina waren. Diese Provinzen waren nach dem Ersten Weltkrieg nach Rumänien zurückgekehrt, gerieten aber wieder unter sowjetische Herrschaft auf Grund der Bedingungen des Vertrages zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu Beginn des Zweiten Krieges. Nach der Umgruppierung im Jahre 1941 besetzte Rumänien, das sich mit Deutschland gegen die UdSSR verbunden hatte, diese zwei Provinzen erneut. Die Rumänen hielten die Juden für schuldig, zu eilfertig eine Rückkehr zur russischen Alliance begrüßt zu haben, und deportierten sie dann. Der Plan der rumänischen Regierung, wie er in einer Vereinbarung mit Deutschland festgelegt worden war, scheint eine Ansiedlung dieser Juden im Gebiet des Asow'schen Meeres vorgesehen zu haben. Dies konnte jedoch nicht durchgeführt werden, solange die UdSSR nicht besiegt war. Angesichts der rus-

sischen Siege entschied die rumänische Regierung gegen Ende 1943, die Überlebenden der bedauernswerten Wanderung zu repatriieren, deren Zahl von 200.000 auf 78.000 abgefallen war. Mr. Mihai Antonescu begrüßte die Gelegenheit des Kontaktes durch den Delegierten in Bukarest, ihn mit der Mission einer Anfrage zu betrauen, um die Mittel zu beschaffen, diese Repatriierung durchzuführen; er autorisierte ihn, nach Transnistrien zu fahren, um dort an diese unglücklichen Menschen Kleidung und Hilfsgüter zu verteilen. Darüber hinaus erreichte der Delegierte eine Versicherung, daß die Czernowitzer Juden, die einzigen, die noch gezwungen waren, den gelben Stern zu tragen, davon befreit werden sollten, da dieses Merkzeichen sie der Brutalität der durchziehenden deutschen Truppen ausliefern würde. Schließlich wurde zugestimmt, daß die Verkäufe des Roten Kreuzes unabhängig von offiziellen Rationen erfolgen konnten.
Als der Delegierte den Vizepräsident des Rates bei seiner Rückkehr erneut sah, lenkte er seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Not der Kinder, die ihre Eltern verloren hatten und in Transnistrien, sich selbst überlassen blieben. Mr. Mihai Antonescu versprach, wöchentlich 150 Kindern die Ausreise nach Palästina oder sonstwohin zu gestatten, wenn das Komitee ihre Reise organisieren könne. Drei Monate später bot die rumänische Regierung zwei erstklassige, kürzlich gebaute Dampfer an, die „Transilvania" und die „Bessarabia", die sich damals in den türkischen Gewässern befanden. Er schlug vor, das Komitee sollte diese Dampfer kaufen, vorbehaltlich eines Rückkaufrechts für Rumänien. Somit könnten diese Schiffe für Transporte von Emigranten unter Schweizer Flagge benutzt werden. Die Schweiz als Schutzmacht für britische Interessen, konnte in der Tat als die Schutzmacht für Juden, die für Palästina bestimmt sind, angesehen werden, zumal diese Juden bei ihrer Ankunft britischen Staatsbürgern gleichgestellt werden sollten.
Bis zu dieser Zeit war das Lösungsmittel der Emigration nichts mehr als eine magere Bemäntelung der Leiden der Juden. Bulgarien schloß seine Grenzen für Auswanderer, die mit Sammelausweisen reisten, und nur Juden unter 18 Jahren oder über 45 waren in der Lage, die Türkei zu erreichen, und zwar mit individuellen Erlaubnisscheinen. Der Transport von rumänischen Häfen aus über See würde die besten Beförderungsmittel für die Emigration erforderlich gemacht haben. Aber neben den Schwierigkeiten, denen man bei den im Aufbruch befindlichen Juden begegnete, mußte dem politischen Problem Rechnung getragen werden, das sich bei den britischen Behörden durch das Hereinströmen der Juden ergab, die von der Mehrheit der ansässigen Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet als Eindringlinge angesehen wurden. Das erste Schiff, die „Struma", die - unabhängig von einer Aktion des Komitees - Constanza mit Zielrichtung Palästina zu Beginn des Jahres 1942 verließ, wurde in Istanbul auf Grund eines Maschinenschadens zurückgehalten und wurde anschließend wieder nach Rumänien zurückgeschickt, da es unmöglich war, die erforderliche Erlaubnis für eine Weiterreise zu erhalten. Es wurde versenkt und 750 Emigranten ertranken. Diese in einer Katastrophe endende Pionier-Expedition war eine Lektion für die Notwendigkeit von vorheriger Überlegung.

Das Komitee wurde gebeten, den Emigrantentransporten den Schutz des Rote-Kreuz-Zeichens zu gewähren und würde diesem auf der Basis einer sehr liberalen Auslegung der Bestimmungen der zehnten Haager Konvention von 1907 zugestimmt haben, die die Verwendung von Hospitalschiffen regeln, wobei auch hinzugezählt wurde, daß Lastboote, die unter ihrer Kontrolle fahren und Hilfsgüter für Kriegsgefangene und Zivilinternierte transportieren, durch das Rote-Kreuz-Zeichen gedeckt waren. Jedoch hatte es beabsichtigt, dies in Übereinstimmung mit allen hiervon betroffenen Mächten durchzuführen. Daher machte das Komitee seine Zustimmung von den folgenden Bedingungen abhängig: Die Transportorganisationen sollten neutrale Schiffe chartern, die von dem Repräsentanten des Komitees begleitet würden und die nur ausschließlich für den Transport von Emigranten benutztwerden dürften. Die Schiffe sollten nicht vorher ausfahren, bevor nicht eine Sicherheitsgewährleistung von allen betreffenden Kriegführenden, vorliegt sowie ihre Zustimmung zur vorgesehenen Fahrtroute. Diese Bedingungen wurden unglücklicherweise niemals erreicht. Die ‚Bellacita' war jedoch von Rumänien ermächtigt, einen täglichen Dienst für den Transport jüdischer Kinder von Constanza oder Mangalia nach Istanbul durchzuführen; sie fuhr unter dem Schutz des rumänischen Roten-Kreuzes. Das Komitee hatte alle Kriegführenden von diesen Fahrten in Kenntnis gesetzt.
Der Delegierte in Bukarest war vor eine sehr schwere Entscheidung gestellt, als die Frage akut wurde, Juden für Palästina in zwei bulgarische Schiffe, die ‚Milka' und die ‚Maritza' einzuschiffen, die beide von zionistischen Organisationen gechartert worden waren. Ein ähnliches Schicksal schien für sie zu befürchten, wie für jene, die mit der ‚Struma' gefahren waren. Darüber hinaus stimmten die Führer der jüdischen Organisationen nicht zu, die Namen für eine Emigrantenliste bekanntzugeben, und die rumänischen Behörden baten das Komitee zu vermitteln. Der Delegierte beschränkte sich auf eine Kontrolle der Ausreisebescheinigungen und förderte auf diese Weise ihre Ausreise. Sie erreichten wenige Tage später sicher Istanbul. Im August 1944 stimmte das Komitee schließlich zu, daß Schiffe, die Emigranten transportieren, das Rote-Kreuz-Zeichen verwenden könnten, auch dann, wenn gewisse vorgesehene Bedingungen nicht vorlägen.
Am 23. August nutzte der König von Rumänien den Rückzug der deutschen Truppen aus, um der Diktatur des Marschalls Antonescu ein Ende zu bereiten und um in Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten einzutreten. Die Rassengesetze wurden deshalb in Rumänien aufgegeben.
Das Komitee setzte seine Hilfsarbeit jedoch in bezug auf die Juden fort, und zwar bis unmittelbar vor Abschluß der Feindseligkeiten.
In ihrem Bericht vom Dezember 1944 stellte die Delegation in Bukarest fest, daß sie dank der Lieferungen des *Joint Committee of New York* und der Sammlungen, die am Ort durchgeführt worden waren, in der Lage war, 183.000 rumänischen Juden zu Hilfe zu kommen, die sich zusammensetzten aus: 17.000 Deportierten, die aus Transnistrien repatriiert worden waren; 30.000 Männern, die zusammen mit ihren Familien (90.000 Personen) von der Zwangsarbeit befreit wurden; 20.000 Evakuierten von kleinen Städten und Dörfern; 10.000 Evakuier-

ten aus der Kriegszone; 20.000 heimatlosen Personen als Ergebnis der Bombardierungen; 20.000 Arbeitern und Angestellten, die aus ihrem Beschäftigungsverhältnis entlassen worden waren; und 6.000 Ungarn, denen es gelungen war, den Deportationen zu entgehen, und die in Nord-Transilvanien gefunden worden waren.
Diesem humanitären Werk wurde vom Präsidenten der amerikanischen Union der rumänischen Juden Anerkennung gezollt. Er schrieb im März 1945 dem Komitee-Delegierten in Washington wie folgt:
‚Die Arbeit des Internationalen Roten Kreuzes in bezug auf die Hilfe für die jüdische Bevölkerung in Rumänien und die nach Transnistrien transportierten Juden wurde in ihrer wahren Bedeutung nicht nur von Dr. Safran, dem Chef-Rabbi in Rumänien und der jüdischen Gemeinde in Rumänien gewürdigt, sondern auch von vielen tausenden Mitgliedern unserer Union, deren eigene Verwandte von dieser Hilfe profitiert haben. Das Komitee des Internationalen Roten Kreuzes hat wirklich unserem Volk in Rumänien einen unschätzbaren Dienst geleistet.'
Mr. Joseph C. Hyman, Vizepräsident des *American Joint Distribution Committee of New York* hat das Mass an Dankbarkeit gegenüber dem Internationalen Roten Kreuz bereits öffentlich kundgetan. In einem Artikel, der am 16. Februar 1945 in dem *Journal News* unter der Überschrift ‚Das gemeinschaftliche Verteilungs-komitee bewirkt eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz' zitierte er wie folgt: ‚Tausende von Juden in den kürzlich befreiten Ländern und in den deutschen Konzentrationslagern verdanken ihr Leben der Zufluchtstätte und der ihnen vom Internationalen Roten Kreuz gewährten Hilfe. In jenen Teilen der Welt, in denen die J.D.C. amerikanische Hauptagentur für die Rettung und Betreuung in Not geratener Juden in Übersee nicht direkt arbeiten kann, wissen wir, daß wir mit dem Internationalen Roten Kreuz rechnen können (...) um in unserem Sinne zu handeln, der leidenden Judenheit zu helfen'!'

Band 3 des Berichtes, besonders die Seiten 73-84, 335-340, 479-481, 505-529, enthält zusätzliches Material, das zitiert werden kann, falls es erforderlich ist.

Man vergegenwärtige sich, daß unser Objekt hier ist, ein verständliches und korrektes Bild dessen zu zeichnen, was den Juden in der Slowakei, Kroatien und Ungarn geschehen ist. Jedoch gibt es in dem zitierten Auszug einiges, was zumindest einige Anmerkungen verdient.

Da gibt es genügend Hinweise für Vernichtungen, um den gewöhnlichen Leser zu dem Eindruck zu führen, daß das Rote Kreuz die Vernichtungsbehauptungen anerkennt. Jedoch erscheint in der Rückschau eine solche Einlassung nicht so zwingend und selbst wenn man dies dennoch unterstellt, ist es nicht sehr bedeutend. Uns wird erzählt, daß

„die Juden durch eine harte Rassengesetzgebung zur systematischen Vernichtung verdammt" worden seien, doch gab es da, wie gut bekannt ist, keine solche Gesetzgebung, die als Aufforderung zum Massenmord auszulegen gewesen wäre. Ebenso verhält es sich mit der Terminologie *„sie wurden in Todeslager verbracht"*, was wahr war für solche, die, zur Zwangsarbeit eingezogen, in die KZ-Lager geschickt wurden zur schlimmsten Zeit (1942-1945). *„Es scheint, daß viele tausend Juden aus der Slowakei in Vernichtungslager verbracht worden seien"*. Es mag die Frage eines jeden sein, was unter Todeslager zu verstehen ist, in die einige Juden aus Rumänien im Jahre 1940 geschickt worden waren. Was immer es bedeuten mag, es war nicht eine deutsche Maßnahme.

Im Band 3 lesen wir (Seite 479), daß, *„als sich die militärischen Operationen auf ungarischen Boden zubewegten (Anfang Oktober 1944), der IKRK-Delegierte in Budapest die äußersten Anstrengungen machte, die Vernichtung der ungarischen Juden zu verhindern"*. Weiter unten (S. 513-514) lesen wir, daß während des Krieges *„die mit Vernichtung bedrohten Juden als letzter Ausweg generell in unmenschlichster Weise deportiert, in Konzentrationslager eingesperrt, der Zwangsarbeit unterworfen oder zu Tode getrieben wurden"*. Die Deutschen *„zielten mehr oder weniger offen auf ihre Vernichtung ab"*.
Wir können zwei mögliche Gründe für das Vorliegen solcher (übertriebenen und/oder sehr allgemeinen) Hinweise sehen. Der erste ist der, daß sie vorhanden sind, weil die Autoren des Berichtes (oder die meisten von ihnen) auf der Basis neuer Berichte, der Kriegsverbrecherprozesse, des Tatbestandes der Deportationen, der Tatsache der Nazi-Feindschaft gegenüber den Juden und der Tatsache, daß die Deutschen die Juden aus Europa herauswünschten, die Vernichtungsbehauptungen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit glaubten (wobei sie offensichtlich keinen umgebrachten Juden gesehen haben). Der zweite mögliche Grund ist, daß die Hinweise dort um der politischen Öffentlichkeitswirkung willen gemacht worden sind: z.B. obgleich die Deutschen und Ungarn dem IKRK erlaubt haben, in Ungarn tätig zu sein und die Russen es rausgeschmissen hat, hat man in dem Bericht es trotzdem für angebracht gehal-

ten zu sagen, daß Budapest angesichts der Eroberung durch die Russen *„befreit"* worden wäre.

Der kritische Leser wird offensichtlich wünschen, daß die erste Erklärung für das Aufscheinen dieser Hinweise, zumindest für Diskussionszwecke anerkannt wurde. Wir haben keine Einwände hiergegen. Es macht wenig Unterschied in der Analyse, zumal wir alle von dem Bericht erwarten, darüber informiert zu werden, was den Juden der Slowakei, Kroatiens und Ungarns nun wirklich zugestoßen ist. Das Aufscheinen von Hinweisen über Vernichtung, zu einer Zeit in den Bericht eingebracht, als die ins einzelne gehenden Vernichtungsbehauptungen größte Publizität erzielten, ist für unseren Fall ausgesprochen hilfreich, dies umso mehr, da die Möglichkeit der Vernichtung der meisten oder vieler der Juden aus der Slowakei, Kroatien und Ungarn sehr genau ein Teil des eigentlichen Untersuchungsgegenstandes des Berichtes ist. Das Fehlen von Behauptungen über Vernichtungen sollte nicht so interpretiert werden, daß die Möglichkeit von Vernichtung kein Teil der behandelten Materie sei, sondern dahingehend, daß das IKRK keine Vorgänge hatte beobachten können, die mit Vernichtungsbehauptungen übereinstimmten.

Hat man diese Betrachtungen im Gedächnis, so fragt man sich, was sagt der Bericht über das Schicksal der Juden in der Slowakei, Kroatien und Ungarn aus? Die Ausdehnung des deutschen Einflusses hatte sich vor 1944 erheblich verändert. Eine Anzahl von slowakischen Juden war nach dem Osten transportiert worden, doch deutet der Bericht hier keine Spekulationen über Vernichtungen an und anerkennt offensichtlich, daß sie lediglich deportiert sind. Im Jahr 1944 war der deutsche Einfluß in den drei Ländern gleichermaßen einheitlich, und nichts sehr konsequentes geschah bis zum Herbst 1944, als die Deutschen viele der Juden aus sehr einleuchtenden Sicherheitsgründen internierten oder zu internieren versuchten und auch eine Anzahl ungarischer Juden nach Deutschland zur Arbeit deportierten.

Was die ungarischen Juden anbetrifft, so startete ein gewisser Anteil zwischen März und Oktober 1944, doch waren, aus welchem Grunde auch

immer, die Ereignisse, die im Oktober 1944 nach der Inhaftierung von Horthy begannen, äußerst ernst. Der Auszug des Berichtes geht mit Nachdruck auf diesen Punkt an zwei Stellen ein, und darüber hinaus, um das kritische Datum auf den Herbst 1944 festzulegen, stimmt er völlig mit der identischen Behauptung für die ähnlich betroffene Slowakei und Kroatien überein.

Es war nach dem 15. Oktober, als die „*volle Flut der großen Drangsal der ungarischen Juden einsetzte*" und zwar auf Veranlassung des „*deutschen Druckes, der bereits vom März an zu spüren war (...) der aber im Oktober 1944 eine gewaltsame Krise provozierte: Exekutionen, Räubereien, Deportationen, Zwangsarbeit, Inhaftierungen (...) Die Juden litten grausam und verloren viele Getötete, besonders in den Provinzen*".

Um zu wiederholen: Da gab es gewisse Ereignisse vor dem Oktober 1944 inklusive Deportationen, aber der Bericht bestätigt unumwunden, daß die Ereignisse für die Mehrzahl der ungarischen Juden im Oktober 1944 begannen.

Die erwähnten Exekutionen und Räubereien verweisen wahrscheinlich auf private Aktionen der Ungarn hin, die vielleicht durchgeführt worden waren mit ausdrücklicher Ermunterung oder zumindest mangelnder Beachtung der neuen Satellitenregierung. Der Bericht ist voll von präzisen Angaben über Deportationen und Zwangsarbeitsmaßnahmen, die im Oktober 1944 verfügt worden waren. Juden wurden zur Arbeit an Befestigungen in Ungarn herangezogen und die Deutschen beschlossen, 60.000 nach Deutschland zur Arbeit zu schicken (die Zahl der bei dieser Aktion wirklich Verschickten belief sich zwischen 35.000 und 45.000). War kein Eisenbahntransport verfügbar, so mußten die Juden zu Fuß gehen, wenigstens bis Wien, doch organisierte das Rote Kreuz entlang der Marschroute Hilfe. (1)

Es ist nicht möglich, daß die IKRK-Delegation in Ungarn die anti-jüdischen Maßnahmen hätte übersehen können, die bedeutend früher im Jahre 1944 geschehen waren, und die sogar an Ernsthaftigkeit, viel weniger in der Entwicklung behindert, den Ereignissen gleichkamen, die im Oktober 1944 begannen. Nach alledem wurde der jüdische Senat von

Budapest in die Rote Kreuz Gesandtschaft verlegt. Somit waren die Abgesandten des Roten Kreuzes zweifellos voll über die ungarisch-jüdischen Angelegenheiten informiert. Hinzu kommt, daß die späteren Vernichtungsbehauptungen die Delegierten an die viel drastischeren Ereignisse zu Anfang des Jahres 1944 hätten erinnern müssen, wenn sie tatsächlich geschehen waren, wie wir in Kürze sehen werden.

Bevor wir dazu übergehen, die besonderen Behauptungen über Vernichtungen der ungarischen Juden zu untersuchen, sollten wir kurz einige wenige Punkte, die in dem Auszug im Zusammenhang mit Theresienstadt vermerkt sind, berühren.

Wir hatten in früheren Kapiteln Gelegenheit, auf Theresienstadt in Böhmen und Mähren zu verweisen (es liegt im Westen der Tschechoslowakei), und unsere Hinweise stimmen mit jenen des Auszuges überein. Was in der Einschätzung des IKRK-Berichtes fesselnd ist, ist der Bericht, daß *„dieses Lager von gewissen Führern des Reiches als Experiment errichtet worden sei, die offensichtlich den Juden gegenüber weniger feindselig gegenüberstanden als jene Verantwortlichen für die Rassenpolitik der deutschen Regierung. Diese Männer wünschten den Juden die Möglichkeit für ein eigenständiges kommunales Leben in einer Stadt unter ihrer eigenen Verwaltung mit fast völliger Autonomie zu schaffen."*

Jüdische Angelegenheiten wurden von Eichmanns Behörde im RSHA verwaltet, und es war Adolf Eichmann, Spezialist für alle jüdischen Fragen, der den Chef der Sicherheitspolizei in Böhmen und Mähren, Oberst Erwin Weinemann, begleitete, als dieser die Rote-Kreuz-Delegation am 6.4.1945 bei ihrem Besuch durch Theresienstadt führte. Anläßlich einer Versammlung am Abend erklärte Eichmann den Delegierten, daß Theresienstadt eine Schöpfung des Reichsführers SS Himmler sei und erläuterte die hiermit im Zusammenhang stehende Philosophie, genau wie sie uns in dem Auszug des Berichtes wiedergegeben worden ist. Eichmann fügte hinzu, daß er *„persönlich nicht vollständig mit diesen Methoden einverstanden sei, doch als guter Soldat gehorche er natürlich den Befehlen des Reichsführers blindlings".* (2)

Es ist daher ganz klar, daß Theresienstadt eine Angelegenheit der SS war,

die hier für *„die gewissen Führer des Reiches"* stellte. Zusätzlich ist bekannt, daß es der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, war, der die Theresienstadt-Entscheidung gefällt hat, kurz nachdem er seinen zweiten Posten als stellvertretender Reichsprotektor für Böhmen-Mähren im September 1941 angenommen hatte. (3)

Was das Rote Kreuz in Theresienstadt gesehen hatte, war Teil der regulären SS-Politik. Es ist von einigem Interesse, daß der Bericht uns mitteilt (wenn auch ohne Kommentar), daß die Delegation sich nach den Deportationen nach dem Osten erkundigt hat und daß das IKRK keinerlei Spekulationen über irgendwelche ernsten Interpretationen für den Fall eines Transportes nach Auschwitz anstellte, trotz der durchaus bekannten Behauptungen des Auslandes in diesem Zusammenhang.

In kritischer Auswertung des Rote-Kreuz-Berichtes muß man offensichtlich in zweierlei Hinsicht Vorsicht walten lassen:

Erstens sollte man einige Urteile in bezug auf den Selbstzweck-Aspekt des Berichtes mit Zurückhaltung aufnehmen. Die typischen Anhaltspunkte, in denen Publikationen einer Wohlfahrtorganisation selbstgefällig zu sein pflegen, bestehen in einer Übertreibung der Wirksamkeit der unternommenen Maßnahmen. Oder in den Fällen, da es offensichtlich ist, daß keine wirksamen Maßnahmen durchgeführt worden sind, wird die Schuld für das Fehlen von Wirksamkeit rasch auf die starken Fäuste der beteiligten Machthaber geschoben (und oft gibt es sehr gute Gründe für solche Behauptungen). So sollten wir nicht darüber bedrückt sein, wenn ersichtlich wird, daß die ungarischen jüdischen Kinder oder die Juden, die nach Wien gegangen waren (beiden von ihnen wurde vom Roten Kreuz geholfen), in Wirklichkeit etwas mehr gelitten haben mögen, als der Bericht den Anschein gibt.

Ein zweiter Vorbehalt betrifft das unvermeidliche politische Vorurteil, als Ergebnis des außenpolitischen Druckes. Die Befreiung von Budapest durch die Russen zeigt dies in der Abfassung der Berichts. Die Situation von 1948 verdeutlicht, daß, sobald sich ein politisches Vorurteil festsetzt, es ein antideutsches Vorurteil ist. Wir beobachten, daß dieses in dem Bericht existiert, doch unter Berücksichtigung des Kompetenzbereiches des

IKRK und seiner Delegationen, so scheint dies doch nicht hervorzutreten. Meine Darlegung hängt keineswegs von der Interpretation des Berichtes ab. Ich biete keine Parallele zu den Vernichtungsbehauptungen, die darauf bestehen, daß Begriffe wie Leichenkeller, Badeanstalt, Sonderbehandlung und Bereitschaft zum Abtransport, eine den Kriegspropagandabehauptungen zugeordnete Bedeutung hätten. Da gibt es keinen Streit mit jemandem, der darauf besteht, den Bericht dahingehend interpretieren zu müssen, daß die Deutschen die Juden auszurotten versucht hätten, wenn wir einzig und allein zu wissen wünschen, was konkret die IKRK-Delegierten in ihren Positionen der Slowakei, Kroatiens und Ungarns zu bezeugen in der Lage waren.

Untersuchen wir nun die Vernichtungsbehauptungen an Hand der einschlägigen Propaganda des Jahres 1944 und setzen sie in Vergleich zu den Nachkriegsbehauptungen, insbesondere jenen, die sich mit den ungarischen Juden befassen. Bei beiden - der Propaganda von 1944 und den späteren Beschuldigungen - gibt es erhebliche Unterschiede, aber auch Ähnlichkeiten. Unser überblick über die Kriegspropaganda bedient sich erneut der *New York Times* als Quelle.
Im Jahre 1944 dauerte die Greuel- und Vernichtungspropaganda an:

> 12. Februar 1944, S.6
> Ein junger polnischer Jude, der von einer Massenexekution entfliehen konnte gab eine Geschichte wieder, (daß in Belczek) Juden nackt auf eine Metallplattform gezwungen wurden, die als hydraulisches Hebewerk arbeitete und die Juden in eine große mit Wasser gefüllte Grube herunterliess (...) Sie wurden durch den Strom innerhalb des Wassers hingerichtet.

Diese Behauptung wurde auch von London, und zwar bereits im November 1942 aufgestellt (Die *New York Times* hatte sie am 20.12.1942 übernommen). Der Nachdruck der Propaganda während des Frühlings und Sommers 1944 lag jedoch auffallend bei den ungarischen Juden. So vernehmen wir unmittelbar nach der deutschen Besetzung:

21. März 1944, S. 4
Das Schicksal von 800.000 Juden in Ungarn war ein unmittelbares Anliegen der jüdischen Kreise in Stockholm.

Präsident Roosevelt mischte sich mit einer Rede, die für ihn vom WRB vorbereitet worden war, direkt ein:

25 März 1944, S. 4
In der Zwischenzeit setzt sich in den meisten Teilen Europas, aber auch in Teilen von Asien die systematische Folter und das Morden von Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder, durch die Nazis und Japaner unablässig fort. In den von Aggressionen unterworfenen Gebieten werden unschuldige Polen, Tschechen, Norweger, Holländer, Dänen, Franzosen, Griechen, Russen, Chinesen, Filipinos und viele andere zu Tode gehungert oder erfroren oder kaltblütig in einer Kampagne von Wildheit ermordet.
Die Schlächtereien von Warschau, Lidice, Scharkow und Nanking, die brutale Folter und das Morden durch die Japaner, nicht nur von Zivilisten, sondern auch unserer eigenen tapferen amerikanischen Soldaten und Flieger - dieses sind die erschreckenden Beispiele dafür, was Tag für Tag vor sich geht, Jahr für Jahr, wo immer die Nazis und die Japaner die militärische Kontrolle ausüben und freie Hand haben, ihren barbarischen Absichten zu folgen. In einem der schwärzesten Verbrechen der gesamten Geschichte, begonnen von den Nazis in den Tagen des Friedens und von ihnen nun hundertmal vervielfacht in den Zeiten des Krieges, die vollständige systematische Ermordung der Juden in Europa geht unablässig jede Stunde weiter. Als Ergebnis der Ereignisse der letzten wenigen Tage sind nun Hunderttausende von Juden, die zwar unter Verfolgung lebten, aber schließlich einen Zufluchtsort vor dem Tod in Ungarn und dem Balkan gefunden hatten, mit Ausrottung bedroht, seitdem Hitlers Truppen immer tiefer in diese Länder eindringen. Daß diese unschuldigen Menschen, die schon ein Jahrzehnt des Hitler'schen Wahnsinns überlebt haben, am Vorabend des Triumpfes über das Barbarentum, der seine Verfolgung symbolisiert, noch zugrundegehen sollen, würde eine große Tragik bedeuten (...) Alle, die wissentlich an der Deportation von Juden zu ihrem Tod in Polen oder Norwegen und Franzosen zu ihrem Tod in Deutschland teilnehmen, sind gleichermaßen schuldig wie der Henker.
Alle, die diese Schuld teilen, werden die Bestrafung teilen (...) In der Zwischenzeit und bis zum, wie jetzt sicher ist, errungenen Sieg werden die Vereinigten Staaten in ihren Bemühungen nicht nachlassen, den Opfern der Brutalität der Nazis und Japaner zu Hilfe zu kommen.
Soweit es die Notwendigkeit der militärischen Operationen erlaubt, wird diese Regierung alle Möglichkeiten wahrnehmen, die ihr zur Verfügung stehen, um allen beabsichtigten Opfern der Nazi- und Jap-Henker, unabhängig von ihrer Rasse oder Religion oder Hautfarbe, bei der Rettung zu helfen. Wir rufen die freien Völker Europas und Asiens auf rechtzeitig ihre Fronten für alle Opfer der Unterdrückung zu öffnen. Wir werden Orte für Zuflucht finden, und wir werden die Mittel und Wege finden, für ihren Lebensunterhalt und Unterstützung zu sorgen, bis der Tyrann aus ihren Heimatländern vertrieben ist, und sie zurückkehren können.

Im Namen der Gerechtigkeit und Humanität laßt alle freiheitsliebenden Völker zusammenstehen für dieses rechtmäßige Unternehmen.

1. April 1944, S. 5 - New York Times
Ungarn verkündet anti-jüdische Erlasse (...) aufgebaut auf den Nürnberger Nazi-Gesetzen.

deren Natur weiter spezifiert wurde als:

16. April 1944, S. 17
die Registrierung und Beschlagnahme allen jüdischen Eigentums (...)

28. April 1944, S. 5
Kürzliche Berichte aus Ungarn besagen, daß 300.000 Juden von den östlichen und nordöstlichen Teilen des Landes in sogenannte Sammellager verbracht wurden.

10. Mai 1944, S. 5 von Joseph M. Levy
Es ist ein Tatbestand, daß Ungarn sich nun auf die Ausrottung der ungarischen Juden mit den teuflischsten Methoden vorbereitet (...) Sztojay's Regierung ist dabei, die Vernichtung von einer Million menschlicher Wesen zu beginnen. Die Regierung in Budapest hat in verschiedenen Teilen Ungarns die Schaffung von Spezialbädern für Juden verfügt. Diese Bäder sind in Wirklichkeit große Gaskammern, die für Massenmorde hergerichtet worden sind, ähnlich denen, die in Polen im Jahre 1941 installiert worden waren.

18. Mai 1944, S. 5 von Joseph. M. Levy
80.000 Juden der Karpathenprovinzen sind in Mordlager nach Polen verbracht worden

9. Juni 1944, S. 5
100.000 ungarische Juden sind in Lagern und Ghettos (innerhalb Ungarns) interniert worden.

18. Juni 1944, S. 24
Kürzliche Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten, Dörne Sztojay, denenzufolge die Juden ausgerottet werden, um Platz zu schaffen für amerikanische Ungarn, die nach dem Krieg in ihr Heimatland zurückkehren können (...)

20. Juni 1944, S. 5 - weiterhin New York Times
7.000 tschechisch-slowakische Juden, die in Theresienstadt interniert worden waren, wurden in die Gaskammern der berüchtigten deutschen Konzentrationslager bei Birkenau und Auschwitz getrieben. Bestätigung über die Vernichtung dort von ungezählten Tausenden wurde kürzlich von einem jungen Polen, der in beiden Lagern eingesperrt gewesen war, nach London gebracht.

25 Juni 1944, S. 5
Eine polnische Untergrundnachricht besagt, daß neue Massenmorde im Auschwitzer Konzentrationslager stattfinden. Sie werden in folgender Reihenfolge mittels Gas durchgeführt: Juden, Kriegsgefangene, gleich welcher Nationalität, und Invaliden (...) Hunderttausend Juden sind schon nach Auschwitz zur Hinrichtung verbracht worden (...)

27. Juni 1944, S. 6
Hull rief die Ungarn auf, ihre Mißhandlung der Juden einzustellen und warnte sie, daß jene deutschen Offiziere und Männer, die an diesen Grausamkeiten, Massakern und Exekutionen teilgenommen haben, bestraft werden.

2. Juli 1944, S. 12
Ungarische Quellen in der Türkei berichten, daß die 350.000 Juden zusammengefaßt worden sind für Deportationen in die Todeslager nach Polen. Am 17. Juni sind 400.000 nach Polen verschickt worden. Die verbleibenden 350.000 werden, so wird erwartet, am 24. Juli zu Tode gebracht werden.

Am 3. Juli 1944, S. 3 erschien der Bericht, der ein *WRB-Report* war, als ein Bericht der zwei Hilfskomitees in der Schweiz und spezifizierte die Information dahingehend, daß seit dem 6. April 400.000 ungarische Juden nach Auschwitz-Birkenau verschickt worden seien. Die Krematorien wurden so dargestellt, daß sie 50 Brennstätten hätten, von denen jede 8-10 Körper gleichzeitig erfassen könnte.
Am 6. Juli (S. 6) ist die Geschichte wiederholt worden. Sogar Eden bekräftigte die Behauptungen, und der Jüdische Weltkongreß

„wurde in seiner Stellungnahme vor mehr als zwei Wochen zitiert, daß die 100.000 Juden, die kürzlich von Ungarn nach Polen deportiert worden waren, in dem berüchtigten deutschen Todeslager Auschwitz vergast worden sind. Zwischen dem 15. und 27. Mai fuhren täglich 62 Eisenbahnwaggons mit jüdischen Kindern und 6 Wagen mit jüdischen Erwachsenen durch die Plaszow-Station in der Nähe von Krakau. Massendeportationen haben ebenfalls von Theresienstadt begonnen, wo die Juden bis dahin unbelästigt geblieben waren"

13. Juli 1944, S. 3
2.500 jüdische Männer, Frauen und Kinder werden im Lager Auschwitz und Birkenau dieses Wochenende ankommen, wahrscheinlich mit Vorwissen von ihrem Schicksal.

Am 15. Juli 1944 (S. 3) verurteilte Hull erneut das behauptete Töten von

ungarischen Juden. Dann gab es eine Nachricht vom „Polnischen Untergrund":

> 4. August 1944, S. 5
> Kurier (...) erklärte, daß die ungarischen Juden immer noch nach Auschwitz verbracht werden, 12 Eisenbahnzugladungen je 24 Stunden. In aller Eile töten die Deutschen kleine Kinder mit Knüppeln. Viele Körper werden in offenen Feuern verbrannt, sagt er, weil die Krematorien überladen sind.

Am 11. August 1944 (S. 4) wird ein Brief von Horthy an den König von Schweden zitiert, in dem er erklärt, daß die Deportationen von Juden gestoppt worden seien und daß ihnen erlaubt worden sei, Ungarn zu verlassen.

Da sind zu viele Widersprüche in der Propaganda, um spätere Behauptungen auf einen Nenner zu bringen. Jedoch ähneln die Behauptungen der Propaganda einander irgendwie. Die gegenwärtige Geschichte ist die, daß zwischen Mitte Mai und irgendwann Anfang Juli 1944 annähernd 400.000 ungarische Juden von Gebieten außerhalb der Hauptstadt Budapest mit der Eisenbahn von den Deutschen deportiert und nahezu alle von ihnen in Birkenau getötet worden seien. Die Tötung sei der Hauptzweck der Deportationen gewesen. Diese Operation reinigt Ungarn im wesentlichen von den Juden mit Ausnahme von Budapest, wo die Juden allgemein in Ruhe gelassen worden seien. Sogar Birkenau war nicht vorgesehen für eine solch große Zahl von Tötungen, so daß viele Körper in Verbrennungsgruben geschafft und viele erschossen anstatt vergast worden sein sollen. Dies ist diese Geschichte trotz Reitlinger's unfundierten Versuchen, die Anzahl der Getöteten auf 200.000 herabzusetzen. Der Beweis für die Vernichtung einer großen Anzahl ungarischer Juden, wenn überhaupt anerkannt, läßt einfach ein solches weites Abweichen von der 400.000 Zahl nicht zu. (6)

Augenscheinlich ist, daß so etwas nicht geschehen und weltweite Publizität erzielen konnte, ohne daß die IKRK-Delegation in Budapest davon etwas erfahren hätte. Solche massiven und gewaltigen Ereignisse - sie konnten nicht beiläufig vergessen sein von Personen, die den Beitrag „Ungarn" des von uns geprüften Auszuges geschrieben haben. Der Aus-

zug verdeutlicht nachhaltig, daß die großen negativen Ereignisse, die die ungarischen Juden betrafen, im Oktober 1944 nach der Inhaftierung von Horthy begonnen haben. Darüber hinaus enthält der Bericht die allgemeinen Hinweise über Vernichtungen, obgleich jede Vernichtung ungarischer Juden, wäre sie wirklich geschehen, in dem Bericht genau erwähnt sein würde. Es gibt in der Tat keinen Wahrheitsbeweis für die behauptete Vernichtung von ungarischen Juden.

Bei diesem Punkt ist es angemessen, einige Hinweise über die jüdische Bevölkerung Ungarns zu Beginn des Jahres 1944 anzubringen. Die Nationalsozialisten benutzten eine Zahl von etwa 700.000 oder 750 .000 (7) Ruppin's Buch berichtet, daß die jüdische Bevölkerung Ungarns von etwa 440.000 auf 448.000 im Herbst 1938 angestiegen sei, was auf die Annexion von Teilen der Slowakei zurückzuführen war. Im Frühjahr 1939 wurde die Karpatho-Ukraine annektiert, so daß im Juni 1939 ungefähr 590.000 Juden in Ungarn lebten. Es ist bekannt, daß eine gute Zahl von nicht-ungarischen Juden, hauptsächlich polnischen i.J. 1939 nach Ungarn geflohen waren, so daß Ruppin's Vorkriegszahl von 590.000 leicht auf 700.000 angeschwollen sein konnte (oder auch auf 750.000), wie die Nationalsozialisten sie verwandten. Ruppin's Zahl für die jüdische Bevölkerung von Budapest beläuft sich auf 200.000 im Jahr 1930. Diese Zahl würde nicht aufzustocken sein durch Annexionen, aber sie würde zu einem gewissen Grad zu ergänzen sein während der dreißiger Jahre durch deutsche und österreichische Juden und zu einem größeren Umfang durch polnische und andere Juden nach 1939. Man kann zu Recht annehmen, daß im Frühjahr 1944 in Budapest ungefähr 300.000 Juden gelebt haben. So haben wir eine annähernd gute Vorstellung der ungarischen und Budapester jüdischen Bevölkerung im Jahr 1944. Die Deportation von 400.000 oder mehr nicht-Budapester Juden im Frühjahr 1944 würde die Deportation restlos aller Juden bedeutet haben, die nicht in Budapest gewohnt haben. Der Roten Kreuz Delegation konnte dies nicht verborgen geblieben sein. Gleichermaßen schwierig zu verstehen ist, wo die *„100.000 Juden, die im November aus den Provinzen nach Budapest hereinströmten"*, hergekommen sein konnten. (8)

Da gibt es auch noch andere Argumente gegen die Vernichtungsbehauptungen. Erstens sollen diesen Behauptungen zufolge Anfang Mai auf der Konferenz in Wien spezielle Vorkehrungen getroffen worden sein, vier Züge pro Tag bereitzustellen (wir kommen hierauf noch zurück), um die Deportationen zu bewerkstelligen. Diese Züge sollen sogar im Fahrplan vorgesehen gewesen sein. Dies bezieht sich auf die kritische Zeit wenige Wochen vor und nach dem D-Day (6. Juni 1944, Invasionsbeginn der Alliierten in Nordfrankreich), auf die Zeit verzweifelten Mangels an jeglicher Eisenbahntransportmaterial, da beide Fronten drohten zusammenzubrechen. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt sorgten die Deutschen für einen Aufwand von extra Transportraum, der die Reserven eines jeden Eisenbahnsystems unter den besten Umständen bereits überfordert haben würde. Das gerade ist nicht glaubhaft. Man möge sich erinnern, daß eine Eisenbahnreise von Budapest nach Auschwitz schrecklicher ist als die Landkarte anzeigt, und zwar angesichts der Berge in der östlichen Tschechoslowakei.

Ein weiteres zusätzliches Argument gegen die Vernichtungsbehauptungen verweist auf die oft gestellte Frage, warum die Alliierten niemals versucht haben, die Gaskammern mit einem Bombenteppich zu belegen, zumal die ganze Welt den Zeitpunkt der beabsichtigten Vernichtung der ungarischen Juden wußte? Diese Frage kann beträchtlich ausgeweitet werden.

Am 8. Juni 1944 wurde der 15. US-Luftflotte, die in Süd-Italien stationiert war, befohlen, ein Schwergewicht ihrer Bombenangriffe auf Ziele im Erdölgebiet zu legen, und sie erhielt dafür eine Liste von speziellen Ölzielen in Ost- und Südost-Europa. Das Hauptziel und jenes, dem am meisten Aufmerksamkeit gewidmet wurde, war das Ploesti-Gebiet in Rumänien. Jedoch war auch Auschwitz eines der Ziele dieser Liste: erstmals war es am 20. August 1944 bombardiert worden, und nachfolgend erneut im September 1944 (235 Tonnen), sowie im Dezember. (9)

Nun war es bei den alliierten Bomberoperationen üblich, ausgedehnten Gebrauch von der Luftaufklärung zu machen. Ein Anliegen dabei war die Feststellung des durch die Angriffe angerichteten Schadens und ein

anderes die Planung von Angriffen: die Vorbereitung der Entscheidung, ob das Ziel einen Angriff lohnen würde oder nicht und auch darüber, wie umfangreich und welcher Art die Abwehr im Zielgebiet beschaffen ist. (10)

Es ist sicher, daß die Luftaufklärer Auschwitz und die umliegende Gegend fotografiert hatten und zwar eingehend bald nach dem Befehl vom 8. Juni 1944. In diesem Fall sollten die Amerikaner in der Lage gewesen sein, aktuelle Fotografien aller dieser nach Auschwitz in Bewegung befindlichen, dort umgebrachten und in offenen Gruben verbrennenden Juden zu erstellen. Sie sollten sich verpflichtet gefühlt haben, besondere Maßnahmen zu ergreifen, um uns entweder bereits zum Zeitpunkt der behaupteten Tötungen oder aber zur Zeit der späteren Prozesse fotografisches Beweismaterial für ihre Behauptungen zu präsentieren. Natürlich, um völlig überzeugend zu sein, hätte die erstere Zeit gewählt werden sollen, bevor die Russen nach dem Januar 1945 Auschwitz kontrollierten.

Bei aller Aufmerksamkeit, die die ungarischen Juden und auch Auschwitz seinerzeit in der Öffentlichkeit erzielt hatten und trotz des Roosevelt-Versprechens, wie es am 25. März 1944 publiziert worden war, rührten die Amerikaner nicht einen Finger. Weder haben sie sich in die behaupteten Deportationen eingeschaltet durch Bombardieren der besonderen Eisenbahnlinien, die von Ungarn nach Auschwitz führten - und es bot sich hierfür praktisch nur eine einzige an! -, noch durch Bombardieren, Zerstören der behaupteten Gaskammem. Sie versäumten nicht nur, uns mit fotografischem Beweismaterial zu versorgen, sie scheinen darüber hinaus die Beweise überhaupt nicht zu haben, obgleich sie Fotografien von Auschwitz aus der Kriegszeit selbstverständlich erstellt haben.

Alle diese Betrachtungen (wilde Undurchführbarkeit der Vernichtung der ungarischen Juden im Frühling und Sommer 1944 und das Nichtvorhandensein von irgendwelchen sachdienlichen Konzequenzen aus der alliierten Luftherrschaft) zwingen den Rote Kreuz Berichterstatter ungeachtet der opportunen Voreingenommenheit gegenüber den deut-

schen und ungarischen Behörden, ihre Darstellung so zu formulieren, daß nichts, was einer Vernichtung der ungarischen Juden ähnelt oder nahekommt, daraus schlüssig gefolgert werden könnte oder müßte.
Zunächst sollten wir in bezug auf das Datum des ersten Luftangriffes auf Auschwitz noch einiges zur Kenntnis nehmen: Wir bemerkten im Kapitel III, daß Rudolf Vrba's Behauptung, daß es am 9.4.1944 einen Luftangriff auf Auschwitz gegeben habe, seine Glaubwürdigkeit unterhöhlt. Wir haben oben angegeben, daß Auschwitz erstmals im August 1944 bombardiert worden war. Diese Erkenntnis stützt sich auf die „Einsatz-Chronologie", herausgegeben von Carter und Mueller, die die *U.S. Air Force* im Jahre 1973 veröffentlicht hat, außerdem auch auf das Standardwerk und halboffizielle Ausgabe von Craven, Cate und der *U.S. Air Force Historical Division* (Historische Abteilung der U.S. Luftwaffe) *The Army Air Forces in World War II.* Die letztere Publikation behandelt auch die Einsätze des *RAF Bomber Command* (des Kommandostabes der britischen Luftwaffe, *Royal Air Force*), hauptsächlich im Zusammenhang mit Angriffen auf Ölraffinerieziele. Die entsprechende vier Bände umfassende Arbeit von Charles Webster und Noble Frankland, *The Strategie Air Offensive Against Germany 1939-1945,* stützt seine Darlegungen hinsichtlich der im deutschen Machtbereich befindlichen Energieversorgungsziele auf die Publikationen von Craven u.a.
Aus der gesamten offiziellen US-amerikanischen sowie britischen Air-Force-Literatur ist nicht ein einziger Hinweis darauf zu finden, daß jemals irgendein Angriff auf ein Auschwitzer Vernichtungslager geplant, oder geflogen worden sei, um die technischen Einrichtungen für die Menschenvernichtung auszuschalten oder ein bekanntes Vernichtungsprogramm der Deutschen für die Zukunft unmöglich zu machen. Es gibt nicht einmal einen einzigen Schriftwechsel der Alliierten unter einander, der das Thema „Die Deutschen vernichten Juden" dort oder dort offiziell zur Diskussion gestellt hatte; es war auch nie ein Konferenzthema der Alliierten während des Krieges, wie es auch nie eine gemeinsame oder gar neutrale Untersuchung an den Orten des Geschehens gegeben hat. *(notwendige Ergänzung d.Ü.)*

Ein Luftangriff Anfang April 1944 scheint mit Sicherheit nicht stattgefunden zu haben. Auschwitz war unter dem strategischen Gesichtspunkt nur ein Ölziel. Craven und andere bieten eine ausgezeichnete Aufstellung der Luftflotten-Ölkampagne. Da gab es einen spektakulären Angriff auf Ploesti im Jahre 1943, aber es gab keine aufrechterhaltene Öl-Kampagne bis zum Frühjahr 1944, und zwar auf Grund von Meinungsverschiedenheiten zwischen den alliierten Führern, die sich auf die Prioritäten von Bombenzielen bezogen. Im Mai 1944 sind nur 1,1% der alliierten Bomben auf Ölziele gefallen. Am 17. März 1944 wurde die 15. US-Luftflotte angewiesen, bei der ersten Gelegenheit Angriffe gegen Ploesti zu unternehmen, doch heimlich unter der Generaldirektive, die die Bombardierung von Transportzielen forderte, die den Deutschen im Kampf gegen die Russen dienen. Der erste dieser Angriffe erfolgte am 5.4.1944, auch gab es Angriffe am 15. und 24.4. In allen drei Fällen waren sie hauptsächlich gegen die Eisenbahnzentren in der Nähe von Ploesti gerichtet, in der Hoffnung, daß hierdurch den Ölraffinerien ein erheblicher Schaden zugefügt werden würde. Öl-bezogene Bombardierungen durch in England stationierte Flugzeuge begannen nicht vor dem 19.4 aber diese wurden auch unter einer anderen Objektbezeichnung als Öl durchgeführt. Die 15. US-Luftflotte führte verschiedene weitere Angriffe gegen Ploesti vor dem 8. Juni-Befehl aus, nachdem die Ölkampagne offiziell und ausgedehnt aufgegriffen worden war. (11)

So war die Situation in Wirklichkeit. Es ist daher sicher, daß es im April oder auch Mai 1944 keinen Luftangriff auf Anlagen in oder bei Auschwitz gegeben hat. Der Punkt ist, daß es im April 1944 innerhalb des alliierten Kommandos schwierig war, Angriffe gegen sog. Wahlziele (wie solche bei Ploesti) zu rechtfertigen. Nicht einmal die weniger entfernt liegende Ölanlage bei Blechhammer (größer als IG-Farben in Auschwitz) ist bis lange nach April 1944 als Ziel genannt gewesen.

Nur die Luftflotten der USA und Großbritanniens kommen bei dem Problem möglicher Luftangriffe auf Auschwitz im Zeitraum zwischen April und September 1944 in Frage. Die Russen befaßten sich nicht mit strategischen Industrie-Luftangriffen dieser Art.

Unsere Schlußfolgerung, fußend auf der *US-Air-Force* Literatur, wird von den Erinnerungen zweier Deutscher bestätigt, die im Jahr 1944 in Auschwitz waren. Thies Christophersen, Autor der Broschüre *Die Auschwitz-Lüge,* schrieb, daß der erste Luftangriff im Herbst 1944 erfolgt sei. Christophersen scheint sich der Tatsache nicht bewußt zu sein, daß in der Frage des Datums des ersten Luftangriffes auf Auschwitz eine Bedeutung liegt.

Dr. Wilhelm Stäglich, dessen Aussage in dem deutschen Monatsmagazin *Nation Europa* veröffentlicht worden ist, machte keine solchen Hinweise. Aber er schrieb, daß er als Soldat einer Flakeinheit in der Nähe von Auschwitz von Mitte Juli bis ungefähr Mitte September 1944 stationiert war. Auf eine neutral gefaßte Anfrage des Verfassers, ohne Hinweis auf die Natur der hiermit im Zusammenhang stehenden Bedeutung antwortete Stäglich, daß er sich an keinen Luftangriff auf Auschwitz erinnere und er auch keine Zerstörungen gesehen habe, er sich zudem gut an seine Ankunft in Auschwitz erinnere, da sie unmittelbar im Anschluß an den 20. Juli (Attentat auf Hitler) erfolgte, sein Erinnerungsvermögen hinsichtlich seines späteren Versetzungsdatums hingegen weniger verläßlich sei. Als ich schließlich feststellte, daß der erste Angriff dieser Art am 20. August 1944 stattgefunden hatte, schrieb ich ihm noch einmal und bat, sich diesbezüglich erneut Gedanken zu machen bzw. zu erkundigen. In der Tat fand seine Frau noch einen damaligen Brief, geschrieben am 20. August 1944, mit dem Satz: „Wir hatten heute Vormittag den ersten Angriff auf unser Schutzobjekt". Für mich ist diese Episode sehr instruktiv für die Verläßlichkeit eines Gedächtnisses.

Das August-Datum wird ebenfalls bestätigt von dem italienischen Juden Primo Levi, der in seinem Buch *„Se Questo è un Uomo"* (zu Beginn im Kapitel I: *Fatti dell'estate*) feststellt, daß der erste Luftangriff auf Auschwitz im August 1944 stattfand, zu einer Zeit, als er sich bereits fünf Monate dort im Lager aufgehalten hatte.

Eine weitere Bestätigung ist dem *Kalendarium* zu entnehmen, das in *Hefte von Auschwitz* (Nr. 7 + 8/1964) publiziert worden ist. Dort findet sich als erster Hinweis für Luftangriffe auf Auschwitz das Datum 6. September

1944. Ebenfalls die Vernichtungsmythologisten bestätigten völlig unser Ergebnis hinsichtlich des ersten Luftangriffes auf Auschwitz. Gerald Reitlinger nimmt zum Datum des ersten Luftangriffes nicht ausgesprochen Stellung, doch bemerkt er (S.383) *„das Versagen der Alliierten, die Pässe zwischen Ungarn und Auschwitz in der Zeit von Mai und Juli 1944 zu bombardieren"*. Hilberg ist weit entfernt von dem wirklichen Datum, indem er den ersten Angriff auf den 16. Dezember 1944 festlegt (S. 632), und dieses Datum wird von Levin anerkannt (S.701). Friedman liegt verhältnismäßig richtig, indem er den Angriff auf den 13. September 1944 datiert.

Zusammengefaßt: Alle Belege zwingen zu der Schlußfolgerung, daß es im April 1944 keinen Luftangriff auf Auschwitz gegeben hat. So bedeutet Rudolf Vrba's Behauptung, damals von einem Holzstoß aus einen solchen erlebt zu haben, eine weitere Erschütterung seiner Glaubwürdigkeit. Für Vrba dürfte es zudem noch schwieriger sein, sich auf sein gutes Gedächtnis zu berufen, zumal dieses Ereignis im Leben Vrba's eine entscheidende Rolle gespielt hat, im Gegensatz zu Dr. Stäglich's.

Doch zurück zu unserem gegenwärtigen Untersuchungsgegenstand: Wir prüfen die Beweismittel, die für die Vernichtung der ungarischen Juden angeboten werden. Es sind hauptsächlich Beweise mittels Dokumenten.

Wir wollen das IMT-Affidavit (2605-PS) von Kastner, das er am 13. September 1945 niedergelegt hat, im wesentlichen außer acht lassen. Kastner war ein ungarischer Jude, der in Budapest 1944 in Kontakt mit Eichmann und seinen Männern stand. In seinem Affidavit erklärte Kastner, daß 475.000 ungarischer Juden am 27.6.1944 deportiert worden seien. Er liefert auch eine allgemeine Geschichte des vollständigen Vernichtungsprogramms, die sich darauf stützt, was angeblich SS-Standartenführer Kurt Becher und SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny Kastner erzählt haben sollen. Daß er das Vertrauen dieser Männer gehabt haben mag, ist durchaus möglich, doch wurde er 1954 als einflußreiches Mitglied der Ben-Gurion Mapai Partei in Israel von einem anderen ungarischen Juden beschuldigt, ein Kollaborateur von Becher, einem Vorgesetzten Eich-

manns in den SS-Operationen in Ungarn gewesen zu sein. Das Ergebnis der Verleumdungsaktion mit Verurteilungen Kastners erzeugte in Israel eine größere politische Krise, deren katastrophale Konzequenzen durch die Ermordung Kastners im Jahre 1957 abgewendet wurden. (12) Kastner wurde ein weiteres Opfer des Schwindels.

Wisliceny, Eichmanns Untergebener in Ungarn, gab ebenfalls ein Affidavit und zwar am 29. November 1945 und bekräftigte die Zeugenaussage vor dem IMT am 3. Januar 1946. (13) Dieses Affidavit ist ein weiteres sonderbares Beispiel dafür, wie in englischer Sprache verfaßte Affidavits kritiklos von deutschen Gefangenen unterzeichnet wurden, obgleich sie falsche bzw. ungewöhnliche Begriffe enthalten, wie hier z.B. „Köpfe" statt „Personen", die sich auf dem Transport befinden.

In Wislicenys Geschichte sind schriftliche Befehle enthalten, die von Himmler im Frühjahr 1942 erteilt worden seien, um die Juden zu vernichten. Die Befehle waren u.a. gerichtet an den Inspekteur der Konzentrationslager, der gemäß einer späteren Höß-Aussage von Himmler auf gar keinen Fall ausersehen war, überhaupt etwas über das Programm zu erfahren.

Der Hauptbeweis ist eine Sammlung von angeblichen Dokumenten des Deutschen Auswärtigen Amtes. Im März 1944 wurde ein Dr. Veesenmayer des Deutschen Auswärtigen Amtes als Generalbevollmächtigter nach Ungarn gesandt, um für die deutsche Regierung in Unterstützung des Sonderbotschafters Ritter tätig zu sein. Veesenmayer stand angeblich in häufiger Telegrammverbindung mit dem Auswärtigen Amt in Berlin. Ein Dokument NG-2263, abgedruckt in Bild 30, ist typisch für jene, die als derartige Telegramme, die aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes stammen sollen, ausgegeben werden. Als Telegramm, das vom Auswärtigen Amt empfangen worden ist, trägt es natürlich nicht eine Unterschrift von Veesenmayer. Die Bestätigungen bestehen in Stempeln des Auswärtigen Amtes, die benutzt worden sind, und der handschriftliche Vermerk auf der linken Seite besagt, daß das Dokument unter „Ungarn" registriert ist; er trägt die Initialen von Thadden mit dem Datum: v. Th. 4/7. es lautet:

„(i) Abtransport Juden aus Zone III planmäßig mit 50.805 abgeschlossen. Gesamtziffer aus Zonen I – III 340.162.

(ii) Konzentrierung in Zone IV und Abtransport mit 41.499 planmäßig abgeschlossen. Gesamtziffer 381.661. Fortgang der Aktion ist gesondert mit Fernschreiber - Nr. 279 vom 27. Juni, Nr. 287 vom 29. Juni und Nr. 289 vom 30. Juni nach Fuschl berichtet worden. Konzentrierung in Zone V (bisher nicht erfaßter Raum westlich der Donau ohne Budapest) hat 29. Juni begonnen. Gleichzeitig hat kleinere Sonderaktion in Vorstädten von Budapest als Vorbereitungsmaßnahme begonnen. Ferner laufen noch einige kleine Sondertransporte mit politischen, intellektuellen, kinderreichen und Facharbeiterjuden."

Veesenmayer.

Es ist eine Sammlung von Dokumenten, welche den Beweis für die Deportation von über 400.000 ungarischen Juden zwischen dem 15. Mai und Anfang Juli 1944 erbringen. Nach meiner Feststellung sind die wesentlichen Dokumente unten aufgeführt. Die Art der Bestätigung ist in jedem Fall angezeigt. Natürlich handeln nicht alle Dokumente von jüdischen Angelegenheiten, die sich auf Deportationen während der fraglichen Zeitperiode beziehen. Nur solche Dokumente sind aufgeführt, von denen man behauptet, daß sie im Sinne einer Bestätigung der Vernichtungen interpretiert werden müßten.

NG-2059 - Mikrofilmkopie eines Telegrammes von Veesenmayer an das Auswärtige Amt (AA) vom 8. Mai 1944.
Eine gewisse Anzahl von Juden, die früher für Deportation vorgesehen waren, sind statt dessen zur Arbeit an militärischen Objekten in Ungarn angesetzt worden. Die Anforderung von 100.000 arbeitsfähigen Juden durch die Organisation Todt (Speer-Ministerium) muß an Gluecks, an das WVHA gerichtet werden, der mit der Deportation der ungarischen Juden befaßt ist. – Die Bestätigung trägt die Initialen v. Th.

NG-2060 - in zwei Teilen. Der zweite Teil ist eine Mikrofilmkopie eines Telegramms von Veesemayer an Ribbentrop via Ritter vom 21. April 1944. Es berichtet, daß 100.038 ungarische Juden als Ergebnis von Sonderaktionen in Lagern zusammengefaßt wurden.
Die Bestätigungen sind ein Stempel „Streng Geheim" und Initialen v. Th. Das dem Dokument beiliegende beschreibende Material (die amtliche Beweisanalyse) deutet an, daß Geigers Initialen ebenfalls erschienen, doch ist die Prüfung des restlichen Materials (in diesem Fall nur der englischen Übersetzung) nicht bestätigt.

NG-2061 - Mikrofilm-Kopie eines Telegramms von Veesenmayer an das AA vom 20. Mai 1944.
Es berichtet von Inhaftierungen solcher Personen, die im Untergrund gegen die Deutschen tätig waren und von „abgefangenem Nachrichtenmaterial, das sich auf angebliche Bedingungen in den deutschen Konzentrationslagern im Generalgouvernement bezieht. Im besonderen ist das Geschehen im Auschwitzer Lager in Einzelheiten beschrieben".
Die Bestätigungen sind ein Stempel des AA und die Initialen v.Th., obgleich die amtliche Beleganalyse aussagt, daß es von Geiger abgezeichnet sei.

NG-2190 - Der erste Teil enthält einen Hinweis für den zweiten Teil, gez. v. Th. und Wissberg und Wagner, gestempelt „Streng Geheim". Der 2. Teil ist ein Bericht v. Thadden an das AA über antijüdische Maßnahmen in Ungarn, datiert mit 26. Mai 1944.
Es wird berichtet, daß die Ungarische Regierung der Deportation aller ungarischen Juden in die Ostgebiete zugestimmt habe, mit Ausnahme der 80.000, die für Arbeiten an militärischen Objekten zurückgehalten werden sollten. Die Zahl der ungarischen Juden wird auf 900.000 bis 1 Million geschätzt. Die meisten Juden außerhalb Budapests seien in Ghettos konzentriert worden. Einer Information vom 24. Mai zufolge seien 116.000 in täglichen Schüben von 14.000 in das Generalgouvernement deportiert worden. Der Judenrat in Budapest (derselbe, der im Auszug des Rot-Kreuz Berichtes als „Jüdischer Senat" erscheint) sei vergewissert worden, daß diese Maßnahmen nur gegen die nicht assimilierten Juden gerichtet seien und daß die übrigen anders behandelt würden. Jedoch erwartet die SS in jedem Fall bei künftigen Konzentrations- und Deportationsmaßnahmen Schwierigkeiten. Pläne für zukünftige Maßnahmen seien ausgearbeitet. Probleme, die sich aus der unterschiedlichen Interpretation zwischen den Deutschen und den Ungarn darüber ergeben, wer Jude sei, würden diskutiert. Es wird geschätzt, daß ungefähr 1/3 der ungarischen Juden, die nach Auschwitz deportiert würden, arbeitsfähig seien und daß diese unmittelbar nach ihrer Ankunft an Sauckel, die Organisation Todt usw. zu übergeben seien.
Gestempelt „Streng Geheim" und gez. v. Th. Der 3. Teil enthält eine Note für den 4. Teil, abgezeichnet von Wagner und v. Thadden mit handgeschriebenen Empfehlungen an Eichmann. Der 4. Teil ist eine Zusammenfassung von Thaddens Bericht mit keiner Bestätigung.

NG-2230 - Eine Abschrift von zwei Briefseiten, datiert mit 24. April 1944 v. Thadden an Eichmann, bezugnehmend auf den Inhalt von NG-2233 (als nächstes zur Diskussion stehend). Beide Seiten tragen die Initialen v. Th. Datum-Stempel und handgeschriebene Hinweise am Fuß der einen Seite. Beachte: zum zweiten Mal stoße ich auf das Dokument NG-2230, es war ein völlig anderes Dokument, so daß hier ein Irrtum vorliegen mag.

NG-2233 - In zwei Teilen. Der 1. Teil ist eine Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an Ritter, datiert mit 23. April 1944. Es berichtet über die Arbeit bei der

Internierung von Juden in den Karpatho-Ghettos. 150.000 Juden seien schon erfaßt worden. Es wird geschätzt, daß 300.000 Juden von der Aktion betroffen sein würden, wenn die Aktion abgeschlossen sein wird. Die Internierung von Juden in anderen Gebieten soll dann folgen. Am 15. Mai beginnend sollen 3.000 Juden täglich nach Auschwitz überführt werden, und um ihren Transport nicht aufzuhalten, soll die Überführung von 50.000 Juden, die von Veesenmayer für Arbeiten im Reich gefordert habe, zeitlich aufgeschoben werden. Aus Gründen der Sicherheit, der Ernährung und des Schuhzeugs wird es als nicht praktisch angesehen, sie zu Fuß zu senden.
Die Bestätigung ist der Stempel des AA (registrierte Unterlage). Der 2. Teil des Dokumentes ist eine Durchschrift eines Briefes von Thadden an Eichmann, datiert mit 24. April, die das Wesentliche des Telegramms wiederholt. Initialen v. Th.

NG-2235 - Eine Durchschrift eines Telegramms von Wagner an Veesenmayer, datiert mit 21. Mai 1944. Es wird berichtet, daß Thadden in Kürze Budapest besuchen wird, um die Verteilung des Eigentums der deutschen und ungarischen Juden im Rahmen der allgemeinen europäischen Lösung der Judenfrage zu diskutieren. Abgezeichnet v. Wagner. Dort erscheinen auch die Initialen „VM" auf dem Dokument, doch ist nicht anzunehmen, daß man hieraus auf die Initialen Veesenmayers schließen kann.

NG-2236 - Eine getippte Erinnerung von Wagner an Steengracht, datiert mit 6. Juli 1944. Wagner teilt mit, daß es der Reichspolitik entspricht, die jüdische Auswanderung zu verhindern, Die Anfrage des *War Refugee Board* über die Schweiz, daß die Emigration der ungarischen Juden nach Palästina erlaubt werden sollte, müßte abgelehnt werden, weil dies die Araber verfeinden würde. Gleichwohl würde die Schweiz-Amerikanische Intervention am Ende des Monats zu spät kommen, denn die anti-jüdische Aktion in Ungarn würde zu dem Zeitpunkt schon abgeschlossen sein.
Gestempelt „Geheim", gezeichnet von Wagner. Initialen v. Th. und wahrscheinlich von Henke.

NG-2237 - Mikrofilmkopie eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 10. Juni. - Es wird berichtet, daß die Maßnahmen für die Konzentrierung der Juden, die im Norden von Budapest wohnen, begonnen habe und daß die Deportation dieser Juden am 11.Juni beginnen würde.
Die Bestätigung ist ein Stempel des AA und Initialen v.Th.

NG-2238 - Schreibmaschinengeschriebene Erinnerung von Wagner, in der er vorschlägt, daß Besprechungen mit der Schweiz und Schweden über die Emigration von ungarischen Juden in schleppender Gangart behandelt werden sollten, bis die Behandlung der Juden, die in Ungarn verbleiben, definitiv entschieden sei.
Datiert mit 16. Sept. 1944. Gez von Wagner, Initialen v. Th. und unleserlich von anderen.

NG-2262 - Mikrofilmkopie eines Telegramms von Veesenmayer an Ritter, datiert mit 4. Mai, derzufolge der Beginn der Evakuierung von 310.000 Juden der Karpathen- und Transsylvaniengebiete nach Deutschland für Mitte Mai beabsichtigt sei. Vier tägliche Transporte, jeder 3.000 Menschen umfassend, seien vorgesehen. Die notwendigen Eisenbahn-Absprachen würden auf einer Konferenz in Wien am 4. Mai erfolgen. Stempel des AA und Initialen v. Th.

NG-2263 - Mikrofilmkopie eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 30 Juni 1944: 381.661 ungarische Juden sollen um den 30. Juni deportiert worden sein. Umstellungen begannen westlich der Donau, ohne Budapest, doch auch in den Vorstädten von Budapest. Stempel des AA und Initialen v. Th.

NG-2424 in zwei Teilen. Der erste Teil ist ein maschinengeschriebener Brief des Pressechefs des AA Schmidt an den Staatssekretär des AA Steengracht, datiert mit 27. Mai, der eine Propagandakampagne vorschlägt (...) „man äußere Anlässe und Begründungen für die Aktion schafft, z.B. Sprengstoffunde in jüdischen clubhäusern und Synagogen), die irgendwelchen Aktionen gegen die Juden von Budapest vorangehen soll." Initialen von Wagner. Der zweite Teil ist eine maschihengeschriebene Telegrammabschrift v. Thaddens nach Budapest, datiert mit 1. Juni, die in diesem Sinne fortfährt.

NG-2980 - In drei Teilen:
1) Getippte Abschrift eines Telegramms von Wagner nach Budapest, datiert mit 21. Mai. Thadden kündigt seinen Besuch in Budapest an, um das jüdische Problem durchzusprechen. Gestempelt. Initialen von Wagner.
2) Nicht abgezeichnete Durchschrift eines Briefes von Thadden an Wagner, welcher ein Deckungsbrief für Thaddens Bericht über seine Aktivitäten in Budapest ist. Gestempelt „Streng Geheim".
3) Ein getippter 5-Seiten-Bericht, datiert mit 25. Mai. Der Spezialreferent für jüdische Fragen bei der deutschen Botschaft in Budapest, von Adamovic, habe „keine Ahnung von den wahren Absichten (oder) der gegen die Juden praktisch durchzuführenden Maßnahmen". Anläßlich eines Besuches im Amt Eichmann habe er erfahren, daß 116.000 Juden in das Reich deportiert worden seien und mit weiteren 200.000 ebenso verfahren werden würde. Die Konzentration von 250.000 Juden aus den Provinzen nördlich und nordwestlich von Budapest würde am 7. Juni beginnen. Weitere Pläne würden durchgegeben. Schätzungsweise blieben etwa 80.000 arbeitsfähige Juden in Ungarn zum Arbeitseinsatz zurück. Die vollständige Operation soll Ende Juli abgeschlossen sein. Der Bericht hat 5 Seiten und als einzige Bestätigung einen Stempel „Streng Geheim" auf Seite 1.

NG-5510 - Getippte Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 8. Mai: Graf Bethlen und Dr. Schilling sind nicht mit der Judenaktion einverstanden; daher empfiehlt Veesenmayer ihre Entlassung. "Graf Bethlen erklärte, daß er kein Massenmörder zu werden wünsche und er daher lieber zurücktrete". - Stempel „Streng Geheim", handgeschriebener Hinweis für die Registratur unter „Ungarn".

NG-5532 - Getippte Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an Außenminister v. Ribbentrop, datiert mit 9. Juli. Hier wird die Absicht des ungarischen Innenministers Jaross wiedergegeben, die Budapester Juden in der Umgebung der Hauptstadt zu konzentrieren und dann, wenn „(...) jeweils 30-40.000 Juden beisammen sind, zum Abtransport in das Reich freizugeben". - Keinerlei Bestätigung.

NG-5533 - Getippte Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 14. Juni. Zahlreiche ungarische Juden seien in die Slowakei eingesickert, „seitdem wir uns nach dem 19. März auf sie gestürzt haben." - Gestempelt mit „Ungarn" und unten handgeschrieben „Staatssekretär".

NG-5565 - Getippte Abschrift eines Telegramms von Thadden an die deutsche Botschaft in Preßburg, datiert mit 2. Mai. Ankündigung einer Konferenz für den 4-5. Mai in Wien für Eisenbahn-Organisationsfragen in bezug auf „eine größere Anzahl ungarischer Juden zum Arbeitseinsatz in die Ostgebiete. - Gestempelt „Geheim". Initialen v. Th.

NG-5567 - Mikrofilmkopie eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 17. Juni. Sie enthält eine Gesamtzahl von 326.009 der in das Reich deportierten ungarischen Juden. - Gestempelt. Initialen v. Th. (die amtliche Nachweis-Analyse besagt, daß das Dokument von Wagner und Reichel abgezeichnet ist, doch dies fand bei den von mir geprüften Dokumenten keine Bestätigung).

NG-5568 - Mikrofilmkopie eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 8. Juni.
„Bei Durchführung Judenmaßnahmen in Ungarn ist von Grundsatz Geheimhaltung der Termine für den Abtransport und der Zonen, die nach einander gesäubert werden,ausgegangen worden, um Beunruhigung jüdischer Elemente und hierdurch Abwanderungsversuche zu vermeiden. Dies gilt namentlich für das Stadtgebiet Budapest, das als letzte Zone in Aussicht genommen ist und wo in dieser Beziehung Schwierigkeiten erwartet werden müssen."
Gestempelt und mit Blaustift gezeichnet v.Th.

NG-5569 - Verschiedene Teile. Der erste und größte Teil ist eine Mikrofilmkopie eines Telegramms von Ludin in Preßburg/Slowakei an das AA, datiert mit 14. Juni: Wachmannschaften hätten Transportzüge aus Ungarn bestiegen und den Juden Geld und Schmuck geraubt, auch hätten sie einige Juden erschossen. Die Beute hätten sie anschließend benutzt, um sich in einem nahegelegenen Restaurant zu betrinken. Gestempelt.
Die nächsten vier Teile sind Anmerkungen, die den Vorfall von verschiedenen Seiten schildern. - Verschiedene Stempel. Initialen von Wagner, v. Th. und v. Mirbach.

NG-5570 - Mikrofilmkopie von 5 Telegrammen. Das erste ist datiert mit 14. Oktober und berichtet von Plänen, über 50.000 Juden zu Fuß von Ungarn in das

Reich zu schaffen. Vertraulich ist hinzugefügt, daß „Eichmann beabsichtigt, (...) nochmals weitere 50.000 Juden anzufordern, um Endziel Ausräumung des ungarischen Raumes zu erreichen (...)" - Gestempelt und handgeschriebene Hinweise.
Die nächsten vier Teile setzen Organisationsmaßnahmen hinsichtlich der Budapester Juden und jener Juden auseinander, die zum Arbeitseinsatz deportiert wurden. - Stempel und Initialen von Wagner und v. Th.

NG-5571 - Maschinengeschriebene Telegramme, die zwischen Veesenmayer u. Altenburg vom AA ausgetauscht wurden, datiert mit 25. und 26. Juni. Im Hinblick auf die „Beendigung der Judenbereinigung" in Ungarn sollte die Ungarische Regierung das Reich mit entsprechenden Mengen an Nahrungsmitteln entschädigen. -Stempel.

NG-5573 - Getippter Bericht von Wagner an v. Ribbentrop, datiert mit 27. Oktober. Von den 900.000 Juden, die in Ungarn waren, sind 437.402 zum „Arbeitseinsatz in die Ostgebiete" verbracht worden. Eine Auseinandersetzung darüber, ob den ungarischen Juden die Ausreise gewährt werden soll, folgt. Gestempelt. Initialen von Mirbach.

NG-5576 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 30. Juni. Horthy widersprach den Maßnahmen gegen die Budapester Juden, stimmte hingegen hinausgezögerten Maßnahmen zu. So begann „die Sammlung in der letzten Provinzzone V (soweit sie nicht den Raum westlich der Donau mit Ausnahme von Budapest erfaßt). Gleichzeitiges Sammeln wird durchgeführt innerhalb des Kommandobereiches des 1. Polizeikommandos in abgesonderten Vororten von Budapest, um so leichter in die Hauptstadt eindringen zu können". - Gestempelt.

NG-5594 - Anonymes Telegramm von Budapest an das AA, datiert mit dem 18. April. „der magyarischen Bevölkerung (...) der dringende Wunsch nach einer schnellen und radikalen Lösung der Judenfrage bemerkbar mache, da die Angst vor der Rache der Juden größer sei als die vor der russischen Brutalität." - Handgeschriebene Notizen für die Ablage.

NG-5595 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 28. April. „Sonderaktionen" in Ungarn hätten zur Inhaftierung von 194.000 Juden geführt. - Gestempelt und handgeschriebene Notizen.

NG-5596 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 28. April: 194.000 Juden durch Sonderaktionen und ungarische Pläne inhaftiert, um die Budapester Juden innerhalb der Stadt im Hinblick auf alliierte Luftangriffe zu verteilen. - Stempel.

NG-5597 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 30. April: 194.000 Juden durch Sonderaktionen in-

haftiert; Diskussion von Juden, die versuchen, zum Arbeitseinsatz in Ungarn herangezogen zu werden, um Konzentrationslagern aus dem Wege zu gehen. -Stempel und handgeschriebene Anmerkungen.

NG-5599 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 5. Mai. 196.000 Juden durch Sonderaktionen inhaftiert. - Stempel und handgeschriebene Anmerkungen.

NG-5600 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, datiert mit 6. Mai: Die Juden sind eingekreist und denken, daß sie „(...) eine zeitlich begrenzte Unterbringung in den eingerichteten Sonderlagern (...)" erfahren. - Stempel.

NG-5602 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 24. Mai.: 110.556 ungarische Juden sind in das Reich transportiert worden. - Stempel und handschriftliche Anmerkungen.

NG-5603 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 19. Mai: 51.000 ungarische Juden deportiert. - Stempel, handschriftliche Anmerkungen und unleserliche Initialen.

NG-5604 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 20. Mai. 62.644 ungarische Juden deportiert. - Stempel, handschriftliche Anmerkungen.

NG-5605 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms Veesenmayer an das AA, 20. Mai. Gleicher Bericht wie in NG-2061. - Handgeschriebene Anmerkungen.

NG-5607 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 16. Mai. Die Deportation der 300.000 Juden, die im Karpathengebiet und in Transsylvanien konzentriert waren, hat am 14. Mai mit vier Spezialzügen zu täglich 3.000 Juden begonnen. Stempel, handschriftliche Anmerkungen.

NG-5608 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 25. Mai: 138.870 ungarische Juden sind in das Reich deportiert worden. - Stempel und handgeschriebene Anmerkungen.

NG-5613 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 20. Juli. Die ungarischen Nazis hielten die Franziskaner an, eine Danksagungsmesse einzufügen, um die Deportation der Juden zu feiern, aber der Bischof lehnte ab, und gewisse Kompromisse mußten erzielt werden. -Stempel und handgeschriebene Notizen.

NG-5615 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 11. Juli. 437.402 ungarische Juden deportiert. - Stempel und handgeschriebene Anmerkungen.

NG-5616 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 8. Juli. 422.911 ungarische Juden in das Reich deportiert. -Stempel.

NG-5617 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 17. Juni. 340.142 ungarische Juden in das Reich deportiert. -Stempel und handgeschriebene Notizen.

NG-5618 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 17. Juni. 326.000 ungarische Juden in das Reich deportiert. - Stempel und handgeschriebene Notizen.

NG-5619 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 13. Juni. 289.357 Juden aus den Karpathen und Transsylvanien-Gebieten deportiert. Künftige Deportationspläne ausgearbeitet. -Stempel und handgeschriebene Notizen,

NG-5620 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 8. Juni: Dieses Dokument wurde in der Sammlung vermißt, obwohl es laut amtlicher Beleganalyse vorliegen müßte; augenscheinlich ist es jedoch den vorausgegangenen ähnlich.

NG-5621 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 2. Juni. 247.856 ungarische Juden in das Reich deportiert. - Stempel und handgeschriebene Notizen.

NG-5622 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 1. Juni. 236.414 ungarische Juden in das Reich abgeschoben. - Stempel.

NG-5623 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 1. Juni. 217.236 ungarische Juden in das Reich abgeschoben. - Stempel und handgeschriebene Notizen.

NG-5624 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an das AA, 31. Mai. 204.312 ungarische Juden in das Reich abgeschoben. - Stempel und handgeschriebene Notizen.

NG-5637 - Getippte Erinnerungen von Wagner an Steengracht, 21. Mai 1943. Wagner berichtet über einen Besuch des ungarischen Botschafters. Diskutiert wurden Schwierigkeiten im Hinblick auf die Lösung des jüdischen Problems in Ungarn. Die Deportationen sollten in einzelnen Schüben erfolgen, und, um die zurückgebliebenen nicht zu alarmieren, sollte jenen, die deportiert würden, erlaubt werden „etwas zum Leben zu verdienen, (...) damit sie zunächst für kürzere Zeit gewisse Existenzmöglichkeiten haben". - Stempel und abgezeichnet von Wagner.

NG-5684 - Maschinengeschriebene Abschrift eines Telegramms von Veesenmayer an v. Ribbentrop, 6. Juli. Ein 6-Seiten-Bericht über eine Konferenz mit Horthy,

der erwähnte, daß er jeden Tag eine Flut von Telegrammen aus allen Teilen des Auslandes und Ungarn erhalte, z.B. auch vom Vatikan, vom König von Schweden, von der Schweiz, vom Roten Kreuz und anderen Parteien bezüglich der ungarischen Juden. Er setzte sich dafür ein, die jüdischen Ärzte in Ruhe zu lassen und ebenfalls die jüdischen Arbeitskompanien, die zu kriegswichtigen Einsätzen herangezogen worden sind. Veesenmayer sagte ihm, daß „die Lösung der jüdischen Frage zwar von den Ungarn ausgetragen würde, (aber) niemals ohne die Unterstützung von SS und SD betrachtet werden könne". - Initialen von Steengracht.

Einige wenige Worte zu den allgemeinen Bedingungen, unter denen diese Dokumenten-Analyse durchgeführt worden ist, bevor wir fortfahren, dieses Belegmaterial zu interpretieren. Wenn man nach Washington geht, um Dokumente zu prüfen, wird man die typische Erfahrung machen, daß dort deponierte Dokumente geprüft sind und jeweils aus nicht weniger als aus vier Teilen bestehen: Erstens mag eine Fotokopie des Originals vorliegen. Sollte dies dennoch nicht so sein, so liegt zumindest eine vervielfältigte Wiedergabe des Dokumentes in der Originalsprache (hier also Deutsch) vor. So gibt es anstelle von handgeschriebenen Notizen maschinengesehriebene Vermerke mit dem Hinweis, daß es sich um handgeschriebene Niederschriften handelt. Zweitens gibt es eine englische Übersetzung des fremdsprachigen Originales. Drittens gibt es als Anhang nähere Beschreibungen, die amtliche Beleganalyse. Im Hinblick auf diese Voraussetzungen wurden für diese geprüfte Kollektion nur wenige Widersprüche notiert.

Doch vom Inhalt her hätten gewisse Dokumente nicht in der Liste sein sollen, denn sie enthüllen solche Widersprüche. Wenn es auch keinen Zweifel geben sollte, daß einige ungarische Juden für den Arbeitseinsatz in das Reich deportiert worden sind (andere für den gleichen Zweck in Ungarn verblieben sind), so liegt es dennoch auf der Hand, daß in die Produktion dieser Dokumente ein ganz beträchtlicher Umfang an Fälschung eingearbeitet worden ist. Sie wurden nach dem Kriege geschrieben! Daß Ereignisse, wie sie die Dokumente aussagen, wie z.B. der Transport von 400.000 ungarischen Juden in das Reich (oder Polen) in der Zeit zwischen Mai und Juli 1944 in Wirklichkeit *nicht* stattgefunden

hat, ist auf Grund der bereits dargelegten Sachverhalte sicher. Jedoch gibt es auch Gründe für eine gewisse Unebenheit hier, denn die Fälschung scheint nicht im Zusammenhang mit der Auschwitz-Vernichtungslegende geschaffen worden zu sein. Fälschung ist ein riskantes Geschäft! So würden wir, obgleich Fälschung für diese Dokumente eine Sicherheit zu sein scheint, doch wünschen, daß ein unabhängiges Gremium den Fälschungsvorwurf überprüft.

Fälschung wäre weniger riskant, würde sie nicht auch die Fälschung von Signaturen mit einschließen. Wenn die Zusammenarbeit mit den Personen, die die gefälschten Dokumente abgezeichnet oder mit ihren Initialen versehen haben, erreichbar ist, dann mag es scheinen, daß das Risiko, eine Fälschung zu entlarven, erheblich verringert sein dürfte. So sollten wir einen strengen Blick auf die Bestätiger dieser Dokumente werfen. Wenn NG-5684 ausgenommen wird, so haben wir Bestätigungen mit den Initialen und/oder Signaturen (oder behauptete Initialen oder Signaturen) von Geiger, Wissberg, Hencke, Reichel, Mirbach, Wagner und v. Thadden, wobei die große Mehrzahl von den letzten beiden stammt. Diese sieben Leute haben eine sehr interessante Gemeinsamkeit: keiner von ihnen war Angeklagter im Fall 11 oder in irgendeinem Gerichtsverfahren der Alliierten. Im Fall der ersten fünf könnte dies noch als sachgerecht gedeutet werden, einmal im Hinblick auf den geringen Rang der Person oder im Hinblick auf ihre Außenseiterrolle, bei den zur Debatte stehenden Verbrechen. So haben die ersten fünf Personen nur geringe Berührung mit dem Fall 11 (Wilhelmstraßenprozeß-Auswärtiges Amt). Mirbach erschien als Zeuge der Verteidigung und Hencke war Vertrauensmann der Verteidigung. (14)

Mit Wagner und von Thadden ist jedoch die Immunität vor Verfolgung durch die Alliierten äußerst mysteriös, wenn man nicht begreift, daß die offensichtlich sichere Herstellung der diskriminierenden ungarischen Dokumente grundsätzlich ihre Zusammenarbeit erforderlich gemacht hatte. Wir sollten somit ihre Funktionen im Auswärtigen Amt und ihre Erfahrungen nach dem Kriege untersuchen.

Eberhard von Thadden war Beamter in der Abteilung Inland II des Aus-

wärtigen Amtes. Zur Aufgabe dieser Abteilung gehörte die Zusammenarbeit mit der SS, und so war von Thadden, um es rundheraus zu sagen, der Juden-Experte des Auswärtigen Amtes. Zusammenarbeit mit Eichmann in bezug auf die Durchführung der Richtlinien für die Politik gegenüber den Juden, was immer diese auch gewesen sein mögen, war ein ganz normaler Teil seiner Pflichten. NG-2233 und. NG-2980 sind zumindest in dieser Hinsicht akkurat. Horst Wagner war Mitglied des persönlichen Stabs des Reichsaußenministers v. Ribbentrop und als Chef von Inland II war er von Thaddens Vorgesetzter. Wie die Dokumente korrekt feststellen, war er gleichermaßen in die Judenpolitik der deutschen Regierung verwickelt. Das Auswärtige Amt wurde von verschiedenen alliierten Militärtribunalen angeklagt, mit der Ausrottung der Juden befaßt gewesen zu sein. Und hierfür wurde von Ribbentrop vom IMT für schuldig befunden. Die Hauptangeklagten im Fall 11 waren einige Beamte des Auswärtigen Amtes, die meisten von ihnen durchschnittliche Diplomaten, wobei natürlich die Verwicklung in Ausrottungsmaßnahmen gegenüber Juden einer der Vorwürfe war. Sowohl *ex officio,* d.h. von ihrer Position her, als auch unter Berücksichtigung der Dokumente, die wir durchgesehen haben, hätten sich von Thadden wie Wagner zu Beginn des Falles 11 in ernsten Schwierigkeiten befunden haben müssen. Mehr noch: Sie konnten in diesem Wilhelmstraßenprozeß nicht als unbekannt gelten. Z.B. wählte die *New York Times,* als sie die Eröffnung des Falles 11 ankündigte, 8 prominente Angeklagte oder Zeugen, und von Thadden war einer in der Liste. (15)

So ist unter normalen Voraussetzungen unerklärlich, daß sie in jenem Gerichtsverfahren nicht Angeklagte waren. Beide erschienen als Zeugen der Anklage. Seltsame Ereignisse setzten sich bei ihnen für verschiedene Jahre fort. Was von Thadden anbetrifft, so versuchten deutsche Gerichte die ins Auge fallende Freistellung vor Verfolgung zu korrigieren. Als er 1949 aus amerikanischem Gewahrsam entlassen wurde, da klagte ihn ein deutsches Gericht in Nürnberg im Dezember 1950 an, doch ging er nach Köln in die britische Zone, und eine Auslieferung wurde abgelehnt. Dann klagte ihn ein Kölner Gericht im Mai 1952 an, doch fand ein Pro-

zeß niemals statt. Er unterzeichnete eine Stellungnahme der Anklage im Eichmann-Prozeß 1961. 1964 wurde er erneut verhaftet, aber wieder freigelassen, nachdem er eine Kaution von 500.000 Dollar aufgebracht hatte. Im November 1964 starb er an den Folgen eines Autounfalles.

Ähnlich erging es Horst Wagner, der 1949 von den deutschen Behörden inhaftiert worden war. Er brachte es fertig, nach Spanien zu fliehen und anschließend nach Italien. Auslieferungsverfahren begannen 1953, doch scheiterten sie. 1958 kehrte er freiwillig nach Deutschland zurück, um einen Antrag auf Pension zu stellen. In Essen wurde er verhaftet. Obwohl er früher aus dem Lande geflohen war, schien er nur kurz in Untersuchungshaft verblieben zu sein, wenngleich nicht vor April 1960 eine offizielle Kaution in Höhe von 50.000 DM für seine Freilassung bestimmt worden war (er scheint somit bereits vor der Kaution auf freien Fuß gesetzt worden zu sein). Wagner nahm sich Ernst Achenbach zum Rechtsbeistand, der Wagner in seiner Praxis auch beschäftigte. Wagners Prozeß wurde schließlich auf den 20. Mai 1968 festgesetzt, 10 Jahre nach seiner Rückkehr nach Deutschland. Doch 12 Tage vor diesem Termin legte Achenbach sein Mandat nieder mit der Begründung, daß er nicht genug Zeit zur Vorbereitung dieses Falles gehabt habe. Ein neuer Prozeßtermin wurde bestimmt, - für 1969. Nunmehr wurde Wagner von Dr. Laternser vertreten, der wenige Wochen vor dem neuerlichen Termin eines natürlichen Todes starb. Schließlich würde abermals ein anderes Datum für den Prozeß vorgemerkt, doch drei Tage vor diesem 29. Mai 1972 wurde Wagner ins Krankenhaus eingeliefert, um sich einer Augenoperation zu unterziehen. Der Prozeß wurde auf den 3.7.1972 vertagt. Wagner erschien im Gericht, aber mit Krücken, kaum fähig, seinen Platz zu erreichen, stöhnend vor undefinierbaren Schmerzen. Ein weiterer Termin wurde für Oktober 1972 ausgemacht, doch schien sich Wagner nicht erholt zu haben, so daß das Gericht den Fall auf unbestimmte Zeit verschoben hat. Gegen Ende des Jahres 1975 lebte Wagner in ruhiger Zurückgezogenheit in einer Vorstadt von Düsseldorf.

So viel zu den Dokumentenbelegen, die die Vernichtungsbehauptungen gegenüber den ungarischen Juden stützen. Wagner und von Thadden

sind ebenso wie Höß und andere den neuen Meistersingern von Nürnberg gefolgt, aber sie taten es augenscheinlich in einer intelligenten Form, seitdem sie vor Verfolgung sicher waren. In diesem Zusammenhang dürfte ein detailliertes Studium der Dokumente durch einige Experten sehr lohnend sein. Z.B. der Ausdruck „nach Deutschland" in NG-2262 klingt für mich ebenso sonderlich wie mir *„to America"* in einem offiziellen *State Department Document* erscheinen würde, doch bin ich nicht der angemessene Richter in dieser Angelegenheit. In jedem Fall trugen Wagner und von Thadden ein Wissen über die Existenz gefälschter Dokumente mit sich, was andere nicht besaßen. So war z.B. auch Höß in totaler Abhängigkeit von der Gnade der Alliierten.

Ich habe nicht alle Dokumente der NG-Serie geprüft; deren gibt es mehr als 5.000. Und daher kann ich nicht die Möglichkeit oder sogar Wahrscheinlichkeit zurückweisen, daß darüber hinaus noch weitere existieren. Es ist auch möglich, daß einige auch mit einigem Gekritzel versehen worden waren, von dem man dann sagte, es seien Initialen, worauf ich keine unmittelbare Antwort weiß. Jedoch hat das Studium der Dokumente recht tiefschürfend zu sein, will man den Forschungszweck erreichen. Ich ging weit über jene Dokumente hinaus, auf die Hilberg und Reitlinger verwiesen haben, weit genug, um mich dreimal von der grundlegenden Abhängigkeit zwischen diesen Belegunterlagen und der Nachkriegszusammenarbeit von Thadden und Wagner mit den Alliierten zu vergewissern.

Wagner und von Thadden waren nicht die einzigen Deutschen, die mit den ungarischen Juden zu tun hatten und die auf geheimnisvolle Weise vor Verfolgung bewahrt geblieben waren. SS-General Otto Winkelmann, Hoher SS- und Polizeiführer für Ungarn und Befehlshaber aller SS-Operationen in Ungarn, war ebenfalls ein Zeuge der Anklage im Fall 11. SS-Standartenführer Kurt Becher, Repräsentant des SS-Führungshauptamtes in Ungarn (und somit von Himmler), diente der Anklage beim IMT. In der Tat stand niemand dieser Führungskräfte, die fraglos mit deutschen Maßnahmen gegenüber den ungarischen Juden zu tun hatten oder hätten haben müssen, ganz gleich, um welche es sich immer gehan-

delt haben mag, vor Gericht in Nürnberg oder anderswo (mit Ausnahme von Eichmann). Eichmann wurde bei den Nürnberger Prozessen vermißt, und die anderen legten für die Anklage gegenüber jenen Zeugnis ab, die allenfalls am äußersten Rande hätten beteiligt sein können.
Niemand sollte überrascht sein, die schmutzigsten Praktiken hinter diesen Prozessen zu entdecken. Wir haben gesehen, daß bei den Methoden, „Beweise" zu produzieren, keine ethischen Grenzen respektiert wurden. Wir sollten daher einen schärferen Blick auf jene werfen, die mit dem Fall 11 beauftragt waren. Man erinnere sich, daß es sich nicht um einen wirklichen Anklage-Prozeß gehandelt hat, mit dem ein großes Gericht befaßt war, und die Anklagebehörde, wie man sich beim Lesen des Buches von DuBois vergewissern kann, in jedem einzelnen Fall selber darüber entschied, wer vor Gericht gebracht wurde und unter welchem Vorwand.
Der Wilhelmstraßen-Prozeß war nicht recht vergleichbar mit den anderen vom NMT durchgeführten Verfahren. Alle anderen hatten einen besonderen Zweckcharter. Der Minister- oder Wilhelmstraßenfall glich etwas einem „kleinen IMT", d.h. ausgewählte Leute von deutschen Ministerien wurden vor Gericht geschleppt, und der Prozeß hatte einen entsprechend weiten Umfang. So wurde er in eine Sektion Wirtschaftsministerien und eine Sektion politische Ministerien aufgeteilt, von denen jede ein anderes Strafverfolgungsperonal hatte.
Die für unser Anliegen wichtige Sektion und der politisch in der Tat wichtigste Fall, der vor das NMT kam, war die „Sektion politische Ministerien" des Falles 11, dessen Hauptankläger Robert M.W. Kempner war, der bereits zur historischen Figur geworden ist. Es erscheint nützlich, hier eine kurze Zusammenfassung von den Höhepunkten seiner Karriere zu präsentieren.
Kempner, ein Jude, war im Jahre 1899 in Deutschland geboren, studierte Jura und war in den Zwanziger Jahren im Preußischen Innenministerium tätig. In den Jahren 1928-1933 war er Chefberater der Preußischen Staatspolizei (unter dem Innenminister) und spezialisiert auf die Ursachenforschung für das Emporwachsen der NSDAP. Er wurde in seiner

Eigenschaft als Beamter der Staatsanwaltschaft in Berlin und nachfolgend als Justiziar der preußischen Polizei ein Anti-Nazi-Kreuzfahrer und hatte damals energisch, allerdings ohne Erfolg, versucht, die NSDAP auf Gesetzeswege auszuschalten und Hitler als *„lästigen Ausländer"* auszuweisen.

Als die Nationalsozialisten 1933 die Regierung in Deutschland übernahmen, wurde er entlassen, kurzfristig verhaftet, doch konnte er, obgleich er Jude war, seine Rechtsanwaltpraxis für kurze Zeit als Berater für internationales Recht und jüdische Wanderungsprobleme und auch für die deutsche Taxifahrerorganisation fortsetzen. 1935 ging er nach Italien und nahm an einer kleinen Schule in Florenz eine Verwaltungs- und Lehrstelle für politische Wissenschaften an. Die Mussolini-Regierung schloß die Schule im Jahr 1938. Die Schule, so auch Kempner, siedelte nach Nizza/Frankreich um. Bei der Schule blieb er jedoch nicht mehr lange und emigrierte im Jahre 1939 in die Vereinigten Staaten. Seine Mutter hatte bereits eine Forschungstätigkeit an der Universität von Pennyslvania, und es scheint, daß sie ihm eine Forschungs-Assistentenstelle an jener Universität verschafft hat. (18)

Er nahm unmittelbar seinen Anti-Nazi-Kreuzzug wieder auf. Irgendwie hat er es fertiggebracht, aus Deutschland einige preußische Polizeiunterlagen herauszuschmuggeln, zu denen er Beiträge geliefert hatte, und diese wurden die Ausgangsbasis für ein Buch, das er 1943 privat herausgab. In dem Buch versuchte er oberflächlich aufzuzeigen - aufbauend auf seinen Erfahrungen -, was in und mit Deutschland nach dem Krieg getan werden müsse, um den Nationalsozialismus dauerhaft auszumerzen. Es erreichte keine weite Verbreitung, doch zusammen mit einigen anderen Büchern und Artikeln, die er schrieb, errang er sich den Ruf eines Experten zur Bekämpfung der Nazis. Auch einige Schallplattenaufnahmen von Konferenzen höherer NS-Führer hat er herausgeschmuggelt. Diese waren von der Preußischen Polizei während seiner Dienstjahre erstellt worden. Er stiftete sie der Universität von Pennsylvania. Ebenfalls schrieb er in beachtlichem Umfang Anti-Nazi-Briefe an die Zeitungen. Als sich der Krieg dem Ende zuneigte, schrieb er, daß die

Nazi-Führer in den U.S.A. vor Gericht gestellt werden sollten, und zwar vor ordentliche Gerichte der U.S.A. In der Zwischenzeit hat er die US-amerikanische Staatsbürgerschaft erhalten. (19)
Während des Krieges arbeitete er sowohl für das US-Justizministerium als auch für den OSS (*US Office of Strategic Services*, den Vorgänger des CIA, den amerikanischen Geheimdienst). Das OSS beauftragte ihn mit Anfertigen von Listen Deutscher Anti-Nazis, die von der künftigen Besatzungsregierung in Deutschland mit Posten betraut werden könnten. Er war einer aus einer großen Gruppe deutscher Juden in dem OSS (zu ihnen gehörte z.B. auch Herbert Marcuse).
Zum Kriegsende wechselte Kempner zum Kriegsministerium über und begleitete die *US-Army* bei ihrem Einmarsch nach Deutschland auf der Besoldungsliste des Obersten Generalrichters (*Judge Advocate General*). Vor Eröffnung des IMT-Tribunals dient er in einer kaum bedeutenden Rolle als Verbindungsmann der Staatsanwaltschaft mit Beratern der Verteidigung. Später wurde er der Abteilung zugeteilt, die die US-Anklageschriften gegen die einzelnen Angeklagten erstellte. Während des Tribunals war er ein offensichtlich einfaches Mitglied des Strafverfolgungspersonals und spezialisiert für die Strafverfolgung des Reichsinnenministers Frick. Es scheint nicht, daß er besonders prominent gewesen sei, obgleich er unmittelbar nach dem Prozeß einen Magazin-Artikel über die große Arbeit des Militärtribunals im Hinblick auf die Erziehung der Deutschen an die *New York Times* geschrieben hat. Die Tötung der deutschen militärischen und politischen Führer war noch nicht ausgeführt worden, als er bereits mit großer Genugtuung voraussagte, daß die *„verdammten Nazis in unbekannten Gräbern begraben würden, um fanatische Pilgerfahrten von noch begeisterten Nazis von vornherein zu vereiteln"*. In der Tat war die schließliche Handhabung noch hysterischer, denn die Körper von Göring u.a. wurden fotografiert (um anschließend in der Presse und im Film hämisch kommentiert zu werden), dann in US-Armee-Uniformen gesteckt, geheim nach Dachau verbracht und dort eingeäschert. Die Asche wurde dort in den Fluß gekippt. (20)
Als er 1947 die Verantwortung im Fall 11 übernahm, stand Kempner den

Nachrichten zufolge in einem verwandtschaftlichen, aber nichts desto weniger hoch wichtigen Zusammenhang mit unserem Untersuchungsgegenstand. In den Jahren 1943 und 1944 sind im „Land der freien Presse" einige Prozesse wegen Volksverhetzung gegen Amerikaner durchgeführt worden, deren Ansichten über die US-Regierungspolitik als unwillkommen betrachtet wurden. Der US-Ankläger war 0. John Rogge, ein Mann aus Ohio, von dem seine Familie wie auch Freunde schon in seiner Jugend erwartet hatten, daß er Beamter würde. Er wurde statt dessen Jurist, und es wird berichtet, daß er es an der Harvard Justiz-Schule zur brillianten Vollendung gebracht habe Generalstaatsanwalt Biddle wählte ihn aus, um den Volksverhetzungs-Fall zu verfolgen. Er löste William P. Maloney ab, dessen Methoden Proteste von verschiedenen einflußreichen Kongreßmitgliedern ausgelöst hatten. Die Verfahrensweise betraf 30 Angeklagte und stand in vollständigem Gegensatz zu den US-Verfassungsprinzipien. Sie wurden zufällig gegenstandslos als der vorsitzende Richter im November 1944 starb und das ganze Verfahren für fehlerhaft erklärt wurde. Als die Regierung plante, den Fall wieder aufzugreifen, hatte das Oberste Gericht ein anderes Urteil wegen Volksverhetzung aufgehoben, und große Zweifel stiegen im Justizministerium darüber auf, ob es weise sei, den Spektakel fortzusetzen. Wir hoffen, der Leser wird bei dieser langen Abweichung bei der Volksverhetzungsepisode innerhalb der gegenwärtigen Abweichung bei Kempner verharren, denn die zu ziehende Schlußfolgerung ist höchst wichtig. (21)

Rogge verlor das Interesse in dem Volksverhetzungsfall als solchem, doch verlor er nicht das Interesse an dem Generalthema einer inneren faschistischen Gefahr in den USA. Im Frühling 1946 ging er für eine 11-wöchige Informations-Sammlungs-Expedition nach Deutschland und türmte einige angebliche Fakten aufeinander, die er in einem Bericht zusammenfaßte und dem Justizministerium gegen Ende des Jahes unterbreitete. Da jedoch seitens des Justizministeriums auf das von ihm eingereichte Material keine unmittelbare Reaktion erfolgte, wurde er ungeduldig, so scheint es, und konnte sich seinerseits nicht mehr zurückhalten. Er entschloß sich daher herumzufahren und Vorträge zu halten, in

denen er einiges von jenen Informationen ausplauderte, die er beim Ausfragen der Deutschen gesammelt hatte. In einer Rede beim B'nai B'rth in New York im Oktober 1946 berichtete er in sehr allgemeinen Redewendungen, daß die *„Faschisten noch eine Größe in der Welt und diesem Lande darstellen (...) Jetzt können die Faschisten noch spitzfindigere Verkleidungen vornehmen; sie können daherkommen und einfach sagen ‚Ich bin ein Anti-Kommunist'."* Ein paar Tage später präzisierte er noch sehr genauer, wovon er sprach. John L. Lewis, Präsident der Vereinigten Bergwerksarbeiter, und der alte William R. Davis, Gründer und Unternehmer einer Ölgesellschaft, habe, so erklärte er in einer Rede im Swarthmore College, mit Göring und Ribbentrop konspiriert, um Präsident Roosevelt in den Wahlen von 1936, 1940 und 1944 zu schlagen. Auf Grund des Beweismaterials, das er in Deutschland erlangt habe, könnten andere prominente Amerikaner nach Ansicht der *„Nazis gegen die Kriegsteilnahme der Vereinigten Staaten organisiert werden"* einschließlich, so sagte er, Senator Burton K. Wheeler, der frühere Vizepräsident John N. Garner, der frühere Präsident Herbert Hoover und der Große Flügelmann der Demokraten James A. Farley. Rogge hat einiges von seinem Material ebenfalls an Drew Pearson gegeben, und es erscheint in Pearson's Leitartikel zu ungefähr der gleichen Zeit. Für solche flagrante Verletzung der Regeln und Normen des Justizministeriums und des juristischen Berufes und auch vermutlich, weil er auf einige wichtige politische Zehen getreten ist, wurde Rogge unverzüglich vom Generalstaatsanwalt Clark aus dem Justizministerium entlassen. Rogge verteidigte sein Handeln, indem er erklärte, daß er alles in allem lediglich *„ein Studium des internationalen Faschismus durchgeführt habe, denn die Leute, über die Nachforschungen angestellt wurden, sind ein Teil einer internationalen Bewegung, um die Demokratie sowohl hier als auch draußen zu zerstören"*. Wieder wurde er konkret: zwei der Leute, denen er die Drohung „Faschist" zu sein, entgegenhielt, waren Dr. Douglas MacCollum Stewart und Mr. George T. Eggleston, seinerzeit ein Redaktionsmitglied des *Reader's Digest.* Rogge sagte, daß er in Deutschland Informationen über sie von früheren deutschen Diplomaten erlangt habe, die vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor offi-

zielle Verbindungen mit den USA hatten. Die *Prawda* beschrieb Rogge's Entlassung als einen Skandal. (22)

Zur Zeit vor Pearl Harbor hatten Stewart und Eggleston in dem *Scribner's Commentator,* der dafür eingetreten war, die USA aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten, publiziert. Während des Jahres 1941 hatte Stewart eine große Summe Geld erhalten, 38.000 Dollar, und konnte sich nicht erklären, von wem. Er erzählte den Untersuchungsrichtern beim Volksverhetzungs-Prozeß 1943-1944, daß er dieses Geld in seinem Haus gefunden habe. Da eine solche Geschichte selbst für einen unparteiischen Beobachter lächerlich anmutet, wurde er vom Staatsanwalt und auch vom Richter wegen dieser Auskunft angegriffen. Seine Weigerung, die Aussage zu ändern, führte zu einer 90-tägigen Gefängnisstrafe wegen Verächtlichmachung des Gerichts (er wurde nach 75 Tagen begnadigt).

Im Verlaufe des Jahres 1946 wurde man im Justizministerium - einschließlich sogar Rogge - davon überzeugt, daß Volksverhetzungs-Vorwürfe bei Gericht keine Aussicht auf Erfolg hätten, so daß der Fall, der 1943 eröffnet worden war, schließlich abgeschlossen wurde. Dennoch stand nach wie vor Stewart's Aussage im Raum, was eine gute Grundlage für ein Meineidverfahren zu sein schien. So wurde Stewart im März 1947 der Prozeß gemacht wegen Meineides, den er vor dem obersten Kriegsgericht geleistet habe.

Die Staatsanwaltschaft trug vor, daß Stewart 15.000 Dollar von den 38.000 Dollar von der deutschen Regierung erhalten habe, und gab zwei Zeugen zum Beleg für diese Behauptung an. Baron Herbert von Strempel, früherer Erster Sekretär in der deutschen Botschaft in Washington, bezeugte, daß er Stewart gegen Ende 1941 15.000 Dollar im Hotel Pennsylvania in New York gegeben habe. Das Geld habe er, wie er sagte, von Dr. Hans Thomsen, dem deutschen Botschaftsrat, erhalten. Thomsen bezeugte dann die Geschichte von Strempel. Die Zeugenaussage von Strempel und Thomsen war in der Tat die Konsequenz jener Information, die Rogge auf seiner Expedition in Deutschland 1946 gesammelt hatte.

Stewart's Verteidigung legte jedoch Beweise dafür vor, daß er 1941 große

Summen Geld von amerikanischen Quellen bekommen hatte. Sie trug vor, daß einige wohlhabende Amerikaner seinerzeit den starken Angriffen ausgesetzten Kurs, die USA aus dem Kriege heraus zu halten, anonym unterstützen wollten, so daß sie Stewart anonyme Geldzuwendungen machten. Ob diese Behauptung einen Wahrheitsgehalt hatte oder schlechthin die Wahrheit war, daß Stewart in der Tat das Oberste Kriegsgericht angelogen hatte insofern, als er nicht die Identität seiner amerikanischen Geldgeber preisgegeben hatte, ist für unsere Angelegenheit kaum wichtig. Beachtlicher hingegen war das Kreuzverhör der Verteidigung, dem die deutschen, von der Anklagevertretung bestellten Zeugen unterzogen wurden. Denn die Verteidigung war in der Lage, die Anklage zu diskreditieren, indem sie nachwies, daß die Zeugenaussagen erpreßt worden waren. Baron von Strempel sagte aus, daß er in Hamburg von zwei britischen Agenten verhaftet worden war, die, nachdem er sie nach ihrem Haftbefehl gefragt hatte, *„lachten, ihre Gewehre von ihrer Schulter nahmen und erklärten, dies sei ihr Haftbefehl"*. Dann verbrachte er vier Wochen in einem amerikanischen Vernehmungszentrum und weitere sieben Monate in einem abgeschlossenem Lager, wo er weiterhin andauernden Verhören ausgesetzt gewesen ist. *„Niemals war seine Gesundheit so schlecht wie in dieser Zeit"*. Er wurde verhört von Robert M.W. Kempner, aber wünschte nicht, darüber zu sprechen. Richter Laws war gezwungen, Herrn von Strempel darauf hinzuweisen, daß er die Fragen des Verteidigers Magee über diese Seite seiner Erfahrungen zu beantworten habe. Schließlich sagte er, daß Kempner ihm gesagt habe, wenn er *„irgendwelche Vorgänge in der Botschaft verheimliche, er vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt werden würde"*. Dann erzählte er die ganze Geschichte. Unaufhörliche, intensive Befragungen durch die Vernehmer erzeugten in ihm ein Gefühl, als sei er hypnotisiert worden.

O. John Rogge wurde einer jener Vernehmer Strempel's in Deutschland. Während der Vernehmung durch Rogge wurden ihm, wie er sagte, seine Krawatte und seine Schnürsenkel abgenommen, dann wurde er in Einzelhaft gesteckt, den ganzen Tag ohne Nahrung unentwegt ausgefragt und stand die ganze Zeit unter Zwang. Er gab zu, daß er eine Aussage

unterzeichnet habe, sagte jedoch, daß dies aus Furcht vor weiterer Einzelhaft geschehen sei. Er machte diese für den Staatsanwalt so vernichtende Zeugenaussage, trotz der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten ihm 70 Dollar pro Woche zahlten, zusätzlich Hotelkosten im Zusammenhang mit seinem Erscheinen als Zeuge gegen Stewart. Es gab freilich trotzdem noch eine Vergeltungsmöglichkeit für die Vereinigten Staaten, nämlich einige Arten von Kriegsverbrecher-Beschuldigungen gegen Strempel zu erheben. Gleichermaßen wurde Thomsen dem Kreuzverhör unterworfen. Er gab dann zu, Strempel habe ihm von der Todesdrohung berichtet, und erklärte weiter, Rogge habe ihm *„Anweisungen gegeben, sich an bestimmte Details zu erinnern"*. Das Gericht fand Stewart für unschuldig. So erschien Kempner bereits vor Beginn des Falles 11 in den Zeitungen.
In Prüfung der Volksverhetzungs-Affäre sind wir daher dem Wilhelmstraße-Prozeß in einer Art und Weise begegnet, daß Kempner die Bildfläche als Vernehmer und Hauptverfolger eingesperrter früherer Beamter des deutschen Auswärtigen Amtes betrat. Der Zusammenhang mit Fall 11 gibt sogar noch mehr her, seitdem Stewarts Verteidiger im Prozeß 1947, Warren E. Magee, kurze Zeit später Mitberater von Baron von Weizsäcker, dem Hauptangeklagten im Fall 11, wurde. Wir haben daher den ungewöhnlichen Tatbestand, daß zwei in den Fall 11 verwickelte Seiten nahezu gleichzeitig in einem regulären US-Verfahren gegen einander standen und daß das Vernehmungsergebnis gefangener Deutscher von der Verteidigung erfolgreich widerlegt worden ist. Dieses ist eine außergewöhnliche und wichtige Bestätigung jener Art von Aktivität, die wir bei den Beweisunterlagen schon angedeutet haben. Dies muß auch hinter den Kulissen des NMT durchgesickert sein, - Zuckerbrot- und Peitschentaktik verschiedener Arten einschließlich sogar in einigen Fällen Dritte-Grad-Methoden (um korrekt zu sein, konnte man nicht in allen Fällen die Beweismittel als erzwungen ausgeben).
Magee's Erfolge auf dieser Linie waren überdies mit dem Stewart-Prozeß noch nicht beendet. In einer anderen außergewöhnlichen Personenauswahl für einen Zeugen der Anklage benutzt Kempner Friedrich Gaus, der den Ruf hatte, Ribbentrop's böser Geist gewesen zu sein. Er wurde

Hauptzeuge der Anklage gegen von Weizsäcker, nicht etwa Angeklagter. Magee hatte auch dank seiner Eigenschaft als Amerikaner augenscheinlich Zugang zu Dokumenten, die deutschen Rechtsanwälten vorenthalten wurden. So war er in der Lage, dem Gericht nachzuweisen, daß Kempner Gaus gedroht hatte, ihn an die Russen anszuliefern, wenn Gaus nicht mit der Anklagebehörde zusammenarbeite; - eine häufige und wirksame Drohung, welche in verschiedenen Variationen verabreicht wurde. Häfliger, einer der Angeklagten im Fall 11, war Schweizer Bürger, doch wurde ihm vom Vernehmer Sachs unter Bezugnahme auf seine Aussage vor Gericht gesagt, daß, sollte er auf seiner Schweizer Staatsbürgerschaft bestehen bleiben, er den Russen ausgeliefert werden würde. Und Sachs bedeutete ihm nachdrücklich, daß es keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der UdSSR gebe. Ein Weiteres: von Thadden gestand im Kreuzverhör durch den Verteidiger Dr. Schmidt-Leichner ein, daß Kempner im Zusammenhang mit einer Exekution, die vermutlich deutsche Kommandoführer in Frankreich durchgeführt haben,

> „mir zu verstehen gegeben hat, daß es für mich zwei Möglichkeiten gäbe, entweder zu bekennen oder den französischen Behörden übergeben und vor ein französisches Tribunal gestellt zu werden, wo das Todesurteil für mich sicher wäre. Mir wurde eine Überlegungszeit von 24 Stunden gewährt, innerhalb derer ich mich zu entscheiden hatte."

Ein Schweizer Journalist schrieb seinerzeit, daß Kempner und Kollegen versuchten, *„den Nazismus als ein Gebräu der oberen Klassen zu entstellen"*, um die Sozialstruktur Deutschlands, wie sie vor dem Nationalsozialismus herrschte, zu zerstören. (24)

Rogge hatte eine lange und interessante Karriere, doch würde eine gründliche Zusammenfassung zu weit abführen. Um ihm gegenüber fair zu sein, sollten wir sagen, daß sein Verhalten im Zusammenhang mit den Volksverhetzungsverfahren einen nicht verleiten sollte anzunehmen, daß er im Hinblick auf die persönlichen Freiheiten gefühllos wäre. Denn als die ersten Nachkriegsschritte für ein antikommunistisches inneres Sicherheitssystem unternommen worden waren, begann er auf-

zuschreien über die Treibjagden, und in den folgenden Jahren wurde er Vorsitzender of the *NY. State (Henry) Wallace for President Committee,* eine logische Ernennung, weil Rogge alles das verkörperte, was im Zuge der Annäherung im Handeln mit der Sowjetunion ungewöhnlich war. Von der linksbeflügelten *Nation* wurde er 1950 als *„der einzig unnabhängige in verschiedenen kommunistischen Kongressen, Komitees und Delegationen"* charakterisiert. Im März jenen Jahres reiste er nach Moskau, um am „Weltkongreß der Partisanen des Friedens" teilzunehmen. Er erklärte den Sowjets, daß der Kalte Krieg gleichermaßen ein Fehler beider Seiten sei, und stand bei einem offiziellen Treffen im Kreml auf und zitierte Thomas Jefferson, ein Verhalten, das von seinen sowjetischen Gastgebern gar nicht geschätzt wurde. Die *Nation* kommentierte weiter, daß

> „es leicht sei, O. John Rogge als einen weltfremden Wichtigtuer, einen geistig zerfahrenen Liberalen abzustempeln, der so sehr den Kontakt mit der Realität verloren habe, daß er glaube, die Übel dieser Welt seien lediglich das Ergebnis unglücklichen Mißverstehens (...) Er hat gezeigt, warum die russischen Herrscher sogar ihre eigenen Anhänger, die Kontakt mit dem Westen haben, mit Argwohn betrachten."

Zurück zu Kempner. Als im Jahre 1949 die Bonner Regierung konstituiert wurde, warnte er vor einem dort neu aufkeimenden Nazismus. Solch ein Blick hinderte ihn jedoch zwei Jahre später nicht, als Repräsentant Israels in Bonn Verhandlungen über die Wiedergutmachung gegenüber den Juden zu führen. Schon im nächsten Monat griff er die Begnadigungen und die Herabsetzung von Urteilen gegenüber den Kriegsverbrechern an, die von den Vereinigten Staaten gewährt worden waren. (26)

Als nächstes erschien Kempner im Zusammenhang mit der im Jahre 1952 vom US-Senat durchgeführten Untersuchung des Massenmordes von Katyn (1940), der ein allgemein bekanntes sowjetisches Verbrechen, dessen Handhabung durch das IMT volles Licht auf die Absurdität wirft, die Behauptungen des Tribunals zu respektieren, noch einmal als Verbrechen Stalins bestätigt hat.

Am 13. April 1943 verkündeten die Deutschen, daß im Wald von Katyn nahe der Stadt Smolensk (ungefähr in der Mitte zwischen Minsk und

Moskau) Massengräber entdeckt worden sind von rund 10.000 durch die Russen im Jahre 1939 gefangen genommenen polnischen Offizieren. Vier Tage später verkündete das Verteidigungsministerium der Polnischen Exilregierung in London, daß es das Internationale Rote Kreuz um eine Untersuchung ersuchen werde. Die Deutschen unterstützten diesen Vorschlag, die Sowjets jedoch widersprachen ihr, erklärten die Londoner Polen zu Kollaborateuren Hitlers und brachen am 26. April 1943 die diplomatischen Beziehungen mit ihnen ab.

Infolge der sowjetischen Opposition weigerte sich das Rote Kreuz, die Untersuchung vorzunehmen. Jedoch legte die Reichsregierung die Massengräber von Katyn offen und ermöglichte verschiedenen Parteien Polens, einer Gruppe ausländischer Korrespondenten, auch deutschen Journalisten, Abordnungen britischer und amerikanischer Kriegsgefangener, einer technischen Abteilung des Polnischen Roten Kreuzes sowie einer internationalen Expertenkommission von Gerichtsmedizinern, die Gräber zu inspizieren. Diese Kommission schloß ihre Untersuchung mit einem Bericht ab, der absolut sicher unter Beweis stellte, daß diese polnischen Offiziere von den Sowjets vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges im Juni 1941 ermordet worden waren.

Anfangs als die Gräber entdeckt worden waren, verwendete die deutsche Propaganda die Zahlen 10.000 und 12.000, da man die annähernde Zahl der in sowjetische Gefangenschaft geratenen polnischen Offiziere kannte. Und diese Zahlen wurden im Kriege auch am meisten verbreitet. Konsequenterweise beschuldigte die Anklage des IMT die Deutschen der Ermordung von 11.000 polnischen Offizieren bei Katyn, obgleich im Jahre 1943 nur 4.253 Opfer freigelegt worden waren. Diese Zahl war seinerzeit von Berlin zwar auch publiziert, doch nicht so groß herausgestellt worden, wie die erstere Zahl, wobei allerdings zu ergänzen bleibt, daß von den übrigen, nicht aufgefundenen polnischen Offizieren niemals mehr ein Lebenszeichen vernommen worden ist, so daß mit Sicherheit zu unterstellen ist, daß sie demselben sowjetischen Genickschuß-Kommando zum Opfer gefallen sind.

Was beim IMT im Hinblick auf diese Anklage geschah, illustriert den Hohn gegenüber einer auch nur annähernd legalen Gerichtsbarkeit. Nun, die Zeugenaussage eines Mitgliedes der Gerichtskommission war natürlich von Interesse. So zogen die Sowjets Professor Marko Markov heran, einen Bulgaren, der zu den Unterzeichnern des Kommissionsberichtes gehörte. Bulgarien stand nunmehr unter sowjetischer Kontrolle, was zur Folge hatte, daß Markov seine Meinung geändert hatte. Neuerdings bezeugte er die sowjetische Version, daß die Deutschen ihn eingeschüchtert hätten und er nur deshalb seinerzeit dem Kommissionsbericht zugestimmt hätte. (27)

Auf der anderen Seite beantragte Görings Verteidiger, den Vorsitzenden der damaligen Kommission, Professor F. Naville, zur Zeugenaussage vor das IMT zu laden. Nun konnte man erleben, wie wirkungslos das Tribunal war, die Wahrheit zu ermitteln, selbst wenn sich einzelne Mitglieder darum bemüht haben mögen: Naville war Schweizer, lebte in Genf und konnte nicht gewaltsam zur Aussage gezwungen werden, und in der Tat lehnte er ab. Sein Motiv liegt auf der Hand. Der Verteidiger von Generalfeldmarschall Keitel bat ebenfalls, daß Naville, der gleichzeitig Repräsentant des Internationalen Roten Kreuzes war, einige Fragen beantworte (in bezug auf eine andere Angelegenheit), was ihm schriftlich unterbreitet werden könnte, doch kam auch diese Befragung nicht zustande. So war das IMT von seiner Zusammensetzung her gegenüber Zeugen aus neutralen Ländern voreingenommen und unfähig oder auch unwillens, sich durchzusetzen. Die Verteidigung konnte schließlich nur drei deutsche Soldaten als Zeugen heranziehen, mehr wurden nicht zugelassen. (28)

Die Entscheidung des Tribunals im Fall Katyn war eine Schande sogar unabhängig von dem Sachverhalt: In aller Stille wurde der Fall beiseitegeschoben und erscheint nicht mehr im Urteil. Weder wurden die Deutschen für schuldig noch für nicht schuldig an diesem sowjetischen Verbrechen befunden.

Das US-Repräsentantenhaus, das im Jahr 1952 den Katyn-Massenmord erneut untersuchte, beauftragte ein Untersuchungskomitee, in Frank-

furt/Main entsprechende Befragungen durchzuführen. Angehört wurden Vertreter der Anklagebehörde des IMT, aber auch der Verteidigung, so z.B. auch Dr. Otto Stahmer (Verteidiger von Hermann Göring). Überraschenderweise wählte das Komitee als Sprecher für die amerikanische Anklage den Robert M. W. Kempner aus, obwohl es hierfür keinen hinreichenden Grund gegeben hat. Als einziges Mitglied der Anklage beim IMT wurde der Richter Jackson vom Komitee befragt, doch brachte sein Erscheinen im November in Washington für die Sache nichts.
Dem Bericht über die öffentlichen Befragungen zufolge erklärte Kempner, daß das Katynmassaker gemäß des Verständnisses des Anklagepersonals *„eine eindeutige russische Affäre gewesen sei. (...) Die Russen hätten sie von Beginn an richtig in die Hand genommen (...) wir hatten sowieso kein Recht, uns da einzumischen"*. Nichtsdestoweniger errang Göring - Kempner zufolge - nach Anhörung der Zeugen in diesem Fall einen Sieg. So stellte das Fehlen des Falles Katyn im IMT-Urteil die Integrität der Nürnberger Prozesse in Frage, und diese Erkenntnis schwang auch in den Fragen der Komiteemitglieder mit. Kempner wurde über seine mögliche Teilnahme bei der Hinterkulissentätigkeit des US-Anklagestabes in Sachen Katyn befragt, und er leugnete, daß es eine solche geheime Absprache zwischen irgendjemandem auf der amerikanischen und der russischen Seite gegeben habe. (29)
Die *New York Times* berichtete, der Ton der Frankfurter Anhörung machte deutlich, daß *„die Prinzipien, die das Prozeßgeschehen in Nürnberg beherrschten, in Frage gestellt worden wären. Beamte der Vereinigten Staaten drückten privat Bedenken über die Situation aus"*. (30) In der *Chicago Tribune* wurde eine Geheimsitzung in der Nacht vor der Anhörung zitiert, in der Kempner zugegeben habe, daß das US-Anklagepersonal beim IMT Beweise dafür in der Hand gehabt hat, denen zufolge die Sowjets die Katynmorde begangen haben.
Das Komitee für die Massaker im Wald von Katyn gelangte zu dem Schluß, daß die US-Regierung die Wahrheit über Katyn sowohl während des Krieges als auch unmittelbar danach unterdrückt hat. Im besonderen verschwand ein Bericht von Oberstleutnant John H. Van Vliet, Jr., einem

jener amerikanischen Kriegsgefangenen, der als Zeuge bei den Massengräbern zugegen gewesen ist, sowohl bei den Unterlagen der Armee als auch beim *State Department*. Ebenfalls wurde herausgefunden, daß die *Federal Communications Commission* (Bundesnachrichtenvermittlungs-Kommission) die Rundfunkstationen eingeschüchtert hat, um Kritik an den Sowjets zu unterdrücken. (31)

In den Jahren nach 1952 gab es für Kempner im Hinblick auf die „Nazis" wenig zu tun, doch anläßlich der Eichmann-Affäre war er wiederum ganz in Aktion und diente der Israelischen Regierung als Berater im Sammeln von Beweismaterial für den Prozeß. Er steuerte für die *Yad Vashem Studies* einen Beitrag für die Methoden bei, *„Nazis bei Gericht auszuquetschen"*, und er veröffentlichte in Deutschland ein Buch, das alte Propagandamythen wieder auffrischte. 1972 bestätigte er das Material, demzufolge sich Martin Bormann in Argentinien befinden solle, und forderte die Vereinigten Staaten auf, auch die anderen Alliierten, den Bormann-Fall im Rahmen des Internationalen Militärtribunals erneut aufzurollen. (32) (Bormann war letztmalig beim Endkampf in Berlin 1945 in der Invalidenstraße gesehen worden; das IMT hat ihn *in absentia* zum Tod verurteilt.

An Schlußfolgerungen können für Kempner's Karriere gezogen werden:

1) Er ist als fanatischer Anti-Nazi zu charakterisieren, der in den zwaziger Jahren diesen Weg bereits begonnen hatte, als die Nationalsozialisten sicherlich nicht krimineller waren, als andere Gruppen auf der gewalttätigen und chaotischen deutschen politischen Bühne (die Kommunisten und Sozialdemokraten hatten ebenfalls Privatarmeen!)

2) Er war eine wichtige Figur in den Prozessen, die die Vereinigten Staaten in Nürnberg durchgeführt haben. Die Presse beschrieb ihn gegen Ende des IMT als Jackson's Experten in deutschen Angelegenheiten und als den Chef der Ermittlung und Forschung für Jackson. (33) Schließlich übernahm er die wichtigste Anklage beim NMT-Wilhelmstraßenprozeß. Zwar war James M. McHaney Vorsitzender jener Abteilung, die die Fälle 1, 4, 7, 8, 9 und 12 vorbereitete, doch beschreibt die Enzyklopädie Judaica Kempner als Chefankläger bei den NMT-Prozessen. (34)

3) Gibt es gute Gründe dafür, daß Kempner die Macht, die er bei den Militärtribunalen hatte, mißbraucht und mit ungehörigen Mitteln - einschließlich Drohungen und Zwangsmittel - „Beweise" produziert hat. Der Stewartfall macht diese Schlußfolgerung zwingend. Kempner war es auch, der Macht über Leben und Tod von Eberhard von Thadden und Horst Wagner hatte.

Kempner, Wilhelmstraßenprozeß, Judenschicksal in Ungarn 1944, Dokumente, fragwürdige Zeugen, E.von Thadden und Horst Wagner: dies alles stellt einen unverkennbaren Zusammenhang dar. Es ist offensichtlich, daß jeder, der die Authentität der Ungarn bezogenen Dokumente, aus denen die Vernichtung der Juden zu folgern wäre, aufrechterhalten will, gezwungen ist, eine gequälte Geschichte zu produzieren, deren Struktur wir nicht einmal in den Ansätzen Glauben schenken können.

Eine andere Person, die in den Dokumenten erwähnt ist, ist Veesenmayer, der im Zusammenhang mit einigen dieser Dokumente befragt wurde. Die Generallinie, die er bei seinen Aussagen einnahm, war mit Blick auf das erstrebte Ziel vernünftig: Freispruch oder mildes Urteil. Seiner Darlegung zufolge hatten die erwähnten Maßnahmen gegenüber den ungarischen Juden zu jener Zeit keineswegs die Bedeutung, wie sie ihnen nachträglich unterstellt würden. Er bekundete, daß er am Tag oft 20 Anweisungen, im Verlauf eines Monats sogar völlig widersprüchliche, erhalten habe. Seine Berichte wären von seinen Assistenten vorbereitet und von ihm nur flüchtig überflogen und dann abgezeichnet worden. Als ihm Berichte mit seiner Unterschrift gezeigt wurden, wonach im April 1944 zwei Transporte zu je 2000 Juden für den Arbeitseinsatz nach Auschwitz abgegangen seien, bemerkte er, daß er sich daran nicht genau erinnern könne, es aber durchaus möglich sei, er jedoch niemals gewußt habe, was Auschwitz wäre. Als ihm das Dokument NG-5567 vorgelegt wurde, demzufolge er am 17.6.1944 berichtet habe, daß 326.009 Juden von Ungarn deportiert worden seien, war seine Antwort ebenfalls *„gut möglich"*. Er nahm keine feste Position in dieser Angelegenheit ein, weder eine bestätigende noch dementierende, und vermied, sich darin zu verstricken. Was Veesenmayer hingegen klar sagte, war, daß er mit der Eva-

kuierung der Juden aus Budapest befaßt war, weil angesichts des Vormarsches der Roten Armee eine Revolte zu befürchten war. Gedrängt, sich näher darüber auszulassen, erklärte er, daß

> „in Praxis die Frage darin bestand, ob die Front halten wird oder nicht. Wenn Budapest revoltiert, würde die gesamte Front aufgerollt werden (...) Wenn ich an solchen Gesprächen teilnahm, was ich nicht leugne, daß es möglich ist, dann nahm ich ausschließlich vom militärischen Gesichtspunkt daran teil: was kann ich tun, um die Ostfront so lange wie möglich zu halten? Nur von diesem Gesichtspunkt."

Veesenmayer wurde zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, doch wurde er Anfang 1952 wieder freigelassen. (35)

Eines scheint von den meisten Neuhistorikern - oder wie es so schön heißt „Zeitgeschichtlern" - total vergessen zu werden. Da gab es Krieg während des Zweiten Weltkrieges! Die Deutschen dachten darüber nach, wie dieser Krieg zu gewinnen wäre, nicht über die Vernichtung der Juden! Die Behauptung von NG-2233, daß das Vernichtungsprogramm Vorrang beim Eisenbahntransportwesen vor der Beförderung von Waffen, Munition und Nachschub für die Truppe gehabt habe, ist absolut lächerlich.

Der Bericht des Roten Kreuzes über Ungarn erklärte, daß die grundsätzliche deutsche Politik im Jahre 1944 darauf abgezielt habe, die osteuropäischen Juden zu internieren, da sie ein Sicherheitsrisiko darstellten, als die Front näherrückte. So mögen die Dokumente, die über diesbezügliche Konzentrationen von großen Zahlen ungarischer Juden berichten, zuweilen korrekt sein. Dies entsprach auch der Politik in benachbarten Ländern. Dennoch scheint es unwirklich, daß auch nur annähernd 400.000 zusammengefaßt worden sein sollen. Das würde eine ganz gewaltige Operation bedeutet haben.

Ein Vergleich der Angaben des Roten Kreuzes mit den vorgelegten Dokumenten erweist zahllose dieser Dokumente als Fälschungen. Glücklicherweise besitzen wir die zwei Bände umfassende Sammlung von Reproduktionen ausgewählter Originaldokumente: *The Destruction of Ungarian Jewry*, hrsg. von *Randolph L. Braham. Indem man die hier enthal-*

tenen Dokumente prüft und jene zurückweist als Fälschungen, die die angeblichen Verschickungen von 400.000 ungarischen Juden belegen, erhält man eine glaubhafte Geschichte.
Am 14.4.1944 stimmte Ungarn der Deportation von 50.000 arbeitsfähigen Juden für den Arbeitseinsatz in Deutschland zu (NG-1815). Am 19.4. fordert Veesenmayer Güterwaggons an, deren Bereitstellung *„den größten Schwierigkeiten begegnet"* - selbst für den Transport von 10.000 arbeitsfähigen Juden (NG-5546). Am 27.4. notiert Veesenmayer den bevorstehenden Abschub von 4.000 arbeitsfähigen Juden nach Auschwitz (NG-5535). Am selben Tag berichtet Ritter über Verzögerungen bei der Deportation von 50.000 Juden unter Hinweis auf Mangel an Eisenbahntransport-gut (NG-2196). Am 11. Juli verweist Veesenmayer auf die Schwierigkeit, die Judenpolitik in Ungarn wegen der in Rumänien und der Slowakei vorherrschenden milderen Einstellung durchzuführen (NG-5586). Am 25.8 gibt Veesenmayer Himmlers Befehl durch, die Deportationen in Ungarn einzustellen (keine Dok. Nr.), und am 18.10 berichtet Veesenmayer über die neuen Judenmaßnahmen in Ungarn (ohne Dok. Nr.); eine glaubhafte Geschichte, die mit dem Bericht des Roten Kreuzes übereinstimmt.
Die Autoren des Schwindels haben auch hier beim Thema Ungarn in einen effektiven Tatbestand eine abwegige Interpretation eingestreut. Da gab es tatsächlich Deportationen von ungarischen Juden im Frühling 1944, u.a. auch nach Auschwitz. Jedoch waren die für den Arbeitseinsatz gedachten Transporte sehr stark eingeschränkt durch das nicht integrierte europäische Eisenbahnnetz, und sie scheinen nicht auch nur in annäherndem Maße wie ursprünglich geplant oder erwogen durchgeführt worden zu sein.
Die deutsche Politik den Juden gegenüber war jedoch nicht allein auf deren Arbeitseinsatz abgestellt, sondern es wirkte auch weiterhin der Gedanke an eine Auswanderung bzw. Aussiedlung nach. Die Vorkriegspolitik Deutschlands, die auch in gewissem Maße in den ersten Kriegsjahren fortgesetzt wurde, bestand darin, mit allen Mitteln eine Auswanderung der Juden zu ermutigen. Nachdem jedoch aus dem Krieg ein Weltkrieg geworden war, änderte sich die Politik der Reichsführung, versteifte sich

aber auch die Aufnahmewilligkeit des Auslandes, so daß die Realisierung derartiger Absichten schier unüberwindbaren Schwierigkeiten begegnete. Ein weiterer wesentlicher Grund war, daß der Weltjudenkongreß und andere zionistische Organisationen sämtliche Juden als Kombattanten gegen Hitler deklariert hatten, und emigrierende Juden als Soldaten gegen die Deutschen eingesetzt werden könnten und würden. Zu den weniger beachtlichen Gründen könnte der deutsche Wunsch zu zählen sein, zwischen Engländer und Araber durch Förderung einer jüdischen Emigration nach Palästina einen Keil zu treiben. So bestand die Grundsatzhaltung der Deutschen in der zweiten Hälfte des Krieges darin, eine Emigration von Juden auf dem Wege eines Austausches mit Deutschen, die im Ausland interniert worden waren, vorzunehmen, insbesondere in solchen Fällen, da Juden eine Einreise nach Palästina nicht gewährt werden sollte. Belsen war, wie wir gesehen haben, ein solches Transitlager.

Die bekannte Joel Brand-Affaire (vorgeschlagener Austausch von ungarischen Juden für Lastkraftwagen) entsprach der gleichen Art des Denkens auf deutscher Seite, lediglich mit abgeänderten Austauschformen. Die Deutschen waren willens, die Juden im Austausch für jene Lastkraftwagen und Ausrüstungsgegenstände emigrieren zu lassen. Da gab es nichts Unglaubhaftes in der Brand-Affaire, vorausgesetzt, man versteht, daß es sich nicht um Leben oder Tod der ungarischen Juden handelte.

Obgleich die Angelegenheit Brand nicht ausgeführt worden war, waren doch kleine Gruppen ungarischer Juden mit Genehmigung der Deutschen und Ungarn nach Schweden, in die Schweiz und in die USA ausgewandert. Eine erheblich größere Anzahl wechselte 1944 illegal nach Rumänien und die Slowakei über. Die Verteidigungsdokumente Steengracht Nr. 75, 76, 77 und 87 vermitteln ein Bild dieser Situation.

Die west-alliierte Propaganda aus dem Jahr 1944, wie sie durch die wiedergegebenen Zitate der *New York Times* illustriert wurde, erwies, daß Auschwitz erst unmittelbar nach der alliierten Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 in das Thema eingeblendet wurde, als niemand solchen Geschichten irgendeine Beachtung schenkte. Und, wie gezeigt,

erfolgte diese Einblendung auf einer der Mittelseiten der dickleibigen *New York Times.* Doch man hielt sich nicht einmal lange mit Auschwitz auf, anfangs jedenfalls nicht. Denn im Sommer 1944 wechselte man das Schwergewicht dieser Diffamierung bereits auf das Lager Lublin (später Maidanek genannt) über, welches von den Sowjets Ende Juli 1944 erobert wurde. Der propagandistische Unsinn erhielt Nahrung durch die von den Sowjets herausgestellten 5 Krematoriensöfen, das bekannt gewordene Zyklon B, angebliche Knochenreste und die zeitgerecht und wirksam sowjetamtlich verbreitete Märchengeschichte von Konstantin Simonow, *Ich sah das Vernichtungslager,* der die Weltöffentlichkeit u.a. auch mit dem neuesten Propagandaschlager versorgte: *„besonders vervollkommnetes Krematorium für Blitzverbrennung"* (Simonow, Verlag der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, S. 5), den Kunstdünger aus menschlichen Aschenbergen nicht zu vergessen. Lublin bzw. Maidanek blieb für die alliierte Propaganda das Hauptvernichtungslager bis in den Herbst 1944 hinein. (36)

Doch dann war es plötzlich wieder Auschwitz, wo die Nazis in einem ihrer wichtigen Industriezentren ausgerechnet technische Einrichtungen zur Massenvernichtung von Juden (und auch der ungarischen Juden) installiert hätten, wo sie doch gerade dort so dringend Arbeitskräfte benötigten, für Waffen und Ausrüstungsgegenstände. Zwar stellten sich die 30 oder 46 Krematoriensöfen als unzureichend heraus, um die täglich eintreffenden 10.000 Leute zu verarbeiten dies und noch vieles andere wird uns ja in stets neuen Versionen erzählt, so daß die Körper in offenen Gruben hätten verbrannt werden müssen. Doch sei das Ganze offenbar so perfektioniert gewesen, daß man es irgendwie mittels niemals aufgefundener Knochenmühlen usw. fertiggebracht habe, die Körper der vernichteten Juden spurlos verschwinden zu lassen. Die sogenannte Säuberung von den ungarischen Juden entging bezeichnenderweise der Aufmerksamkeit der Delegation des Internationalen Roten Kreuzes in Budapest, die doch sehr stark mit den jüdischen Affairen befaßt war. Der einzige Beweis für alles dies, wie er uns von der USA-Regierung präsentiert wird, besteht aus Dokumenten, deren Authentität von den Juden-

spezialisten Wagner und von Thadden bestätigt ist oder scheint, die ihrerseits von den Dokumenten selber belastet werden. Jedoch die USA-Regierung hatte ausgerechnet diese Herren von Thadden und Wagner im Wilhelmstraßenprozeß nicht verfolgt, wo die Anklageunterlagen und -vollmachten in den Händen eines lebenslangen Nazi-Hassers (Kempner) waren und wo ein amerikanischer Anwalt die Beweisunterlagen als erzwungen nachzuweisen in der Lage war, wie er es gerade zuvor in einem regulären Prozeß in Washington, in dem Kempner eine Rolle spielte, durchexerziert hatte. Die USA-Regierung versagte trotz allen Geredes im Jahre 1944, sich in diese Auseinandersetzung mit Vorlage von Luftaufnahmen über die behaupteten Vorgänge in Auschwitz einzuschalten.

Kann irgendjemand eine solche Geschichte glauben?

VI Et Cetera

Die Vernichtungsbehauptungen haben sich nach dem Krieg so auf Auschwitz konzentriert, daß dieses Buch hier zu Ende sein könnte. Da der Kern der Vernichtungslegende falsch ist, gibt es keinen Grund, warum der Leser irgendeinen anderen Teil davon glauben sollte, auch wenn das Beweismaterial auf den ersten Blick vielleicht relativ annehmbar erschiene. Hunderte von extra dafür ausgebildeten Sachverständigen sind nach Europa mit der Aufgabe entsandt worden, Beweismaterial für die Vernichtungen und damit verbundenen Verbrechen zu sammeln, und wir haben gesehen, welche Mär sie im Hinblick auf Auschwitz aufgetischt haben: ein Fantasiegebilde aus Meineid, Fälschung, Tatsachenentstellung und unrichtiger Auslegung von Dokumenten. Es besteht kein Anlaß, mehr oder besseres hinsichtlich der weniger bekannten Einzelheiten der Vernichtungslegende zu erwarten. Dennoch muß das übrige der ganzen Sache untersucht werden.

Die Beweise für Vernichtungen in Belczek, Chelmno, Lublin, Sobibor und Treblinka sind wertmäßig kaum mehr als Null. Es existieren die eidesstattlichen Erklärungen und Aussagen des Höß sowie das Gerstein-Dokument. Auch gibt es den Entwurf zu einem Schreiben des Dr. Wetzel, eines Nationalsozialisten, der außer Verfolgung gesetzt wurde, worin es heißt:

> „Nach Sachlage bestehen keine Bedenken, wenn diejenigen Juden, die nicht arbeitsfähig sind, mit den Brack'schen Hilfsmitteln beseitigt werden." (NO-365).

Der Entwurf ist maschinengeschrieben und anscheinend mit den Initialen Wetzels abgezeichnet, der Leiter des Rassepolitischen Amtes der NSDAP gewesen und 1941 dann in das Ostministerium Rosenbergs versetzt worden war, wo er als Sachverständiger für jüdische Angelegenheiten wirkte. Es gibt keinen Beweis dafür, daß der an Hinrich Lohse,

den Reichskommissar für das Ostland, gerichtete Brief jemals abgeschickt worden ist (Karte, Abb. 4). Ein ähnliches Dokument mit dem maschinegeschriebenen Namen Wetzel „unterzeichnet", ist NG-2325. Wetzel ist zu keinem der Nürnberger Prozesse als Zeuge gerufen worden. Erst 1961 wurde er angeklagt, doch verschwand sein Fall gleich danach aus den Akten, und man hat nichts mehr von ihm gehört, außer, daß er 1966 doch noch unter Anklage gestellt worden sein soll; selbst wenn dies zutreffen sollte, bliebe es merkwürdig, daß er nicht in dem 1965 in der Sowjetzone erschienenen *Braunbuch* aufgeführt ist. Jedenfalls hat nie ein offizieller Prozeß stattgefunden. (1)

Der in Wetzel's Schreiben erwähnte Viktor Brack war ein mit dem Euthanasieprogramm befaßter Beamter der Reichskanzlei. Den Nachkriegsbehauptungen zufolge sollen die Gaskammern in Polen, abgesehen von den angeblichen in Auschwitz, aus dem Euthanasieprogramm entwickelt worden sein, bei dem, wie freiweg behauptet wird, Gaskammern eingesetzt gewesen seien. Trotz Brack's Aussage ist es nur schwer zu glauben, daß Euthanasie in deutschen Krankenhäusern nach einer Methode praktiziert worden sei, bei der 20 oder 30 Personen gleichzeitig mit Kohlenmonoxyd vergast worden sein sollen. (2) Auschwitz muß natürlich von dieser Entwicklung aus dem Euthanasieprogramm ausgeschlossen werden, und zwar u.a. auf Grund der Aussagen von Höß, die bestimmte Nachkriegshistoriker ja für so wichtig halten. Reitlinger und Hilberg haben sich anscheinend keine Sorgen um die auf diese Weise bei der Konstruktion der Legende entstandene Verwirrung gemacht.

Das Euthanasieprogramm entstand nach einem Erlaß Hitlers vom 1.9.1939; es ermächtigte zur Gnadentötung unheilbar Kranker. Später erfaßte es auch noch die hoffnungslos Geisteskranken. Dies Programm stieß auf tiefe Feindseligkeit in bestimmten Kreisen des deutschen Volkes, vor allem, weil kurz danach Gerüchte unbekannter Herkunft umliefen, denen zufolge kranke und alte Leute durch Massenvergasungen umgebracht worden sein sollen. Am 6.11.1940 schrieb Kardinal Faulhaber von München an das Justizministerium und formulierte die Einwände der katholischen Kirche dahingehend, daß:

„heute in unserem Volk eine große Unruhe eingetreten ist, weil das Massensterben der Geisteskranken überall besprochen wird und leider auch über die Zahl der Toten, die Art des Todes und anderes die sinnlosesten Gerüchte auftauchen.“

Es dauerte nicht lange, bis das Euthanasie-Programm von der Propaganda aufgegriffen wurde. BBC brachte im Dezember 1941 eine Rede von Thomas Mann, worin er das deutsche Volk aufforderte, mit den Nazis zu brechen. Im Rahmen seiner Aufzählung von NS-Verbrechen sagte Mann: (4)

„In deutschen Krankenhäusern werden die Schwerverletzten, die Alten und Kranken mit Giftgas getötet, 2-3.000 in einer einzigen Anstalt, wie ein deutscher Arzt sagte.“

Hier tauchen anscheinend erstmals Gaskammern in der Propaganda auf, jedoch wurde diese Behauptung, soweit zu ersehen ist, nicht mit der Vernichtungspropaganda in Verbindung gebracht, die ein halbes Jahr später begann und in deren Verlauf offenkundig kein Bezug auf das Euthanasieprogramm genommen wurde. Die Verknüpfung des Euthanasieprogramms kam erst viel später.

Das IMT in Nürnberg unternahm 1945/1946 keinen Versuch, Euthanasie und („Endlösungs“) Vernichtungen in Zusammenhang zu bringen. Dieses übernahm dann ein Zeuge der Verteidigung. In den letzten Verhandlungstagen des IMT trat Konrad Morgen als Zeuge der Verteidigung für die SS auf. Morgen war der Mann, der den um Kommandant Koch von Buchenwald geknüpften Mord- und Korruptionsring aufgedeckt hatte. Dementsprechend wurde Morgen als guter SS-Mann gewertet, im Gegensatz zu den blutdürstigen Schurken, die seine Kollegen und Kameraden gewesen sein sollen. Als Zeuge der Verteidigung für die SS unter anscheinend hoffnungslosen Umständen, trug Morgen eine Geschichte vor, die von nicht zu leugnender Logik getragen war, so daß seine Aussagen auch für unsere Analyse von Bedeutung bleiben.

Morgen sagte aus, er sei im Verlauf seiner Inspektionen in den Lagern, die er amtlich durchzuführen hatte, unerwartet auf Vernichtungsprogramme in Auschwitz und Lublin gestoßen, doch sei eine Beteiligung

der SS nicht vorhanden oder nur minimal gewesen. In Lublin seien Vernichtungen durch Wirth von der Kriminalpolizei durchgeführt worden, und zwar mit Beihilfe jüdischer Arbeitskommandos (denen man einen Teil der Beute versprochen hätte). Der Aussage Morgen zufolge habe Wirth drei weitere Vernichtungslager in Polen geleitet. Wenngleich die Kriminalpolizei verwaltungsmäßig dem RSHA unterstand, war Kriminalkommissar Wirth kein Angehöriger der SS. Morgen wies darauf hin, Wirth sei zur Reichskanzlei abgestellt gewesen, habe sich am Euthanasieprogramm beteiligt (was zutreffen mag) und habe später einen Befehl aus der Reichskanzlei erhalten, die Vernichtungsaktivitäten auf Juden auszuweiten. Obwohl der einzige Kernpunkt in Morgens Zeugenaussage in dem fragwürdigen Versuch bestand, die SS zu entlasten, wird sie von Reitlinger und Hilberg als Beweis angesehen. Beide Zeitgeschichtler übergehen jedoch bewußt die Tatsache, daß Morgen in dem Versuch, die SS zu entlasten, auch bezeugte, daß das Vernichtungslager in Auschwitz in Monowitz gelegen habe, einem Teil jenes Lagerkomplexes, der vom IG-Farbenkonzern verwaltet worden war. Morgen ist zwar nicht so weit gegangen, zu behaupten, daß die IG-Farben ein eigenes Vernichtungsprogramm besessen hätten, jedoch erklärte er, daß die einzige Beteiligung von seiten der SS aus einigen baltischen und ukrainischen Angeworbenen bestanden hätte, die als Wachen eingesetzt waren, und daß *„die ganze technische Seite fast ausschließlich in den Händen der Gefangenen gelegen hätte"* (5)

Morgens Manöver gab der Anklage offenkundig neuen Auftrieb, zumal es noch nicht vorgekommen war, Vernichtungen und Euthanasie miteinander in Verbindung zu bringen. Da es zu spät war, im IMT auf diesen Punkt einzugehen, wurde er als Fall 1 im NMT (das ausschließlich die Amerikaner veranstalteten) aufgerollt. (Genau genommen wird im Gerstein-Bericht ein loser Zusammenhang zwischen Euthanasieprogramm und Endlösungprogramm hergestellt - siehe Anhang A. Der Gerstein-Bericht wurde lange vor Morgens Aussage als Beweismaterial im IMT vorgelegt, doch hatte sich bis dahin kaum jemand mit dessen Text näher befaßt). Für uns ist dieses Schaffen von Zusammenhängen

zwischen Vernichtungen und Euthanasie ein weiteres Beispiel für erfundene Zusätze. Die Erfinder waren so sehr darauf aus, einige echte Fakten in ihre Darstellung zu bringen, daß sie nicht auf den Gedanken kamen, einen handfesten Schwindel wesentlich besser dadurch wirken zu lassen, indem man einiges wegläßt.

Die Aussagen von Morgen scheinen die einzigen Beweise für Vergasungen in Konzentrationslagern Polens, Auschwitz ausgenommen, zu sein. Zur Logik von Morgens Verhalten vor den Gerichten der Alliierten bzw. den Amerikanern noch ein Wort. Für ihn mußte es sicher erscheinen, daß das Militärtribunal der Sieger die Existenz der Vernichtungen zum Dogma erhoben hat und in dieser Frage unnachgiebig bleiben würde. So lenkte er das Gericht auf die Theorie hin, daß jemand anders als die SS schuldig war.

Bevor wir uns den Einsatzgruppen in Rußland zuwenden, erscheint es angebracht, verschiedene Äußerungen zu analysieren, die tatsächlich oder angeblich von verschiedenen Nazis - zumeist nach dem Krieg - gemacht worden sind und die ausdrücklich oder indirekt Vernichtungen behauptet haben. Hierzu gehören im wesentlichen Äußerungen deutscher Zeugen und Angeklagter bei den Kriegsverbrecherprozessen. Will man solche Äußerungen bewerten, so muß der simplen Tatsache Rechnung getragen werden, daß die prozeßführenden Mächte sich auf die Legende von der Vernichtung der Juden, insbesondere hinsichtlich Auschwitz als ein ehern feststehendes Faktum festgelegt hatten, und daß weder das IMT noch das NMT laut Londoner Protokoll vom 8.8.1945 an Beweisregeln gebunden war (Art. 19) und *„nicht Beweis für allgemein bekannte Tatsachen fordern, sondern sie von Amts wegen zur Kenntnis nehmen"* sollte (Art. 21). Ihre politischen Anführer hatten die entsprechenden Anklagen bereits lange Zeit bevor sie auch nur ein Schnipsel dessen besaßen, was man heute als Beweis bezeichnet, erhoben. Demzufolge waren die Gerichte *a priori* - zumal sie bekanntlich politische Gerichte der einen kriegführenden Partei und nicht etwa Neutrale waren - auf die Vernichtungslegende verpflichtet. Ein Befund, daß es keine Vernichtungen gegeben habe, lag bei diesen Prozessen ganz einfach nicht im Bereich der politischen Möglichkeiten.

Andererseits waren die Gerichte, mit einer Handvoll von Ausnahmen, nicht unbedingt in bezug auf einzelne Personen festgelegt. Dennoch ist bekannt, daß in den meisten Fällen trotz fehlender persönlicher direkter oder indirekter Schuld bzw. Verantwortlichkeit eine Verurteilung durchaus im Bereich der Möglichkeit, um nicht Wahrscheinlichkeit zu sagen, lag. Bei allen Anklagefällen mußte mit diesen unleugbar vorhandenen Wahrnehmungen gerechnet werden. Und selbst bei jenen Personen, deren Fälle, gemessen nach den Maßstäben alliierter Justizpraxis, hoffnungslos waren, mußten die Rechtsanwälte so vorgehen, als bestünde eine Chance für ein günstiges Urteil. Betrachtet man diese Prozesse unter einem solchen Gesichtspunkt, so ist es sinnvoll, sie chronologisch durchzugehen.

Der erste diesbezügliche Prozeß war nicht das IMT, sondern der Belsen-Prozeß, durchgeführt von einem britischen Militärgericht gegen Deutsche, die das Lager Belsen verwaltet hatten, nachdem es von den Alliierten besetzt worden war. Der Kommandant, SS-Hauptsturmführer Joseph Kramer (die sog. Bestie von Belsen) war natürlich der Hauptangeklagte. Die Bedeutung des Belsen-Prozesses leitet sich jedoch von der Tatsache her, daß Kramer im Jahre 1944, also vorher, Lagerkommandant von Birkenau gewesen war. Kramers Prozeß wurde im Herbst 1945 durchgeführt und endete im November, als das IMT in Nürnberg seine Prozesse begann. Kramer wurde im Dezember 1945 gehenkt.

Uns liegt die ausführliche erste Aussage Kramers vor, die er im Verhör durch die Briten zu Protokoll gegeben hatte. Die Bedeutung dieser Aussage liegt darin begründet, daß sie gemacht wurde, bevor es den Deutschen bekannt war, daß die alliierten Tribunale ohne Rücksicht auf Tatbestände unerschütterlich von der Realität der Vernichtungen ausgingen. Obwohl somit Kramers Darlegung einer sonst anzutreffenden Prozeßlogik entbehrt, stimmt sie völlig mit dem überein, was wir hier vorgelegt haben. (Kramers Aussage, Anhang D): Krematorien gab es in jedem der Konzentrationslager. In einigen Lagern war die Zahl der Sterbefälle ziemlich hoch, vor allem in Auschwitz, das ja ein großes Lager war und eine dementsprechend ausgedehnte Einäscherungsanlage benötigte.

Kramers Erklärung ist, was die beklagenswerten Zustände der Lager anbetrifft, recht offen und enthält auf diese Weise eine zutreffende Schilderung der Lager. In bezug auf die Greuel versicherte er:

> „Ich habe von den Behauptungen ehemaliger Häftlinge in Auschwitz gehört, die sich auf eine dortige Gaskammer bezogen, auf Massenerschießungen und Auspeitschungen, auf Grausamkeiten dort beschäftigter Wachleute, und daß dies alles entweder in meiner Gegenwart oder mit meinem Wissen geschehen sei. Alles, was ich dazu sagen kann, ist, daß es von Anfang bis Ende unwahr ist."

Später rückte Kramer - sofern man seiner zweiten Erklärung vertrauen kann, bzw. der diesbezüglichen Veröffentlichung (ebenfalls im Anhang D) - von seinem festen Standpunkt ab, gab die Existenz einer Gaskammer in Auschwitz zu, verneinte jedoch nach wie vor eine eigene Verantwortung hierfür. Die Vernichtungen hätten der unmittelbaren Kontrolle der zentralen Lagerverwaltung in Auschwitz I unterstanden. In seinem Prozeß gab Kramer zwei Gründe für diese sich widersprechenden Erklärungen an: (6)

> „Der erste ist, daß mir bei meiner ersten Erklärung gesagt wurde, die Häftlinge hätten behauptet, diese Gaskammern hätten unter meinem Befehl gestanden, und der zweite und hauptsächliche Grund ist, daß Pohl mir das Ehrenwort abgenommen hatte, ich hätte zu schweigen und dürfe niemandem von der Existenz der Gaskammern berichten. Als ich meine erste Erklärung abgab, fühlte ich mich noch an mein gegebenes Ehrenwort gebunden. Als ich im Gefängnis in Celle meine zweite Erklärung abgab, waren diese Personen, an die ich mich ehrenwörtlich gebunden gefühlt hatte - Adolf Hitler und Reichsführer Himmler - nicht mehr am Leben, und da dachte ich, ich sei nicht mehr daran gebunden"

Die Abwegigkeit dieser Erklärung, daß Kramer in seinen ersten Verhören versucht habe, Dinge geheimzuhalten, die seine Vernehmer ihm unentwegt vorhielten und die schon die Spalten der alliierten Presse füllten, schreckte ihn und seine Verteidiger nicht ab, sie bei Gericht vorzubringen. Die Logik der Verteidigung Kramers war im Grunde mit der Aussage von Morgen identisch. Kramer blieb bemüht, zu versuchen, eine Geschichte vorzutragen, die ihn von einer Verwicklung in Massen-

morde in Birkenau entlastete. Die Wahrheit, daß Birkenau kein Vernichtungslager gewesen ist, hatte keine Chance, vom Gericht akzeptiert zu werden. Die Wahrheit in dieser Form zu behaupten, wäre für Kramer zwar heroisch, aber auch selbstmörderisch gewesen. Selbst wenn er persönlich ein Held hätte sein wollen, so gab es doch stark wirkende Argumente gegen ein solches Heldentum. Seine Familie benötigte ihn dringend; sein Verteidiger bemühte sich um ein günstiges Urteil. Grundsätzlich sind Anwälte keine Historiker, die wahrheitsgemäßes Geschehen erforschen, so sind auch Behauptungen Kramers, daß Höß und das RSHA schuldig seien, nicht als historische Wahrheitsbelege zu werten.

Einer weiteren Behauptung zufolge soll Kramer als damaliger Kommandant von Natzweiler 80 Menschen für medizinische Experimente vergast haben. Diese Personen waren angeblich in Auschwitz nach unbekannten Kriterien aussortiert und dann nach Natzweiler verbracht worden, um dort getötet zu werden, weil man die Leichen frisch im nahegelegenen Straßburg benötigte. Kramer bestätigte diese Angaben in seiner zweiten Erklärung, doch da dies uneingeschränkt und unmißverständlich in seiner ersten Erklärung abgestritten wird, neige ich dazu, dies für unwahr zu halten.

Es mag durchaus möglich sein, daß in Natzweiler eine Reihe von Personen exekutiert worden ist, als ein anderer Kommandant dort war, und daß die Leichen anschließend im Anatomischen Institut Straßburg seziert worden sind (wo man ganz sicher Leichen für Forschungszwecke hatte). In keinem Falle jedoch hat diese Angelegenheit etwas mit einem Vernichtungsprogramm zu tun.

Eine historische Wahrheitsforschung an Hand der Unterlagen des IMT-Prozesses zu betreiben ist angesichts der großen Zahl der Angeklagten - aber auch der diesbezüglichen Aktenberge - außerordentlich schwierig. Jeder der Angeklagten nahm seine eigenen Möglichkeiten wahr, sich von wirklichen oder imaginären Verbrechen zu entlasten. Die Verhandlungsprotokolle sind nicht recht geeignet, um das Verhalten der IMT-Angeklagten zu studieren, hingegen ergänzen die Aufzeichnungen

des Gefängnispsychologen in Nürnberg, Dr. G.M. Gilbert (*Nürnberger Tagebuch)* diese Niederschriften immerhin so weit, als sie über die Reaktionen der IMT-Angeklagten nicht nur im Verhandlungssaal, sondern auch innerhalb des Gefängnisses Aufschlüsse vermitteln. Freilich kann man auch der Darstellung Gilberts kein absolutes Vertrauen schenken, hat er doch Gespräche der Angeklagten unter einander als auch mit ihm nachträglich aus dem Gedächtnis in sein Tagebuch eingetragen. Sein Manuskript ist darüber hinaus von einem ehemaligen Angestellten des *Office of War Information* (eines US-Nachrichten, sprich Geheimdienstes), aber auch von den Anklägern Jackson und Taylor kritisch durchgesehen worden. Gleichwohl mag sein Buch allgemein zutreffend sein, aber im Hinblick auf Einzelheiten ist Reserve geboten.

Die IMT-Angeklagten sind unmittelbar nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 verhaftet, in Einzelhaft gesperrt, verhört und 6 Monate lang propagandistisch konditioniert worden, bevor sie erstmals als Gefangene (in manchen Fällen sogar überhaupt zum ersten Mal) einander gegenübertraten.

Vier wichtige Bemerkungen sind hier einzublenden :

1. Außer Kaltenbrunner, was nicht überraschend ist, hatten alle Angeklagten bezüglich der KZ-Greuel und Judenvernichtungen einen gleichlautenden Verteidigungsstandpunkt vorgetragen, und zwar unabhängig davon, an welches Ausmaß solcher Behauptungen sie selbst geglaubt haben mögen: es war alles der Fehler Hitlers und der SS Himmlers. Kaltenbrunner, der als Ersatzmann des toten Himmler galt, war krank als der Prozeß begann, und kam erst wenige Wochen nach Prozeßbeginn zu den anderen hinzu. Als er erschien, wichen ihm die übrigen Angeklagten aus, und er blieb den anderen gegenüber wortkarg bis zum Ende.

2. Mit Ausnahme von Kaltenbrunner und vielleicht einem oder zwei anderen begriffen diese hohen deutschen Staatsdiener die katastrophalen Zustände in den Lagern überhaupt nicht, die mit dem Zusammenbruch des Reiches einhergingen und die den Grund boten für Szenen, die die alliierte Propaganda als Beweise für Vernichtungen präsentierte. Daß diese Reaktionen keineswegs alle simuliert waren, liegt in der Natur

der Sache. Die Verwaltung der Lager war weit entfernt von den Amtssitzen fast aller Angeklagter, und überdies waren sie seit der deutschen Kapitulation alle Zielscheiben der sattsam bekannten Propaganda gewesen. In dem Maße, wie sie eingestanden oder vorgaben einzugestehen, daß es Massenermordungen gegeben hat, für die Hitler und Himmler verantwortlich waren, stützten sie ihre Anschauung genau auf jene Szenen, die man bei Kriegsende in den deutschen Lagern vorgefunden hatte, und die sie offenkundig falsch verstanden oder vorgaben falsch zu verstehen. Dieses kommt in der Darstellung Gilberts anläßlich einer Auseinandersetzung mit Göring deutlich zum Ausdruck : (7)

> „Diese Greuelfilme!", fuhr Göring fort. „Jeder kann einen Greuelfilm machen, wenn sie Leichen aus den Gräbern holen und dann einen Traktor zeigen, der sie wieder zurückschaufelt."
> „So leicht können Sie das nicht zurückweisen", antwortete ich, „wir haben Ihre Konzentrationslager tatsächlich mit Leichen und Massengräbern übersät vorgefunden. Ich habe sie selbst in Dachau gesehen! - und Hadamar!
> „Oh, aber nicht so zu Tausenden aufgeschichtet, wie man hier sieht!"
> „Sagen Sie mir ja nicht, was ich nicht gesehen habe! Ich habe Leichen buchstäblich in Wagenladungen gesehen."'
> „Oh, dieser eine Zug."
> „ ...und aufgeschichtet wie Klafterholz im Krematorium, und halb verhungerte und verstümmelte Häftlinge, die mir erzählten, wie die Schlächterei jahrelang so gegangen ist - und Dachau war bei weitem nicht das schlimmste! Sie können nicht einfach 6.000.000 Morde abschütteln!"
> „Ach, ich bezweifle, daß es 6.000.000 waren", sagte er verzagend und bedauerte offenbar, daß er damit angefangen hatte, - „aber wie ich immer gesagt habe, es reicht, wenn nur 5% davon wahr sind". -
> Dann schwieg er düster."

Dies ist nur ein Beispiel. Gilberts Buch veranschaulicht, daß, wann immer das Thema der KZ-Greuel aufkam, die Angeklagten an die in den deutschen KZs bei Kriegsende vorgefundenen Zustände dachten.

3. Die meisten der Angeklagten mögen während des Prozesses die Erwartung gehegt haben, nicht unbedingt mit Exekution oder langen Gefängnisstrafen rechnen zu müssen. Der Prozeß war juristisch völliges Neuland, und die Angeklagten wußten, daß die öffentliche Meinung in den west-alliierten Ländern, insbesondere in USA und England, den Kriegsverbrecherprozessen durchaus ablehnend gegenüberstand. So

blieb ihr Bemühen lebendig, das Notwendige zu tun, um die Flut der Nachkriegshysterie zu überstehen.

4. Die Vernichtung der Juden war nur einer der vielen in Nürnberg erhobenen Anklagen. Im Rückblick scheint es, als sei dies die Hauptanklage gewesen, doch dominierten damals die „Planung, Vorbereitung, Beginn und Führung eines Angriffskrieges" im Vokabular des Tribunals, - als sogenannte Verbrechen gegen den Frieden. Was die Art der Verteidigung anbelangt, so mag es genügen, Speer und Kaltenbrunner, natürlich auch Göring zu erörtern.

Speers Prozeßstrategie war relativ einfach, denn er mußte nicht hängen. Er erklärte, daß er niemals in der Situation war bzw. Gelegenheit hatte, irgendetwas von Verbrechen in Erfahrung zu bringen, die die Alliierten der deutschen Führung vorhielten. Noch heute läßt man ihm diesen Unsinn durchgehen, ohne sich bemüßigt zu fühlen, Abstriche von den Vorwürfen zu machen. In Wirklichkeit hatten Speer und seine Mitarbeiter sehr wohl mit Zwangsmaßnahmen zu tun gehabt, z.B. mit Deportationen arbeitsfähiger ungarischer Juden im Frühjahr 1944 zum Arbeitseinsatz in unterirdischen Flugzeugwerken in Buchenwald. (8) Jeder Eisenbahntransport, der mit Priorität für ungarische Juden zur Vernichtung gefahren wäre, im Gegensatz zu deren Arbeitseinsatzort, wäre Speer bekannt gewesen, wenn so etwas tatsächlich vorgekommen wäre. Hätte Speer wahrheitsgemäß ausgesagt, so würde er erklärt haben, daß er in seiner hohen Position dies erfahren hätte, wenn ein solches zur Anklage stehendes Vernichtungsprogramm vorgelegen hätte, und daß seines Wissens ein solches Programm nicht bestanden hatte. Hätte allerdings Speer dies wahrheitsgemäß bekundet, dürfte er mit seinen Kollegen an den Galgen gekommen sein.

Speer bietet in seinem Buch einen einzigen lächerlichen Beweis an, eine Begebenheit, die er im Krieg erlebt habe und von der er nunmehr aussagt er hätte sie als die Andeutung eines Vernichtungsprogramms auslegen müssen, und das war der Rat seines Freundes Karl Hanke (den Hitler in den letzten Kriegstagen als Nachfolger Himmlers zum Reichsführer SS ernannt hatte) im Sommer 1944, Speer - *möge niemals einer Auf-*

forderung nachkommen, ein Konzentrationslager in Oberschlesien zu inspizieren". Speer serviert auch eine angebliche Bemerkung Görings unmittelbar vor dem IMT-Prozeß über jüdische Überlebende in Ungarn: *„So, da gibt es noch welche? Ich dachte, die hätten wir alle um die Ecke gebracht. Da hat einer wieder nicht gespurt!.* (9) Eine solche sarkastische Bissigkeit wäre in jener Situation verständlich, denn Göring hat das Vorhandensein eines Vernichtungsprogramms niemals konzediert und unbeirrt betont, daß er nur ein Programm zur Auswanderung und Evakuierung von Juden aus dem deutschen Bereich in Europa kannte.

Eugene Davidson erwähnt in der Einführung zu Speers Buch (S. Kap. IV), daß viele holländische Juden, die nach Birkenau verschickt worden waren im Sichtkreis der Gaskammern sozusagen, nichts von einem Vernichtungsprogramm wußten. Sie schrieben zufriedene Briefe nach Holland. (10)

Ein zusätzliches Kuriosum. Die Äußerungen über Ausrottungsmaßnahmen gegenüber Juden befinden sich nicht in der Originalversion des Speer'schen Manuskriptes; sie wurden auf Drängen des Verlegers (und?) in den Text eingefügt, ehe er in die Öffentlichkeit gelangte. (11)

Göring hat im Gegensatz zu den anderen Angeklagten während des ganzen Prozesses angenommen, daß er zum Tode verurteilt werden würde, und so kommt seine Aussage der Wahrheit, so wie er sie kannte, wohl am nächsten. Obwohl er niemals ein Programm zur Judenvernichtung zugegeben hat, so hat er auch nicht begriffen, was in den deutschen Lagern am Ende des Krieges geschehen war. Nur vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß er als einzige Erklärung Himmler verdächtigte, in geheime Massenmorde verwickelt zu sein. Gleichwohl hat er niemals einen von den Kriegsgegnern unterstellten Umfang akzeptiert. (12)

Bleibt noch anzumerken, daß Göring nicht, wie eine Legende behauptet und auch Speer bekundet hatte, Morphinist gewesen ist. Der Nürnberger Gefängnispsychiater, Douglas Kelley, hat diese Geschichte berichtigt. (13)

Kaltenbrunners Lage erschien in der Nürnberger Atmosphäre von 1945/1946 von vornherein hoffnungslos gewesen zu sein, und wahrscheinlich

hat sein Verteidiger dies ebenso empfunden. Dennoch mußte er irgendwie eine Verteidigung vorbringen, die - soweit sie uns hier interessiert - auf zwei Hauptpunkten beruhte:

1. Kaltenbrunner war Chef des RSHA (Reichssicherheitshauptamt), dem die Sicherheit oblag. Er war nicht Chef des WVHA (Wirtschaftsverwaltungshauptamt), das die Konzentrationslager verwaltete. Dementsprechend erklärte er, so gut wie nichts mit den Vorgängen innerhalb der Lager zu tun gehabt zu haben, - mit der einzigen Ausnahme, die seinen Befehl vom März 1945 betraf, den Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes zu gestatten, sich in den Lagern einzurichten, um die Übergabemodalitäten zu erleichtern. (Woher er diese Vollmacht hatte, wissen wir nicht). In seiner Verteidigung legte er diesem Befehl große Bedeutung bei, und anstatt gerade und offen von den katastrophalen Zuständen in den Lagern am Ende des Krieges zu reden, übertrieb er seine Befehlsaktion im Zusammenhang mit den IKRK, um ihr den Anschein zu geben, als sei sie gegen die KZs als solche gerichtet, die er, wie er sagte, selbstverständlich immer beklagt hatte.

2. Kaltenbrunners zweites Verteidigungsargument war, daß sein Vorgänger Heydrich, und nicht er, es gewesen war, der die Politik gegenüber den Juden organisiert hatte, was immer diese Pläne und Maßnahmen gewesen sein mögen. Er übernahm das Reichssicherheitshauptamt im Jahr 1943 auf Grund einer Weisung Himmlers, den Nachrichtendienst des SD weiter auszubauen. Kaltenbrunner entstellte die Verhältnisse insofern, als er behauptete, daß Himmler niemandem zubilligte, zur Höhe eines Heydrich aufzusteigen. Ein nachfolgender Chef des RSHA sollte sich lediglich mit Nachrichtenbeschaffung befassen und keine Befehlsgewalt über die Polizei und die Sicherheitsfunktionen des RSHA erhalten, schon gar nicht über die Gestapo, die politische Gefangene in Konzentrationslager verbrachte, und auch nicht über Eichmanns Büro, das Judendeportationen überwachte. Demzufolge gab es nach Kaltenbrunner nichts, wofür er bezüglich der Judenvernichtung verantwortlich gemacht werden könnte, die, wie er einräumte, genau so stattgefunden hatte, wie es in der alliierten Anklage stand (mit Ausnahme des unter-

stellten Beginns im Jahre 1939 oder 1940). Freilich - wie er aussagte - hatte er im Sommer 1943 von dem Vernichtungsprogramm, das Eichmann als Mitglied seines Amtes durchführte, aus der Auslandspresse und von Feindsendern erfahren. Er habe Himmler 1944 veranlaßt, es zuzugeben, und protestierte dann zunächst bei Hitler und später bei Himmler. Das Vernichtungsprogramm sei im Oktober 1944 gestoppt worden, *„hauptsächlich auf seine Intervention hin"*. (14) Die Art und Weise, wie Kaltenbrunner die Informationen über die Vernichtungen erfahren haben will, paßt, mögen sie auch Unsinn sein, zu der äußersten Geheimhaltung, die im Zusammenhang mit den Endlösungsgeschehen angeblich immer bestanden hat.

Ein gewöhnlicher Mensch, sogar ein unterrichteter Kritiker, kann durchaus die Verteidigungsstrategie Kaltenbrunners mißverstehen, weil er sich kaum in einen Angeklagten versetzen kann, der um seinen Kopf und nicht um die historische Wahrheit kämpft, - angesichts einer Manifestation des Hasses und der Hysterie. Der Versuch, seinen Kopf zu retten, hieß soviel wie eine Argumentation aufzustellen, die sich den vorherrschenden Umständen anpaßt; und selbst ein optimales Plädoyer unternimmt unter solchen Umständen nicht den Versuch, das Gericht in bezug auf Sachverhalte umzustimmen, denen es sich aus politischen Gründen unzugänglich verschließt.

Im Kramer-Prozeß, gleichermaßen wie im IMT waren die Gerichte nicht unabhängig, sondern weisungsgebundene Instanzen ihrer politischen Führung, wobei vor allem für das IMT das Londoner Statut vom 8.8.1945 mit seinen einmalig neuen zu zeitweiligen „Neuen Internationalen Völkerrechtsregeln" hochstilisierten Rechtsgrundsätzen ausschließlich maßgebend war und keinerlei Berufungsmöglichkeiten, weder im Bereich der alliierten Mächte noch von neutralen Mächten vorsah. So waren diese Militärtribunale *a priori* auf den Beschluß festgelegt, daß das besiegte Deutschland ein Programm zur Judenvernichtung gehabt und dieses auch durchgeführt habe. Bei den späteren NMT-Prozessen, die nur von den Amerikanern geführt wurden, waren die Tribunale von vornherein weisungsgemäß an das bereits gefällte Grundsatzurteil des

IMT gebunden, demzufolge die Urteile im Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher bereits den Beweis für die festgestellten Tatsachen erbracht hätten. Wenn auch das IMT-Tribunal dies nur von Amts wegen (vergl. Londoner Statut) zur Kenntnis erhalten hatte, so behauptete es doch im Namen des Rechts und der Wahrheit, daß Millionen Menschen, vorwiegend Juden, Kinder, Frauen, Männer, auf Befehl der nationalsozialistischen Führung in deutschen Konzentrationslagern und auch im Machtbereich der Einsatzgruppen bzw. überhaupt der deutschen Truppen vorsätzlich und ohne militärische Notwendigkeit liquidiert worden seien. Vor allem soll dies in Auschwitz geschehen sein, das für diesen Hauptzweck abgestellt worden war, wobei zu den in den dortigen technischen Anlagen durchgeführten Ermordungen auch die viel zitierten 400.000 ungarischen Juden hinzuzurechnen seien. (15)

Waren die Ankläger im NMT dafür bekannt, die Aufmerksamkeit der Richter auf diese Konsequenz des Grundsatzurteils zu lenken, so fehlte Angeklagten wie Zeugen die Basis für eine rechtsstaatübliche Verteidigung und Informationsbeschaffung. (16) Zwei Fälle seien zur Veranschaulichung herausgegriffen.

Der Angeklagte Oswald Pohl stritt das Vernichtungsprogramm nicht ab, verneinte jedoch eine persönliche Beteiligung und verwies auf Gestapo und SD, die nicht zu seinem Aufgabenbereich als Chef des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes gehörten. (17) Sogar die eidesstattliche Erklärung und Zeugenaussage von Rudolf Höß unterstützten ihn in dieser Auffassung. Dennoch wurde Pohl gehenkt.

Als Zeuge der Verteidigung trat im Prozeß gegen den IG-Farben-Konzern ein Arzt aus Auschwitz, Münch, auf, nachdem er vorher von einem polnischen Gericht freigesprochen worden war. Münch sagte aus, daß, wenngleich er von Vernichtungen gewußt, ja sogar eine Vergasung gesehen habe, die Menschen außerhalb des Lagerbereiches von Auschwitz, also auch in Deutschland, davon nichts gewußt haben. *„Die ganze Sache war so meisterhaft organisiert gewesen, daß selbst jemand, der zwei- oder dreimal im Jahr für ein oder zwei Tage eine Fabrik in Auschwitz besuchte, nichts von den Vernichtungen erfahren habe"*. Nach Münch gehörten alle Angeklagten

natürlich zu jener Kategorie, die gar nichts wissen konnten, wobei andererseits SS-Leute und Häftlinge zwar davon gewußt, doch darüber aus Furcht vor Bestrafung nicht zu Zivilisten gesprochen hätten. IG-Farben-Ingenieur Faust, z.B., den Münch in Auschwitz recht gut gekannt hatte, wußte nichts von Vernichtungen. Münch bemerkte auch einige Male, daß alles, was man von den Vernichtungen hätte feststellen können, der überall wahrnehmbare Geruch der Leichenverbrennungen gewesen sei. Keiner der vielen Chemiker in diesem Prozeß hat sich die Mühe gemacht, darauf hinzuweisen, daß die chemische Industrie in jenem Bereich ebenfalls einigen Gestank verursachte. Merkwürdig an Münch's Aussagen blieb, daß er die Krematorien und Gaskammern in eine Gegend verwies, *„einen oder anderthalb Kilometer südwestlich des Birkenaulagers, getarnt von kleinen Gehölzen"*.

Die Aussagen Münch's (18) sind lediglich als eine weitere Illustration für die Formulierung von Verteidigungsargumenten in jener Atmosphäre zu werten. Das Vorgehen war darauf ausgerichtet, nicht Sachverhalte zu bestreiten, in denen sich das Gericht von vornherein entschieden hatte, sondern Zusammenhänge zu präsentieren, die die Angeklagten von persönlicher Schuld entlasteten. Folglich wurde stereotyp behauptet, das Vernichtungsprogramm habe diese und jene Vorgänge enthalten, die offensichtlich machten, daß die Angeklagten entlastet seien. Aber, augenscheinlich, um einen Anspruch begründen zu können, daß diese Vorgänge existierten, war es nötig auszusagen, daß das Programm als solches Tatsache gewesen sei.

Der nächste Prozeß, der eine Untersuchung wert ist, ist jener gegen Adolf Eichmann. Es sei daran erinnert, daß Eichmann im Mai 1960 von israelischen Agenten aus Buenos Aires illegal entführt und nach Israel verbracht wurde, um dort Opfer eines Prozesses zu werden, der alle Rekorde der Illegalität brach, zumal der prozeßführende Staat zur Zeit der angeblichen Verbrechen nicht einmal bestanden hatte. Die durch diesen Rahmen gekennzeichneten Verhandlungen wurden am 11.4.1961 eröffnet. Das Jerusalemer Gericht fällte am 15.12.1961 das Todesurteil, das am 31. Mai 1962 ausgeführt wurde.

Um Eichmanns Verteidigung zu verstehen, ist seine Lage vor dem Prozeß, wie sein Rechtsanwalt sie sah, zu berücksichtigen. Es war eine ausgesprochen politische Situation, verflochten mit einer Entschlossenheit der Israelis, einen Schauprozeß abzuziehen. War auch hier der Duktus der israelischen Öffentlichkeit und somit offensichtlich auch des israelischen Gerichts von vornherein festgelegt, so blieb doch als einzige Hoffnung der Verteidigung, ein Plädoyer in der Erwartung vorzutragen, daß Israel im Gegensatz zur Nürnberger Rachejustiz der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sich mit Rücksicht auf die Weltmeinung zu einer mehr den rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichteten Haltung bereitfinden könnte. So kam auch hier ein Abstreiten der Existenz eines Vernichtungsprogramms als Verteidigungsargument kaum in Frage, hingegen aber eine detailliierte Darlegung der eigenen Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten, die deutlich machten, daß er, Eichmann, weder einen Führerbefehl zur Vernichtung von jüdischen Menschen gekannt, noch selbst einen Menschen umgebracht hatte, er somit von dieser Art Anklagen zu entlasten wäre. So gründete sich Eichmanns Verteidigung darauf, daß er lediglich in Befolgung von Befehlen, die Ungehorsam nicht duldeten, Transporte von Juden organisiert hatte, auf deren letzte Zweckbestimmung er keinen Einfluß und über die er auch keine Kenntnis hatte. Daß er lediglich nur ein Rädchen in einem großen Getriebe gewesen war, ist mehr oder weniger von allen jenen akzeptiert worden, die sich mit seinem Prozeß näher befaßt haben. So schrieb z.B. Hannah Arendt in ihrem *„Ein Bericht von der Banalität des Bösen - Eichmann in Jerusalem"*, München 1965, S.101/102:

„Himmler herrschte außer über diese sieben Hauptämter (des RSHA) auch noch über ein ganz anderes organisatorisches Gebilde, das ebenfalls bei der Durchführung der Endlösung eine entscheidende Rolle spielte. Dies waren die Höheren SS- und Polizeiführer, die in den besetzten Gebieten Befehlsgewalt hatten und nicht dem RSHA, sondern Himmler direkt unterstellt waren. Sie waren im Rang stets höher als Eichmann und seine Mitarbeiter eingestuft. Anders war es mit den Einsatzgruppen, die dem Kommando von Heydrich als dem Chef des RSHA unterstanden, was natürlich nicht heißt daß Abteilung IV-B-4 unbedingt etwas mit ihnen zu tun hatte, geschweige denn ihnen Befehle erteilen konnte (...)

Inzwischen waren alle Ämter und Organisationen in Staat und Partei, Wehrmacht und SS intensiv mit der Lösung dieses Problems beschäftigt (...)
S.191: Nach der Auskunft von Dr. Rudolf Mildner, dem Gestapoführer für Oberschlesien und späteren Chef der Sicherheits-Polizei in Dänemark, der in Nürnberg als Belastungszeuge ausgesagt hat, gingen Deportationsbefehle von Himmler schriftlich an Kaltenbrunner, den Chef des RSHA, der dann Müller, den Chef der Gestapo bzw. des Amtes IV im RSHA, davon benachrichtigte. Dieser seinerseits gab die Befehle mündlich an seinen Referenten in IV-B-4, also an Eichmann, weiter. Himmler schickte Befehle auch an die in den jeweiligen Gebieten stationierten Höheren SS- und Polizeiführer und benachrichtigte dann Kaltenbrunner entsprechend. Und auch darüber, wie die deportierten Juden zu behandeln seien, wie viele sofort umzubringen und wie viele zur Zwangsarbeit übrigzulassen seien, entschied Himmler: Seine Befehle darüber gingen an Pohls WVHA, das sie an Richard Glücks, den Inspekteur der Konzentrations- und Vernichtungslager, weitergab, und dieser wiederum reichte sie an die Kommandanten der Lager weiter."

Der Verteidiger Eichmanns in seinem Jerusalemer Prozeß, Dr. Robert Servatius, ergänzte diesen Sachverhalt in seinem Plädoyer wie folgt :

„Die Nachprüfung zeigt, daß der Angeklagte nur technische Durchführungsbesprechungen hatte für Maßnahmen, die Vorgesetzte bereits grundsätzlich abgesprochen hatten. Der Angeklagte hatte auch nicht die behaupteten Sondervollmachten. Die engeren Mitarbeiter des Angeklagten bekunden, daß der Angeklagte im Gegenteil sehr streng an die Weisungen seines Vorgesetzten Müller gebunden war und dessen Weisungen ständig einholte (...)
Hätte der Angeklagte Sondervollmachten zu Verhandlungen mit höheren Stellen gehabt, so wäre es nicht nur üblich, sondern notwendig gewesen, ihm einen entsprechenden Rang zu verleihen. Nur dann konnte er sich dort als Verhandlungspartner entsprechend durchsetzen." (19)

Einige, weitere Passagen dieses Plädoyers verdienen festgehalten zu werden:

„Jetzt weiß man es : Es lag kein Mordbefehl des Führers vor (...) Es muß zunächst auffallen, daß kein Dokument vorliegt, das die Zusammenarbeit des Angeklagten mit den Vernichtungslagern beweist (...)"
Wie steht es mit den Beweismitteln der Verteidigung?
Der Angeklagte konnte keine eigenen Entlastungsdokumente herbeischaffen. Ihm standen nicht die Archive der Welt und die Machtmittel der Regierungen zur Seite. Sachverständige, die ihn hätten unterstützen können, schenkten der Verteidigung kein Gehör. Die täglichen Pressefanfaren und die Posaunen der Publikationen hatten sie scheu gemacht. Sie hielten sich die Ohren zu. Dieser

Lärmfeldzug der Presse gegen den Angeklagten war ein *Contempt of Court* größten Ausmaßes. Die Verteidigung hat es schwer, hiergegen aufzukommen. Und die Zeugen der Verteidigung? Diese hörten die drohenden Worte des Anklägers; sie fürchteten, daß sie in jedem Fall nichts Erfreuliches erwartet, selbst wenn sie vor dem Gericht in Israel erscheinen könnten. Sie haben es vorgezogen fortzubleiben.
Ein Indizienbeweis, aus dem Angeklagten eine Haupt- und Schlüsselfigur der Vernichtungsmaßnahmen zu machen, ist nicht gelungen. (19)

Eichmanns Kommentare zu zwei Dokumenten erweckten den Eindruck, daß er trotz seines relativ niedrigen Ranges möglicherweise sogar erfolgreich Vernichtungsmaßnahmen sabotiert habe. Das erste dieser Dokumente war die Beschwerde des Kommandanten des Umsiedlungslagers Lodz vom 24.9.1941, worin dieser auf die Überfüllung des Lagers durch eintreffende Judentransporte enormen Umfanges hinwies: *„Und jetzt stellt man mich vor ein* fait accompli, *und ich habe 20.000 Juden innerhalb der kürzest möglichen Zeit aufzunehmen, und dann soll ich noch 5.000 Zigeuner unterbringen."* Das Schreiben ist an den örtlichen Chef der Gebietsverwaltung gerichtet. Das zweite Dokument ist ein Antwortschreiben eben dieses Chefs, worin er am 9.10.1941 die Beschwerde nach Berlin weiterleitet und hinzusetzt, daß Eichmann sich wie ein *„Pferdehändler"* benommen und den Judentransport nach Lodz dirigiert hätte, obgleich der Transport nicht genehmigt gewesen sei. Eichmanns Aussage zu diesen Dokumenten war die, daß die Beschwerde berechtigt gewesen war, denn er habe die Juden tatsächlich ohne Vollmacht nach Lodz verbringen lassen, da es nur zwei örtlichkeiten gegeben hätte, die Transporte hinzuleiten, nämlich nach dem Osten (wohin er sie hätte verschicken sollen) oder nach Lodz. Doch da er gewußt habe, daß im Osten damals Vernichtungen durchgeführt worden seien, in Lodz hingegen nicht, er jedoch Tötungsmaßnahmen schärfstens mißbilligt habe, habe er die Transporte ungeachtet der unzureichenden Zustände nach Lodz dirigiert. (20)
Dieses Vorgehen kehrt auch in Eichmanns Vorschlägen *„Lastwagen gegen Juden"* im Jahre 1944 wieder. Geschickt versuchte er, in die Bemühungen von deutscher Seite, den Handel abzuschließen, den nicht geringen

Anteil seiner eigenen Initiative einzuflechten, was wiederum seinen Einsatz zeigen sollte, Juden zu retten. (21)
Bleibt noch zu ergänzen, daß sich die Stoßrichtung der Anklage im Kreuzverhör Eichmanns nicht direkt mit Ereignissen der Kriegszeit befaßte, sondern in dem Versuch bestand, Eichmann vor Gericht auf all das festzunageln, was er angeblich gegenüber seinen israelischen Vernehmern in dem Jahr seiner Untersuchungshaft ausgesagt hat, und auf das, was er einem gewissen Sassen im Jahre 1957 in Argentinien gesagt haben soll, den er 1955 erstmals in Buenos Aires kennengelernt haben will. Eichmann und Sassen - ein ehemaliger Angehöriger der SS - planten, ein Buch über die Judenverfolgungen während des Krieges zu schreiben, wobei Eichmann davon ausging, daß er - mit Ausnahme vielleicht eines kleinen Kreises - ein total vergessener Mann sei. Das Buch sollte sich auf Tonbandaufnahmen stützen, die in einer Reihe von Frage-Antwort-Sitzungen zwischen Eichmann und Sassen gemacht worden waren, wobei Sassen das Manuskript schreiben und herausbringen sollte. Eichmann lehnte die ursprünglich vorgesehenen Dialoge ab:

> „Als mir diese Fragen gestellt wurden, sollte ich von Zeit zu Zeit sagen, daß ich mich nicht erinnern könne und es nicht wisse; aber das war offensichtlich keine Methode, ein Buch zu schreiben (...) Und da kamen wir überein, daß es nicht so wichtig sei, an was ich mich erinnerte, - die Hauptsache sei, die Ereignisse zu beschreiben, wie sie sich zugetragen hatten; dann sprachen wir über das *Copyright*, über die Lizenz für Journalisten und Autoren, wonach wir berechtigt waren, die Ereignisse zu schildern - selbst wenn ich mich mehr an Einzelheiten erinnerte. Es sollte schließlich im wesentlichen eine Schilderung dessen sein, was geschehen war. Und dies war es, was schließlich niedergeschrieben worden ist.
> Sassen bedeutete mir dann, ich sollte über jeden Punkt etwas sagen, damit die notwendige Menge Stoff zusammenkäme (...)
> Es wurde auch vereinbart, daß Sassen alles in Buchform herausbringen würde, wobei wir als Ko-Autoren in Erscheinung treten würden."

Sassens Material erschien schließlich im Herbst 1960 im LIFE-Magazin, und es ist klar, das das Ganze ein Verkaufsschlager, im Unterschied zu einem historisch verläßlichen Buch darstellen sollte. Sassen hatte einiges von dem Tonband auf Schreibmaschine übertragen, während Eichmann

Bemerkungen und Berichtigungen mit der Hand einfügte, ja er gab sogar handschriftliche Kommentare auf 83 ganzen Seiten. Nach Veröffentlichung der Serie im LIFE-Magazin und der Spontanreaktion Israels spielte Sassen der israelischen Anklagebehörde zahlreiche Ablichtungen von 300 maschinengeschriebenen Seiten mit handschriftlichen Einfügungen, die von Eichmann stammen sollen, zu. Hierbei soll es sich um ein Transkript von 62 der 67 aufgenommenen Sitzungen sowie der 83-seitigen handschriftlichen Aufzeichnungen Eichmanns handeln. Originaldokumente sind offenbar nicht beschafft worden, wobei nicht auszuschließen ist, daß in den übersandten Unterlagen Verfälschungen und Abänderungen vorgenommen worden sind. Im Hinblick auf die originalen Tonbänder kommentierte die Anklage:

> „Wir wissen nichts über die Bänder selbst. Ich weiß nicht, ob die Leute, die an diesen Unterredungen teilnahmen, das Band verwahrt haben oder ob sie es löschten und für andere Aufgaben wiederverwendeten."

Die Verteidigung bestritt die Echtheit dieser Dokumente und erklärte, der größte Teil der Berichtigungen am Rand sei in dem eigentlichen Dokument nicht enthalten gewesen. Dr. Servatius führte als Verteidiger weiter aus, daß, dürfte Sassen als Zeuge vor Gericht erscheinen, bewiesen werden könnte,

> „daß er das, was der Angeklagte gesagt habe, für seine eigenen Zwecke verändert und entstellt habe. Er habe ein Propagandabuch schreiben wollen; es könnte bewiesen werden, wie die Worte entstellt worden sind."

Die Anklagevertreter versicherten indessen dem Gericht, daß man Sassen, würde er nach Israel kommen, den Prozeß wegen seiner SS-Zugehörigkeit machen würde. Bleibt zu ergänzen, daß das LIFE-Magazin, das anscheinend von Sassen das gleiche Material erhalten hatte, dieses als authentisch behandelt hat was jedoch weder juristisch noch historisch etwas zu bedeuten hat. (22)

Wir beenden die kurze Erörterung des Eichmann-Prozesses mit einer Berichtigung der propagandistisch groß herausgestellten Reaktion, er hätte am Ende des Krieges erklärt, daß er *„freudig ins Grab springen würde in*

dem Bewußtsein, daß 5 oder 6 Millionen Juden getötet worden seien." Eichmann sagte aus, daß er tatsächlich am Ende des Krieges gegenüber seinen Mitarbeitern eine ähnlich bittere Äußerung getan habe, aber daß die 5 Millionen Getöteten nicht Juden gewesen wären, sondern „Feinde des Reiches", also feindliche Soldaten, vor allem Russen. Während er es in seiner Verteidigung auf sich nahm, die allgemeine Realität von Vernichtungsaktionen nicht zu bestreiten, betonte er, daß er nicht in der Lage sei, auch nur annähernd eine Zahl getöteter Juden anzugeben und daß alle ihm in diesem Zusammenhang zugeschriebenen Äußerungen falsch wären, so natürlich auch die Eidesstattliche Erklärung von Wilhelm Höttl. (23)

Die in den sechziger Jahren in Westdeutschland durchgeführten NSG-Prozesse (NS-Gewaltverbrechenprozesse) sind für eine historische Wahrheitsforschung kaum der Erwähnung wert und überdies wegen der Obskurität der Angeklagten ziemlich schwierig zu untersuchen. Der ehemalige Hamburger Finanzrichter Dr. Wilhelm Stäglich hat die Zusammenhänge der politischen Justiz und historischen Wahrheitfindung im Nachkriegsdeutschland teils in seiner Verfassungsbeschwerde vom 17.8. 1975, teils in einer unten angegebenen Publikation zutreffend und komprimiert dargestellt :

> „Bekanntlich haben die Alliierten nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches sämtliche deutschen Archive gestohlen und bisher nur geringfügige Teile davon zurückgegeben. Man kann sicher sein, daß das erst nach gründlicher Überprüfung geschehen ist und vor allem entlastende Aktenstücke uns bestimmt weiter vorenthalten werden.
> Auch der wissenschaftlichen Forschung ist insoweit noch lange nicht alles Material zugänglich. Man kann ferner dessen sicher sein, daß die deutschen Archive von den Alliierten besonders gründlich nach belastendem Material, insb. zur sog. Endlösung, durchsucht worden sind. Wenn trotzdem bisher nichts ans Licht gefördert wurde, was die angeblichen Massenvernichtungen auf Befehl der Reichsregierung überzeugend und eindeutig beweist, man sich vielmehr immer noch dafür im wesentlichen auf sehr zweifelhafte Aussagen meist toter ‚Zeugen' - z.T. sogar bereits als gefälscht erkannt - berufen muß, so dürften weniger die sagenhaften Gaskammern von Birkenau als vielmehr deren Fragwürdigkeit offenkundig sein. Dies um so mehr, als einige einwandfreie Dokumente und allgemein bekannte Tatsachen zeigen, daß auch die Ju-

den in den besetzten Ostgebieten, u.a. in Auschwitz, dringend als Arbeitskräfte benötigt wurden (...)
So nahm z.B. das Frankfurter Schwurgericht in seinem von Arndt und Scheffler (siehe Fußnote) zitierten Urteil in der Strafsache gegen Mulka u.a. (Az 4 Ks 2/63) vom 19.8.1965 (sog. Auschwitz-Urteil) für seine allgemeinen Feststellungen über die angeblichen Judenvernichtungen in Auschwitz in erster Linie auf die „überzeugenden und fundierten Sachverständigengutachten" (der Sachverständigen des Instituts für Zeitgeschichte) Bezug, denen sich das Gericht ‚in vollem Umfang angeschlossen' hat (S. 85 der Urteilsgründe). Daneben stützte es sich auf die bereits erwähnten Aufzeichnungen des ersten Lagerkommandanten Rudolf Höß, die dieser im Krakauer Gefängnis vor seiner Hinrichtung niedergeschrieben haben soll. Dabei lag dem Gericht nicht einmal das Original dieser Aufzeichnung vor, sondern nur eine vom Institut für Zeitgeschichte besorgte Fotokopie, deren Echtheit, d.h. Übereinstimmung mit der angeblichen Originalurkunde, das Gericht auf Grund einer entsprechenden Versicherung des Sachverständigen Dr. Broszat als erwiesen ansah. Ergänzend meinte das Gericht noch, daß die in diesem Dokument gegebene Schilderung der allgemeinen Verhältnisse in vielen Punkten auch durch die Zeugen bestätigt worden sei. Auf die Idee, daß diese Zeugen die Aufzeichnungen entweder vor ihrer Aussage selbst gelesen haben, oder jedenfalls bei ihrer von dem Verteidiger Laternser nachgewiesenen, Vorbereitung' auf den Prozeß im polnischen Justizministerium entsprechend instruiert worden sein könnten, ist das Gericht offenbar nicht gekommen. In einem normalen Strafprozeß wäre eine solche Beweisführung undenkbar!
An diesem einen Beispiel des berühmten Auschwitzprozesses ist deutlich die für alle Prozesse dieser Art geltende Methode abzulesen, wie die angeblichen Massenvergasungen bisher „festgestellt" wurden und noch werden. Vor Gericht werden Gutachten erstattet, in denen die Richtigkeit dieses Tatbestandes unter Hinweis auf völlig unzureichende Unterlagen und Dokumente versichert wird. Die Gerichte akzeptieren mangels eigener Sachkenntnis sowie auch weitgehender Ausschaltung des gesunden Menschenverstandes - vielleicht aber auch aus Opportunitätsgründen - diese Gutachten als überzeugend und fundiert. Es kann keine Rede davon sein, daß schon einmal irgendein Dokument, mit dem die zeitgeschichtlichen Gutachter ihre zweckbestimmten Aussagen zu untermauern suchten, von einem Gericht kritisch unter die Lupe genommen worden wäre. Für die Gerichte sind die Ausführungen der Gutachter grundsätzlich, wie es häufig so schön heißt - „gesicherte Erkenntnisse der Zeitgeschichte". Die Zeitgeschichtler wiederum berufen sich dann, wie anhand dieser jüngsten Veröffentlichung des Instituts für

(Bezug: Sonderdruckbeilage der Zeitschrift *„Das Parlament"* vom 8.5.1976 Arndt Scheffler „Organisierter Massenmord". - Ausführliche Sachkritik dieser Publikation in Udo Wallendy, „Die Methoden der Umerziehung", 1966, 4973 Vlotho, Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung).

> Zeitgeschichte nachzuweisen ist, für ihre Darstellung vor allem auf die Ergebnisse gerichtlicher Untersuchungen und Verfahren. So beruft sich einer auf den anderen, zweifellos eine recht eigenartige Methode der Geschichtsschreibung.
> Diese NSG-Verfahren, die keiner der modernen Strafzwecke mehr erfordern würde, sollen, so geht dies aus einer Abhandlung des Herrn Broszat vom Institut für Zeitgeschichte in München hervor, unter Mißbrauch richterlicher Autorität der Festschreibung der von ausländischen Machtgruppen dogmatisierten Greuelpropaganda dienen. Zum andern wird aus den Bemerkungen Broszats deutlich, wie unvollkommen bisher durch die offizielle Zeitgeschichtsforschung die von interessierter Seite erwünschten oder sogar geforderten historischen Tatbestände belegt werden konnten. Und endlich wird über die aus dieser eigenen Unzulänglichkeit heraus geborene Methode der Geschichtsschreibung über die deutschen KL kein Zweifel mehr gelassen: die deutsche Justiz wurde und wird zur Handlangerin einer höchst obskuren und vielfach anfechtbaren Zeitgeschichtsforschung herabgewürdigt! Zum Trauma deutscher Richter wird es mit Sicherheit einmal werden, daß sie einer solchen Entwicklung nicht rechtzeitig Widerstand entgegengesetzt haben, wie es die Ehre deutschen Richtertums eigentlich erfordert hätte (...)
> (Quelle: *„Das Institut für Zeitgeschichte - eine Schwindelfirma?"*, Deutscher Arbeitskreis Witten, Heft 2, 1976, S. 15-17).

Wir hätten dieses Zitat nicht so ausführlich gebracht, würde es nicht von einem deutschen Richter stammen und würde es sich nicht mit einer quasi amtlichen Veröffentlichung des offiziellen Bonn neuesten Datums auseinandersetzen, die das komprimierte Eingeständnis enthält, daß *„die meisten Vorarbeiten für eine abschließende Bilanz noch fehlen"* und es keinerlei Spuren der angeblich getöteten Millionen Toten in den Lagern Chelmno, Sobibor, Belczek, Treblinka und Auschwitz gibt.
Von den NSG-Prozessen ragte der Auschwitz-Prozeß heraus, dessen erstes Opfer Richard Bär war, der Nachfolger von Höß und letzte Kommandant vom Lager Auschwitz. Auch nach seiner Verhaftung am 20.12.1960 blieb Bär bei den Verhören beharrlich bei seiner Aussage, daß die Gaskammern von Auschwitz ein Mythos seien. Leider erlebte er es nicht, diesen Standpunkt vor Gericht zu vertreten, denn am 17.6.1963 verstarb er im Gefängnis im Alter von 51 Jahren, der Verlautbarung nach an Kreislaufschwäche; seine Frau hingegen hielt den Tod ihres vorher gesunden Mannes für ausgesprochen mysteriös. (24)
Als die Verhandlungen schließlich im Dezember 1963 in Frankfurt be-

gannen, war der Hauptangeklagte K.L. Mulka, ehemaliger SS-Hauptsturmführer, der für kurze Zeit der Adjutant von Höß in Auschwitz gewesen war. Mulka war schon einmal kurz nach dem Kriege im Zusammenhang mit seinem Dienst in Auschwitz vor ein deutsches Gericht gestellt worden, gleichermaßen wie einige weitere Angeklagte. Das Gericht ignorierte natürlich die gesetzlichen Vorschriften nicht völlig und bemühte sich zu erklären, daß die Regierung in Bonn sich als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches betrachte und daher zuständig sei, Personen gerichtlich zu verfolgen, die sich während des Krieges Gesetzesübertretungen haben zuschulden kommen lassen. Das Gericht hatte somit von der Tatsache auszugehen, daß das Töten von Menschen, also auch Juden, im nationalsozialistischen Deutschland selbstverständlich illegal war. Das Frankfurter Gericht hat sogar selbst in seiner Urteilsbegründung eine bezeichnende Sachdarstellung gegeben : (25)

„Diese Feststellung der Schuld hat aber das Gericht vor außerordentlich schwere Aufgaben gestellt. Außer wenigen und nicht sehr ergiebigen Urkunden standen dem Gericht zur Rekonstruktion der Taten der Angeklagten fast ausschließlich Zeugenaussagen zur Verfügung. Es ist eine Erfahrung der Kriminologie, daß Zeugenaussagen nicht zu den besten Beweismitteln gehören. Dies um so mehr, wenn sich die Aussage der Zeugen auf Vorfälle bezieht, die vor 20 Jahren oder mehr unter unsäglichem Leid und Qualen von den Zeugen beobachtet worden sind. Selbst der ideale Zeuge, der nur die reine Wahrheit sagen will und der sich müht, sein Gedächtnis zu erforschen, ist nach 20 Jahren manchen Erinnerungslücken unterworfen. Er gerät in die Gefahr, Dinge, die er tatsächlich erlebt hat, auf andere Personen zu projizieren, und Dinge, die ihm von anderen in diesem Milieu sehr drastisch erzählt wurden, als eigenes Erlebnis aufzufassen. Auf diesem Weg aber gerät er in die Gefahr, Zeit und Ort seiner Erlebnisse zu verwechseln.

Es ist gewiß für Zeugen eine Zumutung gewesen, wenn man sie heute noch nach allen Einzelheiten ihrer Erlebnisse fragt. Es hieße die Zeugen überfordern, wenn man heute, nach 20 Jahren, noch wissen will, wann, wo und wie im einzelnen wer was gemacht hat. Aus diesem Grunde ist auch wiederholt von den Zeugen Erstaunen geäußert worden darüber, daß man von ihnen eine, so präzise Wiedergabe des damaligen Geschehens verlangt hat. Es ist selbstverständlich und auch die Pflicht der Verteidigung gewesen, nach diesen Einzelheiten zu fragen. Und es ist durchaus unrecht, der Verteidigung etwa zu unterstellen, sie wolle diese Zeugen der Lächerlichkeit anheimgeben. Im Gegenteil, man muß sich doch nur einmal vergegenwärtigen, welche

unendliche Kleinarbeit in einem Mordprozeß unserer Tage geleistet wird, wie aus kleinen Mosaiksteinchen das Bild des wahrhaften Geschehens im Augenblick des Mordes zusammengesetzt wird. Es steht dem Gericht zur Verfügung zunächst die Leiche, das Obduktionsprotokoll, das Gutachten der Sachverständigen über die Ursachen für den Eintritt des Todes und der Tag, an dem die Tat geschehen sein muß, die Einwirkung, die zum Tode des betreffenden Menschen geführt hat. Es stehen zur Verfügung die Mordwaffe, die Fingerabdrücke, die den Täter identifizieren, es steht zur Verfügung der Fußabdruck, den er hinterlassen hat, als er in das Haus des Ermordeten eintrat., und es sind noch vielerlei Einzelheiten vorhanden, die dem Gericht die unabdingbare Gewißheit verschaffen, daß dieser Mensch von einem ganz bestimmten Täter zu Tode gebracht worden ist.
All dies fehlt in diesem Prozeß. Wir haben keine absoluten Anhaltspunkte für die einzelnen Tötungen, wir hatten nur die Zeugenaussagen. Diese Zeugenaussagen waren jedoch mitunter nicht so exakt und präzis, wie das in einem Mordprozeß erforderlich ist. Wenn deshalb die Zeugen gefragt wurden, in welchem Jahr eine Tat geschah oder in welchem Monat, so ist dies durchaus im Interesse der Wahrheitfindung erforderlich gewesen. Und diese Daten stellten mitunter den einzigen Anhaltspunkt für das Gericht dar, um zu überprüfen, ob das von den Zeugen geschilderte Ereignis sich tatsächlich so zugetragen haben muß, wie der Zeuge es schildert, oder ob der Zeuge hier einem Irrtum oder einer Personenverwechslung zum Opfer gefallen ist. Trotzdem war sich das Gericht natürlich bewußt, daß es eine außerordentliche Belastung der Zeugen gewesen ist, wenn sie angesichts des Lagermilieus, wo ihnen kein Kalender, keine Uhr und nicht die primitivsten Merkmöglichkeiten zur Verfügung standen, nun noch in minutiöser Form Ausdruck geben sollten über alles, was sie damals erlebt haben. Und trotzdem mußte das Gericht noch feststellen können, ob tatsächlich der einzelne Angeklagte einen wirklichen Mord wo und wann verübt hat. Das eben fordert das Strafgesetzbuch.
Es handelt sich sicher hier um einen normalen Strafprozeß, mag er auch einen Hintergrund haben, wie er wolle. Das Gericht konnte nur urteilen nach den Gesetzen, die von ihm beschworen worden sind. Und diese Gesetze erfordern nach der subjektiven und nach der objektiven Seite eine genaue Feststellung von der konkreten Schuld eines Angeklagten. Gerade die Überforderung der Zeugen beweist, wie unendlich schwer es ist, nach 20 Jahren noch konkrete Vorgänge festzustellen und festzuhalten. Wir haben Zeugen vernommen, die dem Gericht zunächst so glaubwürdig erschienen, daß wir sogar Haftbefehl auf ihre Aussage hin ausgestellt haben. Bei einer eingehenden Überprüfung der Zeugenaussagen in stundenlangen Beratungen mußte jedoch festgestellt werden, daß diese Aussagen nicht unbedingt stichhaltig waren und nicht unbedingt der objektiven Wahrheit entsprechen mußten. Gerade für diesen Zweck mußten auch gewisse Zeiten erfragt werden und Urkunden daraufhin überprüft werden, ob der Angeklagte, der von dem Zeugen belastet worden war, zu der bestimmten Zeit überhaupt im Lager Auschwitz untergebracht, ob

er dort die Tat begangen haben konnte, oder ob der Zeuge etwa die Tat auf einen Falschen projizierte.
Angesichts dieser Unsicherheit der Zeugenbekundung - und ich spreche jetzt nur von den Zeugen, denen das Gericht den guten Willen zur Wahrheit, zur subjektiven und objektiven Wahrheit, durchaus glaubt und abgenommen hat - mußte das Gericht die Zeugenaussagen ganz besonders prüfen. Man hat vor einigen Wochen in den Zeitungen lesen können, daß ein Mitglied des Konzentrationslagers Buchenwald verurteilt worden ist wegen Ermordung eines Häftlings, von dem heute feststeht, daß er lebt und gar nicht ermordet worden ist. Derartige Beispiele sollten doch sehr zu denken geben. Diese Fälle von Justizirrtum dienen nicht dazu, die Rechtssicherheit zu stärken und den Glauben an das Recht zu stützen. Aus diesem Grunde hat auch das Gericht alles vermieden, was irgendwie auch nur im entferntesten auf eine summarische Entscheidung hindeuten könnte. Das Gericht hat mit großer Sorgfalt und mit allem Ernst jede einzelne Aussage eines jeden Zeugen überprüft und hat infolgedessen in einer ganzen Reihe von Anklagepunkten keine Verurteilung aussprechen können, da sichere Voraussetzungen für ein solches Urteil nicht geschaffen werden konnten. Dabei waren die Möglichkeiten der Nachprüfung dieser Zeugenaussagen nur sehr beschränkt. Alle Tatspuren sind vernichtet worden. Die Urkunden, die dem Gericht wichtige Hilfsmittel hätten darstellen können, sind verbrannt worden (...)"

Obwohl diese Zugeständnisse des Frankfurter Schwurgerichts bei der Meinungs- und Urteilsbildung über solche Prozesse schlüssig sein sollten, müssen wir feststellen, daß das Gericht die Fakten dieser Lage im schließlichen Urteil falsch bewertet hat. Die große Mehrheit der Zeugen waren Staatsbürger des Sowjetblocks, abhängig von all dem Zwang und der eigenen wie familiären Existenzbedrohung, die eine vom System unerwünschte Aussage nach sich ziehen würde. Das Schwurgericht beklagte, daß *„diese Zeugenaussage nicht so genau und zutreffend sei, wie es wünschenswert wäre"*, wobei noch zu bemerken bleibt, daß mit Sicherheit versucht worden ist, das Erinnerungsvermögen der Zeugen auszurichten. Hatte doch das Internationale Auschwitz-Komitee zudem sein Hauptquartier zu jener Zeit in Frankfurt aufgeschlagen und Informationsblätter über die erschütternden Verhältnisse ausgegeben, die in Auschwitz angeblich vorgelegen hatten. Diese Informationsblätter waren den Zeugen übermittelt und von diesen gelesen worden, bevor sie zur Zeugenaussage geladen waren. Es gab dort sogar eine Ausstellung, auch mit Fotos von den Angeklagten, die sowieso laufend durch die

Presse publik gemacht worden sind. Ein „Lager-Ausschuß" ist tätig geworden; vom damaligen Oberstaatsanwalt Bauer sowie dem Oberbürgermeister von Frankfurt ist bekannt geworden, daß sie Zeugen offene oder/und versteckte Vorschläge bzw. Anhaltspunkte verschiedenen Grades gemacht haben. (26)

Die Farce weitete sich auch auf die Zusammenhänge aus, mit denen sich das Gericht befaßte, und die sich auf die Urteile bezogen. Mulka wurde für schuldig befunden und deshalb zu 14 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er als der zweite Mann der Verwaltung des größten Vernichtungslagers war, in zumindest einem Fall Zyklon B angefordert und er den Fahrzeugpark befehligt hatte, womit die Verurteilten befördert wurden, - weil er zudem einigen Schriftverkehr in bezug auf Transporte geführt hatte, und schließlich, weil er am Bau der Krematorien beteiligt gewesen war. Jedoch nach weniger als 4 Monaten wurde er aus Krankheitsgründen entlassen. Der Angeklagte Franz Hofmann, ehemaliger Hauptsturmführer, erhielt lebenslänglich aus dem einfachen Grund, weil er, obwohl für schuldig im Zusammenhang mit Vernichtungen befunden, eigentlich vor Gericht gestellt worden war, weil er mit einer Flasche nach einem Häftling geworfen hatte, der später an einer Kopfverletzung gestorben war. Dieser Fall hat das Gericht offensichtlich stärker beeindruckt als die Massenvernichtungen, was kaum überraschend ist, weil dieser Flaschenwurfvorfall als einer jener Fälle anerkannt werden konnte, die im Gefangenenbereich nun einmal vorkommen. Obwohl zu lebenslänglicher Haft verurteilt, wurde Hofmann kurz darauf unter Berufung auf vorhergehende Haftzeiten wieder auf freien Fuß gesetzt. (27)

Durchsucht man historische Bücher nach Vorgängen, die den Prozessen gegen die Kriegsverbrecher vergleichbar sind, unterscheiden sich jene politisch motivierten Prozesse früherer Zeit durch das Fehlen einer jener hysterischen, publizistisch weltweit verbreiteten Atmosphäre und der hiermit synchron gesteuerten Geschichtsentstellungen, die das politische Gefüge eines ganzen Kontinentes tangieren. Bei früheren Prozessen jener Art handelte es sich zudem um wenige Opfer - man denke an Maria Stuart, Königin von Schottland, oder an Johanna von Orléans. Als

weitere Präzedenzfälle bieten sich neben den Prozessen im Verlauf der französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts nur die Hexenprozesse des Mittelalters an. In den Hexenprozessen empfanden es die Angeklagten ebenfalls oftmals als tunlich, unter den für sie obwaltenden Umständen sich den Anklagen bis zu einem gewissen Grade zu unterwerfen. In vielen Fällen bot ein Teilgeständnis den einzig möglichen Verteidigungsversuch. Bei der Vollstreckung der Urteile sah man Szenen wie diese : (28)

> „Auf einem Schafott standen die verurteilten Hexen, ein armseliges Häuflein, und auf einem anderen die Masse der Begnadigten. Die reuige Heldin, deren Geständnis verlesen wurde, machte vor nichts halt, so wild und unwahrscheinlich es auch sein mochte. An dem Sabbath aßen sie zerhackte Kinder; und als 2. Gang tote, aus ihren Gräbern geholte Zauberer. Kröten tanzten und sprachen, klagten verliebt über die Unfreundlichkeit ihrer Liebesgefährtinnen und holten den Teufel, sie zu schelten. Dieser begleitete die Hexen mit großer Höflichkeit nach Hause und leuchtete ihnen auf dem Weg mit dem flammenden Arm eines ungetauften Kindes (...) „ ect.

Auf diese Weise wurden Fantasie und Emotionen der Richter und des Volkes angefacht, und es gab sogar Mittel und Wege, dies noch weiter zu treiben, indem man behauptete, man sei eine Hexe und damit wisse man von dem Treiben gewisser anderer Hexen und kenne sich darin aus, wie man sie herausfinde usw.

Sowohl bei den Hexenprozessen und den sog. Kriegsverbrecherprozessen wird mit hohen Zahlen von Opfern jongliert und mit einer unerschöpflichen Variationsbreite unglaublichster Beschuldigungen. Beide Arten verlaufen in eine Atmosphäre der Unwirklichkeit und Hysterie. Jener Mensch, der behauptet, bzw. jenen Glauben schenkt, die behaupten, ein moderner Staat habe in einem Zentrum der chemischen Industrie unter Verwendung eines Ungeziefermittels massenweise Menschen umgebracht, was durch den ständig gegenwärtigen Gestank vernehmlich gewesen sei, ist ein Äquivalent zu jenem, der in früheren Jahrhunderten jenen geglaubt hat, die behaupteten, Unglück brächten Leute, die mit Kröten sprächen und Geschlechtsverkehr mit dem Teufel betreiben ect.

Ein weiterer wichtiger Zusammenhang zwischen Hexenprozessen und

Kriegsverbrecherprozessen besteht darin, daß die Folterung von Zeugen und Angeklagten in beiden eine Rolle gespielt hat. Historiker, die das Geschehen des Kriegsverlaufes 1939-1945 untersuchen, haben, da sie wissen, daß es im Zusammenhang mit Kriegsverbrecherprozessen zuweilen Folterungen gegeben hat, zu berücksichtigen, inwieweit hierdurch Aussagen manipuliert worden sind. Wurden derartige Vorgänge in den Dachauer Prozessen bereits angedeutet (I. Kap.), so hat sich Ähnliches im Belsenprozeß auf britische Veranlassung hin zugetragen: Joseph Kramer und andere angeklagte wurden gefoltert, zuweilen so stark, daß sie um ihren Tod flehten.(29) Auf der anderen Seite scheint es, daß die sog. Hauptkriegsverbrecher offenbar zu prominent gewesen sind, um sie Folterungen zu unterwerfen, obwohl Julius Streicher hier eine Ausnahme gebildet haben mag. Streicher beschwerte sich vor dem IMT, daß er nach seiner Verhaftung von Negersoldaten geschlagen worden wäre. Auf Antrag des Anklägers Jackson wurde diese Aussage aus den Akten gestrichen, weil *„das Gericht sonst eine Untersuchung hätte durchführen müssen"*. Streicher hat als Schriftleiter und Herausgeber der vielfach Ärgernis erregenden Zeitung *Der Stürmer* nicht nur Juden, Freimaurer und Geistliche angegriffen, - sondern gelegentlich sogar auch prominente Nationalsozialisten. *Der Stürmer* wurde von nahezu allen führenden Nationalsozialisten als zu aggressiv und schädlich beurteilt, doch, wenn Streicher auch aus jeglichen Dienststellungen der NSDAP entfernt worden war und er vor allem mit Göring eine langwierige Auseinandersetzung hatte, so hat Hitler ihn aus Dankbarkeit dafür gewähren lassen, weil er Nürnberg der NSDAP erschlossen hatte. *Der Stürmer* wurde zwar im Dritten Reich nicht verboten, doch wurde Streicher 1940 als Gauleiter von Nürnberg abgesetzt; er hatte niemals eine Position in der Reichsregierung. Daher schien seine Anwesenheit in der ersten Reihe der Angeklagten im IMT abwegig. (30)

Wenn es auch niemals eine generelle oder gar massive Enthüllung über Folterungen gegenüber Angeklagten und Zeugen des IMT-Prozesses gegeben hat, so sind doch unsere Bedenken in diesem Zusammenhang nicht von der Hand zu weisen, vor allem wenn man unter Folterungen

nicht nur physische Quälereien bis hin zu Schwerverletzungen oder Tod versteht, sondern gleichermaßen Dunkelhaft in Stehzellen, Hunger, Kälte, Erschießungsdrohungen auch gegenüber Angehörigen oder Untergebenen von einst, Scheinurteile, Auslieferungsdrohungen hier z.B. an die Sowjets, Enteignungen, Erpressungen jedweder Form auch gegenüber den Familien, Protokoll- und Dokumentenfälschungen, Entzug jeglicher Entlastungsbeweismittel, massiver Auslieferung gegenüber weltweit durchgeführten Dauerverunglimpfungen usw. Berücksichtigt man ferner, daß die Nürnberger Tribunalverfahren in erster Linie als eine *„Umerziehungsmaßnahme mit Langzeitwirkung gegenüber dem deutschen Volk"* seitens der Siegermächte gedacht war, so kam es gar nicht einmal darauf an, die Angeklagten selbst zu foltern in diesem oder jenem Ausmaß, als vielmehr manipulierbare Zeugen zu gewünschten Aussagen zu bewegen, gefälschte Unterlagen der Öffentlichkeit als Dokumente zu präsentieren, um diese auch nachwachsenden Historikern „amtlich zur Kenntnis zu geben" (man denke stets an diesen so formulierten Auftrag des als Londoner Protokoll bezeichneten Vertrages der UdSSR, USA und Großbritanniens vom 8.8.1945, Art. 21) und auf diese Weise einen propagandistischen Rahmen zu schaffen, der der Weltöffentlichkeit die deutsche Schuld in jeglichem Bereich glaubhaft darbietet. Für diese Aufgabenstellung wäre es garnicht zweckdienlich gewesen, die Hauptangeklagten besonderen Folterungen zu unterwerfen.

Wir neigen sogar der Ansicht zu, daß selbst Adolf Eichmann von seinen jüdischen Häschern nicht, zumindest nicht im mittelallterlichen Sinn, gefoltert worden ist, obwohl er gewaltsam aus Argentinien entführt worden war und eine Erklärung unterzeichnet hatte, daß er freiwillig nach Israel gekommen sei, eine Erklärung, die die Anklage dem Gericht in Jerusalem als Zeugenmaterial unterbreitet hatte. Diese Ansicht gründet sich auf die Aussage Eichmanns vor Gericht, daß er zwar anfangs nach der Verhaftung eine recht grobe Behandlung habe erdulden müssen, doch er keinerlei weitere Beschwerden mehr vorgetragen hat. Doch da er sicher hierfür taktische oder sonstige Gründe hatte, ist ein abschließendes Urteil hierüber nicht zu fällen. (31)

Nach all den manipulierten Maßnahmen, die den einseitigen und rechtsverwilderten Rahmen für die Nürnberger Militärtribunale geschaffen haben, ist es nicht mehr zumutbar zu glauben, daß die Anklagebehörden in Nürnberg irgendwelche moralischen Gewissensbisse gehabt haben sollen, physische oder psychische Zwangsmittel jedweder Art gegenüber den Angeklagten zur Anwendung zu bringen, zumal die eine Partei der Richter, die Sowjets, durch jahrzehntelange Praxis der Öffentlichkeit solcher Art Schauprozesse in ungezählter Variation demonstriert hatten. In allen solchen Prozessen waren die Angeklagten schließlich hirngewaschen und zwar derartig, daß sie sich vor dem Gericht regelrecht niedergeworfen und sich als die verkommensten Kreaturen auf Erden bezeichnet hatten. (32) Nichts schien für solche Ankläger und Richter unerreichbar zu sein.

Wenn es auch für uns nach wie vor wichtig ist zu wissen, welche Aussagen die Hauptangeklagten von Nürnberg 1945/1946 zu dem Endlösungs-Programm bzw. überhaupt zu irgendwelchen Vernichtungsmassnahmen gegenüber Partisanen oder Juden gemacht haben, so sind diese ihre Aussagen auf Grund der geschilderten Gesamtlage keine schlüssigen Beweismittel, wenn sie nicht durch wirkliche Faktenbeweise untermauert werden konnten.

Ein paar jener Äußerungen, - angeblich von führenden Nationalsozialisten - nach dem Krieg groß herausgestellt, nachdem die betr. Personen tot waren, auch die Zeugen, die derartiges gehört haben sollen -, mögen erwähnt werden.

Am 17. April 1943 traf Adolf Hitler mit Admiral Horthy auf dem Schloß Kleßheim zusammen. Hitler soll Horthy's milde Politik gegenüber den Juden kritisiert und klargemacht haben, daß die Dinge in Polen anders lägen:

> „Wenn die Juden dort nicht arbeiten wollten, würden sie erschossen. Wenn sie nicht arbeiten könnten, müßten sie verkommen. Sie wären wie Tuberkelbazillen zu behandeln, an denen sich ein gesunder Körper anstecken könne. Das wäre nicht grausam, wenn man bedenke, daß sogar unschuldige Naturgeschöpfe wie Hasen und Rehe getötet werden müßten, damit kein Schaden entstehe."

Der Beweis, daß Hitler dies gesagt haben soll, befindet sich in dem angeblichen Sitzungsprotokoll und außerdem in den diesbezüglichen Aussagen von Dr. Paul Otto Schmidt, dem ehemaligen Chefdolmetscher Hitlers, der gewöhnlich bei solchen Sitzungen anwesend gewesen war und die Protokolle geschrieben hatte, vor dem IMT in Nurnberg. Schmidt hatte 1946 ausgesagt, er wäre bei der Zusammenkunft dabeigewesen, das Protokoll wäre echt und von ihm geschrieben. Doch in seinem späteren Buch erläuterte er, er wäre nicht anwesend gewesen, da Horthy ausdrücklich gewünscht habe, daß er den Raum verlasse. (33)

Da gibt es auch noch eine Erklärung in dem angeblichen Testament Adolf Hitlers:

> „Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß wenn die Völker Europas wieder nur als Aktienpakete dieser internationalen Geld- und Finanzverschwörer angesehen werden, dann auch jenes Volk mit mir zur Verantwortung gezogen werden wird, das der eigentlich Schuldige an diesem mörderischen Ringen ist: das Judentum! Ich habe weiter keinen darüber im unklaren gelassen, daß diesmal nicht nur Millionen erwachsener Männer den Tod erleiden und nicht nur Hunderttausende an Frauen und Kinder in den Städten verbrannt und zu Tode bombardiert werden dürften, ohne daß der eigentlich Schuldige, wenn auch durch humanere Mittel, seine Schuld zu büßen hat (...)"

Diese Erklärung wird häufig als Eingeständnis von Vernichtungen ausgelegt, doch ist sein Inhalt zumindest doppeldeutig. Immerhin sollte das angesprochene *„Bezahlen"* durch *„humanere Mittel als Krieg"* erfolgen. Die Juden, die sich in Hitlers Herrschaftsbereich befunden hatten, hatten Besitz und Stellung in Europa verloren, und dieser Sachverhalt bietet vielleicht die zutreffende Interpretation. Verlust von Besitz und Stellung könnte eine elend unangemessene Bezahlung für die Maßnahmen sein, die den Juden angelastet worden sind, aber es ist bekannt, daß nahezu alle Politiker vor dem Verlassen dieser Welt geneigt sind, die Bedeutung ihres Wirkens zu übertreiben.

Nach wie vor ist zu befürchten, daß der Text dieses Testamentes verfälscht worden ist, da seine Entdeckung durch britische und amerikanische (Geheimdienst-) Beamte erst am 29.12.1945 bekanntgegeben wurde

und nur das letzte Blatt abgezeichnet ist. Nur der in Hitlers Kanzlei benutzten Schreibmaschine nebst amtlicher Briefbögen hätte es bedurft, um eine nicht erkennbare Veränderung vorzunehmen. (34)
Da gibt es ferner eine angeblich von Himmler in Posen im Oktober 1943 gehaltene Rede. Die englische Übersetzung des hier zitierten Teils steht in den NMT-Bänden; einiges davon im original deutschen Wortlaut : (35)

„Ich will hier vor Ihnen in aller Offenheit auch ein ganz schweres Kapitel erwähnen. Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen sein, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden. Genau so wenig, wie wir am 30. Juni 1934 gezögert haben, die befohlene Pflicht zu tun und Kameraden, die sich verfehlt hatten, an die Wand zu stellen und zu erschießen, genau so wenig haben wir darüber jemals gesprochen und werden je darüber sprechen. Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht. - „Das jüdische Volk wird ausgerottet", sagt ein jeder Parteigenosse, „ganz klar, steht in unserem Programm, Ausschaltung der Juden, Ausrottung, machen wir". Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude. Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1.000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei - abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen - anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreiben des Ruhmesblatt unserer Geschichte, denn wir wissen, wie schwer wir uns täten, wenn wir heute noch in jeder Stadt - bei den Bombenangriffen, bei den Lasten und bei den Entbehrungen des Krieges - noch die Juden als Geheimsaboteure, Agitatoren und Hetzer hätten. Wir würden wahrscheinlich jetzt in das Stadium des Jahres 1916/1917 gekommen sein, wenn die Juden noch im deutschen Volkskörper säßen.
Die Reichtümer, die sie hatten, haben wir ihnen abgenommen. Ich habe einen strikten Befehl gegeben, den SS-Obergruppenführer Pohl durchgeführt hat, daß diese Reichtümer selbstverständlich restlos an das Reich abgeführt wurden. Wir haben uns nichts davon genommen (...) Wir hatten das moralische Recht, wir hatten die Pflicht gegenüber unserem Volk, dieses Volk, das uns umbringen wollte, umzubringen. Wir haben aber nicht das Recht, uns auch nur mit einem Pelz, mit einer Uhr, mit einer Mark oder mit einer Zigarette oder mit sonst etwas zu bereichern. Wir wollen nicht am Schluß, weil wir einen Bazillus ausrotteten, an dem Bazillus krank werden und sterben (...) „

Daß Himmler derartige Äußerungen wirklich getan hat, ist ausschließlich von zweifelhaften Unterlagen belegt, wozu auch eine Tonaufnahme

von undefinierbarer Herkunft und außerordentlich schlechter Qualität zu zählen ist, die allein schon aus diesen zwei Indizien als Beweismittel ausfällt. Der angebliche Text der Posener Rede ist ein Teil des Dokumentes 1919-PS und zählt in den IMT-Bänden über 63 Seiten. Die hier angeführte Passage erscheint als ein Absatz von 1,5 Seiten, der gesondert im Text unter der Überschrift „Judenevakuierung" abgesetzt ist. Das Manuskript der Rede, das keine weitere Bezeichnung aufweist, soll (laut erklärendem Text zu dem Prozeßdokument) in Rosenbergs Akten gefunden worden sein. Es wurde im IMT als Beweismaterial als Teil des Dokumentes 1919-PS vorgelegt. Im Prozeßverlauf hat man nicht dargetan, wo das Dokument gefunden worden ist. Niemand hat Rosenberg darüber befragt. (Ein Mysterium reiht sich hier an das andere!) Dagegen ist Rosenberg zu 3428-PS befragt worden, einem weiteren angeblich in seinen Akten gefundenen Dokument, und er bestritt dies schon allein mit der Darlegung, daß es sich überhaupt nicht in seinen Akten befunden haben könne (36) Ferner wurde behauptet, daß im Verlauf des Falles 11 *„die Rosenberg Akten erneut geprüft wurden und dabei 44 Wiedergaben entdeckt wurden, die einer Schallplattenaufnahme der Posener Rede Himmlers vom 4. Oktober 1943 entsprechen sollten"* (37) Diese Wiedergaben sollen das Dokument NO-5905 sein und wurden während der Aussagen des Angeklagten Gottlob Berger als Beweisstück vorgelegt. Berger war SS-Obergruppenführer und ehemaliger Chef der SS-Verwaltung, Himmlers persönlicher Verbindungsmann zum Rosenberg-Ministerium für die besetzten Ostgebiete und gegen Ende des Krieges Amtschef für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen. Bei seiner direkten Befragung hatte Berger ausgesagt, daß er nichts von irgendeinem Vernichtungsprogramm gewußt habe. Zwar hätte Himmler tatsächlich in Posen 1943 eine *„langwierige"* Rede gehalten, und zwar vor höheren SS-Offizieren, zu denen er, Berger, ebenfalls gehört habe, doch sei das Dokument 1919-PS auf gar keinen Fall eine zutreffende Niederschrift seiner Rede. Er erinnere sich nämlich genau, daß es sich in einem Teil der Rede um bestimmte belgische und holländische SS-Führer gehandelt habe, die bei dem Treffen anwesend gewesen wären, und (38)

> „Das steht nicht in der schriftlichen Übertragung. Ich kann mit Sicherheit sagen, daß er nicht von der Ausrottung der Juden gesprochen hat, weil der Anlaß zu diesem Treffen der war, diese ungeheueren Spannungen zwischen der Waffen-SS und der Polizei zu glätten und auszugleichen."

Während des Kreuzverhörs ließ der Ankläger Petersen eine Platte abspielen, auf der jemand die ersten Sätze der angeblichen Ausführungen sprach, doch bestritt Berger zunächst, daß es die Stimme Himmlers sei, doch nach einem erneuten Abspielen meinte er, *„es könnte Heinrich Himmlers Stimme sein"*. Die Platten wurden dann als Beweisstücke angeboten. Berger ist nicht weiter zur Echtheit der Stimme verhört worden und ist unmittelbar nach Abspielen der Platten Weiteres erlassen worden. Nur mit Zögern hat das Gericht diese Grammophonaufnahmen als Beweisstücke akzeptiert:

> „Richter Powers: „Nun, ich denke, es liegt hier auf den ersten Blick ausreichend Beweismaterial vor, daß es die Stimme Heinrich Himmlers ist, um das vorliegende Beweisstück rechtens anzunehmen. Es gibt jedoch keinen Beweis, daß (die Rede) in Posen oder an einem anderen Ort gehalten worden ist. Die Platten werden als Beweisstücke für das allgemeine Verhalten Himmlers in die Akten aufgenommen"

Der einzige „auf den ersten Blick"-Beweis für die Echtheit der Stimme (an nur einer Stelle der Rede) war m.W. die Erklärung Bergers an einer Stelle, daß die Stimme die von Heinrich Himmler sein könnte.
Nach unserer Beurteilung legte die Anklage nicht einen Fetzen des Beweises vor, daß es die Stimme von Heinrich Himmler war, oder auch, daß die Posener Rede überhaupt auf Platten aufgenommen worden ist. Reitlinger vermerkt, daß eine Teilaufnahme der Posener Rede existiere, - doch sagt er weder, welcher Teil, noch wie es möglich war, über solche Zusammenhänge höchster Geheimhaltungsstufe während des Krieges überhaupt vor einem solch großen Kreis zu reden oder gar Schallplattenaufnahmen zu fertigen, zumal Himmler selbst erklärt haben soll, daß er davon *„niemals sprechen will (...) öffentlich"* (39) Und dann sollen außerdem noch diese Platten ausgerechnet in die Hände seines politischen Rivalen Alfred Rosenberg gefallen sein! Bedenkt man alles dies, so kann man sicher sein, daß wir hier eine weitere Fälschung vorliegen haben.

Es ist zutreffend, daß Pohl im Verfahren 4 bezeugt hat, er wäre bei der Posener Rede anwesend gewesen und Himmler habe dabei tatsächlich Bemerkungen über Judenvernichtungen gemacht. Doch Oswald Pohl hat in seiner Verteidigung Nutzen aus der Tatsache zu ziehen versucht, der Gestapo und dem RSHA Vernichtungsbeschuldigungen anzulasten, da ihn dies zu entlasten und ihm beim Siegertribunal Mäßigung im Urteil einzutragen schien. Pohls Hinweis, daß er erst durch diese Posener Rede aus dem Munde Himmlers von Vernichtungsmaßnahmen gehört habe, rückten diese gemäß seiner Aussage soweit außerhalb seiner dienstlichen Verantwortlichkeit, daß er damit selbst nichts zu tun gehabt haben konnte. Bedauerlich ist, daß das Tribunal durch diese sicherlich eigennützige Verteidigungsstrategie Pohl's in der Annahme bestärkt wurde, daß alle die unterstellten Aussagen von Heinrich Himmler Fakten seien. (40)

Wenden wir uns nunmehr einem weiteren Dokument zu : gewissen Bemerkungen im Tagebuch von Dr. Joseph Goebbels. Wie der Herausgeber erklärt, *„wurden die Aufzeichnungen auf Papier mit feinem Wasserzeichen maschinegeschrieben, gingen dann durch verschiedene Hände, bis sie in den Besitz eines Mr. Frank E. Mason gelangten"*. Dementsprechend ist die Authentität des Gesamtmanuskriptes äußerst fragwürdig, selbst wenn diese für viele Teile des Materials irgendwie nachweisbar ist. Bemerkenswert : David Irving hat in seinem Buch *Hitler und seine Feldherren* (S.III) die von Rudolf Semmer veröffentlichten Tagebücher von Goebbels zu jenen gezählt, über die er als Historiker entsetzt und depremiert war, da sie sich *„bei genauem Hinsehen als Fälschungen erwiesen, oder bei denen sich herausstellte, daß man sie in wichtigen Passagen frisiert hatte - ohne Ausnahme immer zu Hitlers Nachteil"*.

Fälschung mittels Schreibmaschine ist einfach. Die gebundene Ausgabe der Tagebücher enthält sogar die Erklärung der US-Regierung, daß sie sich für die Authentität des Manuskriptes weder verbürgt noch sie bestreitet. Wilfried von Oven hat in seinem Buch *Mit Goebbels bis zum Ende* (Buenos Aires 1949) bekundet, daß die auf einer Spezialschreibmaschine niedergelegten Tagebücher am Ende des Krieges verbrannt worden sind,

daß aber vorher ein Mikrofilm angefertigt worden sei. (41) Wie immer dem auch sei : Ausführungen in den nach Kriegsende veröffentlichten Tagebuchnotizen des ehemaligen Reichspropagandaministers über Vernichtungen von Juden stellen keinerlei historischen Faktenbeweis dar, zumal selbst seine Gegner ihm nie unterstellt haben, jemals Tatzeuge solcher Aktionen gewesen zu sein, er solches also höchstens vom Hörensagen hätte erfahren können.

Der noch verbleibende Teil der Vernichtungslegende dreht sich um die Vernichtung russischer Juden in Gaswagen oder durch Erschießung seitens der Einsatzgruppen. Dies ist der einzige Teil der Legende, der ein Körnchen Wahrheit enthält.

Zur Zeit des deutschen Angriffes gegen die Sowjetunion im Juni 1941 wurde ein Führerbefehl des Inhalts erlassen, worin es heißt daß in Erwartung einer ähnlichen sowjetischen Maßnahme der Krieg mit dem Bolschewismus nicht auf der Grundlage der traditionellen Regeln für die Kriegführung durchgekämpft werden würde. Es seien daher notwendige Vorkehrungen zu treffen, um vor allem der Partisanenaktivität zu begegnen. Himmler wurde ermächtigt, selbständig und in eigener Verantwortung zu handeln. Jedermann wußte, daß damit Erschießungen von Partisanen und deren Kollaborateure eingeschlossen war. Vier Einsatzgruppen des SD mit einer Gesamtstärke von 3.000 Mann (d.h. je Gruppe zwischen 500 und 1.000 Mann) wurden mit dieser nicht verheißungsvollen Aufgabe betraut. Gutunterrichtete Stellen haben es übrigens bestätigt, daß solche Operationen gegen die Partisanen auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz unerläßlich waren, zumal sich die Sowjets keinerlei internationalen Regeln für die Kriegführung unterworfen hatten.

Wir hatten Gelegenheit, in verschiedenen Fällen zur Kenntnis zu nehmen, daß Juden im Kriege im Rücken der deutschen Front tatsächlich eine Gefahr für die Sicherheit der Truppen bildeten. Der Auszug aus dem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes macht dies sehr deutlich. Aufgabe der Einsatzgruppen war es, sich dieser Gefahren, die allerdings keineswegs von Juden allein heraufbeschworen wurden, mit allen Mitteln zu erwehren. Und so braucht man uns nichts weiter vorzumachen,

um in dem Verdacht bestärkt zu werden, daß die Einsatzgruppen viele Juden erschossen haben müssen, obwohl wir nicht wissen, ob „viele" 5.000, 25.000 oder 100.000 bedeuten. Daß auch viele Nichtjuden hiervon betroffen waren, das liegt in der Natur jener Kriegführung. Die Nachkriegsanklagen allerdings gehen weit darüber hinaus. Es wurde den Einsatzgruppen vorgeworfen, sich nicht nur mit der Kontrolle und Bekämpfung des Partisanenkomplexes befaßt zu haben, sondern ohne militärische Notwendigkeit Juden (und Zigeuner) nur deshalb vernichtet zu haben, weil sie einer anderen Rasse und einem anderen Glauben angehörten. Doch allein schon von der Vernunft her muß der Gedanke zurückgewiesen werden, daß die Einsatzgruppen bei ihrer Gesamtstärke von 3.000 Mann ihre Zeit und Kräfte - als Grundhaltung - darauf verwendet haben sollten oder konnten, Ziele zu verfolgen, die nichts mit militärischen Erwägungen zu tun hatten. Hier stehen wir erneut vor einem Sachverhalt, der sich verschiedenartig interpretieren läßt. Es gab keinen schriftlichen Befehl, Juden zu vernichten. Gleichwohl erhielten die Kommandeure der Einsatzgruppen ihre Befehle mündlich und zu verschiedenen Zeitpunkten. Ohlendorf befehligte Gruppe D in Südrußland und erhielt seine Befehle mündlich im Juni 1941 von Streckenbach. Rasch, der mit Gruppe C unmittelbar nördlich von Ohlendorf operierte, erhielt seine Befehle erst im August. Die Gruppen A und B wurden im Bereich der baltischen Staaten und im Südosten davon tätig; ihre Befehlsgeber waren Stahlecker und Nebe. (43)

Den Hauptbeweis für Vernichtungen bildet ein gewaltiger Berg von Dokumentenmaterial, der ganz einfach ein Witz ist. Da gibt es das berühmte Dokument 501-PS, das die Sowjets bei einem Schauprozeß vorgelegt haben, den sie im Dezember 1943 aufgezogen hatten. (44) Ein Teil davon besteht aus einem Schreiben an Rauff in Berlin, geschrieben von einem SS-Untersturmführer Becker. Es handelt sich wahrscheinlich um das einzige Dokument, das angeblich von Becker abgezeichnet worden ist. Zur Zeit des Nürnberger Prozesses soll Becker längst tot gewesen sein. Dieses Dokument lautet : (45)

> „Die Überholung der Wagen bei der Gruppe D und C ist beendet. Während die Wagen der ersten Serie auch bei nicht allzu schlechter Wetterlage eingesetzt werden können, liegen die Wagen der zweiten Serie (Saurer) bei Regenwetter vollkommen fest (...) Die Wagen der Gruppe D habe ich als Wohnwagen tarnen lassen (...) geben die Fahrer durchweg Vollgas. Durch diese Maßnahme erleiden die zu Exekutierenden den Erstickungstod und nicht wie vorgesehen, den Einschläferungstod"

Der Text des Dokumentes klingt genauso falsch, wie man es von einem derartigen Dokument erwartet. Angeblich ist es von einem völlig unbekannten SS-Junker verfaßt und fiel den Sowjets 1943 „zufällig" in die Hände! Alexander Solschenizyn erwähnt in seinem *Archipel Gulag* einen Fall des Bayern Jupp Aschenbrenner, den die Sowjets dazu gebracht haben, eine ähnliche Erklärung zu unterschreiben, daß er im Krieg mit Gaswagen gearbeitet habe, doch konnte Aschenbrenner später beweisen, daß er zu der Zeit, in der er angeblich mit solchen Wagen gearbeitet haben soll, in Wirklichkeit in München war, um sich als Elektroschweißer auszubilden. (46) Das am häufigsten zitierte Material ist eine Sammlung von Dokumenten, die vorgeben, Tagesberichte und andere Einsatzmeldungen der Einsatzgruppen an Himmler und Heydrich für die Zeit von Juni 1941 bis Mai 1942 zu enthalten. Die Nummern der Dokumente sind 180-L (angeblich ein Bericht von Stahlecker, in Himmlers Akten gefunden!) (47), 2273-PS (ein weiterer angeblicher Tätigkeitsbericht Stahleckers bis zum 31.1.1942, *„von den Russen in Riga erbeutet"*; Stahlecker kam im März 1942 um (48), 119-USSR und viele andere, zu zahlreich, um sie alle aufzuzählen; die meisten tragen Nummern um NO-3000 herum. Neben der Schilderung regulärer Partisanenbekämpfung enthalten die Berichte Einzelaktionen von Massenerschießungen gegenüber Juden, wobei die Zahl der Opfer meist in die Tausende geht. In den meisten Fällen wird vermerkt, daß viele Kopien, manchmal bis zu hundert in die Verteiler zum Vertrieb gegeben wurden. Sie sind hektografiert, Unterschriften sind selten, und wenn welche vorhanden sind, stehen sie auf unverdächtigen Seiten. Dokument NO-3159 trägt beispielsweise als Unterschrift R.R. Strauch, doch nur auf einem Deckblatt, das die Einsatzorte der verschiedenen Einheiten der Einsatzgruppen an-

gibt. Auf der gleichen Linie liegt das Dokument NO-1128, angeblich ein Bericht Himmlers an Hitler, u.a. über die Exekution von 363.211 Juden in Rußland von Aug. bis Nov. 1942. Diese Behauptung findet sich auf einer maschinegeschriebenen Tabelle, S. 4, während die angeblich von Himmler stammenden Initialen (ohnehin leicht zu fälschen mit zwei senkrechten Strichen + einem Querstrich = „H") auf der irrelevanten ersten Seite stehen sollen. (49)

In diesem Zusammenhang nehme der Leser bitte zur Kenntnis, daß, wenn er sich mit gedruckten Wiedergaben von Dokumenten in den IMT- und NMT-Bänden befaßt, handschriftliche Signaturen nicht als selbstverständlich angenommen werden dürfen, es sei denn, es ist ausdrücklich vermerkt, daß die Signatur handschriftlich ist! „gez." bedeutet im allgemeinen nur den maschinegeschriebenen Namen. Dokument 180-L ist z.B. in den Bänden des IMT in deutsch wiedergegeben, während sich in den NMT-Bänden Auszüge in englisch befinden. In beiden Fällen werden Unterschriften angegeben, aber das eigentliche Dokument weist lediglich „gez. Dr. Stahlecker" an zwei Stellen in Maschinenschrift auf. (50)

Zwei Dokumente gibt es, von denen es heißt, daß Hinrich Lohse, der ehemalige Reichskommissar für die Ostgebiete, sie abgefaßt habe. Lohse war auch jener, an den das Schreiben von Wetzel über das „Brack-Mittel" gerichtet war. Eines der Dokumente dreht sich um die Sonderbehandlung. Wie Wetzel ist auch Lohse in Nürnberg niemals als Zeuge aufgetreten. Jedoch : Im Gegensatz zu Wetzel ist Lohse vor ein deutsches Nachkriegsgericht gestellt worden, das ihn zu 10 Jahren Haft verurteilt hat. Allerdings ist er 1951 wegen Krankheit entlassen worden, erhielt eine Pension, die ihm kurze Zeit darauf auf öffentliche Proteste hin wieder entzogen worden ist. Was die ihm zugeschriebenen Dokumente anbelangt, so bemerkt Reitlinger, daß sie ihn vor den alliierten Militärtribunalen und vielleicht sogar vor dem Galgen bewahrt hätten, weil sie zwar von Greuel sprechen, doch so formuliert sind, daß sie den Verfasser als Gegner der Verbrechen ausweisen. Das Dokument über die Sonderbehandlung ist ein Schreiben Lohses an Rosenberg vom 18. Juni 1943. Das

eigentliche Dokument 135-R scheint, so behauptet man, ein nicht abgezeichneter Durchschlag des Schriftwechsels zu sein, den man in irgendwelchen SS-Akten gefunden habe. Die betreffende Passage lautet : (51)

> „Daß die Juden sonderbehandelt werden, bedarf keiner weiteren Erörterung. Daß dabei aber Dinge vorgehen, wie sie in dem Bericht des Generalkommissars vom 1. Juni 1943 vorgetragen werden, erscheint kaum glaubhaft. Was ist dagegen Katyn? „

Drei nicht abgezeichnete Berichte, angeblich von dem Generalkommissar Wilhelm Kube für Weißrußland, sind dem Dokument beigefügt. Das zweite Lohse-Dokument ist 3663-PS und dies ist eines von mehreren Dokumenten, die durch große Unregelmäßigkeiten (Formfehler) seit der Bearbeitung durch das YIVO (Jiddisches Wissenschaftsinstitut) in New York gekennzeichnet sind, bevor sie als Nürnberger Prozeßdokumente vorgelegt wurden. Es gibt rund 70 solcher Dokumente, die Sergeant Szajko Frydman von der 82. *US-Airborn-Division* im September 1945 im Rosenbergministerium gefunden haben will. Frydman war jedoch sowohl vor als auch nach seinem Dienst in der *Army* Mitarbeiter des YIVO (das YIVO ist in der Tat derartig aktiv in der Lieferung von angeblich im Rosenbergministerium gefundenen Dokumenten gewesen, daß man dort gut und gern auch Aufklärendes über die Herkunft des angeblichen Textes der Himmler'schen Posen-Rede erfahren könnte!) Der erste Teil des Dokumentes ist auf den Briefbögen des Ministeriums geschrieben. Es ist ein Schreiben an Lohse vom 31. Oktober 1941 und trägt eine maschinegeschriebene Signatur von Dr. Leibrandt, sowie einen unleserlichen handschriftlichen Vermerk von irgendeinem anderen. Es lautet :

> „Von Seiten des Reichs- und Sicherheitshauptamtes wird Beschwerde darüber geführt, daß der Reichskommissar Ostland Judenexekutionen in Libau untersagt habe. Ich ersuche in der betreffenden Angelegenheit um umgehenden Bericht."

Der zweite Teil des Dokumentes ist die Antwort, handgeschrieben auf der Rückseite des ersten Teils, möglicherweise von Trampedachs und mit den Initialen Lohse's (mit dem Buchstaben „L" etwa, 3,5 cm hoch) versehen. Es lautet :

> „Ich habe die wilden Judenexekutionen in Libau untersagt, weil sie in der Art der Durchführung nicht zu verantworten waren. Ich bitte, mich zu unterrichten, ob Ihre Anfrage vom 31. Oktober als dahingehende Weisung aufzufassen ist, daß alle Juden im Ostland liquidiert werden sollen? Soll dieses ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht und wirtschaftliche Interessen (z.B. der Wehrmacht an Facharbeitern in Rüstungsbetrieben) geschehen?
> Selbstverständlich ist die Reinigung des Ostlandes von Juden eine vordringliche Aufgabe; ihre Lösung muß aber mit den Notwendigkeiten der Kriegswirtschaft in Einklang gebracht werden.
> Weder aus den Anordnungen zur Judenfrage in der „braunen Mappe", noch aus anderen Erlassen konnte ich bisher eine solche Weisung entnehmen."

Lohse konnte keinen denkbaren Grund haben, die Authentität dieser Dokumente in einer Zeit hysterischer Menschenjagd zu bestreiten, denn sie entlasteten ihn ganz deutlich, obwohl in ihnen von Vernichtungen die Rede ist. Und dennoch werden durch diese Bekundung Lohse's unter Nachkriegstribunalverhältnissen für den Historiker diese Dokumente noch nicht unbedingt zu Tatbeständen.

Ein weiteres Dokument des YIVO ist 3428-PS, angebliches Schreiben von Kube an Lohse, worin von Transporten deutscher, polnischer und anderer Juden in das Gebiet von Minsk und von der Liquidierung einiger von ihnen berichtet wird. Aus der untersuchten, hektografierten Zusammenfassung wird keineswegs deutlich, ob das Dokument wirklich handschriftlich abgezeichnet gewesen ist. Wilhelm Kube wurde im September 1943 ermordet. (52)

Andere Dokumente tragen die Nummern 3660-PS bis 3669-PS. Die Dokumente werden verschiedenen Leuten zugeschrieben, z.B. Kube und Gewecke, und in jedem Fall beschreibt das Begleitmaterial, daß der Verbleib des Originals unbekannt sei und nur eine Fotokopie vorliege. Mit nur zwei Ausnahmen sind keine handschriftlichen Abzeichnungen vorhanden. Selbst Reitlinger scheint ob der Existenz dieser Berichte sowie anderer Dokumente dieser Art verwirrt zu sein, denn er schreibt: (53)

> „Es ist nicht leicht zu verstehen, warum die Mörder eigentlich so reichhaltige Beweise für ihre Taten hinterließen, denn trotz des viele Namen umfassenden „Verteilers" scheinen Knoblochs Berichte vor allem dazu bestimmt gewesen zu sein, Himmler und Heydrich zu beeindrucken. Hier finden sich neben zahllosen Versuchen, die tägliche Ernte des Todes so zu präsentieren, daß sich

höchst eindrucksvolle Gesamtzahlen ergeben, auch ziemlich amateurhafte Bemühungen um eine politisch wertende Berichterstattung."

Diese Amateur-Machwerke sind es, daß man hier von einer Fälschung überzeugt ist. Der Inhalt dieser Berichte ist in der Auswahl der berichtenden Vorgänge einfach albern. Um einige Beispiele aus den im NMT Band 4 verwendeten Auszügen zu bringen : (54)

„Die Taktik, Terror gegen Terror einzusetzen, funktionierte wunderbar. Die Bauern kamen 20 km und mehr weither zum Hauptquartier des Teilkommandos der Einsatzgruppe A, zu Fuß oder geritten, um Meldungen über Partisanen zu machen, Meldungen, die in den meisten Fällen richtig waren (...)
In diesem Zusammenhang soll von einem Einzelfall berichtet werden, der die Richtigkeit des Grundsatzes ‚Terror gegen Terror' beweist. In dem Dorf Jachnowa wurde auf Grund eines Berichts des Bauern Jemeljanow und nach weiteren Nachforschungen und Durchsuchungen festgestellt, daß Partisanen in dem Haus der Anna Prokowiewa zu essen erhalten hatten. Das Haus wurde am 8.8.1941 um etwa 21 Uhr abends niedergebrannt und seine Bewohner festgenommen. Kurz nach Mitternacht setzten Partisanen das Haus des Informanten Jemeljanow in Brand. Ein Einsatzkommando, das am folgenden Tag nach Jachnowa geschickt wurde, ermittelte, daß die Bäuerin Ossipowa den Partisanen gesagt hatte, es sei Jemeljanow gewesen, der die Meldung erstattet hatte, die unsere Aktion ausgelöst hat. Ossipowa wurde erschossen und ihr Haus niedergebrannt. Ferner wurden zwei 16-jährige Jugendliche des Dorfes erschossen, weil sie nach ihrem eigenen Eingeständnis die Information weitergegeben und den Partisanen Kurierdienste geleistet haben (...)
Einige Juden, die von den litauischen Schutzmannschaften nicht gründlich genug durchsucht worden waren, zogen Messer und Pistolen und stürzten sich mit Rufen wie ‚Es lebe Stalin!' und - ‚Nieder mit Hitler!' auf die eingesetzten Polizeimannschaften, von denen 7 verwundet wurden. Der Widerstand wurde sofort gebrochen. Nachdem 150 an Ort und Stelle erschossen worden waren, ging der Abtransport der übrigen Juden zum Exekutionsplatz reibungslos vonstatten (...)
Im Verlauf der größeren Aktion gegen Juden sind 3.412 Juden in Minsk, 302 in Wileika und 2.007 in Baranowice erschossen worden. Die Bevölkerung begrüßte diese Aktionen, als sie bei der Durchsuchung der Behausungen entdeckte, daß die Juden immer noch große Lebensmittelvorräte besaßen und ihre eigene Versorgung äußerst gering war.
Immer wieder treten die Juden auf, insbesondere im Bereich des Schwarzmarktes. In der Minsker Kantine, die die Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt und der Stadtverwaltung untersteht, haben 2 Juden große Unterschlagungen und Bestechungen begangen. Die auf diese Weise ergaunerten Lebensmittel wurden auf dem Schwarzen Markt verkauft."

Es ist unschwer zu erkennen, warum diese Dokumente existieren. Die Verfasser der Lügen würden außer Zeugenaussagen keine Beweise für ihre Behauptungen haben. Wir haben gesehen, daß es über Auschwitz eine Fülle von sichtbaren Fakten gab, womit man arbeiten konnte, und deren Bedeutung entstellt werden konnte. Transporte von Juden nach Auschwitz, von denen viele nicht wieder an ihren ursprünglichen Wohnort zurückgekehrt sind, umfangreiche Sendungen von Herstellungsmaterial für Blausäuregas und komplette Leichenverbrennungsanlagen, die Aussortierungen, schließlich der Gestank. Mit den Einsatzgruppen war das anders. Da gab es nur eines: die Erschießungen. Für sich allein ge- sehen macht diese Tatsache als Beweisunterlage keinen Eindruck, und diese überlegungen sind zweifellos der Anlaß gewesen, diese Dokumente so haufenweise zu fabrizieren. Dieses steht im Gegensatz zu dem Auschwitzschwindel, dessen Dokumentenfälschung ein nicht annähernd so hohes Ausmaß erreicht hat, wobei zudem die Fälschungen auch sorgfältiger ausgerichtet worden waren. Im Hinblick auf Auschwitz haben wir es mit in den USA fabrizierten Lügen zu tun, während bei den Einsatzgruppenunterlagen Moskau der Urheber war, - mit der entsprechend plumperen Handschrift.

Erwähnenswert ist, daß die Anschuldigungen bezüglich der Gaswagen in der sowjetischen Propaganda erst mitten im Krieg erhoben worden sind. Judenmassaker waren behauptet worden, natürlich, und zwar bereits im Entwicklungsstadium der Kriegspropaganda. Und die *New York Times*-Geschichte vom 6. April 1942 ist ein Beispiel dafür. Es wurde dort aber nicht behauptet, daß die Massaker mittels Gaswagen praktiziert wurden. Ein sowjetisches Propaganda-Machwerk der damaligen Zeit war das Buch *We shall not forgive* (Wir werden nicht vergessen) des Verlages für fremdsprachige Bücher in Moskau, 1942. Das Buch beginnt mit einer von Molotow am 27. April 1942 geschriebenen Zusammenfassung der Verbrechen, die angeblich von Deutschen bei ihrem Angriff auf die Sowjetunion begangen worden sein sollen. Die übrigen Teile des Buches behandeln die Anschuldigungen eingehend mit Kommentaren und Fotos, mit einigen klar erkennbaren Fälschungen darunter. Da die Deut-

schen praktisch mit jedem nur vorstellbaren Verbrechen belastet werden, legt man ihnen natürlich auch Judenprogrome und -massaker zur Last, doch seltsam: Gaswagen kommen darin nicht vor! Soweit uns bekannt ist, sind die ersten Behauptungen von Vernichtungen in Gaswagen auf russischem Gebiet (gegenüber den diesbezüglichen Anschuldigungen im polnischen Chelmno) im Juli 1943 aufgekommen, und zwar anläßlich eines sowjetischen Prozesses gegen elf Russen, die der Kollaboration mit Deutschen in Krasnodar angeklagt waren. Dieses deutet darauf hin, daß die russischen Gaswagenbeschuldigungen durch die Gaskammerpropaganda angeregt worden sind, die im Westen gegen Ende 1942 einsetzte. - wahrscheinlich aber auch als Propagandareaktion gegenüber den seit April 1943 weltweit bekannt gewordenen Katyn-Massenmorden der Sowjets, an den polnischen Offizieren im Jahre 1940. Jedenfalls ist das späte Auftreten der Gaswagenbeschuldigungen, genau wie im Fall der Auschwitzpropaganda, ein weiteres Indiz dafür, daß die Beschuldigungen Erfindungen sind. (55)

Auch eine bestimmte Sorte von Zeugenaussagen sollte hier noch zur Sprache kommen. Z.B. die Aussage von Otto Ohlendorf, SS-Gruppenführer und Wirtschaftsführer, der mit Himmler einige Differenzen gehabt hatte und als Folge davon sich dann für ein Jahr zur Kommandogruppe D, Sommer 1941 bis Sommer 1942, versetzt sah, und zwar nach Südrußland. Ohlendorf war der gebildetste von allen jenen, die in derartige Vorgänge verwickelt waren, und auf seine Aussage bezieht man sich am häufigsten.
Im IMT-Verfahren hatte Ohlendorf als Zeuge der Anklage im Sinne der Vernichtungsbehauptungen Erschütterndes ausgesagt. (56)
Die vorher gegen ihn zur Anwendung gebrachten Repressalien stellen den Schlüssel für seine Darlegungen dar. Er sagte aus, er habe den mündlichen Befehl erhalten, zusätzlich zu seinen Aufgaben die Vernichtung von Juden zu übernehmen, Gaswagen wären eingesetzt gewesen, um Frauen und Kinder zu töten, - das Dokument 501-PS wäre authentisch (Beckers Schreiben) und die Wehrmacht wäre ebenfalls in diese Dinge

verwickelt. *Damit bildete diese Belastung in Sachen Einsatzgruppen einen* Teil des IMT-Urteiles, worin sogar festgestellt wurde, daß Ohlendorf mit der Gruppe D Juden getötet habe. (57) Diese Feststellungen in dem IMT-Urteil, gewertet als „Beweis für festgestellte Tatsachen", wurden später im Verfahren gegen ihn im Fall 9 für ihn verhängnisvoll, da die Amerikaner die Bindung an die IMT Grundsatzurteile für die Nachfolgeprozesse verfügt hatten.

Gleichwohl war Ohlendorfs NMT-Zeugenaussage widersprüchlich. Er war an seine IMT-Aussage gekettet, die ihm die Anklage mit Bedacht vorhielt, doch versuchte er sich irgendwie herauszuwinden, und das Ergebnis war eine völlig zusammenhanglose Geschichte. (58) Er zog seine frühere Aussage zurück, wonach es spezifische Vernichtungsbefehle gegeben habe, aber im Kreuzverhör erklärte er, er habe zwar Juden und Zigeuner getötet, doch als Folge von Partisanenbekämpfungsmaßnahmen; es habe kein Programm gegeben, Juden und Zigeuner aus rassischen oder religiösen Gründen zu töten. Die Gesamtzahl aller von Gruppe D exekutierten Personen hätte während seines Jahres in Rußland rund 40.000 und nicht 90.000 betragen, wie er vor dem IMT ausgesagt hatte. Keine der Zahlen gibt irgendeinen Sinn, wenn Exekutionen nur im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen Partisanen ausgeführt wurden, sie sind aber erst recht ohne Sinn, wenn man gleichzeitig alle Juden und Zigeuner - Frauen und Kinder eingeschlossen - erschießen soll.

Ohlendorfs Aussage vor dem NMT ist demzufolge widersprüchlich, weil sie von den aussichtslosen Umständen, in denen er sich 1945/1946 befunden hat, nicht zu trennen war. Der einzige Teil der Ohlendorf'schen Aussage, die vielleicht von Wert ist, ist sein Einwand, daß die Berichte der Einsatzgruppen redigiert seien. Ohlendorf's Aussage steht auch im Widerspruch zu der des eh. SS-Obersturmbannführers Haensch, der ein Sonderkommando der Gruppe C sieben Wochen lang geführt hatte. Die Tatsache, daß Haensch nicht schon früher als Zeuge aufgetreten war, als andere vor Gericht standen, und die Tatsache, daß sein Rang niedriger war, hob die Zwangsumstände einer Haft in seinem Fall etwas auf, und gab ihm eine Freiheit, die Ohlendorf versagt geblieben war. Haensch sagte aus :

> „daß ihm beim Befehlsempfang nicht ein einziger Mensch jemals etwas von Juden als solchen im Zusammenhang mit Erschießungen durch Einsatzgruppen gesagt hätte und daß sein Sonderkommando tatsächlich nicht die Aufgabe gehabt hätte, Juden als solche zu erschiessen."

Haensch schätzte, daß sein Sonderkommando etwa 60 Menschen während seines Einsatzes erschossen habe. Alle diese Angaben standen im absoluten Gegensatz zu den angeblichen Berichten der Einsatzgruppen, worauf das Tribunal in seinem Urteil ausführlich einging und abschließend zum Fall Haensch feststellte : (59)

> „Man kann die Erklärung des Angeklagten nur als fantastisch abtun, wonach sein Vorgänger, der eingestandenermaßen Tausende von Juden auf Führerbefehl erschossen hat, und dessen Programm der Angeklagte Haensch fortsetzen sollte, nichts zu Haensch von dem Programm gesagt haben soll. Und wenn Haensch kühn erklärt, daß er zum ersten Mal überhaupt von einem Gemunkel über einen Führerbefehl erfahren habe, als er 6 Jahre später in Nürnberg ankam, dann gehört er in eine Kategorie von Unglaubwürdigkeit, die jeder Beschreibung spottet"

Ohlendorf und Haensch wurden beide zum Tode durch Erhängen verurteilt. Ohlendorf wurde 1951 hingerichtet, aber Haensch's Urteil wurde zu 15 Jahren Gefängnis umgewandelt.

Natürlich ist die grundlegende Argumentation aller Angeklagten im Fall 9 - und auch in fast allen anderen Verfahren -, die gewesen, daß, was immer sie getan haben, sie in Ausführung von Befehlen taten, deren Verweigerung durch Exekution geahndet worden wäre. Die Ankläger von Nürnberg haben einen Befehlsnotstand für deutsche Offiziere im Krieg abgelehnt. Dabei habe ich den starken Verdacht, daß jeder Ankläger und Richter im Siegertribunal dem Befehl gehorcht hätte, die Luftangriffe auf Hamburg, Dresden, Hiroshima und Nagasaki mitzumachen (wobei übrigens keiner militärische Gründe hatte).

Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, daß ich Erschießungen von offensichtlichen Zivilisten, Frauen und Kindern durch Einsatzgruppen im Zusammenhang mit ihrem Kampf in Rußland bestreite. Alle Erfahrungen im Einsatz gegen Partisanen, ob von den Briten, Franzosen oder den Amerikanern geführt, besagen, ganz unabhängig von fragwürdigen Be-

weisen bei den Nürnberger Prozessen, daß sich derartige Ereignisse abgespielt haben. Im Vietnamkrieg haben die Amerikaner vieles dabei mit Napalmbomben erledigt, und dann machten sie ein großes Theater darum, daß ein kleiner Leutnant erwischt wurde, als er dazu Revolverkugeln benutzte! (Der Fall My-lai des Leutnants Calley).

Es ist ein unglückliches Faktum, daß der Partisanenkampf, der irreguläre Guerillakrieg, natürlich auch die Erfordernisse derartige Operationen zu bekämpfen, zu dem Schmutzigsten überhaupt im Kampfgeschehen gehört, daß der Partisanenkampf keine deutsche Erfindung ist, daß er aber inzwischen zur regulären Erscheinung der Geschichte des 20. Jahrhunderts geworden ist. Es ist ein schmutziges Geschäft, wenn beide Seiten hochzivilisiert und von ähnlicher Kultur sind (ein gutes Beispiel ist die britische Kampagne gegen den irischen Aufstand 1916-1920, in dem beide Seiten mit beachtlicher Brutalität vorgegangen waren). Gravierender wirkt sich ein solcher Guerillakrieg aus, wenn eine Seite einer unzivilisierten oder halbzivilisierten Seite entstammt, dann nämlich steht man vor einer Situation, die für einen normal zivilisierten Menschen so gut wie nicht zu begreifen ist, zumal er selbst keine praktische Erfahrung damit haben kann. Es ist nur allzu einfach, von unserem wohnlichen Heim aus, uns moralisch über Aktionen zu entrüsten, bei denen es nachher heißt „Zivilisten, Frauen und Kinder seien getötet worden", ohne Anlässe und Umstände zu berücksichtigen und ohne neutrale, vorurteilsfreie Untersuchung.

Was ich bestreite, ist, daß man gefangenen Prozeßzeugen Glaubwürdigkeit unterstellen könnte, die behaupten, daß 3.000 Mann über militärische Aufgaben hinaus Ausrottungen vorgenommen hätten, die den Einsatz von ungleich stärkeren Kräften erfordert hätten. Wir können, vor allem angesichts der offenkundigen Fälschungen und Meineide, die im Zusammenhang mit den Einsatzgruppen vorliegen, dieses als Propaganda abtun. Was sich wirklich zugetragen hat, wird man wegen der Kargheit verläßlichen Beweismaterials nur annähernd, wenn überhaupt je in Erfahrung bringen können.

VII Die Endlösung

Wir haben gezeigt, daß die Vernichtungen ein Propagandaschwindel sind, d.h., wir haben dargelegt, was den Juden nicht geschehen ist. Um unsere Untersuchung zu vervollständigen, müssen wir zeigen, was denn nun wirklich passiert ist.
Die Frage, was mit den europäischen Juden geschehen ist, kann relativ leicht beantwortet werden, wenn man nur eine allgemeine Antwort erwartet. Schwieriger ist eine Antwort schon, erwartet man eine statistische Genauigkeit. Für die allgemeine Antwort würden vielleicht die dazugehörigen deutschen Dokumente ausreichen, z.B. um zu erfahren, was hohe deutsche Staatsbeamte über ihr politisches Vorgehen gesagt haben.
So ist die allgemeine Linie der deutschen Judenpolitik einfach zu erkennen: sie ist im NMT-Band 13 umfassend dargelegt. Die US-Anklagevertretung im Wilhelmstraßenprozeß präsentierte ein Dokument NG-2586, bestehend aus mehreren Teilen, deren jeder einzelne aus einem für die Entwicklung der deutschen Judenpolitik wichtigen Dokument besteht. Ein Teil, NG-2586-J ist eine Zusammenfassung der anderen Teile und somit eine nützliche komprimierte Darstellung des gesamten Vorgehens. Man kann kaum etwas besseres tun, als hier ganz einfach den Text eines Memorandums von Dr. Martin Luther, Vorgänger von Horst Wagner im ehemaligen Auswärtigen Amt vom 21. August 1942 wiederzugeben : (1)

„*1.* Der Grundsatz der deutschen Judenpolitik nach der Machtübernahme bestand darin, die jüdische Auswanderung mit allen Mitteln zu fördern. Zu diesem Zweck wurde im Jahre 1939 durch Generalfeldmarschall Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan eine Reichszentrale für die jüdische Auswanderung geschaffen und die Leitung Gruppenführer Heydrich als Chef der Sicherheitspolizei übertragen. Das Auswärtige Amt ist im Anschluß der Reichszentrale vertreten, der entsprechende Entwurf eines Schreibens an den Chef der Sicherheitspolizei ist durch den Herrn RAM zu 83/24 B im Februar 1939 genehmigt.

2. Der jetzige Krieg gibt Deutschland die Möglichkeit und auch die Pflicht, die Judenfrage in Europa zu lösen. Mit Rücksicht auf den günstigen Kriegsverlauf gegen Frankreich schlug D III im Juli 1940 als Lösung vor: alle Juden aus Europa zu entfernen und als Gebiet für die Aufnahme der Juden von Frankreich die Insel Madagaskar zu fordern. Der Herr RAM hat grundsätzlich der Aufnahme der Vorarbeiten zur Abschiebung der Juden aus Europa zugestimmt. Es sollte im engen Einvernehmen mit den Dienststellen des Reichsführers-SS vorgegangen werden (vergl. D III 200/40).
Der Madagaskar-Plan wurde vom Reichssicherheitshauptamt begeistert aufgenommen, das nach Ansicht des Auswärtigen Amtes die Dienststelle ist, die erfahrungsmäßig und technisch allein in der Lage ist, eine Judenevakuierung im Großen durchzuführen und die Überwachung der Evakuierten zu gewährleisten. Die zuständige Dienststelle des Reichssicherheitshauptamtes arbeitete darauf einen bis ins einzelne gehenden Plan für die Evakuierung der Juden nach Madagaskar und ihre Ansiedlung dort aus, der vom Reichsführer-SS gebilligt wurde. Gruppenführer Heydrich hat diesen Plan unmittelbar dem Herrn RAM im August 1940 zugeleitet (vergl. D III 2171).
Der Madagaskar-Plan selbst ist durch die politische Entwicklung überholt.
Daß der Führer beabsichtige, sämtliche Juden aus Europa zu evakuieren, teilte mir bereits im August 1940 Botschafter Abetz nach einem Vortrag beim Führer mit. (vergl. D III 2298)
Es bleibt mithin für D III die grundsätzliche Weisung des Herrn RAM bestehen, die Evakuierung der Juden im engsten Einvernehmen mit den Dienststellen des Reichführers-SS zu betreiben.

3. Die Verwaltung der besetzten Gebiete brachte das Problem der Behandlung der in diesen Gebieten lebenden Juden mit sich. Der Militärbefehlshaber in Frankreich sah sich als erster genötigt, am 27.9.1940 eine Verordnung über die Behandlung der Juden im besetzten Frankreich zu erlassen. Die entsprechende Weisung hat der Herr RAM Botschafter Abetz auf mündlichen Vortrag unmittelbar erteilt.
Nach dem Muster der Pariser Verordnung sind gleiche Verordnungen in den Niederlanden und in Belgien erlassen worden. Da diese Verordnungen ebenso wie die deutschen Judengesetze formell alle Juden unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit erfassen, kam es zu Einsprüchen ausländischer Mächte. u.a. zu Protestnoten der Botschaft der U.S.A., obwohl der Militärbefehlshaber in Frankreich durch interne Anweisung befohlen hatte, die Judenmaßnahmen nicht auf die Staatsangehörigen der neutralen Länder anzuwenden.
Der Herr Reichsaußenminister, hat auf Grund der amerikanischen Proteste entschieden, er halte es nicht für richtig, daß militärische Anweisung ergangen sei, amerikanische Juden auszunehmen. Es sei ein Fehler, Einsprüche befreundeter Staaten (Spanien, Ungarn) abzulehnen, dagegen den Amerikanern gegenüber Schwäche zu zeigen. Der Herr RAM halte es für notwendig, diese Anweisungen an die Feldkommandanturen rückgängig zu machen (vergl. D III 5449).

Entsprechend dieser Weisung sind die Judenmaßnahmen allgemein angewendet worden.

4. Durch Brief vom 24.6.1940 - Pol XII 136 - teilte Gruppenführer Heydrich dem Herrn RAM mit, das Gesamtproblem der rund 3 1/4 Millionen Juden in den unter deutscher Hoheitsgewalt stehenden Gebieten könne nicht mehr durch Auswanderung gelöst werden, eine territoriale Endlösung wäre nötig.
Aus dieser Erkenntnis heraus beauftragte Reichsmarschall Göring am 31.7.1941 Gruppenführer Heydrich, unter Beteiligung der in Frage kommenden deutschen Zentralinstanzen, alle erforderlichen Vorbereitungen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa zu treffen. (vergl. D III 709 g)
Auf Grund dieser Weisung beraumte Gruppenführer Heydrich am 20.1.1942 eine Sitzung aller beteiligten deutschen Dienststellen an, zu der von den übrigen Ministerien die Staatssekretäre und vom Auswärtigen Amt ich selbst erschienen waren. In der Sitzung erklärte Gruppenführer Heydrich, daß der Auftrag Reichsmarschalls Göring an ihn auf Weisung des Führers erfolgt sei und daß der Führer anstelle der Auswanderung nunmehr die Evakuierung der Juden nach dem Osten als Lösung genehmigt habe (vergl. Seite 5 der Anlage zu D III 29/42 g). Über die Sitzung ist Staatssekretär von Weizsäcker unterrichtet worden: eine Unterrichtung des Herrn RAM ist zunächst unterblieben, weil Gruppenführer Heydrich in Kürze eine neue Sitzung zusagte, in der genauere Einzelheiten der Gesamtlösung besprochen werden sollten. Zu dieser Sitzung ist es infolge der Beauftragung des Gruppenführers Heydrich mit den Geschäften des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren und infolge seines Todes nicht mehr gekommen.
In der Sitzung am 20.1.1942 habe ich gefordert, daß alle das Ausland betreffenden Fragen vorher mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt werden müßten, was Gruppenführer Heydrich zusagte und auch loyal gehalten hat, wie überhaupt die für Judensachen zuständige Dienststelle des Reichssicherheitshauptamtes von Anfang an alle Maßnahmen in reibungsloser Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt durchgeführt hat. Das Reichssicherheitshauptamt ist auf diesem Sektor in nahezu übervorsichtiger Form vorgegangen.

5. Auf Grund der zu 4. erwähnten Führerweisung wurde mit der Evakuierung der Juden aus Deutschland begonnen. Es lag nahe, gleich die jüdischen Staatsangehörigen der Länder mitzuerfassen, die ebenfalls Judenmaßnahmen ergriffen hatten. Das Reichssicherheitshauptamt richtete eine entsprechende Anfrage an das Auswärtige Amt. Aus Gründen der Courtoisie wurde über die Deutschen Gesandtschaften in Preßburg, Agram und Bukarest bei den dortigen Regierungen angefragt, ob sie ihre Juden in angemessener Frist aus Deutschland abberufen oder ihrer Abschiebung in die Ghettos im Osten zustimmen wollten. Dem Erlaß dieser Weisung haben vor Abgang zugestimmt: St.S., U.St.S.Pol. Dir. Ha Pol. Dir. Recht (vergl. D III 536 g).
Die Deutsche Gesandtschaft Bukarest berichtet zu D III 602 g, - die Rumänische Regierung überlasse es der Reichsregierung, ihre Juden gemeinsam mit den

deutschen in die Ghettos nach dem Osten abzuschieben. Sie habe kein Interesse daran, daß rumänische Juden nach Rumänien zurückkehrten.
Die Gesandtschaft Agram teilte mit, die Kroatische Regierung danke für die Geste der Deutschen Regierung, sie wäre aber für Abschiebung der Juden nach dem Osten dankbar. (vergl. D III 624 g)
Die Gesandtschaft Preßburg berichtete zu D III 661g, - die Slowakische Regierung sei mit der Abschiebung in die östlichen Ghettos grundsätzlich einverstanden. Die slowakischen berechtigten Ansprüche auf das Vermögen dieser Juden sollten aber nicht gefährdet werden. Die Drahtberichte sind auch dem Büro RAM wie üblich zugegangen.
Auf Grund der Berichte der Gesandten habe ich dem Reichssicherheitshauptamt zu D III 661g mitgeteilt, die Juden rumänischer, kroatischer und slowakischer Staatsangehörigkeit könnten mit abgeschoben werden, ihr Vermögen sei sicherzustellen. Dir. Pol. IV, R IX, HaPol. IV haben das Schreiben mit gezeichnet.
Entsprechend wurden die Abschiebungen der Juden aus den besetzten Gebieten gehandhabt.

6. Die Zahl der auf diese Weise nach dem Osten abgeschobenen Juden reichte nicht aus, den Bedarf an Arbeitskräften dort zu decken.Das Reichssicherheitshauptamt trat daher auf Weisung des Reichsführers-SS an das Auswärtige Amt heran, die Slowakische Regierung zu bitten, 20.000 junge, kräftige slowakische Juden aus der Slowakei zur Abschiebung in den Osten zur Verfügung zu stellen.
Die Deutsche Gesandtschaft Preßburg wurde zu D III 874 mit entsprechender Weisung versehen. Die Weisung haben abgezeichnet: der Herr Staatssekretär, U.St.S. Pol und Pol IV
Die Gesandtschaft Preßburg berichtete zu D III 1002, die Slowakische Regierung habe den Vorschlag mit Eifer aufgegriffen, die Vorarbeiten könnten eingeleitet werden.
Auf diese freudige Zustimmung der Slowakischen Regierung hin schlug der Reichsführer-SS vor, auch den Rest der slowakischen Juden in den Osten abzuschieben und die Slowakei so judenfrei zu machen. Die Gesandtschaft wurde zu D III 1559 Ang. II mit entsprechender Weisung versehen; den Entwurf der Weisung hat der Herr Staatssekretär abgezeichnet, nach Abgang wurde er dem Büro RAM und U.St.S. Pol zur Kenntnis gebracht.
Da das slowakische Episkopat inzwischen gegen den Abtransport der Juden bei der Slowakischen Regierung vorstellig geworden war, ist in der Weisung ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß es wegen der Evakuierung der Juden in der Slowakei auf keinen Fall zu innerpolitischen Schwierigkeiten kommen dürfe. Durch Drahtbericht zu D III 2006 berichtete die Gesandtschaft, die Slowakische Regierung habe sich mit dem Abtransport aller Juden ohne jeden deutschen Druck einverstanden erklärt und der Staatspräsident persönlich habe dem Abtransport zugestimmt. Der Drahtbericht hat beim Büro RAM vorgelegen. Die Slowakische Regierung hat außerdem zugestimmt, daß sie für jeden evakuierten Juden als Unkostenbeitrag 500.-RM zuzahlt.

Inzwischen sind 52.000 Juden aus der Slowakei fortgeschafft. Bedingt durch kirchliche Einflüsse und Korruptionen einzelner Beamter haben 35.000 Juden Sonderlegitimation erhalten. Ministerpräsident Tuka wünscht jedoch, die Judenaussiedlung fortzusetzen und hat deshalb um Unterstützung durch diplomatischen Druck des Reiches gebeten (vergl. D III 3865). Der Gesandte ist ermächtigt, diese diplomatische Hilfe in der Weise zu geben, daß er Staatspräsident Dr. Tiso gegenüber zum Ausdruck bringen darf, die Ausschließung der 35.000 Juden würde in Deutschland überraschen, umsomehr, als die bisherige Mitwirkung der Slowakei in der Judenfrage hier sehr gewürdigt worden sei. Diese Weisung ist von U.St. S. Pol und Staatssekretär mitgezeichnet.

7. Die Kroatische Regierung ist ebenfalls mit der Aussiedlung der Juden aus Kroatien grundsätzlich einverstanden. Im besonderen hält sie den Abtransport der 4-5.000 Juden aus der von den Italienern besetzten zweiten Zone (Zentren Dubrovnik und Mostar) für wichtig, die eine politische Belastung darstellen und deren Beseitigung zur allgemeinen Beruhigung dienen würde. Die Aussiedlung kann allerdings nur mit deutscher Hilfe erfolgen, da von italienischer Seite Schwierigkeiten zu erwarten sind. Praktische Beispiele von Widerstand italienischer Behörden gegen Kroatische Maßnahmen im Interesse vermögender Juden liegen vor. Im übrigen erklärte der italienische Stabschef in Mostar, der Umsiedlung nicht zustimmen zu können, da allen Einwohnern Mostars gleiche Behandlung zugesichert sei.
Nachdem inzwischen laut telefonischer Mitteilung aus Agram die Kroatische Regierung ihre schriftliche Zustimmung zu der vorgeschlagenen Aktion gegeben hat, hält es Gesandter Kasche für richtig, mit der Aussiedlung zu beginnen, und zwar grundsätzlich für das gesamte Staatsgebiet. Man könne es darauf ankommen lassen, ob sich im Zuge der Aktion Schwierigkeiten ergeben, soweit es sich um die von Italienern besetzten Zone handelt.
Eine entsprechende Vorlage (D III 562 g) an den Herrn RAM ist von Herrn St.S. von Weizsäcker angehalten worden, da er zunächst eine Rückfrage bei der Botschaft in Rom für notwendig hielt. Die Antwort steht noch aus.
Die Frage der italienischen Juden taucht in gleicher Weise bei der Evakuierung der Juden in Frankreich auf.
Botschafter Abetz weist im Hinblick auf den in Vorbereitung befindlichen Abtransport aus den besetzten französischen Gebieten daraufhin, daß ein dringendes politisches Interesse bestünde, durch die Evakuierungsmaßnahmen zunächst die fremdländischen Juden zu erfassen. Nachdem diese als Fremdkörper empfundenen Juden an sich schon besonders verhaßt seien, würde ihre Übergehung und damit quasi Privilegierung Mißstimmung erzeugen, umsomehr, als unter ihnen verantwortliche Urheber von jüdischen Terror- und Sabotageakten zu suchen waren. Es sei bedauerlich, daß gerade die Achse in diesem Punkt keine einheitliche Politik zu verfolgen scheine. Falls die Evakuierung der fremdländischen Juden nicht sofort möglich sei, sollte zunächst die Italienische Regierung veranlaßt werden, ihre Juden aus Frankreich zurückzuziehen.

Von italienischer Seite scheinen wirtschaftliche Interessen eine maßgebende Rolle zu spielen; deren Sicherung ist aber durchaus möglich, so daß an diesem Punkte kein Hindernis für die angestrebte Lösung zu liegen braucht.
Über diese Frage der italienischen Juden in Frankreich liegt eine Vortragsnotiz vom 24.7. zu D III 562g beim Herrn RAM vor.

8. Gelegentlich eines Empfanges durch den Herrn RAM am 26.11.1941 hat der Bulgarische Außenminister Popoff die Frage der Gleichbehandlung der Juden europäischer Staatsangehörigkeit angeschnitten und auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die Bulgarien bei der Anwendung seiner Judengesetze auf Juden fremder Staatsangehörigkeit habe.
Der Herr RAM erwiderte, er finde diese von Herrn Popoff angeschnittene Frage nicht uninteressant. Schon jetzt könne er ihm das eine sagen, daß am Ende dieses Krieges sämtliche Juden Europa würden verlassen müssen. Dies sei ein unabänderlicher Entschluß des Führers und auch der einzige Weg, dieser Frage Herr zu werden, da sie nur global einer umfassenden Lösung zugeführt werden könne und Einzelmaßnahmen wenig hülfen. Im übrigen solle man auf die Proteste wegen der Juden fremder Staatsangehörigkeit nicht allzu viel Wert legen. Wir ließen uns jedenfalls auf derartige Proteste von amerikanischer Seite nicht mehr ein. Er (der RAM) werde das von Herrn Popoff angeschnittene Problem im Auswärtigen Amt einmal durchprüfen lassen.
Der Herr RAM beauftragte mich, die zugesagte Prüfung vorzunehmen. (vergl. D III 660 g).
Auf meine grundsätzliche Vortragsnotiz vom 4.12.1941 zu D III 660g, die ich mit den entsprechenden Akten gleichzeitig absende, bitte ich verweisen zu dürfen. Diese Vortragsnotiz hat der Herr St.S. angehalten, weil er vorher noch eine Prüfung durch die Rechtsabteilung für notwendig hielt. Nach deren Ansicht stand der deutsch-bulgarische Handels-und Schiffahrtsvertrag den von mir vorgeschlagenen deutsch-bulgarischen Vereinbarungen entgegen. Ich habe daher die Deutsche Gesandtschaft Sofia zu D III 497g unter dem 19.6 angewiesen, unter Bezugnahme auf die Anregung des bulgarischen Außenministers Popoff bei seinem Empfang mit der Bulgarischen Regierung Fühlung zu nehmen und festzustellen, ob sie bereit sei, eine Absprache in der Judenfrage dahin zu treffen, keine Rechte aus dem Handels- und Schiffahrtsvertrag zugunsten von Juden bei Zusicherung der Gegenseitigkeit geltend zu machen.
Wenn von bulgarischer Seite die Frage gestellt werde, ob Deutschland bereit sei, Juden aus Bulgarien nach dem Osten abzuschieben, solle die Frage bejaht, hinsichtlich des Zeitpunktes der Abnahme jedoch ausweichend geantwortet werden. Dieser Erlaß ist vom Herrn St.S., U.St.S., Dir. Pol, Dir, Ha Pol, Pol IV, Ha Pol IV sowie R mitgezeichnet. Die Gesandtschaft hat entsprechende Noten mit der Bulgarischen Regierung gewechselt und berichtet, daß die Bulgarische Regierung in der Frage der Evakuierung grundsätzlich bereit ist, eine Absprache mit uns zu treffen. Damit ist die Grundlage gegeben, die bulgarischen Juden mit in die Judenmaßnahmen einzubeziehen. (D III 559 g und 569g).

9. An die Ungarische Regierung ist wegen Judenaussiedlung noch nicht herangetreten worden, weil der Stand der Ungarischen Judengesetzgebung bisher einen ausreichenden Erfolg nicht verspricht.

10. Gemäß der zu 8. erwähnten Zustimmung der Rumänischen Regierung wurde mit der Evakuierung der rumänischen Juden aus Deutschland und den besetzten Gebieten begonnen, worauf verschiedene rumänische Konsulate und der Rumänische Gesandte in Berlin, die ohne Weisung ihrer Regierung geblieben waren, intervenierten. Gesandter von Killinger wurde daher um Klarstellung gebeten. Die Gesandtschaft scheint sich hierzu des ihr zugeteilten Judenberaters Richter bedient zu haben, dem die Rumänische Regierung ihre frühere Zustimmung zur Einbeziehung der rumänischen Juden in die deutschen Maßnahmen bestätigte und dem der Stv. Ministerpräsident Mihai Antonescu den Wunsch des Marschalls mitteilte, die deutschen Dienststellen möchten auch die Aussiedlung aus Rumänien selbst durchführen und sofort mit dem Abtransport der Juden aus den Bezirken Arad, Timisoara und Turda beginnen.
Wegen der Einzelheiten darf ich auf meine Vortragsnotiz vom 17. 8. zu D III 649 verweisen.

11. Auf Wunsch der betreffenden Regierungen sind den Gesandtschaften Preßburg, Agram und Bukarest Judenberater zugeteilt worden. Sie sind auf Anfordern des Auswärtigen Amtes vom Reichssicherheitshauptamt zur Verfügung gestellt. Ihr Auftrag ist ein zeitlich begrenzter. Er endet, sobald die Judenfrage in dem betreffenden Lande als im deutschen Sinne gelöst anzusehen ist. Zunächst wurde davon ausgegangen, daß dies der Fall sei, sobald das bereffende Land den deutschen gleichwertige Judengesetze erlassen hat.
Daher wurde Richter bereits im vorigen Jahre durch das Reichssicherheitshauptamt aus Rumänien zurückberufen.
Auf dringende Anforderung der Gesandtschaft Bukarest wurde Richter trotz Sträubens des Reichssicherheitshauptamtes erneut der Gesandtschaft mit der ausdrücklichen *Absicht zugeteilt, ihn bis zur praktischen Endlösung in Rumänien* zu belassen (D 1III 703g und 1893g).
Da alle Verhandlungen mit der Rumänischen Regierung über das Auswärtige Amt gelaufen sind, ist der vom Reichsführer-SS vorgelegte Bericht des Obersturmführers Richter nur als interner Arbeitsbericht an das Reichssicherheitshauptamt zu bewerten. Die ungewöhnliche Form, die abschließende Besprechung durch Handschreiben des Stv. Ministerpräsidenten bestätigen zu lassen, ist sofort nach Eingang des Berichts durch Erlaß vom 17.d.Mts. in scharfer Form beanstandet worden; die offizielle Behandlung der Angelegenheit soll unverzüglich nachgeholt werden. Vorgänge sind mit D III 659 g bereits dorthin vorgelegt worden.
Die vorgesehenen Abschiebungen stellen einen weiten Schritt vorwärts auf dem Wege der Gesamtlösung dar und sind im Hinblick auf andere Staaten (Ungarn) sehr wichtig. Der Abtransport nach dem Generalgouvernement ist eine vorläufi-

ge Maßnahme. Die Juden werden nach den besetzten Ostgebieten weiterbefördert, sobald die technischen Voraussetzungen dazu gegeben sind.
Ich bitte daher, die Weiterführung der begonnenen Verhandlungen und Maßnahmen unter diesen Voraussetzungen in der vorgesehenen Form zu genehmigen.

Luther"

Das Material, das mit den Worten beginnt *„Wenn von bulgarischer Seite die Frage gestellt werde"* und mit den Worten endet *„Die Unterlagen sind dort bereits unter D III 659, Geheim"*, ist im NMT-Band 13 weggelassen worden. Das Datum 24. Juni 1940 des Dokumentes Pol XII, 136, im 4. Abschnitt scheint dem Zusammenhang entsprechend ein Irrtum zu sein; es muß 1941 heißen.

Dieses ist kein für sich allein stehendes Dokument. Es ist nicht nur die Zusammenfassung einer bestimmten Zahl von Dokumenten zu Maßnahmen der deutschen Reichsregierung gegenüber den Juden, sondern es umreißt alle Dokumente, die sich auf die Judenpolitik beziehen, außer denen, die wir als Fälschungen festgestellt haben. Die Endlösung bedeutete die Vertreibung aller Juden aus dem deutschen Einflußbereich in Europa. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion bestand ihre spezifische Bedeutung in der Umsiedlung dieser Juden nach dem Osten. Die deutschen Dokumente dieser Stufe (von denen, die erhalten geblieben sind) drücken dieses unmißverständlich aus. Selbst von den Vernichtungs-Mythologen wird dies eingeräumt, indem sie dieses eben eine verschlüsselte Formulierung für Vernichtung bezeichnen. (2)

Mehrfach haben wir bereits auf diesen Umsiedlungsplan nach dem Osten hingewiesen. Am deutlichsten kommt er in dem Auszug aus dem Bericht des Roten Kreuzes zum Ausdruck, der - ungeachtet seiner doppeldeutigen Bemerkungen über Vernichtung - eine Darstellung gibt, die sich ziemlich eng an die Schilderung im Dokument NG-2586-J hält, einen Plan zur Auswanderung aus dem Jahre 1939. Waren die Juden in der nachfolgenden Kriegszeit bezüglich der Slowakei zur Zwangseinwanderung in unter deutscher Herrschaft stehende Gebiete vorgesehen, so vollzogen sich andere Umsiedlungen weniger zielgerichtet: So kehrten z.B. viele rumänische Zwangsumsiedler aus dem Osten zurück, ob-

wohl es dort entsprechende Gelegenheiten gegeben hätte, sie zu vernichten, so dies vorgesehen gewesen wäre. Trotz der mehrfachen vagen und doppeldeutigen Bemerkungen über Endlösung oder auch Vernichtung bestätigt der Rote-Kreuz-Bericht in seiner Konsequenz, daß die Deutschen das taten, was aus ihren nach dem Krieg vorgelegten zentralen Dokumenten zu entnehmen war.

Diese deutschen Dokumente werden nicht nur von kompetenten neutralen Stellen bestätigt, sondern auch von den ehemaligen Gegnern selbst. Vorher haben wir von den nach Auschwitz geschickten Theresienstädter Juden gesprochen, wie es auch im WRB-Bericht steht. Die Art ihrer Behandlung hat nur einen Sinn, wenn Birkenau ein Durchgangslager für sie war. Darüber hinaus ist der im Kap. IV angeführten israelischen Quelle zu entnehmen, daß die Theresienstädter Juden tatsächlich in den Osten verbracht wurden. Damit berichten auch gegnerische Quellen, daß die Deutschen das taten, was ihre Dokumente besagen.

Die große Mehrheit der deutschen Juden war auf Grund des Drucks schon vor Ausbruch des Krieges ausgewandert. Den Deutschen war es ziemlich gleichgültig, wohin die Juden auswanderten. Palästina schien auf Grund der britischen Balfour-Erklärung von 1917 eine gute Möglichkeit zu bieten, doch verliefen derartige Verhandlungen mit den Briten nicht sehr erfolgreich, wollten diese doch ihre guten Beziehungen zu den Arabern erhalten, die damals die Mehrheit der Bevölkerung Palästinas bildeten. Dennoch fand eine ständige jüdische Auswanderung von Europa nach Palästina statt, die aber schließlich durch die im britischen Weißbuch vom Mai 1939 bekanntgegebene Politik zu einem dünnen Gerinnsel reduziert wurde. (3)

Der Madagaskar-Plan, so fantastisch er heute wirken mag, ist von den Deutschen durchaus ernstgenommen worden, wenngleich nichts dabei herauskam. Der im Juni 1941 beginnende Rußlandfeldzug veränderte die Gesamtlage. Er verhärtete die Fronten grundsätzlich und eröffnete neue Umsiedlungsmöglichkeiten, was zu Görings bekanntem Schreiben zur Endlösung der Judenfrage unter dem 31. Juli 1941 führte : (4)

„In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24.1.1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschnen Einflußgebiet in Europa.
Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.
Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen."

(handschriftlich) Göring

Dieser Brief wird gewöhnlich unter Auslassung des Hinweises auf die „Auswanderung und Evakuierung" zitiert. (5) Im Einklang mit Görings Bezugnahme auf die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berief Heydrich am 20. Januar 1942 die sogenannte Wannsee-Konferenz (in Berlin Wannsee) ein. Zumal weder Himmler noch Heydrich - selbst Göring nicht! - eine Befehlsmöglichkeit gegenüber anderen Ministerien hatte, konnte Heydrich lediglich untergeordnete Beamte anderer Ministerien zu einem zwanglosen Informations- und Arbeitstreffen bzw. -essen einladen, was er dann auch tat. Eichmann hatte darunter den zweitniedrigsten Rang. Sinn der Besprechung war es, die Zielvorstellungen Görings bekanntzumachen und eine freiwillige Koordinierung der anderen Ministerien in diesen Angelegenheiten zu empfehlen.
Die Besprechung diente der gegenseitigen Information; dort wurde nichts abgestimmt, auch nichts beschlossen, natürlich auch keinerlei Direktive weitergegeben oder erteilt. Der Gehilfe der amerikanischen Anklage, der ehemalige deutsche Emigrant Dr. Kempner, präsentierte dem NMT ein Protokoll jener Konferenz, das auch insofern recht mysteriös ist, als es keine Unterschrift und kein Fertigungsdatum enthält. Niemand hat bisher dieses Protokoll sachkritisch auf seine Echtheit hin geprüft, was jedoch nicht hindert, es unentwegt als authentisch zu verbreiten. Dieses Protokoll erhielt vom IMT die Nummer NG-2586-G; es ist relativ lang, doch der Kern des Projektes kam dabei wie folgt zum Ausdruck : (6)

„Inzwischen hat der Reichsführer-SS und der Chef der Deutschen Polizei im Hinblick auf die Gefahren einer Auswanderung im Kriege und im Hinblick auf die Möglichkeiten des Ostens die Auswanderung von Juden verboten.
Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit - nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer, die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.
Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.
Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.
Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe Erfahrung der Geschichte).
Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozialpolitischen Notwendigkeiten vorweggenommen werden müssen.
Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sog. Durchgangsghettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden. - Wichtige Voraussetzung, so führte SS-Obergruppenführer Heydrich weiter aus, für die Durchführung der Evakuierung überhaupt, ist die genaue Festlegung des in Betracht kommenden Personenkreises.
Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto (vorgesehen ist Theresienstadt) zu überstellen.
Neben diesen Altersklassen - von den am 31. Oktober 1941 sich im Altreich und der Ostmark befindlichen etwa 280.000 Juden sind etwa 30% über 65 Jahre alt - finden in den jüdischen Altersghettos weiterhin die schwerkriegsbeschädigten Juden und Juden mit Kriegsauszeichnungen (EK 1) Aufnahme. Mit dieser zweckmäßigen Lösung werden mit einem Schlage die vielen Interventionen ausgeschaltet. Bezüglich der Frage der Auswirkung der Judenevakuierung auf das Wirtschaftsleben erklärte Staatssekretär Neumann, daß die in kriegswichtigen Betrieben im Arbeitseinsatz stehenden Juden derzeit, solange noch kein Ersatz zur Verfügung steht, nicht evakuiert werden können.
SS-Obergruppenführer Heydrich wies darauf hin, daß diese Juden nach den von ihm genehmigten Richtlinien zur Durchführung der derzeit laufenden Evakuierungsaktionen ohnedies nicht evakuiert würden.

> Staatssekretär Dr. Bühler stellte fest, daß das Generalgouvernement es begrüßen würde, wenn mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen würde, weil einmal hier das Transportproblem keine übergeordnete Rolle spielt und arbeitseinsatzmäßige Gründe den Verlauf dieser Aktion nicht behindern würden (...) Von den in Frage kommenden etwa 2 1/2 Millionen Juden sei überdies die Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig (...) Er hätte nur eine Bitte, die Judenfrage in diesem Gebiet so schnell wie möglich zu lösen (...)"

Ich glaube, daß das Protokoll wahrscheinlich echt ist, doch könnte ich Unrecht haben. Jedoch gibt es keinen Zweifel, daß die Konferenz stattfand. Auf jeden Fall steht nichts von einer Ausrottung in dem Wannsee-Protokoll. Es war doch schon vor Kriegsbeginn unmöglich, Kabinettsitzungen abzuhalten, ohne daß noch am selben Abend BBC-London darüber Einzelheiten wußte, so war es doch mit Sicherheit auszuschließen, daß für einen solchen Vernichtungsplan 30 Reichsdienststellen durch untergeordnete Beamte hierüber im Kriegsjahr 1942 informiert worden sein sollen, - und darüber hinaus, daß die Weltöffentlichkeit dies erst nach der deutschen Kapitulation im Jahre 1945 erfahren habe.
Die deutsche Politik zielte darauf ab, die Juden nach dem Osten zu evakuieren. Im übrigen war es nicht einmal erforderlich, wollte man diese Tatsache herausfinden, deutsche Dokumente zu erbeuten. Während des Krieges war das wohlbekannt, und in den Anfängen des Umsiedlungsplanes ist dies ungezählte Male in der alliierten Presse berichtet und kommentiert worden. Im Fall der Anfang 1941 nach Polen verbrachten Wiener Juden hat die *New York Times* sogar geschrieben, *„sie hätten ihre neuen Behausungen sehr viel komfortabler gefunden als sie erwartet oder auch zu hoffen gewagt hätten"*. Spätere Berichte über das Umsiedlungsprogramm lauteten nicht so günstig, doch hat die Presse wenigstens in etwa berichtet, was dort vorging. (7)
Der einzige tatsachengerechte Aspekt in dem Evakuierungsplan in den Osten, der generell in Einklang mit den Vernichtungsbehauptungen steht, ist, daß viele in die polnischen Lager verbrachten Juden nicht zurückgekommen sind, zumindest nicht zu ihren ehemaligen Wohnorten. Dieses ist offenbar der Grund, warum viele Menschen, mit mehr

oder weniger Wissen aus erster Hand über bestimmte Personen die Vernichtungsbehauptungen akzeptiert haben. Doch ist auch in dieser Frage eine Klärung an sich einfach. Diese Lager dienten dem Evakuierungsplan zufolge als Durchgangslager für den Transport in den Osten. So war auch Birkenau, wie bereits vermerkt, auch Durchgangslager für Juden aus Theresienstadt und Auschwitz allgemein Durchgangslager auch für holländische Juden. Sogar das ehemalige Kriegsgefangenen- und anschließende Konzentrationslager Lublin (Maidanek) hatte zuweilen diese Funktion ebenfalls. (9) Das Arbeitslager Treblinka, das anscheinend nicht dem WVHA unterstand, diente eindeutig ebenfalls (vornehmlich für Warschauer Juden) als Durchgangslager. Wie im Falle Auschwitz hält Reitlinger die nach dem Kriege unterbreiteten Unterlagen bezüglich Vergasungen in Treblinka nur schwer mit einander vereinbar. Sobibor ist ausdrücklich als Durchgangslager bezeichnet worden. (10)

Es mag dem Leser verwundern, daß die von uns untersuchten Dokumente, die beweiskräftig das Nichtvorhandensein eines Vernichtungsplanes belegen, von den Förderern der Vernichtungslegende nicht mit Schweigen übergangen worden sind, sondern uns kühn als Beweis dafür, daß es einen Vernichtungsplan gegeben habe, ins Gesicht geschleudert werden. Dieser Sachverhalt liegt nicht nur der Sammlung von Dokumenten im NMT-Band 13 zugrunde; Reitlinger und Hilberg ist es offensichtlich völlig ernst damit, diese Unterlagen für ein Vernichtungsprogramm als relevant anzusehen. Dementsprechend wird die Evakuierung in den Osten zu einem Deckwort für Vernichtung interpretiert, bzw. gemacht.

Die Förderer der Vernichtungslegende haben sich darauf festgelegt, daß den Einsatzgruppen in Rußland die Aufgabe übertragen worden war - u.a. natürlich -, Juden zu vernichten, nur deshalb, weil sie Juden waren, und daß diese Aufgabenstellung ein Teilbereich des gesamten Endlösungsplanes darstellte. Diese Interpretation schließt jedoch ein, daß ein solcher Entschluß nicht erst 1942, sondern bereits schon zu Beginn des Rußlandfeldzuges im Sommer 1941 gefaßt worden sein mußte. Daher versteifen sich sowohl Reitlinger als auch Hilberg auf dieses Datum, un-

geachtet dessen, daß Görings Schreiben an Heydrich vom 31.7.1941 deutlich sagt, daß die Endlösung ein Plan zur Auswanderung und Evakuierung war, der auf den vorangehenden Vorstellungen zur Auswanderung aufbaute. Dabei stört es sie beide offenbar darüber hinaus auch nicht, daß sie selbst eingestanden haben, daß die Deportationen reichsdeutscher Juden nach Rußland und den baltischen Staaten im Herbst 1941 eingesetzt hatten. (11)

Auch die Wannsee-Konferenz deuten sie beide als getarnte Erörterung der Vernichtungsabsicht aus, wobei sie sich über ihrer grundsätzlichen Einstellung entgegenstehende Begriffe und Formulierungen hinwegsetzen und andere Formulierungen mit ihren eigenen Interpretationen in den Vordergrund stellen wie z.B. den Satz vom *„verbleibenden Restbestand, bei dem es sich um den widerstandsfähigsten Teil handele, der entsprechend behandelt werden soll"*. Diese Worte könnten vielerlei bedeuten. Die Version des Wannsee-Protokolls, die im NMT-Band 13 abgedruckt ist, enthält übrigens die Worte „bei Freilassung" nicht; die Herausgeber haben sie gestrichen. Dieses läßt durchblicken, daß die Herausgeber selber die Worte vielleicht als eine Empfehlung interpretiert haben, daß der Restbestand freigelassen werden sollte. In seinem Kommentar zu dem Wannsee-Protokoll bemerkt Reitlinger *„was aber Heydrich diskreterweise verschwieg, daß die Abfassung umsichtiger Protokolle eine der großen Kunstfertigkeiten des Hitler'schen Reiches"* gewesen sei. Hilberg klärt den Mangel an Deutlichkeit einiger der Passagen (aus seiner Sicht) mit den Worten, daß *„wir aus der Sprache der Einsatzgruppenberichte wissen, daß man Töten meinte"*. Dies läuft darauf hinaus, daß Hitlers Reich umsichtig in seiner Formulierung von Protokollen geheimer Konferenzen gewesen sei, jedoch nicht umsichtig in der Wortwahl, die ausgerechnet für die ungewöhnlich weitgefächerten Verteiler der Einsatzgruppenberichte verwendet wurde.

Auf Grund anderer Zusammenhänge sieht sich Reitlinger genötigt, an anderer Stelle zu erklären, daß Rudolf Höß tatsächlich den Sommer 1942 als Zeitpunkt gemeint haben müsse, zu dem er seine konspirativen Vernichtungsbefehle von Himmler mündlich erhalten habe. Er wie auch

Hilberg setzen voraus, daß die Deportationen in den Osten dafür vorgesehen waren, die Juden auf die eine oder andere Weise umzubringen, und daß es sich lediglich um eine Änderung der Methode gehandelt habe, als Mitte 1942 in Polen Gaskammern errichtet worden sind.
Diese Theorie steht nicht in Einklang mit den Daten für die Planung und die vorhergehenden Arbeiten an den Krematorien in Auschwitz, die für Vernichtungen vorgesehen worden sein sollen. Danmit lenkt uns die Behauptung, die Dokumente müßten in dem, was sie besagen, anders ausgelegt werden als was sie beinhalten, zu unlösbaren Widersprüchen und Schwierigkeiten.
Auch in Grayzels *History* ist vermerkt, daß die Deutschen das taten, was in dem vorgenannten Dokument ausgesagt worden war :

> "Danach nahmen sie Massendeportationen vor. Sie wählten eine Anzahl von Orten in Osteuropa aus, wohin sie Juden aus anderen Gebieten konzentrierten, im Einklang mit der von ihnen freimütig bekannten NS-Politik, ganz Europa vom jüdischen Einfluß zu befreien."

Im nachfolgenden Absatz widerspricht Grayzel dieser seiner Feststellung, indem er schreibt, daß die Deutschen das taten, wovon die alliierte Propaganda berichtete, nämlich Vernichtungen vornahmen, Gaskammern bauten ect. Grayzel unternimmt keinen Versuch, diese Widersprüche aufzuklären. (13)
Man mag sich darüber wundern, warum die Urheber des Schwindels uns die Dokumente serviert haben, die ganz allgemein das deutsche Vorgehen schildern. Die Betrüger standen vor folgenden Tatbeständen:

a) daß die Deutschen den Europäern erklärten, als die Deportationen in Gang gesetzt wurden, die Juden würden umgesiedelt;
b) daß über den Umsiedlungsplan in der alliierten Presse berichtet wurde;
e) daß es im Hinblick auf die Dokumente notwendig war, unter drei Möglichkeiten zu wählen:
   1. keine Dokumente aus hohen Führungskreisen zur Judenpolitik vorzulegen,
   2. gefälschte Dokumente dieser Art vorzulegen und schließlich

3. ausgewählte Dokumente zentraler Führungsstellen zu eben dieser Politik zu präsentieren.

Den Umständen gemäß schien die dritte dieser Möglichkeiten die geeignetere. Es war sichtlich besser, ein von Göring unterzeichnetes echtes Papier vorzulegen, das von der Endlösung der Judenfrage handelte, als ein gefälschtes oder gar keines vorzulegen. (Diese Darlegung bezog sich jetzt natürlich nicht auf das Wannsee-Protokoll, zumal Göring dort gar nicht anwesend war, sondern nur auf sein Schreiben an Heydrich vom 31.7.1941).

Obgleich Endlösung als Auswanderung und Evakuierung klar definiert ist, war der Sachverhalt nicht zu umgehen, daß die Nationalsozialisten ihre Zielsetzung in solche termini gefaßt haben. Folglich behaupteten die Vertreter der Vernichtungslegende einfach, daß es sich halt um eine verschlüsselte Ausdrucksweise handele.

In den Kriegsjahren war die Reichsregierung darangegangen, die Grenzen im Osten Deutschlands zu revidieren, aber auch Umsiedlungen vorzunehmen. So war es das Hauptziel des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, ausgesuchte Reichsdeutsche und Volksdeutsche Osteuropas in die an Deutschland im Osten angrenzenden, vornehmlich ehemals deutschen Gebiete um- und anzusiedeln. Juden und Polen wurden aus diesen Bereichen vertrieben und in verschiedene Plätze des Generalgouvernements verbracht, so z.B. in einigen Fällen auch auf Bauernhöfe, die von Volksdeutschen geräumt worden waren, aber auch in besondere Ghettos oder in sog. Z-Dörfer in Polen. Es würde sicher in unserer Geschichte etwas fehlen, wären nicht auch diese Umsiedlungen, die sich vor aller Öffentlichkeit vollzogen, zumal sie die Deutschbalten und Wolhyniendeutschen und auch andere Deutsche aus dem Balkan einschlossen, nicht auch irgendwie in die Vernichtungslegende eingebaut worden. Starhistoriker für diese Kombination ist R.L.Koehl, jener sonderbare Kerl, der im halbwissenschaftlichen Metier schreibt und von dem man nicht weiß, ob er es ernst meint, was er schreibt, von dem aber zu befürchten ist, daß doch manche es glauben mögen, was er schreibt. Koehl

bestätigt einen Vernichtungsplan, doch ist seine diesbezügliche Darstellung höchst merkwürdig : (14)

> „Die offizielle Version betont, daß die Juden weiter nach Osten in erobertes sowjetisches Gebiet verbracht worden seien, um sie nachhaltiger aus der deutschen Lebenssphäre zu entfernen. Wie viele andere deutsche Bekanntmachungen enthielt diese Version mehrere Körnchen Wahrheit :
> 1. Mit Juden gefüllte Eisenbahnzüge aus dem Reich wurden so weit wie möglich nach Osten zur Liquidierung verbracht, oftmals Nichtdeutschen wie Ukrainern oder Angehörigen baltischer Völker an Hand gegeben.
> 2. Die Polen sollten entsprechend dem anfänglichen Plan von Alfred Rosenberg als Minister für die Ostgebiete zur Umsiedlung in sowjetisches Gebiet (Smolensk) gelangen, um so das Generalgouvernement für deutsche Ansiedlung freizumachen."

Koehl bietet keinerlei Beweise für die Tötungen durch Ukrainer oder Angehörige baltischer Völker; die hierfür zitierten Quellen enthalten keine derartigen Bekundungen. Und dann wendet er sich den Vernichtungslagern zu : (15)

> „Im Herbst und Winter 1941/42 wurden die letzten 240.000 Juden der angrenzenden Provinzen in die neu errichteten Vernichtungslager von Kolo, Belczek, Maidanek und Sobibor verbracht."

Die Liste schließt Auschwitz aus, das im übrigen in Koehls Buch lediglich mit einer Äußerung über einige Deutsche vorkommt, die dorthin im Zusammenhang mit der Aktion Reinhardt (siehe unten) zur Bestrafung kamen, sowie in folgendem : (16)

> „Dr. Klukowski erklärte, daß von 691 Dörfern des Kreises Zamosc 297 bis zum Juli 1943 ganz oder teilweise geräumt worden seien. Er schätzte, daß 110.000 Polen und Juden aus dem Gebiet herausgenommen worden seien, von denen die Männer und Frauen im arbeitsfähigen Alter zur Zwangsarbeit in die Auschwitzer Hydrieranlage, die übrigen in die anderen 394 Z-Dörfer verbracht worden seien."

Daraus ziehe man seine eigenen Schlüsse. Koehls Buch *German Resettlement and Population Policy 1939-1945* (Deutsche Umsiedlungs- und Bevölkerungspolitik 1939-1945) sei dem Leser empfohlen, der sich ein ausführliches Bild der NS-Bevölkerungspolitik machen will, vor allem im Zusammenhang mit dem deutschen Nationalbewußtsein, der NS-Rassen-

lehre und der Parteipolitik der NSDAP, wobei er gleichzeitig auf unsere eingangs erwähnten Einwände hingewiesen sei.
Viele europäischen Juden wurden nach dem Osten deportiert, und wir müssen uns nunmehr etwas genauer mit diesem Deportationsprogramm befassen. Dazu erheben sich mehrere naheliegende Fragen: Wer wurde deportiert, wieviel, wohin, wie war das Leben dort, wohin sie verbracht wurden, und was geschah mit ihnen. Bis zu einem gewissen Grade sind hier nur teilweise oder provisorische Antworten möglich.
Zunächst müssen wir die Zahlen und Herkunftsorte der von diesem Umsiedlungsplan betroffenen Juden in Augenschein nehmen. Damit geraten wir in die Probleme, die bereits im Kap. I erörtert wurden. Eine Zählung der Juden kann schwierig sein. Doch sind wir nicht auf statistische Präzision aus, sondern auf die Größenordnung allgemein, auf annähernde Zahlen, die man auf Grund stichhaltiger Angaben verwenden kann, um zu zeigen, daß die deportierten Juden trotz allem leicht überleben konnten. Es mag somit für die erwogene Diskussion genügen, einfach nur bestimmte von Reitlinger und Hilberg angegebene Zahlen zugrundezulegen, obwohl man sich mit ihnen darüber in die Haare kriegen könnte. Die Zahlen beziehen sich auf Schätzungen von angeblich Getöteten. Man mag uns zubilligen, solche Zahlen allenfalls auf in den Osten Deportierte bzw. Umgesiedelte zu beziehen. Im Fall Reitlinger nehmen wir seine höhere Schätzung : (17)

	Reitlinger	*Hilberg*
Deutschland	180.000	160.000
Österreich	60.000	53.000
Tschechoslowakei	251.000	271.000
Dänemark		1.000
Frankreich	65.000	70.000
Belgien	28.000	50.000
Luxemburg	3.000	2.000
Norwegen	700	1.000
Holland	102.700	120.000
Italien	8.000	17.000
Jugoslawien	58.000	63.000
Griechenland	60.000	62.000
Insgesamt	816.400	870.000

In gewissem Grad gründen sich diese Zahlen auf deutsche Dokumente, vornehmlich den Korherr-Bericht (Dokument NO-5193-8). Teilweise sind auch neutrale Quellen wie die des niederländischen Roten Kreuzes mit den Zahlen für Holland einbezogen. Darin ist gleichermaßen ein gewisses Maß an demoskopischer Spekulation eingeschlossen. Jedenfalls bin ich der Ansicht, daß zumindest die angegebenen Gesamtsummen einer richtigen Größenordnung entsprechen.

Wir haben Ungarn nicht in die Aufstellung aufgenommen, da das, was Reitlinger wie auch Hilberg darüber angeben, nämlich, daß alle ungarischen Juden umgebracht worden seien, reine Erfindung ist; sie sind noch nicht einmal in den Osten deportiert worden! Etwas weniger als 100.000 von ihnen wurden gegen Kriegsende zur Arbeit nach Deutschland verbracht; ganz wenige davon müssen in den chaotischen Zuständen der letzten Kriegsmonate umgekommen sein, doch ihre Zahl zu ergründen ist unmöglich.

Rumänien soll ebenfalls 200.000 bis 370.000 Juden durch Vernichtung verloren haben, aber wie Reitlinger bemerkt, liegen verläßliche Angaben hierüber nicht vor. Es kann sich somit nur um annähernde Schätzungen handeln. Zur gleichen Kategorie sollen auch die größten Gruppen angeblich umgebrachter Juden gehören : 2.350.000 - 3.300.000 aus Polen und 400.000-700.000 aus der UdSSR. Diese Zahlen sind reine demoskopische Spekulation mit keinerlei stützenden Beweisquellen außer den Erklärungen kommunistischer Nachkriegsregierungen.

Diese Zahlen werden wir noch weiter untersuchen. Hier wollen wir zunächst daran erinnern, daß die aus Frankreich und Belgien deportierten Juden keine französischen und belgischen Juden waren, daß hingegen jene aus den Niederlanden tatsächlich holländische Juden waren. Der Grund dafür ist anscheinend ein rein juristischer Kniff gewesen. Frankreich und Belgien hatten formal kapituliert und mit den Deutschen einen formalen Waffenstillstand geschlossen. In den Niederlanden war lediglich das Königshaus nach England geflohen, und so sahen die Deutschen Holland als ein Land ohne unabhängigen Status an. [(18)] Das deutsche Recht war dementsprechend in Holland ausgedehnter. Natür-

lich beabsichtigten die Deutschen im Endeffekt alle Juden aus Europa zu entfernen, doch begannen sie begreiflicherweise dort, wo sie einem Minimum an Schwierigkeiten begegneten.

Der Auszug aus dem Rote-Kreuz-Bericht, den wir im Kap. V. behandelt haben, ist sicherlich mit den Vernichtungsbehauptungen im Fall der rumänischen Juden unvereinbar. Mit gutem Grund ist davon auszugehen, daß die Masse der im sowjetisch beherrschten Territorium lebenden Juden, das von den Deutschen nach dem 22. Juni 1941 erobert wurde, ins Landesinnere entkam, bevor die deutschen Truppen einrückten, eine Ansicht, die auch Reitlinger vertritt. Jedenfalls gibt es keinen Beweis, daß die Deutschen mehr getan haben, als den zurückbleibenden Juden jene Art wachsamer und feindseliger Haltung entgegenzubringen, die durch die Partisanengefahren geboten war. Die polnischen Juden bildeten die Mehrheit der von den Deutschen zum Wohnwechsel getriebenen Juden und verursachten im Hinblick auf ihre Aufenthaltsbestimmung und die entsprechenden Umstände für eine ausführliche Analyse ihres Falles die größten Schwierigkeiten. Wir können nur in generellen Zügen rekonstruieren, was mit ihnen geschah.

Zunächst sei bemerkt : Wenn es gleichwohl auch angebracht ist, zwischen russischen und polnischen Juden zu unterscheiden, so ist doch der eigentlische Unterschied kaum spürbar, vorausgesetzt, es besteht überhaupt einer. Vor dem Ersten Weltkrieg waren beide Arten von Juden Untertanen des russischen Reiches.

Das erste, was den polnischen Juden zustieß, geschah weniger von Seiten der Deutschen, als vielmehr auf Grund sowjetischer Maßnahmen. Im Jahre 1939 (Sept./Okt.) hatten Deutschland und die UdSSR das polnische Staatsgebiet, das (wie erlaubt sein mag anzumerken) keineswegs nur aus Polen bestand sondern in die Millionen gehende fremde Völkerschaften einschloß, aufgeteilt. Im Zuge dieser Vereinbarung geriet die östliche Hälfte und damit ein großer Teil der polnischen Juden unter sowjetische Herrschaft. Diese Juden, aber auch eine Unmenge Polen, wurden Opfer eines sowjetischen Umsiedlungsplanes, dessen allgemeine Auswirkungen von Korzen in einem von der israelischen Regierung veröffentlich-

ten Artikel geschildert wurden, aber auch von Edward Rozek in seinem Buch *Allied Wartime Diplomacy - A Pattern in Poland.* (19)

Im Zuge dieses sowjetischen Evakuierungsplanes, der vornehmlich im Juni 1940 einsetzte, sind Hunderttausende dieser Juden über die gesamte Sowjetunion verstreut worden. Zunächst wurden viele in Arbeitslager verbracht, doch nach dem September 1941 unternahm Stalin den Versuch, die Flüchtlinge zu Sowjetbürgern zu machen und ihren Weggang aus der Sowjetunion zu verhindern. Die Verstreuung dehnte sich bis nach Zentralasien und sogar bis zum Fernen Osten aus. Einzelheiten lassen sich nur schwer ausmachen. Viele wurden Sovjetbürger, einige treckten nach dem Krieg zurück nach Polen und zogen in vielen Fällen noch weiter nach Israel. Korzen, der sich für ein größeres Interesse an einer Untersuchung dieser Ereignisse einsetzt, bemerkt, daß die Juden, die in Polen als Führer des neuen kommunistischen Regimes zurückblieben, unter Druck gesetzt worden waren, ihre Namen in polnisch klingende unzuwandeln, und auch, ihre jüdische Herkunft geheimzuhalten. Manche gelangten schließlich über das Ausland, z.B. auch Schanghai in Länder wie Persien und Indien. Das *Joint Distribution Committee* von New York hielt während des Krieges mit den Flüchtlingen in der UdSSR Kontakt und war ihnen nach Kriegsende bei ihren Ausreiseplänen behilflich.

Es ist auch bekannt, daß eine große Zahl Juden, die von einer Quelle mit 300.000 angegeben wird, 1939 vom westlichen ins östliche Polen geflohen ist, als die deutschen Truppen in das Innere Polens vorrückten. Damit war ein erheblicher Teil, vielleicht ein Drittel, der polnischen Juden vor Ausbruch des Rußlandfeldzuges im Juni 1941 außer Reichweite Hitlers gelangt.

Obschon ein begrenzter deutscher Umsiedlungsplan, namentlich für Wiener Juden, schon früher bestanden hatte, so setzt das nationalsozialistische Umsiedlungsprogramm ernsthaft im Herbst 1941 ein, wenn man die Umsiedlung der Baltendeutschen hierbei ausnimmt. Wenn polnische Juden zunächst ausgeklammert, rumänische Juden jedoch in die Aufstellung einbezogen werden, so sehen wir, daß die Deutschen höch-

stens 1 Million Juden in Ansiedlungen oder Ghettos im besetzten Osten verbracht haben. Von den Orten, die hier genannt worden sind, können wir uns eine recht gute Vorstellung machen, wo diese Ansiedlungen gelegen waren : Riga, Minsk, Ukraine, Asowsches Meer (nördlich vom Schwarzen Meer) bilden eine zusammenhängende und plausible Linie auf der Karte.

Wie zu erwarten war, haben die alliierten Besatzer die diesbezüglichen deutschen Akten und Dokumente vernichtet, so daß wir über diese Ansiedlungen wenig mehr wissen, als daß sie existierten. Auf diese Weise sind nur Bruchstücke erhalten geblieben, die vom Umsiedlungsprogramm gewisse Einzelheiten enthalten, die der Luther-Bericht nicht erfaßt hatte. Freilich unternahm die Verteidigung Baron von Steengrachts ernsthafte Anstrengungen, derartige Dokumente in Nürnberg vorzulegen. Eines der hierbei vorgelegten Dokumente („Steengracht 64") ist ein Schreiben Eichmanns vom 5.6.1943 an das Auswärtige Amt z.H. des Herrn Eberhard von Thadden. (27) Es betrifft die jüdischen Lager im Osten sowie einige Artikel, die sich in verschiedenen europäischen Zeitschriften darauf bezogen. Offenbar waren damals einige fantastische Gerüchte in der Slowakei über diese Lager in Umlauf, auf die sich Eichmann bezog :

> „Um diesen fantastischen Gerüchten, die in der Slowakei über das Schicksal der evakuierten Juden zirkulieren, zu begegnen, sollte die Aufmerksamkeit auf die Postverbindungen dieser Juden mit der Slowakei gelenkt werden (...) die z.B. über 1.000 Briefe und Postkarten im Februar - März dieses Jahr erreichten. Was die anscheinend von Ministerpräsident Dr. Tuka erbetenen Informationen über die Bedingungen in den jüdischen Lagern anbetrifft, so würden von diesem Amt keinerlei Einwände gegen eine mögliche Prüfung der Korrespondenz vor Absendung an die Adressaten erhoben werden."

Das zweite Dokument (Steengracht 65), das auch unter der Nr. NO-1624 läuft, ist in der Berichterstattung über die Lage der Juden im besetzten Osten etwas ergiebiger. Es handelt sich um eine Weisung des Chefs vom Rasse- und Siedlungshauptamt, Obergruppenführer Hildebrandt, vom 20.8.1943, und betrifft den Umgang zwischen Deutschen und Juden im besetzten Osten :

„Ich bin von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß das Verhalten deutscher Dienststellen gegenüber den Juden der bezetzten Ostgebiete in den letzten Monaten eine Entwicklung genommen habe, die zu Bedenken Anlaß gibt. Insbesondere sollen Juden von verschiedenen Dienststellen zu Arbeiten und Dienstleistungen verwendet werden, die mit Rücksicht auf die notwendige Geheimhaltung nur ganz zuverlässigen Personen übertragen werden sollten und die sie vor der einheimischen Bevölkerung als vertraute Beauftragte der deutschen Stellen erscheinen lassen. Darüber hinaus soll es leider vorkommen, daß der persönliche Verkehr von Reichsdeutschen mit Jüdinnen jene Schranken überschreitet, die aus weltanschaulichen und rassischen Gründen besonders streng beachtet werden müssen. Neben den ortsansässigen Juden soll es sich hierbei auch um die aus dem Altreich nach den besetzten Ostgebieten überführten Juden und Jüdinnen handeln. Diese Zustände sollen bereits dazu geführt haben, daß Juden sich unter Ausnutzung ihrer angeblichen Vertrauensstellung von den Einheimischen bevorzugt mit Lebensmitteln usw. versorgen lassen. Als vor einiger Zeit im Osten Befürchtungen über den Rückzug der Deutschen laut wurden, sollen Einheimische versucht haben, sich gerade bei den von den deutschen Dienststellen beschäftigten Juden beliebt zu machen, um sich auf diese Weise eine bessere Behandlung durch die Bolschewisten zu sichern. Der anständige Teil der einheimischen Bevölkerung beobachte diese Erscheinung mit großem Befremden, weil er darin einen Widerspruch zwischen den nationalsozialistischen Grundsätzen und der tatsächlichen Haltung der Deutschen zu sehen glaubt.
Durch einen falschen Arbeitseinsatz der Juden werden das Ansehen des Großdeutschen Reiches und die Stellung seiner Vertreter geschädigt und die Notwendigkeiten einer wirksamen polizeilichen Sicherung der besetzten Ostgebiete beeinträchtigt. Schwere Gefahren können insbesondere dadurch entstehen, daß die Juden die ihnen übertragenen Stellungen zur Spionage und Propaganda im Dienste unserer Feinde benutzen.
Ich bitte daher, die nachgeordneten Dienststellen in den besetzten Ostgebieten mit folgenden Weisungen zu versehen:

1. Juden und ihnen gleichgestellte Personen dürfen nur mit körperlichen Arbeiten beschäftigt werden. Ihre Verwendung zu Büroarbeiten (wie Buchführung, Maschinenschreiben, Karteiführung, Registratur) ist untersagt. Es ist streng darauf zu achten, daß ihnen aus der Art ihrer Arbeit keine Rückschlüsse auf geheimzuhaltende Dinge ermöglicht werden.

2. Es ist verboten, Juden zur allgemeinen oder persönlichen Bedienung, zur Erledigung von Aufträgen, zur Vermittlung von Geschäften oder zur Beschaffung von Waren zu verwenden.

3. Der private Verkehr mit Juden, Jüdinnen und ihnen gleichgestellten Personen sowie jeder Umgang mit ihnen, der über das dienstlich bedingte Maß hinausgeht, ist untersagt.“

Die hier erwähnten „ihnen gleichgestellten Personen" waren wahrscheinlich Zigeuner. Wir nehmen an, daß die Verteidigung Steengrachts die Dokumente, die man in Nürnberg als noch vorhanden zuließ, gründlich geprüft hat. Hildebrandts Weisung an das RSHA wiederholte lediglich eine Weisung Kaltenbrunners vom 13.8.1943 an alle deutschen Dienststellen in den besetzten Ostgebieten (NO-1247). Der Fehler Steengrachts, NO-1247 nicht heranzuziehen, lag wahrscheinlich an der fast wörtlichen übereinstimmung mit Dok. NO-1624. (21)
Solche Dokumente sind nur ein armseliges Überbleibsel der mit Sicherheit in Fülle vorhanden gewesenen Akten zur jüdischen Ansiedlung im Osten. Das erste dieser Dokumente durfte wahrscheinlich noch greifbar sein, weil es von *„fantastischen, in der Slowakei umlaufenden Gerüchten"* sprach. Die anderen beiden sind wahrscheinlich nur so durchgerutscht, weil ihre Bedeutung unerheblich schien.
In Boehm's Buch *We survived* (Wir überlebten) findet sich der Beitrag von Jeanette Wolff, einer deutschen Jüdin, die auch Führungsmitglied der SPD war, über ihre Erlebnisse, nachdem sie nach Riga (Lettland) deportiert worden war. Ihr Bericht über grundloses Verprügeln durch die SS, Sex-Orgien und Betrunkenheit ist unglaubwürdig. Ihr Artikel ist jedoch deshalb bemerkenswert, weil aus ihm ein großes System von jüdischen Ansiedlungen, Ghettos und Lagern in der Umgebung von Riga zu entnehmen ist. Diese Ansiedlungen beherbergten nicht nur lettische Juden, sondern auch zahlreiche aus Deutschland und anderen europäischen Ländern. An die aus Theresienstadt nach Riga deportierten Juden sei in diesem Zusammenhang noch einmal erinnert.
In allgemeinen Umrissen ist erkennbar, was den polnischen, lettischen und litauischen Juden geschah, wenn man jene Massenvernichtungsliteratur heranzieht, die von Überlebenden beigesteuert worden ist. In den größeren Orten und Großstädten waren die Juden innerhalb Polens in Ghettos untergebracht, die während des ganzen Krieges existent waren. In Polen gab es besonders große Ghettos in Lodz (Litzmannstadt), Warschau, Bialystok, Lemberg und Grodno; in Litauen in Wilna und Kowno; in Lettland in Riga. Obwohl die Literatur Überlebender endloses Fanta-

sieren über Vernichtungen bietet (häufig von der Art, die nicht mit der Legende übereinstimmt, z.B. Gaskammern in Krakau im Dezember 1939 usw.), so enthält sie auch genug, um in etwa zu erfassen, wie es denn nun wirklich zugegangen war.

In jedem Ghetto gab es einen Judenrat, der als interne Verwaltung fungierte. Die Ghetto-Polizei bestand aus Juden und war dem Judenrat unterstellt. Der Judenrat wirkte üblicherweise in Zusammenarbeit mit den Deutschen, zumal es den Umständen entsprechend keinen anderen Weg gab. Häufig stellten die Deutschen Forderungen nach Arbeitskräften aus dem Ghetto, und der Judenrat stellte dann Listen von Ghettoinsassen auf, die sich zu stellen hatten. Auch bestanden in den großen Ghettos Widerstandsorganisationen, sogar meist gut bewaffnet, deren Mitglieder den Judenrat vielfach als aus deutschen Helfern bestehend ansahen. (22)

Dawidowitsch's Buch befaßt sich in mehreren Kapiteln mit den Zuständen in den polnischen Ghettos. Obwohl die Deutschen unmittelbar nach der Besetzung Polens die jüdischen Schulen geschlossen hatten, wurde dieses Verbot wieder aufgehoben, und jüdische Kinder erhielten bald einen im wesentlichen regelmäßigen Unterricht, entweder in privat betriebenen Schulen oder solchen, die den Judenräten unterstanden. Kulturelle Veranstaltungen, Literatur, Theater, Musik, trugen dazu bei, die dunkle Seite des Ghettolebens erträglicher zu gestalten. Die jüdische Wohlfahrtorganisation ZSS (Mitte 1942 von den Deutschen aufgelöst, jedoch kurz darauf als JUS neu gebildet) bezog Lebensmittel, Bekleidung sowie Medikamente von der deutschen Zivilverwaltung, hielt auch über das Deutsche Rote Kreuz Kontakt mit ausländischen Organisationen, die ihrerseits Geld und sonstigen Bedarf lieferten. Vor Kriegseintritt der USA kam der größte Teil solcher ausländischen Spenden vom *Joint Distribution Committee* in New York, doch war dies nach dem Dezember 1941 nicht mehr möglich.

Trotz des geschützten Status der ZSS-JUS deckte diese auch manche illegale Aktivität. Die verschiedenen politischen Organisationen der Sozialisten, Kommunisten, Zionisten, Agudisten standen mit den dortigen

Widerstandsbewegungen in Verbindung, deren Umtriebe sich von aktiver Sabotage bis zur Lügenpropaganda und gelegentlich auch bis zum bewaffneten Aufstand erstreckten. Die Vernichtungspropaganda setzte in Untergrundschriften etwas eher ein, als der Weltjudenkongreß damit begann (siehe Anhang E). Doch die jüdische Bevölkerung glaubte nicht daran, weil jene Propaganda durch ihre Erfahrungen nicht bestätigt wurde. Briefe von nach dem Osten verbrachten Juden beruhigten Freunde und Verwandte. Z.B: So schreibt Lucy Dawidowitsch in ihrem Einführungskapitel im Hinblick auf die Probleme, die sich für die historische Forschung durch die Massenvernichtung ergeben :

> „Ein Hindernis bildete die Unzulänglichkeit jüdischer Dokumentation trotz der gewaltigen Mengen. (...) Das Fehlen ausschlaggebender Anhaltspunkte in den Unterlagen mag sich durch das unheilvolle Obwalten von Terror und Zensur erklären. Doch durch das Fehlen von Beweismaterial, das die Vorgänge untermauert oder bestreitet, wird der Historiker niemals mit Sicherheit erfahren, ob dieser Mangel die Folge einer angeordneten Entscheidung ist, diese Dinge nicht zu behandeln, oder ob es lediglich die Konsequenz kluger Vorsicht war, solche Dinge unerwähnt zu lassen. Der Terror war so nachhaltig, daß sogar private persönliche Aufzeichnungen, jiddisch oder hebräisch abgefaßt, mit Umsicht und Rückgriff auf die Bibel und den Talmud als Form esoterischer Ausdrucksweise und selbst auferlegter Verschwiegenheit geschrieben worden sind."

Wie aus allen Arbeiten über die deutsche Bevölkerungspolitik in Polen klar hervorgeht (z.B. auch bei Dawidowitsch und Koehl) gab es unter den Juden im Einklang mit der generellen deutschen Politik, diese Menschen so weit wie möglich im Osten zu konzentrieren, ein ständiges Hin und Her. Nach dem Korherr-Bericht vom März 1943 sind 1.449.692 Juden aus den östlichen Provinzen in den russischen Osten verlegt worden. Von diesen sind 90% durch Lager im Generalgouvernement gegangen und die übrigen durch Lager im Warthegau (hauptsächlich wohl Lodz). Das gewaltige Warschauer Ghetto ist im Frühjahr 1943 aufgelöst worden, und die meisten der dort ansässig gewesenen Juden wurden weiter nach Osten verbracht, wobei hauptsächlich Treblinka als Durchgangslager für diese Umsiedlung diente. Dies gelang jedoch nur nach wütendem jüdischen Widerstand und einem Kampf, der weltweites Aufsehen erregte.

Die Umsiedlung vollzog sich jedoch nicht vollständig, weil immer noch Juden im Ghetto verblieben sind. Sobald in einem Ghetto eine Umsiedlung bekanntgegeben wurde, war es Aufgabe des Judenrates, Listen jener aufzustellen, die umgesiedelt werden sollten. Mit ganz wenigen Ausnahmen begaben sich die Umzusiedelnden friedlich auf den Weg, da es durchaus bekannt war, daß es tatsächlich eine Umsiedlung war.
Es hat den Anschein, als wären Epidemien in den Ghettos nichts Ungewöhnliches gewesen. Die Deutschen schreiben solche einem Mangel an Disziplin seitens der Juden zu. Sie ergriffen alle ihnen möglichen Gegenmaßnahmen, und - wie die *New York Times* zumindest bei einer Gelegenheit berichtete : *„viele Ambulanzen wurden nach Warschau entsandt, um das Ghetto zu desinfizieren".* (23)
Während die Verbringung dieser Juden nach dem Osten eine feststehende Tatsache ist, existieren keine verläßlichen Angaben darüber, um genau zu rekonstruieren, wie viele Juden hiervon betroffen waren. Hauptsache ist jedoch, zu wissen, daß es sich dabei um den überwiegenden Teil jener polnischen Juden gehandelt hat, der im Warthegau und dem Generalgouvernement ansässig gewesen war. Erwähnt sei noch, daß sämtliche ehemals großen Ghettos wie Lemberg, Grodno, Wilna, Kowno und Riga nach dem Krieg von der UdSSR einverleibt worden sind, Bialystok an der östlichen Grenze Polens liegt, wohingegen Warschau und Lodz im kommunistischen Polen sich befinden, was für beide jene staatlichen Bereiche jedoch bedeutet, daß sie gegenüber einer Untersuchung durch westliche oder gar neutrale Beobachter, Forscher, Historiker so gut wie hermetisch isoliert geblieben sind - bis zur Stunde, und nur das an die Öffentlichkeit gelangte, was der kommunistischen Parteiführung in Moskau zweckdienlich erschien.
Vor dem Krieg haben etwa 3 Millionen Juden in Polen gelebt. Berücksichtigt man die Zahlen derjenigen, die 1939 aus Polen in die UdSSR geflüchtet waren, und jene, die 1940 von den Sowjets deportiert wurden, auch jene, denen es gelang, in die Slowakei, Ungarn oder in andere Länder zu entschlüpfen, und auch jene, die durch Epidemien umgekommen sind, so sehen wir, daß sich höchstens zwei Millionen Juden in verstreu-

ten Ghettos unter deutscher Kontrolle befunden hatten und daß die überwiegende Mehrheit dieser Menschen in Gebiete verschickt worden ist, die seit dem Kriegsende als sowjetisch gelten, in einem Staatsgebiet also, in dem ein unabhängiger Informationsaustausch unmöglich gemacht worden ist.

Angesichts dieser Umstände und den in der westlichen Welt zugänglichen Informationsquellen können wir wohl die wahre Natur der Endlösung der Judenfrage rekonstruieren, und zwar durchaus an Hand zahlreicher Unterlagen und nachweisbaren Zusammenhänge, doch dürfte jeder Versuch, weitere ausführlichere Einzelheiten historisch sachgerecht zu ermitteln, angesichts der beschriebenen politischen Gegenwartsverhältnisse ohne Aussieht auf Erfolg sein.

Daß diese Endlösung keineswegs endgültig war oder sein konnte und daß die Juden nach einem Wandel des politischen Klimas zurückgekehrt wären - legal womöglich oder illegal -, ist garnicht so abwegig. Die Regierungen des 20. Jahrhunderts hängen ihren Plänen kühne, oft unrealistische Etiketts an: Friedenskorps, Allianz für den Fortschritt, Krieg, um die Kriege ein für allemal zu beenden, Vorwärts christliche Soldaten, Befreiung unterdrückter Völker etc. Bleibt konkret zu untersuchen, was mit all diesen Völkern wirklich geschah. Das Ergebnis ist dann meist ein ganz anderes. Die Befreier erweisen sich dann allzu oft als die Eroberer und Unterdrücker.

Unsere Untersuchung ist noch zu ergänzen durch die sich gegen Kriegsende abzeichnenden Lageverhältnisse.

Die Deutschen haben während ihres Rückzuges wahrscheinlich viele liquidiert, wobei Gründe zu unterstellen sind oder vielleicht auch nicht, daß diese oder jene zum Kampfeinsatz gegen die deutschen Truppen hätten verwendet werden können, zumal das brutale Vorgehen der Bolschewisten in dieser Hinsicht auf deutscher Seite sattsam bekannt war. Schon seinerzeit, als die Deutschen den Juden die Auswanderung erschwert hatten, geschah dies unter dem Eindruck dieser Befürchtung.

Dennoch sprechen zwei wesentliche Faktoren dagegen, daß deutsche Wehrmachts-, SS- oder andere Einheiten auf dem Rückzug sich mit um-

fangreichen Liquidierungen belastet haben. Einmal waren die fähigsten Arbeiter, die auch im Militärdienstalter standen, von den Deutschen zur Arbeit herangezogen worden. Zudem erfolgte der Rückzug zumeist unter so überraschenden, dramatischen, chaotischen, verlustreichen Verhältnissen, daß eine zielgerichtete Vernichtungsplanung dieser Art unmöglich schien - zumal die deutschen Truppen des sowjetischen Partisanenunwesen niemals Herr geworden waren. Nach sowjetischem Eingeständnis sind diesem außerordentlich, ja unvorstellbar grausam geführten Partisanenkrieg 500.000 deutsche Soldaten zum Opfer gefallen. Diese sowjetische Angabe ist schon im Jahre 1945 in einem in London und New York veröffentlichten Bericht des Generalleutnants der Roten Armee und damaligen Stabschefs für sämtliche Partisanenoperationen Ponomarenko unter dem Titel *„Behind the Front Line"*, 1961 aber auch in Moskau in der offiziellen Geschichte *Sowjetskie Partisani* erschienen und durch Ponomarenko im Juni 1965 auf dem Historikertage in Moskau erneut bestätigt worden. (24)

Angesichts solcher Umstände mußten vorhandene Kräfte tatsächlich zur Bekämpfung des (wie es auf deutscher Seite offiziell hieß) Bandenunwesens eingesetzt werden und nicht für militärisch sinnlose Unternehmungen, wie es die Tötung von wahllos zusammengetriebenen Menschen bedeutet haben würde.

Und noch eines : Hätten die Deutschen tatsächlich solche Liquidierungen, dazu noch an wehrlosen Zivilisten, in größerem Stil durchgeführt, dann hätten die Alliierten dies in der Weltöffentlichkeit mittels Ortsbesichtigungen, Ausgrabungen, Fotografien, aber auch durch konkrete Beweisführungen in Prozessen groß herausgestellt. Anstelle des Unsinns über die Gaskammern hätte man echtes und rechtmäßiges Anklagematerial für Vernichtungen gehabt.

Während das Beweismaterial besagt, daß die oberste deutsche Führung während der Rückzüge Massenliquidierungen weder befohlen noch inszeniert hatte, so ist angesichts der damaligen Verhältnisse doch zu unterstellen, daß Einzelpersonen und kleine Gruppen doch zahlreiche Massaker an Juden, und zwar auf eigene Faust durchgeführt haben. Hier-

für kommen sowohl einige deutsche, als auch ungarische und rumänische Truppenteile, wohl auch einige europäische Zivilisten, deren antijüdische Einstellung durch den katastrophalen Verlauf des Krieges sich erheblich verstärkt hatte, in Frage. Bekanntlich hatte die deutsche Führung zu Beginn des Rußlandfeldzuges, als Osteuropäer versucht hatten, Pogrome gegenüber Juden nach Abzug der Roten Armee und vor Ankunft der deutschen Truppen anzuzetteln, diese sofort niedergeschlagen und verboten. (25) Jedenfalls kümmerten sich die Deutschen unter den Bedingungen eines chaotischen Rückzuges sehr viel weniger um antijüdische Pogrome, als um die Sicherung der eigenen Front.

Nun zu den Sowjets: Sie haben nachweislich viele, viele liquidiert, vor Beginn des Krieges, während des Krieges und auch nach Kriegsende. Wir vermerken dies nur, weil Rußland ein solches Rätsel ist, und vor allem unter dem Herrschaftssystem des Bolschewismus Willkür, Rechtlosigkeit und Terror an der Tagesordnung sind, bzw. eingestandenermaßen unter Stalin waren. Fanden die sowjetischen Massenliquidierungen gegenüber den polnischen Offizieren im Wald von Katyn schon im April 1940 statt, jene gegen Balten und Ukrainer nach Beginn des Rußlandfeldzuges im Zuge des sowjetischen Rückmarsches, so ist jedoch von sowjetischen Massenliquidierungen gegen Kriegsende, sofern man die Vertreibungsgreuel an der ostdeutschen Bevölkerung ausklammert, kein Beweismaterial vorhanden.

Weitere Verlustzahlen kamen auf Grund der Zustände in den Lagern oder Ghettos zustande. Die dortigen Gesundheitsbedingungen waren außerordentlich unterschiedlich und schwankend. Mangel an Versorgung, so natürlich vor allem militärisches und somit auch organisatorisches Chaos mußten sich auf die Gesundheitslage verhängnisvoll auswirken. Und wir hatten bereits gesehen, daß die Deutschen Epidemien nicht zu verhindern vermochten, als sie damals - wie z.B. in Auschwitz - noch Herr der Lage waren. Daher besteht durchaus die Möglichkeit, daß viele Juden in den Ghettos während der chaotischen Zustände ums Leben kamen, die mit dem deutschen Rückzug einhergingen. Auch Korzen ist der Ansicht, daß viele Juden, die 1940 in die UdSSR überwechselten,

in sowjetischen Lagern gestorben sind, in die man sie verbracht hatte. Gleichermaßen bleibt zu erwägen, daß viele in den Ghettos verbliebene Juden auf Grund der sowjetischen Verwaltungsmethoden gestorben sind, - im Zuge der Befreiung sozusagen. Oder auch integriert in die sowjetische Gesellschaft, verschickt irgendwohin in das riesige Land.
Bekannt ist, daß die UdSSR nach dem Jahre 1945 die Einbürgerung von Juden gefördert hat, wovon hauptsächlich die 1940 aus Polen deportierten Personen betroffen waren.
Ein anderes Beispiel stellt die Karpatho-Ukraine dar, die als ehemalige tschechoslowakische Provinz nach 1945 von der UdSSR annektiert wurde. 10.000 Juden, ehemalige Einwohner der Karpatho-Ukraine, besaßen im Frühjahr 1946 in der Tschechoslowakei den Flüchtlingsstatus. Die UdSSR bestand auf der Repatrierung dieser Juden in die Sowjetunion, was dann auch geschehen ist. (26)
Man sollte auch um die Existenz des besonderen jüdischen autonomen Staates Birobidschan innerhalb der Sowjetunion wissen, der an der mandschurischen Grenze am Amur in Fernen Osten liegt. Birobidschan wurde 1928 von den Sowjets als jüdische Enklave gegründet. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in New York der Einstein-Fonds von Ambijan (Deckname für Amerikanisches Birobidschan Komitee) geschaffen, dessen Zweck es war, die Flüchtlingskolonisation in Birobidschan zu unterstützen. Auch noch andere New Yorker Hilfsaktionen nach dem Zweiten Weltkrieg für die nach Birobidschan umgesiedelten Juden sind bekannt. Selbst jüdische Organisationen wie das *Joint Distribution Committee* unterstützten die Juden in anderen Teilen der Sowjetunion gleichermaßen. In New York gab es den Hilfsausschuß für Minsk und umliegende Städte. Dazu sind die UNRRA-Programme in Weißrußland und der Ukraine zu nennen. Albert Einstein, der sich diesem Hilfsprogramm nach 1945 mit Nachdruck anschloß und seine Anerkennung gegenüber der UdSSR zum Ausdruck brachte, weil sie *„hunderttausenden jüdischer Menschen helfe und ihnen Heimat gewähre"*, war nur einer unter vielen anderen jüdischen Exponenten in den USA, der damit das Leben dieser seiner Artgenossen bestätigte. (27)

Die Sowjetunion schloß mit der kommunistischen Regierung Polens ein Sonderabkommen über die Repatriierung jener polnischen Staatsbürger, die in den von den Sowjets annektierten Gebieten ansässig gewesen waren, aber auch jene, die 1940 in das Innere der Sovjetunion verbracht worden waren, einbezog (Juli 1945). Es sah auch vor, daß die Betroffenen die sowjetische oder die polnische Staatsbürgerschaft wählen konnten. Was die Juden anbelangt, so wurde schließlich entschieden, daß der Stichtag für diese Option der 30.6.1946 sein sollte.

Reitlinger räumt ein, daß die jüdische Bevölkerung der UdSSR in der Nachkriegszeit gut und gern die Vorkriegszahlen überstiegen haben dürfte, und zwar auf Grund des zusätzlichen Anteils polnischer, baltischer und anderer Juden. Er betrachtet die Schätzung des *Jewish Observer,* wonach 500.000 polnische Juden vorzogen, in der UdSSR zu verbleiben, als sehr konservativ und konzediert in diesem Zusammenhang enorme und nicht überwindbare Ungewißheiten. Und so förderten die Russen, wenngleich sie bereit waren, polnische Juden vor dem Stichtag des 30.6.1946 hinauszulassen, dennoch deren Einbürgerung in die Sowjet-Union. Dieses betraf sicherlich eine beachtliche Anzahl von Juden, die durch die Deutschen in den Osten umgesiedelt worden waren. Doch ist es sinnlos, zu versuchen, irgendwelche Schlußfolgerungen aus angeblichen Bevölkerungsstatistiken zu ziehen, die von Russen oder von jüdischen Organisationen stammen. (28) Wenn die Sowjets, wenn auch nur zeitbegrenzt, polnischen Juden die Ausreise aus der UdSSR gestattet hatten, so müssen wir annehmen, daß Moskau eine ähnliche Politik auch gegenüber anderen Juden, d.h. Juden anderer Staatsangehörigkeit praktiziert hatte.

Auf den ersten Blick könnte es so aussehen, als wenn es für jeden ausgesiedelten Juden eine klare logische Konsequenz gewesen wäre, im Zuge der Befreiung nach dem Krieg dorthin zurückzukehren, wo er ehemals gelebt hatte. Doch dieses ist aus verschiedenen Gründen nicht der Fall. Auf der einen Seite - vielleicht betraf dies sogar die Mehrheit der Fälle - war nichts mehr von dem vorhanden, wohin sie hätten zurückkehren können. Hauptgrund dafür war der deutsche Plan Aktion Reinhardt,

wonach die in den Osten deportierten Juden von fast all ihrem Besitz enteignet wurden; ihre Möbel, alles Vieh, Geschäftseigentum, ihr Schmuck, alle Kleidung, die sie nicht mittragen konnten und fast alles Bargeld bis auf eine Summe im Wert von etwa 25 Dollar - in welcher Währung auch immer - wurden einfach im Verlauf der Umsiedlung beschlagnahmt (unter Umständen konnte einiger Geschäftsbesitz mit ausgesiedelt worden sein). Die Lager in Lublin und Auschwitz waren die Hauptsammelstellen für viele dieser Besitztümer, wo auch immer sie beschlagnahmt worden waren. (29) Folglich hatten viele Juden, die weder Besitz noch Verwandte in ihren ursprünglichen Wohnorten hatten, keinen sehr zwingenden Grund, dorthin zurückzukehren. Der deutsche Plan war wahrlich eine Entwurzelung gewesen.

Sollten die Berichte zutreffen, daß gegen Ende des Jahres 1945 und auch 1946 im osteuropäischen Raum zahlreiche anti-jüdische Pogrome stattgefunden haben, so mag auch dies ein Beweggrund gewesen sein, alte Ansiedlungsgebiete zu verlassen. Sollten jedoch derartige Berichte lediglich auf zionistische Propaganda zurückzuführen sein, dann wäre zu folgern, daß man auf diese Weise Juden aus Osteuropa herauszuholen versucht hat. Wie dem aber auch sei: in jedem Fall ist aus solchen Berichten eine Abwanderung von Juden aus Osteuropa zu entnehmen.

Auf der Jalta-Konferenz im Jan./Febr. 1945 waren sich Churchill, Roosevelt und Stalin darüber einig, daß *„es jüdischen Flüchtlingen unmöglich sein würde, nach Polen zurückzukehren, um dort wieder ins normale Leben integriert zu werden"* (30) Obwohl es sicher sein dürfte, daß viele Juden in ihre alten Heimatländer zurückgegangen sind, so gab es doch auch viele triftige Gründe, sie davon abzuhalten. Wenn es wahr ist, daß eine bedeutende Anzahl polnischer Juden sowjetisches Gebiet verlassen hat, dann müssen viele auf dem Weg über Polen in andere, darüber hinausgehende Bestimmungsorte gelangt sein, denn die zionistische Führung hatte andere Heimatorte für sie im Sinn.

Viele Juden haben sich nach Kriegsende weder in der Sowjetunion noch in ihren Herkunftsländern niedergelassen, sondern hauptsächlich in den USA sowie in Palästina. über die Zahlen hierüber gibt es natur-

gemäß Unsicherheiten. Bis zum November 1943 bestand beim US-amerikanischen Amt für Einwanderung und Einbürgerung unter der Rubrik *„Rassen und Völker"* - eine Spalte *„Hebräer"*, doch wurde diese Praxis dann eingestellt. Seither gibt es keine amtlichen Registrierungen mehr über Einwanderungszahlen von Juden. (31)

Ein weiteres Problem, die jüdische Einwanderung gegen Kriegsende darzustellen, ergibt sich daraus, daß wir mitten in das *War Refugee Board* und die UNRRA (Hilfsaktions- und Wiederaufbauausschuß der Vereinten Nationen) geraten. Wie erinnerlich, wurde das WRB Anfang 1944 als ein offenbar gemeinsames Unternehmen des US-Außenministeriums, des US-Schatzamtes und des US-Kriegsministeriums gegründet, obwohl es in Praxis dem Finanzminister Henry Morgenthau jr. unterstand. Das Amt hatte ungewöhnliche Vollmachten erhalten, besondere Attachés mit diplomatischem Status zu ernennen. Ein weiteres höchst irreguläres Kennzeichen war, daß das WRB sehr eng mit privaten Organisationen zusammenarbeitete. Der Kontakt mit dem *Joint Committee,* dem Weltjudenkongreß und verschiedenen anderen jüdischen und zionistischen Organisationen war sehr ausgedehnt. Auch befaßten sich einige nichtjüdische Verbände mit entsprechenden Initiativen, vornehmlich der Ausschuß für amerikanischen Freundesdienst. Das WRB und die drei genannten US-Ministerien waren ausdrücklich ermächtigt, die Dienste oder Spenden privater Personen aus Organisationen anzunehmen. (32)

Wir haben es also hier mit einem ziemlich schlüpfrigen Gebilde zu tun, das sich sowohl der Propaganda als auch der Hilfeleistung verschrieben hatte, und zwar mit den Rechten einer Regierungshandlung, sobald ein offizieller Status angebracht war, und den Rechten einer privaten Organisation, sofern der Anstrich des Privaten vorteilhaft schien.

Hilfsaktionen des WRB liefen von ungefähr Mitte 1944 bis Mitte 1945, in einer Zeit, in der die Aktionen internationaler Reichweite nahezu gänzlich in den Händen der UNRRA lag. Diese Organisation war im November 1943 gebildet worden und hat bis März 1949 internationale Arbeit geleistet. Ihr erster, von Roosevelt ernannter Leiter war Herbert Lehman, Ex-Gouverneur des Staates New York und ein führender New-Deal-

Demokrat (*New Deal* war ein Bündel von Gesetzen und Initiativen zur Wiederbelebung der US-Wirtschaft in den dreißiger Jahren gewesen, dem jedoch bis Kriegsbeginn der eigentliche Erfolg versagt geblieben war, -d.Ü). Die Wahl Lehman's motivierte Roosevelt seinerzeit so : *„Es wäre ein prächtiges Lehrstück für Toleranz und Brüderlichkeit, wenn diese Aktion ein Jude leite, und ich meine, Herbert wäre prächtig".* (33) Lehman's Nachfolger war (Anfang 1946) Fiorello Guardia, ehemaliger Bürgermeister von New York. Obwohl LaGuardia's Vater kein Jude war und er es verständlicherweise für nützlich hielt, die umfangreiche Zahl italienischer Wähler in New York zu poussieren, zählt er in Wirklichkeit zu den jüdisch-zionistischen Politikern und wird auch als solcher ausdrücklich in der Enzyklopädia Judaica erwähnt. Damit können wir sicher sein, daß die hier zur Debatte stehende Gruppe grundlegend die gleiche ist, wie beim WRB. Als der Kongreß z.B. im September 1945 forderte, es müsse dem staatlichen Revisionsamt gestattet werden bzw. sein, die UNRRA-Aktivitäten zu prüfen, da staatliche Gelder hiervon betroffen seien (es verlautete, die USA würden rund zwei Drittel der UNRRA-Kosten zahlen, doch ist zu vermuten, daß dieser Anteil noch darüber hinausging), erklärte Lehman, das ginge den Kongreß nichts an. (34)

Die UNRRA hatte eine beträchtliche Reichweite. Das meiste der UNRRA-Hilfe ging nach Osteuropa, und der nach Polen überwiesene Betrag stand nur zweitrangig hinter deren, der nach China ging. Die Unterstützung floß auch nach Weißrußland und in die Ukraine. (35)

Mitte 1944 unterhielten das Kriegsflüchtlingsamt (WRB) und die UNRRA ein ausgedehntes System von Flüchtlingslagem in Nordafrika, Italien und Palästina. Diese Lager bestanden fast ausschießlich aus Juden. Seit 1944 waren massive Evakuierungen von Juden aus Europa in diese Lager im Gange. Viele wurden aus dem Balkan über Istanbul geholt, auch gab es eine Schwarzmeerroute via Istanbul. Für viele dieser Menschen wurde die Einreise in die USA oder in südamerikanische Länder beantragt, die auch noch während des Krieges genehmigt wurde. In diesem Zusammenhang wurde auch das Lager in Oswego, New York, am See Ontario, nahe der kanadischen Grenze, eingerichtet. Irgendwie erreich-

ten es viele, die nicht gleich zu Beginn nach Palästina gelangen konnten, dort untergebracht zu werden. (36)

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands verwaltete die UNRRA die sog. DP-Lager (benannt nach *Displaced Persons,* entwurzelte Personen - vorwiegend ehemalige Ostarbeiter), vornehmlich in der britischen, amerikanischen Besatzungszone Deutschlands und gleichermaßen im westlichen Besatzungsbereich Österreichs. Natürlich gab es in jenen Lagern viele Nicht-Juden, doch Juden galten als Privilegierte und waren in vielen Fällen in Häusern und Hotels untergebracht, die für sie beschlagnahmt worden waren. (37)
Die UNRRA-Tätigkeit in Deutschland bildete einen der Skandale der Besatzungsära. Berüchtigt waren die Razzien in deutschen Häusern, um Kinder „zu retten". Während des Krieges entsprach es einer Maßnahme der NS-Führung, wurzellose Waisenkinder rassisch untersuchen zu lassen, um sie im Fall arischen Ursprungs zur Adoption für deutsche Familien freizugeben bzw. zu empfehlen. Diese Kinder wurden dann genau wie deutsche Kinder aufgezogen, was dann später die UNRRA-Behörden wieder unterbanden. Was aus den Kindern geworden ist, ist nicht bekannt geworden. (38)
In den UNRRA-Lagern der DP's gab es zuweilen üble Verhältnisse. Der prominente Historiker der US-Militärregierung in Deutschland schrieb hierzu : (39)

> „Sie aßen nicht nur Unmengen, sondern zeigten auch viele der psychoneurotischen Züge, die man bei Leuten erwarten kann, die jene Trübsal durchmachten, an denen viele der *displaced persons* gelitten haben. Es war für sie an der Tagesordnung, vorzugeben, sie würden von den Alliierten Dienststellen nicht so rücksichtsvoll behandelt, wie sie es verdienten. Oft hatten sie Einwände gegen die Lager, in denen sie lebten, und behaupteten, es wirke sich auf ihre Lage nachteilig aus, in Lagern untergebracht zu sein. Manche forderten, es sollten die besten deutschen Häuser geräumt und ihnen zur Verfügung gestellt werden, insbesondere den Juden. In manchen Fällen weigerten sie sich, ihre Unterkünfte einigermaßen wohnlich zu halten, wobei sie auf dem Standpunkt beharrten, es sei nicht ihre Sache, irgendwie selbst mit anzufassen. In dieser Zeit oblag die eigentliche Betreuung der DP's für einige Monate der UNRRA, aber die oberste Instanz dafür war die Militärregierung, und die-

> se hatte sich um die Beschwerden zu kümmern, wie sie in der Presse über unzulässige Behandlung laut wurden.
> Darüber hinaus setzten die DP's ihren Untergrundkampf mit der deutschen Bevölkerung fort, trotz all der Versprechungen und Bemühungen von seiten der UNRRA und des Personals der amerikanischen Armee. Die Plünderungen auf dem Lande hörten überhaupt nicht auf. Einige DP's ergriffen jede Gelegenheit, Streit mit den Deutschen anzufangen. Als Folge der nahezu täglichen Plünderungen deutschen Eigentums, Tötung von Deutschen und Vergewaltigung deutscher Frauen breitete sich unter der Bevölkerung bitterer Groll aus, vor allem, da sich niemand gegen die Schußwaffen verteidigen konnte, die die DP's sich verschafft hatten."

Einem weithin publizierten Vorfall zufolge haben jüdische und polnische DP's mit Unterstützung einiger US-Armeeangehöriger deutsche Bewohner einer Stadt unter Schlägen und Tritten gezwungen, kürzlich zuvor beerdigte Leichen auszugraben, das verweste Fleisch von den Knochen zu entfernen und diese zu reinigen. (40) Doch wie immer dem auch sei: Wir sind in erster Linie an der politischen Rolle interessiert, die diese DP-Lager gespielt haben, und die simple Tatsache dabei ist, daß die jüdischen DP-Lager und die ihnen zugeordneten anderen Unterkünfte als Durchgangs- und militärische Ausbildungslager für die Invasion Palästinas gedient haben.

Die Welt hatte Gelegenheit, dies bereits im Januar 1946 zu erfahren. Wie das in internationalen Organisationen, zuweilen vorkommt, war nicht jede Personalstelle wunschgemäß besetzt : Leiter der UNRRA-Aktionen in Deutschland war der britische General Sir Frederick E. Morgan, ein selbständig denkender Mann und kein zionistischer Dienling. Obgleich ihm nur ein Teil der UNRRA in Deutschland unterstand, erfuhr er doch das Wesentliche von dem, was geschah, und unterrichtete hiervon die Öffentlichkeit. Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt/Main beschwerte er sich, daß eine organisierte Gruppe von Juden einen Transfer von Juden aus Polen in die amerikanische Zone von Deutschland fördere. Spöttisch ließ er sich über *„all das Geschwätz über Pogrome innerhalb Polens"* aus und wies darauf hin, daß Juden, die in ganzen Eisenbahnzügen in Berlin ankämen, wohlernährt, gut gekleidet und reichlich mit Geld versehen seien: *„Sie sehen ganz bestimmt nicht wie Verfolgte aus. Nach meiner*

Ansicht haben sie einen Plan, einen konkreten Plan, aus Europa wegzugehen". Morgan ergänzte, ihr Geld bestehe zu einem großen Teil aus von den Russen gedruckter Besatzungsmark. Der Leser wird sich erinnern, daß eine der spektakulärsten Taten des Sowjetagenten Harry Dexter White, dem wir im Kap. III als Boß der internationalen Operationen des US-Schatzamtes begegnet waren, jene gewesen ist, den Sowjets die Druckplatten für die US-Besatzungswährung zu liefern.

Chaim Weizmann rügte Morgans Erklärung als *„spürbar antisemitisch"*, und Rabbi Wise stellte fest, das rieche nach schlimmstem Nazismus und erinnere an die gefälschten Protokolle der Weisen von Zion. Im UNRRA-Hauptquartier in den USA gab man bekannt, Morgan sei entlassen worden, doch Morgan verneinte das. Wise, Henry Monsky (Präsident der B'nai B'rth, jüdischer Geheimdienstorden) und andere prominente Juden machten sich daraufhin an Lehman heran und *„versicherten Gouverneur Lehman, es sei den Umständen entsprechend unklug, den Fall gegen Morgan zu strapazieren"*, da Morgan offenbar genügend Beweise zur Erhärtung seiner Feststellung habe.

Im späteren Verlauf des Jahres 1946 gab es eine Untersuchung des jüdischen Problems durch einen anglo-amerikanischen Ausschuß, der entschied, daß Morgan die Situation unterschätzt habe. In den jüdischen DP-Lagern *„änderten sich die Gesichter von Tag zu Tag und neue Personen antworteten auf alte Namen in den Lagerlisten, je näher die zionistischen Organisationen die Juden an Palästina heranschafften".* Die Juden, vorwiegend polnische, strömten aus dem Osten nach Westdeutschland hinein und durchliefen die von der UNRRA betriebenen Lager. In diesen Lagern erhielten viele von ihnen eine militärische Ausbildung für die Invasion Palästinas, und zwar durch Reserveoffiziere in Uniformen der britischen und amerikanischen Armee. Obwohl es so war, daß niemand recht eigentlich nach Palästina wollte, hingegen aber in die USA, wurden alle Mittel angewendet, die Einwanderung nach Palästina zu erzwingen. Im Rückblick auf seine Mitarbeit in der UNRRA schrieb General Morgan in seinen Memoiren 1961 *„Peace and War"* (Frieden und Krieg): *„Einem solchen Haufen (outfit) zu dienen, ist einfach nicht zu beschreiben."*

Jahre später haben zionistische Autoren durch lobende Schilderungen des organisierten Auszugs von Juden aus Europa Morgans Feststellungen rechtgegeben. (41)

Im August 1946 warf LaGuardia Morgan hinaus, weil dieser sich beschwert hat, daß die UNRRA als *„Abschirmung für sowjetische Geheimagenten und kriminelle Elemente, die sich mit Großhandel in Drogen und Schmuggel befaßten"*, diene. Morgan wurde durch Meyer Cohen aus dem Washington-Büro der UNRRA ersetzt. Dieser Schritt wurde zu einer Zeit vollzogen, als ein weithin berichteter Krach zwischen der UNRRA und militärischen Dienststellen in Deutschland herrschte. LaGuardia war damals nach Deutschland gekommen, um sich mit verschiedenen Problemen zu befassen, u.a. auch mit Morgan. Anläßlich einer Pressekonferenz, die unmittelbar nach Morgan's Hinauswurf stattfand, gab es einen wütenden Disput zwischen LaGuardia und Hal Foust von der *Chicago Tribune,* mit dem wir uns schon im Kap. I befaßt haben. Foust hatte gefragt, wieviel Geld andere Staaten außer den USA zur UNRRA beigesteuert hätten. LaGuardia beantwortete jedoch keine der Fragen Foust's und begründete dies damit, daß dies Foust's *„dreckiges lausiges Blatt dies sowieso nicht abdrucken würde"*. Auf Foust's wiederholte Bitten um die erbetenen Informationen kreischte LaGuardia *„Halten Sie den Mund"*. (42)

Morgan war nicht der erste hochrangige Offizier der Alliierten, der mit den Zionisten zusammenstieß. Im Sommer 1945 hatte der an das Weiße Haus gesandte Harrison-Bericht behauptet, die Juden in der US-Zone von Deutschland würden nahezu genauso schlecht behandelt wie unter den Nationalsozialisten. Obgleich viele Juden in den Lagern diese Behauptungen als lachhaft verspotteten, suchte General Eisenhower, der oberste Befehlshaber der Alliierten, General George S. Patton, Jr. (Befehlshaber der 3. *US-Army* und Militärgouverneur von Bayern) auf, *„las ihm den aufrührerischen Bericht vor und erstaunte ihn mit der Äußerung, daß er das auch genau meine, wenn er sage, die Deutschen müßten, wenn nötig, aus ihren Häusern raus, um es ihren Opfern bequem zu machen"*.

Kurz darauf enthob Eisenhower Patton seines Postens, angeblich, weil dieser öffentlich gesagt habe, es würde allzu viel Theater um die Entfernung von Nationalsozialisten aus Schlüsselpositionen gemacht, und der Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Nicht-Nationalsozialisten sei ähnlich dem zwischen Republikanem und Demokraten, und der Schlüssel zu einem Erfolg der Besatzungspolitik in Deutschland läge darin, den Deutschen zu zeigen, *„was für großartige Kerle wir sind"*. Dieses wurde justament das bekannteste Beispiel für die allgemeine *„Zurückhaltung der Besatzungsbehörden in ihrem Tätigkeitsbereich, so hart vorzugehen, wie es die von den Staatsoberhäuptern in Berlin-Potsdam und von General Eisenhower selbst verlautbarten Maßnahmen kundtaten."* Patton erhielt den Auftrag, den Vorsitz einer Gruppe zum Schreiben einer Militärgeschichte zu übernehmen, doch erlitt er im Dezember 1945 einen Autounfall und erlag 2 Wochen später seinen schweren Verletzungen. (43)

Eisenhowers Einstellung den Zionisten war stets äußerst freundschaftlich gewesen. Kurz vor Kriegsende hatte die zionistische Organisatorin Ruth Klieger, gebürtige Rumänin und vor dem Krieg in Palästina ansässig, Eisenhowers Hauptquartier SHAEF in Paris aufgesucht, um Richter Rifkind, Eisenhowers Berater für DP-Fragen, ihre Mission darzulegen, Judentransporte von Deutschland nach Palästina zu organisieren. Sie wurde auf der Stelle zum Oberst der *US-Army* befördert und erhielt für ihre Mission in Deutschland die notwendigen Papiere. Damit waren Eisenhowers Dienste noch nicht beendet, denn der Truppentransporte „Ascania", dessen Befehlsgewalt im SHAEF mündete, wurde daraufhin den Zionisten zur Verfügung gestellt; er trug 2.400 Juden nach Palästina. Die Briten stellten sich ihm bei seiner Ankunft entgegen, wünschten aber darüber keinen Ärger mit SHAEF und gestatteten die Landung in Palästina. Eisenhower wurde später Präsident der Vereinigten Staaten. (44)

Wie bereits angedeutet, verblieben die aus der Sowjetunion nach Polen abgewanderten Juden zum überwiegenden Teil nicht in jenem Land, unterstützt vom *Joint Committee* und den damit verbundenen Organisatio-

nen (Spenden an diese waren in den USA steuerfrei) zogen die Juden weiter nach Deutschland, die Tschechoslowakei, Italien, wo es ebenfalls UNRRA-Lager für sie gab, aber auch nach Frankreich, und, wie gesagt in die USA. Im Zuge dieser mehr oder weniger hektischen und illegalen Abwanderung wurden Pässe, Identitätskarten oder sonstige Regularien nicht respektiert. Griechische Personalausweise wurden in Massen hergestellt, und viele Juden gaben sich als aus Polen heimkehrende Griechen aus. Als die griechische Regierung dahinterkam, entsandte sie einen Beamten zur Untersuchung, doch war dieser ein aktiver Zionist, der die Zionisten-Organisation lediglich wissen ließ, daß er zwar die bisherigen Ungesetzlichkeiten decken könne, die „Griechen-Masche" jedoch aufgegeben werden müsse. Sie hatte aber ihren Zweck bereits durchschlagend erfüllt. In den Anfängen der Massenwanderung hatte die Zionistenorganisation erkannt, daß die zu erfassenden Juden zu undiszipliniert und demoralisiert waren, um sich in eine wirkungsträchtige Bewegung einzuordnen. Sie verlegte sich daher auf die Methode der Haßpropaganda, um die Kampfmoral der Juden in den verschiedenen Lagern anzufeuern. Sie begannen, diesen Juden tiefe Abneigung und Haß gegen die Deutschen einzuflößen, ja, gegen ihre gesamte nichtjüdische Umwelt, gegen die Gojim um sie herum. Im Winter 1946 inspizierte ein anglo-amerikanischer Untersuchungsausschuß die Judenlager in Deutschland und war von diesem Anti-Goyismus unter den Lagerinsassen und von der Unmöglichkeit, irgendeinen Kontakt zwischen diesen heimatlosen Juden und den britischen und amerikanischen Völkern aufrechtzuerhalten, überwältigt. (47)

Die US-Besatzungsbehörden in Deutschland waren natürlich sehr über die Tatsache besorgt, daß so viele Menschen, äußerst dürftig als Flüchtlinge ausgewiesen, in ihren Machtbereich hereinströmten, zögerten aber, dies unverblühmt zu äußern. Jedenfalls verursachte das ständige Anwachsen der Flüchtlinge Probleme, die man nicht ignorieren konnte. Im Juni 1946 kam eine Gruppe amerikanischer Redakteure und Zeitungsverleger als erster Station einer Deutschlandreise in Frankfurt an und

wurde von hohen US-Offizieren darüber unterrichtet, daß Juden in einer Zahl von monatlich 10.000 in die US-Zone strömten und damit ein Problem schwerwiegender Art bereiteten. Es hieß, *„viele von ihnen kommen aus Rußland, und wenn sie sich denen in Polen in einer offenbaren Massenwanderung nach Palästina anschließen, dann werden wir unter Umständen von ihnen 3 Millionen zu betreuen haben"*. Von besonderem Interesse in dieser Erklärung ist, woher „viele" dieser Juden kamen, nicht minder aber auch die Tatsache, daß die US-Militärbehörden es für plausibel gehalten hatten, eine Zahl von 3 Millionen anzuführen (kein Druckfehler!) Natürlich übertrieben sie die Situation, um irgendeine entsprechende Aktion hervorzurufen, denn es hat niemals eine Möglichkeit für die Einreise von 3 Millionen Juden in die US-Zone Deutschlands bestanden. Nichtsdestoweniger ist die Anführung einer solchen Zahl und die Hervorhebung, daß *„viele jener Juden aus Rußland kommen"*, höchst kennzeichnend. (48)

Das Problem erregte seinerzeit so viel Aufmerksamkeit, daß der amerikanische Militärgouverneur, General McNarney Anfang 1946 bekanntgab, daß *„die US-Zonengrenzposten jüdische Flüchtlinge aus Polen in organisierten Reisezügen und Lastwagen nicht hereinlassen würden. McNarney setzte jedoch hinzu, daß wenn Verfolgte einzeln über die Grenze kommen, dies selbstverständlich etwas anderes wäre und wir sie aufnehmen würden."* Es mag viele Beobachter überrascht haben, daß diese scheinbar unwichtige Eingrenzung die Zionisten derart zufriedenstellte, daß Rabbi Wise und andere kurz darauf die Haltung Gen. Joseph McNarney's gegenüber dem Gesamtproblem öffentlich würdigten. Das Rätsel löste sich im darauffolgenden November, als berichtet wurde, daß 35.000 Juden, ein Rekord, im September von Polen nach Westdeutschland eingereist wären (der überwiegende Teil in die US-Zone), und daß der dünne Zustrom, der im November floß, sich auf 150-200 Personen täglich belief. (49)

In den Nachrichtenmeldungen jener Zeit wurden oftmals die Juden, die aus Rußland nach Polen zurückkehrten, als die 1940 in die UdSSR De-

portierten bezeichnet. Eine derartige Ausdrucksweise der Presse war zu erwarten, da die anderen ja tot sein sollten. Doch solche Auslegungen können außer acht gelassen werden, obwohl zu jenen Gruppen, wie Korzen schreibt, ebenfalls Deportierte des Jahres 1940 aus Ostpolen zählten.

Im Verlauf des Jahres 1946 entsandte der US-Senatsausschuß für Kriegsforschung seinen Chefberater George Meader nach Deutschland, um die US-Besatzungspolitik zu untersuchen. Meaders Bericht, der u.a. den Vorwurf weitverbreiteter Unmoral und Schiebungen in der *Army* erhob, erhielt als Folge von erheblichem Druck von seiten des Weißen Hauses, des Außen- und Kriegsministeriums und Senator Arthur Vandenbergs sowie einer Rücktrittsdrohung des Generals Clay Publikationsverbot, doch gelangte sein Inhalt schließlich doch irgendwie in die Öffentlichkeit. Der Bericht befaßt sich kritisch damit, wie die aus Polen hereinströmenden Juden untergebracht wurden, zumal sie gar keine echten *Flüchtlinge (im Sinne des Vertriebenseins bei Kriegsende) waren, sondern* Teil einer Massenbewegung von Menschen, die von privaten Gruppen zugunsten einer ganz bestimmten - politischen - Zwecksetzung (dem Zionismus) gefördert wurde. Die U.S.A. finanzierten somit ein politisches Programm, indem sie Juden in deutschen DP-Lagern aufnahmen, obwohl dieses Programm niemals dem Kongreß zur Erörterung vorgelegen hatte. In den Vereinigten Staaten erhoben sich daher Besorg*nis über und Opposition gegen die materialle Unterstützung, die durch die US-Flüchtlingspolitik der Sache der Zionisten gewährt würde, doch beides kam zu spät und war zu wenig, um noch irgendeinen Einfluß auf* die Vorgänge zu haben.

In seinem Bericht beklagte sich Meader über die Schwierigkeit, die jüdischen - im Unterschied zu den nicht-jüdischen DP's - dazu zu bewegen, eine Arbeit zu tun oder zu helfen, ihre eigenen Unterkünfte herzurichten. Doch beschwerten sie sich unablässig, daß man sie nicht so gut versorgen würde, wie sie es erwarteten. Meader wies darauf hin, daß illegale Umtriebe und Gewaltverbrechen durch *Displaced Persons* zahlreich wären, und vermerkte andererseits, daß Washington der Aufnahme von

2,25 Millionen Flüchtlingen aus Europa als Einwanderer in die USA zugestimmt hatte. (50)

Von nur geringfügigem Wert ist, hier die Zahlen anzugeben, die für die jüdischen DP's genannt wurden. Im Herbst 1946 hieß es, es befänden sich 185.000 jüdische DP's in Lagern Westdeutschlands. Setzt man jene für Österreich hinzu, dann würde die Zahl bereits 200.000 übersteigen. Auch wird gesagt, daß sich am 1.7.1947 über 400.000 jüdische Flüchtlinge in West-Europa befunden hätten. (51)
Doch haben solche Zahlen keine Ausdruckskraft, weil die Lager für Juden und andere Flüchtlinge in Wirklichkeit als Durchgangslager dienten, und ein ständiger Zug (im Fall der Juden jedenfalls) nach den USA und Palästina im Gange war, größtenteils illegal oder zumindest inoffiziell bezüglich des letzteren Zieles und möglicherweise auch im Hinblick auf das erstere.
Die Hauptreiseziele, doch nicht die einzigen, waren Palästina und die USA. Die Zahl ist nur zu schätzen, wobei die von den britischen Behörden zusammengestellten Bevölkerungsstatistiken für Palästina des Jahres 1946 verläßlich erscheinen. (52)

	Moslems	*Juden*	*Christen*	*andere*
1924	532.636	94.945	74.094	8.263
1929	634.811	156.481	81.776	9.443
1934	747.826	282.975	102.407	10.793
1939	860.580	445.457	116.958	12.150
1944	994.724	528.702	135.547	14.098

Gegen Ende des Jahres 1946 sollen es 608.000 Juden und 1.237.000 Moslems, Christen und andere gewesen sein. Über diesen Punkt hinaus gibt es keine genauen britischen Zahlen mehr wegen des großen Ausmaßes der illegalen Einwanderung, zumal den Briten die Lage allmählich aus den Händen glitt. Jedenfalls in der Zeit, als sich im Juli 1949 die Lage etwas beruhigt hatte, berichtete die Israelische Regierung, es befänden sich 925.000 Juden in Israel. Es handelte sich dabei vorwiegend um Juden europäischer Herkunft, wobei die umfangreiche Einwande-

rung aus Nordafrika und Asien eine von der Israelischen Regierung geförderte Folgeentwicklung darstellte. Im Jahr 1957 befanden sich etwa 1.868.000 Juden in Israel und 868.000 Araber waren seit der jüdischen übernahme in benachbarte Länder geflohen. (53)

An dieser Stelle ist es sinnvoll einzuflechten, daß viele Menschen ein völlig falsches Bild vom Zionismus und Israel haben. Heutzutage wird weithin angenommen, daß der Zionismus bei Kriegsende entstanden sei, als eine große Zahl von europäischen Juden, die zu dem Schluß gekommen waren, nicht mehr länger in Europa leben zu können, in ein durch und durch arabisches Palästina eindrangen und die arabischen Einwohner hinaustrieben. In Wirklichkeit hat der Zionismus, die Bewegung zur Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina, eine Geschichte, die bereits Ende des 19. Jahrhunderts beginnt. Im Jahre 1917 war der Zionismus zu einer derartigen politischen Kraft geworden, daß Großbritannien, verwickelt in einen blutigen Kampf mit dem kaiserlichen Deutschland, die Balfour-Erklärung, mit der den Juden effektiv Palästina zugesprochen wurde, als Gegenleistung für jüdische Unterstützung im Weltkrieg abgab. Da England auch gewisse Abmachungen mit den Arabern getroffen hatte, wurde Palästina zu einem Land, dem zuviel versprochen wurde. Zionistische Organisationen förderten den Zug der jüdischen Einwanderer nach Palästina im Anschluß an den Ersten Weltkrieg und in den nachfolgenden dreißiger Jahren. Wie die dargetanen Bevölkerungszahlen andeuten, bereitete Palästina der britischen Außenpolitik die vielleicht heftigsten Kopfschmerzen, da sie vor der an sich unmöglichen Aufgabe bestehen mußte, die jüdischen mit den arabischen Ansprüchen auf Palästina unter einen Hut zu bringen.

Gegen Ende der dreißiger Jahre befand sich der Zionismus in tatkräftiger Zusammenarbeit mit der Gestapo, die regelmäßig mit Vertretern der Zionisten zusammenkam und sogar half, Bauernhöfe und landwirtschaftliches Gerät zur Verfügung zu stellen, um Ausbildungszentren für jüdische Emigranten in Deutschland und Österreich einzurichten. Die

Zionisten und die Gestapo hatten das gleiche Ziel, Juden aus Europa zu transferieren. (54)

Der Zweite Weltkrieg war nicht Ursprung des Zionismus; er verschaffte ihm lediglich den weltpolischen Sieg, den er für die Endphase der übernahme Palästinas brauchte. Die Macht in der Welt war den U.S.A. und der Sowjetunion zugefallen, und beide standen damals der Sache des Zionismus sehr wohlwollend gegenüber. Unter den obwaltenden Umständen war die Lage der Araber hoffnungslos, da sie von der Standfestigkeit sowie politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Großbritanniens abhing, das jedoch durch den Zweiten Weltkrieg selbst in eine nahezu totale politische wie wirtschaftliche Abhängigkeit geraten war, ja man kann sagen, am Boden lag.

Kann man sich noch eine annähernde Vorstellung vom Umfang der jüdischen Einwanderung in Palästina machen, so steht man vor einer schier undurchdringlichen Wand bei dem Versuch, diesen für die Vereinigten Staaten zu bestimmen. Wir erinnern daran, daß die Registrierung von Hebräern als Einwanderern im gleichen Monat des Jahres 1943 fallengelassen wurde, als sich Washington durch Gründung der UNRRA umfassend der Betreuung der *Displaced Persons* annahm. Unmittelbar nach dem Krieg wurde natürlich starker jüdischer Druck ausgeübt, um die jüdische Einwanderungsquote möglichst hochzuschrauben, und im Dezember 1945 gab Präsident Truman bekannt, die Immigration würde beschleunigt, nicht ausgenutzte Quoten aus der Kriegszeit seien zwar nicht kumulativ, doch würden alle vorhandenen Regelungen respektiert. (55) Mag dies auch realisiert worden sein wie immer es wolle: Juden kamen unter der Kennzeichnung unterschiedlichster Nationalität herein: Als Deutsche, Österreicher, Niederländer, Polen usw. Dennoch gestatteten die bestehenden Vorschriften nicht, so viele Menschen zuzulassen, wie Anträge vorlagen, und so traf man eine gesetzliche Sonderregelung für die Einreiseerlaubnis von *displaced persons,* welche die bestehenden Sperren durchbrachen. Dieses Gesetz verfügte ebenfalls die Bildung

eines Ausschusses für Heimatlose (*Displaced Persons Commission*) als Hilfsorgan für die Unterbringung der Einwanderer. Nach dem Rechenschaftsbericht des Ausschusses sind in der Zeit von 1948-1952 (die im Gesetz festgelegte Zeitspanne) über 400.000 solcher Personen in den Vereinigten Staaten angesiedelt worden. Der amtliche Bericht stellte dann noch fest, daß nur 16% dieser 400.000 jüdisch seien, aber das ist eben nur der amtliche Bericht einer Regierung, die besondere Schritte unternommen hatte, um sicherzustellen, daß die entsprechenden Angaben nicht existieren. (56)

Unter Vorbehalt fassen wir hier die in Frage stehenden Teile der Einwanderungszahlen zusammen, wie sie die US-Regierung veröffentlicht hat: (57)

Reguläre Einwanderung DP's

Land	*1941-1950*	*1951-1960*	*1948-1952*	*Gesamt*
Österreich	24.860	67.106	8.956	100.922
Belgien	12.189	18.575	951	31.715
Tschechoslowakei	8.347	918	12.638	21.903
Dänemark	5.393	10.984	62	16.439
Estland	212	185	10.427	10.824
Frankreich	38.809	51.121	799	90.729
Deutschland	226.578	477.765	62.123	766.466
Griechenland	8.973	47.608	10.277	66.858
Ungarn	3.469	36.637	16.627	56.733
Italien	57.661	185.491	2.268	245.420
Lettland	361	352	36.014	36.727
Litauen	683	242	24.698	25.623
Niederlande	14.860	52.277	64	67.201
Polen	7.571	9.985	135.302	152.858
Rumänien	1.076	1.039	10.618	12.733
UdSSR	548	584	35.747	36.879
Jugoslawien	1.576	8.225	33.367	43.168

Wir haben hier nur die Zahlen für einige europäische Länder wieder-

gegeben, von denen anzunehmen ist, daß aus ihnen viele vertriebene Juden gekommen sind. Die Summe für Ungarn 1951-1960 scheint jene nicht einzuschließen, die auf Grund eines besonderen Gesetzes anläßlich der 1956 ins Land gekommenen Flüchtlinge des ungarischen Aufstandes in den USA aufgenommen worden waren (45.000). Es sei erwähnt, daß in den Jahren 1954-1971 285.415 Personen aus Europa unter verschiedenen anderen Bestimmungen für Flüchtlinge in den Vereinigten Staaten eingebürgert worden sind. Geordnet nach Kontinenten sieht das dann so aus:

Erdteil	*Reguläre Einwanderung*		*DPs*	*Gesamt*
	1941-1950	1951-1960	1948-1952	
Europa	621.704	1.328.293	405.234	2.355.231
Asien	31.780	147.453	4.016	183.249
Nord/Südamerika	354.804	996.944	307	1.352.055
Afrika	7.367	14.092	107	21.566
Pazifischer Bereich	19.242	16.204	10	35.456
Gesamt	1.034.897	2.502.986	409.674	3.947.557

Für die Einwanderung in den Jahren 1941-1950 und 1951-1960 ist zu berücksichtigen, daß der letzte ständige Wohnort als Herkunfts- bzw. Heimatland galt, während für die DP's aus 1948-1952 das Geburtsland notiert wurde.

Daß im Fall der regulären Einwanderung die Nationalität dem Land des letzten Wohnsitzes zugeordnet wurde, macht eine Spezifizierung dieser Zahlen besonders schwierig. Dieses zeigt sich deutlich an der Gesamtzahl von 766.466 Personen, die aus Deutschland in die USA gekommen waren. Wir haben zu bedenken, daß Juden mit deutscher Staatsangehörigkeit nur einen Bruchteil der 766.466 ausmachen konnten, da die Mehrheit der geschätzten 500.000-600.000 deutscher, d.h. in Deutschland aufgewachsener Juden ja schon vor dem Krieg 1939 ausgewandert war. Berücksichtigt man, daß von den vor dem Krieg aus Deutschland emi-

grierten Juden ein Teil nach Frankreich und Belgien gegangen war und sich diese unter den nach Reitlinger 250. 000 Personen befunden haben, die dann während des Krieges in den Osten deportiert worden sind, und nach 1945 dann von diesen etwa die Hälfte nach Palästina abgewandert sind, dann sieht es so aus, daß nicht mehr als 125.000 der „Deutschen", die nach den USA einreisten, Juden gewesen sein könnten. Doch diese Rechnung geht durch den einfachen Einwand daneben, daß der status des ständigen Wohnsitzes auf viele der Juden mit mehreren Staatsangehörigkeiten angewendet worden sein dürfte, die unter verschiedenen Voraussetzungen unmittelbar nach dem Krieg in Deutschland untergebracht waren. Jener Zeitraum hat sich nicht durch striktes Einhalten von Gesetzen ausgezeichnet, und so kann man sicher annehmen, daß etwas mehr als 125.000 dieser „Deutschen" Juden waren. Mit den Zahlen für Italien ist es genau so.

Die Unklarheit des Begriffs vom „ständigen Wohnsitz" ist auch der Grund für die Einbeziehung von Einwanderungszahlen für solche Bereiche wie Nord- und Südamerika und Asien. Wir dürfen nicht erwarten, daß die heimatlosen Juden im Hinblick auf legale Ausweise besonders gewissenhaft waren; wir sahen dies an dem Fall der „Griechen", die durch die Tschechoslowakei gelangten. Es dürfte nicht schwierig gewesen sein, zu Ausweispapieren zu kommen, die als ständige Wohnsitz ihrer jüdischen Inhaber südamerikanische Länder oder auch vielleicht Kanada angaben. Ein Umweg über das entsprechende Land auf der Reise nach den USA könnte notwendig gewesen sein, aber ein solcher Abstecher wäre so oder so nur Tarnung gewesen. Südamerikanische Länder hätten wahrscheinlich freudig mitgemacht, da die Juden nicht im Begriff waren, sich bei ihnen niederzulassen, und zweifellos Bestechungsgelder mit im Spiel waren.

Aus diesen Gründen bin ich der Ansicht, daß man mit Sicherheit die Einreise von mindestens 500.000 Juden in die USA annehmen kann, wobei die richtige Zahl wahrscheinlich höher liegt. Da der Stadtbereich von New York der Wohnsitz von Millionen Juden ist, könnten allein dorthin einige hunderttausend Juden gezogen sein, und niemand hätte davon

mehr bemerkt, als daß er persönlich von einigen Juden erfuhr, die nach dem Krieg aus Europa nach New York gekommen waren.
In dieser Analyse sind wir natürlich davon ausgegangen, daß die große Masse der Juden, die sich nach dem Krieg woanders niedergelassen hat, vertriebene Juden waren. Statistisch gesehen wird ihnen kaum eine bedeutende Zahl von, sagen wir, französischen Juden zuzurechnen sein, die ebenso wenig Grund hatten Frankreich zu verlassen, wie jene in den USA, von dort auszuwandern. Das Ergebnis der NS-Judenumsiedlungen war, daß eine große Zahl von Juden in den Einflußbereich zionistischer Flüchtlingsorganisationen gelangte, die es dann fertigbrachten, diese Massen an Bestimmungsorte zu dirigieren, die aus politischen Motiven festgelegt waren.
Wenn wir voraussetzen, daß es am Ende des Krieges ungefähr drei Millionen vertriebener Juden gab, mit denen die Alliierten irgendwie fertigwerden mußten, dann ist anzunehmen, daß eine halbe Million nach den Vereinigten Staaten ausgewandert sind, eine halbe Million nach Palästina, eine Million von der Sovjetunion absorbiert wurden, 750.000 in Osteuropa außerhalb der UdSSR ansässig wurden und weitere 250.000 in Westeuropa untergekommen sind. Diese Aufschlüsselung fußt auf den Erkenntnissen, die aus demoskopischen Analysen zu entnehmen sind, wobei auf Grund der geschilderten Umstände eine absolute statistische Genauigkeit nicht zu erzielen ist.
Versuchen wir die Anzahl der im Krieg umgekommenen Juden zu analysieren bzw. zu schätzen und zwar angesichts der chaotischen Zustände in den Lagern beim Rückzug der deutschen Truppen, der Epidemien in den Ghettos in normalen Zeiträumen, der Pogrome oder Massaker, die vorgekommen sein könnten, besonders während der deutschen Rückzüge, der Erschießungen durch die Einsatzgruppen, der ungesunden Verhältnisse in den deutschen Konzentrationslagern, vor allem kurz vor Kriegsende, dann stehen wir meiner Meinung nach erneut vor einem unmöglichen Problem. Rassinier's Schätzung beläuft sich auf 1 Million jüdischer Verluste, doch kann man gegenüber seinen Argumenten sehr viele Einwände geltend machen. Die Zahl von einer Million toter Juden

erscheint mir, wenn auch möglich, ziemlich hoch. Doch habe ich nicht die Absicht, über diesen so makabren Sachverhalt in dieser oder jener Form zu diskutieren, solange er einen so weiten Spielraum für Unsicherheiten enthält.

Gerade die mächtigsten Gruppierungen der Welt haben sich veranlaßt gesehen, den Hergang dessen zu entstellen, was den Juden Europas während des Zweiten Weltkrieges wirklich geschehen ist, und politische Verhältnisse zu schaffen, die eine annähernd sachgerechte und vorurteilsfreie Untersuchung verhindern. So hat z.B. Korzen, obwohl in seinen Forschungen wohlwollend durch die Israelische Regierung unterstützt, Unkenntnis und Unsicherheiten in großen und wichtigen Bereichen, sowohl im Hinblick auf Zahlen als auch Einzelvorgänge in seiner Studie über die im Jahre 1940 vollzogenen sowjetischen Deportationen an polnischen Juden eingestanden. Auf der anderen Seite war ich überrascht, daß es ungeachtet dessen möglich war, statistische und quantitative Aspekte selbst in dem hier vorgelegten unvollständigen Ausmaß zu rekonstruieren.

In seinen Memoiren hat J.G. Burg eine Darstellung gebracht, die vollständig mit dem historischen Ablauf übereinstimmt. Bei Kriegsausbruch im September 1939 lebte er in Lemberg/Polen. Seine Familie floh dann alsbald nach Czernowitz/Rumänien, also in die Bukowina die im Juni 1940 von der Roten Armee besetzt wurde. Ein Jahr später trieb der deutsche Angriff auf Rußland die Rote Armee hinaus, und ukrainische Banden leiteten Pogrome ein, die von deutschen und rumänischen Truppen niedergeschlagen wurden. Schließlich wurde Burg samt Familie nach Transnistrien deportiert, wo das Leben wenigstens erträglich war. Ein Herr Kolb vom Schweizer und Internationalen Roten Kreuz suchte ihre Siedlung Anfang 1943 auf.

Mit Zunahme der deutschen Niederlagen wuchs die Spannung zwichen den Deutschen und den Rumänen, und viele Rumänen versuchten, sich die Juden zu Freunden zu machen. Mitte 1944 begann die deutsch-rumänische Front zu wanken, und J.G. Burg kehrte mit seiner Familie wieder nach Czernowitz zurück. Überall herrschten Chaos, Hunger und

sowjetischer Terror. Auch nach Kriegsende waren die Verhältnisse nicht gut, so daß J.G. Burg mit seiner Familie nach Breslau und danach weiter in ein Lager der UNRRA nahe von München/US-Zone Deutschland übersiedelte. In jenem Lager waren natürlich fast alle Juden sehr an der Möglichkeit interessiert, in die Vereinigten Staaten von Amerika zu gelangen, zumal sie erfuhren, daß viele Juden gerade das vorhatten. Doch die zionistische Organisation versuchte mit allen Mitteln, ihr Interesse von den USA weg und auf Palästina zu lenken. Auf die Frage: „Kann man nach den USA auswandern und dabei Zionist bleiben?" antwortete ein Professor Spiktor: *„Wer immer in dieser Schicksalsstunde nach den USA auswandert, kann nicht nur kein Zionist sein, er verläßt damit auch sein jüdisches Volk."* Sechs Monate später emigrierte Professor Spiktor in die USA. Burg und seine Familie zogen mit vielen anderen Juden des Lagers nach Palästina.

Wir sind jetzt fast am Ende unserer Studie. Die Juden Europas sind, wie sich aus den vorangegangenen Darlegungen ergibt, nicht vernichtet worden; es gab keinen deutschen Versuch, sie zu vernichten. Die Deutschen siedelten eine bestimmte Anzahl aus, und diese Menschen wurden schließlich nach Plänen der Alliierten wiederum umgesiedelt. Jeder der hiervon Betroffenen hat während des Krieges gelitten, mehr oder weniger viel von seinem Besitz verloren, auch gerieten sie in die chaotischen Begleitumstände der deutschen Niederlage. Doch hat jeder Europäer unter den Kriegsverhältnissen gelitten, besonders die Bevölkerung in Mittel- und Osteuropa. Die Völker, die am meisten gelitten haben, waren die Verlierer. Die Deutschen (und Österreicher) haben 10 Millionen an Toten verloren, im Felde, durch alliierte Luftangriffe, den sowjetischen Terror, dem sich vor allem der polnische und tschechische, aber auch der jugoslawische Terror parallelschaltete, bei Kriegsende, dann durch die Nachkriegsmaßnahmen der Sieger und Mitsiegermächte, russische und französische Zwangsarbeit deutscher Kriegsgefangener und Zivilinterierter, durch die unter den brutalsten Bedingungen durchgeführten Austreibungen Deutscher aus ihrer Heimat, und schließlich durch die racheerfüllten Besatzungsmaßnahmen von 1945-1949. (59)

Die Gaskammem sind Fantasien der Kriegs- und Nachkriegspropaganda, in jeder Beziehung dem Unrat vergleichbar, der von Lord Bryce und Genossen (Verzeihung: „gentlemen") im Ersten Weltkrieg zusammengeschaufelt worden ist. Heinrich Himmler hat es wenige Wochen vor Kriegsende in einem Interview mit einem Vertreter des Weltjudenkongresses (es war Mr. Mazur) richtig und treffsicher formuliert: (60)

> „Um den Seuchen ein Ende zu bereiten, waren wir gezwungen, die Leichen einer nicht festzustellenden Anzahl von Menschen, die der Krankheit erlegen waren, zu verbrennen. Wir mußten daher die Krematorien bauen, und deshalb wird für uns die Henkersschlinge vorbereitet."

Es ist höchst unglücklich, daß Himmler ein „Selbstmordfall" war, während er sich in britischer Haft befand, denn, wäre er ein Angeklagter im Nürnberger IMT gewesen, so wäre er in der Lage gewesen, vor der Öffentlichkeit den wahren Hergang der ganzen Geschichte vorzutragen (er als vielleicht einziger war ja voll unterrichtet und hatte keine Möglichkeit, die Schuld jemandem anders zuzuschieben). Daß Himmlers Einschätzung der Gaskammer-Anschuldigungen zutreffend war, muß einem jeden offenkundig sein, der eine gewisse Zeit mit diesem Thema verbracht hat. Im besonderen aber hätten Reitlinger und Hilberg dies erkennen müssen, bevor sie auch nur Bruchteile ihrer dicken Bücher fertig hatten, die eine gewaltige Narretei darstellen.
Bücher wie das vorliegende wären unnötig gewesen, könnte man das wesentliche Material dieses Themas in den Prozeßakten des Nürnberger Siegertribunales nachlesen und sich im Inhalt und Umfang darauf verlassen.
Instruktiv dürfte zum Abschluß dieses Themas eine Information des jüdischen *Aufbau* vom 30.6.1965 sein, derzufolge sich die Zahl der Antragsteller auf deutsche Wiedergutmachung innerhalb von 10 Jahren verdoppelt habe. Bis zum Jahre 1965 hatten 3.375.000 Personen aus Gründen rassischer Verfolgung Wiedergutmachungsanträge in der Bundesrepublik Deutschland gestellt, eine Zahl, die inzwischen auf über 4 Millionen angestiegen sein dürfte. (61)

VIII Anmerkungen

Wir beenden diese Arbeit mit einigen Bemerkungen verschiedener Art, die sich größtenteils mit Einwänden gegen meine Forschungsmethoden oder Quellen oder Arbeitsergebnisse befassen.
Ein an sich geistig hochstehender Kritiker gab mir zu verstehen, daß meine Darstellung denen ähnele, die er über fliegende Untertassen und Wünschelruten gelesen habe. Diese Reaktion war erschreckend, aber vielleicht verständlich. Jahrzehnte der Propaganda haben das nationalsozialistische Deutschland derart mit der 6-Millionen-Legende identifiziert, daß ein Bestreiten dieser Legende vielen Menschen zunächst als ebenso lächerlich vorkommt, wie wenn man bestritte, daß der Zweite Weltkrieg überhaupt stattgefunden habe. Nichtsdestoweniger muß bei diesem Einwand darauf hingewiesen werden, daß hier keineswegs Bezug genommen wird auf übernatürliche oder außerirdische Erscheinungen, sondern daß sich unsere Darstellung mit nichts Ungewöhnlicherem befaßt als mit Menschen, die über ihre politischen Feinde lügen. Diesen Kritiker kann man nur auffordern, er möge endlich einmal klug werden.
Ein weiterer Einwand gegen die vorliegende Arbeit wird der sein, daß ich die Vernichtungsliteratur, insbesondere Reitlinger und Hilberg, als Quellen herangezogen habe, obwohl ich diese Art Bücher gleichzeitig als gewaltige Narreteien bezeichnet habe. Dieser Einwand ist schwerwiegend, auch wenn ich der erste sein würde, der darauf hinweisen würde, daß diese Bücher im Zusammenhang mit den großen Schwindeleien der Weltgeschichte als Spitzenbeispiele für glatte Täuschung und Torheit dann bedeutsam werden, wenn die Vernichtungslegende erst einmal begraben ist. Und unsere Aufgabe ist es hier, diese Legende zu begraben. Dabei mündet jede diesbezügliche Forschung in eine Analyse jener Fälle, die von Reitlinger und Hilberg vorgetragen worden sind. Der einzig gangbare Weg, den ganzen Schwindel aufzudecken, ist, die Behauptun-

gen jener Exponenten der Vernichtungsmythologie konkret zu untersuchen und als nicht stichhaltig nachzuweisen.
Das Anführen von Reitlinger und Hilberg als Quellen hatte noch einen zweiten Grund. In dieser Arbeit ist großes Gewicht darauf gelegt worden, für eine Dokumentation zu sorgen, von der sich ein Leser mit Zugangsmöglichkeit zu einer großen öffentlichen Bibliothek selbst von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Aussage überzeugen kann. Leider konnte diesem Bemühen nicht immer Rechnung getragen werden, weil ein guter Teil der Analyse sich auf Dokumente und Veröffentlichungen stützt, die nicht so ohne weiteres zugänglich sind, es sei denn über komplizierte Hürden im Ausleiheverkehr. Um dies wenigstens teilweise auszugleichen, habe ich auf Reitlinger und Hilberg als Quellen für viele derartige Punkte verwiesen, sofern ihre Äußerungen zu bestätigen waren. Schließlich soll der Leser nun auch wirklich einen Blick in jene Art Bücher werfen, um sich bei jenen Autoren ein Bild von deren wissenschaftlicher Arbeitsweise, Dokumentenverwendung, Konsequenz der Schlußfolgerung und Exaktheit oder Widersprüchlichkeit der Darstellung zu verschaffen.
In Diskussionen mit Juden stellt sich oft heraus, daß der Gesprächspartner erklärt, er habe vermißte Verwandte, die seinerzeit nach Auschwitz, Treblinka oder irgendwohin in den Osten deportiert worden seien und von denen seither jede weitere Nachricht fehle, was dann als Beleg für Vernichtung ausgegeben wird. Doch dies muß kein Beleg für Vernichtung sein, auch nicht für die Existenz eines NS-Vernichtungsprogramms. Jemanden während des Krieges aus den Augen zu verlieren, war nahezu unvermeidlich. Es wird auch nicht bestritten, daß gerade diese Personen womöglich tatsächlich im Verlauf des Krieges aus diesem oder jenem in diesem Buch geschilderten Grund ums Leben gekommen sind. Doch mag es ebenso gut sein, daß sie im Verlauf des Krieges in den sowjetischen Machtbereich geraten waren, aus dem sie keine Verbindung mehr in die westliche Welt herzustellen gewillt oder in der Lage waren. Auch muß bei solchen Gesprächen in Rechnung gestellt werden, daß der Diskutant nicht die Wahrheit sagt oder sich nicht um ausgiebige Informationen bemüht hat o.ä.

Ein gewichtiges Motiv, Kontakte nicht mehr aufzunehmen, gibt es selbst im familiären Bereich mehr als genug. Eine große Zahl von Ehen wird rein von sozialen und wirtschaftlichen Zwängen zusammengehalten. Es sind viele Familien während des Krieges auseinandergerissen worden, neue Verhältnisse haben sich angebahnt, Menschen haben sich auseinandergelebt und entfremdet, Arbeitsmöglichkeiten, Krankheiten, weit entfernt liegende Ansiedlungen, vorgerücktes Alter und vieles mehr können Gründe sein, um alte, selbst verwandtschaftliche Kontakte nicht wieder aufzunehmen. Alles dies könnte bei einer hohen Zahl fehlender Juden zutreffen.

Nehmen wir z.B. an, ein Mann und eine Frau mit zwei kleinen Kindern sind deportiert worden, der Mann in ein Arbeitslager, die übrige Familie in ein Umsiedlungslager in den Osten. Unterstellt, die Ehefrau nahm die Verbindung mit ihrem Mann nach dem Krieg aus irgendeinem Grund nicht wieder auf. Somit haben wir anscheinend vier Menschen, die als tot oder vermißt gemeldet wurden. Der Mann nämlich sagt, seine Frau und Kinder sind wahrscheinlich tot, und die Frau erklärt, ihr Mann sei vermißt. Jedenfalls könnte diese eine Trennung von Mann und Frau die Erklärung für noch viel mehr fehlende Juden abgeben, denn es ist durchaus denkbar, daß Eltern und Verwandte der Ehefrau, aber auch jene des Ehemannes gleichfalls den Kontakt unter einander verloren haben. Allein an diesem Beispiel zeigt sich, daß die Möglichkeit, fehlende Juden auf diese Weise zu berechnen, praktisch unbegrenzt ist.

Es heißt, das Yad Vashem Archiv in Jerusalem verfüge über die Namen von 2,5 bis 3 Millionen jüdischer *„durch Nazi-Vernichtung Toter"*. Vermutlich sind die Angaben mit Hilfe von Zeugenaussagenformularen, ausgefüllt von Verwandten, Zeugen oder Freunden gesammelt worden. Diese Zusammenstellung der Israelischen Regierung, von der man gewiß nicht sagen kann, eine desinteressierte Partei in der Frage ungekommener Juden zu sein, ist nicht befriedigend zu untermauern. Zweifellos sind viele Juden während des Krieges gestorben, und dieser Teil des Yad Vashem Archivs enthält mit Sicherheit authentische Unterlagen. Wir haben aber auch damit zu rechnen, daß bei einer Vielzahl von Unterlagen

es unmöglich ist, zwischen Juden, die tatsächlich im Krieg verstorben sind, und denen zu unterscheiden, mit denen die Unterzeichner der Aussagenformulare lediglich die Verbindung verloren haben. Die Angaben sind vornehmlich dann bedeutungslos, wenn es sich um einen Freund handelt, der eine solche Erklärung abgegeben hat. Ich habe den Kontakt mit einer beachtlichen Anzahl ehemaliger Freunde und Bekannter verloren, aber ich nehme an, daß fast alle noch am Leben sind. Genau genommen zeigt die Tatsache, daß Zeugenaussagen über Freunde in der Zusammenstellung von Yad Vashem verwendet worden sind, daß diese Kartei großenteils wertlos sein dürfte. Solche Freunde haben nicht mehr Grund, ihre vermißten Bekannten für tot zu erklären als ich. (1)
Ich habe keine Ahnung, was unter Zeugen zu verstehen ist, die solche Bestätigungsformulare unterschrieben haben, und wer das geprüft hat. Nicht von der Hand zu weisen dürfte sein, daß einige unterzeichner solcher Erklärungen vermißte Freunde und Verwandte aus diesen oder jenen Gründen kurzerhand erfunden haben, ja, es sogar nicht einmal ausgeschlossen ist, daß es einige der Unterzeichner nie gegeben hat. Denn alles das ist in der Nachkriegszeit wiederholt geschehen.
Warum auch Deutsche an die Vernichtungen glauben? Nun, eigenständige Deutsche betrachten diese Behauptungen als Mythos, als ein politisches Zweckdogma der Siegermächte. Doch andere haben die Meinung der Meinungsmacher übernommen, ohne sich mit den Einzelheiten je auseinandergesetzt zu haben. Politiker, Journalisten, Professoren, dazu die Sachverständigen des Instituts für Zeitgeschichte, die Richter nicht zu vergessen, - sie alle gelten ihnen als Autoritäten, als Sachkenner, deren Meinung es blindlings zu übernehmen gilt. Hierbei scheint es diesen Menschen gar nicht in den Sinn zu kommen, nach Opportunitätsgründen dieser Meinungsmacher zu fragen oder sich gar darüber zu informieren, ob diese Herren tatsächlich mehr als Standardinformationen zur Verfügung hatten und sachkritisch und unvoreingenommen Detailuntersuchungen vorgenommen haben oder nicht. Gewiß gibt es auch jene, die während des Krieges erlebt hatten, wie Juden abtransportiert wurden und die sie nach dem Krieg nicht wieder gesehen haben. Dies mag

sie in der Überzeugung bestärkt haben, den Vernichtungsbehauptungen zu glauben, d.h. veranlaßt haben, Schlußfolgerungen zu ziehen, die sie an Hand solcher Indizien bei keinem anderen Sachverhalt je gezogen hätten. Dann sind natürlich jene sich Informierenden zu nennen, die viel nachzulesen, nachzuprüfen gewohnt sind, den Vernichtungsschwindel in diesem und jenem Buch mit diesen und jenen Behauptungen, Ergänzungen, Dokumenten, Fotos usw. bestätigt finden, und dennoch nicht merken, daß vieles, was in Leinen eingebundenen Büchern, ja sogar in amtlichen Dokumentenbänden gedruckt verzeichnet ist, durchaus nicht zu stimmen braucht. Und es ist in der Tat ein Faktum, daß die zahlreichen Schöpfer und Interessenten der Vernichtungslegende fantasiereich und mit Bedacht unter Ausnutzung amtlicher Einflüsse und weit gefächerter Presseunterstützung eine Vielzahl variationsreicher Geschichten in den status von Dokumenten umgemünzt haben, so daß der normale Studierende sich in diesem Sumpf von Verunglimpfungen nicht mehr zurechtfindet und der Einfachheit halber dann das glaubt, was man ihm vorsetzt. Der Stempel „Document" des Internationalen (alliierten!) Militärtribunals in Nürnberg genügte, - und schon war eine amtlich oder nicht-amtlich zugeschobene Unterlage zum Dokument geworden. Und bei der dialektisch bezogenen kommunistischen Geschichtsschreibung vollzieht sich das am laufenden Band, - und der Normalbürger hält das einfach nicht für möglich. Doch der Historiker weiß es, daß es so ist, daß die Propaganda seit Jahrzehnten bereits so arbeitet.

Die diesbezügliche Beurteilung der westdeutschen Bundesregierung, die mit Personalbesetzung, zweckdienlichen Gesetzen, Schulrichtlinien, parteilichen Publikationen und Förderung entsprechender Institute, endlosen und einseitigen Kriegsverbrecherprozessen usw. alles tut, um diese politische Zwecklüge aufrechtzuerhalten, muß in den Vorwurf ausmünden, daß hier keineswegs ahnungsloses Mißverstehen oder Unkenntnis vorliegt. Als Schöpfung der westlichen Siegermächte hat dieses nachkriegs-deutsche politische establishment zwangsläufig ein Interesse an der Sprachregelung (also auch an den Lügen) der Sieger, und verhält

sich entsprechend. Das ist alles ganz einfach, und diese Situation wird durch die Karriere eines Mannes besonders einleuchtend illustriert, oder auch zweier Männer: Willi Brandt, alias Herbert Ernst Karl Frahm und Herbert Wehner, die schon vor dem Krieg, aber auch während des Weltkrieges auf Seiten der Gegner Deutschlands ihre politische Heimat demonstriert hatten.

Der Marxist Brandt hatte Deutschland nach Hitlers Machtübernahme heimlich verlassen und erwarb die norwegische Staatsbürgerschaft, um 1940 dann nach Schweden auszuweichen und im dortigen Pressewesen zusammengebraute Propagandageschichten weiterzureichen, die schließlich auch mit Schauergeschichten über Millionen von Gaskammertoten den Weg nach New York und dort in die *New York Times* fanden. (2) Brandt avancierte schließlich zum westdeutschen Bundeskanzler und erhielt 1971 für seine Verzichts- und Ostpolitik den Friedensnobelpreis. Seine Karriere war nur möglich in einem Land, in dem Verrat zu einem normalen Vorgang des politischen Lebens geworden ist. Und so ist es nicht überraschend, daß die Bonner Regierung sich hinter den Schwindel stellt.

Ein weiterer Einwand gegen die in diesem Buch vorgebrachten Erkenntnisse ist die Behauptung, daß niemand wagen würde, eine so gigantische Mär wie die 6-Millionen-Legende zu erfinden, da niemand die dazugehörige Fantasie und auch Verantwortungslosigkeit besitze, schließlich die Risiken viel zu groß wären. Allein das Vorhandensein der Legende wird als Beweis für die Wahrheit zumindest seines wesentlichen Inhalts feilgeboten. So können wir diese Behauptung als das ontologische Argument der Schwindler einstufen. Diese Einschätzung hat sicherlich zu einem beachtlichen Maße zur weiten Verbreitung der Legende beigetragen. Nun, die Menschen nehmen nun einmal an, daß niemand so unverfroren sein könnte, derartige Lügen zu erfinden. Doch geschichtliche Beispiele belegen das Gegenteil. Gerade auf diesem Prinzip fußte die gesamte Greuelpropaganda gerade in unserem 20. Jahrhundert! Mit ihm wurden Kriege begonnen, geführt und gewonnen!

Rückblickend erscheint es wie eine Ironie, daß Adolf Hitler die psycholo-

gische Wirkung der faustdicken Lüge in seinem Buch *Mein Kampf* vorausgesagt hatte. Ironie ist es auch, daß die meisten sinnverwirrend erfundenen Darstellungen von Vernichtungen in der jüdischen Talmud-Literatur zu lesen sind, und zwar im Zusammenhang mit den beiden letzten der drei großen jüdischen Aufstände gegen Rom, dem Diaspora-Aufstand 115-117 n.d. Zw und dem Palästina- Aufstand 131-135 n.d.Zw. In dieser Talmudliteratur finden sich tatsächlich die einzigen historischen Beweise für wer weiß wie viel Massaker an Juden in der alten Geschichte, wobei die Arten an Grausamkeiten und die Größenordnungen von Zahlen keine moralischen Eingrenzungen zu kennen scheinen. So berichtet der Talmud, daß die Zahl der von den Römern beim Fall der Festung Bethar im Sommer 135 n.d.Zw. erschlagenen Juden 4 Milliarden - *„oder, wie manche sagen 40 Millionen"* - betragen habe, während der Midrasch Rabbah von 800 Millionen zu Tode gemarterter Juden spricht. Um uns zu vergewissern, daß diese Zahlen ernst gemeint sind, werden auch die erhärtenden Begleitumstände angegeben. Das Blut der erschlagenen Juden reichte bis an die Nüstern der römischen Pferde und ergoß sich dann wie eine Flutwelle eine Meile oder auch vier weiter in das Meer und schwemmte riesige Felsstücke mit sich fort; es färbte das Meer bis zu vier Meilen weit rot.

Der Talmudliteratur zufolge wurden die jüdischen Schulkinder von den Römern natürlich nicht geschont; so sollen die Römer jedes einzelne in eine Schriftrolle gewickelt und sodann alle gemeinsam verbrannt haben. Die Zahl dieser Schulkinder wird mit mindestens 150.000, an anderer Stelle mit 64 Millionen angegeben. Offensichtlich konnten sich die Römer von einst mit den Deutschen des 20. Jahrhunderts messen, denn die Römer von einst hatten sich zwar nicht Knochenasche, Kunstdünger und Seife als Verwendungszweck für jüdische Leichen ausgedacht, sondern verwendeten jene dazu, Hadrians Weinberge einzuzäunen, deren Fläche 18 Quadratmeilen (rd. 26,5 - 28,9 qkm) groß gewesen sein sollen, wohingegen das aus der Flutwelle geschöpfte Judenblut sieben Jahre lang als Dünger für römische Weingärten ausgereicht haben soll. (5)

Die Talmudschriften waren nicht zur allgemeinen Verbreitung gedacht,

und darum konnten sich ihre Verfasser mehr Freiheit erlauben als die Urheber des 6-Millionen-Schwindels. Letztere mußten lediglich den Grad der Leichtgläubigkeit eines möglicherweise skeptischen Publikums richtig einzuschätzen wissen. Doch erscheint der Geist der Talmud-Schriften, wie die angeführten Beispiele zeigen, geradezu schlagend ähnlich dem Geist, der den Schwindel unseres Jahrhunderts erdachte. So mag es in diesem Zusammenhang nicht als Anomalie erscheinen, wenn ein Talmudgelehrter wie Rabbi Weismandel eine möglicherweise bezeichnende Rolle in diesem Betrug spielt. Auch mag Rabbi Wise, der einen guten Teil der antiken und mittelalterlichen jüdischen Literatur übersetzt hat und auch ein jüdisches Seminar begründet hat, einen Anspruch darauf haben, ein Talmudgelehrter zu sein. Man könnte argwöhnen, daß gerade solche Gelehrte unter Umständen genau der rechte Typ jener gewesen sein könnten, den Schwindel in die Welt zu setzen.

Ein noch verbleibender Einwand könnte darauf abzielen, einen Techniker wie mich nicht für kompetent zu erachten, dieses vorliegende Thema sachgerecht zu erschließen. Doch ist es kein Einzelfall für Forscher, Beiträge in Bereichen zu liefern, die ihren Spezialgebieten anscheinend fernliegen. Mein Engagement ergab sich daraus, daß bislang kein Historiker mit einer kritischen Studie dieser Problematik hervorgetreten ist oder solches Beweismaterial vorgelegt hat, das die Vernichtungsmaßnahmen bestätigt hätte. Reitlinger kommt einer solchen Arbeit noch am nächsten. Er ist zumindest gewillt, ausdrücklich einige der Anomalien festzuhalten, die sich bei der Darstellung der Massenvernichtungen zeigen. Doch beachtlich: Reitlinger ist kein Historiker, sondern Kunstmaler und Kunstsammler. Er hat mehrere Bücher geschrieben, von denen das bedeutendste die dreibändige Arbeit über die Geschichte des Kunsthandels ist *The Economy of Taste* (Die Ökonomie des Geschmacks). Nach Reitlinger ist Hilberg ein winziger Zug einer kritischen Einstellung gelungen. Hilberg ist zwar Professor für politische Wissenschaften an der Universität von Vermont/USA, doch hat er seinen Doktor in öffentlichem Recht und Verwaltung gemacht.

Die Bücher Reitlingers und Hilbergs geben, wenn auch in einem sehr

unzulänglichen, so doch immerhin spürbaren Maße zu erkennen, daß sich die Autoren bemüht haben, den Skeptiker zu überzeugen. Die anderen Vernichtungsmythologen hingegen gaben sich nicht die geringste Mühe, zu beweisen, daß die Ausrottungen wirklich geschehen sind. Sie gehen davon aus, daß alle wissen, daß es geschehen sei. Das trifft für die drei übrigen führenden Vernichtungsmythologen zu : Nora Levin, Leo Poliakov und Lucy S. Dawidowitsch. Frau Levin war Forschungsbibliothekarin, als sie ihr Buch schrieb, und lehrt jetzt Geschichte am Gratz-College, einer kleinen Judenschule in Philadelphia. Poliakov ist Forschungsleiter im *Centre Mondial de Documentation Juive Contemporaine* (Weltzentrum für zeitgenössische jüdische Dokumentation in Paris) und dementsprechend Propagandist. Frau Dawidowitsch ist die einzige professionelle Historikerin in der Gruppe und hat den Leah Lewis-Lehrstuhl für Massenvernichtungsstudien an der Yeshiva Universität in New York inne. Alle 5 der führenden Vernichtungsmythologen sind Juden.

Zwar stellen sich andere professionelle Historiker in gewisser Weise hinter die Lüge, doch das Ausmaß, in dem man gegenteilige Andeutungen in ihren Büchern oder Artikeln findet, ist beträchtlich. Kein professioneller Historiker hat bisher ein Buch veröffentlicht, worin er entweder für oder gegen die Ausrottungsmaßnahmen umfassend argumentiert und die dazugehörigen Beweise geliefert hat. Die Beweggründe sind offenkundig. Kein Historiker hat die Neigung verspürt, seinen Ruf durch Schreiben eines wissenschaftlich fundiert scheinenden Werkes zu schädigen, das die Vernichtungsbehauptungen mit feierlichen Hinweisen auf Dokumente und Zeugenaussagen stützt, die ihrerseits durch illegale Prozesse und unkorrekte Prozeßführungsmethoden präsentiert wurden. Andererseits hat im akademischen Bereich der Druck des geistigen Konformismus (gelinde ausgedrückt) die Historiker offensichtlich ins Schweigen gebracht. Somit dürfte das Vorlegen einer solchen Arbeit durch einen Techniker geboten erscheinen.

Wir haben uns hier bemüht, nur einen Propagandamythos zu analysieren, keineswegs jedoch den Gesamtbereich der Kriegsforschung zu erfassen. Um den Zweiten Weltkrieg haben sich sehr viel mehr Legenden-

Bildungen gerankt. Und zahlreiche revisionistische Historiker haben sich bereits dieser Themen angenommen. So ist der Mythos von Deutschlands Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 von dem amerikanischen Historiker David L. Hoggan zerstört worden, - mit seinem nur in deutscher Sprache erschienenen Buch *Der Erzwungene Krieg.* A.J.P. Taylor's *Ursprünge des Zweiten Weltkrieges* ist nicht so ausführlich, doch erreichte es eine sehr viel größere Verbreitung. Taylor's Ruf als Feind der Deutschen machte sein Buch zu einer beachtlichen Bereicherung der revisionistischen Literatur.

Der Mythos von der außergewöhlichen Brutalität und Abartigkeit der Nationalsozialisten im Vergleich zu den Brutalitäten der westlichen Demokratien - ganz zu schweigen vom Bolschewismus! - ist durch eine Reihe von Büchern zerfetzt worden, unter denen das beste *Der Barbarei entgegen* von F.J.P. Veale ist (englische Ausgabe : *Crimes discreetly veiled).* Andere beachtenswerte Bücher sind *Bedingungsloser Haß* von Russell Grenfell, *Amerikas zweiter Kreuzzug* von William H. Chamberlin und Freda Utley's *Kostspielige Rache.* Diese Verfasser übergehen jedoch eines der größten Verbrechen der westlichen Demokratien, - die zwangsweise Auslieferung von Russen, Ukrainern, Kosaken und sonstigen Osteuropäern an die UdSSR nach Kriegsende (*Operation Keelhaul).* Das meiste, was wir über diesen schändlichen Vorgang wissen, verdanken wir Julius Epstein, einem Juden, der Deutschland in den dreißiger Jahren aus den bekannten Gründen verlassen hatte, aber seine Kreuzzüge für die Wahrheit im Kriege mit seinen Untersuchungen der Massaker im Wald von Katyn begann und mit der Erforschung der Operation Keelhaul fortsetzte. Solschenizyn hat später in seinem *Archipel Gulag* diese Auslieferungsmaßnahmen vom russischen Standpunkt aus ergänzt und damit Epsteins Arbeit entsprechend gewürdigt. Nicholas Bethells *Das letzte Geheimnis* untersucht den politischen Hintergrund dieser Zwangsauslieferung.

Leser, die an einer tiefer schürfenden Erörterung der revisionistischen Literatur interessiert sind, seien auf den *Gedenkband Harry Elmer Barnes,* herausgegeben von Arthur Coddard verwiesen, sowie auf die Broschüre von Barnes *Taylor und die deutsche Kriegsschuld.*

Keine der oben angeführten Veröffentlichungen befaßt sich mit dem Gaskammermythos oder gar ernstlich mit all dem, was in den deutschen Konzentrationslagern vorgekommen sein soll. Der Grund ist offensichtlich darin zu suchen, daß authentische Unterlagen der Forschung nach wie vor vorenthalten sind, hingegen aber eine Flut von gefälschten - aber als echt deklarierten - Unterlagen vorgelegt wird, so daß Historiker ihr Leben lang damit zu tun hätten, Lügen und Fälschungen zu widerlegen, wo sie es doch in Wirklichkeit als ihre Aufgabe ansehen : Geschichte zu schreiben. Zur Zeit kann man nicht davon ausgehen, - und zwar völlig unabhängig vom kommunistischen Machtbereich, der nur der kommunistischen Sache dienliches Material herausgibt -, daß die westlichen Siegernationen gewillt sind, die Voraussetzungen für eine unvoreingenommene historische Forschung in diesen Sachbereichen durch Freigabe der von ihnen erbeuteten Dokumente zu schaffen.
Die Berechtigung, die die Zionisten unverändert äußern, die Araber aus Palästina vertrieben zu haben und Unterstützung aus der Welt (insbesondere der Bundesrepublik Deutschland) zu fordern, geht immer wieder auf die 6-Millionen-Thematik zurück. Wenn es auch abwegig erscheint, die Araber hierfür büßen zu lassen, indem man sie aus ihrer Heimat vertrieb, so erfüllt diese Legende doch nach wie vor ihren Zweck in der hierdurch gleichzurichtenden US-amerikanischen Außenpolitik mit ihrem weltweiten Einfluß, bis hin auch auf den bewaffneten Schutz des inzwischen Israelischen Besitzstandes. Als im November 1975 eine überwältigende Mehrheit in der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) sich für eine Resolution entschied, in der der Zionismus als Ausdrucksform des Rassismus verurteilt wurde, verfiel der ansonsten besonnene Vertreter der Vereinigten Staaten, Daniel Patrick Moynihan, in ein überraschend hysterisches Geschwätz über die 6 Millionen.
Doch solcherart Äußerungen wären - wenn sie auch demonstrieren, wie tief diese Legende bereits im Bewußtsein der politischen Führungskräfte auch der westlichen Welt inzwischen verankert ist - noch nicht so gravierend. Viel tragischer ist, daß diese Legende längst Grundlage internationaler Verträge ist, und zwar gleichermaßen wie die dogmatisierte

Kriegsschuld Deutschlands sowohl den Ersten wie den Zweiten Weltkrieg betreffend. Der Luxemburger Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel vom Jahre 1952 ist hierfür nur ein Beispiel. Er beginnt mit den Worten : (6)

> „Da unsagbar verbrecherische Taten gegen das jüdische Volk während des Nationalsozialistischen Terrorregimes begangen worden sind und da durch eine Erklärung des Bundestages vom 27. September 1951 die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre Entschlossenheit bekanntgegeben hat, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit den durch die Taten verursachten materiellen Schaden gutzumachen"

Dieses Abkommen vom 10.9.1952 war zwar als einmalige Zahlungsverpflichtung von 3 Milliarden DM an Israel im Zeitraum von 12 Jahren gedacht, doch öffnete es Tür und Tor für unentwegt fortdauernde Zahlungen aus moralischen Verpflichtungen sowohl an Israel als auch an nahezu sämtliche Kriegsgegnerstaaten. Wobei zusätzliche Zahlungen aus anderen Kanälen, die auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes, des Bundesrückerstattungsgesetzes (hier genügte die Glaubwürdigkeit, nicht etwa Beweisführung für erlittene Schäden), Steuerprivilegien, schließlich Entwicklungshilfefonds, zahlreicher Sonderabkommen und Geheimverträge freigesetzt wurden, zu nennen wären.
Mag eine künftige Geschichtsforschung einmal die wirklichen Zahlen dieser Leistungen ermitteln, - beachtlich für uns ist, daß alle derartigen Zahlungen auf moralischen Ansprüchen basieren, die kraft Anerkennung dieser Ansprüche in geltendes Völkerrecht umfunktioniert wurden und somit als sog. normative Kraft des faktischen für die Zukunft weiterwirken, ohne daß sich jemand bemüßigt fühlt, die ihnen zugrunde liegenden historischen Vorgänge sachlich, vorurteilslos, wissenschaftlich korrekt zu untersuchen. Täte man dies, so erwiese sich die Begründung der Wiedergutmachungszahlungen und auch vieler anderer Nachkriegsregelungen als ungültig.

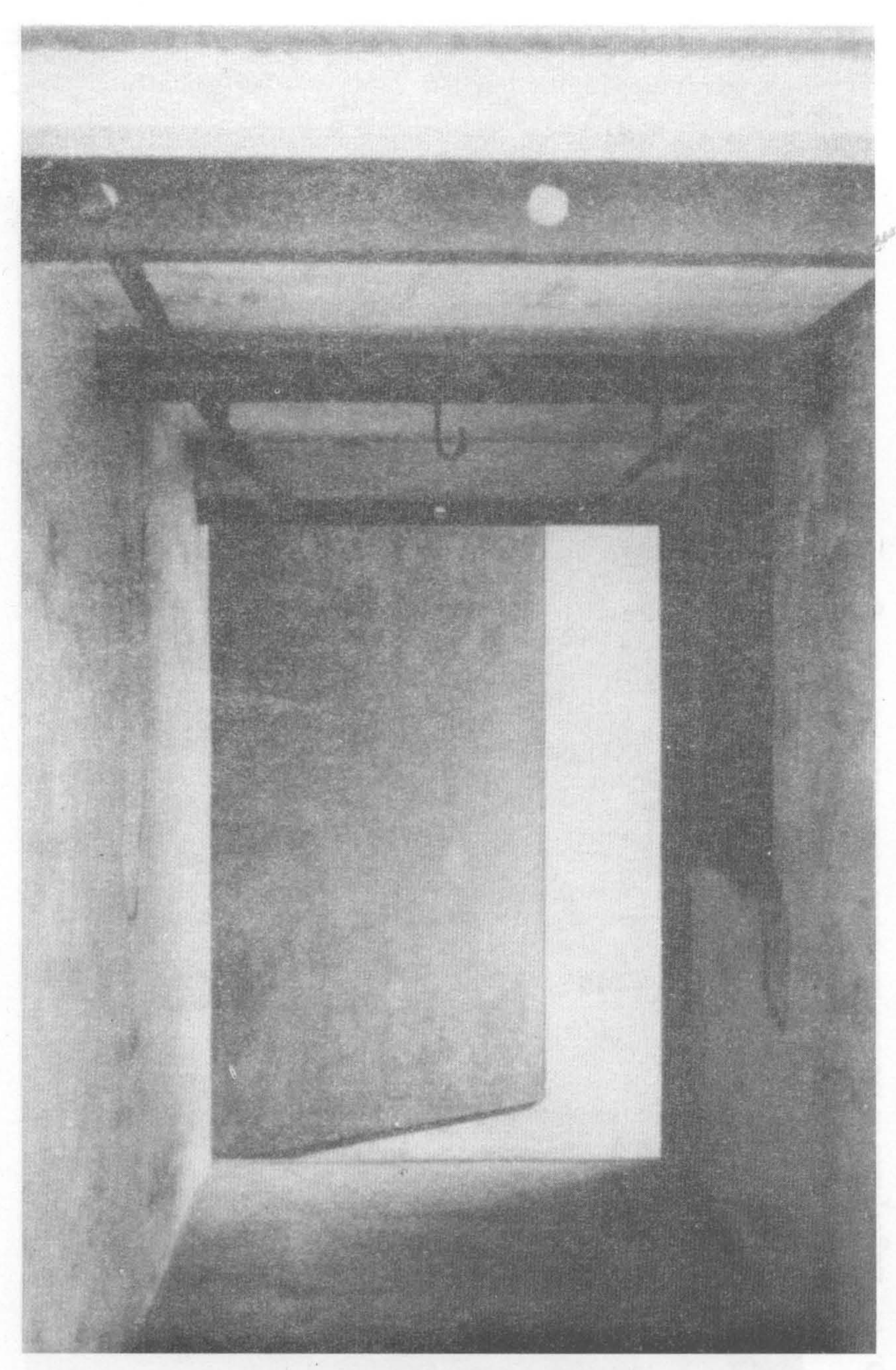


Abb. 6: Das Innere der Desinfektionskammer von Dachau. Fotografie des Autors, Aug. 1973



Abb. 7: Angebliche Leichenverbrennung in offenen Gruben in Auschwitz.



Abb. 8: Lagerplatz in Belsen nach der britischen Eroberung

Abb. 9: Prozeß in Dachau

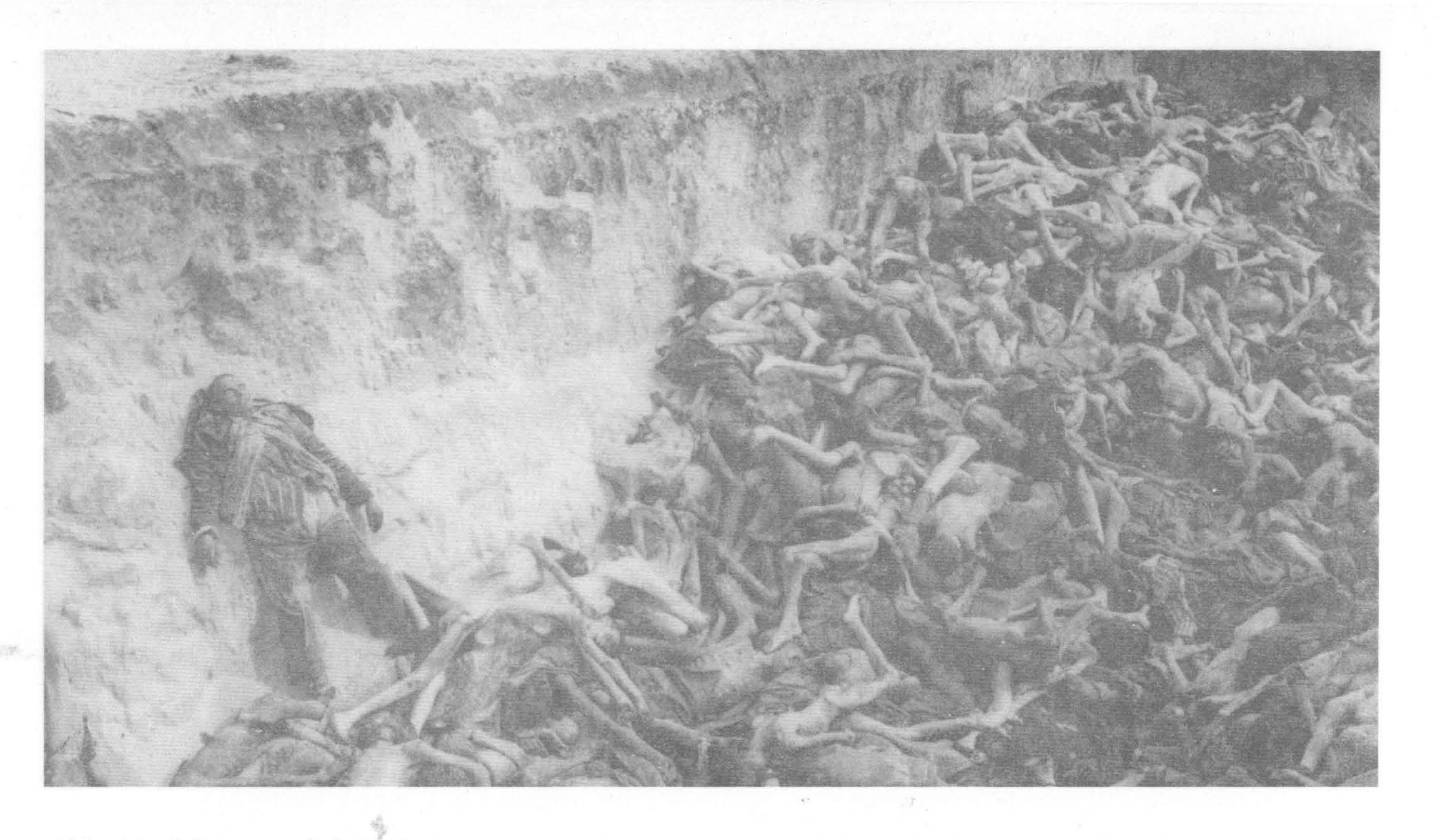


Abb. 10: Massengrab in Belsen

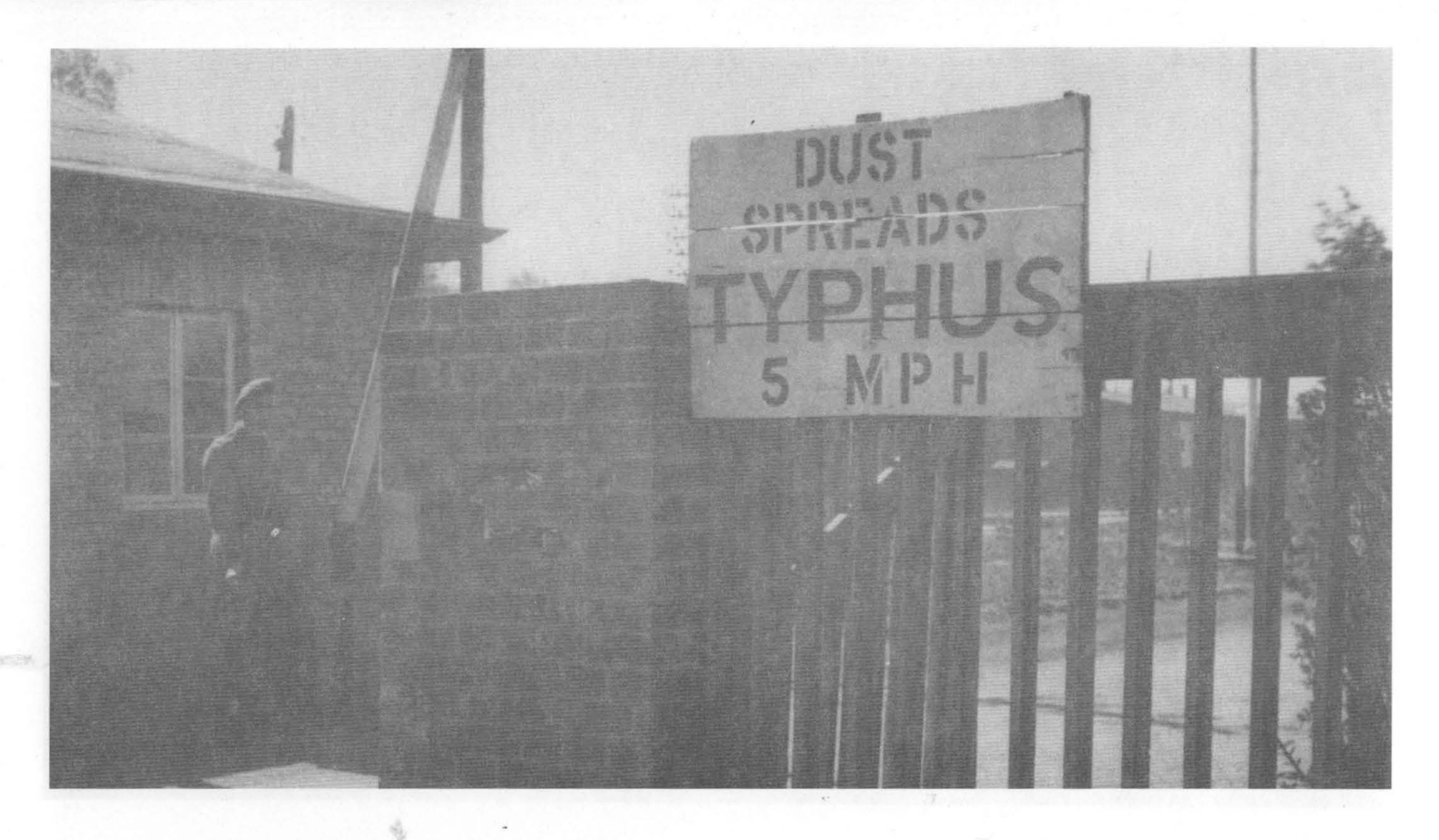


Abb. 11: Britischer Wachposten im Lager Belsen



Abb. 12: Gefangene Aufseherinnen von Belsen

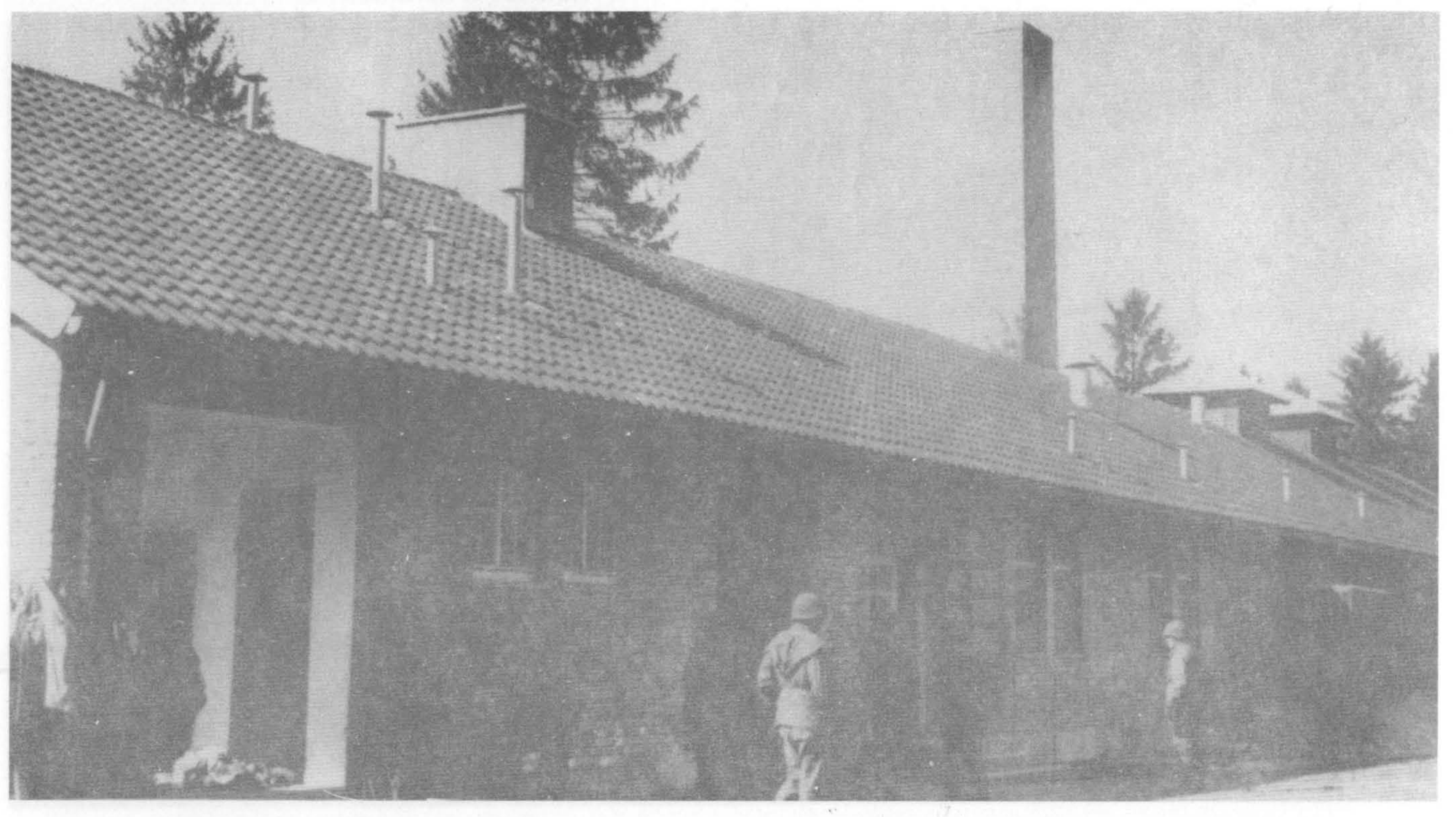


Abb. 13: Krematorium in Dachau. Links die Tür der Desinfektions-kammer mit dem Giftgas-Totenkopf-Warnzeichen. Der Duschraum befindet sich zwischen Krematorium und der Desinfektionskammer.



Abb. 14: Senator Wherry in Dachau – bei der Entlausung

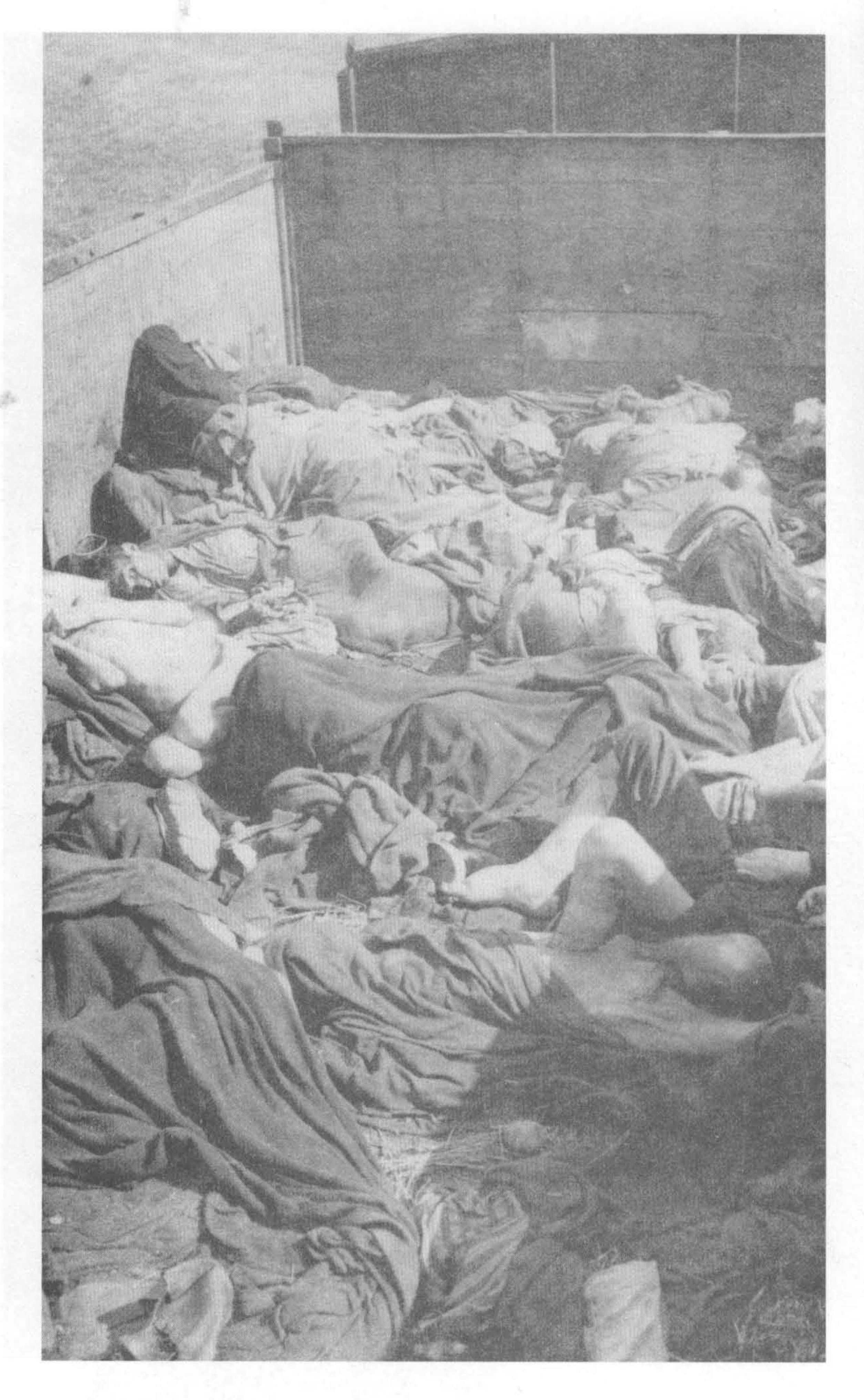


Abb. 15: Leichen in einem Zug bei Dachau



Abb. 16: US-Kongreß Mitglieder inspizieren Duschraum in Dachau.
Von 1ks.n.r.: Senator Wherry (Nebraska), Senator Brooks (Illinois), Vorhys (Ohio), Richards (South Carolina). Ihnen wird erzählt, daß dies die Gaskammer gewesen sei.

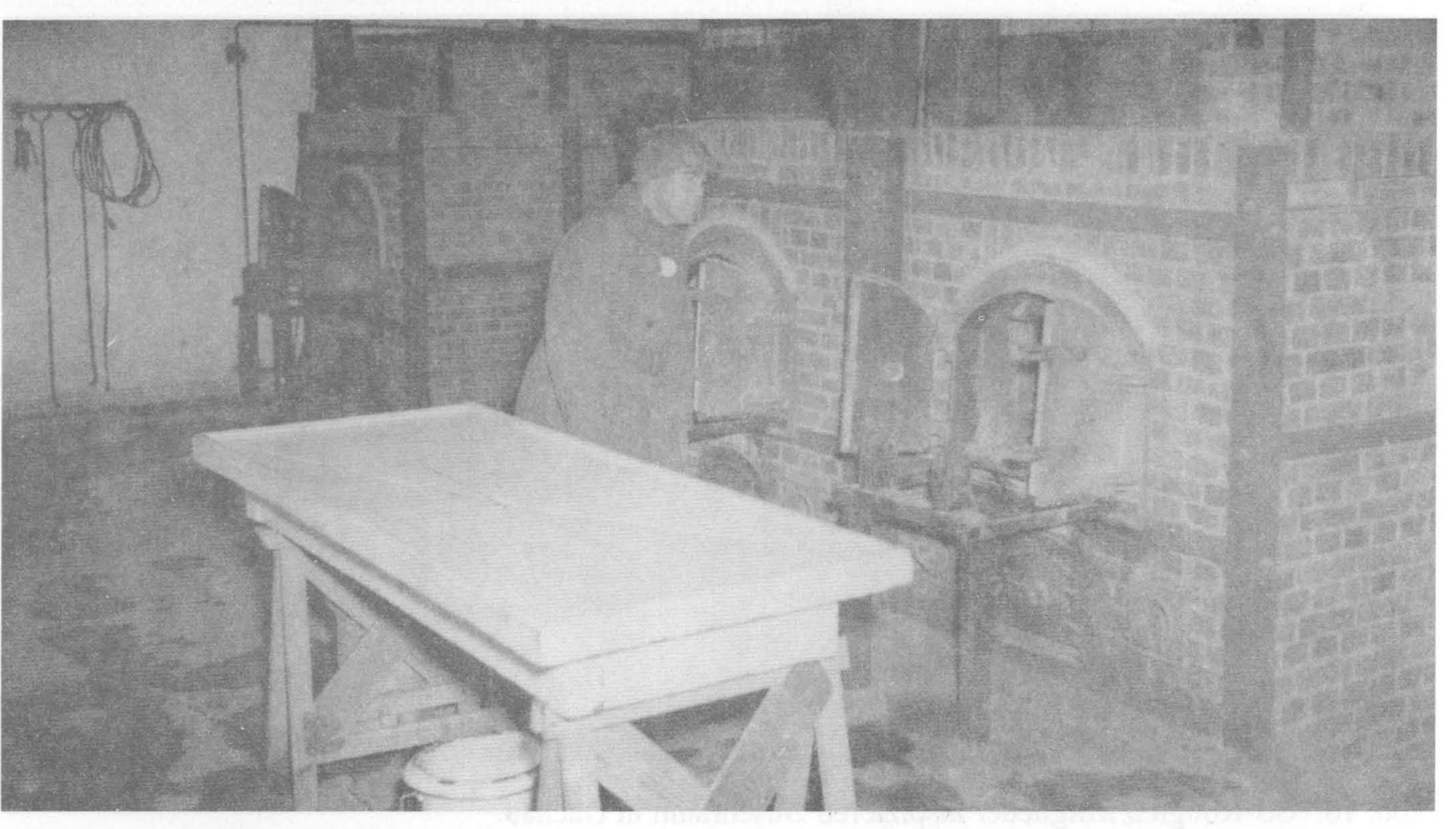


Abb. 17: Inspektion des Dachauer Krematoriums durch Vorhys, Mitglied des US-Repräsentantenhauses. Von den 4 Öfen sind hier 3 zu sehen.

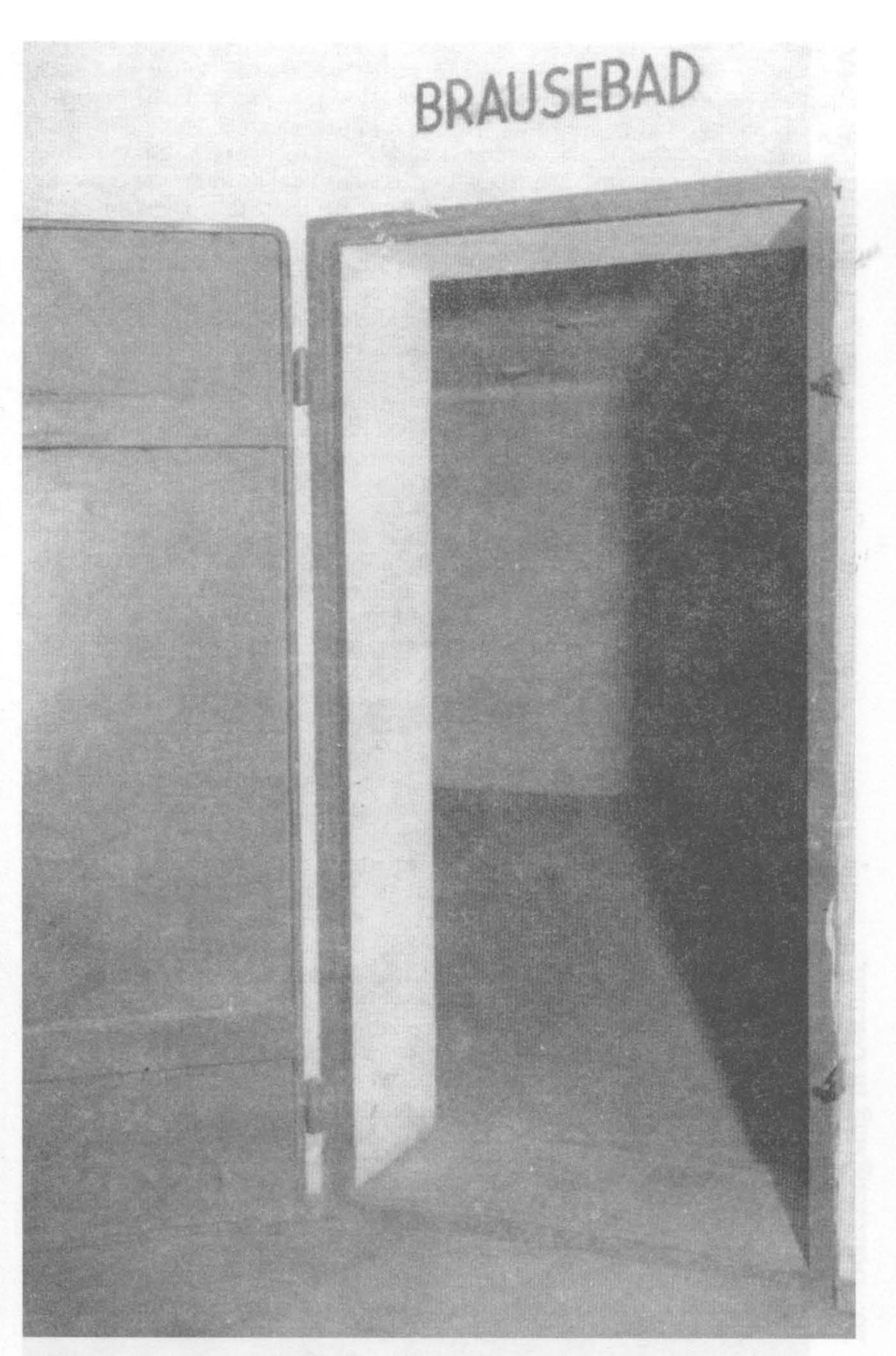


Abb. 18: Eingang zum Dachauer Duschraum, der zur 'Gaskammer' erklärt wurde



Abb. 19: Befreite Dachau – Häftlinge mißhandeln SS-Wachmann



Abb. 20: Befreiungstag in Dachau

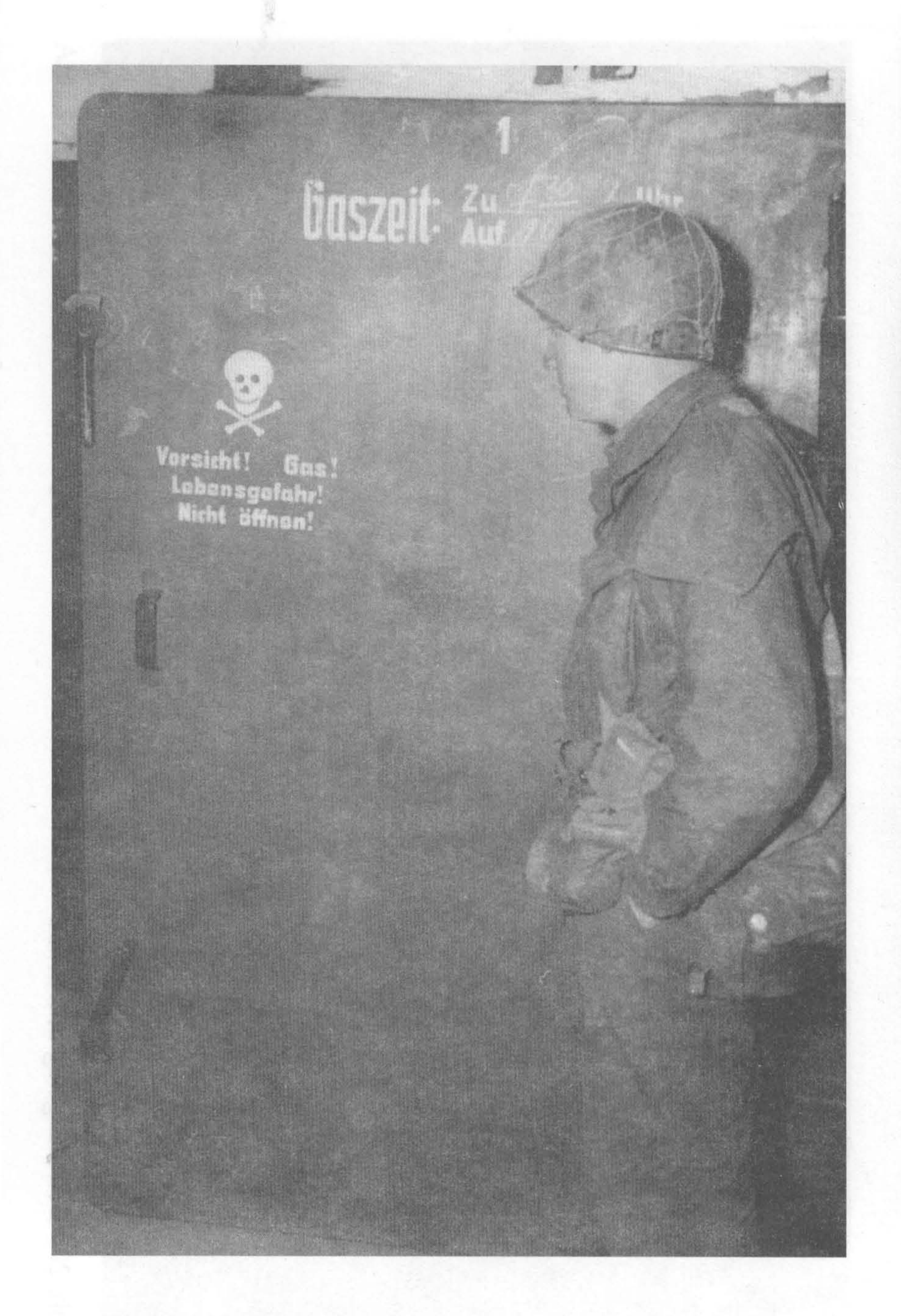


Abb. 21: Tür der Desinfektionskammer von Dachau

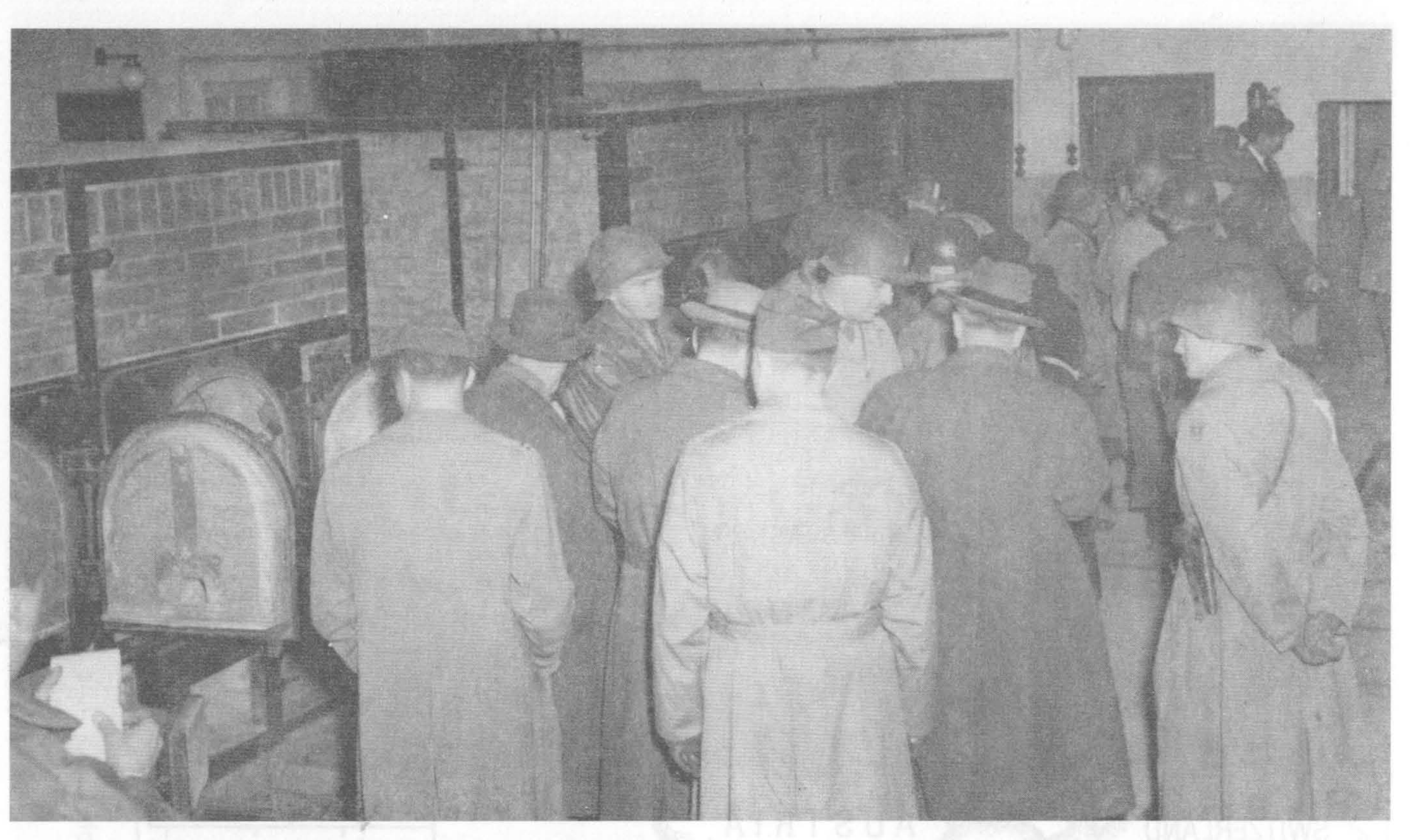


Abb. 22: US-Kongreß-Mitglieder inspizieren das Krematorium in Buchenwald, das 6 Öfen hatte

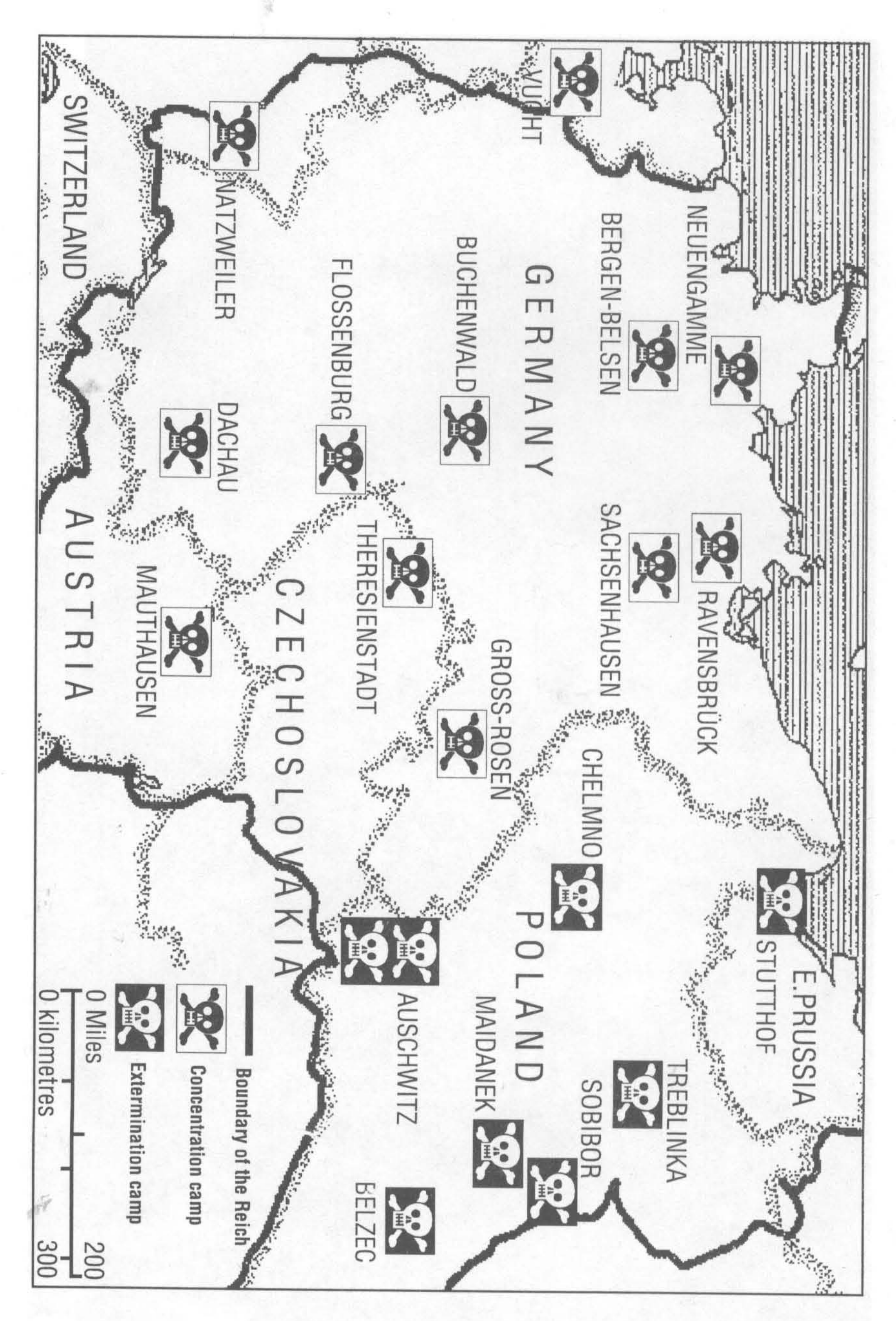


Abb. 23: Die hauptsächlichen deutschen Lager. Alle behaupteten "Vernichtungslager" befinden sich im kommunistischen Machtbereich.



Abb. 24: Russischer “Seifen-Beweiß” beim IMT

DOCUMENT 022-L

EXCERPT FROM A REPORT OF THE WAR REFUGEE BOARD, WASHINGTON, D.C., NOVEMBER 1944, ON GERMAN EXTERMINATION CAMPS — AUSCHWITZ AND BIRKENAU — GIVING AN ESTIMATE OF THE NUMBER OF JEWS GASSED IN BIRKENAU BETWEEN APRIL 1942 AND APRIL 1944 (EXHIBIT USA-294)

EXPLANATORY NOTE:

Offset printed copy; orig. in archives of U.S. State Dept; report consists of two accounts of escaped concentration camp inmates—two young Slovakian Jews and a Polish major

Executive Office of the President
War Refugee Board
Washington, D. C.

German Extermination Camps —
Auschwitz and Birkenau.
(page 33)

Careful estimate of the number of Jews gassed
in BIRKENAU between April, 1942 and April, 1944
(according to countries of origin).

Poland (transported by truck)	approximately	300.000
" " " train)	"	600.000
Holland	"	100.000
Greece	"	45.000
France	"	150,000
Belgium	"	50.000
Germany	"	60.000
Yugoslavia, Italy and Norway	"	50.000
Lithuania	"	50,000
Bohemia, Moravia and Austria	"	30.000
Slovakia	"	30.000
Various camps for foreign Jews in Poland..	"	300.000
	approximately	1,765.000

Abb. 25: Eine Seite des Dokumentes 022–L des IMT

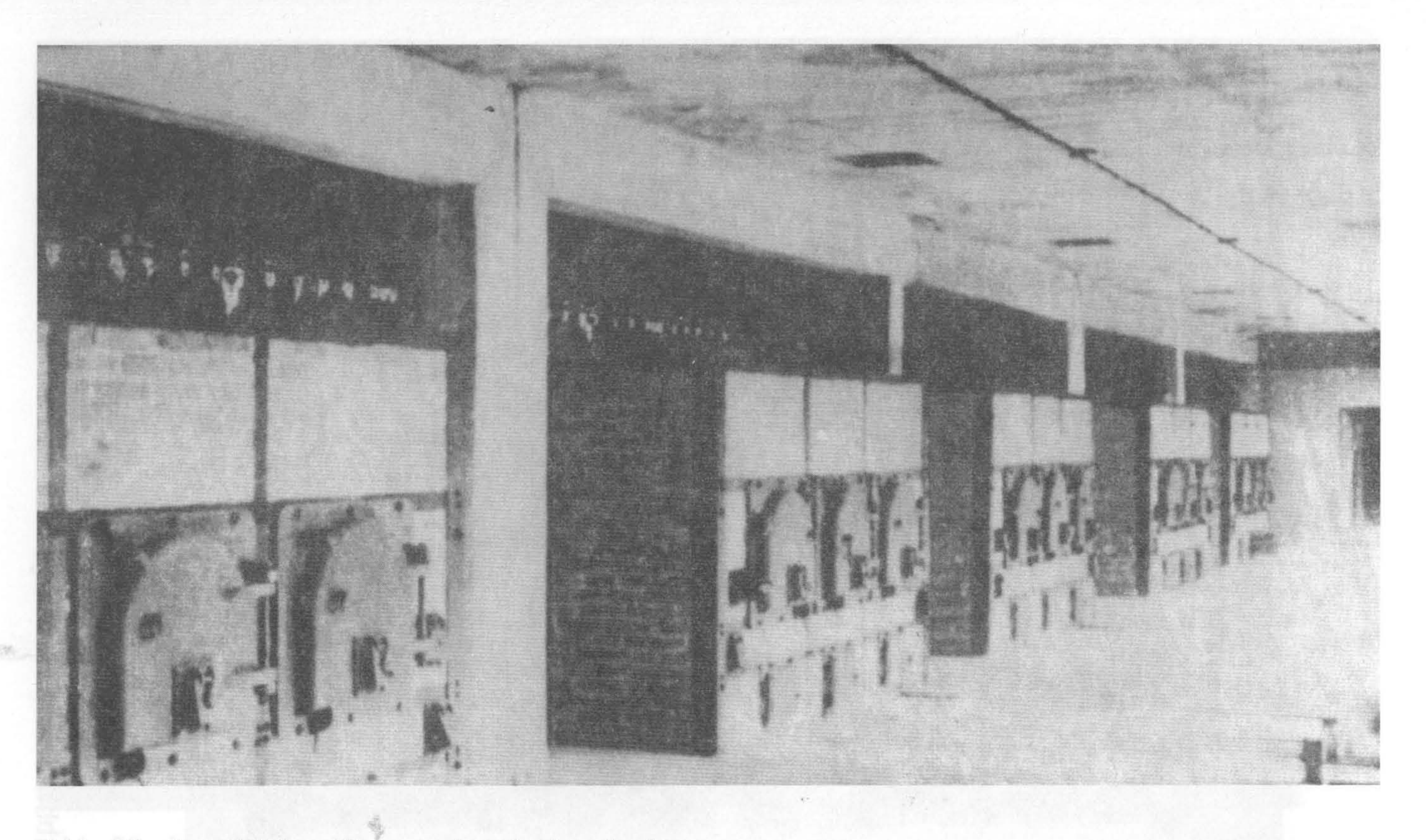


Abb. 26: Angebliches Krematorium in Auschwitz



Abb. 27: Eine Dose Zyklon B

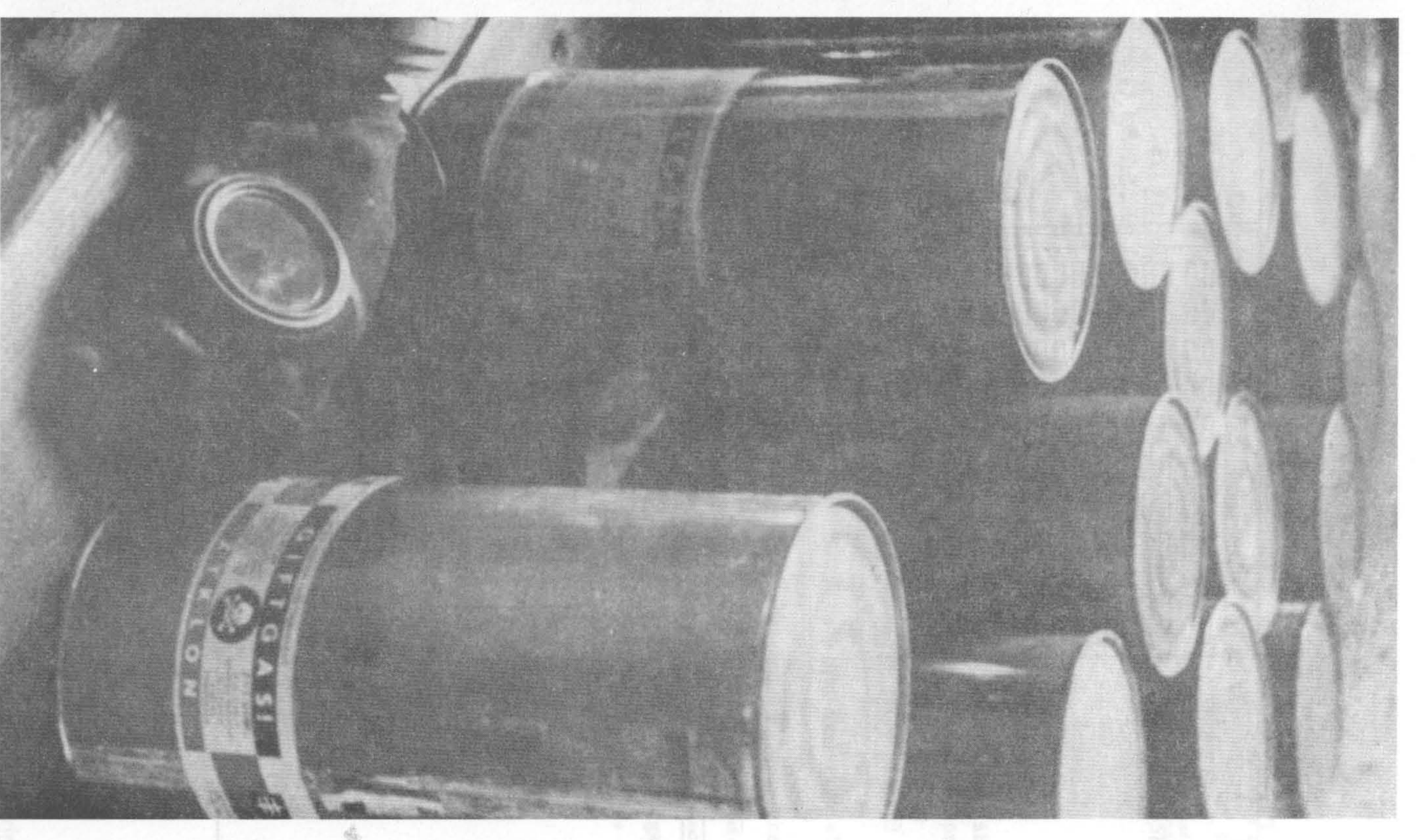


Abb. 28: Verschiedene Dosen Zyklon B

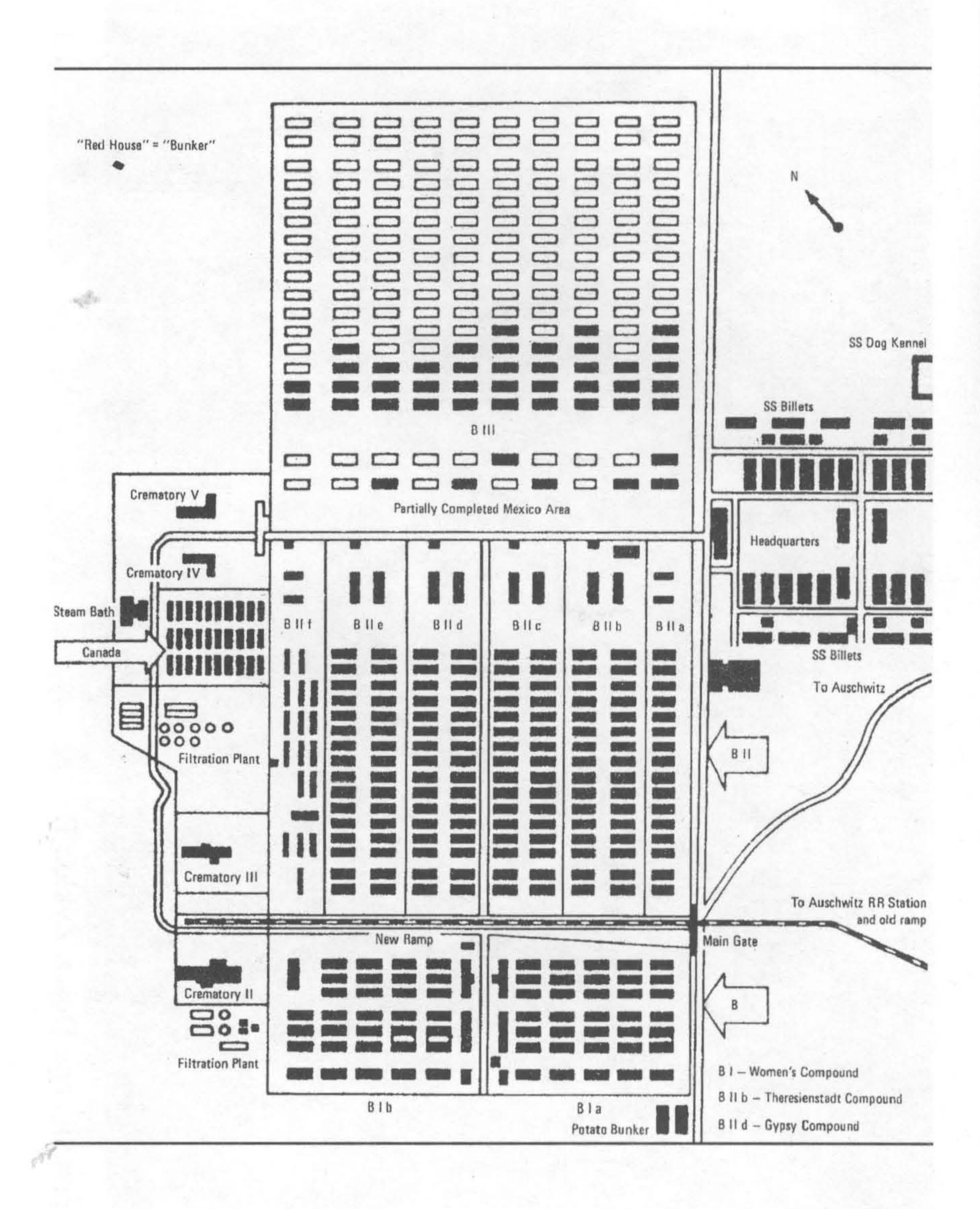


Abb. 29: Lageplan von Birkenau

B r i e f t e l e g r a m m

(Offen)

B u d a p e s t, den 30. Juni 1944 -
Ankunft: " 3. Juli 1944 - 11.05 Uhr

1347 g

Nr. 1838 v. 30. VI. Im Anschluß an Drahtbericht - Nr. 1657 +
+) bei Inl. II V.S. vom 13. Juni.

I.) Abtransport Juden aus Zone III planmäßig mit 50.805 abgeschlossen. Gesamtziffer aus Zonen I - III 340.162.

II.) Konzentrierung in Zone IV und Abtransport mit 41.499 planmäßig abgeschlossen Gesamtziffer 381.661 Fortgang der Aktion ist gesondert mit Fernschreiber - Nr. 279 - vom 27. Juni Nr. 287 vom 29. Juni und - Nr. 289 vom 30. Juni nach Fuschl berichtet worden. Konzentrierung in Zone V (bisher nicht erfaßter Raum westlich der Donau ohne Budapest) hat 29. Juni begonnen. Gleichzeitig hat kleinere Sonderaktion in Vorstädten von Budapest als Vorbereitungsmaßnahme begonnen. Ferner laufen noch einige kleine Sondertransporte mit politischen, intellektuellen, kinderreichen und Facharbeiter-Juden.

Veesenmayer.

St.S. Keppler
Gr. Leiter Inl. I
Gr. Leiter Inl. II
Arb.-Expl. bei

Botsch. v. Rintelen
Ges. Schnurre
" Frohwein
" v. Grundherr
Dr. Megerle
VLR Ripken
" Melchers
LR v. Grote

K213896

487144

Abb. 30: Dokument NG – 2263 über angebliche Vernichtung ungarischer Juden. Abgedruckt bei Braham, Kap. V.



Abb. 31: Angebliches Krematorium in Lublin (Maidanek) mit 5 Öfen

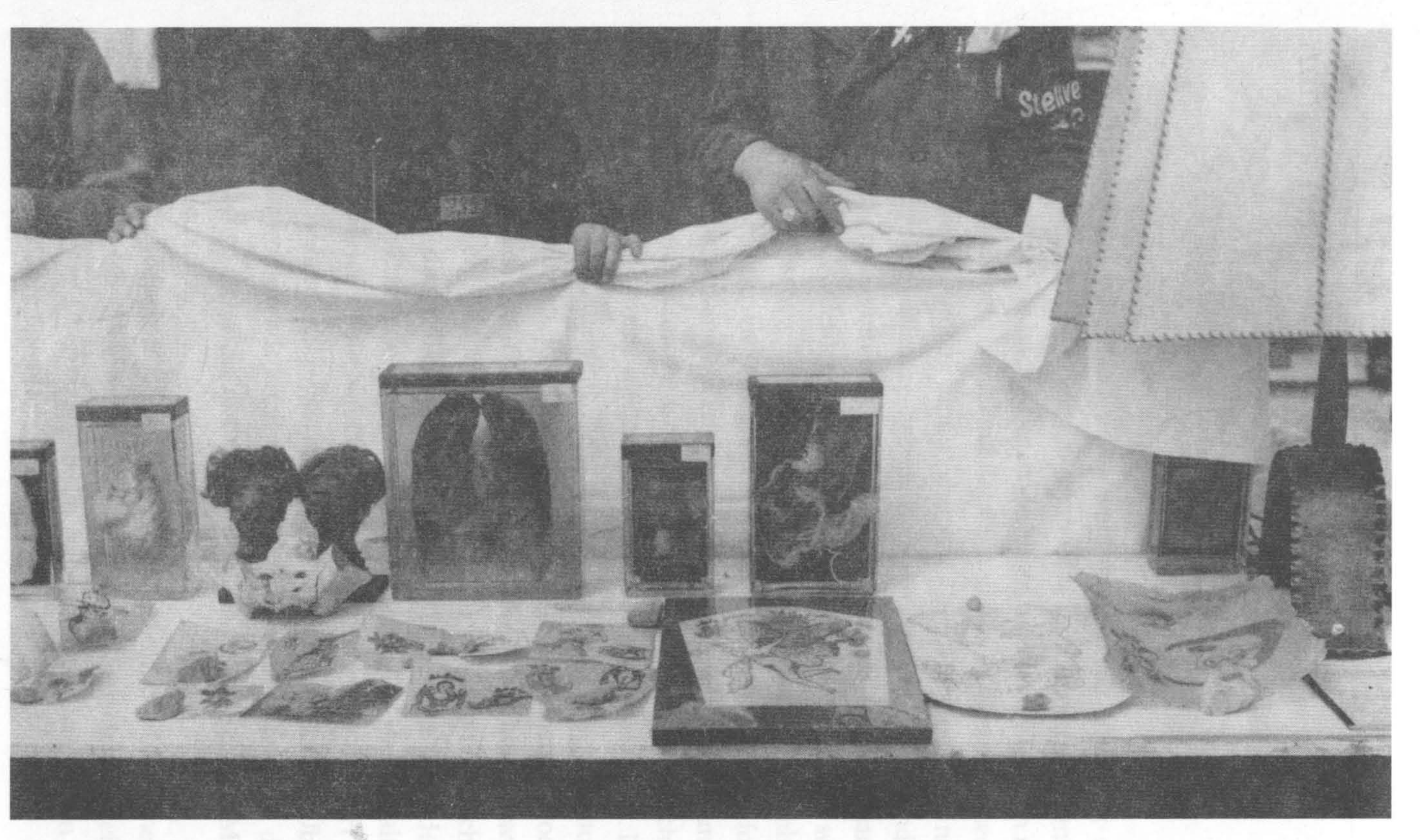


Abb. 32: Sammlung medizinischer Muster, angeblich in Buchenwald gefunden

Anhang A.

Der Gerstein-Bericht

Vorbemerkungen des Übersetzers : Der wahrheitsgemäße Ursprung des Gerstein-Berichtes ist ebenso wie der mysteriöse Tod Gersteins in französischer Haft unmittelbar nach Kriegsende bis zum heutigen Tage ein ungelöstes Rätsel geblieben. Nach Paul Rassinier gibt es zwei unterschiedliche französische Fassungen, einmal die von Leon Poliakov in seinem *Brevier des Hasses* 1951 wiedergegebene und zum andern die zumindest mit Lücken behaftete, vom gleichen Poliakov im Jerusalemer Eichmann-Prozeß vorgelegte. Außerdem schließlich legt A.R. Butz einen hier wiedergegebenen englischen Text vor, der vom Übersetzerstab des Nürnberger IMT gefertigt, sehr viel ausführlicher ist. Aus diesen Gründen folgt hier eine *neue* Übersetzung des englischen Textes. Die zum Teil nur unter Schwierigkeiten greifbaren deutschen Fassungen des Gerstein-Berichtes sind lückenhaft, tendenziös sowieso, um nicht zu sagen, bearbeitet. Daher schien es geboten, die vom Verfasser verwendete englische Fassung original zu übernehmen. Was mit welcher Vorlage übereinstimmt oder überhaupt inhaltlich tatsachengerechte Details enthalten könnte, wird solange nicht zu ergründen sein, wie man nicht weiß, unter welchen Voraussetzungen dieser Bericht überhaupt entstanden ist. Nachdem, was man über die Zustände während des IMT in alliierten Haftanstalten gegenüber wehrlosen deutschen Gefangenen erfuhr, waren die dort tätig gewesenen *reeducational subjects* alles andere als professionelle Übersetzer. Die hier vorliegende englische Version zeigt unverkennbar, daß der ursprüngliche Übersetzer noch nicht einmal das Englische als Muttersprache beherrschte.
Der Hauptteil des Berichtes ist das Dokument, das mit der Maschine in französisch geschrieben war und dessen englische Übersetzung, gefertigt vom Nürnberger Übersetzerstab, im folgenden wiedergegeben ist (außer einigen geringfügigen Korrekturen) :

Bergassessor Diplomingenieur
Kurt Gerstein Rottweil, 26. April 1945

Persönliche Angaben :
Gerstein, Kurt, Bergassessor, aus dem Staatsdienst als ein Anti-Nazi 1936 entlassen ; Diplomingenieur. Geboren am 11. August 1905 in Münster, Westfalen.
Teilhaber der Fabrik De Limon, Fluhme & Co., Automatische Schmierung von Lokomotiven, Bremsen von Westinghouse, Knorr, usw. Düsseldorf, Industriestr. 1-17.
Vater : Ludwig Gerstein, Landgerichtspräsident i. R. in Hagen, Westfalen,
Mutter : Clara Gerstein, geb. Schmemann, gest. 1931.
Verheiratet seit 2. Mai 1937 mit Elfriede, geb. Bensch aus Tübingen, Gartenstraße 24, 3 Kinder : Arnulf, 5 Jahre; Adelheid 3 Jahre; Olaf, 2 Jahre.
Lebenslauf: 1905 bis 1911 in Münster, 1911 bis 1919 in Saarbrücken, 1919 bis 1921 Halberstadt, 1921 bis Neuruppin bei Berlin, 1925 Abitur am Gymnasium-Studium 1925 bis 1931 in Marburg an der Lahn, Aachen, Berlin-Charlottenburg an Universitäten und Technischen Hochschulen. 1931 Ingenieursexamen bestanden. Seit 1925 aktives Mitglied der protestantischen Jugendorganisation des Vereins christlicher Junger Männer, und vor allem der Höheren Christlichen Jugend, genannt „Bibelkreis".
Politische Karriere : Anhänger von Stresemann und Brüning, für beide aktiv tätig; seit Juni 1933 von der Gestapo verfolgt wegen christlicher Aktivität gegen den NS-Staat. 2. Mai 1933 Eintritt in die NSDAP. 2. Oktober 1936 Ausschluß aus der NSDAP wegen Aktivität gegen Partei und Staat. 30. Januar 1935 öffentlicher Protest im Theater der Stadt Hagen in Westfalen gegen das antichristliche Schauspiel „Wittekind". Geschlagen von den Nazis und verletzt. 27. November 1935 Bergassessor-Examen. Dann Staatsbeamter in Saarbrücken. Am 27. September 1936 von der Gestapo verhaftet wegen „Aktivität gegen den Staat", weil ich 8.500 Anti-NS-Flugblätter an hohe Staatsbeamte verschickt hatte. Im Gefängnis bis Ende Oktober 1936, freigelassen und aus dem Beamtendienst entlassen. Von Dezember 1936 bis zum Beginn des Krieges medizinisches Studium am Institut der protestantischen medizinischen Mission in den Tropen in Tübingen. Ein Drittel - ungefähr - meines Einkommens, das heißt ein Drittel von 18.000 Reichsmark im Jahr, spendete ich seit 1931 für meine idealistischen religiösen Ziele. Auf eigene Kosten ließ ich 230.000 religiöse Anti-NS-Schriften drucken und versenden.
14.7. bis 28.8.1938 zweite Verhaftung im KZ Welzheim; nachdem ich von Massenmorden an Idioten und Geisteskranken in Grafeneck, Hadamar usw. gehört hatte, schockiert und tief verletzt war, da ich einen solchen Fall in meiner Familie hatte, hatte ich nur den einen Wunsch, diesen ganzen Apparat zu sehen, Einblick zu gewinnen und das dann in die ganze Weit hinauszuschreien! Mit Hilfe zweier Referenzen, geschrieben von zwei Gestapo-Beamten, die meinen Fall behandelt hatten, war es nicht schwer für mich, in die Waffen-SS einzutreten. 10. März bis 2. Juni 1941 militärische Grundausbildung in Hamburg-Langenhorn, Arnheim und Oranienburg, zusammen mit 40 Ärzten. Wegen meines Doppelstudiums

(Technik und Medizin) erhielt ich den Befehl, mich in der medizinisch-technischen Abteilung des SS-Führungshauptamtes zu melden (medizinische Abteilung der Waffen-SS , Amtsgruppe D, Hygiene Abteilung). In dieser Abteilung wählte ich mir die Aufgabe, sofort Desinfektionsapparate und Filteranlagen für Trinkwasser für die Truppen, die Gefangenenlager und die Konzentrationslager zu konstruieren. Meine genaue Kenntnis der Industrie brachte mir einen schnellen Erfolg, wo meine Vorgänger versagt hatten. So wurde es möglich, die Zahl der Todesfälle unter Gefangenen (Häftlingen) erheblich zu senken. Auf Grund meiner Erfolge wurde ich bald zum Leutnant (Untersturmführer) befördert. Im Dezember 1941 erhielt das Gericht, das meinen Ausschluß aus der NSDAP verfügt hatte, Kenntnis von meinem Eintritt in die Waffen-SS. Erhebliche Anstrengungen wurden unternommen, um mich aus meiner Stellung zu entfernen und mich zu verfolgen. Aber wegen meiner Erfolge wurde ich als aufrecht und unersetzlich erklärt. Im Januar 1942 wurde ich zum Leiter der technischen Desinfektionsabteilung befördert, der auch die Abteilung für starke Giftgase zum Desinfizieren unterstand. Am 8. Juni 1942 kam SS-Sturmbannführer Günther vom RSHA in mein Büro. Er war in Zivil und ich kannte ihn nicht. Er befahl mir, 100 kg Blausäure zu besorgen und ihn zu einem Ort zu begleiten, den nur der Fahrer des LKWs kannte. Wir fuhren zur Pottasche-Fabrik in der Nähe von Colling (Prag). Als der LKW vollgeladen war, fuhren wir nach Lublin (Polen). Wir hatten Professor Pfannenstiel, ordentlicher Professor für Hygiene an der Universität Marburg/Lahn mitgenommen. *(Zu Pfannenstiel siehe Anm. am Schluß dieses Berichts).* In Lublin wurden wir von SS-Gruppenführer Globocnik empfangen. Er sagte uns : dieses ist eine der geheimsten Angelegenheiten, die es gibt, sogar die allergeheimste. Wer darüber spricht, wird sofort erschossen. Gestern sind zwei Schwätzer gestorben. Dann erklärte er uns : zur Zeit, 17. August 1942, gibt es drei Einrichtungen.

1. Belczek (an der Strecke Lublin-Lemberg) in dem Abschnitt der russischen Demarkationslinie. Maximal 15.000 Personen pro Tag. (Gesehen!)
2. Sobibor, ich weiß nicht genau, wo das liegt. Nicht gesehen, 20.000 Personen pro Tag.
3. Treblinka, 120 km NNO von Warschau. 25.000 Personen pro Tag. Gesehen!
4. Maidanek, in der Nähe von Lublin. Im Stadium des Aufbaus. Gesehen.

Dann sagte Globocnik: sie werden sich mit dem Desinfizieren von gewaltigen Mengen an Kleidungsstücken befassen müssen, 10 oder 20 mal so viel wie das Ergebnis der Spinnstoffsammlung, die nur eingerichtet wurde, um die Herkunft dieser jüdischen, polnischen, tschechischen und anderer Kleidungsstücke zu verheimlichen. Ihre sonstigen Aufgaben werden sein, die Methode unserer Gaskammern zu ändern (die gegenwärtig mit den Auspuffgasen eines alten Dieselmotors arbeiten), wozu giftigeres Material verwendet wird, das schneller wirkt, Blausäure. Aber der Führer und Himmler, die am 15. August hier waren (vorgestern) haben angeordnet, daß ich alle, die die Installationen besichtigen, persönlich begleiten soll. Dann fragte Prof. Pfannenstiel: „Was sagt denn der Führer?“ Darauf entgegnete Globocnik, jetzt Chef der Polizei und SS an der Adriaküste bei

Triest: „Schneller, schneller, führen Sie das ganze Programm durch!" hat er gesagt." Und dann sagte Dr. Herbert Lindner, Ministerialdirektor im Innenministerium: „Aber wäre es denn nicht besser, die Leichen zu verbrennen anstatt sie zu begrabenl Eine kommende Generation könnte über diese Dinge anders denken!" Und darauf antwortete Globocnik: „Aber meine Herren, wenn nach uns jemals eine solche feige und verkommene Generation aufwächst, die unsere so gute und notwendige Arbeit nicht begreift, dann, meine Herren, ist der ganze Nationalsozialismus vergebens gewesen. Im Gegenteil, bronzene Tafeln sollten vergraben werden, mit der Inschrift, daß wir es gewesen sind, die den Mut hatten, diese gigantische Aufgabe zu erfüllen." Und Hitler sagte: „Ja, mein guter Globocnik, das ist ein Wort, das ist auch meine Meinung."
Am folgenden Tag fuhren wir nach Belczek. Eine kleine Sonderbahnstation mit zwei Bahnsteigen lehnt sich an einen Hügel aus gelbem Sand, unmittelbar im Norden der Straße und Eisenbahnstrecke Lublin-Lemberg. Im Süden in der Nähe der Straße einige Dienstgebäude mit einer Ortsbezeichnung: „Belczek, Dienstzentrale der Waffen-SS." Globocnik machte mich mit SS Hauptsturmführer Overmayer aus Pirmasens bekannt, der mir die Anlagen mit großer Zurückhaltung zeigte. An dem Tage waren keine Toten zu sehen, aber der Geruch in der ganzen Gegend, sogar von der großen Straße aus, war pestilenzartig. Neben dem kleinen Bahnhof war eine große Baracke, gekennzeichnet „Kleiderkammer" und eine Tür mit dem Schild „Wertgegenstände". Der nächste Raum hatte hundert Friseurstühle. Dann kam ein Gang, 150 m lang, nach oben offen und Stacheldraht an beiden Seiten. Da war ein Wegweiser: „zum Bad und zu den Inhalierräumen". Vor uns sahen wir ein Gebäude wie ein Badehaus mit Betonblumenkästen rechts und links mit Geranien oder anderen Blumen. Dann ging es eine kleine Treppe hinauf, die zu drei garagenähnlichen Räumen auf jeder Seite führte, 4 x 5 Meter groß und 1,90 m hoch. Im Hintergrund unsichtbare Holztüren. Auf dem Dach ein Davidstern aus Kupfer. Über dem Eingang zu dem Gebäude die Inschrift: „Heckenholtstiftung". Das war alles, was ich an jenem Nachmittag gesehen habe.
Am nächsten Morgen, wenige Minuten nach 7 Uhr wurde ich unterrichtet : In 10 Minuten kommt der erste Zug. Statt dessen kam wenige Minuten darauf der erste Zug aus Lemberg, 45 Waggons mit 6.700 Personen. 1.450 davon waren schon bei der Ankunft tot. Hinter der kleinen mit Stacheldraht versperrten Öffnung Kinder, gelb aussehend, halb zu Tode verängstigt, Frauen, Männer. Der Zug rollt ein und hält: 200 Ukrainer, gezwungen, diese Arbeit zu tun, öffnen die Türen und treiben all die Leute mit Lederpeitschen aus den Abteilen. Dann werden durch einen riesigen Lautsprecher Anweisungen gegeben: sich völlig entkleiden, auch falsche Zähne und Brillen abgeben, - manches davon in den Baracken, anderes im Freien, die Schuhe mit einem kleinen Stück Bindfaden zusammenbinden, der von einem vierjährigen jüdischen Jungen verteilt wird, und dann alle Wertsachen und Geld an dem mit „Wertsachen" gekennzeichneten Fenster abgeben ohne Schuldschein, ohne Empfangsbestätigung. Dann gehen die Frauen und Mädchen zum Friseur, der ihnen mit zwei Schnitten die Haare ab-

trennt, wonach diese in großen Kartoffelsäcken verschwanden, „um für spezielle U-Boot-Ausrüstungen, Abtretmatten usw. verwendet zu werden", wie der SS-Unterscharführer vom Dienst mir sagte. Dann beginnt der Marsch : rechts und links Stacheldraht, dahinter zwei Dutzend Ukrainer mit Schußwaffen. Angeführt von einem ungewöhnlich schönen Mädchen kommen sie. Ich stehe mit Polizeihauptmann Wirth direkt vor den Todeskammern. Völlig nackt gehen sie vorbei, Männer, Mädchen, Babies, sogar einbeinige Personen, alle nackt. In einer Ecke sagt ein großer kräftiger SS-Mann den armen Teufeln mit starker tiefer Stimme: „Euch wird nichts geschehen. Ihr braucht nur tief zu atmen, das stärkt die Lungen. Dieses Inhalieren ist eine notwendige Maßnahme gegen ansteckende Krankheiten, es ist ein sehr gutes Desinfektionsmittel!" Gefragt, was denn aus ihnen werden würde, antwortete er: „Nun, die Männer werden selbstverständlich arbeiten, Straßen und Häuser bauen. Aber die Frauen brauchen nicht. Wenn sie es wollen, können sie im Haus oder in der Küche helfen." - Einmal mehr ein wenig Hoffnung für einige dieser armen Menschen, hinreichend, um ohne Widerstand in die Todeskammern zu gehen. Die meisten von ihnen wissen ja doch alles, der Gestank hat ihnen ihr Schicksal klar angedeutet. Und dann steigen sie die kleine Treppe hinauf, und sehen die Wahrheit!
Mütter, Kindermädchen, mit Babies an der Brust, nackt, viele Kinder jeden Alters, auch nackt; sie zögern, betreten aber die Gaskammern, die meisten von ihnen wortlos, geschoben von den anderen hinter ihnen, angetrieben von den Peitschen der SS-Männer. Eine etwa 40 jährige Jüdin mit Augen wie Fackeln, ruft Blut ihrer Kinder auf die Häupter ihrer Mörder. Fünf Hiebe mit der Peitsche von Polizeihauptmann Wirth selbst treiben sie in die Gaskammer. Viele von ihnen beten, andere fragen: „Wer wird uns das Wasser für unseren Tod geben?" (jüdischer Ritus?). In den Kammern preßt die SS die Menschen eng zusammen. Hauptmann Wirth hatte befohlen : „Ganz voll machen". Nackte Männer stehen auf den Füßen der anderen. 7-800 zusammengedrängt auf 25 Quadratmetern, in 45 Kubikmetern! Die Türen werden geschlossen. In der Zwischenzeit wartet der Rest des Transports, alle nackt. Jemand sagt zu mir: „Nackt im Winter! Aber sie können doch auf diese Weise sterben!" Die Antwort war: „Tja, gerade darum sind sie ja hier!" Und in dem Moment begriff ich, warum es „Heckenholt-Stiftung" hieß. Heckenholt war der Bediener des Diesel-Motors, dessen Auspuffgase diese armen Teufel töten sollte. SS-Unterscharführer Heckenholt versucht, den Diesel-Motor in Gang zu bringen. Aber er läuft nicht an! Hauptmann Wirth kommt herbei. Es wird deutlich, daß er besorgt ist, weil ich Zeuge dieses Versagens bin. Ja, in der Tat, ich sehe alles und warte. Meine Stoppuhr hält alles fest, 50 Minuten - der Diesel-Motor springt nicht an. Die Menschen warten in ihren Gaskammern vergeblich. Man kann sie schreien hören. „Genau wie in einer Synagoge", sagt SS-Sturmführer Professor Dr. Pfannenstiel, Professor für Gesundheitswesen an der Universität Marburg/Lahn, der sein Ohr dicht an die Holztür hält. Hauptmann Wirth, wütend, versetzt dem Ukrainer, der Heckenholt assistiert, 11 oder 12 Hiebe mit der Peitsche ins Gesicht. Nach 2 Stunden und 49 Minuten, abgestoppt von meiner Uhr, springt der Diesel an. Bis zu dem Augenblick waren die

Menschen in den bereits gefüllten Kammern am Leben, 4 mal 750 Menschen in viermal 45 Kubikmetern. Weitere 25 Minuten verstreichen. Viele von ihnen, das ist wahr, sind zu diesem Zeitpunkt tot. Man kann das durch kleine Fenster sehen, durch das die elektrische Lampe das Innere des Raumes für einen Augenblick erhellt. Nach 28 Minuten leben nur noch ein paar. Nach 32 Minuten schließlich sind alle tot! Von der anderen Seite Öffnen jüdische Arbeiter die Holztüren. Als Gegenleistung für ihre schreckliche Arbeit hat man ihnen ihre Freilassung und einen kleinen Prozentsatz von den Wertgegenständen und dem Geld, das man fand, versprochen. Wie steinerne Statuen stehen die Toten noch da, sie hatten keinen Platz, umzufallen oder umzubeugen. Obwohl tot, kann man sie als Familien immer noch erkennen, sie klammern sich einander an den Händen. Es ist schwierig, sie voneinander zu lösen, um den Raum für den nächsten Schub zu leeren. Die Leichen werden hinausgeworfen, blau, naß vor Schweiß und Urin, an den Beinen Kot und Menstruationsblut. Oberall dazwischen die Leichen von Säuglingen und Kindern. Aber es ist keine Zeit! Zwei Dutzend Arbeiter beschäftigen sich damit, die Münder zu untersuchen, nachdem man die mittels eiserner Haken geöffnet hat: „Gold nach links, ohne Gold nach rechts!" Andere untersuchen den After und die Genitalien, um nach Geld, Brillanten usw. zu suchen. Zahnärzte reißen mit Meißeln die Goldzähne, Brücken oder Kronen heraus. Inmitten des ganzen Hauptmann Wirth. Er ist in seinem Element. Er reicht mir eine große Büchse voller Zähne und sagt: „Schätzen Sie selbst das Gewicht des Goldes. Dies ist nur von gestern und vorgestern! Und sie glauben nicht, was wir hier jeden Tag finden! Dollars Brillanten, Gold! Aber sehen sie selbst!" Dann führt er mich zu einem Goldschmied, der für all diese Wertgegenstände verantwortlich ist. Danach nahmen sie mich zu einem der Geschäftsführer eines großen Kaufhauses in Berlin (Kaufhaus des Westens, bekannt als Kadewe) und zu einem kleinen Mann, den sie aufforderten Geige zu spielen, beide Chefs des jüdischen Arbeitskommandos. „Er ist ein Hauptmann der K.u.K. Österreichischen Armee, Inhaber des Eisernen Kreuzes Erster Klasse" erzählte mir Hauptsturmführer Obermeyer. Die Leichen wurden sodann in große Gruben geworfen, 100 x 20 x 12 m, in der Nähe der Gaskammern gelegen. Nach einigen Tagen schwollen die Leichen an und der ganze Grubeninhalt hob sich um 2 - 3 Meter wegen der in den Leichen entwickelten Gase. Nach weiteren Tagen gingen die Hebungen zurück und die Leichen fielen zusammen. Am nächsten Tag wurden die Gruben weiter aufgefüllt und dann mit einer 10 cm Schicht Sand bedeckt. Etwas später hörte ich, daß sie Roste aus Eisenbahnschienen errichtet hatten und die Leichen darauf mit Dieselöl und Benzin verbrannten, um sie verschwinden zu lassen. In Belczek und Treblinka machte sich niemand die Mühe, etwas auch nur Annäherndes wie eine genaue Rechnung der getöteten Personen aufzustellen. Die von der BBC (*British Broadcasting Corporation*, brittischer Rundfunk) gemeldeten Zahlen sind ungenau. In Wirklichkeit sind etwa 25.000.000 Personen getötet worden, jedoch nicht nur Juden, sondern besonders Polen und Tschechen, die nach Ansicht der Nazis von schlechter Rasse sind. Die meisten starben unbekannt. Kommissionen von sogenannten Ärzten, in Wirklichkeit nichts ande-

res als junge SS-Männer in weißen Mänteln, fuhren in Limusinen durch die Städte und Dörfer von Polen und der Tschechoslowakei, um die alten, Tuberkulose-Kranken und sonstig kranken Leute aufzugreifen und sie kurz danach in den Gaskammern verschwinden zu lassen. Das waren die Polen und Tschechen der Kategorie III, die es nicht wert waren, zu leben, weil sie arbeitsunfähig waren. Der Polizeihauptmann Wirth ersuchte mich, in Berlin keine andere Art von Gaskammern vorzuschlagen und alles so zu lassen, wie es sei. Ich log - wie ich es die ganze Zeit in jedem einzelnen Fall getan hatte -, daß die Blausäure beim Versenden verdorben sei und sehr gefährlich geworden sei und daß ich darum gezwungen sei, sie zu vergraben. Das wurde sofort getan.
Am nächsten Tag brachte uns Hauptmann Wirths Wagen nach Treblinka, etwa 100 km nordnordöstlich von Warschau. Die Anlagen dieses Todeszentrums unterschieden sich kaum von denen in Belczek, doch waren sie noch größer. Dort befanden sich 8 Gaskammern und ganze Berge von Kleidungsstücken und Unterwäsche, ungefähr 35-40 Meter hoch. *(ein 6-stöckiges Haus mit Altbaumaßen! d.Ü.)* Dann wurde uns zu Ehren ein Bankett gegeben, an dem alle Mitarbeiter der Einrichtung teilnahmen. Der Obersturmbannführer, Professor Pfannenstiel, Professor für Hygiene an der Universität Marburg/Lahn, hielt eine Rede: „Ihre Aufgabe ist eine große Pflicht, eine Pflicht so nützlich und so notwendig". Zu mir allein sprach er von dieser Institution in Ausdrücken wie „Schönheit der Aufgabe, humaner Prozeß", und zu allen : „Wenn man die Leichen dieser Juden sieht, erfaßt man die Größe Ihres guten Werks!" Das Essen selbst war ziemlich einfach, aber auf Weisung Himmlers erhielten die Mitarbeiter dieser Anlage so viel sie wollten, was Butter, Fleisch, Alkohol usw. anbelangte. Als wir das Lager verließen, wurden uns mehrere Kilogramm Butter und eine große Anzahl Likörflaschen angeboten. Ich versuchte vorzutäuschen, daß ich genug von allem aus unserem eigenen Hof hätte, und da nahm Pfannenstiel auch noch meine Portion.
Wir verließen Warschau mit dem Wagen. Während ich vergebens auf eine leere Schlafkabine wartete, lernte ich Baron von Otter, Mitarbeiter der schwedischen Gesandtschaft kennen. Da alle Betten belegt waren, verbrachten wir die Nacht im Gang des Schlafwagens. Da erzählte ich ihm, die Vorgänge noch frisch im Gedächtnis, alles und ersuchte ihn, es seiner Regierung und allen Alliierten zu berichten. Als er mich nach einer Referenz fragte, gab ich ihm die Adresse des Generalsuperintendenten Dr. Otto Dibelius, Berlin-Lichterfelde-West, Brüderweg 2, eines Freundes von Martin Niemöller und Anführer des protestantischen Widerstands gegen den Nazismus. Einige Wochen später traf ich Baron von Otter zweimal wieder. Er sagte mir, er habe einen Bericht an die schwedische Regierung gesandt, der, wie er sagte, starken Einfluß auf die Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland gehabt habe.Nicht so gut gelang mir der Versuch, alles dem Leiter der Botschaft des Vatikans zu berichten. Ich wurde gefragt, ob ich Soldat sei und dann wurde mir eine Unterredung verweigert. Ich sandte dann einen ausführlichen Bericht an Dr. Winter, den Sekretär des Berliner Bischofs, um ihn zu veranlassen, ihn dem Bischof von Berlin zugehen zu lassen und durch diesen der Vatikanbotschaft. Als ich aus dem Haus der Vatikan-

botschaft in der Rauchstraße in Berlin kam, hatte ich eine sehr gefährliche Begegnung mit einem Polizeiagenten, der mir folgte. Doch nach einigen sehr unbehaglichen Augenblicken gelang es mir, ihm zu entwischen.
Ich muß weiter hinzusetzen, daß mich Anfang 1944 SS-Sturmbannführer Günther vom RSHA um eine sehr große Lieferung von Blausäure für obskure Zwecke ersuchte. Die Säure sollte in seinem Dienstsitz in Berlin, Kurfürstenstraße, abgeliefert werden. Es gelang mir, ihn glauben zu machen, daß dies unmöglich sei, weil zuviel Gefahr damit verbunden sei. Es handelte sich um mehrere Wagenladungen Giftgas, ausreichend, um eine Riesenzahl von Menschen umzubringen, genau genommen Millionen! Er hatte mir gesagt, er wisse nicht genau, ob, wann und für welche Art von Leuten, wie und wo dieses Gift gebraucht würde. Ich weiß nicht genau, was die Absichten des RSHA und des SD waren. Aber später dachte ich an die Worte von Goebbels „die Tür hinter ihnen zuzuschlagen", sollte es dem Nazismus nicht gelingen zum Durchbruch zu kommen. Vielleicht wollten sie einen großen Teil des deutschen Volkes töten, vielleicht die Fremdarbeiter, vielleicht die Kriegsgefangenen - ich weiß es nicht! Jedenfalls veranlaßte ich, daß das Gift zu Desinfektionszwecken verschwand, sobald es hereinkam. Hieraus ergaben sich einige Gefahren für mich, aber wenn ich gefragt worden wäre, wo die giftige Säure sei, hätte ich geantwortet, daß sie sich bereits in einem gefährlichen Zustand der Zersetzung befinde und ich sie deshalb als Desinfizierungsmittel verbrauchen müsse! Ich bin sicher, daß Günther, der Sohn des Rassentheoretikers, seinen eigenen Worten zufolge Befehle hatte, die Säure für die schließliche Vernichtung von Millionen menschlicher Wesen bereitzustellen, vielleicht auch in Konzentrationslagern. Ich habe hier Rechnungen über 2.175 kg, aber in Wirklichkeit ging es um 8.500 kg; ausreichend, um 8 Millionen Menschen umzubringen. Ich hatte die Rechnungen mir auf meinen Namen ausgestellt schicken lassen. Ich sagte, dies sei aus Gründen der Geheimhaltung, doch tat ich es, um einigermaßen frei in meinen Entscheidungen zu sein und eine bessere Möglichkeit zu haben, die giftige Säure verschwinden zu lassen. Ich habe diese Sendungen nie bezahlt, um eine Weiterberechnung zu vermeiden, die den SD an diese Vorräte erinnern können. Der Direktor der DEGESCH, der diese Sendungen veranlaßte, sagte mir, er habe Blausäure in Kapseln zur Tötung von Menschen versandt. Bei einer anderen Gelegenheit fragte mich Günther um Rat über die Möglichkeit, eine große Zahl von Juden im Freien, und zwar in den Festungsgräben von Maria-Theresienstadt zu töten. Um die Durchführung dieses diabolischen Plans zu verhindern, erklärte ich, daß die Methode undurchführbar sei. Einige Zeit später hörte ich, daß der SD die Blausäure sich durch andere Kanäle besorgt habe, um diese unglücklichen Menschen in Theresienstadt zu beseitigen. Oranienburg, Dachau oder Belsen waren nicht die scheußlichsten Lager, sondern Auschwitz (Oswiecim) und Mauthausen-Gusen bei Linz an der Donau. Dieses sind die Orte, in den Millionen von Menschen in Gaskammern oder Gaskammerähnlichen Wagen verschwanden. Die Tötungsmethode an Kindern bestand aus einem mit Blausäure getränkten Wattebausch, der ihnen unter die Nase gehalten wurde.

Ich selber sah, wie man Experimente an lebenden Personen in KZ's vornahm, die man fortsetzte, bis das Opfer starb. Auf diese Weise hat SS-Hauptsturmführer Grundlach im KZ für Frauen, Ravensbrück bei Fürstenberg/ Mecklenburg, derartige Experimente unternommen. In meinem Büro habe ich viele Berichte über in Buchenwald gemachte Experimente wie beispielsweise die Anwendung von bis zu 100 Pervitintabletten pro Tag gelesen. Andere medizinische Versuche - jedesmal an etwa 100 - 200 Personen, wurden mit Serum und Lymphe unternommen, usw. bis der Tod der Person eintrat. Himmler hatte sich selbst vorbehalten, die Erlaubnis zur Durchführung dieser Experimente zu erteilen.
In Oranienburg habe ich gesehen, wie alle die Häftlinge, die dort wegen Homosexualität inhaftiert waren, an einem einzigen Tag verschwunden sind.
Ich vermied häufige Besuche in den KZ's, weil es üblich war, besonders in Mauthausen-Gusen bei Linz/Donau, zu Ehren von Besuchern einen oder zwei Häftlinge aufzuhängen. In Mauthausen pflegte man Juden in einem sehr hohen Steinbruch arbeiten zu lassen. Nach einer Weile pflegte der diensthabende SS Mann zu sagen: „Passen Sie auf, in zwei Minuten gibt es einen Unfall." Und tatsächlich, eine oder zwei Minuten später wurden einige Juden den Abhang hinuntergestoßen, die uns tot vor die Füße stürzten. „Arbeitsunfall" wurde dann in die Akte des Toten geschrieben. Dr. Fritz Krantz, ein anti-nazistischer SS-Hauptsturmführer, hat mir oft von solchen Vorkommnissen erzählt. Er verurteilte sie schwer und hat vielfach Tatsachen darüber veröffentlicht. Die in Belsen, Oranienburg usw. aufgedeckten Verbrechen sind im Vergleich mit anderen in Auschwitz und Mauthausen nicht erheblich. Ich plane ein Buch über meine Erlebnisse mit den Nazis zu schreiben. Ich bin bereit, die absolute Wahrheit all meiner Ausführungen zu beschwören.

(handschriftlich) : Kurt Gerstein

Es ist zwar schwer zu glauben, daß irgendjemand vorhatte, diese Erklärung als ernstzunehmen hinzustellen. Einige spezifische Punkte werden hier untersucht, aber als ganzes überlasse ich es dem Leser, es zu bestaunen. Der in den NMT-Bänden abgedruckte Teil beginnt mit *„nachdem ich von den Massakern gehört hatte."* und endet mit *„erfaßt man die Größe Ihres guten Werks!"* Jedoch ist der Satz über die BBC und die 25 Millionen Gaskammeropfer gestrichen. Die im Jerusalemer Eichmannprozeß verwendete Version ist sehr viel drastischer redigiert worden. (1)
Beachtlich bei der Originalfassung dieses Berichtes (also der englischen Ausgabe) ist neben vielen anderen Absurditäten auch die Verwechslung der SS-Ränge (einmal erscheint Prof. Pfannenstiel im Rang eines Sturmführers, entweder Leutnant oder Oberleutnant. Es gab nur Untersturmführer oder Obersturmführer oder Hauptsturmführer; zum anderen er-

scheint er als Obersturmbannführer, Oberstleutnant). Es ist kaum wahrscheinlich, daß Gerstein derartige Fehler gemacht hätte, hätte er diesen Bericht gelesen bzw. gar freiwillig geschrieben.

Weitere innere Widersprüche ergeben sich dadurch, daß Ereignisse des August als im Winter geschehen beschrieben werden, oder daß 700 bis 800 Personen in einem Raum von 20-25 qm und 1,90 m Höhe gequetscht worden sein sollen.

Die Erwähnung, Warschau per Auto verlassen zu haben und dann Baron von Otter im Zug zu treffen, ist hier genau so wiedergegeben worden, wie es im Bericht steht. Von keiner schwedischen Quelle sind die Begegnungen zwischen Gerstein und Otter bestätigt worden, natürlich der Inhalt dieserart Gespräche schon gar nicht jedenfalls habe ich darüber nichts in Erfahrung bringen können. (2)

Rassinier hat es so ausgedrückt : Wenn es nicht wahr ist, daß Hitler je in Lublin war, wenn es nicht wahr ist, daß 700 bis 800 Menschen in eine Gaskammer von 25 qm hineinpassen, wenn es nicht wahr ist, daß die Deutschen 25 Millionen Menschen vergast haben, dann, da der Bericht wenig anderes enthält, müssen wir fragen, was steht denn an Wahrem überhaupt darin?

Wir sollten bemerken, was uns bereits wiederholt aufgefallen war: die geheimnisvolle Immunität vor Verfolgung. Pfannenstiel ist niemals angeklagt gewesen, und lebte, so viel ich weiß, auch nach Kriegsende weiterhin ohne Sorgen. Ich unterstelle, daß er nachweisen konnte, niemals an den in dem Gerstein-Bericht behaupteten Ereignissen teilgenommen zu haben.'

Was normalerweise als Gerstein-Bericht bezeichnet zu werden pflegt, wurde soeben wiedergegeben. Doch dies ist noch nicht alles.

Dem sog. Dokument 1553-PS zufolge hat Gerstein im Frühjahr 1945 angeblich noch weitere Erklärungen in verschiedenen Sprachen hinterlegt:

„Kurt Gerstein, Zusätzliche Erklärung.
In meiner Wohnung in Berlin W 35, Bülow-Str 47, 2. Stock lks., hatte ich einen Kreis von Anti-Nazis. Hier folgen einige ihrer Namen :
Major Lutz Reis, jetzt Hamburg, Glasurit-Werke
Dr. Felix Buß, Syndikus bei Telefunken, Berlin SW 11, Hallesches Ufer 30
Direktor Alex Menne, Hamburg, Glasurit-Werke
Pastor Buchholz, Pfarrer des Gefängnisses Plötzensee, der die Offiziere vom 20. Juli 1944 zum Schafott begleitete
Diese Offiziere wie auch mein guter Freund, Pastor Martin Niemöller, rauchten die Zigaretten und Zigarren, die ich für sie ins Gefängnis schaffte.
Pastor Mochalsky, der Pastor Martin Niemöller an der Annen-Kirche in Berlin-Dahlem nachfolgte
Dorothea Schulz, Sekretärin Pastor Niemöllers
Frau Arndt, Sekretärin Niemöllers in Dachau
Emil Nieuwenhuizen und sein Freund Hendrik, von Phillips-Eindhoven
Deportierte, die ich in der Kirche kennengelernt hatte und die seit langer Zeit zwei- oder dreimal die Woche meine Gäste waren. Sie nahmen Mahlzeiten in meinem Haus ein und hörten Radio.
Direktor Haueisen, Berlin NW 7, Mittelstr., Druckerei Francke
Herbert Scharkowsky, Redakteur, Scherl-Verlag
Hauptmann Nebenthau und seine Frau, jetzt in Kirchentellinsfurth/ Württemberg
Dr. Hermann Ehlers, Kurator der Niemöllerschen Anti-Nazi-Widerstandskirche
Dr. Ebbe Elß, das gleiche wie Dr. Ehlers
Andere Referenzen : Generalsuperintendent Dr. Otto Dibelius, Anführer des Kirchen-Widerstandes gegen den Nazismus
Pastor Rehling, Hagen/Westfalen, aktiv in der westfälischen Kirche des Anti-Nazi-Widerstandsbewegung
Präses Dr. Koch, anti-nazistischer Professor an der Universität Tübingen
Bernhard J. Gödecker, Fabrikant, München, Tizianstr. Anti-Nazi
Direktor Franz Bäuerle, München, Siemensstr. 17, Anti-Nazi
Der katholische Pfarrer Valpertz, Hagen/Westfalen
Pastor Otto Wehr, Saarbrücken
Die Pastoren Schläger und Bittkau, Neuruppin bei Berlin
August Franz und seine ganze Familie, große Anti-Nazis, Saarbrücken, jetzt in Thalheim/Württemberg
Dr. Straub, Metzingen/Württemberg, und Familie

(nicht unterschrieben)"

Ich habe keine Ahnung, welcher Zusammenhang, wenn überhaupt, zwischen Gerstein und diesem Dokument in Wirklichkeit besteht. Vielleicht hat er auf Befehl seiner Häscher bei der Niederschrift mitgeholfen, er mag aber auch nichts damit zu tun gehabt haben.

Eine deutsche Version des Gerstein-Berichts mit im wesentlichen gleichem Inhalt, wurde ungefähr ein Jahr nach Gersteins Verschwinden vorgelegt. Angeblich hatte man es unter irgendwelchen Habseligkeiten im Hotel Mohren in Rottweil aufgefunden. Die deutsche Version des Gerstein-Berichts ist maschinegeschrieben und ohne Unterschrift, aber es soll eine handschriftliche Nachschrift nicht näher bezeichneten Inhalts geben. Aus nicht erklärten Gründen soll Gerstein der deutschen Version noch 10 Seiten Erklärungen vom Hörensagen hinzugefügt haben, die sich unter dem Material befanden, die er ursprünglich angeblich den US-Verhörern aushändigte, bevor er verschwand.

Einige Jahre später hat Otto Dibelius, der evangelisch-lutherische Bischof von Berlin, erklärt, Gerstein und Baron von Otter hätten sich tatsächlich bezüglich dieser Angelegenheiten mit ihm in Verbindung gesetzt. Obwohl Dibelius ein führendes Mitglied der mit der NSDAP liierten Hugenberg'schen DNVP (Deutsch-Nationale Volkspartei) vor 1933 gewesen ist, schloß er sich nach 1933 der von Niemöller angeführten Opposition der Kirche gegen die Nationalsozialisten an. Niemöller wurde 1935 verhaftet, aber Dibelius ließ man laufen; er verschwand danach auf einen kleinen Posten in einer kirchlichen Wohlfahrtorganisation und wurde nach 1945 zum Bischof gewählt. Es ist nicht richtig, Dibelius als ein aktives Mitglied des Widerstands im Kriege hinzustellen, wie der Gerstein-Bericht und der oben erwähnte Zusatz ihn ausweisen, wodurch seine Bedeutung ziemlich über das hinausgehen würde, was die Tatsachen besagen.

Was die anderen Namen auf der Gerstein-Liste von Anti-Nazis anbelangt, so ist mir, Niemöller ausgenommen, keiner im Zusammenhang mit bekannten Kriegszeitaktivitäten, antinationalsozialistischen oder anderen, bekannt. Nur einen kenne ich in einem Zusammenhang: Dr. Hermann Ehlers, der ein führender CDU-Politiker nach dem Kriege wurde (Bundestagspräsident) und 1954 gestorben ist. Es kann sein, daß die als Präses Dr. Koch bezeichnete Person vermutlich der Dr. Karl Koch ist, ein protestantischer Theologe, der zusammen mit Dibelius in den Weimarer Tagen Mitglied der DNVP gewesen und gestorben ist.

In den entsprechenden Berichten von Cesare Orsenigo, des päpstlichen Nuntius in Berlin, die vom Vatikan veröffentlicht wurden, befindet sich natürlich kein Hinweis auf Gerstein. Siehe Anhang E.

Der nächste Teil des Dokuments 1553-PS besteht aus einem sog. Schreiben von der DEGESCH an Gerstein und betrifft die Haltbarkeit des Zyklons B sowie die Möglichkeiten künftiger Sendungen angesichts der Bombenangriffe, die eine Fabrik zerstört hatten. Die handschriftliche Notiz erscheint schon bemerkenswerter :

„Entsprechend den beigefügten Notizen ist die Blausäure auf Weisung des SS-Sturmbannführers Günther vom RSHA, Berlin W 35, Kurfürstendamm angefordert worden. Ich war für diesen besonderen Auftrag verantwortlich und erfüllte meine Pflichten sehr gewissenhaft, so daß, wenn die Säure in Oranienburg und Auschwitz eingetroffen war, ich die Büchsen in die Desinfektionskammern verschwinden lassen konnte. So war es möglich, einen Mißbrauch der Säure zu verhindern. Um zu vermeiden, die Aufmerksamkeitdes RSHA auf das Vorhandensein - oder, wie ich besser sagen müßte - das Fehlen dieser Vorräte zu lenken, habe ich diese Sendungen nie bezahlt, deren Rechnungen an die gleiche Adresse gingen, das heißt, meine eigene. Auf diese Weise war es möglich, die Säure verschwinden zu lassen, sobald sie eingetroffen war. Wenn man das Fehlen der Säure bemerkt hätte, dann hätte ich gesagt: Das ist ein Fehler der örtlichen Desinfektionsstelle, die nicht wußte, oder auch nicht wissen durfte, für welchen Zweck sie wirklich bestimmt war; oder ich hätte gesagt : die Säure ist in Zersetzung übergegangen und es sei unmöglich, sie länger zu verwahren.

(gez.) Gerstein"

Der letzte Teil der Erklärung ist eine Notiz in Englisch :

Bergassessor a. D. — Tübingen/Neckar,
Kurt Gerstein — Gartenstr. 24
Diplomingenieur — 26. April 1945

Mein Bericht ist für den Geheimdienst interessant. Die Dinge, die ich gesehen habe, haben nicht mehr als 4-5 andere gesehen und diese anderen waren Nazis. Viele Verantwortliche für Belsen, Buchenwald, Maidaneck, Auschwitz, Mauthausen, Dachau etc. waren Männer meiner Dienststelle, - täglich habe ich sie in meiner Doppelstellung gesehen :

1. SS-Führungshauptmann D, Gesundheitsdienst und
2. Reichsarzt-SS und Polizei, Berlin

Ich bin in der Lage, die Namen und Verbrechen der in Wirklichkeit Verantwortlichen für diese Dinge zu nennen und ich bin bereit, das Material für diese Anklage dem Welttribunal zu übergeben. Ich selbst, intimer Freund des Pastors

Martin Niemöller und seiner Familie (jetzt in Leoni/Starnberger See, Bayern), war nach zwei Gefängnissen und Konzentrationslagern Agent der „Bekennenden Kirche", SS-Obersturmführer und Abteilungsleiter im SS Führungs-Hauptamt und des Reichsarztes SS und Polizei, eine gefährliche Stellung! Die Dinge, die ich gesehen habe, hat niemand gesehen. Im August 1942 habe ich meine Berichte für die Schwedische Gesandtschaft in Berlin gemacht. Ich bin bereit und in der Lage, alle meine Beobachtungen Ihrem Geheimdienst zu sagen.
Der Sekretär der schwedischen Gesandtschaft Berlin, jetzt in Stockholm, Baron von Otter, ist bereit, Zeuge meiner Darstellung von 1942 für alle diese „coneltys" zu sein *(ein Wort, das es im Englischen nicht gibt; wenn Gerstein diese Notiz selber geschrieben haben sollte, so könnte er „Kenntnisse" gemeint haben; jedenfalls sieht man aus der ganzen Notiz, daß sie aus dürftigen englischen Sprachkenntnissen zusammengestammelt worden ist -d. Ü.)*
Ich schlage vor, diese Informationen von mir zu erfragen. Referenz: Mrs. Niemöller

(Pastor Martin Niemöllers
Frau Leoni/Starnberger See/München/Bayern)
(gez.:) Gerstein

Anm. Ihre Armee hat nicht gefunden:
Herrn Niemöller,
Herrn Stalin jr.,
Herrn Schuschnigg in Dachau
Sie sind deportiert worden, niemand weiß, wo sie sind. Bitte veröffentlichen Sie meinen Bericht nicht bevor Gewißheit darüber besteht, ob Niemöller befreit oder tot ist.

Gerstein"

Das übrige des Dokumentes 1955-PS bildet eine Sammlung von Zyklon B-Rechnungen.

Im ganzen Gerstein-Bericht habe ich geringfügige Korrekturen vorgenommen, außer im letzten Teil, die Notiz in Englisch, die im Original wiedergegeben ist. Dies geschah aus klar erkennbaren Gründen: Der Bericht ist deutlich von einer Person verfaßt worden, die einige französische Sprachkenntnisse besaß. „Herr Stalin jr." ist zweifellos ein Hinweis auf Stalins Sohn, der Kriegsgefangener in Deutschland war. Schuschnigg war der österreichische Kanzler zur Zeit des Anschlusses an Deutschland. Er und Niemöller sind für einige Zeit in Dachau inhaftiert gewesen. Rassinier bietet eine interessante Erörterung des Falles Niemöller. (5)

Anhang B.

SS-Ränge

SS	*Wehrmacht*	*US-Army*
SS Mann	Schütze	Private
Sturmmann	Gefreiter	Private First Class
SS Rottenführer	Obergefreiter	Sergeant
SS Unterscharführer	Unteroffizier	Sergeant
SS Scharführer	Unterfeldwebel	Staff Sergeant
SS Oberscharführer	Feldwebel	Technical Sergeant
SS Hauptscharführer	Oberfeldwebel	First Sergeant
SS Sturmscharführer	Stabsfeldwebel	Staff Sergeant
SS Untersturmführer	Leutnant	Second Lieutenant
SS Obersturmführer	Oberleutnant	First Lieutenant
SS Hauptsturmführer	Hauptmann	Captain
SS Sturmbannführer	Major	Major
SS Obersturmbannführer	Oberstleutnant	Lieutenant Colonel
SS Standartenführer	Oberst	Colonel
SS Oberführer		Colonel
SS Brigadeführer	Generalmajor	Brigadier General
SS Gruppenführer	Generalleutnant	Lieutenant General
SS Obergruppenführer	General	General
SS Oberstgruppenführer	Generaloberst	General of the Army
	Generalfeldmarschall	
	Reichsmarschall	

Anhang C.

Deportation von Juden

Der Bericht des holländischen Roten Kreuzes setzt sich aus 6 Broschüren unter dem Titel *Auschwitz* zusammen und behandelt im wesentlichen die ungefähr 100 Judentransporte aus den Niederlanden, von denen der erste am 15. Juli 1942 und der letzte am 13. September 1944 abgegangen ist. Das direkte Reiseziel von etwa zwei Dritteln der deportierten Juden war Auschwitz, obschon auch große Zahlen nach Sobibor und einige nach Theresienstadt, Bergen-Belsen und Ravensbrück verbracht worden sind. Die Angaben des NRK (Niederländisches Rotes Kreuz) sind im Hinblick auf die Transporte erschöpfend, solange sie sich noch innerhalb Hollands befanden; die Daten der Abreise, der Transportziele, Anzahl und Aufgliederung der Menschen nach Geschlecht und Alter. Doch gehen die Verfasser davon aus, daß alle Juden, die sie nicht mehr erfaßt haben, nachdem sie ihren Bestimmungsort erreichten, vergast oder auf andere Art umgebracht worden seien. So schlußfolgern sie, daß die Mehrzahl der etwa 100.000 aus den Niederlanden deportierten Juden umgekommen sei, zumal sie kaum Anhaltspunkte darüber haben, was diesen Menschen nach ihrer Ankunft in den Lagern geschehen ist. Doch gibt es Ausnahmen: Sie beziehen sich auf die Evakuierung aus Auschwitz sowie dem Monowitz-Krankenhaus im Jahre 1945. Das Bezeichnendste ist jedoch, was über die Registrierung und Sterbefälle im Männerlager Birkenau für den Zeitraum 16.6. - 19.8.1942 gesagt wird, und zwar im Band II des Berichts. Da das NRK auch ausführliche Angaben über die Judentransporte von Westerbork (Durchgangslager in Holland) für diese Zeitspanne bringt, kann ein Vergleich angestellt werden, der dann aber (wie Reitlinger zugibt) der Behauptung widerspricht, daß eine Mehrheit oder auch nur eine bedeutende Anzahl von Juden bei der Ankunft in Auschwitz sofort vergast worden sei. Es waren im Juli und August 1942 13 Transporte zu verzeichnen; sie setzten sich wie folgt zusammen :

Datum d.Dep 1942	Gesamt zahl	Gesamt Männer	Männer 0-12 Jahre	Männer 13-15 Jahre	Männer 16-17 Jahre	Männer 18-35 Jahre	Männer 36-50 Jahre	Männer 51-60 Jahre	Männer 61 u.m. Jahre
15.7	1.135	663	41	9	85	356	157	11	4
16.7	895	640	32	7	41	285	193	62	20
21.7	931	511	62	14	54	317	61	2	1
24.7	1.000	573	51	6	83	340	75	11	7
27.7.	1.010	542	60	17	90	315	55	4	1
31.7.	1.007	540	47	13	93	326	56	5	
3.8.	1.013	520	72	21	31	255	139	1	1
7.8.	987	510	67	28	21	172	168	48	6
10.8.	559	288	18	8	19	93	97	45	8
14.8.	505	238	43	14	5	36	68	72	
17.8.	506	364	36	8	11	247	60	2	
21.8.	1.008	493	56	12	49	269	97	9	1
24.8	519	351	26	5	19	192	78	23	8
Gesamt	11.075	6.233	611	162	601	3.203	1.304	295	57

Frauen m.Kindern	Gesamt Frauen	Frauen 0-12 Jahre	Frauen 12-16 Jahre	Frauen 16-17 Jahre	Frauen 18-35 Jahre	Frauen 36-50 Jahre	Frauen 51-60 Jahre	Frauen 61 u.m. Jahre
63	472	36	3	38	318	74	3	
42	255	28	6	27	161	32		1
83	420	53	8	36	268	54	1	
75	427	52	3	42	273	51	6	
85	468	55	13	50	291	55	4	
81	467	65	10	51	296	44	1	
104	493	85	17	29	232	129	1	
96	477	74	21	26	167	175	13	1
35	271	19	8	12	99	109	23	1
52	267	53	19	3	43	100	49	
26	142	18	6	12	49	53	4	
85	515	58	16	36	253	132	19	1
39	168	26	8	6	63	39	18	8
866 Gesamt	4.842	622	138	368	2.513	1.047	142	12

Die Angaben, die vom Männerlager Birkenau stammen sollen, werden hier wiedergegeben, um sie mit den vorhergehenden Westerbork-

Zahlen vergleichen zu können. Nachfolgende Spalte (1) zeigt die Daten und Zeiten (Morgen = M; Abend = A) der Zählappelle in Birkenau; Spalte (2) die Gesamtzahl der Zählung bei den Appellen; Spalte (3) die Zahl derer, die zwischen den Appellen gestorben waren; Spalte (4) die Anzahl der zwischen den Appellen eingetroffenen Neuankömmlinge und Spalte (5) die Zahl der Verluste zwischen den Appellen auf Grund von Entlassung oder Flucht. In der Spalte (6) stehen Angaben über Herkunftsorte der verschiedenen Transporte in die Lager, wobei die Westerbork-Transporte in der Tat angegeben sind. Pithiviers, Drancy und Beaune la Rolande waren Sammelpunkte für Judentransporte in Frankreich, und Mechelen diente dem gleichen Zweck in Belgien. Die Transporte aus der Slowakei bestanden wahrscheinlich aus Juden; die Zusammensetzung hingegen aus Polen ist ziemlich problematisch. Wo „verschiedene Nationen" (v. Nat.) angegeben sind, bestanden die Transporte sehr wahrscheinlich vorwiegend aus politischen Häftlingen und gewöhnlichen Kriminellen. Spalte (7) verzeichnet die Registriernummern der in Spalte (4) aufgeführten Personen.

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
M 16.7.42	16246	40	22			
		100	131			
A 16.7.42	16277					
		30	601		Westbork 15.7.1942	47087-47687
M 17.7.42	16848					
		83	185		v. Nat.	47688-47842
A 17.7.42	16950				Westerbork 16.7.42	47843-48493
		25	977		Slowakei	48494-48819
M 18.7.42	17902					
		101	46	1	v. Nat.	48820-48901
A 18.7.42	17846					
		18	24		v. Nat.	
M 19.7.42	17852					
		82				
A 19.7.42	17770					
		53	809		Pithiviers 17.7.42	48902-49670
M 20.7.42	18526					
		122	74		v. Nat.	

(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
A 20.7.42	18478					
		28			v. Nat.	49671-49795
M 21.7.42	18450					
		110	21		v. Nat.	
A 21.7.42	18361					
		18	620		Pithiviers 19.7.42	49796-50270
M 22.7.42	18963					
		125	9		v. Nat.	50271-50405
A 22.7.42	18847					
		14	479		Westerbork 21.7.42	50406-50884
M 23.7.42	19312					
		127	134		Polen	50885-51002
A 23.7.42	19319					
		13	411		Drancy 20.7.42	51003-51413
M 24.7.42	19717					
		173	91		Polen usw.	51414-51503
A 24.7.42	19635					
		11	791		Drancy 22.7.42	51504-52102
M 25.7.42	20415				v. Nat.	52103-52115
		208	73	2	Slowakei	52116-52332
A 25.7.42	20278				v. Nat.	52333-52367
		26	515		Westerbork 24.7.42	52368-52882
M 26.7.42	20767					
		71				
A 26.7.42	20696					
		28	370		Pithiviers 24.7.42	52883-53252
M 27.7.42	21038					
		167	69	1	v. Nat.	
A 27.7.42	20939					
		24	1		v. Nat.	53253-53325
M 28.7.42	20914					
		205	4			
A 28.7.42	20713					
		23	473		Westerbork 27.7.42	53326-53790
M 29.7.42	21163					
		100	31		v. Nat.	53791-53829
A 29.7.42	21094					
		16	249		Pithiviers 27.7.42	53830-54078
M 30.7.42	21327					
		91				
A 30.7.42	21236					
		16				

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
M	31.7.42	21220					
			113	76		v. Nat.	54079-54154
A	31.7.42	21183					
			32	270		Pithiviers 29.7.42	54155-54424
M	1.8.42	21421					
			98	166		Slowakei	54425-54590
A	1.8.42	21489					
			31	495		Westerbork 31.7.42	54591-55071
						v. Nat.	55072-55085
M	2.8.42	21953					
			71				
A	2.8.42	21882					
			41	693		Pithiviers 31.7.42	55086-55778
M	3.8.42	22534					
			107	51		v. Nat.	
A	3.8.42	22478					
			35			v. Nat.	55779-55840
M	4.8.42	22443					
			100	11		v. Nat.	
A	4.8.42	22354					
			38	480		v. Nat.	55841-55907
M	5.8.42	22796				Westerbork 3.8.42	55908-56334
			82	67		v. Nat.	56335-56387
A	5.8.42	22781					
			44	22		v. Nat.	56388-56409
M	6.8.42	22759					
			78	446		Mechelen 4.8.42	56410-56855
A	6.8.42	23127					
			48				
M	7.8.42	23079					
			93	79		v. Nat.	56856-56991
A	7.8.42	23065					
			55	373		Beaune la Rolande 5.8.42	56992-57308
M	8.8.42	23383					
			121	91		v. Nat.	57309-57399
A	8.8.42	23353					
			70	315		Westerbork 7.8.42	57400-57714
M	9.8.42	23598					
			98				
A	9.8.42	23500					
			80	63		v. Nat.	57715-57777

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
*	10.8.42	23483					
			219	128		Pithiviers 7.8.42	57778-57905
*	10.8.42	23392					
			56				
*	11.8.42	23336					
			232	5		v. Nat.	57906-57910
*	11.8.42	23109					
			69	164		Westerbork 10.8.1942	57911-58074
*	12.8.42	23204					
			205	11		v. Nat.	58075-58085
*	12.8.42	23010					
			44	140		Drancy 10.8.42	58086-58225
A	13.8.42	23106					
			213	306		Mechelen 11.8.42	58226-58531
M	13.8.42	23199					
			111				
*	14.8.42	23088					
			206	102			58532-58633
*	14.8.42	22984					
			63	152		Drancy 12.8.42	58634-58785
*	15.8.42	23073					
			177	270			58786-59055
*	15.8.42	23166					
			109	165		Westerbork 14.8.1942	59056-59220
*	16.8.42	23222					
			134	9		v. Nat.	59221-59229
*	16.8.42	23097					
			127	115		Drancy 14.8.42	59230-59344
*	17.8.42	23085					
			157	255		Mechelen 15.8.42	59345-59599
*	17.8.42	23183					
			92	5		v. Nat.	59600-59604
*	18.8.42	23096		87		v. Nat.	59605-59691
			390	319		Westerbork 17.8.42	59692-60010
*	18.8.42	23112					
*	19.8.42	23112					
			220	33		v. Nat.	60011-60043
*	19.8.42	22925					
Gesamt			6.507	13.173	5		

Um ein Beispiel zur Verdeutlichung dieser Zahlen zu geben: Wir sehen zwischen dem Abend des 16. Juli und dem Morgen des 17. Juli 1942 den eingetroffenen

Transport aus Westerbork/Holland; 601 Männer wurden im Männerlager Birkenau registriert und erhielten die Registriernummern 47087-47687. In jener Zeit starben auch 30 Männer in dem Lager; dementsprechend beträgt die Netto-Änderung in der Appellzahl 601-30 = 571 (16.848 - 16.277). Man vermerke, daß die 601 Männer aus dem Westerbork-Transport vom 15. Juli in etwa der Gesamtzahl der Männer entspricht, die zu dem Transport gehört haben, wenn man die Jungen bis zu 15 Jahren abzieht. Da die Tabelle über die Westerbork-Deportationen eine separate Spalte für „Frauen mit Kindern unter 15 Jahren" hat, ist es sehr wahrscheinlich, daß solche Kinder mit den Frauen reisten.

Wir haben uns erlaubt, 2 offenkundige Fehler in den Angaben zu korrigieren. Der NRK-Bericht gibt an, daß zwischen dem Abend des 5. August und dem 6. August 1942 43 Personen gestorben wären, aber erst eine Zahl von 44 Toten bringt übereinstimmung mit den Appellergebnissen der Spalte 3 für das Männerlager Birkenau. Auch gibt der NRK-Bericht an, daß der Transport aus Mechelen vom 15. August die Registriernummern von 59345 - 59699 erhielt, ein Fehler (von 100 Personen), der berichtigt wurde.

Die Zunahme der Registriernummern in Spalte (7) stimmt nicht in allen Fällen mit den in Spalte (4) berichteten Zahlen überein. Dieses verhält sich in der Tat so mit der Mehrheit der Transporte, die zwischen dem 17. Juli und 2 4. Juli ankamen. Auch trifft das für die Transporte zu, die die Registriernummern von 56856 bis 57308 erhielten. Doch in allen anderen Fällen stimmen die Registriernummern in Spalte (7) mit den Angaben in Spalte (4) überein.

Zieht man die Jungen bis zu 15 Jahren von der Gesamtzahl der Männer aus den verschiedenen Transporten von Westerbork ab, dann passen die resultierenden Ergebnisse ganz gut zu den registriert berichteten Nummern im Männerlager Birkenau, obwohl aus durchaus verständlichen Anhaltspunkten die übereinstimmung nicht absolut makellos ist. Wahrscheinlich gab es kleinere Zahlen, die entweder den eintreffenden Transporten hinzugerechnet und als solche nicht vermerkt wurden, und auch Personen, die aus verschiedenen Gründen in Birkenau nicht aufgenom-

men und zu anderen Orten geschickt wurden. Die größten unbestimmbaren Differenzen gibt es bei dem Westerbork-Transport vom 7. und 10. August 1942, bei dem ungefähr 100 Männer für beide Daten in der Registrierung von Birkenau fehlen.

Diese Angaben, zusammen mit einem Band des Birkenau-Sterberegisters (das auch in Bd. 1 des NRK-Berichtes erörtert wird, wenn es auch dort als *Auschwitz-Sterberegister* ausgewiesen wird), bestätigen die Behauptung des WRB, daß im Sommer 1942 in Auschwitz eine nachhaltige Epidemie herrschte und die Arbeit dort zwangsläufig eingestellt wurde. Uns sind keine Angaben von dem wesentlichen Teil der späteren Zeit bekannt, aus denen vergleichsweise hohe Sterberaten in Auschwitz zu ersehen wären, obwohl im Text dargestellt wurde, daß die Sterberate dort seit 1942 stets beklagenswert hoch gewesen ist.

Anhang D.

Der Bergen-Belzen-Prozeß

Josef Kramers zwei schriftliche Erklärungen, wie sie in dem Buch *The Belsen Trial,* hrsg. Fyfe, wiedergegeben sind. Erklärung von Josef Kramer

Ich bin am 10. November 1906 in München geboren. Ich bin verheiratet und habe drei Kinder. Ich habe mich 1932 freiwillig zur SS gemeldet; ich hatte keinerlei Ausbildung und wurde zum Dienst in einem Konzentrationslager eingeteilt. Ich habe mich nicht freiwillig für diese spezielle Art von Dienst gemeldet. Als der Krieg ausbrach, wurde die SS von der Wehrmacht übernommen, und ich meldete mich freiwillig zur Front, weil ich lieber gekämpft hätte, aber mir wurde gesagt, ich hätte den Einsatz durchzuführen, für den ich eingeteilt war. Mein erster Rang war Unterscharführer, und meine Beförderung zum Scharführer und Oberscharführer geschah 1934 und 1935. An die genauen Daten kann ich mich nicht mehr erinnern.

Dachau: Im Jahre 1936 war ich im Verwaltungsbüro des Konzentrationslagers in Dachau. Der Kommandant des Lagers war Standartenführer Loritz. In dem Lager waren nur deutsche Häftlinge. Ich bin nicht absolut sicher, aber soweit ich mich erinnere, waren alle Deutsche. Die SS-Einheit war Wachtruppe Oberbayern. Es waren in diesem Lager nur politische, kriminelle und asoziale Häftlinge. Asoziale sind Leute wie beispielsweise Bettler und Zigeuner und Leute, die nicht arbeiten wollen. In dem Lager wurden keine Todesurteile vollstreckt. Die einzigen Fälle, bei denen Menschen getötet wurden, waren die, als sie zu fliehen versuchten, in welchem Falle die Wache Befehl hatte, zu schießen. In Fällen, wo geschossen wurde, als Häftlinge versuchten zu fliehen, führte die Polizei Untersuchungen durch. Ich verließ dieses Lager Anfang Juni 1937.

Sachsenhausen: Von Dachau kam ich nach dem Lager Sachsenhausen. Außerhalb der Reihe wurde ich zum vorläufigen Untersturmführer befördert. Als ich nach Sachsenhausen ging, gehörte ich dort zur Lagerführung. Die Häftlinge in Sachsenhausen bestanden aus den gleichen drei Typen wie im vorigen Lager. Der Lagerkommandant war Standartenführer Baranowsky. Todesurteile wurden in diesem Lager nicht vollstreckt. Mir unterstand die Poststelle, und darum erfuhr ich nicht alles, was vorging, aber ich hörte manchmal, daß Leute bei Fluchtversuchen erschossen worden sind.

Mauthausen: Das nächste Konzentrationslager war Mauthausen in Österreich. Dieses Lager war gerade im Aufbau, als ich hinkam. Der Kommandant war Standarthführer Ziereis. Hier hatte ich den gleichen Rang wie vorher. Während ich in diesem Lager war, wurde ich zum Obersturmführer befördert. Ich glaube, es war im Januar 1939, und ich war eine Art Adjutant, hatte das Büro unter mir

und stand dem Kommandanten zur Verfügung. Die Häftlinge waren alles Deutsche und die drei gleichen Typen, wie ich vorher schon beschrieben habe. Der letzte Typ, d.h. Landstreicher und Herumlungerer, bestand hauptsächlich aus Österreichern, wovon es dort anscheinend viele gab, als Österreich von Deutschland übernommen wurde. Es waren dort zwischen 1.500 und 2.000 Häftlinge und alles Männer. Dazu gehörten auch jüdische Häftlinge. Im Lager war genügend Platz für alle, als ich dort war. Keiner der Häftlinge wußte zur Zeit, als er ankam, wann er wieder entlassen würde. Es gab nur einige, die zu Strafen von drei oder sechs Monaten verurteilt waren, und der größte Teil der Häftlinge war dort für einen unbestimmten Zeitraum. Einzelhaft sowie Einzelhaft bei Wasser und Brot oder Extraarbeit an Sonntagen waren die Strafen für Verstöße gegen die Disziplin. Die Häftlinge sind niemals geschlagen worden, auch weiß ich keinen Fall von Erschießen. Gefangenenausbrüche kamen vor, aber ich war nie dabei, wenn jemand versuchte, zu fliehen. Ich saß im Büro, und wenn dann das Telefon klingelte, und einer der Wachen berichtete dann, daß einer der Häftlinge versucht hatte, zu fliehen. Meine Aufgabe war es dann, hinauszugehen und nachzusehen, wo der Häftling gearbeitet hatte und wie es möglich war, daß er fliehen konnte. Wir benachrichtigten dann die Polizei und gaben die Personalien des Geflohenen durch. Die Weisungen lauteten, daß kein Häftling über eine bestimmte Grenze hinausgehen durfte. Tat es ein Häftling doch, so mußte die Wache ihn dreimal mit den Worten „Halt oder ich schieße" auffordern, dann einmal in die Luft schießen und erst der zweite Schuß sollte töten. Es ist schwer zu sagen, wie oft diese Art Schießerei stattfand, während ich in dem Lager war, weil es schon so lange her ist. Ich glaube, daß 10 bis 15 Leute erschossen worden sind, aber genau kann ich das nicht angeben. Jeder Fall von Schießen mußte den Dienststellen in Mauthausen und Linz gemeldet werden. Die nächstgelegene größere Stadt führte eine Untersuchung durch. Wenn auf jemanden geschossen oder jemand auf der Flucht erschossen worden war, wurde die entsprechende Wache sofort unter eine Art offenen Arrest gestellt, aber niemand ist je wegen falschen Schießens schuldig gesprochen worden. Die meisten der Leute, die auf diese Weise erschossen worden sind, waren Kriminelle oder Vagabunden, wobei der Grund dafür der war, daß der größere Teil der Lagerinsassen zu dieser Kategorie gehörte.

Die Todesfälle, die vorkamen, hatten meistens natürliche Ursachen. Sobald jemand starb, mußten seine Angehörigen und die Stellen, die ihn ins Lager geschickt hatten, benachrichtigt werden. Es gab einen sehr harten Winter, als die Sterbefälle anstiegen, aber sonst hatten wir sehr wenig Tote. Die Häftlinge lebten in Holzbaracken mit über einander montierten Dreierbetten, 250 bis 300 Mann je Gebäude. Während ich in diesem Lager war, inspizierte Obergruppenführer Eicke, dem alle Konzentrationslager unterstanden, das Lager drei- oder viermal, aber an die Daten kann ich mich nicht mehr erinnern. In diesem Lager befanden sich keine Kriegsgefangenen. Es kamen ein paar mehr politische Gefangene herein, aber großer Zuwachs bestand nicht. Sie waren meist Österreicher. Weder in

Dachau noch in Mauthausen waren Mitglieder der ehemaligen österreichischen Regierung oder aus Schuschniggs Partei. Mir war das Verwaltungsbüro unterstellt, und ich hatte mit der ein- und ausgehenden Post für den Kommandanten zu tun. Ich pflegte ihm die Post vorzulesen, und er gab mir seine Befehle, die ich dann an die verschiedenen Unterführer weitergab. Die Vollmachten der Kommandanten hinsichtlich der Bestrafung von Häftlingen waren nicht genau festgelegt, aber ich glaube, er konnte bis zu 21 Tagen geben. Er war der einzige, der Disziplinargewalt hatte. Ich weiß die Zahl der Häftlinge nicht mehr, als ich aus dem Lager wegging, aber das Lager war voll. Die Gesamtbelegung wurde jeden Tag registriert, aber an die Zahl kann ich mich nicht mehr erinnern. Einige der Häftlinge wurden in andere Lager verlegt. Diese Verlegungen wurden nicht entsprechend der Art der Häftlinge vorgenommen, sondern nach der Art der Arbeiten, die wir getan haben wollten und nach Berufen. Als ich da war, wurden einige freigelassen. Ich weiß nicht mehr, ob es Politische oder andere Häftlinge waren, aber ich erinnere mich, daß ich an Hitlers Geburtstag, 20.4.1940, 50 Häftlinge im Hof sah, die zur Entlassung bereitstanden.

Auschwitz: Ich ging nach Auschwitz im Mai 1940. Ich wohnte mit meiner Familie in einem Dorf außerhalb des Lagers. Ich hatte in dem Lager ein Büro, wo ich tagsüber arbeitete. Der Kommandant des Lagers war Obersturmführer Höß. Ich war Adjutant. Ich weiß die Zahl der Lagerführung nicht mehr, als ich kam. Der größte Teil der Häftlinge in Auschwitz bestand aus polnischen Politischen. Es waren wenige da, als ich ankam, da das Lager gerade erst gebaut worden war. Als ich vier Monate nach meiner Ankunft wegging, waren es alles feste Gebäude aus Stein, die von den Polen gebaut worden waren. Da gab es Männer, Frauen und Vieh, die in den Holzgebäuden lebten. Die Steingebäude waren leer. Die früheren Insassen der Holzbaracken wurden verlegt. Als ich anfing, bestand die Lagerverwaltung nur aus mir und einem Büroangestellten, ferner war da nur eine SS-Kompanie als Wache. Ich weiß den Namen der Kompanie nicht mehr, aber sie wurde als „Wachkompanie Konzentrationslager Auschwitz" bezeichnet. Diese Kompanie hatte keine Feldpostnummer. Der ranghöchste Offizier war der Lagerkommandant; nach ihm kam der Chef der Wachkompanie, Obersturmführer Plorin. Außer dem Kompaniechef waren da keine weiteren Offiziere. Die Kompaniezüge wurden von Unteroffizieren befehligt. Es gab drei Abteilungen je Kompanie mit 30-40 Mann in einem Zug. Das war je nach Bedarf unterschiedlich. Außer dem Lagerkommandanten, mir und der SS-Kompanie war da sonst keiner. Später kam noch ein Büroangestellter dazu. Es waren da 40 oder 50 SS Leute, die nicht zur Wachkompanie gehörten, aber für Lagerverwaltungsarbeiten im Lager zuständig waren, wie beispielsweise für Vorgänge in der Küche oder den Baracken usw.

Ich weiß die Zahl der Häftlinge im Lager nicht mehr. Es mögen 3.000 bis 4.000 Mann gewesen sein, aber da möchte ich mich nicht festlegen. Untersturmführer Meyer unterstand die Lagerverwaltung. Ich weiß seinen Vornamen nicht mehr, weil ich mich immer von den anderen weghielt. Der Grund dafür war, daß ich

meine Familie bei mir hatte. Es war auch ein Doktor da und ich glaube, er hieß Potau. Er kam aus Oberschlesien. Er ist später gestorben, aber daran erinnere ich mich nicht mehr so genau. Es war da noch ein anderer Untersturmführer Namens Meier (oder Meyer), der für die Häftlinge verantwortlich war. Ich glaube, er hieß Franz mit Vornamen. Der Kommandant erteilte die Befehle an den befehlshabenden SS-Offizier der Wache. Seine Befehle kamen von der nächsthöheren SS-Formation. Diese war das Wirtschaftsverwaltungshauptamt, Berlin, Amtsgruppe D, Berlin-Oranienburg.
Wenn Häftlinge ankamen, wurden wir von der Gestapo in Kattowitz benachrichtigt. Es gab auch Fälle, in denen Häftlinge von gewöhnlichen Polizisten gebracht wurden, die auch deren Personalakten mitbrachten. Sie kamen meistens in Gruppen. Sie kamen in Zügen auf dem Bahnhof Auschwitz an und wurden von da mit Transportwagen abgeholt. Die Häftlinge waren alles Männer. Es gab keine Verhöre durch die Gestapo im Lager. Alle Vernehmungen wurden durchgeführt, bevor die Häftlinge ankamen. Da war im Lagerstab ein Polizeibeamter, der sich mit Kriminellen befaßte, gegen die vorher ein Verfahren gelaufen war. Ich weiß seinen Namen nicht mehr. Er blieb nur eine kurze Zeit und wurde dann von einem anderen abgelöst. Wenn die Häftlinge ankamen, waren manche von ihnen gesund und manche nicht, aber keiner wies Merkmale von Mißhandlung oder Unterernährung auf. Ich glaube, daß in der Zeit, in der ich da war, es keine Zellen für Einzelhaft gegeben hat, aber, wie ich schon erwähnte, das Lager war erst in seinem Anfangsstadium. Wie für deutsche Politische und deutsche Häftlinge galten auch die gleichen Regeln für die Polen und später auch für die Russen. Es gab keinen Unterschied. Eines der Steingebäude diente als Krankenhaus. Dieses Gebäude unterschied sich in keiner Weise von den anderen Gebäuden. Neben dem einen von mir bereits erwähnten Arzt gab es noch einen anderen Doktor aus den Reihen der Internierten, unter denen sich viele Ärzte und Medizinstudenten befanden. Es stand nicht in meiner Macht, dem medizinischen Personal Befehle zu erteilen, da dieses dem Kommandanten direkt unterstand. Die Sterberate betrug grob gerechnet ein Prozent, im Sommer, oder möglicherweise anderthalb Prozent -das war der Wochendurchschnitt. Es handelte sich um natürliche Todesfälle und hing davon ab, wie ihr Zustand gewesen war, als sie ankamen. Der Lagerarzt machte Berichte und ich als Adjudant sah sie durch. Im Durchschnitt bekam ich 30 solcher Berichte pro Woche. Die Häftlinge, die gestorben waren, wurden verbrannt. Es arbeiteten Häftlinge im Krematorium unter dem Befehl der Wache. Die Asche wurde den Angehörigen zugeschickt, wenn diese sie anforderten.
Während ich in dem Lager war, gab es sehr wenige Entlassungen. Diese Entlassungen wurden ausschließlich von der Gestapo in Berlin genehmigt und zwar für politische Häftlinge, oder von Polizeidienststellen für gewöhnliche Kriminelle. Die Gestapostelle, die für das Lager zuständig war, war das Gestapohauptquartier in Kattowitz. Ob es noch eine andere Dienststelle zwischen Kattowitz und dem Zentralhauptquartier in Berlin gab, weiß ich nicht. Die Gestapoleute waren entweder Zivilisten in Zivilkleidung oder in Uniform, ohne besondere

Kennzeichen. Einige von ihnen trugen ein SD-Abzeichen. Der SD und die Gestapo waren zweierlei. Ich unterstand der SS für meine Befehle. Und so war es auch mit dem Lagerkommandanten. Doch die Gestapo befaßte sich mit den politischen Häftlingen im Lager. Jede körperliche Bestrafung mußte von Berlin genehmigt werden. Die Lagerdienststellen durften keine körperlichen Strafen genehmigen. Im Anfang wurde körperliche Züchtigung von den Wachen ausgeführt, aber später wurde das von Berlin verboten und die Häftlinge mußten die Bestrafungen selber ausführen. Ich weiß nicht, warum dieser Befehl aus Berlin kam. Er war von Gruppenführer Glücks unterschrieben und kam aus Oranienburg.

Dachau: Zwischen dem 15. und 20. November 1940 ging ich zurück nach Dachau. Bis dahin war ich immer im Büro beschäftigt gewesen, zuerst als Schreiber, dann als Adjutant, und jetzt sollte ich mir Kenntnisse über die Arbeit aneignen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Häftlingen stand. Ich sollte als Lagerführer ausgebildet werden. Meine Versetzung wurde von der zentralen SS-Organisation in Berlin genehmigt. Als ich in Dachau ankam, lief das Lager in reibungsloser Ordnung und bestand aus 30 oder 32 Holzbaracken insgesamt zur Unterbringung aller Häftlinge einschließlich Krankenstube usw. Die Zahl der Häftlinge in einer Baracke variierte zwischen 300 und 450. Die Gesamtzahl der Häftlinge lag zwischen 13.000 und 14.000. Es waren dort drei SS-Kompanien (120 bis 150 Mann in jeder Kompanie) als Wachmannschaften und das Verwaltungspersonal zählte 100 oder 120 Mann. Die Offiziere der Wachkompanien waren keine beruflichen SS Männer. Es waren Leute, die aus Handwerks- oder freien Berufen zur Wehrmacht eingezogen und dann zur SS überstellt worden waren. Dann wurden sie von der SS in ihre besonderen Dienste eingeteilt, d.h. für Konzentrationslager; sie haben sich für diesen Dienst nicht freiwillig gemeldet. Sie erhielten ihre Befehle vom Kommandanten, der seinerseits Befehle aus Berlin-Oranienburg bekam. Der Name des Kommandanten war SS Obersturmführer Piorkowski. Der nächste im Rang nach dem Kommandanten war der Lagerführer, Hauptsturmführer Eill. Seinen Vornamen weiß ich nicht mehr. Einem Offizier unterstand die Verwaltung, Hauptsturmführer Wagner. Dann waren die drei Kompaniechefs, deren Namen ich nicht mehr weiß.
Die Häftlinge waren alles Männer und bestanden aus Kriminellen und Politischen, wie vorher, und ein neuer Typ, nämlich Polen und Russen, die Kriegsgefangene waren und zu bestimmten Arbeiten eingeteilt wurden, beispielsweise Landarbeiten, und die geringfügigere Vergehen begangen hatten, wie Fluchtversuch oder Arbeitsverweigerung; sie waren deswegen ins Konzentrationslager eingeliefert worden. Diese Kriegsgefangenen waren interniert, weil sie diese Straftaten begangen hatten. Zu dieser Zeit waren es nur Gefangene von der Ostfront, nämlich Polen und Russen. Ich bin darauf hingewiesen worden, daß der Krieg in Rußland erst im Juni 1941 angefangen hat, wohingegen ich von da im April 1941 weggegangen bin, wenn das so ist, muß ich das mit Auschwitz verwechselt haben. Ich war da (in Dachau) nur zu einer Art Ausbildung und hatte mit der Organisation des Lagerbereichs sehr wenig zu tun. Ich kann mich an

keinen Gefangenenausbruch erinnern. Auch die Sterberate weiß ich nicht mehr, weil das nichts mit mir zu tun hatte, aber ich weiß, daß es ein sehr gutes Lager war.
Da war eine Möbelfabrik und Häftlinge arbeiteten darin als Zimmerleute und Tischler, auch als Schneider und Schuster. In Ausnahmefällen durften Häftlinge auch außerhalb des Lagers arbeiten wie beispielsweise als Gärtner. Solange ich dort war, gab es etwa vierzig bis fünfzig Mann Neuzugänge pro Woche. Es gab wenig Verlegungen und sehr wenig Entlassungen. Die Häftlinge kamen von der Gestapo in München. Von der Lagerverwaltung organisierte Gruppen, die das Lager besuchten und darin herumgingen, waren eine regelmäßige Erscheinung und zwar etwa zwei oder dreimal die Woche. Diese Gruppen wurden meistens aus prominenten Gästen aus dem Ausland gebildet, Staatsmännern sowie Politikern aus mit Deutschland verbündeten Ländern. Hohe deutsche Beamte sind niemals in dem Lager gewesen.

Natzweiler: April 1941 bis 10. oder 15. Mai 1944, Meine Stellung in Natzweiler war Lagerführer und im Oktober 1942 wurde ich zum Lagerkommandanten ernannt. Vor dieser Ernennung war ich zum Hauptsturmführer befördert worden. Als ich in das Lager kam, war der Kommandant Sturmbannführer Hüttig. Für die Lagerverwaltung war Obersturmführer Faschingbauer verantwortlich. Der Lagerarzt war Obersturmführer Eiserle. Chef der Wachkompanie war Obersturmführer Peter. Das Verwaltungspersonal bestand am Anfang aus 20 und am Ende aus 70 bis 75 Mann. Das Lager ist sehr klein. Als ich dahinkam, waren noch keine Häftlinge da, weil das Lager gerade gebaut worden war. Als ich im Mai 1944 wegging, waren dort 2.500 bis 3.000 Häftlinge, bestehend aus den drei üblichen Kategorien: Politische, Asoziale, Kriminelle, und später polnische und russische Kriegsgefangene, die kleinere Straftaten begangen, zu fliehen versucht oder die Arbeit verweigert hatten. Es waren dort auch einige 100 Häftlinge aus Luxemburg. Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, ob da auch französische Gefangene waren oder nicht. Die Häftlinge kamen mit ihren Papieren an, auf denen ihre Nationalität stand, an Einzelheiten kann ich mich aber nicht erinnern, weil ich die Papiere nicht selbst durchgegangen bin. Keiner dieser Leute kam direkt in das Lager; sie alle kamen aus anderen Konzentrationslagern. Ich kann daher nicht sagen, weswegen sie ins Lager kamen, aber soweit ich weiß, gehörten sie alle zu den bereits beschriebenen drei Kategorien.
Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, daß Häftlinge für Experimente an einen Arzt in Straßburg ausgeliehen worden sein sollen. Ich erinnere mich nicht an Professor Pickard in Straßburg. Es ist völlig unmöglich, daß Versuche irgendwelcher Art an Häftlingen ohne mein Wissen vorgenommen worden sind, denn in meinen beiden Positionen als Lagerführer und später als Lagerkommandant hätte ich das wissen müssen. Obergruppenführer Glücks vom Ministerium in Berlin kam zweimal am Anfang zur Inspektion ins Lager, einmal im Sommer 1941 und einmal im Frühjahr 1942. Der Besuch von Gruppenführer Pohl fand Ende April oder Anfang Mai 1944 statt. Das einzige, wonach Glücks fragte, war, wieviel poli-

tische und wie viele Asoziale im Lager wären. Ausländer galten als politische Häftlinge. Er hat nicht nach ihrer Nationalität gefragt. Von britischen Gefangenen, die dort gewesen sein sollen, weiß ich nichts. Ich habe niemals ein Dokument gesehen, das die Nationalität irgendeines Häftlings als britisch auswies.
Im Lager waren 15 Holzbaracken und in jeder bis zu 250 Insassen. Das Lager lag oben auf dem Hügel und mein Büro stand an der Lagergrenze. Ich wohnte am Fuß des Hügels mit meiner Familie. Die Offiziere waren alle verheiratet und wohnten mit ihren Familien im Dorf. An einen Wechsel im Personal kann ich mich erinnern; Obersturmführer Peter, der die Wachkompanie befehligte, wurde versetzt und von einem Obersturmführer Namens Meier abgelöst. Ich kenne keinen der Rottenführer, die dort waren. In dem Lager war ein Krematorium. Die Sterberate hing von der Jahreszeit ab. In der guten Jahreszeit waren es 7 bis 8 Sterbefälle pro Woche und in der schlechten 15 bis 18. Sie alle starben eines natürlichen Todes. Der gleiche Vorgang, wie bereits beschrieben, vollzog sich dann, nämlich die Angehörigen und die Dienststelle, die sie ins Lager eingewiesen hatte, zu benachrichtigen.
Es war dort nur ein Lagerarzt (Obersturmführer Eiserle), und vier oder fünf Krankenpfleger (Deutsche). Es gab Ärzte und Medizinstudenten unter den Häftlingen, die dem Lagerarzt zur Hand gingen. Viele Menschen von über 50 Jahren starben an natürlichen Ursachen, wie Herzkrankheiten. Im Vergleich zu anderen Lagern war die Sterberate in diesem Lager sehr niedrig. Ich pflegte ins Arbeitszimmer des Doktors zu gehen, und er erklärte mir verschiedene Dinge, wie beispielsweise die Versorgung mit Medikamenten, die er hatte, aber da das alles in Latein war, wußte ich nicht wirklich, um was es sich handelte. Er hat sich nie über Mangel an Medikamenten beklagt. Zwei Baracken etwas abseits dienten als Krankenbau, eine für Leute, die nur schwach waren, und die andere als regelrechter Krankenbau. In diesem letzteren standen 60 bis 75 Betten. Der Arzt verfügte über Einrichtungen zur Durchführung kleinerer Operationen, aber nicht für große Eingriffe. Für diese wurden die Patienten nach Straßburg geschickt. Es wurde ein Dokument unterschrieben, wenn eine Person dort hinkam, und wiederum unterschrieben, wenn sie zurückkam, und die Todesfälle wurden im Lagerbuch eingetragen.
Als ich dort war, passierten 20 bis 25 Gefangenenausbrüche und zehn der Häftlinge, die zu fliehen versuchten, wurden erschossen. Acht oder neun wurden wieder eingefangen und zurückgebracht und die übrigen entkamen. Die acht oder neun, die wieder eingefangen worden waren, erhielten je nach Alter und Gesundheitszustand 14 bis 21 Tage Haft. In vier oder fünf Fälle aus zwanzig wurden sie entweder ausgepeitscht oder verprügelt. In jedem Einzefall erhielt der Schuldige 10 oder 15 Schläge. Dieses wurde vom Lagerführer überwacht und auch vom Lagerartz. Als ich noch Lagerführer war, machte ich die Aufsicht selbst. Ganz allgemein gesagt, wenn körperliche Züchtigung vorgenommen wurde, so schwankte die Zahl der Schläge zwischen 5 und 25. Die Zahl war in dem von Berlin stammenden Befehl festgelegt.Fünfundzwanzig waren das Maximum. Der Artz mußte zugegen sein, wenn körperliche Züchtigung vorge-

nommen wurde. Ich kann mich nicht erinnern, daß ein Häftling diese Prügelstrafe nicht ausgehalten habe und ohmächtig geworden sei. Wenn solch ein Fall vorgekommen wäre, hätte der Arzt die Aufgabe gehabt, einzugreifen, darum war er ja dabei. Die Strafe wurde mit gewöhnlichen Holzstöcken ausgeführt, 90 bis 120 cm lang und ungefähr so dick wie mein Daumen. Die Stöcke wurden aus festem Holz geschnitten, wie man sie in den Wäldern um das Lager findet. Die Bestrafung wurde von einem anderen Häftling ausgeführt, der nach Belieben ausgewählt wurde, und zwar auf folgende Weise : der Häftling mußte sich über einen Tisch beugen und die Schläge wurden ihm auf sein Hinterteil gegeben, ohne daß er sich vorher entblößen mußte. Ich habe nie Schwierigkeiten mit Häftlingen gehabt, die diese Prügelstrafe vornehmen mußten. Sie erhielten den Befehl dazu und den befolgten sie. Hätten sie sich geweigert, hätte ich sie für diese Weigerung nicht bestrafen können. Der Befehl aus Berlin lautete, daß so und so viel Schläge von einem anderen Häftling ausgeteilt werden sollten, aber der Befehl sagte nichts darüber, was zu tun war, wenn die Häftlinge sich geweigert hätten, einen ihrer Mithäftlinge zu prügeln.
Es gab keine festgelegten Regeln, für welche Vergehen die Prügelstrafe verhängt werden konnte. Es oblag dem Kommandanten, in Berlin die Erlaubnis zur Prügelstrafe zu beantragen. Aus dem Antrag mußte hervorgehen, welche Art von Vergehen der Häftling begangen hatte und welche Strafen er für vorhergehende Taten bereits erhalten hatte. Dieses Schreiben mußte vom Kommandanten unterzeichnet werden. Die Art der Vergehen, für die ich die Prügelstrafe in Berlin zu beantragen pflegte, war wie folgt: „Dieser Häftling hat bereits drei- oder viermal Lebensmittel von seinen Mithäftlingen gestohlen" oder wegen Unordentlichkeit oder Ungehorsam oder Angriff gegen seine Wache. Das erste, was passierte, wenn jemand aus dem Lager ausgebrochen war und zurückgebracht wurde, war, daß die Kriminalvernehmungsbteilung untersuchte, ob er irgendetwas verbrochen hatte, während er auf freiem Fuß war; dann wurde er ohne jede Verhandlung dem Kommandanten vorgeführt, und der Kommandant ordnete Bestrafung an. Jeder Mann, der zu fliehen versucht hatte, wurde nach Berlin gemeldet, auch mußte berichtet werden, wann er wieder eingefangen war. Der Kommandant konnte ihm 21 Tage Haft auferlegen, ohne bei einer höheren Dienststelle anzufragen, aber Prügelstrafe konnte er nur mit Genehmigung Berlins erteilen. Jedes Mitglied der Wache war mit einem Gewehr bewaffnet und auf den Wachtürmen standen Maschinengewehre. Peitschen und Stöcke waren verboten. Die Wachen trugen einfach nur Gewehre.
Sobald Häftlinge in einer geschlossenen Gruppe ankamen, wurden sie alle in dem gleichen Block untergebracht. Schließlich wurden sie in drei Gruppen aussortiert: Politische, Asoziale und Kriminelle, aber niemals nach Nationalitäten. Es gab in diesem Punkt keine strengen Regeln, aber das entwickelte sich so im Lauf der Zeit. Die drei oben erwähnten Kategorien wurden nur in ihren Unterkünften voneinander getrennt gehalten. Sie arbeiteten zusammen, aßen zusammen und konnten miteinander sprechen. Am Anfang arbeiteten die Häftlinge nur im Lager selbst. Später machten wir einen nahegelegenen Steinbruch auf. Eine andere

Arbeit war, Flugzeugmotoren auseinanderzunehmen und Teile zu reparieren, die wieder verwendet werden konnten. Fünfzehn bis zwanzig Häftlinge wurden entlassen, während ich dort war. Der Befehl zur Entlassung kam aus Berlin. Ich weiß nicht, warum der Befehl erteilt wurde. Sie waren alle politische Häftlinge und deutscher Nationalität.

Das Lager war mit Stacheldraht eingezäunt - 3 m hoch. An den jeweiligen Ecken standen Türme mit Maschinengewehren. Da war eine Reihe Stacheldraht, wo die Wachen patrouillierten und dann ein weiterer Stacheldrahtzaun. Der Stacheldraht stand im Anfang nicht unter Strom, weil es keinen Strom gab, aber später, als Strom da war, wurde der Zaun unter Strom gesetzt, im Frühjahr 1943. Damals war ich Kommandant. Zwei Monate bevor ich abgelöst wurde, kamen acht oder neun Hunde, die zur Wachbegleitung eingesetzt wurden. Sie wurden hauptsächlich im Steinbruch verwendet, um die Häftlinge am Entkommen zu hindern. Diese wurden von den Wachen beaufsichtigt. Ich erinnere mich an zwei Vorfälle, wo die Häftlinge versuchten, aus dem Steinbruch zu fliehen, aber ich weiß nicht mehr, ob sie erschossen wurden. In meinen ganzen drei Jahren hatte ich dort nur zwei Erschießungen im Steinbruch. Die anderen acht Häftlinge, die zu fliehen versuchten und die ich bereits erwähnt habe, versuchten aus dem Lager zu entweichen und nicht aus dem Steinbruch.

Die einzige Erhängung, die stattfand, war im Sommer 1943 und geschah auf Weisungen aus Berlin. Zwei Gestapobeamte brachten einen Häftling ins Lager und zeigten mir einen Befehl, unterzeichnet von jemandem in Berlin, worin stand, daß dieser Mann in mein Lager einzuliefern und zu hängen sei. Ich weiß nicht mehr, wer den Befehl unterzeichnet hatte, Ich teilte daher zwei Häftlinge dazu ein, die Exekution durchzuführen. Es wurde ein Gerüst im Lager aufgerichtet und die Erhängung fand in meiner Gegenwart statt. Die dabei Anwesenden waren: der Lagerarzt (Obersturmführer Eiserle), der hinterher bestätigte, daß der Tod durch Erhängen eingetreten war, die beiden Gestapobeamten, die den Häftling gebracht hatten, die beiden Häftlinge, die die Exekution durchführten und ich. Ich kann mich des Namens des Häftlings nicht erinnern; ich glaube, seine Nationalität war russisch. Ich weiß seinen Namen nicht mehr, weil er niemals in meinen Büchern erschien. Er war nur ausgeliefert worden, um gehängt zu werden. Es ist völlig unmöglich, daß irgendwelche anderen Exekutionen stattgefunden haben, solange ich Kommandant war. Die anderen Häftlinge des Lagers sind zu dieser Erhängung nicht angetreten. Keine befohlenen bzw. genehmigten Erschießungen oder irgendwelche anderen Exekutionen haben auf Weisungen aus Berlin im Lager stattgefunden. Ich habe niemals von irgendwelchen besonderen, engen Zellen gehört, in denen Männer an ihren Armen aufgehängt worden sein sollen. Es gab keine besonderen Gebäude für Häftlinge, die unter Arrest standen, und auch keine Zellen für Einzelhaft. Es ist ganz unmöglich, daß eine Exekution durch Aufhängen der Männer an ihren Armen ohne mein Wissen durchgeführt wurde. Das einzige Gefängnis, das wir hatten, war ein Block, der von den übrigen durch Stacheldraht abgesondert war, und dieser wurde benutzt für Leute, die die Lagerdisziplin übertreten hatten.

Alle Häftlinge in diesem Lager waren Männer. Ich habe niemals von einem Häftling Namens Fritz Knoll in diesem Lager gehört. Er war kein Vorarbeiter, aber vielleicht einer der Häftlinge. Ich kann mich an seinen Namen nicht erinnern. Wenn jemand aus einer Arbeitsgruppe gestorben war, dann wäre das dem Büro gemeldet worden und das Büro hätte es mir gemeldet, aber ich kann mich an einen solchen Fall nicht erinnern, daß der vorgekommen ist. Jede Einzelheit von einem Häftling, der bei der Arbeit oder auf Grund irgendeiner anderen Ursache gestorben ist, mußte dem Büro gemeldet werden, vom Büro ging die Meldung an den Kriminaluntersuchungsbeamten und von dem zum Kommandanten. Mein Kommando und meine Kontrolle über alle Vorgänge im Lager Natzweiler war so lückenlos und mein Stab hatte so klare Anweisungen, daß die Exekution eines Häftlings ohne mein Wissen, in der Zeit, als ich Kommandant war, eine ausgesprochene Unmöglichkeit war.
Nur dem Personal der SS war es gestattet, die Lager zu inspizieren. Niemand anders durfte sich dem Lager auch nur nähern. Dazu gehörten auch Offiziere der Wehrmacht, denen es verboten war, irgendein Konzentrationslager zu betreten. Man konnte in ein Konzentrationslager nur mit einem Erlaubnisschein vom SS-Generalkommando in Berlin gelangen. Auch SD Personal durfte das Lager ohne Erlaubnis von Berlin nicht betreten. Mit Ausnahme des Gruppenführers Glücks, der vom Ministerium in Berlin kam, und des Obergruppenführers Pohl, hat niemand in den zwei Jahren das Lager besucht, in denen ich das Lager befehligte. Abgesehen von diesen Besuchen brauchte ich niemandem Rede und Antwort zu stehen, außer schriftlich nach Berlin. Ich kann mich an keine Einzelheiten des Besuchs von Obergruppenführer Pohl Anfang Mai 1944 erinnern. Er kam, um das Lager zu inspizieren und hat sich alles genau angesehen.
In der Zeit, als ich Lagerführer war, bekam ich das Kriegsverdienstkreuz (2. Klasse) im Frühjahr 1943. Es bestand kein sonderlicher Anlaß für diese Auszeichnung. Es war lediglich dafür, daß ich zwei Jahre Lagerführer in diesem Lager war. Ich wurde für diese Auszeichnung vom Kommandanten vorgeschlagen. Auch erhielt ich das Kriegsverdienstkreuz (1. Klasse), das mir im Januar 1945 verliehen wurde. Während dieser ganzen Zeit in Natzweiler bin ich für das Lager verantwortlich gewesen. Als ich wegging, übergab ich meinem Nachfolger. Er war Sturmbannführer Hartjenstein. Die Übergabe erfolgte in meinem Büro und ich übergab ihm das ganze Lager. Die Lagerbücher wurden meinem Nachfolger nicht formell übergeben, sie wurden nicht erwähnt.

Auschwitz: 10. bis 15. Mai 1944 bis 29. November 1944. Auschwitz war ein ungeheuer großes Lager, wozu noch viele kleinere Lager in der Umgebung gehörten. Da die Verantwortlichkeit für das ganze Lager nicht von nur einem Mann getragen werden konnte, wurde sie geteilt und mir wurde ein Teil des Lagers übertragen. Ich war der Kommandant dieses Teils, doch da ich unter dem Befehl des obersten Kommandanten des Lagers stand, der mein Vorgesetzter war, waren meine Aufgaben die eines Lagerführers, obwohl meine Dienststellung Kommandant genannt wurde. Ich hatte in meinem Teil des Lagers das Krankenhaus und

das Landwirtschaftslager unter mir, das ein enorm großes Lager war und viele tausend Hektar umfaßte *(Kramers Übers. schreibt „acres", ein angelsächsisches Flächenmaß; 1 ha = 2,47 acres; 1 ha = 10.000 qm.d.Ü.).* Die Zahl der Häftlinge unter meinem unmittelbaren Befehl schwankte zwischen 15.000 und 16.000 und 35.000 und 40.000, sie umfaßte Männer und Frauen. Es gab zwischen 350 und 500 Todesfälle pro Woche. Unter den Männern war die Sterberate höher; der Grund war, daß die Neuankünfte aus dem Arbeitslager hauptsächlich aus kranken Leuten bestanden. Wenn ich von der Sterberate in Auschwitz spreche, so meine ich, daß alle diese Leute an natürlichen Ursachen gestorben waren, das heißt, an Krankheit oder wegen des Alters. Die Sterberate lag etwas über dem Normalstand, was an der Tatsache lag, daß ich ein Lager mit Kranken hatte, die aus anderen Teilen des Lagers kamen. Der einzige Grund, den ich als Ursache der höheren Sterberate ansehe, nicht nur in Auschwitz, sondern in allen Konzentrationslagern im Vergleich zu Zivilgefängnissen, war der, daß die Häftlinge arbeiten mußten, wohingegen sie in Zivilgefängnissen nicht zu arbeiten brauchten.
In Auschwitz gingen die Häftlinge im Sommer morgens um 5 Uhr zur Arbeit hinaus und sie kamen abends um 8 Uhr, manchmal auch später zurück. Sie arbeiteten sieben Tage in der Woche, aber sonntags kamen sie um 1, 2 oder 3 Uhr nachmittags zurück. Ihre Arbeit war landwirtschaftlicher Art und alle dort vorkommenden Arbeiten wurden von den Häftlingen getan. Das ganze Lager bestand aus 90.000 bis 100.000 Häftlingen, aber das ist nur eine grobe Schätzung. Mein vorgesetzter Offizier und Kommandant des ganzen Lagers war Obersturmbannführer Höß. Im Lager waren Männer, Frauen und Kinder. Die Mehrheit der unter meinem Befehl stehenden Häftlinge stammte aus dem Osten, d.h. Polen und Russen. Ich habe keinen Anlaß zu glauben, daß Kriegsgefangene darunter waren, obwohl es doch sein könnte, daß ich das gar nicht erfuhr. Soweit ich mich erinnere, waren keine britischen Internierten dort. Ich glaube, die britischen Gefangenen waren im Konzentrationslager Sachsenhausen und in einem anderen Lager in der Nähe Hamburgs, das Neuengamme hieß. Es ist möglich, daß einige Franzosen in meinem Lager waren, aber dessen bin ich nicht sicher. Wir hatten mehr weibliche als männliche Häftlinge.
Ich hatte drei SS Kompanien als Lagerwache unter mir. Einige der Wachen waren Männer der Waffen-SS und da waren auch bei der SS angestellte Frauen als Aufseherinnen. Die männlichen und weiblichen Häftlinge, die außerhalb des Lagers in der Landwirtschaft arbeiteten, wurden unterschiedslos von Männern bewacht. Die Aufseherinnen bewachten nur die Häftlinge innerhalb des Lagerkomplexes. Für das ganze Lager standen etwa 10 biz 14 Ärzte zur Verfügung, von denen zwei für meinen besonderen Abschnitt des Lagers abgestellt waren. In jedem Abschnitt des Lagers gab es einen Krankenbau, aber der größte davon stand in meinem Abschnitt. Ich kann nicht mehr genau sagen, wie viele Betten im Krankenbau standen; dieses hing davon ab, wie dicht man die Betten zusammenstellen konnte.
Häftlinge waren in Holzbaracken mit drei Betten übereinander untergebracht. Die Männer waren von den Frauen getrennt und die Kinder waren bei ihren

Müttern. Verheiratete wurden auch getrennt. Es gab insgesamt 150 Gebäude, Männer- und Frauenlager zusammen; etwa 80 oder 90 waren für die Krankenreviere. Das Lager war erst im Aufbau begriffen und es war geplant, es beträchtlich zu erweitern.
Alle Häftlinge, die dort starben, wurden eingeäschert. Es fand keinerlei Art von Einsegnung statt, wenn sie starben. Sie wurden direkt verbrannt. Die Einäscherungen wurden von Häftlingen durchgeführt. Alles, was ich zu tun hatte, wenn ein Häftling gestorben war, war, Obersturmführer Höß zu benachrichtigen, und er befaßte sich dann mit dem Fall. Ich hatte keine Verwaltungstätigkeit in Auschwitz. Alle Häftlinge waren nur durch ihre Nummern bekannt. Ich hatte nichts mit Strafzumessung in Auschwitz zu tun; das wurde alles durch Höß veranlaßt. Als ich nach Auschwitz kam, gab es keine körperliche Bestrafung für Frauen, aber ich habe es sagen hören und es wurde darüber im Lager gesprochen, daß es Prügelstrafen für Frauen gegeben hätte und daß das unterbunden worden ist. Die einzige Art, in der ich darüber unterrichtet wurde, daß Prügelstrafe für Frauen nicht erlaubt war, geschah durch die Unterhaltung im Lager, worauf ich schon hingewiesen habe. Ich weiß nicht mehr, mit wem ich dieses Gespräch geführt habe. Wenn ein Fall vorgekommen wäre, in dem eine Frau etwas begangen hätte, wofür ein Mann verprügelt worden wäre, dann hätte ich die Aufseherinnen darauf hingewiesen, daß Prügelstrafe bei Frauen nicht angewendet werden dürfe. Die einzige Kompetenz, auf die ich mich dabei berufen konnte, war das Gespräch kurz nach meiner Ankunft. Selbst wenn Prügelstrafe für Frauen zugelassen worden wäre, so hätte ich das niemals in die Praxis umgesetzt, weil so etwas für mich undenkbar ist. Die Strafe für Frauen, wenn sie eine der Taten begangen hätten, wofür Männer verprügelt wurden, war, daß sie in eine andere Arbeitsgruppe versetzt wurden, wo sie schmutzigere Arbeit verrichten oder länger arbeiten mußten.
Wenn ein Gesuch für Arbeitskräfte aus Berlin kam, mußten die Häftlinge vor dem Arzt antreten. Ich bin sehr oft dabei gewesen, aber nicht immer. Die Prüfung fand statt, indem die Häftlinge angekleidet an dem Doktor einzeln vorbeigingen. Danach wurde entschieden, ob ein Mann oder eine Frau kräftig genug waren, um zur Arbeit geschickt zu werden. Wenn jedoch jemand untersucht werden mußte, um festzustellen, ob er eine Prügelstrafe durchhalten würde, dann wurde eine richtige ärztliche Untersuchung durchgeführt. Der Grund, warum keine richtige ärztliche Untersuchung im Fall einer Arbeitszuteilung vorgenommen wurde, war der, daß die Gesuche in die Tausende gingen und der Arzt tagelang damit beschäftigt gewesen wäre. Diese Methode, Leute zur Arbeit auszusuchen, war die normale Methode, wie sie in allen Lagern angewandt worden ist. Darin lag nichts Ungewöhnliches.
Es sind vier oder fünf Fälle vorgekommen, in denen Fluchtversuche unternommen wurden, während ich dort war. Diese Versuche wurden einzeln unternommen. Einige der Häftlinge sind entkommen. In meinem Lagerabschnitt sind keine Häftlinge bei Fluchtversuchen erschossen worden. Keine Häftlinge sind ausgepeitscht worden; es gab keine Exekutionen, Erschießungen oder Erhängungen

in meinem Abschnitt. Ich bin oft auf Inspektion durchs Lager gegangen. Allein der Doktor war zuständig für die Bescheinigung der Todesursache, wenn ein Häftling gestorben war. Die Ärzte wechselten ständig. Einer dieser Ärzte war Hauptsturmführer Mengele. Ich nahm Untersuchungen an den Körpern von Leuten vor, die an natürlichen Ursachen gestorben waren, und das in meiner Stellung als Kommandant, wenn ich das Lager inspizierte. Wer immer am Tage gestorben war, wurde in ein Sondergebäude verbracht, genannt Leichenkammer, und dann am Abend auf einer Lore zum Krematorium gefahren. Die Leichen wurden von Häftlingen auf die Loren getragen und wieder abgeladen. Die Häftlinge zogen die Leichen im Krematorium aus, bevor diese verbrannt wurden. Die Kleidungsstücke wurden gereinigt und wieder ausgegeben, wenn die Leute nicht an Infektionskrankheiten gestorben waren. Während meiner Inspektionsgänge habe ich niemals Häftlinge gesehen, die durch physische Gewalt gestorben waren. Wenn ein Häftling gestorben war, mußte ein Arzt die Zeit des Todes, die Ursache und die Einzelheiten der Erkrankung bescheinigen. Ein Doktor stellte einen Sterbeschein aus und sandte diesen an die Verwaltungszentrale des Lagers. Diese Sterbescheine gingen nicht durch meine Hände. Die beiden Ärzte unternahmen alle Anstrengungen, um die Häftlinge am Leben zu erhalten. Medikamente und Kräftigungsmittel wurden verabreicht. Zwei verschiedene Ärzte übernahmen jeden Tag die Aufsicht über meinen Lagerabschnitt. An einen erinnere ich mich sehr gut, er war die längste Zeit in meinem besonderen Lagerabschnitt und hatte auch schon unter meinem Vorgänger Hartjenstein gewirkt. Ich weiß nicht, wie lange er schon dagewesen war. Sein Name war Hauptsturmführer Mengele, wie bereits erwähnt.
Der Lagerdrahtzaun stand unter Strom und Hunde wurden nur außerbalb des Lagerkomplexes mitgenommen, um die Häftlinge zu beaufsichtigen, die landwirtschaftliche Arbeiten verrichteten. Es ist mir niemals gemeldet worden, daß Häftlinge wegen Hundebissen behandelt werden mußten. In den Lagern gab es keine Vernehmungen und ich habe überhaupt niemals eine Vernehmung durchgeführt, als ich Kommandant war. Manchmal habe ich Leute zur Vernehmung zum Kriminaluntersuchungsbeamten hingeschickt; in diesem Fall gingen sie zum Zentralverwaltungsbüro und wurden nach der Vernehmung zurückgebracht, wenn diese beendet war. Ich weiß nicht, wer die Vernehmungen durchführte. Ich habe von den Behauptungen ehemaliger Auschwitzhäftlinge gehört, die was von Gaskammern dort sagten, Massenerschießungen und Auspeitschungen, von der Grausamkeit der dort eingesetzten Wachen, und daß dies alles entweder in meiner Gegenwart oder mit meinem Wissen geschehen sei. Alles was ich dazu sagen kann, ist, daß es von Anfang bis Ende unwahr ist.

Reisen: 1.Dezember 1944 bis 15 April 1945. Am 29. November fuhr ich nach Berlin-Oranienburg, um mich bei Gruppenführer Glücks zu melden. Seine Stellung war Chef der Amtsgruppe D, was bedeutet, daß er der zuständige Offizier für die Organisation aller Konzentrationslager im Reich war. Er unterstand Obergruppenführer Pohl, der Chef des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der

SS war (Leiter der Verwaltungsabteilung der SS im Ministerium), das ist gleichbedeutend mit einem General der Wehrmacht. Er sagte zu mir: „Kramer, Sie gehen als Kommandant nach Belsen. In Belsen sind zur Zeit viele jüdische Häftlinge, die möglicherweise ausgetauscht werden." Erst später, als ich in Belsen war, erfuhr ich, daß diese jüdischen Häftlinge gegen Deutsche im Ausland ausgetauscht werden sollten. Der erste Austausch fand zwischen dem 5. und 15. Dezember 1944 statt und wurde unter persönlicher Aufsicht eines Beamten durchgeführt, der zu dem Zweck aus Berlin gekommen war. Ich weiß seinen Namen nicht mehr. Sein Titel war Regierungsrat. Im ersten Transport befanden sich ungefähr 1.300 bis 1.400 Häftlinge. Glücks sagte während unseres Gespräches in Berlin zu mir: „Es ist beabsichtigt, Belsen in ein Lager für kranke Häftlinge umzuwandeln. Dieses Lager soll alle kranken Häftlinge und Internierten aus allen Lagern in Nord- und Nordwest-Deutschland aufnehmen, und auch alle kranken Personen unter diesen Häftlingen, die entweder in Firmen oder in Industieunternehmen arbeiten". Er bezog sich auf Arbeitseinsatzstellen, was sich auf die Häftlinge bezieht, die Landwirten oder Industriefirmen, Kohlenbergwerken und den Steinbrüchen zur Arbeit zugeteilt waren und für die innerhalb der jeweiligen Arbeitsstätten Sonderlager eingerichtet worden waren. Verantwortlich für die Ernährung und Unterbringung sind allein die jeweiligen Arbeitgeber. Zuständig für die Verwaltung blieben die jeweiligen Stammlager. Er sagte: „Es gibt eine beträchtliche Zahl von Häftlingen, die für Industriefirmen arbeiten und krank oder physisch ungeeignet für die ihnen zugeteilte Arbeit sind. Alle die Häftlinge sollen im Lager Belsen zusammengezogen werden. Das bürdet den betreffenden Firmen unnötige Schwierigkeiten auf, und daher müssen diese Häftlinge verlegt werden. Welche Häftlinge und wie viele Belsen eventuell fassen kann, kann ich Ihnen im Moment nicht sagen, weil das erst des weiteren ausgearbeitet werden muß. Allgemeine Regel soll sein, daß jeder Häftling, der wegen Krankheit länger als 10 oder 14 Tage von der Arbeit wegbleibt, nach Belsen verlegt werden soll. Wenn und wann sich diese Häftlinge in Belsen erholt haben, werden sie zu neuen Gruppen aufgestellt und zu neuen Arbeiten ausgeschickt oder an ihre alten Arbeitsplätze verbracht, was eben dann praktischer ist. Wie Sie sehen, ist das eine sehr große Aufgabe für Sie. Ich schlage vor, Sie fahren jetzt nach Belsen, um sich das Lager anzusehen und auch herauszufinden, wie Sie zurechtkommen. Wenn Sie Unterstützung brauchen, können Sie entweder wieder nach Berlin kommen oder schreiben".

Hiermit war die Arbeitsbesprechung zu Ende. Glücks fragte mich dann, wie es meiner Frau und meinen Kindern gehe, und ich erkundigte mich nach dem Befinden seiner Familie. Auch fragte ich, ob es möglich sei, daß ich, wenn ich Belsen übernähme, meine Familie mitnehmen könne. Er sagte mir, ich müsse nach Belsen gehen und es mir ansehen. Wenn ich eine geeignete Behausung fände, sollte ich ihm schreiben und er würde den Umzug meines Haushalts genehmigen. Diese Unterredung fand zwischen Gruppenführer Glücks und mir statt, es war niemand anders anwesend. Dieses waren die einzigen Weisungen, die ich erhielt, und ich habe nicht nach mehr gefragt. Ich glaube nicht, daß ich

noch mehr Weisungen brauchte und war ganz zufrieden mit meinen Befehlen. Nach dem Gespräch mit Glücks sprach ich noch mit drei Offizieren, die ich persönlich kannte. Es waren: Standartenführer Maurer (er war zuständig für die Zuteilung von Häftlingen für Lager und Arbeit); Hauptsturmführer Sommer (er arbeitete in Maurers Abteilung); und Sturmbannführer Burger (er war der Mann, der die Aufsicht über die Verwaltungen in den verschiedenen Konzentrationslagern führte). Ich habe mit keinem der drei oben erwähnten Personen über dienstliche Dinge gesprochen. Es waren Freunde von mir, und da ich gerade im Haus war, ging ich in ihre Büros, um Guten Tag zu sagen. Der führende Arzt war ein Standartenführer Dr. Lolling. Er war der zuständige Amtsarzt für alle Konzentrationslager. Ich kann mich an keine Namen anderer Leute erinnern, aber ich erinnere mich an diese Namen, weil sie entweder die Lager aufsuchten oder ich sah ihre Namen auf verschiedenen Schreiben aus dem Ministerium.
Ich fuhr dann nach Belsen, wo ich von Obersturmführer Schaaf empfangen wurde. Er war der für die Verwaltung zuständige Offizier. Am nächsten Morgen ging ich ins Büro und lernte Sturmbannführer Haas, den Kommandanten kennen, welcher wußte, daß ich aus Berlin kam, um das ganze Lager Belsen zu übernehmen. Ich fragte ihn, wie viele Insassen im Lager seien und er sagte „Grob gerechnet 15.000". Er sagte, es habe keinen Sinn, die Dinge im Büro zu besprechen und schlug einen Rundgang durch das Lager vor. Bei diesem Rundgang wies er auf Veränderungen und Verbesserungen hin, die er noch vornehmen lassen wollte. Das Lager war ungefähr 1,5 km lang und zwischen 300 und 350 m breit. Es standen da ungefähr 60 Baracken, Unterkünfte für Wachen und Lager eingeschlossen; 40 bis 45 dienten zur Unterbringung der Häftlinge. Die Häftlinge bestanden aus Männern, Frauen und Kindern; Familien durften zusammenwohnen; ansonsten waren Männer von Frauen getrennt. Sechs Gebäude im Männerlager, drei im Familienlager und zwei im Frauenlager dienten als Krankenbau. Ein Krematorium stand im Lager.
Ich weiß nicht, welcher Nationalität die Häftlinge angehörten, als ich dort anfing, weil es im Lager weder Akten noch sonstige Unterlagen gab. Es war mir unmöglich, herauszufinden, mit weicher Art Häftlingen ich es zu tun hatte, da sie alle nach Belsen geschickt wurden, weil sie krank waren, und zwar von allen Konzentrationslagern im Lande. Viele von ihnen hatten ihre Kennkarten bzw. Personalausweise verloren und da keine Akten vorhanden waren, muß es als absolut unmöglich gelten, zu sagen, wer wer war. Ich fing an, meine eigenen Unterlagen über die Häftlinge zusammenzustellen, aber diese Akten wurden alle auf Befehle hin vernichtet, die ich etwa Ende März 1945 aus Berlin erhielt. Ich weiß nicht mehr, wer diese Befehle unterzeichnet hatte.
Das Personal bestand aus einer SS Wachkompanie. Chef der Kompanie war Hauptscharführer Meyer. Er kam von irgendwo aus der Umgebung Hannovers. Er war mittelgroß, etwa 1,70, trug eine Brille, hatte kaum noch Haare und war ungefähr 50 Jahre alt. Dann war da Hauptsturmführer Vogler. Er war der Chef der Verwaltung, der von Schaaf übernommen hatte, den ich bereits als Chef der Verwaltung bei meiner Ankunft erwähnt habe. Der Offizier für die Kriminal-

abteilung war Untersturmführer Frericks. Der Lagerführer (Obersturmführer Stresse) wurde wenige Tage nach meinem Dienstantritt versetzt, und ich war über zwei Monate lange ohne einen Lagerführer und mußte die Arbeit alle allein machen mit nur einem Offiziersanwärter als Assistent, dessen Stellung Rapportführer war; es war Oberscharführer Reddhaser. Lagerarzt war Sturmbannführer Schnabel. Ein Hauptscharführer wirkte als Zahnarzt. Er ist später zum Untersturmführer befördert worden. Sein Name war Linsmeier. Weitere Offiziere waren dort nicht und ich hatte keinen Adjutanten. Sechzig bis siebzig Offiziersanwärter waren da, von denen 20 bis 25 Dienst in der SS-Wachkompanie taten und die anderen arbeiteten in der Verwaltung. Einer der Offiziere war Schreiber beim Verwaltungsoffizier. Es war Unterscharführer Kuckerts. Da war noch ein älterer SS-Mann in meinem Büro; sein Name war Unterscharführer Rang. Er machte Dienst als Untersturmführer und Adjutant. Andere, an die ich mich erinnere, waren Oberscharführer Hilmer (in der Verwaltung) Unterscharführer Lademacher (auch in der Verwaltung); Unterscharführer Wille (Verwaltung); und Unterscharführer Müller, dem das Lebensmittellager unterstand. Als ich Belsen übernahm, waren dort sechs Offiziere, ich eingeschlossen. Ich hatte keine Längergedienten. Als ich übernahm, gehörten noch drei Frauen zum Personal. An ihre Namen kann ich mich im Augenblick nicht besinnen.
Die Sterberate betrug bei meinem Dienstantritt 40 bis 60 pro Woche. Als ich im Lager ankam, mußte mir der Lagerführer Meldung machen und sagte: „Es sind so viele im Lager; so viele sind gestern gestorben; und so viele sind noch da." Bei meiner Ankunft wurde ein Buch geführt, in das diese Zahlen eingetragen wurden, aber damit hat man später aufgehört. Dieses Buch hatte ich von meinem Vorgänger übernommen. Es wurde vom diensthabenden Lagerführer in seinem Büro geführt. Es gab noch ein weiteres Buch, worin die Gesamtstärke eingetragen wurde. Der diensthabende Lagerführer ließ jeden Morgen antreten zum Zählen der Häftlinge. Bei diesem Antreten meldete jeder Blockführer die Stärke seiner Blockeinheit und die Zahl der Todesfälle, die am Tag zuvor eingetreten waren, und der Rapportführer addierte die Stärke der verschiedenen Blocks auf einem Bogen Papier und errechnete die Gesamtsumme. Dieser Bericht schloß die Zahl der Toten vom vorhergehenden Tag ein. Wir hatten jeden Tag beim Antreten 40 Blockführer.
Im Januar (1945) übernahm ich ein neues benachbartes Lager, in dem 40 bis 50 neue Blöcke waren. Ich bekam kein zusätzliches Personal, als ich dieses Lager übernahm. Erst später, als Lager in Schlesien evakuiert wurden, kamen Wachen mit Häftlingen, wodurch die Stärke des Personals erhöht wurde. Ich wurde nicht immer über neue Häftlingstransporte unterrichtet; besonders die Häftlingstransporte aus Schlesien kamen ohne Voranmeldung. Es kamen Transporte mit nur 100 oder 200 Leuten und andere mit 1.500, 2.000, 2.500 usw. Ich hatte Lebensmittelreserven im Lager und wenn ein neuer Trupp von Häftlingen ankam, mußte ich auf diese Reserven zurückgreifen, bis ich die neue Gesamtzahl gemeldet hatte und dementsprechend Nachschub für die größere Häftlingszahl bekam. Es kamen keine regelmäßigen Lebensmitteltransporte; die Bahn hätte

Lebensmittel bringen müssen, wann immer ein Zug zur Verfügung stand. Ich kann nicht mehr sagen, wie viele Häftlinge ich nach Ablauf dieses Monats hatte, weil mein Befehl lautete, daß ich Häftlinge so schnell wie möglich zum Arbeiten hinausschicken sollte. Die eintreffenden Häftlinge wurden daher mit jenen ausgeglichen, die zur Arbeit verschickt wurden, und so schwankten die Zahlen jeden Tag. Jeder arbeitsfähige Häftling wurde zum Arbeitseinsatz hinausgeschickt und zwar an Industriefirmen. Die anderen Häftlinge arbeiteten nur innerhalb des Lagers und zur Sauberhaltung des Lagers.
Als ich am 1. Dezember (1944) übernahm, waren grob gerechnet 15.000 Personen im Lager; etwa 200 starben im Dezember; am 1. Januar 1945 waren 17.000 Personen im Lager; 600 starben im Januar; am 1. Februar waren 22.000 Personen im Lager. Vom 15. Februar an bin ich nicht mehr in der Lage zu sagen, wie viele Häftlinge ich hatte, weil kein Buch darüber mehr geführt wurde, denn das erwies sich als ausgesprochen unmöglich angesichts der hereinströmenden Transporte aus den Lagern in Schlesien, die evakuiert wurden, und, wie ich bereits erwähnte, die Lagerlisten, die ich geführt hatte, habe ich im März vernichtet.
Ich weiß die Zahl der Todesfälle, die in dieser Zeitspanne eingetreten waren, überhaupt nicht mehr, aber die Zustände in Belsen verschlimmerten sich von Mitte Februar bis Mitte April 1945, als die Alliierten kamen. Ich habe das Lager während dieser Zeitspanne täglich inspiziert und mir waren die Zustände und die große Zahl der Personen, die starben, völlig klar. Die Sterberaten in den Monaten Februar, März und April stiegen allmählich an, bis sie 400 oder 500 pro Tag erreichten. Diese Zahl rührte von der Tatsache her, daß, wenn die Leute gesund waren, ich sie zum Arbeitseinsatz hinausschicken mußte und nur die Kranken und Sterbenden dabehielt. Ich wurde vom Stationsvorsteher benachrichtigt, daß ein Transport angekommen war, und dann mußte ich die Häftlinge abholen. Die ankommenden Transporte wurden von den Wachen nur nach Zahlen und nicht nach Namen registriert. Ungefähr zweimal wöchentlich wurden Lebensmittel von örtlichen Lagern angefordert und eine entsprechende Meldung ans Ministerium in Berlin gesandt, was auf der von den Wachen angegebenen Zahl basierte, die die eintreffenden Leute gezählt hatten.
Alle Häftlinge erhielten drei Mahlzeiten am Tag. Ich kann nicht mehr sagen, was die Tagesration war, da dieses vom Lebensmittellager festgelegt und einheitlich ausgerichtet war. Ich habe die Rationen aus den Lebensmitteldepots niemals überprüft, aber ich versicherte mich, daß jeder Häftling einen Liter Gemüseeintopf für die Hauptmahlzeit erhielt, und am Morgen bekam der Häftling Kaffee und Brot, wenn vorhanden, und für das Abendessen Kaffee und Brot, wiederum, wenn vorhanden, und Käse oder Wurst. Wenn die Häftlinge bei dieser Ernährung hätten arbeiten müssen, hätte es zum Überleben nicht ausgereicht, aber da sie nicht arbeiteten, glaube ich, daß es genug war, um sie am Leben zu erhalten. Ich glaubte, sie würden diese Ernährung etwa sechs Wochen durchhalten können und nach diesen sechs Wochen hoffte ich, mehr Lebensmittel zu bekommen. Die oben beschriebenen Rationen waren der normale Satz in jedem Konzentrationslager zu jener Zeit. Der Hauptpunkt, an dem sich die

Ernährung verschlechterte, war Brot, weil dieses zwei oder drei Tage lang wiederholt fehlte. Es war absolut unmöglich für mich, genug Brot herbeizuschaffen, um die Zahl der Häftlinge zu versorgen. In den Anfangstagen war Brot von den örtlichen Bäckereien in Belsen geliefert worden. Später waren so viele Häftlinge im Lager, daß die Bäckereien die erforderliche Menge nicht mehr liefern konnten, und so schickte ich LKWs nach Hannover und anderen Orten, um Brot zu holen, aber selbst dann war es mir nicht möglich, auch nur die Hälfte dessen zu beschaffen, was ich brauchte, um die Häftlinge mit normalen Rationen zu ernähren. Abgesehen von Brot sind die Rationen niemals herabgesetzt worden. Anstelle von Brot wurde Mehl geliefert, was dann für Mahlzeiten verwendet wurde. Es stellte sich dann heraus, daß, wenn wir aus diesem Mehl Brot gebacken hätten, die Sterberate nicht so hoch gewesen wäre. Ich fuhr zum Depot in Celle und dann zur nächsthöheren Dienststelle in Hannover, um die ins Bild zu setzen, was in Belsen los war. Auch wies ich sie darauf hin, daß, wenn eine Katastrophe passieren würde, ich die Tatsachen nicht nur aufdecken, sondern sie auch verantwortlich dafür machen würde. Ich weiß nicht mehr, mit wem ich an jeder dieser Dienststellen gesprochen habe. Ich habe mich niemals an Berlin gewandt, weil die mir doch nicht hätten helfen können. Es war ausschließlich Sache der Versorgungsstellen in Celle und in Hannover. Meine Besuche in diesen Depots resultierten in Extrarationen an Kartoffeln und Rüben, die dann später auch kamen.

Ich erinnere mich an einen Fall von Kannibalismus sehr gut. Es wurde mir gemeldet, daß ein Häftling in den Leichenraum eingedrungen war und daß Teile von einer Leiche fehlten. Ich setzte eine Wache für die Leichen über Nacht ein, und jene Wache verhaftete einen Mann noch in der gleichen Nacht, der sich einer Leiche genähert hatte. Der Mann wurde festgenommen, aber bevor er am nächsten Morgen vernommen werden konnte, hatte er sich erhängt. Ob es noch mehr Fälle von Kannibalismus gegeben hat, kann ich nicht sagen, aber von dem Abend an setzte ich Wachen im Leichenraum ein. Die Wachen bestanden aus Häftlingen. Ich glaube, daß die Häftlinge die Leichen gegen andere Häftlinge schützen würden. Ob sie es taten oder nicht, kann ich nicht sagen. Der Leichenraum war nicht immer im gleichen Gebäude, da die Häftlinge in so großem Ausmaß wechselten. Ich mußte die Unterbringung ständig wechseln, und darum war das als Leichenraum dienende Gebäude nicht immer das gleiche. Wenn ein solcher Wechsel stattfand, wurde das Gebäude von Häftlingen gesäubert und für sie am folgenden Tag als Unterkunft eingerichtet.

Der Lagerarzt meldete sich krank und wurde Mitte Februar von Dr. Klein abgelöst. Ungefähr am 1. März kam ein weiterer Lagerarzt. Sein Name war Hauptsturmführer Horstmann. Zwei Tage bevor die Alliierten kamen, zog Horstmann mit den Truppen ab und nur Dr. Klein blieb. Abgesehen von jenen (Klein und Horstmann) waren keine SS-Ärzte im Lager. Ende Januar kam Dr. Lolling vom Ministerium in Berlin zu einer Inspektion. Ich wies darauf hin, daß wenn, wie mir in Berlin gesagt worden war, Belsen ein Lager für Kranke sein sollte, ich mehr Ärzte brauchte. Er sagte, es ständen im Augenblick keine zur Verfügung,

aber sobald er wen hätte, würde er sie schicken. Dr. Lolling inspizierte das Lager, und ihm waren damals bei einer Inspektion, die dort herrschenden Zustände absolut klar. Er verbrachte einen ganzen Tag mit Gängen zusammen mit Dr. Schnabel durch das Lager und sah sich alles gründlich an. Dabei getroffene Maßnahmen waren, daß Dr.Lolling eine Liste von Erfordernissen mitnahm und sagte, er würde dafür sorgen, daß wir die notwendigen Medikamente erhielten. Obwohl ich Kommandant war, wußte ich garnichts über den Bestand an ärztlichen Instrumenten und Medikamenten. Das habe ich dem Lagerarzt völlig überlassen. Alle Lieferungen an Medikamenten wurden direkt von Berlin angefordert (Dr. Lollings Abteilung). Das ist alles, was ich darüber weiß.

Solange ich in Belsen war, ereigneten sich 15 bis 20 Gefangenenausbrüche. Einige der Häftlinge wurden beim Fluchtversuch erschossen. Ich weiß nicht, wie viele. Gegen Ende Dezember kam ein Befehl aus Berlin, der jede Prügelstrafe untersagte. Von dem Augenblick an gab es keine Prügelstrafen mehr.
Zwischen dem 20. und 28. Februar 1945 meldete mir der Lagerarzt, es sei Fleckfieber im Lager ausgebrochen. Die Tatsache wurde von einem biologischen Institut in Hannover bestätigt. Ich habe darum das Lager geschlossen und einen Bericht nach Berlin gesandt. Die Antwort aus Berlin lautete, ich hätte das Lager offen zu halten, um Transporte aus dem Osten aufzunehmen, ob Fieber oder nicht. Das zweite Mal, als ich nach Berlin schrieb, war zwischen dem 1. und 10. März, wobei ich einen umfassenden Bericht über die im Lager herrschenden Zustände abgab. Diese beiden Vorgänge waren die einzigen Gelegenheiten, bei denen ich gegenüber höheren Dienststellen vorstellig geworden bin. Diese beiden Schreiben waren an die Verwaltungsstellegruppe B in Berlin gerichtet. Ich bin nicht selbst nach Berlin gefahren, wie mir bei meinem Gespräch im November (mit Glücks) gesagt worden war, weil das drei oder vier Tage in Anspruch genommen hätte, in denen während meiner Abwesenheit keiner weitermachen konnte.

Soweit ich mich erinnere, hat Gruppenführer Pohl das Lager Belsen ungefähr am 20. März inspiziert. Er kam mit einem anderen Offizier. Ich führte Pohl ganz durch das Lager und wies auf die Zustände hin, so wie sie waren. Er kam nicht auf das Schreiben hin, das ich hingeschickt hatte. Er kam im Rahmen einer Routine-Inspektion, - „Nur um mal einen Blick in das Lager zu werfen". Ob mein Schreiben an das Zentralbüro in Berlin bei unserem Gespräch in Berlin erwähnt wurde, kann ich nicht sagen. Ich wies auf die Zustände hin, und er sagte, da müßte etwas geschehen. Die erste von ihm vorgeschlagene Maßnahme war, das Lager zu schließen, und keine Leute mehr aufzunehmen. Ich schlug Pohl zwei Maßnahmen vor, um mit der Lage fertig zu werden: a) keine weiteren Transporte ins Lager und b) den Austausch von Juden im Lager sofort vorzunehmen. Das Ergebnis war, daß er in meinem Büro ein Schreiben nach Berlin diktierte, das besagte, daß der Austausch von Juden sofort vorzunehmen wäre. Dieser Austausch fand schließlich in den letzten Märztagen statt. Ich weiß nicht, gegen wen diese Häftlinge ausgetauscht werden sollten, aber sie verließen Belsen in Richtung

Theresienstadt. Zwischen 6.000 und 7.000 Personen wurden abtransportiert, um ausgetauscht zu werden (drei Eisenbahnzüge voll). Diese 6.000 oder 7.000 bildeten die Gesamtzahl jüdischer Häftlinge, die ausgetauscht werden sollten. Sie wurden in drei Eisenbahnzügen verschickt, jeder Zug hatte 45 bis 50 Waggons. Ich hatte Befehl, drei Transporte an drei verschiedenen Tagen abgehen zu lassen. Bei jedem Mal setzte ich einige Wachen dafür ein - ich weiß nicht mehr wie viele - und für jeden Zug war ein verantwortlicher Wachoffizier als Leiter eingesetzt, wahrscheinlich ein Scharführer, aber das weiß ich nicht mehr. Ich weiß nicht, bei wem sich die Wachoffiziere am Fahrziel zu melden hatten. Alles, was ich weiß, ist, daß ich drei Züge voll auf den Weg schicken mußte. Ich habe diese Wachoffiziere, die ich losschickte, nie wiedergesehen.
Ich machte Pohl klar, daß ich mehr Decken und mehr Betten benötigte, und er stimmte mir darin zu, daß in dieser Sache, wie in den anderen auch, unverzügliche Abhilfe geschaffen werden müsse. Der Lagerarzt und der Verwaltungschef haben auch mit Pohl gesprochen. Der Verwaltungschef wies auf seine Schwierigkeiten mit der Lebensmittelversorgung hin, wohingegen der Dr. zufrieden war, da er gerade eine neue Lieferung an Medikamenten für seine Vorräte erhalten hatte. Pohl hielt seinen Posten in Berlin ungefähr zwei Jahre. Glücks war dort sehr viel länger, da er bereits unter Eicke gearbeitet hatte. Eicke wurde später an die Westfront versetzt und danach an die Ostfront, wo er gefallen ist.
Ich weiß nicht, welcher Nationalität die Häftlinge in Belsen waren, da sie keine Personalpapiere mitgeschickt bekommen hatten, und die einzige Prüfung ging nach Zahlen. Ich kann daher nicht sagen, ob unter den Häftlingen Briten waren, aber es ist möglich, daß da welche waren. Ich habe niemals von einem Häftling namens Keith Meyer gehört, der ein Brite war.
Das weibliche Lagerpersonal stieg in gleichem Maße wie das des männlichen Personals, da weibliche Aufseherinnen mit Frauentransporten aus dem Osten kamen. Alle Frauen im Lager unterstanden genau wie die Männer, meinem Befehl. Zwanzig bis zweiundzwanzig Aufseherinnen waren noch im Lager, als die Alliierten kamen, und ungefähr 26.000 weibliche Häftlinge. Wenn ich keine Beschwerden von den Häftlingen selber erhielt, hatte ich keine Mittel, um festzustellen, welche Behandlung durch die weiblichen Aufseherinnen für richtig gehalten wurde, aber ich hatte zu diesen volles Vertrauen. Die einzige Kritik, die ich zu äußern hatte, war die, daß sie mit den weiblichen Häftlingen etwas zu familiär umgingen. Ich hatte das gleiche Vertrauen zu den männlichen Wachen. Sie waren 100%ig korrekt und ich habe nie Beschwerden von den Häftlingen gehört. Im Februar oder März 1945 (das genaue Datum weiß ich nicht mehr) kam die Oberaufseherin Volkenrath und wurde als Leiterin der weiblichen Aufseherinnen eingesetzt. Ich hatte volles Vertrauen zu ihr.
Es stand ein Krematorium im Lager, und solange wie Koks geliefert wurde, wurden alle Leichen eingeäschert. Als es keinen Koks mehr gab, wurden sie in Massengräbern beerdigt. Ich habe in den Lagern, in denen ich gewesen bin, niemals einen Beamten des Roten Kreuzes gesehen. Ich kann nicht sagen, warum nicht. Wenn ein Rote-Kreuz-Beamter gekommen wäre, hätte ich sofort Berlin ange-

rufen, um zu fragen, ob ihm gestattet würde, das Lager zu betreten, da niemand ohne Genehmigung von Berlin ins Lager durfte. Welche Antwort ich bekommen hätte, kann ich nicht sagen.
Für keines der Konzentrationslager, in denen ich gewesen bin, hat es feststehende Weisungen aus Berlin gegeben wie beispielsweise: a) die Größe des Raumes, der einem einzelnen Häftling zustand; b) hygienische Maßnahmen oder c) Arbeitsbedingungen. Das war völlig dem Kommandanten überlassen. Ich kann mich an keine Dauerbefehle oder -Weisungen aus Berlin erinnern mit Ausnahme hinsichtlich Lagerbesuchern oder Bestrafungen. In allen anderen Dingen hatte der Kommandant völlig freie Hand. Als das Lager Belsen schließlich von den Alliierten übernommen wurde, war ich ganz zufrieden, daß ich alles in meinen Kräften Stehende getan hatte, den Umständen entsprechend die Zustände im Lager zu beheben.

Weitere Erklärung Josef Kramers

1. Ich verließ meine Kommandostelle von Struthof-Natzweiler im Mai 1944 und übergab dem Sturmbannführer Hartjenstein. Zu dieser Zeit und für mindestens ein Jahr vorher befehligte Buck Schirmeck. Aber es bestand keine amtliche Verbindung zwischen Schirmeck und Struthof. Dort war ein Gestapobeamter, der mir während meiner Zeit in Struthof zugeteilt war; sein Name war Wochner und wurde von der Gestapo Stuttgart eingesetzt. Entsprechend der Bereichsaufteilung hätte Struthof meiner Meinung nach zum Bereich der Gestapo Straßburg gehören müssen, aber ich glaube, daß die Gestapostelle Straßburg auf jeden Fall Stuttgart unterstand.

2. In bezug auf die erhaltenenen Befehle, bestimmte Frauen zu vergasen und sie nach Straßburg zur Universität zu schicken, wie von mir vor dem Kommandanten Jadin der französischen Armee beschworen, gebe ich hiermit die folgenden Einzelheiten an: Die Befehle, die ich erhielt, waren schriftlich und auf Befehl von Reichsführer Himmler von Gruppenführer Glücks unterzeichnet. So gut wie ich mich annähernd erinnern kann, besagten sie, daß ein Sondertransport aus Auschwitz eintreffen würde und daß die Personen aus diesem Transport getötet und ihre Leichen nach Straßburg zu Professor Hirt verbracht werden sollten. Ferner hieß es, daß ich mich mit Professor Hirt in Verbindung setzen sollte darüber, wie die Tötungen vorgenommen werden sollten. Dieses tat ich und erhielt dann von Professor Hirt einen Behälter mit Gaskristallen und Weisungen für die Anwendung. In Struthof gab es keine reguläre Gaskammer, aber er beschrieb mir, wie man einen gewöhnlichen Raum dafür benutzen könnte. Ich kenne keinen weiteren der Professoren, die mit Hirt befaßt waren, aber ich weiß, daß in einer der Abteilungen ein Professor Bickerbach war.

3. Eine richtige Gaskammer habe ich zum ersten Mal in Auschwitz gesehen. Sie war an das Krematorium angebaut. Das ganze Gebäude, worin sich Krematorium und Gaskammer befanden, lag in Lager II (Birkenau), das unter meinem

Befehl stand. Ich suchte das Gebäude bei meiner ersten Lagerinspektion auf, nachdem ich drei Tage dort war, aber während meiner ersten acht Tage dort war es nicht in Betrieb. Nach acht Tagen kam der erste Transport, aus dem die Gaskammeropfer aussortiert wurden, an, und zur gleichen Zeit erhielt ich einen schriftlichen Befehl von Höß, der das ganze Lager Auschwitz befehligte, daß, obwohl die Gaskammer und das Krematorium in meinem Abschnitt des Lagers standen, ich hierfür in keinerlei Hinsicht zuständig sei. Befehle im Hinblick auf die Gaskammer wurden in der Tat von Höß erteilt und ich bin fest davon überzeugt, daß er solche Befehle aus Berlin erhalten hat. Ich glaube, daß, wäre ich in Höß' Lage gewesen und hätte solche Befehle erhalten, ich sie auch ausgeführt hätte, weil, wenn ich protestiert hätte, es darauf hinausgelaufen wäre, daß ich selbst verhaftet worden wäre. Meine Empfindungen über Befehle hinsichtlich der Gaskammer hätten leicht überrascht sein müssen, und ich hätte mich fragen müssen, ob eine solche Aktion wirklich rechtens wäre.

4. Im Hinblick auf die Zustände in Belsen sage ich noch einmal, daß ich alles tat, was ich konnte, um sie zu beheben. Bezüglich der Ernährung haben die Häftlinge während des ganzen März und April 1945 ihre volle Ration bekommen und nach meiner Ansicht war diese Zuteilung vollständig ausreichend für den gesunden Häftling, aber von Mitte Februar an begann es, daß kranke Personen ankamen und ich der Ansicht war, sie mußten mehr zu essen bekommen. Ich schickte meinen Versorgungsoffizier, Unterscharführer Müller, in die Lebensmitteldepots in Celle und Hannover, aber ihm wurde gesagt, es könnten nicht mehr Lebensmittel ausgeliefert werden, weil wir bereits unsere Zuteilungen bekommen hätten. Ich habe dann tatsächlich noch einige Mengen Lebensmittel aus dem Verpflegungslager der Wehrmacht in Belsen erhalten, aber es hätte keinen Zweck gehabt, mehr von denen zu fordern, weil es sich nicht um ein für mich zuständiges Depot handelte.

5. Was die Unterbringung anbelangt, als ich den Befehl erhielt, Anfang April 30.000 mehr Leute aufzunehmen, wo das Lager doch schon mehr als voll war, appellierte ich an Generalleutnant Beineburg in der Kommandantur des Wehrmachtlagers in Belsen, und er ist es gewesen, der es veranlaßte, daß 15.000 Häftlinge in den Baracken seines Lagers untergebracht wurden. Er mußte sich dafür telefonisch eine Sondergenehmigung einholen. Ich habe mich nie an den General um Hilfe bezüglich der Ernährungslage oder irgendwelcher anderen Schwierigkeiten gewandt, weil ich wußte, daß er mir nicht hätte helfen können, weil er für so etwas nicht zuständig war. Ich hielt es nicht für richtig, mich um Hilfe an ihn zu wenden, weil ich wußte, daß er mir nicht hätte helfen können. Ferner glaube ich nicht, daß irgend jemand in Deutschland die Nahrungszuteilung für die Häftlinge hätte ändern können, weil ich nicht glaube, daß die Lebensmittel überhaupt zur Verfügung standen. Es überraschte mich sehr, zu hören, daß im Wehrmachtlager große und ausreichende Lebensmittelmengen vorhanden waren. Ich bin noch immer der Ansicht, daß ein Hilferuf an den General zwecklos gewesen wäre.

6. Man hat mir vorgehalten, daß einige meiner SS-Mitarbeiter sich der Mißhandlung und Brutalität an den Häftlingen schuldig gemacht hätten. Ich halte das für sehr wenig glaubwürdig und ich pflegte ihnen völlig zu vertrauen. Nach bestem Wissen und Gewissen haben sie sich niemals verbrecherisch an den Häftlingen vergangen. Ich betrachte mich selbst als verantwortlich für ihr Verhalten und glaube nicht, daß auch nur einer von ihnen meine Befehle gegen Mißhandlung oder Brutalität mißachtet hat.

7. Die ungarischen Truppen übernahmen den Wachdienst über die Außengrenze meines Lagers während der wenigen Tage, bevor die Briten kamen. Ich stimme zu, daß in dieser Zeitspanne mehr Schießereien stattfanden als gewöhnlich, wenn die Wehrmacht Wachdienst ausübte. Ich erinnere mich an den Vorfall am 15. April 1945, am späten Nachmittag, als ich mit britischen Offizieren zum Kartoffelfeld gegangen war und mir befohlen wurde, die Leiche eines Häftlings aus dem Feld zu entfernen. Ich halte es für falsch, daß dieser Mann erschossen werden mußte und bezweifele in keinem Fall, daß es entweder die Wehrmacht oder die Ungarn gewesen sind, die daran Schuld waren.

8. Das Schießgelände, das an der Nordwest-Ecke meines Lagers zu sehen ist, ist ziemlich regelmäßig zwei- oder dreimal die Woche von der Wehrmacht benutzt worden.

Anhang E.

Die Rolle des Vatikan

Die Anwendung der Lüge im Umfang des jüdischen Vernichtungsschwindels kann nicht von isolierten Kräften wie Israel oder den Zeitgeschichtlern des Zweiten Weltkrieges allein zum Tragen kommen. Vor wenigen Jahren wurde herausgestellt, daß während des Krieges und danach Papst Pius XII sich niemals für eine Verdammung der Ausrottung der Juden ausgesprochen hat. Diese Tatsache schuf natürlich einige Probleme für die Propaganda über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Das besondere Ereignis, das allgemeine Kontroversen ausgelöst hat, war Rolf Hochhuths Theaterstück *Der Stellvertreter.* Vorgeblich begründet auf den Gerstein-Bericht, vollbringt das Stück in skrupelloser Weise ein Attentat auf Pius XII, indem es Ereignisse, die in dem Bericht erwähnt sind, mit Pius XII in Verbindung bringt, weil eine Erfindung auf die andere getürmt wird. Jedoch war das Hochhuthstück fraglos der Katalysator für die Diskussion eines recht wichtigen Tatbestandes, obgleich die anhaltende Diskussion, die unter dem Volk ausgetragen wird, das total vom Schwindel erfaßt ist, überhaupt nichts klären kann und nur die Konfusion vermehrt.

Es ist hier nicht mehr notwendig zu erklären, warum Pius XII nicht über die Vernichtung der Juden gesprochen hat. Jedenfalls ist es nicht notwendiger als zu klären, warum er nicht gegen die Ausrottung der Eskimos protestiert hatte. Dennoch ist die Rolle des Vatikans von einigem Interesse gegenüber unserem Untersuchungsgegenstand, so daß hierzu einige Worte angemessen sind.

Zunächst einige Hintergrundanmerkungen. Während der Zeit von 1920 bis 1945 betrachtete der Vatikan den Kommunismus als die alleinige Hauptgefahr in der Welt. In diesem Sinne war er für freundliche Beziehungen mit den Faschisten nach deren Machtergreifung in Italien im Jahre 1922. Das Konkordat von 1929, das die anfängliche vorfaschistische

antiklerikale Politik der italienischen Regierungen veränderte, war die Grundlage für Beziehungen, die im allgemeinen und zwar bis zum Machtverlust Mussolinis im Jahre 1943 als gut zu bezeichnen waren. Als Hitler 1933 an die Macht kam hegte der Vatikan ähnliche Hoffnungen auf ein anti-kommunistisches Regime, das seinen häuslichen Frieden mit der Kirche machte. Zu Anfang schien es, daß die Ereignisse gleichermaßen wie in Italien ungeordnet waren, wohingegen das Konkordat, das seit 1933 mit Hitler weiterhin in Kraft blieb und der Kirche einen Steueranteil sicherte und die Kompetenzbereiche von Kirche und Staat näher definierte, die Erwartung einer auskömmlichen Zusammenarbeit verstärkte.

Die Verhältnisse entwickelten sich jedoch nicht so gut. Obgleich das Konkordat die Rechte im Erziehungsbereich und der Jugendkultur allgemein zur Zufriedenheit des Vatikans definierte, fanden die Nationalsozialisten es schwierig, mit solchen Bedingungen zu leben, und fanden verschiedene Wege, die katholische Position zu unterlaufen, ohne die Bedingungen des Konkordates zu widerrufen z.B. wurde den katholischen Jugendorganisationen verboten, sich im Sport zu engagieren, wobei man darauf spekulierte, daß solche Einschränkungen gegenüber Verbindungen, die sich zu den Sphären der geistigen Welt hingezogen fühlen, zu ihrem allmählichen Verwelken beitragen würden. Da gab es auch verschiedene Arten von Einschüchterungen gegenüber den Eltern, die darauf bestanden, ihre Kinder in katholische Schulen zu schicken.

Darüber hinaus waren nationalsozialistische Veröffentlichungen wie das *Schwarze Korps* (SS-Magazin) und *Der Stürmer* offen antichristlich; sie häuften auf den Papst und die katholische Geistlichkeit ständig allgemeine Verachtung, indem sie Anklagen begünstigten, daß die heiligen Männer homosexuell wären oder Liebschaften mit Jüdinnen hätten. Obgleich die Nationalsozialisten sich niemals um die wichtigste Bestimmung des Konkordates, die Zurverfügungstellung von Steuereinkünften, drückten, wurde die gegenseitige Feindschaft so groß, daß viele fühlten, daß es stets gute Gründe für einen zweiten *Kulturkampf* gab (*Kulturkampf* war der Begriff für Bismarcks erfolglosen Versuch von 1871/

1875, die Macht der Römischen Kirche in Deutschland zu vermindern). Die Feindschaft zwischen dem Nationalsozialismus und dem Vatikan führte im Jahr 1937 zu der höchst ungewöhnlichen päpstlichen Enzyklika *Mit brennender Sorge.* Herausgegeben in Deutsch anstatt wie gewöhnlich in Latein, stellte es eine der stärksten Attacken dar, die der Vatikan jemals gegen irgendeinen Staat unternommen hatte. Der Papst damals war Pius XI, während Eugenio Kardinal Pacelli, der im Jahre 1939 Pius XII werden sollte, Staatssekretär des Vatikans war. Pacelli, ein Diplomat mit weltweiter Erfahrung, zehn Jahre lang päpstlicher Nuntius in Deutschland und fließend deutschsprechend, wurde bereits als der offensichtliche Nachfolger Pius XI angesehen, und seine Bedeutung war in den Reihen der internationalen Diplomatie nicht in Frage gestellt. *Mit brennender Sorge* war unter seiner Oberaufsicht geschrieben worden. (1)
Trotz der unbestrittenen Feindschaft zwischen der Kirche und dem Nationalsozialismus sollte im Gedächtnis behalten werden, daß der Kommunismus in den Augen des Vatikans noch der Hauptfeind war. Mit einem Gegner wie dem deutschen Nationalsozialismus gab es für die Kirche noch genügend Spielraum zum Manövrieren, doch die Kommunisten hatten sich bis zu jenem Zeitpunkt als totale und tödliche Feinde gezeigt. Mehr noch: Deutschland war nicht der einzige europäische Staat, mit dem der Vatikan unzufrieden war. Frankreich und die Tschechoslowakei hatten stark antiklerikale Regierungen. Auf diese Weise konnte der Vatikan, als der Krieg kam, obgleich er natürlich offiziell neutral blieb, weder begeistert für die eine noch die andere Seite sein. Seitdem der Kommunismus als der Hauptfeind angesehen wurde, ist es wahrscheinlich korrekt, daß der Vatikan eher die Achsenseite vorzog. Aber von seiner Sicht her betrachtet war es definitiv die Wahl des kleineren Übels. Darüber hinaus gab es innerhalb der Kirche eine beträchtliche Meinungsverschiedenheit über die Vorzüge dieses oder jenes Regimes. So war z.B. der päpstliche Nuntius in Berlin während der Kriegszeit, Msgr. Cesare Orsenigo, offensichtlich mit dem deutschen Sieg über Frankreich 1940 zufrieden und drückte gegenüber dem Deutschen Auswärtigen Amt die Hoffnung aus, daß die Deutschen nach Paris über

Versailles einmarschieren würden. Auf der anderen Seite war der Jesuitenkontrollierte Vatikanrundfunk so anti-deutsch, daß die Briten ihn als wirkliche Ausweitung ihres eigenen Propagandadienstes betrachteten. (2)

So viel über den politischen Hintergrund der Vatikan-Situation während des Krieges. Wir kehren zurück zur Betrachtung des päpstlichen Schweigens über die Vernichtung der Juden. Es wäre nicht zu bewerkstelligen, hier die Ansichten all derer wiederzugeben, die zu der Kontroverse beigetragen haben. So werden wir uns in dieser Hinsicht zurückhalten.

Zunächst ist es der Vatikan selbst, der hauptsächlich durch 9 Bände der Kriegszeitdokumente dargestellt ist, die in den Jahren 1967 - 1975 veröffentlicht worden sind: *Actes et documents du Saint Siège relatifs à la seconde guerre mondiale.* Der Hauptherausgeber dieser Serien war Robert A.Graham, ein anerkannter Jesuit und früherer Herausgeber des Jesuiten-Magazins *America.* Graham, der die Ausrottungslegende bejaht, hat sich in diesen Angelegenheiten als der Hauptsprecher des Vatikans herausgestellt. Unglücklicherweise sind die einzigen Bände von den neun, die ausschließlich den Kriegsopfern gewidmet sind, die letzten beiden. Sie wurden in den Jahren 1974-1975 veröffentlicht und führen nicht über den Dezember 1943 hinaus.

Die verschiedenen Positionen unter den zahlreichen Autoren der Kontroverse sind gut abgesteckt in den beiden kürzlich erschienenen Büchern *Der Vatikan im Zeitalter der Diktatoren* von Anthony Rhodes (London 1973), einem Verteidiger des Vatikans, und *Die Juden des Papstes* von San Waagenaar (London 1974), einer Kritik des Papstes.

Die offizielle Vatikan-Position, wie sie in der Einführung zum achten Band der *Actes et documents* dargestellt ist, lautet:

> Während seiner kurzen Visite beim Vatikan am 26.9.1942 erneuerte der persönliche Abgesandte von Präsident Roosevelt, Myron Taylor, eine offizielle Bitte um Information. Sie haben vom Genfer Büro der Jüdischen Agentur für Palästina eine Nachricht über die verzweifelte Situation der polnischen Juden und der nach Polen deportierten Juden erhalten. Der Bericht mit Datum 30. August beschrieb die Liquidation des Warschauer Ghettos, die Vernichtung in einem „Belzek" genannten Lager, in Lemberg und in Warschau. Die Bestim-

mung der Deportationen war Tod: „ Die Juden, die von Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich und der Slowakei deportiert wurden", sagte der Bericht, „wurden in das Schlachthaus gesandt, während die Arier, die von Holland und Frankreich nach dem Osten deportiert wurden, wirklich zum Arbeitseinsatz kamen". Im Memorandum von Taylor an Kardinal Maglione (Staatssekretär des Vatikans) hieß es: „Ich würde Eurer Eminenz sehr dankbar sein, wenn es möglich wäre, mir zu berichten, ob der Vatikan über irgendeine Information verfügt, die den Bericht, auf den dieses Memorandum Bezug nimmt, zu bekräftigen geeignet ist. Wenn ja, würde ich gern in Erfahrung bringen, ob der Heilige Vater irgendwelche Vorstellungen hat, praktische Maßnahmen zu ergreifen, die Kräfte der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt zu mobilisieren, um die Fortsetzung dieses Barbarentums zu verhindern."
Kardinal Maglione hatte am 10. Oktober zu antworten, daß er auf seiner Seite keine besondere Information habe, die den Genfer Bericht bestätige. In Wirklichkeit war die einzige detaillierte Nachricht, die in jenen Tagen den Vatikan erreichte, die gleiche, die die USA erhalten hatten. Die Quellen waren der polnische Botschafter beim Vatikan und die jüdischen Organisationen selbst. „Die Berichte über ernste Maßnahmen, die gegenüber Nichtariern angewandt worden sein sollen, gelangten auch von anderen Quellen zum Heiligen Stuhl, aber gegenwärtig war es nicht möglich, sie auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen!' Unter diesen Bedingungen erscheint es nicht angebracht, praktische Maßnahmen der angedeuteten Art in die Wege zu leiten.

Sehr bedeutsam sind die Noten, die Maglione niederschrieb, nachdem er das Taylor-Dokument erhalten hatte: „Ich glaube nicht, daß wir irgendeine Nachricht haben, die diese schwerwiegenden Neuigkeiten bestätigen. Richtig?" Ein Leser dieser Zeilen vermerkte hierzu: „Da ist Mr. Malvezzi's". Die Information von Malvezzi, Leiter einer italienischen Firma, der kürzlich aus Polen zurückgekehrt war, war ernst, aber allgemein und stimmte nicht mit dem Genfer Bericht überein.
Das, was der Kardinal Staatssekretär von harten Maßnahmen gehört hat, kann im Lichte der Dokumente dieser zwei Jahre gedeutet werden. Die Information, die vom Vatikan empfangen und ernstgenommen wurde, bestand aus zwei oder drei handgeschriebenen Berichten, betraf jedoch die brutale Behandlung der Juden in Ungarn, Kroatien, der Slowakei, Frankreich und anderer Länder. Welches die endgültige Bestimmung der Deportierten, welches der Plan der Nationalsozialisten war, blieb damals ein Rätsel. Als z.B. im Monat März Msgr. Burzio, der Botschaftsrat in der Slowakei, davon sprach, daß die Deportierten „in einen sicheren Tod gingen", ist klar, daß er die Behauptung auf die unmenschlichen Bedingungen der Abschiebung und die Brutalität der Wachmannschaften stützte. Nach einem solchen Beginnen war es leicht zu glauben, daß die Alten, Kranken und die Kinder nicht in der Lage waren, lange zu überleben, auch dann, wenn in den überbelegten Lagern, die auch der sanitären Anlagen ermangelten, nicht Typhus sie niederwarf. In dem

gleichen Sinn ist die Bemerkung des kroatischen Polizeichefs Eugene Kvaternik aufzufassen, demzufolge die Deutschen bereits zwei Millionen umgebracht hätten und das gleiche Schicksal die kroatischen Juden erwarten würde. Später wurden diese Worte als nur zu exakt bestätigt. Es ist jedoch augenscheinlich, daß der Repräsentant des Heiligen Stuhles, Vater Abbe Marcone, beim Übermitteln dieser Nachrichten an den Vatikan nicht glaubte oder unfähig war zu glauben, daß sie wörtlich zu nehmen wären. Man nahm sie schließlich als nachhaltigen Wink auf die Tragödie, die nur in allgemeinen Zügen in Erscheinung trat.

Das Ende des Jahres 1942 sah verschiedene öffentliche Erklärungen über Deportationen. Am 17. Dezember veröffentlichten die Vereinten Nationen in London eine Deklaration über die Menschenrechte, in der in starken, aber allgemeinen Formulierungen die den Juden zuteilgewordene Behandlung verurteilt wurde. Am 24. Dezember machte Papst Pius XII in seiner Weihnachtsadresse eine sehr klare Andeutung über die betreffenden Deportationen, welche die Welt zu jener Zeit nur mit großer Schwierigkeit in eine Vorstellung zu bringen vermochte."

Diese Vatikan-Erklärung ist nicht annehmbar. Es ist natürlich wahr, daß nur gelegentlich Bruchstücke, die Anmerkungen über Judenvernichtungen enthalten, in ihren Dokumenten erscheinen. Darüber hinaus würde kein vernünftiger Mensch leugnen, daß die meisten dieser Bruchstücke als erfundene Propaganda klassifiziert werden müssen, denn die Behauptungen der Vernichtungen sind entweder in gewissem Sinn mit anderen Behauptungen gekoppelt, was heute niemand abstreiten würde, oder sie sind mit anderen Ungereimtheiten verquickt, die ihre Glaubwürdigkeit zunichtemachen. Z.B. eine Note von Wladislas Raczkiewicz, dem Präsidenten der polnischen Exilregierung in London, an den Vatikan vom 2. Januar 1943. In ihr wird behauptet, daß die Deutschen mit der generellen Ausrottung der polnischen Bevölkerung zusätzlich zu ihrer jüdischen Minorität begonnen hätten (in Übereinstimmung mit unserer Analyse des Kap. III erwähnt die Note das Auschwitz Konzentrationslager mit dem Vermerk, daß es nicht eines der Vernichtungsplätze sei. (3) Wir haben bereits im Kapitel III berichtet, daß Msgr. Burzio, der päpstliche Botschaftsrat in der Slowakei, einige erfundene Geschichten nach Rom zurückschickte. Zusätzliche Bruchstücke dieser Sorte sind unten wiedergegeben.

Man muß natürlich die Vatikan-Behauptung akzeptieren, daß solche Informationen, die er während des Krieges erhalten hat, nicht als eindeutiges Zeugnis über Vernichtungen angesehen werden konnten. Das ist bereits in diesem Buch bewiesen worden. Jedoch ist das nicht der Punkt. Die Vatikan-Sprecher machen nicht nur geltend, daß ihre Information kein Vernichtungsprogramm enthüllt, aber daß die Vernichtungen im kontinentalen Maßstab stattgefunden hätten, - ohne daß den Vatikan hierüber verläßliche Informationen erreicht haben. Diese Behauptung ist völlig lächerlich. Man kann sich mit ihr einfach nicht mehr als ein paar Sekunden befassen.

Für ein Vernichtungsprogramm dieses Typs ist es nicht möglich, daß auf der einen Seite behauptet wird, es seien zeitig genügend Nachrichten nach außen gedrungen, es sich jedoch auf der anderen Seite herausstellt, daß der Vatikan keinerlei Nachrichten dieser Art erhalten hatte. Es wird vermutet, daß die Schlächtereien hauptsächlich im katholischen Polen stattgefunden haben sollen, wo die Kirche ihre Agenten, ihre katholischen Priester in jedem Dorf hat, die durch Hören, Geschwätz, Zeugen usw. zumindest soviel in Erfahrung bringen, daß keine solchen Geschehnisse wie Vernichtungen passieren konnten, ohne daß die gesamte polnische Geistlichkeit davon Kenntnis erhalten hätte. Es ist wahr, daß die polnische Geistlichkeit und der Vatikan nicht in herkömmlicher Freiheit miteinander verkehren konnten wie in der Einführung zum Band 3 des *Actes et documents* erklärt ist. Doch wie dort ebenfalls dargelegt worden ist, gab es viele Wege, die Zensur zu umgehen, hauptsächlich über Italiener, die in Polen und in Gebieten des Ostens verschiedene Arten von Geschäften betrieben, sowie durch Botschaften, die von privaten Personen aus Polen an den päpstlichen Nuntius in Berlin übermittelt wurden, der mit dem Vatikan über privilegierte diplomatische Kanäle verkehrte.

Rhodes anerkennt, daß die Behauptung, von Vernichtungen nichts gewußt zu haben, nicht haltbar ist, und er gesteht zu (seit er vermutet, die Vernichtungen seien geschehen), daß Papst Pius XII von ihnen hätte gewußt haben müssen. Die Erklärung für das Fehlen einer unzweideutigen Aussage scheint für Rhodes eine Furcht zu sein, daß irgendeine öffentli-

che und ausgesprochene Verurteilung die Situation der Katholiken in Deutschland und den besetzten Ländern schlimmer gemacht hätte. Rhodes gesteht dann ein, daß *„in seinen privaten Botschaften an die Staatsoberhäupter im Zusammenhang mit der Verfolgung von Juden, Pius XII sicherlich frei heraus gesprochen habe"*, und gab dann zwei Beispiele von solchen privaten Botschaften, die sich auf die Slowakei und auf Ungarn bezogen, welche jedoch nichts über Vernichtungen enthielten, sondern lediglich von Deportationen und Judenverfolgungen in allgemeinen Redewendungen sprachen. (4)

Rhodes Bild eines furchtsamen Pius, ängstlich, gegen die Nationalsozialisten und deren Programme aufzutreten, läßt sich aus vielen Gründen nicht aufrechterhalten. Wie aus den Dokumenten, die Rhodes zitiert, ersichtlich ist, müßte er behaupten, daß der Papst auch zu ängstlich gewesen sei, bei vertraulichen diplomatischen Kontakten mit der Sprache herauszukommen. Der historische Bericht bestätigt nicht Rhodes Bild von einer Katholischen Kirche, die von den Nationalsozialisten mit Terror zum Schweigen gebracht worden wäre. Die deutschen Bischöfe waren keineswegs ins Schweigen hinein terrorisiert worden. Während sie - ähnlich wie ihre Gegenpartner in den alliierten Ländern - sich niemals gegen die deutschen Kriegsanstrengungen gestellt haben, waren sie während des Krieges in ihrer Opposition zu den religionsbezogenen Maßnahmen und den Werten des nationalsozialistischen Regimes recht lautstark. Sie drückten ihre Opposition in der katholischen Presse in Deutschland sowie von den Kanzeln in Deutschland aus. Im Dezember 1942 sandten die deutschen Bischöfe anläßlich ihrer jährlichen Konferenz in Fulda eine Deklaration an die deutsche Regierung, in der sie die Verfolgung der katholischen Kirche in den besetzten Ländern verurteilten. Im Januar 1943 verurteilte der Bischof von Berlin, Graf v. Preysing, öffentlich die NS-Rassentheorien und -politik. Im August 1943 verurteilten die deutschen Bischöfe öffentlich die gegen die katholische Erziehung gerichteten Maßnahmen des Nationalsozialismus, und diese Abschwörung wurde überall in Deutschland öffentlich verlesen. (5) Der unausweichliche Tatbestand ist, daß die

katholische Kirche nicht mit Terror zum Schweigen gebracht worden ist. Furcht erklärt nicht, warum Papst Pius versagte, die behaupteten Vernichtungen zu verurteilen, nachdem die Nationalsozialisten geschlagen waren. Die Rede des Papstes an das Kardinalskollegium vom 2.6.1945 war eine lange und scharfe Attacke gegen die geschlagenen Nationalsozialisten und selbst der einzige Anhaltspunkt in der Rede, der möglicherweise als eine Referenz gegenüber den Vernichtungen interpretiert werden könnte, war ein Hinweis auf die *„Anwendung von NS-Lehren, die sogar so weit gingen, die ausgefallendsten wissenschaftlichen Methoden zu verwenden, um Menschen zu quälen oder auszurotten, die oft unschuldig waren"* Jedoch, wenn man in der Rede weiterliest, wird einem klar, daß der Papst wie so viele andere Menschen zu jener Zeit an die katastrophalen Szenen dachte, die in den deutschen Lagern bei Kriegsende vorgefunden worden waren. Die einzigen spezifischen Opfer, die erwähnt wurden, sind die in Dachau interniert gewesenen katholischen Pfarrer, von denen ein hoher Prozentsatz umgekommen ist aus Gründen, die in diesem Buch reichlich ausgebreitet worden sind. Obgleich Papst Pius einen polnischen Hilfsbischof erwähnte, der anTyphus gestorben war, hinterlassen seine Bemerkungen den Eindruck, daß er glaubte, daß dieTotenfälle in den deutschen Lagern seitens der Nationalsozialisten beabsichtigt gewesen seien. So beschrieb Papst Pius die in Dachau interniert gewesenen Pfarrer als solche, die *„unbeschreibliche Leiden für ihren Glauben und ihre Berufung erduldet hätten."* In dieser Ansprache ist nichts über Vernichtungen irgendeiner rassischen, religiösen oder nationalen Gruppe enthalten.(6)

Während der Bericht nicht andeutet, daß die Römische Kirche während des Krieges mit Terror zum Schweigen gebracht worden sei, war der Vatikan nichtsdestoweniger verwundbar gegenüber nachhaltigen außenpolitischen Einwirkungen. So haben andere als historische Gründe zu der Deklaration des Papstes geführt, die ihrerseits sehr den Tönen einer Verurteilung von Vernichtungen aus seiner Weihnachtsbotschaft von 1942 entsprach.

Im Kapitel III und soeben haben wir gesehen, daß die Alliierten den Vati-

kan im Herbst 1942 bedrängten, ob er irgendwelche Informationen habe, die die Vernichtungsbehauptungen von Rabbi Wise und einigen anderen vor einigen Monaten bestätigen würden, und daß der Vatikan keine solche Information hatte. Während Papst Pius und sein Staatssekretär Luigi Kardinal Maglione zweifellos Greuelpropaganda rochen, als sie solche Geschichten hörten, zeigt das Vatikan-Material, daß sie sich schließlich etwas bemühten, nachforschend in die Materie einzudringen. Auch der päpstliche Nuntius in Italien, Msgr. Francesco Borgongini-Duca traf am 10. November 1942 mit Guido Buffarini, Unterstaatssekretär im italienischen Innenministerium, zusammen, um die allgemeine militärische und politische Lage zu besprechen. Die Situation der Juden wurde diskutiert und Borgongini-Duca berichtet Maglione : (7)

> „Dann sprach er zu mir im Hinblick auf die Rede Hitlers (in München am 8. November), und nachdem ich ihn gefragt hatte, wenn auch in Anspielungen auf Vergeltungsmaßnahmen, ob sie Erstickungsgas anzuwenden beabsichtigen, antwortete er mir entschieden zweimal „nein"."

So hatte der Vatikan im Herbst 1942 in Wirklichkeit keine Information, tendierte jedoch dazu, die Vernichtungsbehauptungen zu bestätigen. Er nahm diese Position auch im Austausch mit den alliierten Repräsentanten ein, wenn diese Angelegenheit zur Sprache kam. Im Kapitel III vermerkten wir, daß es dort eine anonyme Note gab, vermutlich von einer Vatikan-Quelle, produziert Ende November, welche die Vernichtungsbehauptungen unterstützte. Jedoch war die Note ohne Zweifel in gewisser Hinsicht eine Fälschung, zumal der Inhalt dieser Note nicht der Haltung des Vatikans entsprach. Wenn sie von einer Quelle innerhalb des Vatikans stammen sollte, so wird sie wohl von Virgilio Scattolini geschrieben, zumindest konzipiert worden sein. Scattolini war ein Angestellter der Vatikan-zeitung *I Osservatore Romano,* der sich während des Krieges als Vatikan-Insider aufspielte, um seine fabrizierte Information zu verkaufen, zurechtgeschneidert für den Käufer und für alle Besucher. Der OSS stufte ihn zeitweilig als *„unseren Mann im Vatikan"* ein. (8) Weniger wahrscheinlich ist, daß die Note von Pfarrer Piero Scavizzi kam, mit dem wir uns noch auseinandersetzen werden.

Die Information, über die der Vatikan im Dezember 1942 hinsichtlich der Judenverfolgung durch die Nationalsozialisten verfügte, ist in einer Botschaft von Msgr. Giuseppe Di Meglio wiedergegeben, der dem Stab von Orsenigo angehörte, dem päpstlichen Nuntius in Berlin. Di Meglio hat sie dem Vatikan am 9. Dezember 1942 zugeleitet. Die Botschaft behandelt langatmig die deutsche Politik gegenüber den Juden, und es ist gut zu vermuten, daß solches Material als Antwort auf eine Anfrage von Orsenigo dem Vatikan geschrieben worden ist. Die Berliner Nuntiatur war zweifellos als beste Quelle für eine solche Information innerhalb der Kirche bekannt, da, wie bereits vermerkt wurde, die Verbindungen zwischen Polen und dem Vatikan zu einem beträchtlichen Umfang durch Orsenigos Berliner Büro gingen. Der Kern der Botschaft, der sich mit den Juden befaßte, war : (9)

„Seitdem viele vor Ankunft der deutschen Truppen aus dem russisch besetztem polnischen Gebiet sowie aus dem eigentlichen russischen Territorium geflohen waren, schätzt man, daß gegenwärtig im Reich und in den besetzten Gebieten einschließlich Böhmen und Mähren mehr als 4 Millionen Juden leben, das sind ein Viertel der jüdischen Weltbevölkerung.

Maßnahmen:

1) Institution von Ghettos.
Stadtviertel einiger Städte werden als offizielle Wohngebiete für Juden festgelegt, mit dem Recht auf eigene Verwaltung, Polizeitruppen und angemessene Nachrichtenmittel.
Von den bis jetzt errichteten Ghettos sind die wichtigsten Litzmannstadt (Lodz) und Warschau. Einige Ghettos sind auch in den baltischen und in den besetzten russischen Gebieten errichtet worden.

2) Konzentrationslager.
Da es offensichtlich ist, daß in den städtischen Ghettos nicht für alle Juden Platz geschaffen werden konnte, wurden große Konzentrationslager geschaffen, wo sie ein hartes Leben führen. Ihnen wird wenig Nahrung gegeben; sie sind für außerordentlich schwere Arbeitsbedingungen ausersehen, die für viele einen schnellen Tod bedeuten. Es wird gesagt, daß solche Konzentrationslager bis jetzt in Polen gegründet sind, daß die östlichen Gebiete, besonders Polen in den Plänen der deutschen Regierung als die definitive Residenz für die jüdische Bevölkerung Europas ausersehen sind. Allgemein, um nicht die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu sehr darauf zu lenken, sind sie gezwungen, ihre Behausungen mitten in der Nacht zu verlassen. Ihnen wird erlaubt, ein wenig Kleidung und nur eine kleine Summe Geld mitzunehmen.

3) Der Stern.
Seit September 1941 wurde zwangsweise für alle Juden ein Identifikationsmerkmal eingeführt, ein gelber Stern mit sechs Zacken, der auf der Brust zu tragen ist mit der Inschrift in der Mitte: Jude! Die Ansicht dieser blassen und ausgemergelten Kerle (ihre Lebensmittelrationen sind viel geringer als jene der Deutschen, einige Nahrungsmittel sind ihnen gänzlich vorenthalten), die zu vorgeschriebenen Zeiten des Tages auf den Straßen gehen, oder wenn sie fahren, sich in den Ecken zusammendrängen, erwecken ein durchdringendes Gefühl von Schrecken und Mitleid.
Unmenschliche Behandlung in den besetzten Gebieten und in den Deutschland politisch unterworfenen Völkern. Ein aus Rumänien zurückgekehrter italienischer Journalist gab mir vor einiger Zeit einen langen Bericht über die von jenem Land angewandten brutalen Methoden gegen die Juden, die hauptsächlich von den Deutschen angestachelt worden wären.
Er berichtete mir, daß ein Zug voll mit Juden war; jede Öffnung war geschlossen, so daß keine Luft eindringen konnte. Als der Zug an seinem Bestimmungsort ankam, gab es nur noch ein paar Überlebende und zwar jene, die sich in der Nähe einiger unvollständig verriegelter Öffnungen befanden und ein bißchen Luft schnappen konnten (...)"

Di Meglio schloß diesen Bericht seiner Botschaft, indem er den anti--christlichen Charakter von Alfred Rosenbergs *Institut für Erforschung des jüdischen Einflusses auf das kirchliche Leben* erwähnte, sowie die Teilnahmslosigkeit der deutschen Priesterschaft gegenüber den Vertreibungen der Juden.
In verschiedener Hinsicht war die Information Di Meglios offensichtlich irrig. Z.B. können wir eine gute Vorstellung der wirklichen Bedingungen der Deportationen der rumänischen Juden dem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes entnehmen, sowohl dem hier im Kapitel V abgedruckten Auszug als auch anderen Teilen, [(10)] sowie aus Niederschriften von J.G.Burg. Es ist sicher, daß die Ereignisse in der Geschichte, die von dem anonymen italienischen Journalisten geschildert wurden, Erfindungen waren. Di Meglios scheint willig, das Schlimmste anzunehmen.
Di Meglios Behandlung der Rolle der Konzentrationslager läßt einige Mißdeutungen aktueller Bedingungen zu. In einer Hinsicht behauptet er, daß viele Juden in Konzentrationslager geschickt worden seien, weil es in den Ghettos für sie nicht genügend Platz gegeben habe. Dies ist nicht korrekt. Juden und auch andere wurden in Polen in Lager ver-

bracht, entsprechend der dort erforderlich gewordenen Arbeitsanforderungen. Di Meglio erweckte gleichzeitig den Eindruck, daß die Lager hauptsächlich zur Zusammenfassung der Juden ausersehen gewesen seien, was ebenfalls nicht wahr ist. Außerdem übertreibt er wahrscheinlich die Knappheit der Lebensmittel in den Lagern, jedoch war er, wie wir im Kapitel IV gesehen haben, offensichtlich korrekt in bezug auf die hohe Sterberate in den Lagern zur Zeit seines Berichtes, obgleich Überarbeitung nicht der Grund für die Todesursache war.

In anderen Worten: Di Meglios Beschreibung der Situation war die allgemeine oder annähernde Wahrheit mit einigen Ungenauigkeiten und getrübt mit seinem Willen, das schlimmste davon zu glauben. Es ist eindeutig, daß er keine Information von der Existenz eines Vernichtungsprogramms hatte, das auch nur geringfügig dem ähneln würde, was damals in der alliierten Propaganda Gestalt anzunehmen begann und welches von verschiedenen alliierten Diplomaten und jüdischen Organisationen dem Vatikan zugetragen wurde.

Die Weihnachtsbotschaft des Papstes machte ohne besonderen Hinweis auf die Juden einen beiläufigen Vermerk über *„die hunderttausende, die ohne eigene Schuld und nur weil sie einer bestimmten Nation oder Rasse angehören, zum Tode oder moderner Vernichtung verurteilt würden"*. Berlin reagierte auf diese Botschaft in unterschiedlicher Weise. Das RSHA betrachtete sie als einen direkten Angriff auf das NS-Regirne, während das Deutsche Auswärtige Amt es anscheinend mehr oder weniger als heiliges Geschwätz aufgefaßt hat. Die Alliierten haben offiziell die Vernichtungsbehauptungen in einem Bericht am 17. Dez. 1942 verkündet, in dem die Zahl der Opfer mit vielen hunderttausend Juden errechnet angegeben war. Dennoch waren sie mit der Botschaft des Papstes nicht zufrieden und hielten sie für nicht deutlich genug. (11)

Jedoch von unserem Gesichtspunkt aus scheint der Hinweis in der päpstlichen Weihnachtsbotschaft zunächst verwirrend hart, wenn man berücksichtigt, daß der Vatikan sich auf die Informationen von der Berliner Nuntiatur gestützt hat und daß diese doch sehr harte Anmerkung einer solchen Kategorie bereits in einem so frühen Stadium

des Krieges gemacht worden und nie mehr wiederholt worden ist. Die Erklärung für das Aufscheinen dieses Hinweises auf den Tod oder moderne Vernichtung in der päpstlichen Weihnachtsbotschaft, die zudem jegliche Arten von Kriegsereignissen in sich schließen konnte - und zwar aller Länder -, findet sich in den Kriegszeitdokumenten des Vatikans. Gegen Ende 1942 und Anfang 1943 bestand eine der diplomatischen Hauptbemühungen des Vatikans darin, eine Zusage von den Alliierten zu erhalten, Rom nicht zu bombardieren. Die Briten bestanden besonders hartnäckig auf ihrem Recht, Rom mit Bomben zu belegen, - verglichen mit den Amerikanern, die über eine zahlreiche katholische Minderheit in den USA verfügten, die zu einem sehr wichtigen Bestandteil der politischen Basis des Roosevelt'schen New Deal-Progamms geworden war. Die Briten versteiften sich auf die Haltung, daß Rom keine Sondervorrechte eingeräumt bekommen dürfte und bombardiert werden würde, sofern militärische Erwägungen eine solche Aktion rechtfertigen. In Verfolg seines Anliegens verhandelte der Vatikan nicht nur mit den Alliierten, um zu versuchen, sie von ihrem offensichtlichen Kurs abzubringen, sondern auch mit den Deutschen und Italienern, um sie zu überreden, Rom von jeglichen militärischen Operationen auszusparen. (Es gab in der Stadt keine oder so gut wie keine Kriegsindustrie, jedoch befanden sich dort militärische Hauptquartiere und Kasernen). Im Dezember 1942 stimmte die italienische Regierung zu, ihre militärischen Kommandostäbe aus Rom abzuziehen. Im Gefühl, daß im Sinne seines Anliegens einiger Fortschritt erreicht worden ist, traf Kardinal Magione am 14. Dezember mit dem britischen Botschafter beim Vatikan, Sir F. D'Arcy Osborne zusammen, um diese Entwicklung den Briten mitzuteilen und um das Bombardierungsthema durchzusprechen. Osborne jedoch blieb unbeeindruckt und führte aus, daß weiterhin italienische Truppen in der Stadt verblieben seien. Magliones Notizen über dieses Treffen hielten folgendes fest: (12)

„Der Botschafter führte aus, daß man den Eindruck habe, der Vatikan sei in bezug auf die italienischen Städte besonders voreingenommen, wenn er von Bombardierungen spreche, nur weil sie italienisch seien. Ich gab ihm zu bedenken:

1) daß für Rom besondere Erwägungen maßgebend seien. Ich zählte sie ihm auf und versäumte nicht zu wiederholen, daß, wenn Rom bombardiert würde, der Heilige Stuhl protestieren würde.
2) daß der Heilige Stuhl gegen die Bombardierung der Zivilbevölkerung der italienischen Städte jetzt interveniert, weil solche Bombardierungen ein immer stärkeres Ausmaß annehmen. Der Botschafter vergaß nicht, daß der Heilige Vater gegen die Bombardierung verteidigungsunfähiger Bevölkerungen bei anderen Gelegenheiten bereits Einspruch eingelegt hatte. Als die englischen Städte mit Bomben belegt worden waren, wußte jeder, daß sich der Heilige Vater sogleich mit harten Worten dagegen gewandt hatte.
Der Botschafter anerkannte die Richtigkeit meiner Darlegung und erklärte dann: Aber warum interveniert der Heilige Vater nicht gegen das schreckliche Abschlachten der Juden?
Ich rief ihm in Erinnerung zurück, daß der Heilige Vater bereits in seiner Weihnachtsmesse mit Nachdruck auf das Recht auf Leben, auf friedliche Existenz und auf ausreichenden Anteil an den Gütern dieser Welt für alle Menschen, ungeachtet ihrer Rasse und Religion, verwiesen habe. Man darf nicht vergessen, fügte ich hinzu, wieviel der Heilige Vater getan hat und weiterhin tut, um die mißliche Lage der Juden zu erleichtern. Diese Leute wissen das und danken dem Heiligen Vater oft dafür, was er für sie schon alles getan hat.
Der Botschafter bestand darauf, daß der Heilige Vater intervenieren müsse, um die Massaker der Juden zu beenden. (Ende der Note)."

Später am gleichen Tage eilte Osborne in das Sekretariat von Msgr. Domenico Tardini (dem Auswärtigen Amt des Vatikans) und versicherte Tardini unter Hinweis auf den Abzug der italienischen Kommandostäbe aus Rom, daß *„dies nichts ändere"*! Tardini faßte sein Gespräch mit Osborne in seinen Notizen zusammen, die damit endeten, daß

„der Abzug der italienischen Kommandostäbe helfen mag, stärker deutlich zu machen, daß, wer immer Rom bombardiert, barbarisch ist (und so ist es gut, daß der Heilige Stuhl eine interessierte Partei ist); doch es wird Rom Bombardierungen nicht ersparen."

So sehen wir den Hintergrund der päpstlichen Weihnachtsbotschaft. Dem Vatikan gegenüber, so erscheint es dem Gespräch zwischen Osbome und Maglione zufolge, versuchten die Engländer ein Geschäft vorzuschlagen: Der Papst verurteilt die Vernichtung der Juden und die Alliierten verzichten darauf, Rom zu bombardieren, eine überzeugende Sachlage, die selbst einen Heiligen Vater hätte beeindrucken können. Abgesehen von irgendwelchen ethischen Betrachtungen war es dem Vatikan

augenfällig, daß er seine offizielle Neutralität nicht aufs Spiel setzen könne, indem er öffentlich die Deutschen mit völlig aus der Luft gegriffenen Anklagen überschüttet. Und da die Deutschen zu jener Zeit noch die militärisch dominierende Macht auf dem Kontinent darstellten, erschien der Hinweis in der Weihnachtsbotschaft ohne jeglichen Hinweis auf Juden oder Deutschland (gleichermaßen wie andere Anmerkungen, die mehr oder weniger anti-deutsch klangen, wenn auch sie nicht spezifiziert waren). Jedoch verschwanden die alliierten Bombendrohungen gegenüber Rom nach der Weihnachtsbotschaft 1942 nicht. So gab es mit Ausnahme eines kurzen, ähnlich gehaltenen Hinweises in einer langen päpstlichen Botschaft vom 2. Juni 1943, der von der Weltpresse ignoriert wurde, kein Gespräch dieser Art mehr seitens des Vatikans. In seinem Brief vom 30. April 1943 an seinen Freund von Preysing vermerkte Papst Pius einen politischen Hinweis, aber selbst in dieser vertraulichen Mitteilung waren seine gezielten Worte milder als jene Bemerkungen in der Weihnachtsbotschaft. (14)

Obwohl der Vatikan in Osborne's Bemerkungen mit Recht einen besonderen Vorschlag erblickte, scheint es höchst wahrscheinlich, daß dies eine Fehldeutung war und Osborne nicht geglaubt hat, seinerseits etwas angeboten zu haben. Es ist auch möglich, daß Osborne gefühlt hat, daß Maglione eine verhältnismäßig unnachgiebige Haltung einnahm und auf diese Weise etwas außerhalb des Rahmens aufgegriffen hat, um die Argumentation auf seiner Seite in der Diskussion zu verstärken. Die offizielle alliierte Erklärung über die Vernichtung der Juden kam drei Tage später und somit lag die Angelegenheit zweifellos irgendwie beim diplomatischen Korps in der Luft und gelangte natürlich auch zu Osborne.

Rom wurde erstmalig am 19. Juli 1943 bombardiert (von den Amerikanern). Die Ziele waren Eisenbahnknotenpunkte, die die deutschen und italienischen Truppen nach der Landung der Alliierten in Sizilien am 9. Juli begonnen hatten zu benutzen. Im Verlauf der nachfolgenden Angriffe fielen Bomben auch gelegentlich auf den Vatikan, doch war der Schaden an historischen und religiösen Schätzen sowohl im Vatikan als auch anderswo in Rom geringfügig.

Der einzige andere Punkt von einigem Interesse hinsichtlich der Rolle des Vatikans ist, daß seine Bemühungen, die Hilfe gegenüber den Juden auszuweiten, ziemlich ausgedehnt waren, was Rhodes zugestand. Jedoch sollte in diesem Zusammenhang auch Waagenaar gelesen werden, der einige Fehler aufzeigt, die Rhodes an einigen Punkten unterlaufen sind. Jedoch vom Standpunkt, bei dem es nur auf die Analyse der Vernichtungslegende ankommt, ist die einzig bedeutsame Schlußfolgerung aus solchen Aktivitäten des Vatikans, daß sie weitere Anhaltspunkte dafür bieten, wie der Vatikan zu jener Zeit mit den jüdischen Verhältnissen in Europa befaßt war. Somit war es nicht möglich, daß eine Vernichtung hätte vor sich gehen können, ohne daß der Vatikan davon gewußt hätte.

Während die bedeutenden diesbezüglichen Anhaltspunkte für die Rolle des Vatikans nicht viele sind und auch zugedeckt wurden, gibt es doch einige seltsame Sachverhalte, die es wert sind, in dieser Abhandlung bekanntzumachen.

Ein seltsamer Charakter, der in den Kriegszeitdokumenten des Vatikans in Erscheinung tritt, ist Piero Scavizzi, ein recht einfacher Priester, der auf italienischen Militärlazarettzügen mitgenommen wurde, die zwischen Italien und der Ostfront hin- und herfuhren. Er wurde „Fürsorger" genannt und verabreichte den verwundeten italienischen Soldaten all jene Tröstungen, die in solchen Umständen vergeben werden konnten. Indem er auf diese Weise so viel herumreiste, wurde er jedoch auch häufig als Kurier benutzt, und sein häufig enger Kontakt zu hochrangigen Prälaten, der sich aus dem überbringen solcher Botschaften ergab, scheint seine Fantasie angefeuert zu haben.

Die erste Wunderlichkeit, der wir begegnen, datiert vom Februar-März 1942. Scavizzi verfaßte einen Brief, angeblich von Adam Sapieha, Erzbischof von Krakau, über die Leiden der katholischen Priester unter den brutalen Deutschen. Wie sich aus *Actes et documents* jedoch ergibt, waren die Umstände höchst merkwürdig : (15)

„ (...) Der Erzbischof schlug alle Vorsichtsmaßregeln in den Wind und beschrieb die Härte der Nazi-Unterdrückung und die Tragödie der Konzentra-

tionslager. Aber nachdem er sein Testament bei Scavizzi hinterlegt hatte, bekam er es mit der Angst und sandte Scavizzi eine Mitteilung, in der er ihn bat, das Dokument zu verbrennen „aus Angst, daß es in die Hände der Deutschen fallen könnte, die alle Bischöfe und vielleicht auch andere erschießen würden". Der Priester Scavizzi vernichtete die besagte Schrift, aber nicht ohne daß er vorher eine Abschrift mit eigener Hand gefertigt und gleichzeitig sein eigenes Testament über die Tragödie und die Verzweiflung, die sich für die Katholiken in Polen täglich ergab, anzufügen."

Daß Scavizzi einen Brief verfaßt haben will, nachdem er in Erfüllung einer Bitte des wirklichen Autors dessen Testament verbrannte, ruft eine etwas eigenartige Reaktion hervor. Setzen wir uns dennoch mit ihm auseinander. Das nächste Mal erscheint er im Zusammenhang mit einem Brief, den er an Papst Pius am 12.Mai 1942 von Bologna aus geschrieben hat : (16)

„Gegenüber dem anwesenden Nuntius bedauerte der Kardinal (Orsenigo, Nuntius in Berlin) das Schweigen darüber und drückte sein Urteil dahingehend aus, daß er (der Papst) zu furchtsam und an solchen gravierenden Neuigkeiten nicht interessiert sei.
Die antijüdische Kampagne ist unerbittlich und nimmt immer mehr zu, mit Deportationen und Massenexekutionen. Die Massaker an den Juden in der Ukraine sind bereits vollendet. In Polen und Deutschland ist beabsichtigt, sie ebenfalls mit einem System von Massentötungen zur vollständigen Ausrottung auszudehnen."

Wir haben oben gesehen, daß dies nicht den Informationen der Berliner Nuntiatur entspricht. So hat Scavizzi seine eigenen Meinungen Orsenigo unterschoben. Jedoch selbst wenn Orsenigo solche Ansicht gehabt hätte, ist es extrem lächerlich zu glauben, daß er diese dem Scavizzi anvertraut hätte, und sei es auch nur zu Scavizzis persönlicher Information. Ganz zu schweigen von dem Auftrag, sie dem Papst weiterzuleiten. Scavizzis Zuverlässigkeit muß in Frage gestellt erscheinen.
Das nächste Mal erscheint Scavizzi am 7. Oktober 1942, als er einen Bericht über die Situation in Polen schrieb, der auf irgendeine Weise in die Aktenbestände des Vatikans gelangte : (17)

„Die Juden : Die Ausmerzung der Juden mittels Massentötungen ohne Rücksicht auf Kinder und sogar Babies ist nahezu lückenlos. Für alle diejenigen, die

> von ihnen zurückbleiben und mit weißen Armbinden markiert sind, ist zivilisiertes Leben unmöglich. Ihnen ist verboten, irgendwelche Geschäfte zum Einkauf zu betreten, Straßenbahnen oder Taxis zu benutzen, Kinos aufzusuchen oder nichtjüdische Wohnungen zu betreten. Bevor sie deportiert oder getötet werden, werden sie zu harter Arbeit verpflichtet, auch dann, wenn sie einer kultivierten Klasse angehören. Die wenigen verbleibenden Juden erscheinen gelassen, fast demonstrativ stolz. Es wird behauptet, daß mehr als zwei Millionen Juden getötet worden sein sollen."

An diesem Punkt steigt ein zweiter Verdacht auf, nämlich, daß der Vatikan - gleichermaßen wie wir auf die Notizen von Scavizzi reagiert haben - den Berichten von Scavizzi wenig Gewicht beigemessen hat. Der Vatikan hatte solches Material von Scavizzi in seinen Akten, doch betrachtete er es nicht als Bestätigung für die Behauptungen der zionistischen Organisationen, wie dies oben deutlich geworden ist.

Da die Kriegszeitdokumente des Vatikans zur Zeit der Veröffentlichung dieses Buches der Öffentlichkeit noch nicht vollständig vorlagen, ist es möglich, daß Scavizzi in den Fortsetzungsbänden dieser Dokumente nicht mehr aufscheint. Jedoch behauptete er im Jahre 1964 (um 1967 verstarb er) in einem italienischen Magazin, daß der Papst während des Krieges ihm - Piero Scavizzi - gelegentlich eines negativen Zusammenhanges anvertraut habe, daß er in Erwägung ziehe, Hitler (ein nomineller Katholik) wegen seiner Vernichtung der Juden zu exkommunizieren. (18) Das ist es. Scavizzi war offensichtlich ein Spinner, der wer weiß welche Geschichten erfand, um sich wichtiger erscheinen zu lassen, als seine niedrige Position als Begleiter von Lazarettransporten vermuten lassen würde. Daher wird klar, daß unser zweiter Argwohn richtig sein muß: Scavizzi wurde vom Vatikan für eine harmlose Nuß angesehen, dem man zutrauen könnte, letzte heilige Handlungen zu verrichten und auch Briefe zu überbringen, der aber nicht in der Lage wäre, Fakten auseinanderzuhalten. Es ist leicht amüsant, daß die Herausgeber der *Actes et documents,* so man sie von ihren Herausgeberkommentaren her beurteilt, Scavizzi ernst genommen zu haben scheinen. Jedoch wenn dem Leser der Dokumente ins Auge springt, daß Scavizzi ein Schwätzer von großspurigen Geschichten ist, ist es möglich, daß die Herausgeber über

Scavizzi und die von ihm behandelten Themen anders gedacht haben als was sie ausgedrückt haben.
Da gibt es jedoch einen Punkt von nicht geringfügiger Bedeutung im Zusammenhang mit Scavizzis Berichten, hauptsächlich den Bericht vom 12. Mai 1942, betreffend die Aussage, die Orsenigo ihm anvertraut habe. Es ist nicht anzunehmen, daß Scavizzi unabhängig, d.h. allein die Vernichtungslegende erfunden hat, wenngleich es auch in etwa möglich ist. Wenn er die Vernichtungsbehauptungen, die in seinem Brief vom 12. Mai 1942 enthalten sind, nicht erfunden hat, muß er von ihnen irgendwo gehört haben. Dies ist ein Faktum von einigem Interesse insofern, als sein Bericht über einen Monat früher datiert ist, als die zionistischen Organisationen im Westen begannen, sich in dieser Weise zu äußern (die erste solche Erklärung vom jüdischen Weltkongreß war am 29. Juni 1942, wie wir im Kapitel III vermerkt haben). Dies bestätigt, daß solche Propaganda in Ost-Europa bereits vor dem Juni 1942 in Umlauf war. Dies wiederum stimmt mit der Angabe von Dawidowicz überein, derzufolge die Vernichtungsbehauptungen für das Wartheland (der annektierte Teil von Polen südlich des Korridors) auf die Tötung mittels LKW-Autoabgasen bei Chelmno verweisen, die zum erstenmal in der vierseitigen jüdischen Untergrundpublikation *Veker* erschienen. Dort sind die ersten Vernichtungsbehauptungen auf den Seiten drei und vier in den Ausgaben vom Februar 1942 erschienen. Behauptungen von Vernichtungen im Generalgouvernement von Polen (mittels Gas in Belczek) wurden in der Untergrundpublikation *Mitteylungen* Anfang April 1942 aufgestellt. (19)
So ergibt sich, daß die Vernichtungslegende ihre Geburt obskuren polnischen Judenpropagandisten verdankt, jedoch die Nährung dieser Legende bis zum Status eines internationalen und historischen Schwindels von zionistischen Kreisen vollzogen wurde, die hauptsächlich im Westen, besonders in und um New York herum ihren Sitz hatten.
Seither erscheint es, daß die Vernichtungspropaganda seit Frühjahr 1942 in Polen in Schwung war. Daher ergibt sich, daß die meisten dieser Informationen, die den Vatikan von Polen erreichten, durch das Amt des päpstlichen Nuntius in Berlin gingen. Somit mußten solche Geschichten

zeitig Orsenigo begegnet sein. So war in der Tat ein Brief von Orsenigo an Msgr. Giovanni Montini (der gegenwärtige Papst Paul VI, der zur Zeit des Krieges oft an Stelle Magliones eingesetzt worden war) vom 28. Juli 1942 hauptsächlich den Klagen über die Schwierigkeit gewidmet, exakte Nachrichten über das Geschehen gegenüber den Juden zu erhalten. Nachdem er einige Kommentare abgegeben hatte über die gelegentliche Praxis der „Nazis", ausgewählten Juden plötzlich und ohne Warnung zu befehlen, sich für die Deportation bereitzumachen, schrieb er : (20)

> „Wie leicht zu verstehen ist, öffnet dieses Fehlen von Nachrichten die Tür für die makabersten Mutmaßungen über das Schicksal der Nicht-Arier. Da sind ebenfalls Gerüchte in Umlauf, die schwierig auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen sind, über verheerende Transportverhältnisse und sogar Massaker an Juden. Sogar jede Intervention zugunsten der nicht-arischen Katholiken wurde mit der landläufigen Antwort zurückgewiesen, daß Taufwasser nicht das jüdische Blut verändere und daß das Deutsche Reich im Verteidigungskampf gegen die jüdische Rasse stehe und nicht gegen die Religion der getauften Juden.
> Unter solchen schlimmen Gerüchten gibt es keinen Mangel an einigen weniger betrüblichen Nachrichten: So wird z.B. darüber gesprochen, daß in Holland, wo die Deportation der Nicht-Arier jetzt begonnen hat, ein ausgesprochener Protest der Priesterschaft, mit dem sich die katholischen Bischöfe solidarisch erklärten, Erfolg gehabt habe und die getauften Nicht-Arier von den Deportationen ausgenommen worden seien. Gleichermaßen wurde berichtet, daß in dem berüchtigten Ghetto von Litzmannstadt, im Wartheland, einem polnischen Priester, der mit einem Elan von apostolischem Heroismus darum gebeten hatte, gestattet worden sei, das Ghetto zu betreten und dort zu verbleiben, um sich um das Seelenheil der nicht-arischen Katholiken zu kümmern."

Eine Fußnote der Herausgeber vermerkt, daß die Geschichte von Holland falsch war. Wir vermerken hier, daß ein beträchtlicher Teil des Bemühens durch den Vatikan zur Hilfe für die Juden in jener Zeit hauptsächlich auf die Familien ausgerichtet war, die mit jüdischem Herkommen zum Katholizismus konvertiert waren, und deren Situation besonders tragisch insofern war, als niemand ihnen wohlgesinnt zu sein schien: Die Deutschen betrachteten sie als Juden, und die Juden betrachteten sie als Renegaten.

Die vorhergehenden Bemerkungen von Orsenigo machen deutlich, daß Scavizzi ihn zum mindesten entstellt wiedergegeben hat, macht aber ebenfalls deutlich, daß er gewisse schreckliche Gerüchte gehört hat, obwohl nicht sicher ist, was er unter Massaker (*eccidi in massa*) versteht. Es gab da natürlich, wie wir im Kapitel VII berichtet haben, gelegentliche Massaker von Juden während des Krieges, und die Gerüchte, die zu ihm gedrungen sind, mögen sich darauf beziehen: sie mögen aber auch ihren Ursprung in der Vernichtungspropaganda haben, die, ausgehend von jüdischen Untergrundorganisationen in Polen, kurz vorher begonnen hat. Es ist sogar möglich, daß Orsenigo an einige Hinweise gedacht hat, die Scavizzi im Zusammenhang mit der Information, die er in seinem Brief vom 12. Mai 1942 bei der Berliner Nuntiatur hinterlassen hat. In jedem Fall zeigt der Di Meglio-Brief vom 9. Dezember 1942, daß die Nuntiatur zu jener Zeit keinerlei Vernichtungsbehauptungen anerkannt hat (mit Ausnahme vielleicht der Geschichte aus Rumänien), selbst wenn ihr solche Berichte zugetragen worden sind. Da gibt es eine Reihe weiterer Punkte, die einer Diskussion wert sind und die im Zusammenhang mit den Vatikan-Dokumenten stehen. Während des Krieges war der Vertreter des Vatikans in Griechenland und der Türkei Msgr. Angelo Roncalli, der spätere Papst Johann XXIII. Am 8. Juli 1943 berichtete er dem Vatikan von Istanbul aus wie folgt : (21)

„1. Entsprechend meinen Richtlinien, im Kontakt mit den verschiedenen Personen, selbst solchen mit Amt und Würden, vorsichtig zu sein, vermeide ich Versammlungen, die nicht besonders notwendig oder im einzelnen nützlich sind. So sah ich z.B. von Papen (deutscher Botschafter in der Türkei) nur einmal in sechs Monaten und nur flüchtig und aus gelegentlichem Anlaß meines Osterbesuches in Ankara. Zu jener Zeit gab es viel Gesprächsstoff über die Katyn-Affaire, die, gemäß von Papen den Polen hätte die Vorteile eines Umschwenkens zu den Deutschen nahelegen sollen. Ich erwiderte mit traurigem Lächeln, daß es vor allen Dingen zuerst notwendig wäre, ihnen einen Überblick zu vermitteln über das Schicksal der Millionen Juden, die nach Polen verschleppt worden seien und dort unterdrückt würden, und daß dies in jedem Fall eine gute Gelegenheit für das Reich wäre, seine Behandlung den Polen gegenüber zu verbessern. Da nun von Papen zurückgekehrt war, ebenso wie das gesamte Diplomatische Korps von Ankara bis Istanbul und dem Bosporus, fehlen keinerlei Gelegenheiten zum Treffen.

2. Hin und wieder kommt der vornehme Baron von Lersner, um mich zu sehen (...)"

In seinen nachfolgenden Notizen geht er weiter auf Sachverhalte ein, die unseren Untersuchungsgegenstand nicht berühren. Als dieses Dokument vom Vatikan publiziert wurde, berichtete die Presse, daß Roncalli *„von den Millionen Juden gesprochen habe, die nach Polen verschleppt und dort vernichtet worden seien."* (22) Das führt auf eine Übersetzung zurück, bei der es auf wenige Worte ankommt. Das italienische Verb *sopprimere* (dessen Vergangenheitsform in Roncalli's Note aufscheint) ist sinnverwandt mit dem englischen *to suppress* (unterdrücken) und dem französischen *supprimer* (was wahrscheinlich gemeint war, da von Papen und Roncalli vermutlich mit einander französisch gesprochen haben). Die italienischen und französischen Worte sind in der Bedeutung gleichartig, aber sie entsprechen nicht dem englischen Wort, zumal *sopprimere* und *supprimer* einen Zusammenhang mit Töten in großem Umfang impliziert, was jedoch nicht mit Ausrottung oder Vernichtung gleichzusetzen ist. Sowohl die französische wie auch italienische Sprache hat für diese beiden englischen Begriffe einen entsprechenden Ausdruck. Den Begriff *sopprimere* gegenüber einer großen Gruppe von Menschen anzuwenden, schafft einen Zusammenhang mit Tötungen nur, wenn es sich hierbei um große Zahlen handelt und kann oder mag nicht Ausrottung bedeuten: es hängt vom Gesamtinhalt ab. So ist die Möglichkeit zu unterstellen, daß Roncalli an etwas anderes dachte als an die von den Alliierten vorgebrachten Ausrottungsbehauptungen, von denen Roncalli sicherlich auch gehört hatte. Z.B. mag er an die damals aktuell gewesene und publizistisch breit ausgewalzte Niederschlagung des Warschauer Aufstandes durch die Deutschen gedacht haben, in deren Verlauf die Deutschen viele Juden getötet haben. Jedoch neige ich dazu, ein solche Deutung zurückzuweisen. Es erscheint mir eher, daß Roncalli in solchen Begriffen der Vernichtung gedacht hat, wie sie den Behauptungen der Alliierten entsprachen.

Wenn man jedoch Roncallis Darstellung aufmerksam liest, und zwar vor dem besonderen diplomatischen Hintergrund, wird es deutlich, daß es

nicht besonders wichtig ist, was genau Roncalli sich bei seinen Worten gedacht hat. Er beschrieb eine Treffgelegenheit zwischen zwei Diplomaten, von denen einer eine Begegnung gar nicht wünschte. Entsprechend seiner *„Richtlinie zur Vorsicht"* dürften daher seine Worte gewählt worden sein, um Begegnungen zu vermeiden. Was Roncalli in Wirklichkeit von Papen gesagt hat, war, daß, sollte letzterer die Begegnung verlängern wollen, Roncalli den Disput verschärfen würde. Roncalli setzte von Papen in diplomatischer Sprache die Haltung auseinander, die er in dem ersten Satz seines Berichtes rundheraus zum Ausdruck brachte. Roncallis Bemerkung war eine wohlbekannte diplomatische Parade, bei der es nicht besonders bedeutsam ist, was genau der Sprecher sagen will und ob er das glaubt, was er sagt. Das einzige, was an diesem Gespräch wichtig ist, ist die Tatsache, daß Roncalli mit von Papen nicht zu sprechen wünschte, und daß dies alles war, was er von Papen sagte. Wenn auf der anderen Seite Roncalli an einem Gespräch mit von Papen interessiert gewesen wäre, würde er sicherlich die Unterhaltung nicht mit solch feindseligen Bemerkungen eingeleitet haben, weder unter Hinweis auf Vernichtungen oder blutige Unterdrückung von Ghettorevolten, ganz gleich wie immer seine eigene Meinung zu den behaupteten deutschen Grausamkeiten und Brutalitäten gewesen sein mag.

Da der Vatikan ein Beobachter und Teilnehmer der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges war, war es unvermeidlich, daß die Vernichtungsgeschichten, von denen die ganze Welt gehört hat, auch dem Vatikan zur Kenntnis gelangt sein mußten. Somit fanden die Geschichten natürlich auch in Passagen der Vatikandokumente ihren Niederschlag. Und wenn man dort solchen Passagen begegnet, sollte der Zusammenhang mit möglichen besonderen Motiven jener Personen besonders beachtet werden, die derartige Vermerke niedergeschrieben haben. Gleichermaßen sollte dabei die Entwicklung der Propaganda berücksichtigt werden, wie wir sie in diesem Buch, besonders im Kapitel III, analysiert haben. Roncalli versuchte lediglich, von Papen bei dem Treffen am 8. Juli 1943 in Ankara schnell loszuwerden, wie sein Bericht im ersten Satz andeutet.

Ein anderer Brief, den wir in den Vatikandokumenten finden, war an Papst Pius im August 1942 von dem Römisch-katholischen Erzbischof André Szeptyczkyi geschrieben worden. Der Brief verweilt in großer Breite bei unterstellten deutschen Grausamkeiten, und der Leser dürfte sehr verwirrt sein, besonders hinsichtlich des Motivs, bis Szeptyczkyi schließlich bei den letzten Zeilen auf den eigentlichen Anlaß seines Briefes zu sprechen kommt. Er vermerkt über sein Versagen, daß es ihm über mehr als drei Jahre hinaus nicht gelungen war, vom Papst einen Apostolischen Segen zu erhalten (d.h. eine päpstliche Bestätigung, höchst wichtig in der Kirchenpolitik), und führte dann aus, daß seine Leiden und Entbehrungen unter den „bösen Deutschen" sicherlich angemessene Gründe für eine schließliche Gewährung eines solchen Segens sein dürften. (23)

Daß die wenigen in den Vatikandokumenten erscheinenden Passagen mit Hinweis auf Judenvernichtungen lediglich die Entwicklung der Propaganda widerspiegeln, ist offensichtlich. Im Kapitel III vermerkten wir, daß Burzio von der Slowakei aus Geschichten über Seifenfabriken dem Vatikan ausgerechnet zu einer Zeit zuleitete, als solche Geschichten Schlager der Propaganda waren. Ein anderes Beispiel ist eine Reihe von Noten, in denen Maglione am 5. Mai 1943 Vernichtungs-geschichten zum besten gab. Der Anlaß für die Zusammenstellung der Noten ist nicht klar, d.h. der Leser kann nicht ermitteln, ob Maglione seine eigenen Eindrücke oder lediglich die Behauptungen anderer wiedergibt (andere Dokumente, die von Maglione zu jener Zeit geschrieben worden sind, lassen nicht den Schluß zu, daß er die Vernichtungsgeschichten geglaubt hat). In jedem Fall sind Gaskammervernichtungen bei Treblinka und in der Nähe von Brest-Litowsk erwähnt. Die Herausgeber der *Actes et documents* vermerken offenbar verwirrt. (24)

> „Die Information, wahrscheinlich von einem italienischen Beamten verbreitet, scheint ziemlich veraltet zu sein, da sie weder Birkenau noch Auschwitz erwähnt, wo der größere Teil der Vernichtungen zu jener Zeit vonstatten ging."

Weiter weisen die Herausgeber im Jahre 1943 auf (25) :

„die alliierte Propaganda hin, die ausgiebig beim Thema der deutschen Grausamkeiten verweilte, jedoch über Auschwitz sich vollkommen in Schweigen hüllte, aus Gründen, die wir niemals zufriedenstellenderweise klären konnten".

Genauso wie es unvermeidlich war, daß sich in den Vatikandokumenten etwas von der Propaganda widerspiegeln würde, so war es unvermeidlich, daß etwas von der Wahrheit im Hinblick auf die Sachverhalte, mit denen wir hier befaßt sind, Eingang in den Teil der Vatikan-papiere gefunden hat, die für die Veröffentlichung ausgewählt wurden. So ergeben die Dokumente, daß der Vatikan trotz allem einigen Zugang zu Juden in Polen hatte, nicht nur polnischen Juden, sondern auch italienischen Juden, die nach der deutschen Besetzung Roms am 8. September 1943 deportiert worden waren. (26) Die Herausgeber des Bandes IX der *Actes et documents* vermerkten (beim Thema der Kriegsopfer im Jahre 1943), daß Freunde und Verwandte bekannt wären, die später Post von den deportierten Juden erhalten haben, daß Mitglieder des holländischen Widerstandes, die in ständigem Kontakt mit den Juden ihres Landes stehen, in einfachen Worten berichteten, daß die Deportierten in Lagern zur Arbeit eingeteilt seien, wohingegen die Älteren in Ghettos verbracht wurden. Sie vermerkten ferner, daß die jüdischen Führer in Rom nicht von irgendeinem Vernichtungsprogramm wüßten und Deportationen nur im Zusammenhang mit Härten des Winters und der gebrechlichen Gesundheit vieler Deportierter fürchteten. Dies wird bestätigt *„durch viele Briefe, die damals den Vatikan erreichten, und die gegenwärtig ein dickes Aktenbündel in den Archiven füllen (...) Keinerlei Erwähnung findet sich über ihre brutale Vernichtung."* Wir lesen auch, daß Peter Marie-Benoit (ein Priester, der in der Kriegszeit intensiv mit der Hilfe für die Juden befaßt war) im Juli 1943 einen Bericht über Judendeportationen von Frankreich mit dem Vermerk geschrieben hat, daß das Lager Auschwitz nebst seinen Nachbarlagern Arbeitslager wären, in denen *„die Moral der Deportierten allgemein gut sei und sie hoffnungsvoll in die Zukunft sehen."* . (27)

Nachdem die Auschwitzpropaganda erst im Jahre 1944 angelaufen war, werden wir wahrscheinlich die Auschwitzvernichtungsbehauptungen,

wobei dann aber genau auf die Herkunft der Informationen zu achten wäre, in den Kriegszeitdokumenten für die Jahre 1944-1945 wiederfinden (oder?), sofern sich der Vatikan zu ihrer Veröffentlichung entschließen sollte. Denn alles das, was sich bisher in diesem heiklen Quellenbereich an Vernichtungsbehauptungen niedergeschlagen hat, ist Propaganda.

Quellenangaben

Kapitel 1
Prozesse, Juden und Nationalsozialisten

1) Kennedy, 216-219 ; 236-239 in Memorial Edition
2) Grayzel, 792
3) Rassinier (1961), 9, 175 ; Rassinier (1963), 120
4) Nation Europa, Okt. 1973 ; S. 50. Dr. Stäglich „Meine Eindrücke vom KZ Auschwitz" ; Aug. 1975, S. 39. London Jewish Chronicle 27. Febr. 1976, 3, App. 20
5) Ruppin, 30-33
6) New York Times, 22. Febr. 1948, 4
7) World Almanac (1931), 192 ; (1942), 588 ; (1952), 394 ; (1962), 251
8) World Almanac (1931), 197 ; (1942), 593 ; (1952), 437 ; (1962), 258
9) World Almanac (1952), 438
10) US-WRB (1945), 64-69 ; N.Y. Times, 10. Juni 1944, 1 ; 13. Juni 1944, 1 ; 10. Aug. 1944, 5 ; 24. Okt. 1944, 14 ; 25. Okt. 1944, 13 ; Myer, 108-123
11) Reitlinger, 558 f, 568 f
12) Reitlinger, 344
13) NG-2586 G in IMT, Bd. XIII, 212
14) Rassinier (1965), 270
15) Kelley, 76 f ; N.Y. Times 2. Jan. 1958, 18 ; Robertson, 266
16) Rassinier (1963), 90. Siehe auch Dawidowicz, 121
17) Taylor (15. Aug. 1949), 1-3 ; N.Y. Times 1. Febr. 1945, 4
18) Davidson, 6,18, 21
19) N.Y. Times, 21. Juni 1945, 6 ; 16. Dez. 1945, sec. 4, 8 ; New Yorker, 17. Nov. 1945, 24 ; Survey Graphic, Jan. 1946, 4-9 ; Readers Digest, Febr. 1946, 56-64
20) Taylor, April, 1949, 248-255 ; Select Committee, 1536
21) N.Y. Times, 17. Okt. 1943, sec. 6, 10 ; 20. Mai 1945, 15
22) Kolander ; Taylor, 15. Aug. 1949, 4, 10, 13,14
23) Utley, 185-200 ; Chicago Tribune, 30. April 1948, 12 ; 13. Febr. 1949, 3 ; 14. Febr. 1949, 3 ; 17. Febr. 1949, 8 ; N.Y. Times, 31.Okt. 1948, sec. 4, 8
24) N.Y. Times, 30. Juli 1948, 5 ; 7. Okt. 1948, 15 ; 7. Jan. 1949, 1, 9 ; 2. März 1949, 1, 14 ; 5. März 1949, 1, 4 ; 5. Mai 1949, 8
25) N.Y. Times, 5. März 1949, 4 ; 30. April 1949, 2 ; 6. Sept. 1949, 9 ; 7. Sept. 1949, 9 ; 8. Sept. 1949, 9
26) Arendt, 265 f, 324 ; Aretz, 28 f
27) Taylor, April 1949, 272; 276
28) DuBois, 182 ; Chicago Tribune 23. Febr. 1948, 1, 2 ; 24. Febr. 1948, 3 ; 25. Febr. 1948, 4 ; 26. Febr. 1948, 1, 8 ; 28. Febr. 1948, 4, 8 ; 29. Febr. 1948, 2 ; N.Y. Times, 23. Febr. 1948, 5 ; 25. Febr. 1948, 10 ; 29. Febr. 1948, 10 ; 6. März 1948, 6

29) Taylor, April 1949, 272-276
30) Marcus, Encyclopedia Judaica, Bd. XI, 945; Berkman, 44-45; Saturday Evening Post, 4. Dez. 1948, 179
31) Taylor, 15. Aug. 1945, 13, 14, 34, 35
32) DuBois, 19-22, 31, 53, 63, 69 f, 74 f ; Berkman, 157-159, 195-199
33) Marcus; Berkman, 191-193, 199 ; John & Hadawi, Bd. II, 209 , 367; Zink, 209f ; N.Y. Times, 8. April 1943, 12 ; 16. April 1943, 10 ; 7. März 1946, 15; 16. Sept. 1947, 10 ; 29. April 1948, 16 ; Blum, 383
34) Colvin, VII, 1-6 ; N.Y. Times, 23. Dez. 1956, 1 ; 6. Juli 1969, 11: Sturdza, 161 ; betr. Canaris
35) Reitlinger, 30 ; Rotes Kreuz (1947), 99 ; Eichmann, Sitzung 75, V1, W1
36) Arendt, 191 f

Kapitel II

Lager

1) Veale, 133-136 ; Martin, 121
2) Reitlinger, 128 f, 424 ; Hilberg, 570-571 ; DuBois, 127
3) Burney, 9 ; Buber-Neumann, 172 f ; Lenz, 31; Cohen, 120 f
4) Sington, 117 ; 118
5) Fyfe, 152
6) Sington, 48
7) Fyfe, 17
8) Hilberg, 561-564 ; Reitlinger, 101, 154-158, 162
9) Cohen, 26-28
10) Rotes Kreuz (1948), Bd. 1, 546-547
11) 1469-PS und NO-1990 in NMT, Bd.V, 382, 389
12) Cohen, XIII
13) Aronéanu, 212
14) 1469-PS in NMT, Bd.V, 382
15) Reitlinger, 385 f, 427 f ; Hilberg, 377-379, 632-633
16) A. Frank, 285
17) Aronéanu, 207, 213, 214, 217, 220
18) Burney, 10-14
19) Höhne, 352 f
20) Burney, 10
21) 3420-PS ; 3422-PS. Für Bilder siehe u.a. Andrus ; Fotografien „Eine makabre Kollektion von Aufnahmen aus Buchenwald" ist auch abgedruckt in Pélissier, 64, opp.
22) 3421-PS, IMT, Bd. III, 515
23) N.Y. Times 24. Sept. 1948, 3 ; 1. Okt. 1948, 11 ; 8. Okt. 1948, 10 ; 22. Okt. 1948, 5 ; 27. Dez. 1948, 1, 12 ; 20. Dez. 1950, 15 ; 16. Jan. 1951, 1 ; 3. Sept. 1967,1
24) Burney, 106-109
25) Lenz, 32, 42, 78, 1063-PS

26) Rotes Kreuz (1948), Bd. I, 620 ; Bd. III, 83, 184 ; Rotes Kreuz (1947), 82-84
27) Rotes Kreuz (1947), 134-137
28) Rotes Kreuz (1947), 144-146, 149-152
29) Lenz, 270; Gun, 63-64
30) M.J. Smith, 94-95
31) IMT, Bd. V, 167-173 ; Rassinier (1963), 85
32) Burney, 107 ; Rotes Kreuz (1947), 151
33) Gordon, 23-25
34) Rotes Kreuz (1947), 150
35) Kath. Wochenblatt „Our Sunday Visitor" 14. Juni 1959, 15 (Pinter
36) „Die Zeit", 26. Aug. 1960, 14 (Brief v. Broszat) ; Rassinier (1963), 85 ; Rassiniers Hinweis auf den 19. Aug. 1960 ist unkorrekt
37) Howard, 3, 11-22, 44, 60-62 ; NMT, Bd. VII, 79 f
38) Craven, 172
39) Howard, 35-37
40) Dunbrook, 50 ; Naunton, 107
41) DuBois, 154-155
42) Reitlinger, 116, 135 ; N0-034 in NMT, Bd. V, 356-358
43) Reitlinger, 120 f ; DuBois, 156
44) Central Commission, Abb. 2, 4 ; Langbein, 929
45) Central Commission, 30 ; Reitlinger, 512 f ; NO-021 in NMT, Bd. V, 385
46) DuBois, 217 f, 223-227 ; Reitlinger, 121
47) NMT, Bd. VIII, 1183 f
48) Rotes Kreuz (1947), 92 ; Rotes Kreuz (1948), Bd. I, 546-551
49) Central Commission, 31 ; Reitlinger, 129, 514 ; 1469-PS und NO-021 in NMT, Bd. V, 382, 385
50) NI-11412-A in NMT, Bd.VIII, 311 f
51) NO-1290 in NMT, Bd. V, 371
52) Cohen, 180 ; Christophersen, 34 ; bezüglich Bordell in Dachau siehe auch Gun, 38-40
53) NMT, Bd.IX, 121 ; Central Commission, 37
54) DuBois, 164, 220-224
55) DuBois, 141; IMT, Bd.VI, 207, 223 ; NMT, Bd.IX, 120 ; US-WRB (1944), Teil 1, 1-2 ; Christophersen, 23-25
56) Reitlinger, 121, 165 ; Hilberg, 565, 574
57) Central Commission, 31
58) Central Commission, 27-29 ; DuBois, 130 ; Friedman, 33
59) Du Bois, 341 ; Naunton, 107 ; Bebb & Wakefield, 945

Kapitel III

Washington und New York

1) Howard, 4-7, 216 ; U.S. Special Committee, 24
2) Howard, Kap. 2-9
3) Howard, 82-83
4) Howard, 104-108
5) Naunton, 104
6) DuBois, 284

7) Die Kautschukkrise füllte die Presse in „Business Week" 31. Jan. 1942, 22 ; 14. März 1942, 15 ; 30. Mai 1942, 15 ; 20. Juni 1942, 15 ; 15. Aug. 1942, 15 und 19. Sept. 1942, 15 ; 12. Dez. 1942, 29 ; 19. Dez. 1942, 28 ; „Newsweek", 6. April 1942, 46 ; 13. April 1942, 56 ; 1. Juni 1942, 46 ; 21. Sept. 1942, 58; „New York Times", 11. Jan. 1942, sec. 7, 6 ; 26. Juli 1942, sec. 7, 3 ; „Fortune" Juni 1942, 92 ; „Nature Magazine", Mai 1942, 233 ; „Harper's", Dez. 1942, 66
8) Naunton, 108 ; Howard, 210-213
9) Howard, 221-222 ; Coit. 120-121 ; 164-222, 513-520
10) Howard, 227-228 ; U.S. Special Committee, 13, 18, 50 f ; Dunbrook, 40-46
11) Das Bild erscheint in Schoenberner, 162, und in Central Commission, Fig. 39
12) C.B. Smith, 166-171 und Fotografien
13) Hilberg, 631 ; Reitlinger 514 f
14) Die frühzeitige Ausrottungspropaganda, wie sie sich von Washington und New York bis hin zum „War Refugee Board" entwickelt hat, fußt auf Morse, 3-99 ; Feingold, 167-247 ; DuBois, 183-189 ; Blum, 207-227 ; Israel, 173 f, 216 f, 306-337 ; Morgenthau
15) Guggenheims Affidavit ist in einer Meldung Nr. 49 vom 29. Okt. 1942 enthalten, die zu den vom US-Konsulat aus Genf zurückgezogenen Akten gehörte. Z.Zt. im Archiv des Departments, Washington, Reference Center. In den gleichen Unterlagen befindet sich das Memorandum von Squire über sein Interview mit Burckhardt, angefügt an Squires persönlichen Brief vom 9. Nov. 1942 an Harrison
16) Die an Burckhardt gerichteten Fragen und seine Antworten sind im IMT-Dokument Kaltenbrunner 3 enthalten
17) Die Aussage der „Vatikan-Quelle" ist in den US-Nationalarchiven als Akte des State Departments 740.00 16 EW/726 zu finden
18) Hull, 471-473
19) Morgenthau-Diary, 6
2o) N.Y. Times, 23. Jan. 1944, 11
21) Morgenthau-Diary, 6-9
22) DuBois, 198 f ; Rotes Kreuz (1947), 20, 23, 59 f ; US-WRB (1945), 9 f, 56-61
23) US-WRB (1945), 46-56
24) Morgenthau-Diary, 805-810 ; Aretz, 366-368
25) Barnes, zitiert in Anonymous, 3
26) Blum, 343, 383
27) „Das Reich", 14. Juni 1942, 2 ; Jäckel, 80 f
28) Calic, 40 ; Hitler machte auch diesbezügliche Anmerkungen in *Mein Kampf*
29) Domarus, Bd. II, 1580
3o) N.Y. Times, 29. Okt. 1942, 20 ; New Yorker, 18. April 1942, 62 ; 12. Sept. 1942, 53 ; 24. Okt. 1942, 64 f ; 28. Nov. 1942, 82 ; 5. Dez. 1942, 82
31) Reitlinger, 185-194
32) Reitlinger, 460
33) DuBois, 197
34) N.Y. Times, 1. Nov. 1943, 5 ; 11. Dez. 1943, 1 ; 13. Dez. 1943, 11 ; 3. Jan. 1944, 9

35) Reitlinger, 557, 571 f
36) Time, 12. Juli 1954, 98, 100 ; New Republic, 20. Dez. 1954, 22 ; N.Y. Times, 7. April 1953, 20 ; 12. April, 1953, 33 ; Eichmann, Sitzung 85, A1-L1 ; IMT, Bd. XI, 228
37) R.H. Smith 214 f
38) Reitlinger, 388, 391 f, 573
39) Reitlinger, 372
4o) DuBois, 137 f, 186-188
41) NMT, Bd. V, 820 ; Reitlinger, 466 (engl. Ausg. 1968) ; Borwicz, 66-76
42) US-WRB (1945), 24-33. Bezüglich der Kontakte von slowakischen Juden mit Polen, besonders Krakau, aber auch Budapest, siehe Neumann und ebenso Freudiger ; Eichmann-Sitzung, 51. Wwl-Eeel ; Sitzung 52, A1-Bb 1 ; Wallenburg, beschrieben bei Poliakov & Wulf (1955), 416-420
43) R.H. Smith, 2, 12, 23, 62, 125, 239 ; Kimche & Kimche, 108
44) IMT, Bd. III, 568
45) DuBois, 173-175
46) Neumann, 178-183
47) N.Y. Times, 30. Nov. 1957, 21 ; Encyclopedia Judaica, Bd. XVI, 418 f
48) Reitlinger, 115 182, 590 f in engl. Ausg. 1968
49) Eichmann-Sitzung 52, M1, N1, W1 - Aal ; Sitzung 71 Ffl ; Sitzung 72, II-Ml ; Sitzung 109, JI-Ll, R1, S1. Das Affidavit ist wiedergegeben von Vrba & Bestic, 273-276
50) Naumann, 366 ; Langbein, Bd.I, 122-125, Bd.II, 968-971
51) Suhl, Artikel von Kulka
52) N.Y. Times, 27. April 1974, 7 ; Actes et documents, Bd. VIII, 476, 486 f ; Bd. IX, 40, 178 Anm.

Kapitel IV

Auschwitz

1) 3868-PS
2) IMT, Bd. XI, 396-422
3) Hilberg, 575 ; Reitlinger, 118 f
4) Reitlinger, 119, 524 f, 539 f ; Rotes Kreuz (1947), 95, 98, 103 f
5) Langbein, Bd. II. 930 f ; Naumann, 540 ; US-WRB (1944), Teil I, 22
6) IMT, Bd.VI, 211
7) Reitlinger, 125
8) 008-USSR ; Friedman, 14
9) Reitlinger, 492-498; US-WRB (1945), 39 f
10) US-WRB (1945), 49 f
11) IMT, Bd. XI, 398
12) Hilberg, 556-560 ; Reitlinger, 113 f. ; documents R-129, NO-719 und 1063 (F)-PS in NMT, Bd.V, 298-303
13) Reitlinger, 114 f, 121 (engl. Ausg von 1968, 115)
14) Reitlinger, 155 f
15) DuBois, 213 ; einiges über die chemische Zusammensetzung von Zyklon B

ist in dem Artikel *„Cyanide"* in der Encyklopedia Britannica aus dem Jahre 1943 diskutiert
16) Hilberg, 567-571
17) IMT, Bd. VI, 225-332
18) Hilberg, 570 ; Reitlinger, 162 f
19) Hardenbergh, 252-254, 257-259 ; Knipling
20) IMT, Bd. VI, 211, 225, 360-364 ; Rassinier (1963), 87, 226 f ; Rassinier (1965), 130 f ; Rassinier (1965 - „L'Opération Vicaire"), 38-48 ; Reitlinger, 169
21) NMT, Bd. I, 865-870 ; IMT, Bd. XXVII, 340-342
22) Hilberg, 570
23) Reitlinger, 169 ; 1553-PS
24) Friedländer, VII-XII
25) Friedländer, XI
26) Friedländer, X
27) Reitlinger, 170 ; siehe auch Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, April 1953, 189 f ; Nation Europa, Mai 1963, 50 f
28) Hilberg, 567 ; Reitlinger, 164 ; Documents NO-4344 und NO-4345 in NMT, Bd. V, 362-364
29) Hilberg, 565 ; Reitlinger 166
30) Langbein, Bd. II, 930 f ; Naumann, 540
31) Reitlinger, 163-166
32) US-WRB (1944), Teil I, 19-21, 37-38 ; Reitlinger, 190 f ; Blumental, 105
33) IMT, Bd.VI, 218
34) Reitlinger, 191
35) Yad Vashem Studies, Bd. VII, 109 f, 113
36) Reitlinger, 189 ; Boehm, 292 f
37) Reitlinger, 124-127 ; De Jong, behandelt die Briefe von Auschwitz
38) Cohen, 38 f
39) Rotes Kreuz (1947), 91 f
40) NMT, Bd. VIII, 320
41) DuBois, 53,173, 231 ; US-WRB (1945), 48-55
42) Lerner, 152 f
43) Friedman, 13 f
44) Cohen, 119
45) Cohen, 60
46) Friedman, 14 f ; Reitlinger, 181 ; Hilberg, 587 ; Blumental, l09 f ; eines der Dokumente ist wiedergegeben bei Poliakov & Wulf, 198
47) NO-4634 in NMT, Bd. IV, 1166 ; Eichmann, Sitzung 79, W1-Y1
48) IMT, Bd. XI, 336-339
49) Poliakov & Wulf (1956), 299-302 ; Eichmann, Sitzung 79, YI-Bbl ; Sitzung l0l, Hhl-Mml ; Sitzung l07, UL-Vl ; Sitzung l09, Fl-H1, Nl, 01 ; NG-5077
50) Der überwiegende Teil des Korherr-Berichtes ist wiedergegeben bei Poliakov & Wulf (1955), 240-248 ; Eichmann-Sitzung 77, Yl, ZI
51) Reitlinger, 583 ; Dok. wiedergegeben bei Poliakov & Wulf, 197 f

52) IMT, Bd. XI, 400 f
53) IMT, Bd. XI, 420; Central Commission, 87 f
54) Central Commission, 83 f ; Rassinier (1963), 93
55) Reitlinger, 166 ; Hilberg, 565 ; NO-4472
56) Central Commission, 83 ; Rassinier (1963), 93 ; NO-4461
57) Reitlinger, 159 in engl. Ausgabe ; NO-4353, NO-4400, NO-4401 in NMT, Bd.V, 353-356 ; NO-4445, NO-4448 ; Bild auch in Nyiszli und in Schoenberner, 152
58) Friedman, 54
59) NMT, Bd.V, 619 f ; Reitlinger, 167
60) 008-USSR
61) NO-4466 in NMT, Bd. V, 624
62) Friedman, 20, 74, 78 ; Hilberg, 632
63) 008-USSR ; Central Commission, 88 ; US-WRB (1944), Teil I, 14 ;16 ; Fyfe, 158 ; Blumental, 100
64) Rassinier (1963), 242-245
65) DuBois, 221, NO-1245
66) Cohen, 81, 125 ; Fyfe, 159 ; siehe auch hier Anhang D
67) NMT, Bd.V, 624 f ; Blumental, 100
68) Polson, 138, 143-145
69) Polson, 138 f
70) DuBois, 340 f
71) IMT, Bd. XI, 421
72) DuBois, 218, 230, 232
73) Polson, 137-146
74) Reitlinger, 158 f in engl. Ausg. 1968
75) Polson, 142
76) 008-USSR, Central Commission, 89
77) Johnson & Auth, 259-261
78) Polson, 141
79) N.Y. Times, 30. Aug. 1944, 1
80) NMT, Bd.V., 622f
81) Hilberg, 566
82) Grosch's Zeugenaussage ist vermutlich in den Unterlagen des Falles 4, 3565-3592, doch fehlen diese Seiten in der von mir geprüften Kopie. Vermutlich stimmt seine Aussage mit seinem Affidavit NO-2154 überein
83) NO-2154, zitiert bei Rassinier, 1963, 92 f ; auch bei Poliakov & Wulf, 1955, 136. Grosch's Schwanken vor den Gerichtsverhandlungen wird im Ortmann Memorandum dargelegt, das dem Dokument NO-4406 beigefügt ist
84) Central Commission, 41, 43 ; Naumann, 239, 318, 540
85) IMT, Bd.VI, 211
86) Reitlinger, 132 ; NO-021 in NMT, Bd.V, 385 ; Fyfe, 729; hier Anhang D
87) DuBois, 192, 220
88) US-WRB (1944), Teil I, 30, 32 ; Reitlinger, 129
89) DuBois, 209

90) Reitlinger, 128 f. Das Totenbuch befindet sich in dem Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie und ist vom Niederländischen Roten Kreuz beschrieben in Bd. I, 8-12
91) US-WRB (1944), Teil I, 32
92) Burney, 108 f, u.a.
93) Reitlinger, 134 ; 2172-PS
94) NO-1523 und NO-1285 in NMT, Bd. V, 372-376
95) 1469-PS in NMT, Bd. V, 379-382
96) NO-1935 in NMT, Bd. V, 366 f
97) Fyfe, 729, auch hier im Anhang D. Fall 6, Abschrift, 14326
98) Hesseltine, 152, 156, 192, 203 ; Encyclopedia Britannica, Ausgabe XI, Bd.I, 960
099) Amery, Bd. V, 252 f, 601 ; Bd.VI, 24 f
100) Encyclopedia Britannica, Ausgabe XII, Bd. XXXII, 157
101) Komitee der Antifaschisten, 86 ; M.J. Smith, 95 ; NO-3863 und NO-3860 in NMT, Bd. V, 613-616. Internationales Buchenwald-Komitee, 206 f und Abb. 55 ; Musiol, Abb. 88-91
102) NO-1242 und NO-4463, zitiert bei Hilberg, 556 ; Fyfe, 731, sowie hier Anhang B

Kapitel V

Die Ungarischen Juden

1) Rotes Kreuz (1948), Bd. III, 523
2) Reitlinger, 536 ; Rotes Kreuz (1947), 99 f
3) Reitlinger, 185 ; Shirer, 906 f
4) Reitlinger 156
5) US-WRB (1945), 49
6) Reitlinger, 467-508, 568 ; Hilberg, 509-554, 599 f
7) NG-2586-G in NMT, Bd.XIII, 212 ; NO-5194, Teil des Korherr-Berichtes in Poliakov & Wulf (1955), 240-248 ; NG-5620, zitiert bei Hilberg, 513
8) Ruppin, 30 f, 68
9) Craven, 280-302, 641 f
10) C.B. Smith, 167
11) Craven, 172-179
12) Reitlinger, 421 f in engl. Ausgb. ; Hilberg, 528 ; Rassinier (1963), 232 f ; Sachar, 463 f ; John & Hadawi, Bd. II, 36
13) IMT, Bd. IV, 355-373 ; US Chief of Counsel, Bd. VIII, 606-621
14) NMT, Bd. XIV, 1023, 1027
15) N.Y. Times, 26. Febr. 1947, 4 ; Hilberg, 350 f ; NMT, Bd. XIV, 1057, 1058 ; Steengracht 86 (Document)
16) NMT, Bd. XIV, 1031
17) Hilberg, 714 f ; Reitlinger, 443, 566 f in engl. Ausgabe ; Eichmann, Sitzung 85, A1, B1, 01-Rl ; London Times, 20. Nov. 1964, 16 ; N.Y. Times, 20. Nov. 1964, 8 ; London Daily Telegraph, 7. Nov. 1975, 17 (Zeitschrift)

18) N.Y. Times, 22. Febr. 1940, 22 ; 26. Aug. 1940, 17 ; 30. März 1944, 6 ; 14. Nov. 1945, 8 ; 17. Jan. 1946, 14 ; Select Committee, 1534-1535 ; Current Biography (1943), 370 ; Who's who in World Jewry (1965), 498
19) Kempner, 1-12 ; N.Y. Times, 28. Sept. 1941, sec. 2, 6 ; 20. Jan. 1945, 10
20) R.H. Smith, 217, 222 ; Yad Vashem Studies, Bd. V, 44 ; N.Y. Times, 6. Okt. 1946, sec. 6, 8 ; 7. Okt. 1946, 2 ; 18. März 1947, 4 ; Select Committee, 1536, 1539
21) Current Biography (1948), 533 f ; N.Y. Times, 7. Febr. 1943, 34
22) Current Biography (1948), 534 ; N.Y. Times, 14. Okt. 1946, 44 ; 23. Okt. 1946, 8 ; 26. Okt. 1946, 1 ; 27. Okt. 1946, 16 ; 3. Nov. 1946, 13 ; Newsweek, 4. Nov. 1946, 26
23) N.Y. Times, 12. März 1947, 6 ; 13. März 1947, 17 ; 14. März 1947, 12 ; 15. März 1947, 11 ; 18. März 1947, 4 ; 19. März 1947, 5 ; 26. März 1947, 4 ; Chicago Tribune, 19. März 1947, 20
24) Utley, 172, 177 ; Gaus (Fall 11, Abschrift 5123-5167) leugnet den Zwang, aber, wie Magee vor Gericht kommentierte, „hatten wir die Fragen und Antworten, die der Zeuge gab", in der fraglichen Vernehmung. Die Erklärungen von Thadden und Häfliger wurden in den Sitzungen vom 3. März und 11. Mai 1948 abgegeben. Die entsprechenden Prozeßniederschriften bei Bardèche, 120 f, der weitere Beispiele von Zwangsmaßnahmen und Einschüchterungen von Zeugen in Nürnberg anführt
25) N.Y. Times, 8. Nov. 1947, 10 ; 4. April 1948, 46 ; Nation, 27. Mai 1950, 528 ; 2. Dez. 1950, 499
26) N.Y. Times, 30. Sept. 1949, 21 ; 12. Jan. 1951, 7 ; 2. Febr. 1951, 8
27) Belgion, 64-78
28) IMT, Bd. X, 648
29) Select Committee, 1536-1548
30) N.Y. Times, 25. April 1952, 5 ; Chicago Tribune, 24. April 1952, Teil IV, 1
31) N.Y. Times 15. Nov. 1952, 2 ; 23. Dez. 1952, 1
32) Encyclopedia Judaica, Bd. X, 904 ; N.Y. Times, 31. März 1971, 1 ; 5. Dez. 1972, 16
33) N.Y. Times, 6. Okt. 1946, sec. 6, 8 ; 7. Okt. 1946, 2
34) Taylor, 15. Aug. 1949, 38
35) NMT, Bd. XIII, 487-508 ; Reitlinger, 593
36) Lublin (Maidanek) - Propaganda in „Life", 28. Aug. 1944, 34 ; 18. Sept. 1944, 17 ; Newsweek, 11. Sept. 1944, 64 ; Reader's Digest, Nov. 1944, 32 ; Time, 21. Aug. 1944, 36 ; 11. Sept. 1944, 36 ; Sat. Rev. Lit. 16. Sept. 1944, 44

Kapitel VI

Et Cetera

1) Hilberg, 562 ; Reitlinger, 137, 567 (engl. Ausg.) ; Rassinier (1963), 87 Anm.
2) NMT, Bd. I, 876
3) NO-824 (Hitler-Befehl), NO-846 (Faulhaber-Brief), NO-844 (Bericht über Gerüchte)
4) N.Y. Times, 7. Dez. 1941, 45

5) IMT, Bd. XX, 487-515
6) Fyfe, 157
7) Gilbert's Buch sollte vollständig gelesen werden, insbesondere aber die Seiten 15, 39, 46, 47, 64, 78, 152, 175, 242, 273-275, 291
8) Hilberg, 599 ; Reitlinger, 480-484 ; IMT, Bd. XVI, 445, 520
9) Speer, 375 f, 512
10) Speer, XVII ; De Jong
11) N.Y. Times Book Review, 23. Aug. 1970, 2, 16
12) Görings Zeugenaussage siehe insb. IMT, Bd. IX, 515-521, 609-619
13) Kelley, 54-58
14) IMT, Bd. XI, 273-276, 335
15) IMT, Bd. XXII, 494-496
16) Fall 6 - Abschrift, 197
17) NMT, Bd.V, 664-676
18) DuBois, 230 f ; NMT, Bd.VIII, 312-321 ; Fall 6, Abschrift 14321-14345
19) Nellesen, 160-180
20) Eichmann, Sitzung 78, N1-O1, Sitzung 98, T1-W1
21) Eichmann, Sitzung 103, Jj1 ; Sitzung 106, Vl
22) Eichmann, Sitzung 72, Aa1-Kk1 ; Sitzung 73, A1-R1, Sitzung 74, Hh1-1i1 ; Sitzung 88, L1-P2 und Anhang ; Sitzung 104, T1-V1 ; Sitzung 105, W1-Z1 ; „Life" 28. Nov. 1960, 19 ; 5. Dez. 1960, 146
23) Eichmann, Sitzung 85, J1-K1 ; T1-U1 ; Sitzung 87, M1-01, Y1 ; Sitzung 88, G1-H1
24) Aretz, 58 ; Naumann, 15
25) Naumann, 15-37, 523 f
26) Laternser, 85-94
27) Naumann, 516 f, 526 f, 533 ; Reitlinger, 551, 561 (engl. Ausg.)
28) Michelet, 151-157, 313 f
29) Belgion, 80 f
30) Bardèche, 12, 73 ; Davidson 44-47, 51
31) Eichmann, Sitzung 75, U1. Für die fanatischen Maßnahmen, die ergriffen wurden, um Eichmann während seiner Gefangenschaft von der Außenwelt abzuschneiden, siehe u.a. London *Jewish Chronicle, 2. Sept. 1960, 15*
32) Solschenizyn hat eine definitive Darstellung der historischen Entwicklung des kommunistischen politischen Prozesses gegeben. Siehe auch Conquest, 82-147
33) Reitlinger, 472 ; Hilberg, 524 ; Schmidt, 551 f
34) Die letzte Seite des Testamentes ist wiedergegeben von Trevor-Roper, 180 ; die Entdeckung und der Text des Testamentes in N.Y. Times, 30. Dez. 1945, 1 ; 31. Dez. 1945, 1, 6. Text auch bei Domarus, Bd. II, 2237
35) 1919-PS in IMT, Bd. XXIX, 110-173 (in deutsch). Auszüge in engl. in NMT, Bd. XIII, 318-327
36) IMT, Bd. XI, 561
37) NMT, Bd. XIII, 318

38) NMT, Bd.XIII, 457-487
39) Reitlinger, 334
40) NMT, Bd.V, 666, 675
41) Lochner, 126, 138, 147 f, 241, VIII. Oven's Bemerkungen in Nation Europa, April 1975, 53-56
42) Veale, 220-224 ; Reitlinger, 90, 208 ; Dawidowicz, 125
43) Reitlinger, 89 f, 208-212 ; Hilberg, 187 f, 194 f
44) Reitlinger, 213 (engl. Ausg. 1968)
45) IMT, Bd. III, 560 ; Bd. XXVI, 102-105 ; Poliakov & Wulf (1955), 140 f
46) Solschenizyn, 116
47) IMT, Bd. III, 559
48) Reitlinger, 213, Fußnote 75 auf S. 645
49) NMT, Bd. XIII, 269-272 (nur Auszüge)
50) IMT, Bd. XXXVII, 670-717 ; NMT, Bd. IV, 154
51) Hilberg, 252 ; Reitlinger, 247. Dok. 135-R und 3663-PS, wiedergegeben bei Poliakov & Wulf (1955), 190 f
52) Hilberg, 709 ; Reitlinger, 586 ; 3428-PS in NMT, Bd.IV, 191-193
53) Reitlinger, 225 f
54) NMT, Bd. IV, 168 f, 187, 190
55) N.Y. Times, 16. Juli 1943, 7
56) IMT, Bd. IV, 311-355
57) IMT, Bd. XXI, 1, 476-480, 491-494, 509 f, 538
58) NMT, Bd. IV, 223-312
59) NMT, Bd. IV, 313-323, 547, 555

Kapitel VII

Die Endlösung

1) NMT, Bd. XIII, 243-249
2) Hilberg, 619, 621
2) Sachar, 365-368, 412-417 ; John & Hadawi, Bd.I, 295-326
4) NMT, Bd. XIII, 169 f
5) Shirer, 881 ; u.a.
6) NMT, Bd. XIII, 212 f ; Poliakov & Wulf (1955), 119-126
7) N.Y. Times, 28. Febr. 1941, 4 ; 18. Okt. 1941, 4 ; 28. Okt. 1941, 10 ; 9. Febr. 1942, 5 ; 15. März 1942, 27 ; 6. Aug. 1942, 1 ; u.a.
8) Rothe, 173-196
9) NO-1611 und NO-1882 in NMT, Bd.V, 616-619
10) Reitlinger, 157 f, 294 f ; Hilberg, 318, 619, 621
11) Reitlinger, 92-104 ; Hilberg 262 f
12) Reitlinger, 108-115 (103 in engl. Ausg. 1968) ; Hilberg, 264 f ; NMT, Bd. XIII, 213
13) Grayzel, 785 f
14) Koehl, 131 f

15) Koehl, 146
16) Koehl, 130, 184
17) Reitlinger, 557-573 ; Hilberg, 670
18) Reitlinger, 398 (367 in engl. Ausg. 1968)
19) Yad Vashem Studies, Bd. III, 119-140
20) Kimche & Kimche, 63
21) Steengracht 64 in NMT, Bd. XIII, 300 ; NO-1247, zitiert bei Reitlinger, 324 und bei Hilberg, 254. Steengracht 65 (oder NO-1624) scheint nirgendwo reproduziert zu sein
22) In der Überlebenden-Literatur, siehe besonders Glatstein u.a., 25-32, 43-112 ; Gringauz (1949 & 1950) : Friedman & Pinson
23) N.Y. Times 18. Okt. 1941, 4
24) Härtle, 270 ; Scheidl, Bd.V, 65
25) Die beste Quelle zur Aufhellung der Motive für die antijüdischen Pogrome und deutschen Maßnahmen zur Unterdrückung der Pogrome scheint Raschhofer zu sein, Kap. II ; siehe auch Burg (1962), 50
26) N.Y. Times, 30 April 1946, 8
27) N.Y. Times, 20. Juli 1945, 9 ; 7. Sept. 1945, 5 ; 25. Nov. 1945, 32 ; 10. März 1946, 2 ; 17. April 1946, 27 ; 13. Mai 1946, 18 ; 17. Mai 1946, 5 ; 2. Dez. 1946, 5
28) Reitlinger, 558 f, 568 f ; N.Y. Times 8. Juli 1945, 1 ; 24. März 1946, 3
29) Koehl, 198 f ; NMT, Bd. V, 692-741 ; Bd. IV, 954-973
30) N.Y. Times, 28. Juni 1945, 8
31) Davie, 33
32) US-WR B (1945), 3 f, 12 f
33) Rosenman, 399
34) N.Y. Times, 21. Sept. 1945, 7
35) N.Y. Times, 23. Dez. 1945, 1
36) US-WRB (1945), 9, 16-45, 61-69, 72-74
37) John & Hadawi, Bd. II, 34
38) Koehl, 219 f
39) Zink, 121 f
40) N.Y. Times, 26. Okt. 1946, 5
41) Kimche & Kimche, 88 f ; John & Hadawi, Bd.II, 23-26, 34-36; Morgenthau-Diary, 79
42) N.Y. Times, 14. Aug. 1946, 10 ; 21.Aug.1946,1, 5 ; 23. Aug. 1946,18
43) N.Y. Times, 1. Okt. 1945, 2 ; 2. Okt. 1945, 1 ; 3. Okt. 1945, 1
44) Kimche & Kimche, 101-103
45) Kimche & Kimche, 97 f
46) Kimche & Kimche, 85-88
47) Kimche & Kimche, 81-83
48) N.Y. Times, 24. Juni 1946, 12
49) N.Y. Times, 10. Aug. 1946, 4 ; 27. Aug. 1946, 6 ; 2. Nov. 1946, 7
50) N.Y. Times, 2. Dez. 1946, 3 ; 3. Dez. 1946, 13
51) N.Y. Times, 2. Nov. 1946, 7 ; Kimche & Kimche, 95

52) John & Hadawi, Bd. II, 45,179
53) World Almanac (1950), 193 ; (1958), 364 f ; Prittie, 149f ; McDonald, 142 f
54) Kimche & Kimche, 15-19
55) N.Y. Times, 23.Dez. 1945, 1
56) U.S. Displaced Persons Commission, v, 248
57) Diese Angabe stammt letztlich vom Jahresbericht des US-Einwanderungs und Naturalisationsamtes (-dienstes). In diesem Fall verwendete ich die Zusammenstellungen aus dem „Information Please Almanac" (1969) und dem „Statistical Abstract of the U.S." (Sept. 1972)
58) Nation Europa, Heft 10, 1973, S. 43 f verweist auf die dem Luxemburg-Abkommen vorangehende Note der Israelischen Regierung vom 12. März 1951 sowohl an die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges als auch an die Bundesregierung, in der geltend gemacht wurde. daß es notwendig geworden sei, von der Bundesrepublik Deutschland 1,5 Milliarden US-Dollar zu fordern als „Unkostenbeitrag, um rund 500.000 vor dem Nationalsozialismus nach Israel geflüchtete Juden in das Leben des dortigen Landes einzugliedern". Auch werden dort Zahlen zur Wiedergutmachung angeführt, die jedoch kaum vollständig sein dürften, zumal wir jetzt 1977 schreiben.
59) Aretz, 337-346
6o) Reitlinger, 544

Kapitel VIII

Anmerkungen

1) Colorado Springs Sun, 30. Jan. 1973, 6
2) N.Y. Times, 12. Aug. 1972, 23
3) N.Y. Times, 6. Okt. 1961, 10 ; 14. Okt. 1961, 10 ; 17. Okt. 1961, 35 ; 4. Nov. 1961, 11 ; R.H. Smith, 237
4) N.Y. Times, 8. Mai 1974, 16
5) Fuks; Cambridge Ancient History, Bd. X, 296; Packer; Carcopino, 16-21, T. Frank, Bd. II, 245, Bd.IV, 158 f, Bd.V, 218 ; Encyclopedia Judaica, Bd. IV, 735; McCown; Babylonian Talmud, Sanhedrin 93 b oder S. 627 in der Übersetzung von Epstein; N.Y. Times 18. Jan. 1975, 6
6) Vogel, 56, 88-100

Anhang A

Der Gerstein-Bericht

1) Rassinier (1965), 116-129
2) Hilberg, 622 ; Reitlinger, 171 ; Poliakov & Wulf (1955), 114
3) Hilberg, 711
4) Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, April 1953, 178-182; Mosse, 245; N.Y. Times, 1. Febr. 1967, 39
5) Rassinier (1965), 43-48

Anhang E

Die Rolle des Vatikans

1) Rhodes, 171-210
2) Rhodes, 246
3) Actes et documents, v. 7, 179
4) Rhodes, 347
5) N.Y. Times, 22. Jan. 1943, 6 ; 13. Mai 1943, 8 ; 5. Sept. 1943, 7 ; 6. Sept. 1943, 7
6) N.Y. Times, 3. Juni 1945, 22
7) Actes et documents, Bd.VII, 82
8) Catholic Historical Review, Bd. 59, Jan. 1974, 719 f
9) Actes et documents, Bd. VIII, 738-742
10) Rotes Kreuz (1948), Bd. III, 520 f
11) Rhodes 272 f ; Waagenaar, 409, 435 f
12) Actes et documents, Bd. VII, 136 f ; Waagenaar, 413 zitiert den Wortwechsel zwischen Osborne und Maglione, aber zitiert nicht seinen eigentlichen Inhalt bezüglich der Bombendrohung gegenüber Rom
13) Actes et documents, Bd. VII, 138 f
14) Actes et documents, Bd. II, 326 ; Bd. IX, 40 ; Rhodes, 348 f
15) Actes et documents, Bd. III, 15 f ; Rhodes, 288
16) Actes et documents, Bd. VIII, 534
17) Actes et documents, Bd. VIII, 669 f
18) Rhodes, 345 ; Waagenaar, 431
19) Dawidowicz, 295 f
20) Actes et documents, Bd. VIII, 607 f
21) Actes et documents, Bd. VII, 473 f
22) N.Y. Times, 5. April 1973, 1, 5
23) Actes et documents, Bd. III, 625-629
24) Actes et documents, Bd. IX, 39, 274
25) Actes et documents, Bd. IX, 42
26) Actes et documents, Bd. IX, 493, 499, 632-636
27) Actes et documents, Bd. IX, 38, 42 f, 395 Anm. f

Literaturverzeichnis

Actes et documents du Saint Siège relatifs à la seconde guerre mondiale, 9 Bde., Libreria Editrice Vaticana, Vatican City, 1967-1975
Amery, L.S. Hauptherausgeber, The Times History of the War in South Africa, 7 Bde., London 1907 (Bd. V), 1909 (Bd. VI)
Andrus, Burton C., I was the Nuremberg Jailer, New York 1969
Anonymous, The Myth of the Six Million, Los Angeles 1969
Apenszlak, Jakob hrsg., The Black Book of Polish Jewry, American Federation for Polish Jews, 1943
App, Austin J., The Six Million Swindle, Boniface Press, 8207 Flower Av. Takoma Park, Md. 20012.- 1973
Arendt, Hannah, Ein Bericht von der Banalität des Bösen - Eichmann in Jerusalem, München 1964
Aretz, Emil, Hexeneinmaleins einer Lüge, 3. Aufl., München 1973
Aronéanu, Eugène Hrsg., Camps de Concentration, Paris 1946
Bardèche, Maurice, Nuremberg II, ou Les Faux Monnayeurs, Paris 1950
Barnes, Harry Elmer, Rampert J., Individualist Thought, Bd. III, 1967
Bebb, R.L. & Wakefield, L.B., German Synthetic Rubber Developments in G.S. Whitby, C.C. Davis & R.F. Dunbrook Hrsg., Synthetic Rubber, 937-986, John Wiley, New York / London 1954
Belgion, Montgomery, Victor's Justice, Hinsdale / Illinois 1949
Berkman, Ted, Cast a Giant Shadow, New York 1962
Bibliography of the Holocaust and After - Tel Aviv
Blum, John Morton, From the Morgenthau Diaries. Years of War 1941-1945, Bd. III, Boston 1967
Blumental, Nachmann Hrsg., Dokumenty i Materialy, Bd. I , Lodz 1946
Boehm, Eric H. Hrsg., We Survived, New Haven 1949
Borwicz, Michel, Ecrits des Condamnés à Mort sous l'Occupation Allemande, Paris 1954
Braham, Randolph, A. Hrsg., The Destruction of Hungarian Jewry, 2 Bde, New York 1963
Brown Book, War and Nazi Criminals in West Germany, Berlin-Ost 1965
Buber-Neumann, Margaret, Als Gefangene bei Stalin und Hitler, Stuttgart 1968
Burg, J.G., Schuld und Schicksal, München 1962; Sündenböcke, München 1967; NS-Verbrechen, München 1968
Burney, Christopher, The Dungeon Democracy, New York 1946
Calic, Edouard, Ohne Maske, Frankfurt 1968
Cambridge Ancient History - 12 Bde, Cambridge 1923-1939
Carcopino, Jérôme, Daily Life in Ancient Rome, New Haven 1940

Carter, Kit, C. & Müller, Robert, The Army Air Forces in World War II - Combat Chronology 1941-1945, Albert F. Simpson Historical Research Center, Air University and Office of Air Force History, 1973, Superintendent of Documents stock number 0870-00334
Central Commission for Investigation of German Crimes in Poland, German Crimes in Poland, Bd.I, Warschau 1946
Chamberlin, William Henry, America's Second Crusade, Chicago 1950
Christophersen, Thies, Die Auschwitz-Lüge, Mohrkirch 1973 / Québec 1974
Cohen, Elie A., Human Behavior in the Concentration Camp, New York 1953
Coit, Margaret L., Mr. Baruch, Cambridge /Massachusetts 1957
Colby, Benjamin, It was a Famous Victory, New York 1974
Colvin, lan, Master Spy, New York 1951
Conquest, Robert, The Great Terror, New York 1968
Craven, Vesley Frank & James Lea Cate & U.S.A. F. Historical Div., Hrsg., The Army Air Forces in World War II, Bd. III, Chicago 1951
Diavidson, Eugene, The Trial of the Germans, New York 1966
Davie, Maurice R., Refugees in America, New York 1947
Dawidowicz, Lucy S., The War against the Jews 1933-1945, New York 1975
Devoto, Andrea, Bibliografia dell'Oppressione Nazista Fino al 1962, Florenz 1964
Domarus, Max, Hitler, Reden und Proklamationen, 1932-1945, 2 Bde., Neustadt a.d. Aisch 1963
Dowd, Quincy L., Funeral Management and Costs, Chicago 1921
DuBois, Josiah E., The Devil's Chemists, Boston 1952
Dunbrook, R.F., Historical Review, in G.S. Whitby u.a. (siehe Bebb und Wakefield), 32-55
Eichmann, The Attorney-General of the Government of Israel, Aufzeichnungen der Gerichtssitzungen, Jerusalem 1962
Encyclopedia Judaica, 16 Bde., Jerusalem / New York 1971
Epstein, Isidore Hrsg., The Talmud, (Babylonian) London 1936
Feingold, Henry L., The Politics of Rescue, New Brunswick 1970
Frank, Anne, Das Tagebuch der Anne Frank, 10.Aufl., Heidelberg 1974
Frank, Tenney Hrsg., An Economic Survey of Ancient Rome, 6 Bde. Baltimore 1933-1940
Friedlaender, Saul, Kurt Gerstein: The Ambiguity of Good, New York 1969
Friedman, Filip (oder Philip), This was Oswiecim, London 1946; Friedman Philip & Koppel S. Pinson, Some Books on the Jewish Catastrophe, Jewish Social Studies, Jan. 1950, 83-94
Frumkin, Gregory (Grzegorz), Population Changes in Europe since 1939, London / New York 1951
Fuks, Alexander, Aspects of the Jewish Revolt in A.D. 115-117; J. Roman Studies, Bd. 51, 1961, 98-104
Fyfe, David Maxwell, The Belsen Trial (Bd. II of War Crimes Trials), London 1949
Garlinski, Josef, Fighting Auschwitz, Greenwich / London 1975
Gilbert, G.M., Nuremberg Diary, New York 1947

Glatstein, Jacob & Israel Knox & Samuel Margoshes Hrsg., Anthology of Holocaust Literature, Philadelphia 1969

Gordon, John E., Louse-Borne Typhus Fever in the European Theater of Operations, U.S.Army 1945, in Forest Ray Moulton, Hrsg., Rickettsial Diseases of Man, Am. Acad. for the Advancement of Science, Washington, D.C. 1948, 16-27

Grant, Michael, The Jews in the Roman World, London 1973

Grayzel, Solomon, A History of the Jews, Philadelphia 1947

Gringauz, Samuel, The Ghetto as an Experiment of Jewish Social Organization, Jewish Social Studies, Jan. 1949,3-20; Some Methodological Problems in the Study of the Ghetto, Jewish Social Studies, Jan. 1950, 65-72

Gun, Nerin E., The Day of the Americans, Fleet Pub. Corp. 1966

Härtle, Heinrich, Freispruch für Deutschland, Göttingen 1965 ; Deutsche und Juden, Leoni 1977

Hardenbergh, William A., Research Background of Insect and Rodent Control, in Preventive Medicine in World War II, Bd. II, Environmental Hygiene, Washington D.C. 1955, 251

Harwood, Richard, Did Six Million really Die?, Richmond / England 1974

Hesseltine, William Best, Civil War Prisons, Columbus / Ohio 1930

Hilberg, Raul, The Destruction of the European Jews, Chicago 1961 & 1967

Höhne, Heinz, Der Orden unter dem Totenkopf - Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967

Howard, Frank A., Buna Rubber: The Birth of an Industry, New York 1947

Hull, Cordell, Memoirs, Bd.I, New York 1948

IMT (International Military Tribunal) - Trial of the Major War Criminals, Nürnberg, 42 Bde., 1947, 1949; deutsche Ausgabe: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg vom 14. November 1945 bis 1.Oktober 1946, Nürnberg 1948

Internationales Buchenwald-Komitee, Buchenwald, Frankfurt 1960

Irving, David, Hitler und seine Feldherren, Frankfurt/ Berlin / Wien 1975

Israel, Fred. L., The War Diary of Breckenridge Long, Lincoln 1966

Jaeckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung, Tübingen 1969

John, Robert & Hadawi, Sami, The Palestine Diary, 2 Bde., New York 1970

Johnson, Allen J. & Auth, George H., Fuels and Combustion Handbook, New York 1951

Jong, Louis de, Die Niederlande und Auschwitz; in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Jan. 1969, 1-16; in engl. Übersetzung in Yad Vashem Studies, Bd. 7, 39-55

Kelley,Douglas,M., 22 Cells in Nuremberg, New York 1947

Kempner, Robert M. W., Nazi Subversive Organiszation, Past and Future, Selbstverlag 30.Okt. 1943

Kennedy, John F., Profiles in Courage, New York 1955 / 1964

Kimche Jon & Kimche David, The Secret Roads, New York 1955. Einführung von Ben Gurion

Knipling, E.F., DDT and other Insecticides for the Control of Lice and Fleas Attacking Man, in Moulton (siehe Gordon), 215-223

Koehl, Robert L., RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939-1945, Cambridge / Massachusetts 1957

Kolander, Morris W., War Crimes Trials in Germany; in Pennsylvania Bar Assn. Quarterly, Jg. 18, April 1947, 274-280

Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR., Sachsenhausen, Berlin-Ost 1962

Kosinski, Leszek A., Changes in the Ethnic Structure of East Central Europe, 1930-1960; in Geographical Review Jg. 59, 1969, 388-402; Migration of Population in East- and central Europe 1939-1945 – 1969; in Canadian Slavonic Papers, 11 Jg., S. 357-353

Krausnick, Helmut; Buchheim, Hans; Broszat, Martin; Jacobsen, Adolf , The Anatomy of the SS State, New York 1968; deutsche Ausgabe 2 Bde., Anatomie des SS-Staates, Freiburg 1965

Langbein, Hermann, Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation, 2 Bde. Wien 1965

Laternser, Hans, Die andere Seite im Auschwitz-Prozess 1963 /1965 - Reden eines Verteidigers, Stuttgart 1966

Lenz, Johann M., Christ in Dachau, Moedling / Wien 1960

Lerner, Daniel, Psychological Warfare Against Nazi Germany, Cambridge Massachusetts 1971

Lochner, Louis P., The Goebbels Diaries, New York 1948 u. Westport/Conn. 1970

Marcus, David, War Crimes; Artikel in Britannica Book of the Year, 1947, S. 819-821 Chicago

Martin, James J., Revisionist Viewpoints, Colorado Springs 1971

McCown, C.C., The Density of Population in Ancient Palestine; in J. Biblical Lit. Jg. 66, 1947, 425-436

McDonald, James G., My Mission in Israel, New York 1951

Meyer, Dillon S., Uprooted Americans, Tuscon / Arizona 1971

Michelet, Jules, Satanism and Witchcraft, New York 1939

Morgenthau, Henry Jr., The Morgenthau Diaries - Part VI, Collier's, Nov. 1947, 22: Morgenthau Diary (Germany), 2 Bde. US-Senats Komitee für das Gerichtswesen, Regierungsdruck, Washington D.C. Nov. 1967

Morse, Arthur D., While Six Million Died, New York 1968

Mosse, George L., The Crisis of German Ideology, New York 1964 / 1971

Musiol, Teodor, Dachau 1933-1945, Kattowitz / Polen o.J.

Naumann, Bernd, Auschwitz, Frankfurt/Main 1965

Naunton, W.J.S., Synthetic Rubber; in History of the Rubber Industry, P. Schidrowitz u. T.R. Dawsori Hrsg., Cambridge/England 1952, 100-109

Nellesen, Bernd, Der Prozeß von Jerusalem - Ein Dokument, Düsseldorf/ Wien 1964

Netherlands Red Cross, Auschwitz, 6 Bde. Den Haag 1947-1953

Neumann, Oskar, Im Schatten des Todes, Tel Aviv 1956

NMT (Nuremberg Military Tribunal), Trials of War Criminals, Regierungsdruck, Washington 1950, 15 Bde. Siehe auch unter: US. Defense Department, Adjutant General, Trials of War Criminals

Nyiszli, Miklos, Auschwitz, New York 1960
Packer, James E., Housing and Population in Imperial Ostia and Rome, J. Roman Studies, Jg. 57, 1967, 80-95
Pélissier, Jean, Camps de la Mort, Paris 1946
Poliakov, Léon & Wulf, Josef, Das Dritte Reich und die Juden, Berlin 1955; Das Dritte Reich und seine Diener, Berlin 1956
Polson, C.J, R.P. Brittain & T. K. Marshall, Disposel of the Dead, Springfield Illinois, 1962
Prittie, Terence, Eshkol: The Man and the Nation, New York 1969
Raschhofer, Hermann, Der Fall Oberländer, Tübingen 1964
Rassinier, Paul, Le Mensonge d'Ulysse, Paris 1961; „Le Véritable Procès Eichmann, Paris 1962; Le Drame des Juifs Européens, Paris 1964; „L'Opération Vicaire, Paris 1965, deutscher Titel: Die Lüge des Odysseus, Wiesbaden 1959; Was nun, Odysseus? Wiesbaden 1960; Zum Fall Eichmann - Was ist Wahrheit? , Leoni 1963; Das Drama der Juden Europas, Hannover 1965
Red Cross, International - Internationales Rotes Kreuz, Documents sur l'activité du CICR en faveur des civils détenus dans les camps de concentration en Allemagne (1939-1945), Genf 1947
Red Cross, International, Report of the International Committee of the Red Cross on its Activities During the Second World War (Sept. 1, 1939 - June 30, 1947), 3 Bde. Genf 1948
Reitlinger, Gerald, The Final Solution, 2. Aufl. London 1968. Zitate und Belege nach der deutschen Ausgabe, Die Endlösung, u.a.Berlin 1961
Rhodes, Anthony, The Vatican in the Age of the Dictators 1922-1945, London 1973
Robertson, Wilmot, The Dispossessed Majority, Florida 1972; 1973
Rosenman, Samuel I. , Working with Roosevelt, New York 1952
Rozek, Edward J., Allied Wartime Diplomacy - A Pattern in Poland, New York / London 1958
Rothe, Wolf Dieter, Die Endlösung der Judenfrage, Bd.1 Frankfurt 1974
Ruppin, Arthur, The Jewish Fate and Future, London 1940
Sachar, Abram Leon, The History of the Jews, 5. Auflage, New York 1964
Scheidl, Dr. Franz, Geschichte der Verfemung Deutschlands, Wie o.J.; Bd.V, Die Ausrottung der Juden
Schmidt, Paul, Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945, Bonn 1949
Schoenberner, Gerhard, The Yellow Star, London 1969; deutsche Ausgabe: Der gelbe Stern, Gütersloh 1960, 1969
Select Committee to Conduct an Investigation of the Facts, Evidence and Circumstances of the Katyn Forest Massacre – Teil 5, U.S. Regierungsdruck, Washington, D.C. 1952. Auch katalogisiert unter : US. House of Representatives; Katyn Forest Massacre
Shirer, William L., End of a Berlin Diary, New York 1947; The Rise and Fall of the Third Reich, New York 1960; deutsche Ausgabe: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, München/ Zürich 1963
Sington, Derrick, Belsen Uncovered, London 1946

Smith, Constance Babington, Evidence in Camera, London 1958
Smith, Marcus J., Dachau, The Harrowing of Hell, New Mexico Press, Albuquerque 1972
Smith, R. Harris, 0.S.S., University of California Press, Berkeley 1972
Solschenizyn, Alexander, Archipel Gulag, New York 1973 Bern / München 1973
Speer, Albert, Inside the Third Reich, New York 1970
Sturdza, Michel, The Suicide of Europe, Western Islands Belmont / Mass. 1968
Sündermann, Helmut, Das Morgenthau-Tagebuch, Leoni 1973
Suhl, Yuri Hrsg., They fought back, New York 1967 u. 1975
Taylor, Telford, The Nuremberg War Crimes Trials; in International Conciliation, April 1949, 241-375; Final Report to the Secretary of the Army on the Nuremberg War Crimes Trials Under Controll Council Law, No. 10 - Regierungsdruck, Washington D.C. Aug. 1949, 121-237
Trevor-Roper, The Last Days of Hitler, New York 1947
U.S. Chief of Counsel for the Prosecution of Axis Criminality, Nazi Conspiracy and Aggression, 11 Bde., Regierungsdruck, Washington 1946-1948
U.S. Displaced Persons Commission, The DP Story, Regierungsdruck, Washington, D.C. 1952
U.S. Special Committee to Study the Rubber Situation, Report of the Rubber Survey Committee; Regierungsdruck, 10.9.1942. In wesentlichen Auszügen bei: Wilson, Charles M., Trees and Test Tubes, the Story of Rubber, New York 1943, 261-330
US-WRB (U.S. War Refugee Board), German Extermination Camps Auschwitz and Birkenau, Washington, D.C. Nov. 1944. WRB-Report - Doc. 022-1. Final Summary Reports, Washington, Sept. 1945
Utley, Freda, The High Cost of Vengeance, Chicago 1949
Veale, Frederick J.P., Advance to Barbarism, Wisconsin 1953 New York 1968
Vogel, Rolf Hrsg., The German Path to Israel, London 1969
Vrba, Rudolf & Alan Bestic, I Cannot Forgive, New York 1964
Waagenaar, Sam, The Pope's Jews, London 1974
Walendy, Udo, Bild'dokumente' für die Geschichtsschreibung?, Vlotho 1973; Die Methoden der Umerziehung, Richmond/England/Vlotho 1976
Yad Vashern Studies 8 Bde, Jerusalem 1951-1970
Yadin, Yigael, Bar-Kokhba, New York / London. 1971
Zink, Harold, American Military Government in Gerrnany, New York 1947

Anm. d. Üb. zum Fall Streckenbach:

Streckenbach als mündlichen Befehlsgeber für Einsatzgruppenbefehle anzusehen, dürfte sachlich unzutreffend sein. Der Verf. stützt sich zwar auf Nürnberger Dokumente. Das IMT hat, in der Vermutung, Streckenbach sei in Rußland gefallen, dem eh. SS-Obergruppenführer und Amtschef I (Personal) eine derartige Befehlsgebung angelastet, doch steht

dem entgegen, daß die Einsatzgruppen nicht seinem Befehl unterstellt waren, sondern dem jeweiligen Wehrmachtsbefehlshaber. Wäre dem wirklich so, so wäre kaum verständlich, daß Streckenbach trotz Verurteilung zu lebenslänglicher Haft von den Sowjets verhältnismäßig frühzeitig wieder entlassen worden ist. In der Bundesrepublik Deutschland wurde zwar ein weiteres Verfahren gegen Streckenbach angestrengt - wegen der vorgenannten Unterstellung -, doch ist von einer Verurteilung Streckenbachs nichts bekannt. Im Auschwitz-Prozeß trat Streckenbach als Zeuge auf. Bedenkt man nüchtern, daß eine Einsatzgruppe Bataillonstärke, ein Einsatzkommando Kompaniestärke hatte, so wirkt es geradezu lächerlich, zu unterstellen, ein Amtschef Personal des RSHA in Berlin hätte in der damaligen Kriegslage überhaupt die Möglichkeit zu einer solchen konkreten Befehlsgebung unter Umgehung aller ordentlichen Dienstwege und entgegen allen direkten Befehlsgebern gehabt. In den Fällen der Einsätzgruppenangehörigen wurden nach 1945 - weil hier von den Siegermächten ein besonderes Politikum konstruiert wurde - wesentliche Zusammenhänge verschleiert und entstellt. Z.B. wurde auch in ihren Prozessen die Beiziehung der Akten aus dem Prozeß gegen Generalfeldmarschall von Manstein vereitelt. Konkret aus jenem Prozeß ergab sich nämlich, daß die Einsatzgruppen ihre Einsatzbefehle von den Wehrmachtsbefehlshabern im Sinne ihrer Sicherheitsfürsorge für die eigene Truppe erhalten haben.

Personenregister

Sachregister

ker und kein angesehener Verleger zu berühren gewagt haben würde. Es gehört ungeheuerer Mut für den Autor dazu, ein solches Buch unter seinem eigenen Namen zu veröffentlichen. Der ganze 6 - Millionen - Mythos wurde in den Anfangstagen des Zweiten Weltkrieges in den Köpfen von Mitgliedern des War Crimes Board, dem Office of Strategic Services - Rabbi Wise, Bernard Baruch, Schatzsekretär Morgenthau, seinem Assistenten, dem Sowjetagenten Harry Dexter White, und dem wenig bekannten Oberst David Marcus ('Mickie') ersonnen.
Es ist Dr. Butz' begründete Meinung, daß das Gerippe der 6 Millionen - Mär einige Jahre früher vorbereitet worden war, bevor die "Ereignisse", auf die sie gestützt wurde, mutmaßlich geschehen sein sollten.
Von Washington bewegte sich das Zentrum der Aktion im Jahre 1945 nach Deutschland und zu den verschiedenen Kriegsverbrecherprozessen, bei denen deutsche Flüchtlinge in amerikanischen Uniformen eine führende Rolle spielten. Ein früherer preußischer Polizeibeamter wie Robert Kempner und andere Nazi - Flüchtlinge erhielten Affidavits und meineidige Zeugnisse von deutschen Gefangenen durch eine üble Kombination von Folter, Scheinurteilen, Drohungen gegen die Familien, falsche Versprechungen auf Freisetzung..., alles in allem ein widerwärtiges Spektakel, das in die Geschichte eingehen wird als die amerikanische Ausgabe der Stalin'schen Schauprozesse....."